

Der Bewegungsraum der sozialen Frage: Wo Protest Platz hat und Raum findet

Bescherer, Peter (Ed.); Griesi, Elettra (Ed.); Künkel, Jenny (Ed.); Mackenroth, Gisela (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bescherer, P., Griesi, E., Künkel, J., & Mackenroth, G. (Hrsg.). (2024). *Der Bewegungsraum der sozialen Frage: Wo Protest Platz hat und Raum findet* (Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis, 44). Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. <https://doi.org/10.56715/398634170>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

**Peter Bescherer · Elettra Griesi
Jenny Künkel · Gisela Mackenroth
(Hrsg.)**

Der Bewegungsraum der sozialen Frage

**Wo Protest Platz hat
und Raum findet**



Bescherer / Griesi / Künkel / Mackenroth (Hg.)
Der Bewegungsraum der sozialen Frage

RAUMPRODUKTIONEN: THEORIE UND GESELLSCHAFTLICHE PRAXIS

Begründet 2007

Herausgegeben von Bernd Belina, Johanna Hoerning,
Henrik Lebuhn und Boris Michel

Band 44

Die Buchreihe bildet ein Forum kritischer Raumforschung im Rahmen kritischer Gesellschaftstheorie. Ihr Ziel ist es, Debatten zugänglicher zu machen, zu bündeln, zu initiieren und zu kritisieren. Kritische Raumforschung untersucht die soziale Produktion von Raum und die je spezifischen gesellschaftlichen Verräumlichungen.

Kritische Raumforschung als Gesellschaftsforschung fragt nach den aktuellen räumlichen Transformationsprozessen, denen der physisch-materielle Raum inklusive seiner sozialen Bedeutungen unterworfen ist. Dazu gehören neue Formen der Inwertsetzung und Politisierung von Natur und gebauter Umwelt, die Umstrukturierung städtischer, staatlicher und globaler Räume, räumliche Strategien der Kontrolle oder die Produktion und Veränderung räumlicher Maßstabsebenen.

Kritische Raumforschung rückt soziale Kämpfe um und mittels Raumproduktionen und damit gesellschaftliche Widersprüche in den Mittelpunkt. Kritische Raumforschung kritisiert gesellschaftswissenschaftliche Konzepte von Raum, die diesen losgelöst von jeglicher Materialität konstruieren; ebenso kritisiert sie Konzepte, die Gesellschaft an diese Materialität fesseln. Kritische Raumforschung sucht nicht nach einer „Raumtheorie“, sondern nach gesellschaftlichen Raumverhältnissen.

In der Reihe erscheinen Monographien, Sammelbände und Reader.

Peter Bescherer, Dr. habil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Privatdozent am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Elettra Griesi ist wiss. Mitarbeiterin im DFG-Projekt „Äpfel und Blumen. Auswirkungen von Pandemien auf die (Re-)Organisation von Warenketten für Frischeprodukte“ (TU Berlin, Inst. für Soziologie). Derzeit promoviert sie zum Thema „Soziale Bewegungen und die Aushandlung kollektiver Räume in Dakar (Senegal)“ (FU Berlin, Humangeografie).

Jenny Künkel ist promovierte Geographin und Postdoc an der Universität Duisburg-Essen.

Gisela Mackenroth war am IZEW der Universität Tübingen im Projekt „Populismus und Demokratie in der Stadt“ tätig und forschte von 2021–2024 am Institut für Soziologie der Universität Jena im Projekt „Movements of Europe“.

Peter Bescherer / Elettra Griesi /
Jenny Künkel / Gisela Mackenroth (Hg.)

Der Bewegungsraum der sozialen Frage

Wo Protest Platz hat und Raum findet

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Gefördert durch den Open-Access-Fonds der FU Berlin und den
Open-Access-Fonds der TU Dresden/Sächsische Landesbibliothek –
Staats- und Universitätsbibliothek Dresden

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

(Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

1. Auflage Münster 2024

Umschlag: Lütke Fahle, Münster

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff

Print-ISBN 978-3-89691-129-2

PDF-ISBN 978-3-98634-170-1

<https://doi.org/10.56715/398634170>

Inhalt

Peter Bescherer / Elettra Griesi / Jenny Künkel / Gisela Mackenroth
Der Bewegungsraum der sozialen Frage – Wo Protest Platz hat und
Raum findet 7

I. Umkämpfte Orte des Protests

Natascha Flückiger / Mouna Maaroufi / Sarah Schilliger
Lokale Sorge-Infrastrukturen von unten als Antwort auf strukturelle
Sorglosigkeit 30

Ilker Ataç / Elias Steinhilper
Fragile Bündnisse im Protest von prekären Migrant:innen in Berlin
und Wien 49

Catarina Gomes de Matos
Von der Mitte der Gesellschaft und ihren Rändern: Protestbewegungen
und die Produktion von Migration in der postmigrantischen
Gesellschaft 67

Jenny Künkel
Mietenpolitik – hartnäckiger Kampf um eine breite Basis
*Ein Interview mit Nina Bach und Rabea Berfelde von Deutsche
Wohnen & Co enteignen* 88

Elettra Griesi
Die migrantische Protestbewegung in Berlin nach der Räumung des
Oranienplatzes
*Ein Interview mit Napuli Paul Langa, Turgay Ula und
Muhammed Lamin Jadama* 97

II. Bewegung trotz Marginalisierung

Gisela Mackenroth
Ausschweifende Zusammenhänge? Die soziale Frage durch
feministische Streikinitiativen gestellt 116

<i>Katharina Schmidt</i>	
Raum für Obdach- und Wohnungslosigkeit. Von mutmaßlicher Raum- und Ortslosigkeit und gesellschaftlichen Platzzuweisungen	143
<i>Nikolai Huke</i>	
Die soziale Frage in demokratiefernen Räumen stellen. Politische Initiativen im Kontext von Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende	161
<i>Gisela Mackenroth</i>	
Collagen, Instant-Theater, Performance – queer-feministische Protestkunst im öffentlichen Raum	
<i>Ein Interview mit Tina Keserović, Anna Krenz und Hannah</i>	177
III. Translokale und transnationale Mobilisierung	
<i>Stefanie Hürtgen</i>	
Lokale Kämpfe – globales Kapital? Klassenherrschaft, (Lohn-)Arbeit und multiskalare kapitalistische Raumproduktion	198
<i>Stefan Schmalz</i>	
Globalisierung und gewerkschaftliche Machtressourcen: Neue Ansätze des transnationalen Organizing	221
<i>Hans-Christian Stephan</i>	
Transnationale Arbeiter:innenvernetzung bei Amazon	239
<i>Jennifer Ramm</i>	
Die Raumfrage in der zeitgenössischen feministischen Bewegung in Polen: Von der großstädtisch zentrierten Bewegung hin zu translokaler Solidarität	262
<i>Peter Bescherer</i>	
Sozialökologische Transformation: Den Kohleausstieg organisieren! <i>Ein Interview mit Lea Fiedler vom Aktionskreis Strukturwandel Leipziger Land</i>	289
Autor:innen	299

Peter Bescherer / Elettra Griesi / Jenny Künkel / Gisela Mackenroth

Der Bewegungsraum der sozialen Frage – Wo Protest Platz hat und Raum findet

Das vorliegende Buch hat zwei Vorgeschichten. Es geht zum einen zurück auf den 2015 innerhalb des Berliner Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) gegründeten Arbeitskreis Stadt/Raum und die dort geführten Diskussionen und geknüpften Netzwerke. Das IPB hatte zudem seine 2021 ausgerichtete Jahrestagung unter den Titel „Soziale Bewegungen und die soziale Frage“ gestellt und den Arbeitskreis zur Ausrichtung einer Veranstaltung eingeladen. Daraus ist das Vorhaben entstanden, die drei Themen – soziale Bewegungen, soziale Frage und Raum – und ihr Ineinandergreifen in Buchform zu diskutieren. Grob gesagt ist unsere These: Soziale Fragen werden in sozialen Bewegungen in jüngerer Zeit verstärkt aufgegriffen und intersektional reformuliert, wobei die Bewegungen den Raum selbst zum Thema haben (bspw. Wohnen, Migration) oder/und räumliche Gegebenheiten als Bedingungen sozialer Bewegungen eine zentrale Rolle spielen (bspw. Zusammenführung von Kämpfen auf lokaler und transnationaler Ebene, Adressierung von Mieter:innen in peripheren Stadtteilen). In der Einleitung möchten wir diesen thesenhaften Aufriss in seinen Bestandteilen erläutern. Wir skizzieren zunächst in einem historischen Durchgang den Begriff „Soziale Frage“ (1), verknüpfen ihn sodann näher mit sozialen Bewegungen (2) und beschreiben anschließend die räumlichen Dimensionen, in denen sich die soziale Frage „bewegt“ (3), wobei uns wichtig ist, auf die Widersprüche räumlicher Strategien hinzuweisen (4). Abschließend stellen wir unsere Überlegungen zum Aufbau des Bandes vor (5).

1 Der Begriff der „Sozialen Frage“

Der Begriff „Soziale Frage“ wird im deutschsprachigen Kontext Lorenz von Stein zugeschrieben, einem Staatsrechtler aus dem 19. Jahrhundert mit moderat-reformistischen Ansichten. Soziale Frage und soziale Bewegung stellt er in engen Zusammenhang. Der Blick auf die Erhebungen in Frankreich zeige, „dass die wahre Basis jener Bewegungen nicht eine politische, sondern eine *soziale* gewesen

ist“ (von Stein 1842: 12, Hervorh. i.O.). Die ungleichen Besitzverhältnisse in der „industriellen Gesellschaft“ (ebd.: 16), so von Stein, werden auf dem Wege der Politik nicht adressiert, so dass sich „unterworfenen und herrschenden Klasse“ (ebd.: 14) in einem Gegensatz befinden, der nach einer Lösung sucht. Dieser Gegensatz ist die soziale Frage. Dazu gehörten neben Armut, Elend, Ausbeutung und Abhängigkeit auch die Wohnverhältnisse in den Quartieren der massenhaft in die Städte gezogenen Lohnarbeiter:innen. Während Lorenz von Stein um die Freiheit von Staat und Gesellschaft fürchtet und die soziale Frage *deshalb* beantwortet sehen möchte, gibt es auch andere Antworten (Göhler 2002): sozialistische, sozial-liberale und konservative. Sie stellen sich dem Problem, dass nicht karitative Maßnahmen, sondern strukturelle Veränderungen notwendig sind, um die Existenz der Arbeiter:innen abzusichern, insbesondere technische und soziale Infrastrukturen für die Daseinsbewältigung sowie Möglichkeiten der politischen Einflussnahme. Die sozialistische Antwort ging noch darüber hinaus, indem sie neben konkreten Verbesserungen zur Lösung der sozialen Frage die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ins Auge fasste; sozial-liberale Strömungen setzen auf korrigierende Eingriffe, die die Einzelnen zur Marktteilnahme befähigen sollen, konservative auf die Rückkehr zur Ständegesellschaft.

Historisch durchgesetzt hat sich gegen Ende des 19. und dann vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die sozialstaatliche Lösung (Lessenich 2013). Neben der Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung, später auch der Arbeitslosenversicherung, wurden staatlicherseits Formen der betrieblichen Mitbestimmung ermöglicht und Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot erlassen. Das alles geschah, ohne die Eigentumsverhältnisse anzugreifen, in Form eines Klassenkompromisses. Das heißt, die weitreichenden Forderungen der revolutionären Arbeiter:innenbewegung blieben unerfüllt – im Gegenteil: der Sozialstaat hat eine subjektivierend-erzieherische und disziplinierende Seite –, aber Ansprüche auf soziale Absicherung wurden verbürgt. Auch sie galten jedoch nicht universell, sondern wurden in Abstufungen gewährt, also für Frauen und Migrant:innen etwa nicht in gleicher Weise wie für männliche Beschäftigte nationaler Herkunft.

Schien die soziale Frage in den nord- und westeuropäischen Ländern gelöst, kehrte sie mit der Krise des fordistischen Akkumulationsregimes in den 1970er und 1980er Jahren zurück. Die „fundamentale Aporie, an der eine Gesellschaft das Rätsel ihrer Kohäsion erfährt und das Risiko ihrer Fraktur abzuwenden sucht“, wie der französische Soziologe Robert Castel (2000: 17) die soziale Frage beschrieb, war nun aber keine Arbeiter:innenfrage mehr. Exklusion und Preka-

rität – Phänomene, die im Zentrum der „neuen sozialen Frage“ stehen – liegen quer zu Klassengrenzen. Lohnarbeit sichert nicht länger den sozialen Status, selbst Hochqualifizierte geraten unter Druck. Gleichwohl kumulieren Risiken in den unteren Segmenten der Arbeiter:innenschaft, so dass die alte soziale Frage relevant bleibt (Hürtgen 2008). Währenddessen haben sich die sozialen Bewegungen zu weiten Teilen aus der Arbeitswelt zurückgezogen. Standen sie in den späten 1960er und 1970er im Zeichen einer umfassenderen Gegenkultur, rückten in den Folgejahren außerbetriebliche Anliegen in den Fokus der Bewegungen. Fragen der sozialen Reproduktion und auch der lokalen Gelegenheitsstrukturen wurden damit wichtiger, Arbeitskonflikte aber häufig nicht mehr als Bewegungsthema begriffen.

Zusammenhalt und Transformation sind zwei Register, unter denen die soziale Frage aktuell diskutiert wird. Oben-Unten-Ungleichheiten (Mau u.a. 2023) erfahren zwar im Alltag viel Kritik, führen aber bislang nicht zu starker öffentlicher Mobilisierung (ebd.: 395ff.). Ob die Vielzahl jüngster Arbeitskämpfe (Lesch/Eckle 2024) eine Trendwende anzeigt, ist noch ungewiss. Die Projektion auf den sozialen Zusammenhalt ist jedoch bedenklich, denn sie tendiert dazu, Armut und Abstiegsangst nicht als solche zu problematisieren, sondern als Gefährdung des Gemeinwesens. Nicht soziale Ungleichheit, sondern drohende soziale Unruhe, ruft die Politik auf den Plan. Damit aber entsteht eine Lücke für Deutungsangebote von rechts, die die soziale Frage im Sinne exklusiver, nicht zuletzt national verengter Solidarität beantworten (Schildbach 2019; Schmidt und Gomes de Matos in diesem Band). In der kritischen Debatte und in den sozialen Bewegungen sind darüber hinaus verstärkt Ansätze zu beobachten, die soziale Frage als Ineinandergreifen unsicherer Arbeits- und Lebensverhältnisse anzugehen. Exemplarisch dafür ist die Wohnungsfrage. Arbeitskämpfe bleiben begrenzt, solange sie nicht auch die gesellschaftlichen Bedingungen der Ausbeutung angreifen. Daher müsse, so Bhattacharya (2017: 74) die Arbeiter:innenklasse in ihrer „complex totality“ verstanden und die Macht, den kapitalistischen Prozess zu stören, auch im Bereich der sozialen Reproduktion organisiert werden.

2 Soziale Bewegungen

Wie genau sehen solche Versuche, Arbeits- und Lebensbedingungen, und damit verbunden auch intersektionale Machtverhältnisse, zu thematisieren, aus? Wie gelingt es Bewegungen, die den Kern der alten sozialen Frage lange Zeit aus dem Blick verloren haben, die Klassenfrage in betriebliche Zusammenhänge und darüber hinaus wieder verstärkt zu integrieren? Unter welchen Bedingungen

stellen sich soziale Bewegungen diesen neuen Aufgaben und wie formen diese Bedingungen die Lösungshorizonte?

Wir gehen davon aus, dass die unter dem Eindruck der Finanzkrise 2008ff. intensiv diskutierte Zeitdiagnose einer „multiplen Krise“ (Bader u.a. 2011) empirische und konzeptionelle Überlegungen zu diesen Fragen bündeln kann. Denn diese Zeitdiagnose analysiert Ursachen sowie soziale, politische und ökonomische Konsequenzen der Krise des neoliberalen Finanzmarkts (wie z.B. die Schuldenkrise auf der Ebene privater und staatlicher Haushalte) in ihrem Zusammenwirken mit sozial-ökologischer, Reproduktions- und Demokratiekrise (ebd.: 13f.). Teils spiegelt sich dies in sozialen Bewegungspraxen. Die Krisenproteste sahen ebenfalls Demokratie- und Reproduktionsdefizite als Teil der Finanzkrise an und antworteten darauf mit ihrem Repertoire von Protestpraktiken und Strategien der Organisierung: Platzbesetzungen, Nachbarschaftshilfe und gegenseitige Beratungen zielten darauf, individuelle Erfahrungen der Prekarisierung in einen (klassen-)politischen Zusammenhang zu setzen. Exemplarisch dafür war die spanische wohnungspolitische *Plataforma de Afectados por la Hipoteca* (Plattform der von Hypothekenbetroffenen Personen, PAH). Deren Beratungen zielten darauf, den gängigen individuellen Verantwortungszuschreibungen bei Wohneigentumsverlust eine gesellschaftspolitische Deutung entgegenzusetzen und damit politisches Bewusstsein zu schaffen. Dabei griffen auch organisierte Blockaden und Hausbesetzungen die bestehende Wohnungspolitik als Teil einer neoliberalen Paradigmen folgenden Sozialpolitik und als Ergebnis austeritärer und autoritärer Politik auf europäischer Ebene lokal an. García-Lamarca (2017: 429ff.) interpretiert die im Zuge dessen entwickelten Entwürfe von Solidarität, sozialer Sicherheit und politischer Handlungsfähigkeit als mikropolitische Modelle, die auf Leerstellen bzw. Grenzen der Demokratie reagieren. Platzbesetzungen, wie etwa jene der touristisch geprägten Puerta de Sol in Madrid im Mai und Juni 2011 durch die Protestbewegung des 15. Mai und deren Verstetigung in dezentralen Stadteiltreffen (*asambleas*), setzten ebenfalls an alltäglichen Grundbedürfnissen und gegenseitiger Hilfe an. Janoschka und Sequera (2011) interpretieren derlei Platzbesetzungen als Raumproduktionen, die Opposition zu neoliberalen Raumpolitiken aufbauen. In Debatten, Organisations- und Infrastrukturen sowie Festen und kulturellen Aktivitäten entwickelten sich Beziehungen bzw. eine alternative „Weise, miteinander zu leben“ (Lorey 2020: 14). So entstünden durch sorgende Beziehungen neue Formen der Bürger:innenschaft (Janoschka/Sequera 2011) bzw. eine neue Form der Demokratie (Lorey 2020). Lorey deutet die Infrastrukturen gegenseitiger Hilfe und Beratung als Widerspruch gegen ein individualisierendes, liberales Verständnis von Demokratie und entsprechende

Lücken politischer Repräsentation, die prekarisierende Herrschaftsverhältnisse stützten. Demgegenüber würden die mikropolitischen, sorgenden Beziehungsweisen das Prekärsein, d.h. eine grundsätzliche Angewiesenheit aufeinander, anerkennen und zur Grundlage demokratischer Beziehungsweisen machen (ebd.: 163f.). Die Krisenproteste adressierten also auch Fragen sozialer Reproduktion (ebd.: 174ff.), wobei sich die aktivistischen Sorgebeziehungen – dies wird im ersten Themenfeld unseres Sammelbands aufgegriffen – im Spannungsfeld zwischen pragmatischer Hilfe und radikaldemokratischer Solidarität bewegten.

Die Krisenproteste haben anhand konkreter Erfahrungen verschiedener Menschen, die ihr Wohneigentum oder ihre Arbeit verloren haben – z.B. Studierende, Rentner:innen und/oder Migrant:innen –, eine klassenpolitische Perspektive eröffnet und Forderungen – etwa nach abgesichertem, würdigem Wohnen und dem Erhalt sozialer Infrastrukturen oder öffentlicher (Dienst-)Leistungen – formuliert. Das Repertoire der Krisenproteste, das Klassenkämpfe und Kämpfe um Demokratie zusammenführte, verfolgte dabei den Anspruch, Wissensbestände und Strukturen verschiedener sozialer Bewegungen zusammenzuführen: Antirassistische, (queer-)feministische wie auch ökologische Bewegungsperspektiven sowie jene einer Recht-auf-Stadt-Bewegung warfen gemeinsam eine soziale Frage gegenüber der europäischen Grenz-, Sicherheits-, und Sparpolitik auf (Döll 2016; Syrovatka 2016; van Dyk/Haubner 2021: 110f.). Mit dem Aufbau kommunaler Strukturen und der Adressierung von Gewerkschaften – etwa durch feministische Streikinitiativen, die reproduktive Arbeit zum Thema machten – versuchten die Aktivist:innen zudem, Institutionen und formelle Politik für die neue soziale Frage zu öffnen. Im Rückblick zeigt sich, dass die Erfahrung der Krisenproteste in europäischen Bewegungsstrukturen langfristige Impulse gegeben hat: Erstens finden sich sozial- und klassenpolitische Orientierungen langfristig in Bewegungsstrukturen wieder. So hat nicht zuletzt der „Feministische Streik“ dazu beigetragen, Fragen von (reproduktiver) Arbeit und darin implizierte prekarierte Lebenslagen wieder in den Mittelpunkt feministischer Bewegungen zu rücken (siehe Mackenroth in diesem Band). Im Feld der *Recht-auf-Stadt-Bewegung* haben sich Mietenpolitik und die Frage nach bezahlbarem Wohnraum zum Antriebsmoment von lokalem und transnationalem Aktivismus entwickelt. Exemplarisch für diesen Bedeutungsgewinn ist die *European Action Coalition for the right to Housing and to the City* (EAC), die seit 2014 verschiedene lokale Kämpfe für bezahlbares Wohnen durch strategischen und inhaltlichen Austausch zu transnationaler Kritik an Spekulation mit und Finanzialisierung von Wohnraum bündelt. Zweitens wurden wechselseitige Hilfe und Fürsorge als Teil des Bewegungsrepertoires normalisiert (Spade 2022). Dies zeigte sich während der

Corona-Pandemie, als die Lücken sozialstaatlicher Sicherung erneut massiv zu Tage traten. Hierauf haben europaweit verschiedene Bewegungen (erneut) mit Praktiken informeller Fürsorge und Strategien der aktivistischen Absicherung von Grundbedürfnissen reagiert (u.a. Vilenica 2021).

Die anhand der Krisenproteste nachvollzogene klassenpolitische Neuorientierung lässt sich programmatisch mit dem in den vergangenen Jahren entwickelten Begriff der „verbindenden Klassenpolitik“ (u.a. Kaindl/Riexinger 2022) weiter systematisieren. Eine verbindende Klassenpolitik versucht, „Erfahrungen und Kämpfe so zu organisieren, dass verschiedene Akteure, Erfahrungen und Erfahrungswelten zusammenfinden können, um die herrschaftlichen Spaltungen zu durchkreuzen und Kräfte für eine Gegenhegemonie zu bündeln“ (ebd.: 303). Demnach könnten die Praktiken wechselseitiger Sorge und Organisation aus geteilten alltäglichen Situationen heraus als klassenpolitische Praxis zu einer sozialen Frage verdichtet werden. Eine in derlei Prozessen entwickelte soziale Frage überbrücke über verschiedene Lebenssituationen, Spaltungen und Machtbeziehungen hinweg konkrete Erfahrungen. Sie würde zwischen verschiedenen Erfahrungen geteilte strukturelle soziale Probleme ausmachen – z.B. „Finanzialisierung, Privatisierung und wie das Öffentliche und die Natur zur Ware gemacht werden, kollektive Angriffe auf Lohn und Arbeitsstandards, die Enteignung der Lebenszeit“ (ebd.: 304). Aber wie sieht diese Verbindung von Erfahrungen aus, wenn sie sich eben nicht, wie im Fall der Proteste während und nach der Finanzkrise auf ein jeweils lokal geteiltes Krisenereignis bezieht? Und letztlich waren selbst hier auf transnationaler Ebene Konfliktlinien zwischen unterschiedlichen Krisenerfahrungen auszumachen. Dominieren dann nicht doch die in Bewegungszusammenhänge eingeschriebenen intersektionalen Machtverhältnisse, Ressentiments und widerstreitenden Interessen? Wo liegen dementsprechend die Grenzen einer durch Bewegungen formulierten sozialen Frage und deren Organisationskraft? Wie können Bewegungen trotz solcher Fliehkräfte zumindest partiell eine geteilte Krisenerfahrung entwickeln, aus der heraus sie gesellschaftliche Verhältnisse angreifen und eine – intersektionale – soziale Frage formulieren?

Um uns, bevor die Beiträge dieses Sammelbandes empirische Aufklärung bringen, Antworten auf diese Fragen auf theoretischer Ebene zu nähern, kommen wir noch einmal zum analytischen Ausgangspunkt, dem Begriff der multiplen Krise zurück. Damit konkretisieren wir zwei Momente – die Krise sozialer Reproduktion und der Demokratie – mit Blick auf Herausforderungen einer gegenwärtigen Bewegungspraxis.

Die Krise der Demokratie als Teil einer multiplen Krise zu betrachten, zeigt, dass sich das Terrain sozialer Bewegungen in den vergangenen Jahren insofern

verändert hat, als bestehende und potentielle Solidaritätsbeziehungen sozialer Bewegungen herausgefordert werden und neue gesellschaftliche Bruchlinien in sozialen Protesten deutlich werden. Beispielhaft dafür sind die *Gilets Jaunes* (Gelbwesten) in Frankreich 2018, deren Protest sich zum einen gegen eine höhere Besteuerung von Benzin und zum anderen gegen angestrebte Reformen der Renten- und Arbeitslosenversicherungen richtete. Ähnlich wie die Krisenproteste formulierten die *Gilets Jaunes* dabei eine Kritik an Repräsentations- und Machtverhältnissen institutioneller Politik (Harding 2019). Allerdings verknüpften sie diese, gestützt auf eine vereinfachende Stadt-Land-Gegenüberstellung, mit einer Ressentiment behafteten Unterscheidung zwischen Arbeiter:innen und (urbanen) Migrant:innen. Dies deutet Badiou als Entfremdungsklassenpolitischer Bündnisse (Badiou 2020: 12f., 20f., 52). Ähnliche Bruchlinien und Anschlussstellen rechtspopulistischer, autoritärer Denkweisen wurden in den vergangenen Jahren auch in anderen sozialen Protesten nachvollzogen. Beispiele dafür sind die jüngsten Proteste der Landwirt:innen; aber auch mietenpolitische Initiativen sind in Prozessen der Basisorganisation mit rassistischen Ressentiments und rechtspopulistischer Elitenkritik konfrontiert (Bescherer 2020; Mackenroth 2021; Mullis 2019).

Solche nationalistischen Verengungen der sozialen Frage sind unter den gegebenen Bedingungen keineswegs zwangsläufig – vielmehr fordern Bewegungen rechte gesellschaftliche Diskurse und Regierungen auch erfolgreich heraus. Ein Beispiel sind die „Schwarzen Proteste“ und Frauen*Streiks in Polen, die sich ab 2016 gegen eine Verschärfung des Abtreibungsrechts und Reformen des Rechtsstaats richteten. In diesem Fall waren gerade kleinstädtische Proteste und Initiativen maßgeblich (Ramme in diesem Band). Als zentral für solche Erfolge sehen Eberl und Salomon eine „Wiederbelebung der Demokratie als ein Projekt der Gleichen durch die gleichzeitige Thematisierung des Demokratischen und des Sozialen“ (Eberl/Salomon 2014: 19) an. Dafür gelte es Annahmen von Solidarität in sozialen Bewegungen zu hinterfragen und Bündnisse intersektional zu erweitern, sodass soziale Proteste einen Klassenbegriff entwickeln, der einerseits über ein in ihnen antizipiertes Industrieproletariat hinausgehend die Vielgestaltigkeit prekariisierter Lebensverhältnisse erfasst und andererseits in bestehenden sozialen Bewegungen überhaupt eine klassenpolitische Perspektive implementiert (ebd.: 24f.). Ob und inwieweit in sozialen Kämpfen Klassenkämpfe ausgetragen werden, wird damit zur empirischen Frage (Demirović 2020: 433ff.).

Allerdings stehen dem Entwickeln einer intersektionalen Klassenfrage Transformationen der Arbeitswelt entgegen. Damit kommen wir auf das zweite Moment, die Krise der Reproduktionsarbeit zurück. Sie, das ist bereits vieldiskutiert

und soll hier beispielhaft erläutert werden, spaltet Bewegungen sozial und räumlich. In ländlichen und kleinstädtischen Räumen ist der Dienstleistungssektor gerade im Niedriglohnbereich (z.B. in Tourismus oder der Lebensmittelverarbeitung), gewachsen. Von diesem Strukturwandel ausgehend können sich ausschließende Narrative rund um eine von Migration getragene Saisonarbeit entwickeln (Mießner/Naumann 2019: 13f.). Reproduktive Arbeit – und hier sprechen wir nun beispielhaft eine sich exemplarisch in der Stadt vollziehende Entwicklung an – wird zunehmend vermittelt Plattformen einer unternehmerischen Logik unterzogen (Altenried 2021). Dies prägt nicht nur auf der Angebots-, sondern auch der Nachfrageseite Klassen- (Huws 2021) und Geschlechterverhältnisse (Dück 2021). Dass private Haushalte die Prekarisierung von Reproduktions- wie Erwerbsarbeit teils durch billige Güter und Dienstleistungen (z.B. der häuslichen Pflege; vgl. Aulenbacher u.a. 2021) abfedern, erschwert solidarische Bündnisse mit den noch stärker prekarierten Arbeiter:innen. Dazu zählen einerseits Migrant:innen, deren Arbeitskämpfe neben lokalen Ausbeutungs- und Machtverhältnissen zugleich einen transnationalen Problemhorizont adressieren müssen. Andererseits findet, wie es van Dyk und Haubner unter dem Stichwort „Community-Kapitalismus“ (van Dyk/Haubner 2021) zeigen, eine „Verzivilgesellschaftlichung der sozialen Frage“ (ebd.: 113) statt. Unter dem Druck staatlicher Aktivierungspolitik schließen „Langzeitarbeitslose, prekäre Hausfrauen, Mini-Jobber*innen und arme Rentner*innen“ (ebd.: 118) in unentgeltlicher bzw. nicht regulär entlohnter gemeinschaftsförmiger Sorgearbeit die Lücken des Sozialstaats. Dies spaltet die Zivilgesellschaft nicht nur in „Sorgende und Gestaltende“ (ebd.: 20), sondern es bedeutet für die eingangs skizzierten Krisenproteste, dass ihre Praktiken aktivistischer Sorge – z.B. Beratungsformate oder Gemeinschaftsküchen – Gefahr laufen durch (sozialstaatliche) Anrufungen und Legitimationsstrategien vereinnahmt und „depolitisiert“ (ebd.: 114) zu werden (vgl. auch Atac/Steinhilper sowie Flückiger u.a. in diesem Band).

3 Räumliche Dimensionen

Die „multiple Krise“ bietet also zugleich Anlass und schwierige Bedingungen für eine „verbindende Klassenpolitik“, die die soziale Frage – die dann nur im Plural existieren kann – intersektional reaktualisiert und damit das Ziel einer umfassenden gesellschaftlichen Transformation statt nur der Sicherung des Zusammenhalts verfolgt. Der Sammelband fragt, inwiefern „Raum“ das Formulieren einer solchen sozialen Frage erleichtert oder erschwert. Denn nicht nur sind die komplexen Machtbeziehungen, die soziale Bewegungen adressieren und

(re-)produzieren, anhand konkreter Raumproduktionen analysierbar. Vielmehr setzen sich soziale Bewegungen und Proteste darüber hinaus auch gegenwärtig mit den schwierigen Krisenbedingungen durch ausdifferenzierte Raumpolitiken auseinander.

Die #BlackLivesMatter-Bewegung verbreitete ihren Protest nicht nur weltweit im Netz, sondern trug ihn ab dem Jahr 2020, just als im Zuge der Pandemie das Zuhause und der Computer an Bedeutung gewannen, auch massenhaft auf die Straße. Sie zeigte damit, wie wichtig zentrale öffentliche Räume trotz Digitalisierung für soziale Bewegungen sind (Harvey 2012; Lim 2015). Auch die Globalisierung hat die Bedeutung raumbezogener Bewegungsstrategien eher gesteigert als reduziert. In Reaktion auf die Überwindung nationalstaatlicher Grenzen durch das Kapital entwickeln etwa Gewerkschaften immer ausdifferenziertere Transnationalisierungsstrategien und reskalieren ihren Protest durch internationale Vernetzung und Institutionenbildung (Cumbers u.a. 2010; Hastings/Herod 2024). Wo sich globale Machtverhältnisse in Form internationaler Gipfel politischer und wirtschaftlicher Eliten materialisieren, skandalisieren Aktivist:innen dies mit Gegengipfeln wie „Davos“, „Genua“, „Heiligendamm“ (Boykoff 2011; Stalker/Wood 2013), deren Raumbilder die kollektiven Identitäten von Aktivist:innen teils über Jahrzehnte prägen (Daphi 2017). Die vom *Arabischen Frühling* inspirierten Platzbesetzungen z.B. der *Indignadxs* oder *Occupy-Bewegung* machten Raum selbst – anstelle von z.B. Akteur:innen, Institutionen oder flüchtigen Gipfeln – zum Gegenstand. Die Camps in symbolträchtigen „target spaces“ (Sparke 2013: 390), wie z.B. der *Wall Street*, verhalfen den Anti-Austeritätsprotesten zu hoher Aufmerksamkeit und temporärer Verstetigung. Kurz: Raum ist für Protest- und Bewegungshandeln gerade in einer globalisierten, digitalisierten Welt wichtig und Aktivist:innen knüpfen an die stetig neu experimentierten raumbezogenen Strategien, die oft große Sichtbarkeit garantieren, weitreichende Hoffnungen und starke Emotionen.

Angesichts dieser großen Bedeutung nimmt auch die Bewegungsforschung Raum verstärkt in den Blick. Die Nation als *Scale* der wohl meisten Gesetzesvorhaben, auf die Bewegungen Einfluss zu nehmen versuchen, wird vielfach schlicht vorausgesetzt (vgl. aber Wiertz/Schopper 2022; Bescherer u.a. 2021 zur Raumkonstruktion nationalistischer Bewegungen). Doch zugleich systematisiert eine dezidiert raumbezogene, oft geographische Bewegungsforschung aktuell theoretische Ansätze und entwickelt dabei die Analyse machtvoller Widersprüche, die in die Raumstrategien eingeschrieben sind, weiter (McFarlane 2009; Nicholls u.a. 2013; Mathieu 2021). So werden etwa Bindungen am und an den Ort (*Place*) – und diese reichen von Nachbarschaftsbeziehungen bis zum „Global Sense of

Place“ (Massey 1994) – nicht nur als Ressource von Bewegungen, sondern auch als Moment interner Sozialkontrolle und der Schließung von Bewegungen nach „Außen“ diskutiert. Reichweite (*Scale*) gilt als Ebene, auf der Staat und Bewegungen einander nicht nur durch „Scale Jumping“ (Smith 1992) „abhängen“, sondern z.B. auch durch komplementäres „Down-scaling“ (Jones u.a. 2016) an Variabilität „überholen“ können. In ähnlicher Weise können Bewegungen via Kontrolle über ein Territorium (*Territory*) Macht erlangen, aber werden auch häufig auf diese Weise staatlicherseits kontrolliert und produzieren selbst Ausschlüsse. Netzwerke (*Networks*), die neben „starken“ auch „schwache“ Bindungen umfassen (vgl. Nicholls 2009), werden ebenso als Möglichkeitsbedingung (translokalen) Lernens wie der Marginalisierung weniger mobiler Aktivist:innen untersucht. Diese klassischen Kategorien der (Bewegungs-)Raumanalyse (Jessop 2008; Nicholls 2009) ergänzt inzwischen nicht zuletzt das Konzept der *Mobility*. Die Aufmerksamkeit für die fluide Kategorie ist Teil einer breiteren theoretischen Bewegung, mit dem Ziel, strukturelle, auf die Verfestigung von Machtverhältnissen fokussierende Perspektiven dialektisch zu erweitern (Nicholls 2013). Mit einer ähnlichen, Veränderbarkeit betonenden Stoßrichtung gaben assemblagetheoretische Beiträge fruchtbare Impulse, indem sie die Bedeutung der Materialität und der emotionalen Aufladung von Räumen z.B. als „Heimat“ oder „Sorgeräume“ herausstellen (McFarlane 2009; Wiertz/Schopper 2022), auch wenn der Ansatz Widersprüche gesellschaftlicher Entwicklung in den Hintergrund rückt (Halvorsen 2017).

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive erlauben raumbezogene Analysen („Social Movements as Spaces“, vgl. Haug 2013: 706) es, über Bewegungen als Organisation („Social Movements as Actors“, ebd.) hinauszudenken. Denn wenngleich Raum dabei nur als „Metapher“ verwendet wird (Bhattacharya/Jairath 2012: 300; Mathieu 2023: 205), lenkt die Perspektive den Blick zum einen auf den Backstage-Bereich von Bewegungen, also z.B. die Treffen, auf denen Aktivist:innen so viel mehr Zeit verbringen als auf der Straße (Haug 2013). Zum anderen sensibilisiert sie für die Verbindungen zwischen einzelnen Bewegungsorganisationen und zu verwandten Sphären wie dem politischen oder gewerkschaftlichen Feld (ebd.; Mathieu 2023). Wo Geograph:innen vielfältige aktivistische Orte im Bewegungsraum zusammengeschlossen sehen – „activist places connect to form ‘social movement space‘“ (Nicholls 2009: 78) –, ergänzt also die sozialwissenschaftliche Perspektive, dass dieser Bewegungsraum ein relativ autonomer „Mikrokosmos“ ist, der informellen Regeln folgt und eigene Wissensbestände hervorbringt (vgl. Mathieu 2023: 196).

Neben solchen Analysen, die dezidiert das Konzept des „Bewegungsraums“ ins Zentrum stellen, untersucht die im Vergleich zu allgemeinen Bewegungs-

forschung stärker auf marxistische, aber auch foucaultsche Perspektiven rekurrierende städtische Bewegungsforschung (z.B. Hamel u.a. 2000; Künkel/Mayer 2012; Ngwane u.a. 2017; Domaradzka-Widła/Hamel 2024) schon lange die Bedeutung bestimmter Räume als – materielle, symbolische und emotionale – Ressource für Bewegungen und versteht dabei Raum zugleich als durch Bewegungen produziert. Seit mit der Krise des Fordismus Potentiale sozialen Protests aus den Innenstädten verdrängt und z.B. ärmere Bewohner:innen und Universitäten am Stadtrand angesiedelt wurden, macht diese Perspektive insbesondere das Zentrum, wo sich Herrschaft manifestiert und herausfordern lässt, zum Thema (Lefebvre 2016 [1968]; vgl. Thörn u.a. 2016). Die heutigen gentrifizierten Innenstädte, die sich immer mehr zu Orten der oberen Klassen, die gleichwohl auf prekariertem, oft migrantisierter und feminisierter Arbeit beruhen, entwickeln und mithin Anlass für intersektionale Kämpfe und Analysen bilden, bleiben zentral für Protest, dies zeigen Thörn u.a. (2016) in ihrer Untersuchung europäischer Bewegungen. Zugleich ist historisch neu, dass viele spontane *Riots* und Proteste, die auch als Proteste gegen Neoliberalisierung gelesen werden können, jenseits der klassischen Zentren stattfinden und die *Banlieues* zumindest temporär ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken (ebd.). In den Blick der städtischen Bewegungsforschung kamen diese (einst) peripheren Räume und Proteststrategien auch auf der Basis einer Perspektivenverschiebung: Die Bewegungsforschung untersucht neben den klassischen Bewegungen, die stark organisiert sind und Forderungen an den Staat richten, verstärkt auch spontane Riots und Verschiebungen von Machtverhältnissen durch Alltagspraxen (ebd.; Bojadžijev/Bareis 2011; Hohenstatt/Rinn 2014). Ebenso wie die oben skizzierten räumlichen Strategien von Bewegungen, die zumindest in Teilen darauf zielen, die Wut über rassifizierte Polizeigewalt, Überausbeutung, Armut etc. mit antikapitalistischen Kämpfen zu verknüpfen, verweisen die neuen und neuerdings eher untersuchten Kämpfe der *Banlieues*, in denen sich nicht zuletzt eine migrantische Unterschicht politisch äußert, auf eine intersektionale soziale Frage, die sich erst in Ansätzen artikuliert.

4 Widersprüche der Raumpolitiken

Allerdings sind die neuen räumlichen Strategien, trotz der großen Sichtbarkeit, die sie bringen, keineswegs immer erfolgreich – spiegeln sie doch die Widersprüche jener Geographien wider, die sie adressieren (Hürtgen in diesem Band), und bergen doch die raumbezogenen Solidaritäten, die mobilisiert werden, immer auch Partikularismen und Spaltungen (Harvey 2001; Nicholls 2009).

So überwinden etwa Transnationalisierungsstrategien zwar die berühmte „local trap“ (Purcell 2006), doch bleibt z.B. bei Gewerkschaftsstrategien die Institutionalisierung oft fragil und im globalen Wettbewerb sind kollidierende lokale Interessen trotz Identifikation mit internationalen Kampagnen ein ernstzunehmendes Hindernis (Schmalz und Stephan in diesem Band). Umgekehrt sind lokale aktivistische Camps und Besetzungen gerade für ökonomisch Prekarisierte, Migrant:innen, Drogenkonsument:innen und/oder Obdachlose zentral. Denn sie bieten nicht nur Sichtbarkeit für Protestanliegen und Vernetzungsmöglichkeiten innerhalb der Protestgemeinschaft sowie im Stadtteil, sondern auch Wohnraum und Unterstützung durch kollektive Care-Praktiken (Frenzel/Fraeser 2023; Lange/Ulu/Jadama in diesem Band). Insbesondere *sans-papiers* und Asylsuchende, die aufgrund rechtlicher Ausschlüsse und geringer Ressourcen relativ unwahrscheinliche Bewegungsakteur:innen sind (vgl. Steinhilper 2018), konnten seit dem „langen Sommer der Migration“ 2015 auf ihre sozial-räumliche Ausgrenzung aufmerksam machen (Schröder 2016; Ataç 2016; Della Porta/Steinhilper 2022). Grundlage dafür war eine Erweiterung des Handlungsrepertoires um sichtbare Karawanen und Camps. Es gelang ihnen dabei „transnationale Räume des Widerstands“ (Steinhilper 2017: 80) aufzubauen, u.a. indem sie in einigen deutschen Städten private Übernachtungsnetzwerke sowie gemeinsame Proteste mit der Mietenbewegung mobilisierten (Vogelpohl u.a. 2017). Allerdings führen die Überlastung des Aktivismus mit sozialstaatlichen Aufgaben, unterschiedlich große Angewiesenheiten auf den lokalen aktivistischen Raum der Camps, unterschiedliche Mobilitäten, Vernetzungsgrade und Wissensbestände verschiedener Aktivist:innen oder auf Teilgruppen begrenzte politische Erfolge regelmäßig zu Hierarchien, Spaltungen und Passivierungen (Künkel 2021; Nicholls 2009 sowie Ataç/Steinhilper und Huke in diesem Band). Diese Hierarchien positionieren insbesondere rassifizierte Aktivist:innen aus der Unterklasse an den Rändern des Bewegungsgeschehens (Halvorsen 2017). Zudem laufen Camps und Besetzungen Gefahr, den lokalen Raum und die lokale Gemeinschaft unter Vernachlässigung globaler Anliegen und internationaler Netzwerke zu fetischisieren und als solche zu verteidigen (ebd.). Derart als community „in itself“ (Harvey 2001: 193) verdinglicht, wirken Protestgemeinschaften exkludierend, statt als „community ‘for itself““ (ebd.) breite Schichten zu mobilisieren und intersektionale Differenzen zu überbrücken – dies ist eine unauflösbare Ambivalenz lokaler bzw. räumlich verfasster aktivistischer Communities. Um es am bekannten Beispiel der *Pariser Kommune* zu verdeutlichen: Galten hier noch Nachbarschaftsbeziehungen als wichtiger für die Mobilisierung als die Positionierung innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, die dennoch in den Protesten verhandelt wurde (Gould

1993: 751), drehte sich das Verhältnis bei den Anti-Austeritätsprotesten bisweilen um: In der Verteidigung der Camps ging es vorrangig um den Raum, nicht mehr zentral um Klasse (Halvorsen 2017).

In ähnlicher Weise bleibt die neue Artikulation der Banlieues widersprüchlich. Denn sie dezentriert einerseits die klassischen Zentren europäischer Städte temporär. Allerdings bleiben die Riots und Kämpfe gegen Polizeigewalt etc. im foucaultschen Sinne „immediate’ in the sense that they target the *direct effects of power*“ (Thörn u.a. 2016: 23, Hervorh. i. O.) – die repressiven Staatsapparate, die die Marginalisierten in den peripheren Räumen verwalten, und nicht die oft jenseits dieser Räume verorteten Strukturen, die die Armut und Marginalisierung hervorbringen. Damit verbunden, macht die Politik noch immer vergleichsweise wenig materielle Zugeständnisse und Moralisationen der Beteiligten als Kriminelle oder ihrer Eltern als versagend bleiben wirkmächtig (Slater 2016; Jobard 2024). Insgesamt deutet damit Vieles darauf hin, dass die neuen Raumpolitiken sozialer Bewegungen und Proteste in der multiplen Krise widersprüchlich bleiben.

5 Zum Aufbau des Bandes

Dieser Band vertieft den Blick auf diese Widersprüche räumlicher Strategien, indem er fragt, wie Raum, das ist letztlich bereits die Erkenntnis der Recht-auf-Stadt-Bewegung, helfen kann, breite Bündnisse zu knüpfen – nicht nur über Themen, sondern auch über intersektionale Herrschaftsverhältnisse hinweg (Holm/Gebhardt 2011; Bach/Berfelde, Fiedler und Flückiger/Maaroufi/Schilliger in diesem Band) – oder hinderlich dafür ist. Die These ist dabei, dass sich gerade Allianzen über intersektional verwobene Herrschaftsverhältnisse hinweg durch räumliche Strategien oft nur temporär stabilisieren lassen (Mackenroth und Keserović/Krenz/Hannah in diesem Band).

Dies untersucht der Sammelband entlang von drei Themenfeldern, welche die zentralen Raumpolitiken sozialer Bewegungen und ihre gegenwärtigen Veränderungen in den Mittelpunkt stellen.

Abschnitt I betrachtet die umkämpften Orte des Protests. Das heißt, er nimmt die besonders viel Widerspruch und Konflikt hervorrufenden neuen Raumpolitiken „unwahrscheinlicher“ Bewegungsakteur:innen und Allianzen in den Blick und erörtert anhand dieses Beispiels zum einen, welche Rolle der physische Raum des Widerstands und dessen geografische Lage hinsichtlich Ausarbeitung und Erfolg von Proteststrategien spielen. Zum anderen erfordert das Verständnis von Raum als gesellschaftlich produziert (Lefebvre 1991) natürlich auch eine Untersuchung, welche symbolischen und sozialen Ordnungen im Zuge dessen

hervorgebracht werden. Konkret beobachtet der Abschnitt zunächst, dass nicht nur migrantisierte Menschen aus den Banlieues lautstärker aufbegehren, sondern auch sans-papiers und Asylbewerber:innen sich zwecks Protest gegen die multiple Ausgrenzung durch Arbeitsverbote, begrenzten Sozialstaatszugang und die Unterbringung in Lagern in urbane Zentren begeben und dort – oft unterstützt vom dortigen Stadtteil und lokalen Aktivist:innen – verschiedene Räume wie öffentliche Plätze, Kirchen, verlassene Gebäude, Schulen usw. besetzen. Parallel bewegen sich klassische linke Aktivist:innen im Versuch, ihren oft von weißen Mittelschichten dominierten Protest intersektionaler zu gestalten, auf die migrantisierten und verarmten Räume zu, indem sie z.B. Haustürgespräche in marginalisierten Stadtteilen durchführen oder ihren Aktivismus mit niedrigschwelligen Angeboten (wie kollektivem Kochen und kostengünstigem Essen an Straßenszenen) zu öffnen versuchen. Angesichts des Zusammenkommens vielfältiger Machtverhältnisse wenig verwunderlich, zeigen die Beiträge deutliche Ambivalenzen auf: So profitieren etwa die offenen Camps migrantischer Aktivist:innen in den Innenstädten zwar von der dortigen „toleranten“ Raumsymbolik und aktivistischen Tradition, die Netzwerke bis in die lokale Politik hinein ermöglicht (Langa/Ula/Jadama in diesem Band). Was in früheren Protestzyklen noch als bloße „Bedürftigkeit“ (z.B. im Freien campen aus Wohnungsnot) und mithin „nicht politisch“ abgetan wurde, kann sich so als politischer Protest artikulieren und Kritik und Forderungen öffentlich machen (Matos in diesem Band). Doch zugleich kommen verschiedene marginalisierte Gruppen konfliktuell zusammen. Migrantische Aktivist:innen kämpfen oft nicht allein für strukturelle soziale Veränderungen, sondern unmittelbar um ihre rechtliche Existenz (etwa ihren Aufenthaltsstatus). In diesem Spannungsverhältnis nehmen letztlich exklusive und geschlossene Räume für die Bewegungen eine ambivalente Funktion ein: Ataç/Steinhilper (in diesem Band) loten im Vergleich zweier Protestcamps von Geflüchteten und sans-papiers aus, wie geschlossene Protesträume strukturelle Forderungen und konkrete Existenzsicherung jeweils in Beziehung setzen und wie sich damit die Position der migrantischen Aktivist:innen im lokalen politischen Terrain verändert. Weitere Beiträge beleuchten Versuche, auf Marginalität auch im räumlichen Sinne zuzugehen und heterogene Stadtbewohner:innen punktuell zu vereinen (z.B. für ein Kampagnenziel): Der Rückblick auf die Kampagne *Deutsche Wohnen und Co. enteignen!* (Bach/Berfelde in diesem Band) zeigt, dass die Hierarchien zwischen Protestinitiatierenden und Adressierten ebenso virulent bleiben, wie eine Verstärkung der Mobilisierung heterogener Stadtbewölkerungen an Grenzen stößt. Diese Problematik vertiefend zeigen Flückiger/Maaroufi/Schilliger (in diesem Band) wie Aktivist:innen, wenn sie an konkreten Problemen

und Grundbedürfnissen ansetzen, damit ringen, langfristig für den im Rückzug befindlichen Sozialstaat einzuspringen bzw. eingespannt zu werden.

Abschnitt II untersucht die Möglichkeitsbedingungen von Bewegung trotz Marginalisierung. Denn das Feld der extremen sozial-räumlichen Marginalität restrukturiert sich gegenwärtig: Einerseits fordert die aufstrebende Rechte Ausschlüsse insbesondere entlang von Nationalität und Ethnie, aber auch von marginalisierten Geschlechtern sowie Transgeschlechtlichkeit und entsprechend inklusiven Schreibweisen. Dies resultiert in Spaltungen – etwa im Feld der Obdachlosigkeit, wo sich die Kämpfe für Wohnraum und gegen die Stigmatisierung und ordnungspolitische Platzverweisung Wohnungsloser mit Forderungen nach karitativen Maßnahmen nur für „gute“ deutsche Obdachlose überlagern (Schmidt in diesem Band). Andererseits existiert Protest mehrfachmarginalisierter Gruppen durchaus und er kann punktuell – gerade dort, wo auch räumliche Verbindungen aus der Sphäre der Marginalität heraus geknüpft werden – intersektionale soziale Fragen stellen. So verfolgen insbesondere feministische Bewegungen aktuell den Ansatz, durch feministische Streiks oder Stadtteilarbeit Verknüpfungen zwischen Bewegungen und dabei auch in städtische und globale Peripherien zu stärken. Diese schaffen zwar temporär verbindende affektive Geographien wie den „globalen Schrei“, der über die Wut verschiedene Kämpfe vereint (Keserović/Krenz/Hannah in diesem Band), oder ein Verständnis für kollektive und zugleich differente Betroffenheit, z.B. von der Ausgrenzung nackter Brüste und Burkinis aus Schwimmbädern (Mackenroth in diesem Band). Doch die Verknüpfungen bleiben flüchtig – z.B. aufgrund unterschiedlicher Wohnorte in der segregierten Stadt oder der langen Tradition rassistischer und klassistischer Ausgrenzungen, die Vertrauen in feministische Akteur:innen und das Erarbeiten gemeinsamer Problemanalysen erschweren. Die Fragilität der Bündnisse und Proteste ist dort noch ausgeprägter, wo extreme räumliche und soziale Marginalisierung zusammenkommen – etwa bei Protesten gegen die Lager für Geflüchtete, wo die rechtliche und sozioökonomische Prekarität durch die stress- und konfliktfördernde isolierende Unterbringung verschärft wird (Huke am Beispiel der *AnkEr-Zentren* in diesem Band).

Abschnitt 3 betrachtet schließlich translokale und transnationale Mobilisierungen, die angesichts des *Rescalings* von Kapitalverwertungsprozessen insbesondere im Bereich der Arbeitskämpfe institutionalisiert sind, während sie etwa in den Kämpfen der Migration und des Feminismus eher informell bleiben. Zumindest als „Keimformen“ transnationaler Gegenmacht gegen die Vermarktlichung können Strategien von Gewerkschaften verstanden werden, mittels internationaler Gewerkschaftszusammenschlüsse (*Global Union Federations*, GUF) die

Schwachstellen globalisierter Produktion auszunutzen: Solche Strategien setzten z.B. an der Anfälligkeit hochflexibler globaler Produktions- und Verkehrsnetze gegenüber Streiks oder an der internationalen Sichtbarkeit und Termingebundenheit globaler Events wie der FIFA-Fußball-WM oder der Olympischen Spiele an (Schmalz in diesem Band). Zugleich wird in der *Labor Geography* schon selbstkritischer als in der qua Forschungsfeld auf lokalen Aktivismus fokussierten städtischen Bewegungsforschung davor gewarnt, kleine Proteste und Erfolge überzubewerten. Die GUFs sind beispielsweise stark von der Aktivität ihrer nationalen Mitgliedsgewerkschaften abhängig, während Zusammenschlüsse nicht-institutionalisierter Arbeiter:innenbasisgruppen globale Konkurrenzen v.a. in Momenten ähnlicher Erfahrungen (z.B. während der Corona-Pandemie) und bei kompatiblen institutionellen Rahmen überwinden können (Stephan in diesem Band). Die Schwäche der Arbeitskämpfe speist sich dabei auch aus der Spaltung von Arbeit in kapitalistische Lohnarbeit und private Reproduktionsarbeit, die die Gewerkschaften traditionell aufrecht erhalten anstatt sich mit Kämpfen im Bereich der Reproduktion (z.B. bezahlbarer Wohnraum oder nachhaltige Mobilität) zu verbinden (Hürtgen in diesem Band).

Gerade bei einer solchen Verbindung gilt es auch die Stadt-Land-Spaltungen, die nicht nur den Aktivismus, sondern auch die Forschung durchziehen, zu überwinden. Schließlich erweisen sich für das Hinterfragen rechter Hegemonien insbesondere Bewegungen in ländlichen und kleinstädtischen Kontexten als bedeutsam, wie es Ramme (in diesem Band) am Beispiel feministischer Bewegungen in Polen aufzeigt. Dabei bleiben allerdings Deutungskonflikte und (wechselseitige) Vorurteile zwischen ruralen und urbanen Bewegungen ebenso ein Hindernis wie die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe und großen Entfernungen, die regionale Bewegungen ausbremsen (Fiedler in diesem Band).

Literatur

- Altenried, M. (2021), Was ist eine Plattform? Politische Ökonomie und Arbeit im Plattformkapitalismus, in: Altenried, M./Dück, J./Wallis, M. (Hg.), *Plattformkapitalismus und die Krise der sozialen Reproduktion*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 50–69.
- Altenried, M./Dück, J./Wallis, M. (2021) (Hg.), *Plattformkapitalismus und die Krise der sozialen Reproduktion*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Ataç, I. (2016), 'Refugee Protest Camp Vienna': Making Citizens Through Locations of the Protest Movement, in: *Citizenship Studies* 20(5), S. 629–646.
- Aulenbacher, B./Lutz, H./Schwiter, K. (2021) (Hg.), *Gute Sorge ohne gute Arbeit? Live-in-Care in Deutschland. Österreich und der Schweiz*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

- Bader, P./Becker, F./Demirović, A./Dücker, J. (2011), Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus, in: Demirović, A./Dücker, J./Becker, F./Bader, P. (Hg.), *VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg: VSA.
- Badiou, A. (2020), *Traut den Weißen nicht!*, Wien: Passagen.
- Bescherer, P. (2020), Solidarität durch Mieterkämpfe? Nachbarschaftsorganizing im Leipziger Nordosten, in: Bescherer, P./Burkhardt A./Feustel, R./Mackenroth, G./Sievi, L. (Hg.), *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 175–205.
- Bescherer, P./Burkhardt, A./Feustel, R./Mackenroth, G./Sievi, L. (2021), *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. Stadtentwicklung, Rechtsruck und soziale Bewegungen*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bhattacharya, T. (2017), How Not to Skip Class: Social Reproduction of Labor and the Global Working Class, in: dies. (Hg.), *Social Reproduction Theory. Remapping Class, Recentring Oppression*, London: Pluto Press, S. 68–93.
- Bhattacharya, T./Jairath, V.K. (2012), Social Movements, ‘Popular’ Spaces, and Participation: A Review, in: *Sociological Bulletin* 61(2), S. 299–319.
- Bojadžijev, M./Bareis, E. (2011), Jenseits von Forderungen und Organisierung. Revolten in den französischen Vorstädten, in: *Das Argument* 52(6), S. 839–848.
- Boykoff, J. (2011), Space Matters: The 2010 Winter Olympics and Its Discontents, in: *Human Geography* 4(2), S. 48–60.
- Castel, R. (2000), *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz: UVK.
- Cumbers, A./MacKinnon, D./Shaw, J. (2010), Labour, Organisational Rescaling and the Politics of Production: Union Renewal in the Privatised Rail Industry, in: *Work, Employment and Society* 24(1), S. 127–144.
- Daphi, P. (2017), „Imagine the Streets“: The Spatial Dimension of Protests’ Transformative Effects and its Role in Building Movement Identity, in: *Political Geography* 36(1), S. 34–43.
- Della Porta, D./Steinhilper, E. (2022), Migrant Solidarity and Social Movements (Europe), in: Snow, D.A./della Porta, D./Klandermans, B./McAdam, D. (Hg.): *The Wiley Blackwell Encyclopedia of Social and Political Movements*. Hoboken: Wiley-Blackwell, doi: 10.1002/9780470674871.wbespm594 (letzter Abruf am 23.4.2024).
- Demirović, A. (2020), Undoing Class. Warum von Klasse, Klassenkampf und Klassenpolitik reden?, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 50(3), S. 429–440.
- Döll, D. (2016), Die Strategie der convergence des luttes in Frankreich. Zur Bewegungsdynamik zwischen Demokratie- und Klassenfrage, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 46 (3), S. 451–457.
- Domaradzka-Widła, A./Hamel, P. (2024) (Hg.), *Handbook on Urban Social Movements*, Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.
- Dücker, J. (2021), Mehr als Erschöpfungen im Hamsterrad – Soziale Reproduktion und ihre Krise(n), in: Altenried, M./Dücker, J./Wallis, M. (Hg.), *Plattformkapitalismus*

- und die Krise der sozialen Reproduktion, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 28–49.
- Eberl, O./Salomon, D. (2014), Die soziale Frage in der Postdemokratie, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27(1), S. 17–26.
- Frenzel, F./Fraeser, N. (2023), Caring for the whole: Spatial organization at the G20 protests in Hamburg, in: *Organization* 0(0), <https://doi.org/10.1177/13505084231185521> (letzter Abruf am 23.4.2024).
- García-Lamarca, Melissa (2017), Creating political subjects: Collective knowledge and action to enact housing rights in Spain, in: *Community Development Journal* 52 (3), S. 421–435.
- Göhler, G. (2002), *Antworten auf die soziale Frage – eine Einführung*, in: Heidenreich, B. (Hg.), *Politische Theorien des 19. Jahrhundert. Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus*, 2., völlig neu bearb. Aufl., Berlin: Akademie-Verlag, S. 417–428.
- Gould, R. (1993), Trade Cohesion, Class Unity, and Urban Insurrection: Artisanal Activism in the Paris Commune, in: *The American Journal of Sociology* 98(4), S. 721–754.
- Halvorsen, S. (2017), Spatial Dialectics and the Geography of Social Movements: the Case of Occupy London, in: *Transactions* 42(3), S. 445–457.
- Hamel, P./Lustiger-Thaler, H./Mayer, M. (2000), *Urban Movements in a Globalising World*, London/New York: Routledge.
- Harding, J. (2019), Unter Gelbwesten, in: *Dérive. Zeitschrift für Stadtforschung* 76(3), S. 25–31.
- Harvey, D. (2001), *Spaces of Capital: Towards a Critical Geography*, Edinburgh: Edinburgh University Press.
- (2012), *Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution*, London/New York: Verso.
- Hastings, T./Herod, A. (2024), Labour Geography and the State: Exploring Labour's Role in Working Against, With and Through the State to Improve Labour Standards, in: *Environment and Planning A: Economy and Space* 56(1), S. 59–79.
- Haug, C. (2013), Organizing Spaces: Meeting Arenas as a Social Movement Infrastructure between Organization, Network, and Institution, in: *Organization Studies* 34(5-6), S. 705–732.
- Hohenstatt, F./Rinn, M. (2014), Diesseits der Bewegungsforschung: Das „Recht auf Stadt“ als umkämpftes Verhältnis, in: Gestring, N./Ruhne, R./Wehrheim, J. (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen. Stadt, Raum und Gesellschaft*, Wiesbaden: Springer VS, S. 199–213.
- Holm, A./Gebhardt, D. (2011) (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*, Hamburg: VSA Verlag.
- Hürtgen, S. (2008), Prekarität als Normalität. Von der Festanstellung zur permanenten Erwerbsunsicherheit, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2008, S. 113–119.

- Huws, U. (2021), Der Ärger mit dem Haushalt: Digitalisierung und Kommodifizierung von Hausarbeit, in: Altenried, M./Dück, J./Wallis, M. (Hg.), *Plattformkapitalismus und die Krise der sozialen Reproduktion*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 70–92.
- Janoschka, M./Sequera, J. (2011), Zur Symbolischen Rückeroberung und Politisierung des öffentlichen Raums. Eine Analyse der Raumpolitiken des movimiento 15-M, in: *Prokla. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 42(1), S. 151–162.
- Jobard, F. (2024), Polizeigewalt und städtische Revolten in Frankreich. Der Sommer 2023, in: *Kriminologisches Journal* 55(1), S. 58–70.
- Jones, J.P./Leitner, H./Marsten, S.A./Sheppard, E. (2016), Neil Smith's Scale, in: *Antipode* 49(1), S. 138–152.
- Kaindl, K./Riexinger, B. (2022), Verbindende Klassenpolitik und Klimagerechtigkeit. Linke Politik auf der Höhe der Zeit, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 52(2), S. 301–314.
- Künkel, J. (2021), Autonomes Polizieren von Drogen – Machteffekte des Prohibitionskontexts in Christiania-Kopenhagen, in: *Cilip* 44(1), S. 40–50.
- Künkel, J./Mayer, M. (Hg.) (2012): *Neoliberal Urbanism and its Contestations: Crossing Theoretical Boundaries*, New York: Palgrave Macmillan.
- Lefebvre, H. (1991), *The Production of Space*, Cambridge/New York: Blackwell.
– (2016[1968]), *Das Recht auf Stadt*, Hamburg: Nautilus.
- Lesch, H./Eckle, L. (2024), Tarifpolitischer Bericht 2. Halbjahr 2023: Konflikte ohne Partnerschaft?, in: *IW-Report* 5/2024, <https://www.iwkoeln.de/studien/hagen-lesch-konflikte-ohne-partnerschaft.html> (letzter Abruf am 3.5.2024).
- Lessenich, S. (2013), Sozialstaat und soziale Sicherheit, in: Mau, S./Schöneck, N.M. (Hg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, 3., grundl. überarb. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 803–815.
- Lim, M. (2015), A Cyber-Urban Space Odyssey: The Spatiality of Contemporary Social Movement, in: *New Geographies* 7(1), 117–123.
- Lorey, I. (2020), *Demokratie im Präsens*, Berlin: Suhrkamp.
- Mackenroth, G. (2022), Rechte Ressentiments im Aufwertungsprozess. Herausforderungen für mietenpolitische Initiativen, in: Glatter, J./Mießner, M. (Hg.), *Gentrifizierung und Verdrängung. Aktuelle theoretische, methodische und politische Herausforderungen*, Bielefeld: transcript, S. 313–323.
- Massey, D. (1994), *A Global Sense of Place*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Mathieu, L. (2021), The Space of Social Movements, in: *Social Movement Studies* 20(2), S. 193–207.
- Mau, S./Lux, T./Westheuser, L. (2023), *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
- McFarlane, C. (2009), Translocal Assemblages: Space, Power and Social Movements, in: *Geoforum* 40(4), S. 561–567.

- Mießner, M./Naumann, M. (2019), Kritische Geographie ländlicher Entwicklung: Globale Transformationen und lokale Herausforderungen – Zur Einleitung, in: Dies. (Hg.), *Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 9–27.
- Mullis, D. (2019), Urban Conditions for the Rise of the Far Right in the Global City of Frankfurt: From Austerity Urbanism, Post-democracy and Gentrification to Regressive Collectivity, in: *Urban Studies* 58(1), S. 131–147.
- Ngwane, T./Ness, I./Sinwell, L. (2017), *Urban Revolt. State Power and the Rise of People's Movements in the Global South*, Chicago: Blackwell.
- Nicholls, W. (2009), Place, Networks, Space: Theorising the Geographies of Social Movements, in: *Transactions of the Institute of British Geographers* 34(1), S. 78–93.
- (2011), Cities and the Unevenness of Social Movement Space: The Case of France's Immigrant Rights Movement, in: *Environment and Planning A* 43(7), S. 1655–1673.
- (2013), Introduction: Conceptualizing the Spatialities of Social Movements, in: Dies. (Hg.), *Spaces of Contention: Spatialities and Social Movements*, Aldershot: Ashgate, S. 1–26.
- Nicholls, W./Miller, B./Beaumont, J. (2013) (Hg.), *Spaces of Contention: Spatialities and Social Movements*, Aldershot: Ashgate.
- Purcell, M. (2006), Urban Democracy and the Local Trap, in: *Urban Studies* 43(11), S. 1921–1941.
- Ramme, J. (2019), Framing Solidarity. Feminist Patriots Opposing the Far Right in Contemporary Poland, in: *Open Cultural Studies*, 3(1), S. 469–484.
- Schildbach, I. (2019), „Die neue deutsche Soziale Frage“ – Armut und Sozialstaatsversagen als Grund für rechtspopulistischen Erfolg?, in: Boehnke, L./Thran, M./Jacob Wunderwald, J. (Hg.), *Rechtspopulismus im Fokus. Theoretische und praktische Herausforderungen für die politische Bildung*, Wiesbaden: Springer, S. 73–88.
- Schröder, C. (2016), Flüchtlingsproteste in Deutschland, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27(2), S. 100–104.
- Slater, T. (2016), The Neoliberal State and the 2011 English Riots: A Class Analysis, in: Mayer, M./Thörn, C./Thörn, H. (Hg.), *Urban Uprisings – Challenging Neoliberal Urbanism in Europe*, London: Palgrave Macmillan, S. 121–148.
- Smith, N. (1992), Geography, difference, and the politics of scale, in: Doherty, J./Graham, E./Malek, M. (Hg.), *Postmodernism and the Social Sciences*, London: Macmillan, S. 57–79.
- Spade, D. (2020), *Mutual aid. Building solidarity during the crisis (and the next)*, London/New York: Verso.
- Sparke, M. (2013), From Global Dispossession to Local Repossession: Towards a Worldly Cultural Geography of Occupy Activism, in: Johnson, N./Winders, J./Schein, J. (Hg.), *Handbook of Cultural Geography*, Oxford: Blackwell-Wiley, S. 387–408.
- Stalker, G.J./Wood, L.J. (2013), Reaching Beyond the Net: Political Circuits and Participation in Toronto's G20 Protests, in: *Social Movement Studies* 12(2), S. 178–198.

- Steinhilper, E. (2017), Politisiert in der Migration, vernetzt in der Stadt: Transnationaler politischer Protest von Geflüchteten in Berlin, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30(3), S. 77–87.
- Steinhilper, E. (2018), Mobilizing in Transnational Contentious Spaces: Linking Relations, Emotions and Space in Migrant Activism, in: *Social Movement Studies* 17(5), S. 574–591.
- Syrovatka, F. (2016), Nout Debout. Frankreich gerät in Bewegung, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 46(2), S. 317–323.
- Thörn, H./Mayer, M./Thörn, C. (2016), Re-Thinking Urban Social Movements, ‘Riots’ and Uprisings: An Introduction, in: Mayer, Margit/Thörn, Catharina/Thörn, Håkan (Hg.), *Urban Uprisings – Challenging Neoliberal Urbanism in Europe*, London: Palgrave MacMillan, S. 3–56.
- Van Dyk, S./Haubner, T. (2021), *Community-Kapitalismus*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Vilenica, A. (2021), COVID-19 and housing justice in Serbia, in: Tetevenski, S./Ivancheva, M./Eneva, S./Konstantinova, N./Drenska, K. (Hg.), *Essential Struggles: Pandemic Fronts*, S. 73–88, <https://www.transnational-strike.info/2021/08/09/pdfpostpandemic-struggles-in-social-reproduction/> (letzter Abruf: 8.8.2024)
- Vogelpohl, A./Vollmer, L./Vittu, E./Brecht, N. (2017), Die Repolitisierung des Wohnens. Städtische soziale Bewegungen für ein Recht auf Wohnen und auf Stadt in Hamburg, Berlin, Jena und Leipzig, in: Schönig, B./Kadi, J./Schipper, S. (Hg.), *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*, Wiesbaden: transcript, S. 102–131.
- Von Stein, L. (2016[1842]), *Der Sozialismus und Communismus des heutigen Frankreichs*, Berlin: Xenomoi.
- Wiertz, T./Schopper, T. (2022), Geographien von Wahlkampf, Medien und Gewalt: Extrem rechte Bewegungen aus assemblagetheoretischer Perspektive, in: *Geographica Helvetica* 77(3), S. 345–356.

I.

Umkämpfte Orte des Protests

Natascha Flückiger / Mouna Maaroufi / Sarah Schilliger

Lokale Sorge-Infrastrukturen von unten als Antwort auf strukturelle Sorglosigkeiten

Am Beispiel von zwei selbstorganisierten Initiativen des gemeinsamen Kochens und Essens in Berlin und Bern diskutieren wir, inwiefern sich in lokalen und gemeinschaftlich genutzten Räumen ein sorgender und kollektiver Umgang mit den individualisierenden und prekarisierten städtischen Lebensrealitäten entwickelt. Unsere Untersuchung verortet die Praktiken in ihrem lokalen Kontext und betrachtet die entstehenden sozialen und solidarischen Beziehungen. Dabei zeigt sich, dass die beiden Initiativen mit ihrer kollektiven Tätigkeit des Kochens einerseits eine praktische Antwort auf konkrete Alltagsbedürfnisse vor allem von migrantisierten Menschen geben und andererseits strukturelle Sorglosigkeiten politisieren. Wir beziehen uns auf feministische und abolitionistische Perspektiven sowie das Konzept der *Sorge-Infrastruktur von unten*, um zu zeigen, dass diese Initiativen nicht nur reproduktive Arbeit leisten und kollektivieren, sondern auch transformative Potenziale für breitere gesellschaftliche Veränderungen in sich tragen.

1 Einführung

Die Schützenmatte, ein unbebauter Betonplatz im Herzen von Bern, ist an diesem Donnerstagabend im Winter 2022 wie leergefegt. Die eisige Kälte hat sogar die Skater:innen in die Innenräume getrieben, die gewöhnlich in der Bowl unter dem Eisenbahnviadukt ihre Runden drehen. Neben dem Skatepark steht ein farbig besprayer Container mit der Aufschrift *Medina*. Zwei Personen kommen und öffnen mühevoll die zugefrorene Tür des Containers. Plötzlich tut sich was, Bewegung kommt in die Szene. Mehrere aus dem Nichts herbeigeeilte Jungs räumen einige Stühle und Sessel aus dem knappen Stauraum des Containers, der regelmäßig von einem Coiffeur genutzt wird, welcher Menschen kostenlos die Haare schneidet. Gemeinsam stellen die Helfenden weitere Tische und Bänke, die neben dem Container angekettet sind, unter das angebaute Vordach und nehmen Gasbrenner und eine grüne Klappbox mit einer vielfältigen Auswahl an Gewürzen hervor. Hier werden gleich einige Leute auf großen Schneidbrettern die

Zutaten für die gemeinsame Mahlzeit schnipseln und sich währenddessen vom üblichen Wetter-Small-Talk bis hin zu ihren persönlichen Lebensgeschichten über alles Mögliche unterhalten. Gekocht wird draußen, denn der Container verfügt nur über eine minimal eingerichtete beengte Küche. Auf dem Herd steht bereits eine Bialetti, die den aromatischen Geruch von Kaffee verbreitet. Zusätzlich zum Kaffee und Tee können sich die dazu stoßenden Leute ihre Hände an der Feuer- schale vor dem Container wärmen. Die meisten von ihnen werden mit Vornamen begrüßt und zum Mithelfen animiert, denn das Kochen ist als Miteinander gedacht. Wer keine Lust darauf hat, involviert sich in spontane Aktivitäten wie Ballspiele. Auf dem vorhin noch menschenleeren Platz herrscht auf einmal eine belebte Atmosphäre. Das hektische Treiben der Leute steht unter misstrauischer Beobachtung durch die gelegentlich vorbeifahrende Polizei. Plötzlich ertönt ein intensiver Glockenton, der sich über den Platz ausbreitet und signalisiert: Das Essen ist bereit! Zum Abendessen sind alle hungrigen Menschen eingeladen, egal ob sie Unterstützung benötigen oder einfach an einem gemeinschaftlichen Leben interessiert sind. Jene, die sich's leisten können, geben etwas in den Spendentopf.

Auf diesem eher unwirtlichen Platz beim Eisenbahnviadukt – zwischen städtischer Drogenabgabestelle, Parkplatz und dem autonomen Kulturzentrum *Reitschule* – kommen zweimal in der Woche Menschen mit unterschiedlichen sozialen Positionierungen zusammen. Der Verein Medina betreibt dort seit 2019 in einem umgebauten Schiffscontainer ein Gemeinschaftszentrum mit dem Ziel, als niederschwellige Anlaufstelle zu dienen für Menschen, denen aus unterschiedlichen Gründen – aufgrund eines unsicheren Aufenthaltsstatus, ökonomischer Prekarität, Wohnungslosigkeit oder Suchterkrankung – die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse verwehrt bleibt und denen es erschwert wird, am sozialen, kulturellen und politischen Leben in der Stadt teilzuhaben. Im ungefähr 1.000 Kilometer entfernten Berlin-Kreuzberg findet ein ähnliches Zusammenkommen statt. In der Nähe vom Oranienplatz lädt die *Kiezkantine* einmal die Woche in den nicht-kommerziellen Nachbarschaftsladen *Bilgisaray* zum gemeinsamen Abendessen ein. Auch dort steckt die simple Idee dahinter, dass es mehr Räume zum zwanglosen oder auch zwecklosen Zusammenkommen braucht.

In diesen beiden selbstorganisierten Initiativen in Berlin (Kiezkantine) und Bern (Medina) haben wir über Monate oder Jahre hinweg selbst partizipiert und uns eingebracht.¹ Basierend auf Interviews und teilnehmenden Beobachtungen

1 Die ethnographische Feldforschung fand bei Medina von März 2022 bis Januar 2023 und in der Kiezkantine von Ende 2022 bis Ende 2023 statt.

versuchen wir in diesem Beitrag, eine gemeinsame Analyse ihrer kollektiven Praktiken zu entwickeln. Uns interessiert dabei die Frage, ob und wie sich im gemeinsamen Kochen und Essen ein sorgender und solidarischer Umgang mit den individualisierenden und prekarisierenden städtischen Lebensrealitäten entwickeln kann und was die räumlichen und sozialen Voraussetzungen dafür sind. Auf den ersten Blick praktizieren die beiden Initiativen eine klassische reproduktive Tätigkeit, mittels welcher grundlegende individuelle Alltagsbedürfnisse befriedigt werden. Inwiefern enthalten diese Praktiken auch Impulse für gesellschaftliche Transformationen und können Räume hervorbringen, die ins Lokale hinein- sowie darüber hinauswirken?

Am Beispiel der beiden selbstorganisierten Projekte zeigt unsere Analyse auf, inwieweit sich aus der gemeinsamen Aktivität des Kochens eine wechselseitige Verbundenheit entwickeln kann, welche fürsorgenden und solidarischen Beziehungen zwischen sehr unterschiedlich positionierten Menschen eine Grundlage bietet. Hierfür ziehen wir feministische und abolitionistische Perspektiven heran, die von einem breiten Verständnis von *Sorge* und Politiken und Praktiken der kollektiven Selbstorganisation im Alltag ausgehen. Um das Wechselspiel von räumlichen und sozialen Aspekten in der Herstellung von Solidarität und Sorgebeziehungen zu analysieren, schlagen wir das Konzept der Sorge-Infrastruktur von unten vor. In der empirischen Analyse verorten wir die beiden Initiativen zuerst in ihrem spezifischen räumlich-zeitlichen Kontext, um die Entstehung und Entwicklung der dazugehörigen sozialen Beziehungen und Bewegungen nachvollziehen zu können. Anschließend beschreiben wir die konkrete Praxis des gemeinsamen Kochens und Essens und die Ausgestaltung der sozialen Beziehungen, die sich darin zeigen. Dabei gehen wir auch auf die Ambivalenzen und Herausforderungen ein, die sich in den beiden Projekten zeigen. Im abschließenden Fazit diskutieren wir die transformativen Potenziale und analysieren, inwiefern die beschriebenen Gemeinschaftsküchen über ihren spezifischen lokalen Kontext hinausreichen.

2 Solidarische Praxis im Kontext struktureller Sorglosigkeit: Eine theoretische Annäherung

Ein Blick in die jüngste Forschungsliteratur macht deutlich, dass die Lücken und Ausschlüsse öffentlicher Versorgung und die Konsequenzen einer sich ausweitenden Sorgekrise in den letzten Jahren insbesondere durch die Pandemie stärker sicht- und wahrnehmbar wurden. In den Städten spitzen sich die Auseinandersetzungen um den Zugang zu Sorge in spezifischer Form zu, womit vermehrt der räumliche Kontext dieser Kämpfe in den Blick gerät (Gabauer u.a.

2021). Die urbane Aushandlung von Institutionen, Räumen und Beziehungen der Sorge vollzieht sich im Kontext zunehmend prekärer Lebensrealitäten, die von selektiven Ein- und Ausschlüssen durch das Migrationsregime, prekarierten Arbeitsverhältnissen, steigender Armut und einer verschärften Wohnungskrise gekennzeichnet sind. Dabei zeigt sich, dass grundlegende Sorgebedürfnisse vor allem von marginalisierten Menschen wie Geflüchteten oder Wohnungslosen vernachlässigt werden und es ihnen verunmöglicht wird, ein sicheres Leben zu führen. Die Folgen dieser „strukturellen Sorglosigkeit“ (Aulenbacher 2020: 126) manifestieren sich insbesondere im alltäglichen Leben und damit im Lokalen.

In diesem Krisenkontext sind es häufig zivilgesellschaftliche Organisationen, die mittels Tafeln und Suppenküchen in Versorgungslücken springen. In der Literatur wird unter dem Begriff des „Community-Kapitalismus“ (Van Dyk/Haubner 2021) problematisiert, wie im neoliberalisierten Sozialstaat zunehmend Freiwillige als Ressource für sorgende Tätigkeiten in den Dienst genommen werden. Damit entstehe ein modernes Almosensystem, das Probleme wie Armut und Hunger individualisiere. Die freiwillige, barmherzige Gabe trete so an die Stelle des materiellen Rechtsanspruchs, womit die Nutzenden dieser Dienste zu passiven Empfangenden von Hilfeleistungen werden (ebd.: 101f.). Gleichzeitig warnen Forschende vor der Tendenz, freiwilliges Engagement pauschal als neoliberale „Pflasterlipolitik“ (Clove u.a. 2017: 721) abzutun und in einen „Community-Pessimismus“ (Laufenberg 2021: 415) zu verfallen, „der die emanzipatorischen Potenziale von gemeinschaftsbasierten Formen des Helfens und Sorgens systematisch relativiert oder ganz aus dem Blick verliert“ (ebd.). Vielmehr geht von zivilgesellschaftlichen Initiativen auch Kritik an bestehenden staatlichen und marktförmigen Sorgearrangements aus, die disziplinierend, wenig bedürfnisorientiert und wenig demokratisch funktionieren und systematisch darin versagen, allen Menschen ein würdiges Leben zu garantieren.

Insbesondere in den jüngst (wieder) diskutierten abolitionistischen Perspektiven werden gegenseitige Sorge- und Unterstützungspraxen und die Schaffung von radikalen Sorgenetzwerken im Alltag als ein Weg betrachtet, strukturelle Ursachen von Unterdrückung und Ungleichheit zu politisieren und gleichzeitig gelebte Alternativen zu den hierarchischen und rassistischen Strukturen aufzubauen und zu erproben (Spade 2020; Chua 2020; Loick/Thompson 2022). Durch die Erschaffung alternativer Beziehungsweisen in der Gegenwart öffnen sich auch abolitionistische Perspektiven für zukünftige Formen des Zusammenlebens. In diesem Sinn können gemeinschaftsbasierte Formen des Sorgens durchaus beides sein: Sie federn einerseits Lücken in der sozialen Daseinsvorsorge ab, gleichzeitig formieren sich darin kollektive Sorgepraxen, die über das hinausweisen, was

staatliche Infrastrukturen leisten. Sie sind nicht bloß eine Bewältigungsstrategie, sondern auch eine Möglichkeit, in einem bestimmten städtischen Umfeld Veränderungen von unten herbeizuführen.

Solch alternative kollektive Sorgearrangements sind jüngst insbesondere in Bezug auf südeuropäische Städte untersucht worden, wo im Kontext ökonomischer Krisen, verschärfter Prekarität und des Abbaus öffentlicher Daseinsvorsorge vielfältige Infrastrukturen von unten entstanden sind. So beschreibt Isabel Gutiérrez Sánchez (2021), wie die von ihr untersuchten selbstorganisierten Solidaritätsinitiativen in Athen einerseits eine praktische Antwort auf konkrete Alltagsbedürfnisse und Kämpfe um das Überleben sind, gleichzeitig aber auch Menschen unterschiedlicher Herkunft, Altersgruppen sowie wirtschaftlicher und politischer Hintergründe in umfassenden kollektiven Kämpfen um soziale Reproduktion, ein Recht auf Stadt und Citizenship zusammenbringen (ebd.: 153; siehe auch Tsavdaroglou u.a. 2019). Dieses Zusammenbringen von Menschen in Kämpfen auf Basis geteilter Räume, Ressourcen und Verantwortlichkeiten lässt sich als Prozess des *Commonings* verstehen, durch welchen Sorge-Commons entstehen, die gemeinschaftlich gepflegt werden und allen dienen sollen, die sie nutzen (Federici 2019; Zechner 2021).

Um das komplexe Zusammenspiel von Räumen, Menschen und Sorgepraktiken zu fassen, beziehen wir uns auf das Konzept der „Sorgeinfrastruktur“ (Gutiérrez Sánchez 2021; Schilliger 2022), womit wir über formelle Sorge-Infrastrukturen des Sozialstaates hinausschauen und kollektive Sorgebeziehungen in selbstorganisierten Räumen in den Blick nehmen. Dabei interessiert uns, wie räumliche, materielle und soziale Bedingungen reziproke Sorgebeziehungen fördern können und wie sich Sorgepraktiken in städtischen Infrastrukturen sedimentieren und diese zu transformieren vermögen (Schilliger 2022). Simones Verständnis von *Menschen als Infrastruktur* (2004) hebt diesen relationalen Charakter von Infrastrukturen hervor. Er sieht Infrastrukturen als durch Menschen gemachte (provisorische) Stützen im städtischen Alltagsleben. Gleichzeitig dienen diese Infrastrukturen, wie Simone (ebd.) unterstreicht, nicht bloß der Bewältigung des Alltags, sondern auch der Durchsetzung von Ansprüchen sowie der Verwirklichung politischer Imaginationen.

Für unsere empirische Analyse zentral ist eine differenzierte Analyse von Sorgepraxen. Dabei gehen wir mit Joan Tronto (2000: 27) von einem breiten Verständnis von Sorge aus, das vielfältige materielle wie immaterielle, affektive und kommunikative Praktiken und Ressourcen umfasst, die es Menschen ermöglichen, ein sicheres und sinnhaftes Leben zu führen. Diese Konzeption überschreitet die gängige Vorstellung von Sorgearbeit als eine (individualistische)

Dienstleistung und betont die Vorstellung von gegenseitiger Abhängigkeit und verwobener Verbundenheit (Zechner 2021). Um genauer zu ergründen, inwiefern sich darin ein transformatives Potenzial verbirgt, plädieren wir für einen relationalen Ansatz, der die gemeinschaftsförmigen Praktiken des Sorgens in ihrem räumlich-zeitlichen Kontext untersucht. Im Folgenden verorten wir die Praxis von Medina und der Kiezkantine in den lokalen, von Machtverhältnissen und sozialen Kämpfen durchzogenen Räumen (Kapitel 3), um anschließend die konkrete Praxis der involvierten Akteur:innen und deren soziale Beziehungen untereinander zu analysieren (Kapitel 4).

3 Die Entstehung kollektiver Räume im lokalen Kontext von sozialen Krisen und Kämpfen

Die hier besprochenen Initiativen sind nicht aus dem Nichts entstanden, sondern sind beide in soziale Bewegungen und lokale politische Konflikte und Kämpfe eingebunden. Ihre Herausbildung ist eng verbunden mit der umkämpften Geschichte der jeweiligen Orte, mit dem dort vorherrschenden soziopolitischen Klima und nicht zuletzt mit gesellschaftlichen Krisen und Machtverhältnissen, welche die sozialen Beziehungen an solchen kollektiven Orten prägen.

Zunächst zum sozialräumlichen Kontext des nicht-kommerziellen Nachbarschaftsladen Bilgisaray in Kreuzberg: Vielen ist Berlin-Kreuzberg vermutlich aufgrund der langen Geschichte der Widerstände und nicht zuletzt der zweijährigen Besetzung des unweit des Kottbusser Tors gelegenen Oranienplatz (*O-Platz*) von 2012 bis 2014 bekannt. Durch das im Oktober 2022 gefeierte Jubiläum ist diese Besetzung durch die *Refugee*-Bewegung wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein getreten (siehe auch das Interview zum zehnjährigen Jubiläum der Platzbesetzung in diesem Band). Für die lokalen politischen Bewegungen sind der O-Platz und seine Besetzung hingegen über die Jahre hinweg bedeutsam geblieben. Die Aktivistin Napuli hat neben vielen anderen dafür gesorgt, dass der O-Platz von der Refugee-Bewegung dauerhaft angeeignet blieb. Mehrmals hat sie eine große Platane, die zwar zum Klettern, aber weniger zum Übernachten einlädt, besetzt und damit erreicht, dass sie ohne vorherige Anmeldung bei der Polizei jederzeit politische Aktionen auf dem O-Platz durchführen kann (Amadi 2021). Neben der Zentralität des O-Platzes für die Refugee-Bewegung, ist die nähere Umgebung um das Kottbusser Tor seit Jahrzehnten geprägt von verschiedenen, häufig migrantischen politischen Kämpfen. In diesen Kämpfen wird erprobt, inwiefern Gruppen in der Nachbarschaft ihre Differenzen basierend auf gemeinsamen Bedürfnissen und Forderungen überbrücken und zu

„Communities of Struggle“ (Hamann/Türkmen 2020: 517) werden können. Die *Initiative Kotti & Co.* organisiert etwa Mieter:innen im Kiez, die vom Verkauf der städtischen Sozialwohnungen sowie allgemein von der Finanzialisierung des Wohnungsmarkts betroffen sind. Immer sichtbarer wird die Knappheit von bezahlbarem Wohnraum, Zwangsräumungen, Wohnungslosigkeit und Armut, die aus der Politik der Privatisierung des Wohnens folgen. Wie die Initiative *Kotti für alle* bemängelt, werden allerdings keine sozialen Lösungen für diese gesellschaftlichen Probleme gesucht, sondern es wurde stattdessen in den Bau einer kontroversen neuen Polizeiwache am Kottbusser Tor investiert. So sind auch zuvor bestehende kommerzielle und nichtkommerzielle Orte des Zusammenkommens im Kiez von der zunehmenden Polizeipräsenz sowie von hohen (Miet-)Kosten und Verdrängung bedroht. Die Entscheidung, auf der Basis privater Spenden den Raum Bilgisaray anzumieten, war auch eine Reaktion auf das Verschwinden von zugänglichen, alternativen, sozialen und politischen Begegnungsorten. Zugleich kann die Entwicklung der sozialen Beziehungen im und um das Bilgisaray nicht ohne den lokalen sowie translokalen Kontext verstanden werden, der heterogene aktivistische Communities hervorgebracht hat. So nehmen antirassistische Aktivist:innen vom O-Platz mit ihren Erfahrungen und Netzwerken eine wichtige Rolle bei der Gestaltung des Raums ein.

Der Raum befindet sich in geringer Entfernung vom O-Platz und ist dadurch ideal platziert, um den dortigen politischen Aktionen als Infrastruktur zu dienen. Er beinhaltet eine renovierungsbedürftige Toilette, eine gut ausgestattete Küche, einige Tische, viele Stühle und Bierbänke. Damit kann der O-Platz bei Veranstaltungen einfach bestuhlt und bekocht werden. Im Bilgisaray finden viele Begegnungen und Treffen statt, die zur Realisierung dieser Veranstaltungen beitragen. Ein offener Kalender koordiniert diese Nutzung. Diese Offenheit verlässt sich einerseits auf das Prinzip eines Grundvertrauens. Andererseits sind es vor allem persönliche Kontakte und Beziehungen, die dazu führen, dass immer wieder neue Leute und Gruppen dazustoßen; seien es sich organisierende Mieter:innen oder antirassistische Gruppen, etwa neue Zusammenhänge von Geflüchteten *of Colour* aus der Ukraine. In den Räumlichkeiten des Bilgisaray findet seit 2019 die Kiezkantine statt. Als größte Gruppe, die regelmäßig den Raum nutzt, bemühen sich einige Personen der Kiezkantine, sich in die Selbstverwaltung und Instandhaltung des Bilgisaray einzubringen. Viele wünschen sich jedoch einen größeren Einsatz von mehr Leuten. Dagegen läuft die Kiezkantine mit wenig festen Strukturen recht unkompliziert und konstant. Es gibt lediglich eine Messenger-Gruppe, in welcher sich meldet, wer kochen möchte und dafür den Schlüssel und Geld zum Einkaufen braucht.

Die Schützenmatte in Bern, wo das Projekt Medina aktiv ist, hat ebenfalls eine bewegte und umkämpfte Geschichte. Der Ort ist geprägt von der langen Präsenz alternativer politischer und kultureller Szenen – etwa des benachbarten links-autonomen Kulturzentrums Reitschule, das sich aus einer ehemaligen Besetzung in den 1980er Jahren heraus entwickelt hat. Das ortsbildprägende, massive Eisenbahnviadukt trennt die *Schütz*, wie sie umgangssprachlich genannt wird, von der Reitschule und dem dazugehörigen Vorplatz. Trotz dieser räumlich manifestierten Grenze kann die Schütz nicht getrennt davon betrachtet werden. Vielmehr ist der Raum als dynamisches Gefüge in den Blick zu nehmen, das nur in der Komplexität und Widersprüchlichkeit der umliegenden Institutionen, unterschiedlichen politischen Akteur:innen und diversen Nutzenden verstanden werden kann. Der zentrumsnahe Platz, der bis vor wenigen Jahren mit Autos vollgestellt war und lediglich als öffentlicher Parkplatz diente, liegt in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof, der städtischen Drogenabgabestelle, dem Amtshaus, der Polizeiwache und der bereits erwähnten Reitschule. Es ist ein Ort, an dem sowohl Skater:innen sich treffen, Jugendliche ihre Freiräume leben und Nachtschwärmer:innen sich an den Wochenenden amüsieren, als auch Menschen sich aufhalten, die fast nirgendwo sonst hingehen können und denen grundlegende Sorgebedürfnisse verwehrt werden. Marla, die sich bei Medina engagiert, nennt Wohnraum, Hygiene, Sicherheit und Wärme als Beispiele: „Diese Grundbedürfnisse sind in den meisten Fällen einfach nicht gegeben, weil Leute zum Beispiel in Asylzentren leben – oder dort sogar rausgeschmissen wurden – und nicht ausreichend Zugang haben zu Kleidung, zu Krankenkassen, zu ärztlichen Untersuchungen, auch zu psychologischer Hilfe.“ Unter den Beteiligten an Medina sind mehrheitlich Geflüchtete und Migrant:innen mit prekärem oder fehlendem Aufenthaltsstatus, von denen viele in Camps außerhalb der Stadt leben müssen, aber auch Wohnungslose, Suchtbetroffene und Menschen mit psychischen Erkrankungen. Laut Marla, die die Schütz seit ihrer Jugend gut kennt, sei dieser Platz für die einen „die absolute Hölle, für die anderen ist er das Paradies – was stark mit sozialen Positionen zu tun hat“.

Die Medien berichten fast ausschließlich mit dem Zusatz „sozialer Brennpunkt“ über die Schützenmatte – die Schlagzeilen reichen von Drogendeals, Schlägereien, Raubüberfällen bis hin zu Polizeirazzien. Zweifelsohne handelt es sich um einen konflikthaften und spannungsgeladenen Ort, der mit der Sichtbarmachung sozialer Krisen und Verwerfungen in Verbindung steht. Auf der Schütz manifestieren sich im Lokalen die Folgen von repressiven Migrationsgesetzen, exkludierenden wohlfahrtstaatlichen Praxen und einer Drogenpolitik, die auf Vertreibung und Kriminalisierung von Suchtabhängigen setzt. Damit

werden auf dem Platz vielfältige Formen von Ausgrenzung und Verdrängung und eine staatliche Negierung von Sorgebedürfnissen von Menschen in prekären Lebenslagen spürbar und wahrnehmbar. Die Schütz sei einer der wenigen Orte in der Stadt Bern, wo marginalisierte Menschen einigermaßen geduldet würden, sagt Marla und fügt an: „Mit Betonung auf einigermaßen [...], weil sobald all diese Sommerprogramme starten, verdrängt man sie eigentlich auch von dort wieder.“ Mit Sommerprogrammen spricht Marla die von der Stadt Bern finanziell unterstützten Zwischennutzungen der vergangenen Jahre an. Deren temporäre Erschaffung eines Kultur-, Freizeit- und Gastroraumes habe bestimmte Menschen angesprochen und andere ausgegrenzt. Hinzu kommt, dass die Schützenmatte ein stark polizierter Raum ist, wo sich marginalisierte und rassifizierte Menschen vor Razzien und *Racial Profiling* fürchten.

Vor diesem Hintergrund ist das Projekt Medina gegründet worden, einerseits als Antwort auf ungedeckte Bedürfnisse sozial benachteiligter Personen und andererseits als Reaktion auf die beobachteten gesellschaftlichen Entwicklungen im Raum Schützenmatte. Die Initiator:innen – eine Gruppe von unterschiedlichen Leuten, deren Gemeinsamkeit darin lag, sich regelmäßig auf der Schütz aufzuhalten – haben sich den leeren, vernachlässigten Raum im Jahr 2019 angeeignet. Zweimal wöchentlich schafft Medina seither rund um die Aktivität des Kochens und Essens einen temporären Raum des Zusammenkommens in der Öffentlichkeit.

Beide Initiativen – Medina wie die Kiezkantine – sind rund ein Jahr vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie entstanden und haben während der Corona-Krise zunehmend an Bedeutung gewonnen. Als in Bern während des Lockdowns Suppenküchen und Tafeln von heute auf morgen schließen mussten, hat Medina eine herausragende Rolle übernommen, weil das Gemeinschaftszentrum auf der Schütz der fast einzige Ort in der Stadt war, wo es für kein oder wenig Geld eine warme Mahlzeit gab. Die Kiezkantine hat pandemiebedingt einige Monate pausiert, konnte dann aber ab dem Sommer 2020 das gemeinsame Essen nach draußen auf den O-Platz und in einen nahen kollektiven Garten verlegen. In letzterem konnte durch ein Zirkuszelt und eine Feuertonne insbesondere während der harschen Berliner Wintermonate eine wärmende Atmosphäre kreierte werden. Beide Initiativen haben in dieser Zeit vielen Menschen eine Möglichkeit geboten, für einen Moment den isolierenden Bedingungen der Pandemie zu entkommen.

4 Kochen und Essen als kollektive Sorge-Praxis

Wir richten unseren Blick nun auf die konkrete soziale Praxis des Kochens und Essens und untersuchen, wie die daraus entstehenden sozialen Beziehungen gestaltet sind.

4.1 *Kochen und Essen als gemeinsame reproduktive Tätigkeit*

Wer am Dienstagnachmittag einen Blick ins Bilgisaray wirft, kann beobachten, wie sich unterschiedliche Gruppen und Konstellationen gemeinsam an die Zubereitung eines Gerichts machen, das von nord- und westafrikanischer, west- und zentralasiatischer, südeuropäischer oder anderer Küche inspiriert ist. Manche melden sich in der letzten Minute zum Kochen, damit überhaupt etwas auf den Tisch kommt, andere planen das Kochen, um für bestimmte Zwecke Spenden zu sammeln, wieder andere sind in ihrem Alltag häufig damit beschäftigt, Lebensmittel zu retten und für andere zu kochen und zu catern. Meist haben sich ein, zwei oder mehr Personen überlegt, welches Gericht gut für große Gruppen umsetzbar und ansprechend ist. Dabei ist eine hohe Qualität und Diversität des Essens zum Selbstverständnis und -anspruch der Kiezkantine geworden. Je fortgeschrittener der Nachmittag, desto mehr Leute trudeln ein, die je nach Lust oder Bedarf mitmachen. Alle scheinen das Kochen als sinnstiftend zu erleben, denn für 40 bis 80 Personen Essen zuzubereiten, das Wertschätzung erfährt, ist eine kleine Errungenschaft an sich. Manchmal sagen die Köch:innen ein paar Worte, um zu erklären, was es zum Essen gibt oder wofür sie Spenden sammeln, woraufhin freudiger Applaus folgt.

Ähnlich läuft das gemeinsame Kochen bei Medina ab. Die für das Kochen und Essen benötigte, relativ begrenzte Infrastruktur (Gasbrenner, Tische, Bänke etc.) wird donnerstags und freitags von 18 bis 22 Uhr vorübergehend aufgebaut. Die zwei bis drei Personen, die an einem Abend für das Kochen zuständig sind, beziehen Teilnehmende mit ein, um so das Kochen zu einer gemeinschaftlichen Tätigkeit zu machen. Im Vergleich zu herkömmlichen Suppenküchen wird das Kochen in der Kiezkantine wie auch bei Medina immer wieder von anderen Leuten oder Gruppen übernommen. Neben vielen Personen, die fast jede Woche mitmachen, gibt es ein weiteres Umfeld, das gelegentlich dazu kommt. Gegessen wird an beiden Orten gemeinsam – abgesehen von einigen wenigen, die nach der Essensausgabe mit ihrem Teller gleich wieder davonhuschen. Das heißt, auch diejenigen, die an dem Abend für das Kochen zuständig sind, setzen sich dazu und essen in Gesellschaft. Dies wirkt einer hierarchischen Unterteilung entgegen,

die unterscheidet zwischen Leuten, die Sorgearbeit leisten, und anderen, die Sorge benötigen. Indem die Phasen von „Care-giving“ und „Care-receiving“ (Tronto 1998) in der gemeinsamen Praxis des Kochens und Essens zusammenkommen, wird die vergemeinschaftete Verwirklichung der sozialen Reproduktion zentraler Bestandteil des Zusammenkommens. Das Kochen und Essen bietet überdies Gelegenheit für einen persönlichen Austausch. „Beim Kochen kommst du so schnell ins Gespräch“, findet Peter², der regelmäßig bei Medina mitmacht. Selbst wenn Personen nicht wissen, worüber sie sich mit anderen unterhalten sollen, können sie einfach über das Kochen und Essen als solches ins Gespräch kommen. Worum es geht, ist „einerseits das Kulinarische, aber auch der Prozess des Kochens“, so Livio, der seit Beginn bei Medina aktiv ist. Die zentrale reproduktive Tätigkeit des Kochens sowie die Wertschätzung des gemeinsamen Abendessens helfen, das gegenseitige Füreinander Sorgen in den Mittelpunkt zu stellen.

4.2 Von diversen sozialen Bedürfnissen und Begegnungen hin zu sorgenden und solidarischen Beziehungen

In Debatten um die Aneignung von urbanen Räumen wird die Rolle von (zufälligen) Begegnungen der heterogenen Stadtbewohnenden hervorgehoben, die von einem flüchtigen (Augen-)Kontakt über freundliche Interaktionen bis hin zu bedeutungsvollen Beziehungen reichen können (Schmidt/Vogelpohl 2022: 30). Selbstverständlich können Begegnungen im öffentlichen Raum auch Ausschlüsse und Abwertungen reproduzieren sowie konflikthafte Beziehungen verkörpern. Neben der Intention und Bereitschaft, einander auf Augenhöhe zu begegnen und sich aufeinander einzulassen, ist für die Herausbildung solidarischer Beziehungsweisen entscheidend, wie diese verstetigt und Erfahrungen von Zugehörigkeit geschaffen werden können.

Die hier beschriebenen Gemeinschaftsküchen – so bescheiden und begrenzt ihre materielle Infrastruktur auch sein mag – sind für die Beteiligten zentrale Treffpunkte in der Stadt. Die Kiezkantine dient insbesondere für Leute, die in Berlin oder Kreuzberg keinen Wohnraum haben – etwa weil sie gezwungenermaßen in Camps im Berliner Umland leben – als ein zugänglicher Ort des lokalen Zusammenkommens, des Austauschs und Teilhabens. So erlebt es ein Teilnehmender, der für das Jahrbuch 2021 des nahen kollektiven Gartens diese Worte verfasste: „Die Kiezkantine und die nette Versammlung im Prinzessingarten kenne ich erst seit ein paar Wochen. Hier wird man durch Solidarität

2 Der Name ist pseudonymisiert.

und Kollektivität begrüßt.“ Auch in Bern sind viele Beteiligte nicht in der Stadt wohnhaft, sondern leben in Camps weit abseits vom städtischen Zentrum. Einige befinden sich noch im Asylverfahren, andere sind von Abschiebung bedroht. In diesem prekären Alltagskontext des Ankommens und Wartens bietet das regelmäßige gemeinsame Kochen und Essen eine unkomplizierte Möglichkeit, Verbindungen aufzubauen und ein Stück weit aus der Isolation auszubrechen. „Wenn ich hier bin, dann spüre ich, dass ich eine Person bin, dass ich existiere“, sagt Mar-Said, der seit vier Jahren in der Schweiz in Camps lebt und beschreibt, dass dieser öffentliche Raum für ihn ein Zuhause bieten kann: „Hier ist es wie bei einer Familie.“ (zit. in Turcan 2023) Wie unter Familienmitgliedern gibt es auch hier Spannungen und Konflikte, gleichzeitig verdeutlicht Mar-Said aber, dass er über das regelmäßige Zusammensein und Eingebundensein ein Gefühl der Verbundenheit und Zugehörigkeit verspüren kann. Mira³, die regelmäßig auf dem Platz ist und zusätzlich verschiedene administrative und koordinative Aufgaben innerhalb des Kollektivs übernimmt, schätzt, dass es ein „anspruchloser Raum des Zusammenseins“ jenseits gesellschaftlicher Normen und Zwänge sei. Da es keine besonderen Erwartungen an soziale Interaktionen gibt, können sich Personen mit verschiedenen materiellen und sozialen Bedürfnissen in einem Raum als Gemeinschaft fühlen, wie Mira ausführt: „Für mich bedeutet Gemeinschaft, dass es ein Raum sein soll, wo man hinkommen kann, so wie man ist, ohne dass irgendjemand Erwartungen an einen hat, und wo man sich einbringen kann – nicht *muss*, aber *darf*.“ So sieht es auch Livio als etwas Besonderes, dass das Gemeinschaftszentrum auf der Schütz es möglich macht, dass „sehr viele gesellschaftlich vielleicht unbequeme Leute in einem recht kleinen Raum zusammenkommen und es einen sehr regen Austausch gibt über verschiedenste Dinge“.

Egal ob die Menschen zum Kochen und Mithelfen, zum Pingpong spielen, Plaudern oder einfach nur zum Tee trinken vorbeikommen: Medina bietet ihnen Möglichkeiten, sich am gemeinschaftlichen Leben zu beteiligen. Es geht aber nicht nur um eine reine Beschäftigung, sondern vielmehr um Empowerment und Selbstbestimmung. Die Menschen sollen in ihren individuellen Fähigkeiten bestärkt werden und bei der Verwirklichung ihrer Interessen unterstützt werden. So werden Bedingungen geschaffen, unter denen Menschen sich nicht mehr einfach macht- und hilflos fühlen, sondern selbst in die Lage kommen, anderen zu helfen, Verantwortung zu übernehmen und sich um ihren Lebensraum zu kümmern. Olga⁴, die selbst vor einigen Jahren in die Schweiz gezogen ist und

3 Der Name ist pseudonymisiert.

4 Der Name ist pseudonymisiert.

in der Gründungsphase von Medina eine wichtige Rolle gespielt hat, hebt die vergemeinschaftende Kraft des Zusammenständigsein besonders hervor: „Wenn du Dinge zusammen machst, dann wachsen die Netzwerke und es wachsen Emotionen.“ Aus den gemeinsamen Aktivitäten und Erfahrungen entsteht ein Raum der geteilten Sorge(n) im Alltag, was auch Livio beschreibt. Für ihn besteht die Bedeutung der Schützenmatte darin, „gemeinsam lachen zu können, klagen zu können, weinen zu können, wütend sein zu können“. Er deutet damit auf das Potenzial hin, ungleiche Beziehungen zumindest ein Stück weit in Beziehungen der Interdependenz und in „affektive Bezogenheit“ (Lorey 2020) transformieren zu können.

Gleichzeitig reichen die sorgenden Beziehungen über den räumlichen und zeitlichen Kontext der wöchentlichen Abendessen in der Kiezkantine und bei Medina hinaus. So können dank des Wissens, der Ressourcen und der Netzwerke der Teilnehmenden juristische Unterstützungsangebote, Deutschkurse oder Notschlafstellen sowie Zugänge zu medizinischer Versorgung vermittelt werden. Auch das Netzwerk sozialer und politischer Gruppen in der Nachbarschaft ist wichtig, da Personen über die Gemeinschaftsküchen Vertrauen und Kontakte erlangen können, um dann andernorts gezielt Unterstützung zu suchen. So wird die Kiezkantine ergänzt durch die naheliegende *Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen eV. (KuB)* sowie durch enge Beziehungen zur Gruppe *Schlafplatz-Orga*, die Personen in prekären Aufenthalts- und Wohnsituationen Unterstützung bieten. Aus dem regelmäßigen Zusammenkommen über längere Zeiträume entstehen Freundschaften, die situationsabhängig zu Unterstützung bei verschiedenen Angelegenheiten im Alltag führen. Mira beschreibt es für die Kochabende bei Medina so: „Dadurch, dass man halt enger wird und befreundet wird, fängt man ganz einfach an, Dinge zu tun. Wie zum Beispiel, mal auf das Kind aufzupassen, Briefe zu beantworten, Krankenbesuche zu machen oder jemanden ins Spital zu begleiten. Solche Dinge ergeben sich dann einfach.“ Entscheidend ist dabei für Marla die gegenseitige „Bereitschaft, sich auf diese Beziehung einzulassen“. Das beinhaltet auch, voneinander zu lernen und Interesse zu haben am Leben der Menschen, das über ein bestimmtes Etikett hinausgeht. Obwohl nie alle Bedürfnisse erfüllt werden können, die sich aus den strukturellen Missständen und prekarierten Lebensbedingungen ergeben – etwa nach Wohnraum, sicherem Aufenthalt, Einkommen und guter Gesundheitsversorgung –, entsteht zumindest eine Situation, in der diese Bedürfnisse regelmäßig ausgetauscht, gehört und ernst genommen werden. So kann Solidarität miteinander und Sorge umeinander über die Zeit zu einer sozialen Alltagspraxis werden, auch wenn dies nicht zwingend zu strukturellen Lösungen führt.

Die Betonung einer gemeinsamen Sorgepraxis und geteilter Alltagskämpfe führt damit zu einer Perspektive auf Solidarität, die sich von karitativen und oft paternalistischen Formen der Unterstützung unterscheidet. Bei der Kiezkantine wird dies besonders deutlich, weil sich die Initiative auf seit Längerem miteinander verwobene lokale wie auch translokale Verknüpfungen und aktivistische migrantische Netzwerke stützt: Einige der Mitwirkenden sind schon seit den 1990er Jahren in antirassistischen Bewegungen aktiv, andere waren bei der Besetzung des nahen O-Platz oder des fernen *City Plaza* in Athen dabei, wieder andere haben sich im Laufe des Sommers der Migration 2015 sozial und politisch zusammengefunden oder sind erst danach nach Deutschland gekommen. Dabei sind gemeinsame Erfahrungen, wie etwa die im Transit entstandenen und seither aufrechterhaltenen persönlichen und politischen Netzwerke und Freundschaften zentral, aber auch die Fähigkeit offen und aufmerksam zu bleiben für neu Angekommene, neue Dynamiken und Ideen.

4.3 Herausforderungen bei der Erhaltung lokaler Sorge-Infrastrukturen

Es gibt keine Garantie dafür, dass Sorge-Infrastrukturen von unten notwendigerweise demokratische(re) und nachhaltige(re) Fürsorge mit sich bringen. Denn solidarische Initiativen haben auch mit Herausforderungen zu kämpfen, die sich sowohl aus externen gesellschaftspolitischen Verhältnissen und Veränderungen als auch aus internen Konflikten in Zusammenhang mit Machtdifferenzen und Fragen der Zugänglichkeit und Verantwortlichkeit ergeben (Gutiérrez Sánchez 2023: 15). Auch wenn die beiden vorgestellten Orte und ihre sorgenden Beziehungsweisen uns als wichtige und wegweisende Formen der kollektiven Bearbeitung von sozialen Krisen erscheinen, ist es unerlässlich, sich mit ihren Ambivalenzen und Herausforderungen zu beschäftigen, um die Solidaritätsprojekte nicht zu romantisieren. Schließlich begegnen sich an beiden Orten Menschen mit diversen sozialen Positionierungen, unterschiedlichen Ressourcen, Erfahrungen, Bedürfnissen und Strategien. Nachfolgend wollen wir einige organisatorische und strukturelle Spannungen thematisieren und gleichzeitig diskutieren, wie die Beteiligten versuchen, einen Umgang damit zu finden.

Die Organisationsformen beider Initiativen zeichnen sich dadurch aus, dass eine dynamische und handhabbare Alltagspraxis im Vordergrund steht, die über die Zeit erprobt wurde und sich etabliert hat. Wichtig dabei sind Improvisationskunst, Offenheit für Veränderungen sowie die Einfachheit und Zugänglichkeit dieser Orte. Gleichzeitig ist diese Organisationsform auch mit Einschränkungen verbunden: Gemeinsame Reflexion, Diskussion und (Neu-)Aushandlung kon-

kreter Abläufe müssen, teilweise aufgrund begrenzter Ressourcen, eher hintangestellt werden oder sich aus der Praxis ergeben. So finden Plena der Kiezkantine oder sogenannte Platzsitzungen bei Medina nur unregelmäßig statt und sind nicht sehr gut besucht. Zudem kann die ungleiche Verteilung von Ressourcen, Kapazitäten und Verantwortlichkeiten dazu führen, dass manche Personen sich zu stark und andere sich zu wenig einbezogen und zuständig fühlen. So reflektiert etwa Youssouf⁵, der seit der Besetzung des O-Platzes 2012 Teil der Kreuzberger Refugee-Bewegung ist und seit vier Jahren fast jeden Dienstag zur Kiezkantine kommt, die Bedeutung und Beschaffenheit der selbstorganisierten Struktur: „Zusammenkommen, zusammen essen ist super super sehr wichtig. Die Leute brauchen einen Ort, wo sie zusammentreffen, sich kennen lernen.“ Doch für den gemeinsamen und möglichst nichthierarchischen Erhalt des kollektiven Kontextes ist es, wie Youssouf betont, auch wichtig, dass sich möglichst viele verschiedene Leute mitverantwortlich fühlen: „Das ist ein Raum von uns allen, es ist nicht so, es gibt ein paar Leute, die dafür verantwortlich sind. Es ist mir wichtig – in meiner Position auch – Teil der Gruppe zu sein.“ Obwohl diverse Teilnehmende versuchen, sich einzubringen und den Raum mitzugestalten, sind es häufig doch Personen in weniger prekären Lebenslagen, die dafür mehr Ressourcen haben. Damit diese Orte als Sorge-Infrastrukturen von unten auch unabhängig von Einzelnen fortbestehen können, ist es jedoch von entscheidender Bedeutung, dass eine dauerhafte kollektive Verteilung der Verantwortung und Sorgearbeit gelingt und nicht zu viel Verantwortlichkeit auf bestimmten Personen lastet.

In Initiativen ergibt sich konkrete Unterstützung meist aus persönlichen und freundschaftlichen Beziehungen, wobei auch affektive und immaterielle Formen der Unterstützung Wertschätzung erfahren und insofern von allen erbracht werden können. Dies birgt einerseits Möglichkeiten, Machthierarchien zwischen Menschen, die unterstützen können und die Unterstützung brauchen, nicht ständig zu reproduzieren. Andererseits wird es dadurch zur zwischenmenschlichen Aushandlung, wer wen wie unterstützt. Dies kann zu einer ungleichen Berücksichtigung von Bedarfen an Unterstützung führen oder auch dazu, dass Einzelpersonen sich allein gelassen fühlen im Umgang mit Krisen und in der Kommunikation oder Konfrontation mit Personen, die sich nicht achtsam verhalten.

Viele der Teilnehmenden machen früher oder später die Erfahrung, dass kollektive Fürsorge scheitert, weil keine Lösungen für unbefriedigte soziale Bedürf-

5 Der Name ist pseudonymisiert.

nisse gefunden werden bzw. einer Person nicht genügend geholfen werden kann und sie ihre Enttäuschung über gesellschaftliche Hierarchien und Ungleichheiten der Community vorwirft. So gab es im Bilgisaray den Konflikt, dass Personen sich den Raum als Schlafplatz aneignen wollten, was wiederum schwer mit der kollektiven Nutzung zu vereinbaren ist. Weigerungen, den Raum zu verlassen, wenn Gruppen ihn benötigen, haben wiederum zu der Frage geführt, ob und wann Platzverweise oder Hausverbote notwendig sein können und wie diese dann umgesetzt werden können – ohne die Polizei zu rufen. Solch prägende Erfahrungen können als Anlass genommen werden, die strukturellen Ungleichheiten, die die Sorge-Beziehungen beinhalten, zu reflektieren. Marla sagt, man dürfe „nicht so verklärt sein und verkennen, dass es ungleiche Beziehungen sind“. Sie stellt die von ihr erlebten Realitäten bei Medina ihrem Ideal eines Zustands der „Inklusion“ entgegen, in dem struktureller Rassismus und Machthierarchien überwunden wären und sagt: „Medina wird nicht inklusiv sein können, solange die Leute keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben, keine Krankenkasse haben und vor allem keinen Raum haben mit Schlaf-, Wasch- und Essmöglichkeiten. Solange die Grundbedürfnisse dieser Leute nicht gedeckt sind, werden wir diese Inklusion nicht hinbekommen.“ Bestehende soziale Ungleichheiten sind eine Tatsache, die, wie Marla andeutet, auf struktureller Ebene angegangen werden müssen. Die hier vorgestellten Initiativen können diese Ungleichheitsstrukturen zwar nicht beseitigen, doch zumindest in Frage stellen und politisieren.

5 Transformative Potenziale von Sorge-Infrastrukturen von unten

Abschließend widmen wir uns der Frage, inwiefern über das gemeinsame Kochen und Essen hinaus sorgende *Communities of Struggle* und politische Bündnisse entstehen können, die Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen, was potenziell zu einer Transformation sozialer Verhältnisse führen kann. Derzeitige Forderungen nach der Abschaffung von rassistischen und kapitalistischen Gewalt- und Ungleichheitsverhältnissen, die sich häufig an die Polizei, Gefängnisse und Grenzen richten, betonen vermehrt, dass diese *Abolition* mit der Erschaffung von positiven Bezügen und Beziehungen in Communities einhergehen muss (Chua 2020). Dabei werden alltägliche Praxen der gegenseitigen Unterstützung und Sorge ebenso wie das Organisieren von kollektiver Verantwortung, Verteilung von Ressourcen, Versorgung und Selbstverwaltung als zentral betrachtet.

In den beschriebenen Initiativen steckt in unseren Augen ein solches transformatives Potenzial, das ins Lokale hineinwirkt: Ausgehend von konkreten Alltagsbedürfnissen eignen sich die Beteiligten der Kiezkantine und von Medina urbane

Räume an und rekonfigurieren diese durch die kollektive Praxis des Kochens und Essens. Sie schaffen damit Sorge-Infrastrukturen von unten, die nicht nur alltägliches (Über-)Leben ermöglichen, sondern in denen gleichzeitig alternative, kollektive Formen von Sorge erprobt werden können, die weder konventionellen noch kommerziellen Formen der Sorgearbeit entsprechen. In diesem Sinn sehen wir die beschriebenen Orte als Laboratorien, in denen ausprobiert wird, wie trotz unterschiedlicher Lebensrealitäten und Ausgangslagen sorgende Umgangsformen und solidarische Beziehungsweisen kollektiv eingeübt werden können.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, inwiefern die alltäglichen Praktiken im Lokalen etwas anstoßen, das über die lokale Ebene hinaus strukturelle Sorgelosigkeiten politisiert und eine breitere Organisierung anregen kann. Aus einer feministischen Perspektive erscheint uns zentral, dass die Existenz und Sichtbarkeit gemeinschaftsbasierter Küchen auf öffentlichen Plätzen zu einer Politisierung von Sorge beitragen können. Indem die Beteiligten von Medina und der Kiezkantine soziale Reproduktion und Sorgearbeit in einem gemeinschaftlichen Kontext reorganisieren, stellen sie zugleich auch die Trennung zwischen dem Persönlichen und dem Politischen sowie zwischen politischem Aktivismus und der Reproduktion des Alltagslebens in Frage (Federici 2019: 112). Die im alltäglichen Leben entstandenen Sorge-Infrastrukturen schreiben sich dabei selbst in die Stadt ein: Durch die Kollektivierung reproduktiver Tätigkeiten, die traditionell als häuslich und damit privat angesehen werden, führen die Initiativen neue Gebrauchsweisen von urbanem öffentlichem Raum ein, durch welche reproduktive Tätigkeiten stärker sichtbar und wertgeschätzt werden.

Wir sehen in der Erprobung von Wegen hin zur Vergemeinschaftung sozialer Reproduktion darüber hinaus eine Möglichkeit, die politische Konfrontation mit den individualisierenden und segregierenden staatlichen und marktformigen Sorgestrukturen zu suchen. Als Leitbild hierfür bietet sich das Konzept einer „Sorgenden Stadt“ (Fried/Wischnewski 2022) an, das den politischen Anspruch hat, einerseits bestehende öffentliche, professionalisierte Sorge-Infrastrukturen inklusiver, bedürfnisorientierter und demokratischer auszugestalten und andererseits selbstorganisierte, sorgende Gemeinschaften zu stärken und in ihrem Wirkungsfeld zu erweitern.

Sorge-Infrastrukturen von unten verstehen und verwenden wir damit als ein generatives Konzept für die Imagination alternativer Lebensweisen in der Krise und gegen Krisenregime (Gutiérrez Sánchez 2023: 15). Damit solche Sorge-Infrastrukturen entstehen, muss eine entsprechende räumliche Infrastruktur geschaffen bzw. erkämpft werden. Außerdem setzen sie (trans-)lokale Netzwerke und Organisationsformen voraus, in denen Erfahrungen und kollektiv geschaf-

fenes Wissen weitergegeben und geteilt werden können. Und schließlich ist für die Errichtung von Sorge-Infrastrukturen auch die temporale Komponente von Bedeutung: Sorgende Beziehungen zu entwickeln, ist ein Prozess, der Zeit braucht – zum Aufbau von Vertrauen, zur Aushandlung von Machtverhältnissen und zum kollektiven Lernen. Dies ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil die durch menschliche Sorgepraxis geschaffenen Infrastrukturen nicht nach etablierten Normen oder fixen Regeln arbeiten. Ihr Funktionieren ergibt sich vielmehr dynamisch und experimentell aus der gemeinschaftsförmigen, selbstverwalteten Praxis und dem *Commoning* der geteilten Räume und Ressourcen.

Trotz ihrer Herausforderungen ermöglichen Sorge-Infrastrukturen von unten unserer Ansicht nach Wege für Menschen, sich an einem gemeinschaftlichen Leben zu beteiligen, auf eine Art, die kollektive Kraft schafft – selbst wenn diese nur temporär Bestand hat. So dienen Sorge-Infrastrukturen von unten nicht nur dem Ausgleichen oder Abschwächen von strukturellen Krisen, sondern erschaffen konkrete Gegenentwürfe sowie soziale und infrastrukturelle Grundlagen, um diese mehr und mehr umsetzen zu können. Die beschriebene kontinuierliche Praxis der beiden Küchen deutet darauf hin, dass in der Vergemeinschaftung der Sorgearbeit und sozialen Reproduktion einiges geglückt ist – Perfektion wird ohnehin nicht angestrebt. Das Fortbestehen über eine längere Zeit, das gemeinsame Weiterlernen sowie Weitergeben und Wiedererkennen der kollektiven Erfahrung andernorts mögen die wichtigsten Ergebnisse sein und machen Hoffnung, dass Ähnliches an vielen weiteren Orten möglich ist oder schon längst stattfindet.

Literatur

- Amadi, S. (2021), Als hätten sie uns ins Gesicht geschlagen. IV mit Napuli vom O-Platz, in: *The Lower Class Mag* v. 6. September 2021, <https://lowerclassmag.com/2021/09/06/als-haetten-sie-uns-ins-gesicht-geschlagen-iv-mit-napuli-vom-o-platz/> (letzter Abruf am 23.3.2024).
- Aulenbacher, B. (2020), Auf neuer Stufe vergesellschaftet: Care und soziale Reproduktion im Gegenwartskapitalismus, in: Becker, K./Binner, K./Décieux, F. (Hg.), *Gespannte Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Marktkapitalismus*, Wiesbaden: Springer VS, S. 125–148.
- Chua, C. (2020), Abolition Is A Constant Struggle: Five Lessons from Minneapolis, in: *Theory & Event* 23(4), S. 127–147.
- Cloke, P./May, J./Williams, A. (2017), The Geographies of Food Banks in the Meantime, in: *Progress in Human Geography* 41(6), S. 703–726.
- Federici, S. (2019), *Re-enchanting the World. Feminism and the Politics of the Commons*, Oakland: PM Press/Kairos.

- Fried, B./Wischniewski, A. (2022), *Sorgende Städte*, www.rosalux.de/news/id/46043/sorgende-staedte (letzter Abruf am 5.10.2023).
- Gabauer, A./Knierbein, S./Cohen, N./Lebuhn, H./Trogal, K./Viderman, T./Haas, T. (Hg.) (2021), *Care and the City. Encounters with Urban Studies*, London: Routledge.
- Gutiérrez Sánchez, I. (2021), Infrastructures from Below. Self-Reproduction and Common Struggle in and beyond Athens in Crisis, in: Gabauer, A./Knierbein, S./Cohen, N./Lebuhn, H./Trogal, K./Viderman, T./Haas, T. (Hg.), *Care and the City. Encounters with Urban Studies*, London: Routledge, S. 151–161.
- (2023), Care Commons: Infrastructural (Re)compositions for Life Sustenance Through Yet Against Regimes of Chronic Crisis, in: *Urban Studies* 60(12), S. 2456–2473.
- Hamann, U./Türkmen, C. (2020), Communities of Struggle: The Making of a Protest Movement around Housing, Migration and Racism beyond Identity Politics in Berlin, in: *Territory, Politics, Governance* 8(4), S. 515–531.
- Laufenberg, M. (2021), Mehr als ein Lückenfüller. Emanzipatorische Potenziale zivilgesellschaftlichen Sorgens, in: *WSI-Mitteilungen* 74(5), S. 415–418.
- Loick, D./Thompson, V. (Hg.) (2022), *Abolitionismus. Ein Reader*, Berlin: Suhrkamp.
- Lorey, I. (2020), *Demokratie im Präsens. Eine Theorie der politischen Gegenwart*, Berlin: Suhrkamp.
- Schilliger, S. (2022), Städtische Care-Infrastrukturen zwischen Küche, Kinderspielplatz und Kita. Kommentar zu Jan Hutta und Nina Schuster „Infrastrukturen städtischer Intimität“, in: *sub|urban – zeitschrift für kritische stadtforschung* 10(2/3), S. 171–183.
- Schmidt, K./Vogelpohl, A. (2022), Stadt aneignen – Alltägliche Bewegungen, nachbarschaftliche Kollektive und soziale Bewegungen in globaler Perspektive, in: Franz, Y./Strüver, A. (Hg.), *Stadtgeographie. Aktuelle Themen und Ansätze*, Berlin/Heidelberg: Springer Spektrum, S. 17–47.
- Simone, A. M. (2004), People as Infrastructure: Intersecting Fragments in Johannesburg, in: *Public Culture* 16(3), S. 407–429.
- Spade, D. (2020), Solidarity Not Charity. Mutual Aid for Mobilization and Survival, in: *Social Text* 38(1), S. 131–151.
- Tronto, J. C. (1998), An Ethic of Care, in: *Generations: Journal of the American Society on Aging* 22(3), S. 15–20.
- (2000), Demokratie als fürsorgliche Praxis, in: *Feministische Studien* 18(s1), S. 25–42.
- Tsavaroglou, C./Giannopoulou, C./Petropoulou, C./Pistikos, I. (2019), Acts for Refugees' Right to the City and Commoning Practices of Care-citizenship in Athens, Mytilene and Thessaloniki, in: *Social Inclusion* 7(4), S. 119–130.
- Turcan, A. (2023), Kochen am Brennpunkt, in: *Das Lamm*, <https://daslamm.ch/kochen-am-brennpunkt/> (letzter Abruf am 28.9.2023).
- Van Dyk, S./Haubner, T. (2021), *Community-Kapitalismus*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Zechner, M. (2021), *Commoning care & collective power. Childcare commons and the micropolitics of municipalism in Barcelona*, Wien/Linz: transversal texts.

Ilker Ataç/Elias Steinhilper

Fragile Bündnisse im Protest von prekären Migrant:innen in Berlin und Wien

Dieser Beitrag vergleicht die Proteste von prekären Migrant:innen in Berlin und Wien und analysiert die Dynamik der Bündnisbildung in prekären Mobilisierungen. Unter Rückgriff auf eine interaktionistische Perspektive werden die umkämpften und fragilen Interaktionen in einem heterogenen Akteur:innenfeld aus Migrant:innen mit unterschiedlichem Rechtsstatus und sozialem Hintergrund sowie unterstützenden Aktivist:innen und NGOs nachgezeichnet. Der Artikel veranschaulicht, wie konkrete räumliche Kontexte, darunter zum Beispiel Protest-camps oder besetzte Gebäude, die Bündnisbildung beeinflussen und somit sowohl zur Verstärkung als auch zur Fragmentierung von Protesten beitragen können.

1 Einleitung

Soziale Bewegungen sind als „Netzwerke von Netzwerken“ inhärent relational (Diani/Mische 2015). Daher befassen sich die meisten Analysen von Protesten mit der Frage von Bündnissen, wenngleich oft nur implizit (Zajak/Haunss 2021). Dies gilt insbesondere für die Forschung zu politischem Aktivismus von prekären Migrant:innen als ein Kontext, der aufgrund der Beteiligung von Migrant:innen und Unterstützer:innen durch Heterogenität und daraus resultierend oftmals fragile und umkämpfte Bündnisse gekennzeichnet ist (Ataç u.a 2017; Steinhilper 2021). Studien kommen dabei zu gemischten Befunden in dieser „konfliktiven Beziehungsdynamik“ (Nicholls 2013a: 627, eigene Übersetzung). Während einerseits die Rolle etablierter Akteur:innen wie öffentlicher Intellektueller, Gewerkschaften oder Menschenrechts-NGOs bei der Verstärkung der Stimmen von Migrant:innen herausgearbeitet wurde (Chimienti 2011; Nicholls 2013b), weisen andere Studien auf die Konflikte um die Repräsentation und die Nachteile für die Handlungsmacht von Migrant:innen hin, die solche asymmetrischen Akteur:innenkonstellationen mit sich bringen (Cappiali 2017).

In diesem Artikel nehmen wir diese umkämpften und fragilen Interaktionen in den Blick und vergleichen zwei prominente Beispiele für Proteste von

prekären Migrant:innen (Steinhilper/Ataç 2019): Die *Oranienplatz-Bewegung* in Berlin und das *Refugee Protest Camp Vienna*, die beide 2012 entstanden sind. Wir untersuchen erstens, wie sich Beziehungen und Bündnisse im Laufe der Zeit dynamisch entwickelten und zweitens, wie physische Orte, darunter Protestcamps und besetzte Gebäude diese Dynamiken beeinflusst haben.¹

Damit folgen wir in unserer Analyse einer interaktionistischen Perspektive, die politische Mobilisierungen als komplexes Zusammenspiel von *Players and Arenas* untersucht (Duyvendak/Jaspers 2014), das heißt der Kombination aus Interaktionen verschiedener Akteur:innen (players) einerseits und den konkreten räumlichen Rahmenbedingungen (arenas), in denen diese Interaktionen stattfinden, andererseits.

Der Beitrag stützt sich auf Feldforschung, die die beiden Autoren in Berlin und Wien durchgeführt haben. Angelehnt an Schatz' Ansatz einer „politischen Ethnographie“ (Schatz 2009) wurden unterschiedliche Datentypen auf der Basis von teilnehmender Beobachtung, Archivarbeit und qualitativen Interviews kombiniert, um die Dynamiken der Interaktionen und ihre räumlichen Kontexte möglichst detailreich zu rekonstruieren.²

2 Raum und Interaktion in der fragilen Bündnisarbeit von prekären Migrant:innen

Prekäre Migrant:innen galten in der klassischen, strukturalistisch geprägten sozialen Bewegungsforschung aufgrund knapper Ressourcen und ungünstiger politischer und diskursiver Gelegenheitsstrukturen als eher unwahrscheinliche Protestakteur:innen und wurden folglich lange eher randständig behandelt. Dies hat sich im letzten Jahrzehnt grundlegend geändert, als zahlreiche Studien zu migrantischen Protesten in Europa und den USA vorgelegt wurden (Cappiali 2017; Nicholls/Uitermark 2016; Steinhilper 2021), die untersuchen, wie politische Mobilisierungen prekärer Migrant:innen trotz aller struktureller Herausforderungen entstehen und verlaufen. Wir knüpfen an diese Arbeiten an und argumentieren, dass eine *Players and Arenas* Perspektive die unterschiedlichen Beiträge zur Bedeutung von Räumen, Relationen und Emotionen für Mobilisierungen insgesamt – insbesondere aber mit Blick auf den Protest von prekären Akteur:innen produktiv klammert. Jaspers und Duyvendak (2014) konnten

1 Bei diesem Kapitel handelt sich um eine übersetzte, gekürzte und überarbeitete Version eines englischsprachigen Artikels der beiden Autoren (Ataç/Steinhilper 2022).

2 Für Details siehe Ataç 2016 und Steinhilper 2021.

darlegen, dass Mobilisierungen als Sequenzen von konkreten Interaktionen unterschiedlicher Akteur:innen mit unterschiedlichen Interessen zu verstehen sind, die von den (räumlichen) Kontexten geprägt sind, in denen sie sich abspielen.

Die Rolle von physischen Orten für soziale Bewegungen konnte in unterschiedlichen Studien gezeigt werden, nicht zuletzt in Bezug auf Protestcamps (Feigenbaum u.a. 2013) und Hausbesetzungen (Mudu/Chattopadhyay 2017). Insbesondere die Protestcamps spielen eine Schlüsselrolle in sozialen Bewegungen der jüngeren Vergangenheit weltweit, darunter auch in der *Occupy-Bewegung*. Feigenbaum u.a. (2013: 12) definieren Protestcamps als „eine ortsbezogene Strategie sozialer Bewegungen, die sowohl Handlungen des laufenden Protests als auch Handlungen der sozialen Reproduktion umfasst, die zur Aufrechterhaltung des täglichen Lebens erforderlich sind“ (eigene Übersetzung). Protestcamps haben also eine doppelte Funktion als „Ort der Sichtbarkeit und des Bruchs“ und als „ein Ort der sozialen Fürsorge“, der auf alltäglichen Praktiken der sozialen Reproduktion beruht (Halvorsen 2015: 405, eigene Übersetzung).

Auch Hausbesetzungen, **die üblicherweise politische Opposition mit Subsistenz verbinden** (Mudu/Chattopadhyay 2017), haben eine lange Tradition in sozialen Bewegungen (Vasudevan 2017). Nicht zuletzt weil autonome Räume neben Anknüpfungspunkten für Aktivismus auch Unterstützung im Alltag bieten, sind Migrant:innen in prekären Lebenslagen zu wichtigen Akteur:innen in der Hausbesetzungsszene geworden (Aguilera 2013; Bouillon 2003; Maestri 2019).

Wir greifen diese Erkenntnisse zu Hausbesetzungen und Protestcamps auf, integrieren sie in die Players and Arenas Perspektive und machen sie für die Analyse politischer Mobilisierungen von prekären Migrant:innen fruchtbar. Folglich verstehen wir Protestcamps und besetzte Häuser als Arenen mit formellen und informellen Regeln sowie einer spezifischen Materialität und Lokalität. Diese wiederum beeinflussen die dort stattfindenden Interaktionen und Bündnisbildungsprozesse. So hat die Lage der Arenen – in Grenträumen, Stadtzentren oder in der ländlichen Peripherie – einen Einfluss auf die Anzahl und Art der Interaktionen und Beziehungen, die dort entstehen. Zudem hat ihre spezifische materielle Ausgestaltung als offenes Zeltlager oder umgebautes besetztes Haus einen Einfluss darauf, welche Akteur:innen in einer Protestarena vertreten sind, wer über die (Zutritts-)Regeln entscheidet und wie sich Interaktionen letztlich entfalten.

Eine Players und Arenas Perspektive erfordert daher in der Regel zunächst die Unterteilung von größeren Protestbewegungen in abgrenzbare Arenen, um deren materielle Merkmale, die Zusammensetzung der Akteur:innen **und ihre Interaktionen** im Detail beschreiben zu können (Jaspers 2014). Dadurch können die Interaktionen zwischen den verschiedenen beteiligten Akteur:innen(gruppen),

aber auch die Dynamiken innerhalb kollektiver Akteur:innen berücksichtigt und differenziert werden. Dies hat sich als besonders wichtig für die heterogene Kategorie der migrantischen Aktivist:innen erwiesen, die sich häufig aus verschiedenen Gruppen zusammensetzt, die sich oftmals in Bezug auf ideologische Positionen, Gender, Nationalität, Rechtsstatus und damit verbunden der Zielsetzung im Protest unterscheiden (Cappiali 2019; Nicholls 2013a). Die Rekonstruktion von Interaktionen und Bündnisbildungsprozessen erlaubt es zudem, ihre jeweiligen Funktionen herauszuarbeiten. Während manche Interaktionen und Bündnisse primär auf die Mobilisierung von Ressourcen und die Aufrechterhaltung der Infrastruktur abzielen, sind andere entscheidend für die Bildung einer kollektiven Identität und den Aufbau von Vertrauen.

3 Vier Arenen der fragilen Allianzbildung und die beteiligten Akteur:innen

Um die Dynamik der Bündnisbildung während der Proteste in Berlin und Wien zu untersuchen, unterteilen wir die Mobilisierung in verschiedene Protestarenen. In Berlin entfaltete sich der Protest hauptsächlich im bereits erwähnten Protestcamp am Oranienplatz (Oktober 2012 bis April 2014) und in einem besetzten, ehemaligen Schulgebäude (Dezember 2012 bis Sommer 2014³). In Wien lassen sich drei Hauptschauplätze ausmachen: das Protestcamp im Sigmund-Freud-Park (November bis Dezember 2012), die benachbarte *Votivkirche* (Dezember 2012 bis März 2013) und schließlich das *Servitenkloster* in Gehweite des Parks (März bis Oktober 2013). In beiden Städten analysieren wir ein Protestcamp und ein besetztes Gebäude als Hauptschauplätze der Auseinandersetzung. Die beiden Schauplätze pro Stadt geben in ihrer Zusammenschau einen Eindruck von den Mobilisierungen insgesamt, während die Betrachtung spezifischer Schauplätze es ermöglicht, die interaktionistische Dynamik, die im Spiel ist, nuancierter herauszuarbeiten. Bei den Akteur:innen, die sich in ein Bündnis einbringen, unterscheiden wir idealtypisch vier Gruppen: erstens die protestierenden Migrant:innen, zweitens einen harten Kern von Unterstützer:innen, die viel Zeit mit den protestierenden Migrant:innen verbringen, drittens eine Gruppe bestehend aus Einzelpersonen, die gelegentlich Ressourcen zur Verfügung stellen,

3 Eine kleine Gruppe von Aktivist:innen blieb bis Januar 2018 in dem Gebäude, doch aufgrund strenger Zugangsrichtlinien usw. verlor die Besetzung ihren autonomen Charakter nach einem Räumungsversuch im Sommer 2014, woraufhin viele Bewohner:innen Anreize akzeptierten und das Gebäude verließen.

und viertens professionalisierte NGOs. Der Kern der aktiven Migrant:innen bestand in beiden Städten aus Migrant:innen aus verschiedenen Herkunftsländern und mit unterschiedlichem Rechtsstatus. Trotz ihrer Unterschiede waren die Hauptakteur:innen der Proteste durch eine prekäre „Lebensform“ (Fassin u.a. 2017, eigene Übersetzung) und durch eine fehlende Bürger:innenschaft-Positionierung geeint (Nyers/Rygiel 2012). Neben dem Kern der protestierenden Migrant:innen übernahmen verschiedene Bürger:innen eine Vielzahl von unterstützenden Rollen und fungierten so als Verbündete. Dazu gehörte jeweils eine Gruppe von „Hardcore“-Unterstützer:innen (Bader/Probst 2018), die sich stark mit dem Protest identifizierten, was zu einer erheblichen Investition von Zeit, Energie und Ressourcen führte. Diese Unterstützer:innengruppe setzte sich aus sehr unterschiedlichen Personen mit verschiedenen sozialen und politischen Identitäten zusammen, darunter Mitglieder der antirassistischen Szene, Personen aus anderen linken und feministischen Gruppen sowie Sozialarbeiter:innen und Studierende. Nicht zuletzt aufgrund ihres Engagements wurden sie von den Migrant:innen zeitweise sogar in zentrale Entscheidungen über Strategie und Aktionen einbezogen. Die dritte Gruppe besteht aus Einzelpersonen wie Nachbar:innen, aber auch Student:innen, die gelegentlich materielle Ressourcen zur Verfügung stellten oder öffentliche Aktionen zugunsten der Forderungen von Migrant:innen organisierten und daran teilnahmen. Diese Gruppe war weniger emotional involviert, garantierte aber die qualitative oder quantitative Stärke, die für die Reproduktion und Legitimität des Protests entscheidend ist. Ein letzter Typus von Akteur:innen sind professionalisierte zivilgesellschaftliche Organisationen, insbesondere NGOs und Wohlfahrtsverbände, die im Bereich Asyl und Migration tätig sind und über ein fundiertes themenspezifisches Fachwissen verfügen.

4 Bündnisbildung am Oranienplatz in Berlin und beim Refugee Protest Camp Vienna

Der Standort der beiden Protestcamps war strategisch gewählt. In Kreuzberg versprachen sich die Aktivist:innen von der Dichte sozialer und alternativer Organisationen in diesem als links geltenden Stadtteil und von der zentralen Lage Kreuzbergs in der Nähe der politischen Entscheidungszentren wie Parlament und Ministerien zu profitieren. Das Protestcamp in Wien wurde im Sigmund-Freud-Park errichtet, der aufgrund seiner Nähe zum Stadtzentrum, seiner Erreichbarkeit als Hauptverkehrsknotenpunkt und seines Zugangs zum alternativen studentischen und akademischen Milieu sowie zur Infrastruktur

der nahe gelegenen Universität Wien ein hohes Maß an öffentlicher Sichtbarkeit versprach.

Und in der Tat hatten die beiden Protestcamps sofort eine magnetische Wirkung. Sie zogen Sichtbarkeit und in der Folge weitere protestierende Migrant:innen, eine heterogene Gruppe von Sympathisant:innen und durch die vielen Medienberichte eine lebendige Öffentlichkeit an. Aufgrund des offenen Charakters der Protestcamps wuchsen beide Arenen rasch an und prekäre Migrant:innen aus ganz Österreich beziehungsweise Deutschland schlossen sich dem Protest an. **Die protestierenden Migrant:innen fanden in diesen Räumen die Möglichkeit, den Widerstand gegen die ausgrenzende Gesetzgebung zu verkörpern und für sich selbst zu sprechen.** Die Erfahrung von Autonomie außerhalb des disziplinierenden Umfelds staatlicher Asylunterkünfte mobilisierte Bilder der Hoffnung und erlaubte es vielen prekären Migrant:innen eine Handlungsfähigkeit (wieder) zu entwickeln, die während des Aufenthaltes in Sammelunterkünften allmählich durch Apathie und Verzweiflung verdrängt worden war. In beiden Städten gab es organisierte Bemühungen, isolierte, prekäre Migrant:innen in den Asylunterkünften mit Bustouren in Berlin und privat organisierten Autos in Wien zu erreichen und Aktivist:innen, die in isolierte und abgelegene Einrichtungen im jeweiligen Land verlegt worden waren, zurück ins Protestcamp zu bringen (Refugee Revolution 2013; Refugee Protest Camp 2012).

Die Protestcamps bildeten in ihrer Anfangsphase die Basis für soziale Begegnungen und dienten als Keimzelle für Bündnisbildungen. Beide Arenen zeichneten sich schon bald nach ihrer Entstehung durch eine ausgeprägte Heterogenität der Akteur:innen aus, sowohl der prekären Migrant:innen als auch der unterstützenden Akteur:innen (Ataç 2016; Glöde/Böhlo 2015; Ünsal 2015). Beide Protestcamps wurden schnell zu Räumen der Begegnung, in denen Geschichten ausgetauscht, Aktionen geplant und Allianzen zwischen zuvor isolierten prekären Migrant:innen, aber auch zwischen Migrant:innen und Unterstützer:innen gebildet wurden. Großzügig waren auch die materiellen Ressourcen in Form von Spenden, die aus der unmittelbaren Nachbarschaft und von anderen unterstützenden Stadtbewohner:innen in die beiden Arenen flossen. In beiden Städten hatten sich die protestierenden Migrant:innen schnell von ressourcenarmen, isolierten und verstreuten Gruppen zu einer aufstrebenden Bewegung mit erstaunlichen Ressourcen und einer gewissen Auswahl an verschiedenen Unterstützer:innen und Verbündeten entwickelt.

Voraussetzung für die Sogwirkung war die Doppelfunktion der Protestcamps als politischer Handlungs- und Reproduktionsraum. Diese Kombination milderte die Schwierigkeiten bei dem Versuch, prekäre Migrant:innen quer durch Öster-

reich beziehungsweise Deutschland zu mobilisieren, Ressourcen zu erschließen und neue Ideen für politisches Handeln zu entwickeln. Die Verfügbarkeit von Unterstützer:innen, die sich um die Versorgung mit Lebensmitteln, Unterkunft, Kleidung und Geld für die Grundbedürfnisse kümmerten und diese koordinierten, ermöglichte es den prekären Migrant:innen, sich auf politische Aktionen, statt auf die Reproduktion zu konzentrieren. Mehrere Gesprächspartner:innen erlebten die gleichzeitige Existenz einer solchen Wohn- und Protestarena als Motivation, ihre Asylunterkünfte in verschiedenen Teilen Österreichs und Deutschlands zu verlassen und sich den Protesten in Berlin und Wien anzuschließen, obwohl es für manche mit potentiellen Sanktionen durch die Verletzung der Residenzpflicht, der in Deutschland lange Zeit geltenden Mobilitätseinschränkung für Asylsuchende (Kasperek/Schmidt 2013), verbunden war. Selbst als die Bedingungen in den Protestcamps immer prekärer wurden, sind viele Aktivist:innen in den Protestcamps geblieben, statt in den ihnen zugewiesenen Asylunterkünften zu übernachten.

Die Heterogenität der beteiligten Akteur:innen, aber auch die wachsende Zahl von Aktivist:innen auf engem Raum erzeugten auch Reibungsflächen, die zu Konflikten innerhalb der Bündnisse führten: In Berlin verteidigten die protestierenden Migrant:innen selbstbewusst ihre Rolle als Protagonist:innen gegen Redeversuche von Menschen ohne prekäre Migrationsbiographie, aber auch von migrantischen Aktivist:innen, die ihren Status inzwischen legalisiert hatten. In der Folge kam es zu Konflikten um Repräsentation und Führung zwischen Vertreter:innen der älteren Generation des selbstorganisierten migrantischen Aktivismus, darunter die *Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen*, und der neuen Generation von Aktivist:innen mit prekärem Rechtsstatus. Weitgehend unstrittig unter den protestierenden Migrant:innen war die Rolle der weißen Unterstützer:innen, die vor allem als Vermittler:innen im Hintergrund agierten. Sowohl in Berlin als auch in Wien wurden Regeln aufgestellt, die es nur den protestierenden Migrant:innen erlaubten, in der Öffentlichkeit zu sprechen, zum Beispiel bei Pressekonferenzen nur Migrant:innen oder bei internen Plena. Die Protestcamps schafften einen starken Autonomiegewinn für die Migrant:innen, der unter anderem dadurch möglich wurde, weil der engste Unterstützer:innenkreis die meisten organisatorischen Aufgaben übernahm.

Die üblichen verdächtigen Verbündeten der Proteste in Solidarität mit Migrant:innen, wie professionalisierte NGOs, Menschenrechtsorganisationen oder Gewerkschaften, blieben in beiden Städten marginal bis abwesend. Die stärker professionalisierten Organisationen zogen sich zurück, weil sie sich entweder angesichts der weit verbreiteten individuellen Unterstützung überflüs-

sich fühlten und/oder sich von dem spontanen und aktionsorientierten Protest befremdet fühlten. Die langen Plenarsitzungen, die radikal demokratischen Entscheidungspraxen mit aus der Perspektive der NGOs teils undurchsichtigen Strukturen sowie die Spontanität der Bewegungen machte es für die organisierten antirassistischen Gruppen schwierig, sich direkt und aktiv in der Bewegung zu engagieren. Diese Organisationen unterstützten die Position der Protestbewegung und ihre Forderungen.

Beide Camps verloren durch die politische Repression, durch die zunehmende negative Medienberichterstattung sowie durch steigende Erschöpfung und Frustration der Bewohner:innen die anfängliche Anziehungskraft für Aktivist:innen und Unterstützer:innen. Der Schwund an Ressourcen und Personen, die bei der Bereitstellung von rechtlicher und medizinischer Unterstützung sowie bei der Organisation von Lebensmitteln und Kleidung halfen, führte zu einer zunehmenden Erschöpfung der Verbliebenen (Glöde/Böhlo 2015). Bündnisse waren im Laufe der Zeit aufgrund politischer Differenzen oder strategischer Entscheidungen über die Zukunft des Protests zersplittert, Unterstützer:innen hatten sich zurückgezogen und eine Diskussion über Machtasymmetrien in den Bündnissen war aufgekommen: Während die Unterstützer:innen entscheiden konnten, eine Pause vom Protest einzulegen und das Camp für eine Weile zu verlassen, konnten viele der protestierenden Migrant:innen dies nicht und litten zunehmend unter den schwierigen Bedingungen, die Infrastruktur des Protestcamps im Winter aufrechtzuerhalten. Die Fragilität oder besser gesagt die Fragmentierung des Bündnisses wurde deutlich: unterschiedliche Interessen unter den protestierenden Migrant:innen, ein zunehmend gespaltenes Unterstützungsumfeld und die Tatsache, dass die etablierteren Verbände und Netzwerke der Migrant:innenunterstützung teilweise entfremdet worden waren.

In Berlin verschärften sich interne Spaltungen innerhalb der migrantischen Bewohner:innen, als ein neuer kollektiver Akteur die Protestarena betrat: Eine wachsende Zahl von Migrant:innen aus Subsahara-Staaten, die vor dem libyschen Bürgerkrieg über die italienische Insel Lampedusa geflohen waren, schloss sich dem Lager an. Viele von ihnen hatten keinen Asylantrag in Deutschland gestellt und hatten auch nicht vor, dies zu tun. In der Folge kam es zu Konflikten aufgrund des unterschiedlichen Rechtsstatus und der damit verbundenen unterschiedlichen Machtansprüche.

5 Bündnisbildung in der besetzten *Gerhart-Hauptmann-Schule* und in der *Votivkirche*

Neben den beiden Camps eigneten sich die Proteste in Berlin und Wien auch zwei besetzte Gebäude an, die anschließend als Arenen des Protests und der Bündnisbildung dienten. In Berlin besetzten Flüchtlinge gemeinsam mit Unterstützer:innen zwei Monate nach der Errichtung des Protestcamps am Oranienplatz im Dezember 2012 ein verlassenes Schulgebäude im selben Viertel, um sich einen sicheren Raum für den Winter anzueignen. In Wien zogen die Demonstrant:innen im Dezember 2012 vom Protestcamp in die benachbarte *Votivkirche*. Die eisigen Temperaturen, der unklare rechtliche Status des Camps, aber auch schwindende Ressourcen und Unterstützung für das Camp hatten eine neue Strategie notwendig gemacht.

Die Verlagerung des Protests vom Protestcamp in die besetzten Gebäude hatte in beiden Städten trotz der erhöhten Aufmerksamkeit für den Protest ambivalente Auswirkungen auf die Bildung und Fragmentierung von Bündnissen. In Berlin nutzten die wenigen weiblichen Aktivistinnen des männlich dominierten Protests am Oranienplatz die Gelegenheit, in einem Stockwerk des besetzten Schulgebäudes einen *International Women Space* einzurichten – gegen den erbitterten Widerstand vieler männlicher migrantischer Aktivisten. Dieser offene Widerstand gegen einen Raum für weibliches *Empowerment* verdeutlichte die patriarchalen Interaktionsmuster, die neben anderen Spaltungen die Bündnisbildung von Anfang an erschwert hatten (Ünsal 2015). Mit Ausnahme des Frauenraums wurde die Schule in Berlin nach einer anfänglichen Inkubationsphase zunehmend zu einer Arena, in der die Bündnisse zersplitterten. Quantitativ wuchs der protestierende migrantische Kern infolge der Besetzung stetig an, doch wurde der Ort vor allem zu einem Schutzraum (ebd.). Viele pendelten zwischen dem sichtbaren Protest am Oranienplatz und der Unsichtbarkeit des privaten Wohnens in der Schule (Wilcke/Lambert 2015: 6; Fußnote 6). Die Verfügbarkeit eines Daches über dem Kopf zog auch Hunderte von Menschen in prekären Lebenslagen an, die nur teilweise in den politischen Kampf um Rechte und Anerkennung involviert waren. Mit einer wachsenden und sehr heterogenen Bevölkerung, knappen Ressourcen und unklaren Regeln des Zugangs vervielfachten sich die sozialen Konflikte innerhalb der besetzten Schule (Glöde/Böhlo 2015). Trotz alledem empfanden viele Bewohner:innen der Schule die prekären Bedingungen und die polizeiliche Überwachung als weniger belastend als die Rückkehr in die Isolation der ihnen zugewiesenen Asylunterkünfte. Allerdings hatte die neue Protestarena in der besetzten Schule auch größere Schwierigkeiten, ein Bündnis

mit den unmittelbaren Nachbar:innen aufzubauen. Trotz gelegentlicher Konflikte unterstützten viele Nachbar:innen weiterhin das Camp am Oranienplatz, während die Haltung gegenüber der besetzten Schule ambivalenter war. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die Schule weniger als politischer Raum wahrgenommen wurde. Zudem gab es Kontroversen zur mittelfristigen Nutzung des lange Zeit leer stehenden Gebäudes. Je länger die Besetzung dauerte und je mehr Berichte über Konflikte zwischen Bewohner:innen thematisiert und medial berichtet wurden, desto mehr zersplitterte die externe Unterstützung durch *Supporter:innen* und die Nachbarschaft, was die prekären Lebensbedingungen der zeitweise Hunderten von Menschen verschärfte.

Erst nach der Räumung des Zeltlagers am Oranienplatz, die nur von Teilen der Camp-Bewohner:innen unterstützt wurde, blieb nur noch die Schule als räumliches Symbol der Bewegung. Als auch dort die Räumung drohte, formierte sich erneut eine breite Unterstützung für die Schule. Tausende, darunter auch Nachbarschaftsinitiativen, solidarisierten sich mit den Bewohner:innen, die auf dem Dach des Gebäudes gegen die Räumung protestierten (Danielzik/Bendix 2016). Wie im Falle des Oranienplatz-Camps blieben die organisierten Verbände als Bündnispartner der Protestierenden in der Schule lange Zeit nur am Rande involviert. Ihre Rolle, insbesondere die der Wohlfahrtsverbände *Caritas* und *Diakonie*, verstärkte sich erst im Zuge der zahlreichen Versuche, einen freiwilligen Auszug aus der Schule im Tausch gegen eine alternative (vorübergehende) Unterbringung und eine Neubewertung der Asylanträge auszuhandeln. Aufgrund ihrer ambivalenten Position, die einen möglichen Ausweg aus dem prekären Leben in der Schule bot, aber auch eine deutliche Distanz zur Protestbewegung wahrte, hegten die meisten Aktivist:innen ein tiefes Misstrauen gegenüber diesen Organisationen.

In Wien führte die Verlagerung des Protests in die Votivkirche nicht zu einer Vergrößerung des protestierenden migrantischen Kerns, sondern vielmehr zu einer Umstrukturierung der Akteur:innen und ihrer Beziehungen zueinander. Durch die Unterbringung in der Votivkirche entfaltete sich der Protest in einer besonderen Arena, die symbolisch mit der Idee des religiösen Zufluchtsortes verbunden war und neue Regeln und Akteur:innen einführte. Sowohl die Tatsache, dass der Flüchtlingsprotest in einer zentralen Kirche stattfand, als auch der explizite Bezug auf vorweihnachtliche Narrative der Barmherzigkeit sorgten für mediale Aufmerksamkeit und Unterstützung für den Protest. Die Entscheidung einer Kerngruppe von Aktivist:innen, einen Hungerstreik durchzuführen, wurde getroffen, um ihre Entschlossenheit zu unterstreichen, nachdem ein Treffen mit Regierungsvertreter:innen ergebnislos verlaufen war. Die neue Situation

mobilisierte zunächst die Kerngruppe der Migrant:innen und erregte erneut die Aufmerksamkeit der Medien (Müller 2013). Doch schon bald wurden die Schattenseiten und besonderen Regeln einer Kirche als Protestarena besonders deutlich. Der Pfarrer äußerte sich ablehnend und betonte, dass er die Anwesenheit der Migrant:innen als eine Besetzung und nicht als ein einvernehmliches Kirchenasyl betrachte. Immer wieder drohte er damit, eine polizeiliche Räumung anzuordnen. Darüber hinaus führten die Vertreter:innen der Kirche strenge Zugangskontrollen zur Votivkirche ein und gestatteten nur 63 migrantischen Aktivist:innen den Aufenthalt im Gebäude. Auch Unterstützer:innen wurde der Zutritt zur Kirche verwehrt.

Nicht nur der Ort, sondern auch die Protestform des Hungerstreiks hat die Bündnisse zwischen den beteiligten Akteur:innen neu geordnet. Einige der protestierenden Migrant:innen verließen die Arena, da sie nicht willens oder in der Lage waren, einen Protest mit einem solchen Einsatz des eigenen Körpers durchzuführen. Auch Teile des zuvor sympathisierenden Umfelds entfremdeten sich. Einige Unterstützer:innen zogen sich zurück, weil sie mit dem Hungerstreik als Form der Forderung nicht einverstanden waren, andere lehnten die Strategie, den Protest in einer Kirche zu organisieren, wegen der damit verbundenen Zugangsbeschränkungen ab. Andererseits stärkten der exklusive Rahmen und die Protestform die Bündnisse unter den Verbliebenen: Indem der Hungerstreik ihren Körper zu einem Werkzeug des Widerstands machte, brachte er die Teilnehmende:innen einander näher und stärkte das Gefühl von Autonomie und kollektiver Identität. Die Kirche sorgte für eine prekäre Sicherheit und Schutz vor Abschiebung und ermöglichte es den protestierenden Migrant:innen, sich auf politische Aktionen zu konzentrieren und ihr politisches Handeln und ihre Subjektivität gleichermaßen zu radikalisieren. Dies war anders in Berlin, wo der Ortswechsel des Protests zu einer starken Zunahme der Personen mit unterschiedlichen Interessen geführt hat und somit der Ort als nicht primär politisch interpretiert wurde.

Als der Hungerstreik den Gesundheitszustand der Aktivist:innen schwächte, wurden die emotionalen Bindungen und damit die Allianzen zwischen den Hungerstreikenden und denjenigen, die sie weiterhin unterstützten, weiter gestärkt (Ataç 2016). In dieser Zeit wurde die Rolle der Unterstützer:innen zur Sicherung der sozialen Reproduktion noch wichtiger. Die erhöhte Aufmerksamkeit für den Protest in der Kirche führte einerseits zu einer Umstrukturierung des unterstützenden Umfelds, wobei sich einige entfremdeten und andere den protestierenden Migrant:innen annäherten. Sie führte auch dazu, dass neue Akteur:innen die Arena betraten und den Protest vorübergehend reaktivierten:

Politiker:innen suchten den Kontakt zu den protestierenden Migrant:innen, die ihre Forderungen direkt verhandeln konnten (Refugee Protest Camp 2013b). Während der Zeit des Kirchenschutzes wurden Initiativen wie *Dialoge in Frieden* und *Solidarisches Schlafen in der Kirche* ins Leben gerufen, an denen sich namhafte Schriftsteller:innen und Intellektuelle beteiligten (Refugee Protest Camp 2013a; 2013c). Auch in der Kirche veränderten sich die Bündnisse mit der organisierten Zivilgesellschaft. Als sich die Konflikte zwischen der Kirche und den Aktivist:innen zuspitzten, trat die christliche Wohlfahrtsorganisation Caritas auf den Plan. Als Vermittlerin nahm die Caritas die Rolle eines ambivalenten Verbündeten ein. Einerseits stellte sich die Caritas klar hinter die Forderungen der Aktivist:innen. Andererseits war das Bündnis mit der Caritas von stark asymmetrischen Machtverhältnissen geprägt, insbesondere im Vergleich zu den horizontalen Beziehungen, die die Aktivist:innen in der vorangegangenen Phase des Protests zu den Unterstützer:innen unterhielten. Darüber hinaus schlug die Caritas als Vermittlerin eine Verlagerung des Protests vor und versuchte, die hungerstreikenden Migrant:innen dazu zu bewegen, in ein nahegelegenes Kloster (Servitenkloster) umzuziehen. Viele Unterstützer:innen waren von Anfang an misstrauisch gegenüber der Rolle der Caritas und wehrten sich vehement gegen die Verlegung ins Kloster (Müller 2013), was eine neue Konfliktlinie einführte und das fragile Protestbündnis weiter zersplitterte. Nach zehn Wochen in der Votivkirche und umfangreichen Verhandlungen einigten sich Migrant:innen und Unterstützer:innen mit der Caritas und zogen ins Kloster, wo sie acht Monate lang blieben. Die Vereinbarung sah vor, dass die Migrant:innen unter dem Schutz des Wiener Kardinals stehen und der Ort zu einem Raum für politische Organisation und Begegnung werden sollte. Im Nachhinein betrachtet, nahm die Verlegung dem Protest den Schwung und führte zu einer weiteren Zersplitterung der Bündnisse. Als die verbliebenen Aktivist:innen, wie mit der Caritas vereinbart, nach acht Monaten das Kloster verließen, war der letzte Raum der fragilen Bündnisbildung verschwunden, was zu einem raschen Ende eines der bis dahin stärksten Proteste prekärer Migrant:innen in Österreich führte.

6 Muster der Bündnisbildung beim Protest von prekären Migrant:innen

Eine interaktionistische Perspektive ermöglicht es, die räumliche, dynamische und fragile Natur von Bündnissen zu erfassen, die während der Proteste von prekären Migrant:innen entstehen. Um Debatten über das Verhältnis von Arenen und Akteur:innen anzuregen, wollen wir Muster aus den vier zuvor beschriebenen

Protestarenen skizzieren. Auf diese Weise wird die bestehende Literatur über Allianzen und Räume der Auseinandersetzung auf den spezifischen Kontext des Protests von prekären Migrant:innen angewendet.

Einerseits spiegelt die Entwicklung der Protestcamps in Berlin und Wien die Erkenntnisse der Literatur wider, dass die Camps sowohl Orte der Sichtbarkeit und des Bruchs mit den herrschenden Verhältnissen als auch Orte der sozialen Reproduktion sind. Im Gegensatz zu den meisten Protestcamps, einschließlich jener während der Protestwelle 2011 (Della Porta/Mattoni 2014), erfüllen die Camps von prekären Migrant:innen eine weitere wichtige Funktion: Solche autonomen Räume ermöglichen es Menschen, die zuvor in isolierten und disziplinierenden Asylunterkünften untergebracht waren, Gleichgesinnte zu treffen und Ressourcen zu mobilisieren. Die Doppelfunktion als politischer Raum und als Raum der Reproduktion ist nicht nur eine Erscheinungsform des Protests, sondern auch eine Voraussetzung für die Bildung von Bündnissen und damit für eine nachhaltige Mobilisierung. Die Protestcamps in beiden Städten entfalteten eine magnetische Wirkung. Sie zogen ein breites Spektrum von Verbündeten an, die eine herausragende Rolle spielten. Inspiriert von einer antirassistischen Überzeugung und einer Reflexion der Machtverhältnisse verzichteten diese Verbündeten bewusst auf eine aktive Rolle in der Entscheidungsfindung und übernahmen stattdessen organisatorische Aufgaben und trugen wesentlich zu alltäglichen Praktiken der sozialen Reproduktion bei. Dies ermöglichte den migrantischen Aktivist:innen die Fokussierung auf die politischen Aspekte der Protestcamps.

Das Zusammenspiel von Menschen mit unterschiedlichem (staatsbürgerlichen) Status verlief jedoch nicht ohne Reibungen. Je länger die Proteste andauerten und je beschwerlicher das Leben in den Camps wurde, desto mehr traten die Privilegien wieder in den Vordergrund. Die Migrant:innen standen vor der bitteren Wahl, Resilienz zu entwickeln oder in die isolierten Asylunterkünfte zurückzukehren. Vor dem Hintergrund schwindender Ressourcen blieb die Unterstützungsbasis unbeständig und das Protestcamp blieb gespalten zwischen Migrant:innen mit prekärem Status und Bürger:innen, die die Wahl hatten, das Protestcamp zu verlassen und sich zu Hause zu erholen oder zu bleiben. Auch wenn viele aus dem inneren Kreis der Unterstützer:innen versuchten, ihre Privilegien zu überdenken und sich für eine rein unterstützende Rolle entschieden, kam es zu Konflikten über die Strategie, insbesondere als der öffentliche Druck und die Repression im Umfeld des Protestcamps und folglich die Erschöpfung der Aktivist:innen zunahm. Radikale Aktionsformen wie der anschließende Hungerstreik in der Kirche in Wien unterstrichen die Verzweiflung der direkt Betroffenen, entfremdeten aber Teile der Unterstützer:innen, die gemäßigte Formen für effektiver hielten. So

blieben die Bündnisse fragil und erforderten einen ständigen Versuch, mit der Vielfalt an Privilegien und Rechtsstatus produktiv umzugehen.

In beiden Städten waren die Protestcamps außerdem ambivalent in Bezug auf ihre Auswirkungen auf die Bildung von Bündnissen innerhalb des Kerns der aktivistischen Migrant:innen. Sie boten einen Raum der Begegnung für eine in Bezug auf Herkunft, Interessen, politische Orientierung und Gender sehr heterogene Gruppe von Akteur:innen. In beiden Städten ermöglichten die Protesträume eine gegenseitige Annäherung und die Entwicklung einer politischen Identität als *Refugees*. Konflikte entstanden zwischen den verschiedenen „Generationen“ von Aktivist:innen (denjenigen, die die Proteste mitinitiiert hatten, und denjenigen, die später hinzugekommen waren) und Personen mit unterschiedlichem Rechtsstatus. Es gab Auseinandersetzungen über Strategien, Aktionsformen, Repräsentation und Zugang zu Ressourcen. In beiden Städten entschieden sich einige Aktivist:innen angesichts der schwindenden Unterstützung und der zunehmend prekären Bedingungen für individuelle Lösungen, die zuweilen die kollektive Strategie gefährdeten. Paradoxe Weise waren die Camps, die einen Raum des Aktivismus und des Alltagslebens miteinander verbanden, zeitweise Räume der Ermächtigung und der Inkubation des Protests, aber gegen Ende – mit schwindender Unterstützung und zunehmender Erschöpfung – wurden diese Qualitäten nicht mehr reproduziert.

Während die beiden Protestcamps in Wien und Berlin ähnliche Muster der Bündnisbildung aufwiesen, unterschieden sich die beiden besetzten Gebäude deutlich in ihrer interaktiven Dynamik. Die besetzte Schule in Berlin wurde im Laufe der Zeit vor allem zu einem Wohnraum, während das nahe gelegene Protestcamp am Oranienplatz die Rolle eines politischen Raums übernahm. Mit der wichtigen Ausnahme des Internationalen Frauenraums zog die Schule eine noch heterogenere Klientel an. Viele brauchten in erster Linie ein Dach über dem Kopf und waren mit verschiedenen Konflikten beladen. Viele Unterstützer:innen mieden die Schule zunehmend, was die Herausforderungen für die Organisation der sozialen Reproduktion von hunderten prekären Bewohner:innen noch verstärkte. Erst nach der Auflösung des Camps am Oranienplatz wurde die politische Rolle der besetzten Schule wieder stärker sichtbar, wodurch sich – wenngleich nur vorübergehend – alte Bündnisse wiederbelebten und neue bildeten. In Wien hatte die Verhängung von Zugangsbeschränkungen zur besetzten Kirche im Gegensatz zum offenen Charakter des Protestcamps deutliche Auswirkungen auf die Bündnisbildung. Bündnisse unter denjenigen, die sich in der Kirche aufhielten, wurden gefördert, während Bündnisse mit vielen Akteur:innen, die außerhalb der Kirche blieben, fragmentiert wurden. Das Gebäude selbst mit seiner religiösen

Symbolik, vor allem in der Vorweihnachtszeit, verlieh dem Protest Schwung und mobilisierte enorme Ressourcen für die Protestbewegung. Die Protestarena führte jedoch auch die Kirche als Schlüsselakteurin ein, die eine ambivalente Rolle spielte, da sie den Konflikt als Protestform umging, den Einfluss radikaler Positionen verringerte und somit die Spaltung zwischen den protestierenden Migrant:innen und den unterstützenden Aktivist:innen vertiefte. Schließlich war Zeit im Kontext limitierter Ressourcen und Einschränkungen an den besetzten Orten ein wesentlicher strategischer Faktor für die protestierenden Migrant:innen. Mit dem Verstreichen der Zeit nahm die Unsicherheit durch die Fragmentierung von Bündnissen und die Kriminalisierung der Protestbewegung zu.

Schließlich ist die Rolle der professionalisierten zivilgesellschaftlichen Organisationen (NGOs, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände) als Bündnispartner zu erwähnen. Es ist etwas überraschend, dass diese zahlreichen Organisationen, die im Bereich Asyl und Migration tätig sind, bei den beiden Protesten weniger relevant waren. Dies hängt wiederum mit den spezifischen Protestarenen zusammen. Die Protestcamps, aber auch die Besetzungen entfalteten eine Protestform, in der Entscheidungen ad hoc von den Aktivist:innen getroffen wurden, die mit den Routinen der etablierten Organisationen kollidierten. Die NGOs fühlten sich zum Teil durch das radikale Repertoire, vor allem aber durch die aus ihrer Sicht unorthodoxe Organisation in Protestarenen, die Politik und Alltag verbinden, verunsichert. Nur vereinzelt, vor allem in Momenten der Vermittlung, traten NGOs und Wohlfahrtsverbände in die Protestarena ein.

7 Schlussfolgerungen

Diese Analyse der Proteste von prekären Migrant:innen in Berlin und Wien legt nahe, dass Allianzen in prekären Mobilisierungen als dynamische Interaktionen und nicht als statische Beziehungen zu verstehen sind. Eine Players and Arenas Perspektive auf die Dynamik der Bündnisbildung ermöglicht es, zwei wichtige Merkmale von Mobilisierungen zu erfassen: die Heterogenität der beteiligten Akteur:innen und die prekären Bedingungen, unter denen der Protest stattfindet. Beides stellt sensible Bruchstellen dar und macht Bündnisse fragil. Die Analyse zeigt aber auch, wie sich räumliche Kontexte (Arenen) – als Protestcamps oder als besetzte Gebäude – in ihrem Potenzial unterscheiden, die Bündnisbildung von isolierten und entrechteten Individuen und Gruppen zu ermöglichen. Die beiden Fallstudien legen nahe, dass vor allem offene Protestcamps im innerstädtischen Bereich eine Doppelfunktion als Räume des Bruchs mit den herrschenden Verhältnissen und der sozialen Reproduktion erfüllten, in denen emotionale und

strategische Bindungen aufgebaut werden konnten. Die Analyse dokumentiert daher sowohl die Probleme der Bündnisbildung in Kontexten der Marginalisierung als auch, wie sie vorübergehend überwunden werden können. Diese Befunde fügen sich ein in eine wachsende Literatur über Proteste von prekären Migrant:innen, die sich auf die konkreten Praktiken und Räume des Protests konzentriert und die dynamische und ambivalente Natur prekärer Mobilisierungen dokumentiert.

Literatur

- Aguilera, T. (2013), Configurations of Squats in Paris and the Ile-de-France Region: Diversity of Goals and Resources, in: Squatting in Europe Collective (Hg.), *Squatting in Europe. Radical Spaces, Urban Struggles*, Brooklyn: Autonomedia, S. 209–230.
- Ataç, I. (2016), 'Refugee Protest Camp Vienna': Making Citizens through Location of the Protest Movement, in: *Citizenship Studies* 20(5), S. 625–646.
- Ataç, I./Rygiel, K./Stierl, M. (Hg.) (2017), *The Contentious Politics of Refugee and Migrant Protest and Solidarity Movements. Remaking Citizenship from the Margins*, Basingstoke: Routledge.
- Ataç, I., & Steinhilper, E. (2022), Arenas of fragile alliance making. Space and interaction in precarious migrant protest in Berlin and Vienna, in: *Social Movement Studies* 21(1-2), S. 152–168.
- Bader, D./Probst, J. (2018), Saving the Deportee: Actors and Strategies of Anti-deportation Protests in Switzerland, in: Rosenberger, S./Merhaut, N./Stern, V. (Hg.), *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer, S. 141–160.
- Bouillon, F. (2003), Des Migrants et des Squats Précarités et Résistances aux Marges de la Ville, in: *Revue Européenne des Migrations Internationales* 19(2), S. 1–21.
- Cappiali, T. (2017), „Whoever Decides for you Without you, s/he is Against you!“: Immigrant Activism and the Role of the Left in Political Racialization, in: *Ethnic and Racial Studies* 40(6), S. 969–987.
- (2019), Ideological Affiliations, Conflicts and Competing Mobilization Frames: The Role of Pro-immigrant Allies in Shaping Immigrant Struggles for Greater Rights, in: *International Migration Review* 53(3), S. 869–899.
- Chimienti, M. (2011), Mobilization of Irregular Migrants in Europe: A Comparative Analysis, in: *Political Translation: How Social Movement Democracies Survive* 34(8), S. 1338–1356.
- Danielzik, C.-M./Bendix, D. (2016), Neighbours Welcome! – Die Willkommenskultur, die Geflüchteten-Bewegung und die Suche nach Gemeinsamkeiten der Kämpfe um Rechte, in: Hess, S./Kron, S./Kasperek, B./Rodatz, M./Schwert, M./Sontowski, S. (Hg.), *Grenzregime III: Der lange Sommer der Migration*, Berlin: Assoziation A, S. 196–206.
- Della Porta, D./Mattoni, A. (Hg.) (2014), *Spreading Protest. Social Movements in Times of Crisis*, Colchester: ECPR Press.

- Diani, M./Mische, A. (2015), Network approaches and social movements, in: Della Porta, D./Diani, M. (Hg.), *The Oxford Handbook of Social Movements*, Oxford: Oxford University Press, S. 306–325.
- Duyvendak, J.W./Jaspers, J. (Hg.) (2014), *Players and Arenas. The Interactive Dynamics of Protest*, Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Fassin, D./Wilhelm-Solomon, M./Segatti, A. (2017), Asylum as a Form of Life: The Politics and Experience of Indeterminacy in South Africa., in: *Current Anthropology* 58(2), S. 160–187.
- Feigenbaum, A./Frenzel, F./McCurdy, P. (2013), *Protest Camps*, London: Zed Books.
- Glöde, H./Böhlo, B. (2015), Der Marsch der protestierenden Flüchtlinge von Würzburg nach Berlin und ihr Protest bis heute, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 28(4), S. 75–87.
- Halvorsen, S. (2015), Taking Space: Moments of Rupture and Everyday Life in Occupy London, in: *Antipode* 47(2), S. 401–417.
- Jaspers, J. (2014), Introduction. Playing the Game, in: Duyvendak, J.W./Jaspers, J. (Hg.), *Players and Arenas. The Interactive Dynamics of Protest*, Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 9–32.
- Kasperek, B./Schmidt, M. (2013), Residenzpflicht, in: *Widerprüche* 33(1), S. 43–48.
- Maestri, G. (2019), The Nomad, the Squatter and the State: Roma Racialization and Spatial Politics in Italy, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 43(5), S. 930–945.
- Mudu, P./Chattopadhyay, S. (Hg.) (2017), *Migration, Squatting and Radical Autonomy*, Abingdon: Routledge.
- Müller, G. (2013), Shelter in the Votive Church – Impressions of a Supporter of the Refugee Protests in the Votive Church, in: *Flee Erase Territorialize. Transversal web-journal* 3/2013, <https://transversal.at/transversal/0313/muller/en> (letzter Abruf am 19.3.2024)
- Nicholls, W. (2013a), Fragmenting Citizenship: Dynamics of Cooperation and Conflict in France’s Immigrant Rights Movement, in: *Political Translation: How Social Movement Democracies Survive* 36(4), S. 611–631.
- (2013b), *The DREAMers: How the Undocumented Youth Movement Transformed the Immigrant Rights Debate*, Stanford: Stanford University Press.
- Nicholls, W./Uitermark, J. (2016), *Cities and the Immigrant Rights Movement. A comparison of activism in the US, France, and the Netherlands*, Hoboken: Wiley-Blackwell.
- Nyers, P./Rygiel, K. (2012), *Citizenship, migrant activism and the politics of movement*, London: Routledge.
- Refugee Protest Camp (2012), *Aviso: Einladung zur Pressekonferenz am 30.11*, <https://refugeecampvienna.noblogs.org/post/2012/11/29/einladung-zur-pressekonferenz-in-traiskirchen> (letzter Abruf am 11.12.2023).
- Refugee Protest Camp (2013a), *Dialogue in Peace*, <https://refugeecampvienna.noblogs.org/post/category/solidarity/dialogue-in-peace/> (letzter Abruf am 11.12.2023).

- (2013b), *Press conference on day 13 of the hunger strike in the Votive Church*, <https://refugeecampvienna.noblogs.org/post/2013/01/03/fluchtlinge-von-gesprach-mit-mikl-leitner-schwer-enttauscht-pressekonferenz-am-13-tag-des-hungerstreiks-in-der-votivkirche> (letzter Abruf am 11.12.2023).
- (2013c), *Sleeping in Solidarity*, <https://refugeecampvienna.noblogs.org/post/category/solidarity/sleeping-in-solidarity/> (letzter Abruf am 11.12.2023).
- Refugee Revolution (2013), *Refugee Revolution Bus Tour*, https://afrique-europe-interact.net/915-0-Refugee-Revolution-Bus-Tour.html?article_id=214&aid=915&clang=0 (letzter Abruf am 11.12.2023).
- Schatz, E. (Hg.) (2009), *Political Ethnography. What Immersion Contributes to the Study of Power*, Chicago: Chicago University Press.
- Steinhilper, E. (2021), *Migrant Protest. Interactive Dynamics in Precarious Mobilizations*, Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Steinhilper, E./Ataç, I. (2019), Contentious Subjects. Spatial and Relational Perspectives on Refugee Mobilizations in Europe, in: Mitchell, K./Jones, R./Fluri, J. (Hg.), *Handbook on Critical Geographies of Migration*, Cheltenham: Edward Elgar, S. 345–357.
- Ünsal, N. (2015), Challenging ‘Refugees’ and ‘Supporters’. Intersectional Power Structures in the Refugee Movement in Berlin, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 1(2), <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/09.ünsal--refugees-supporters-oplatz-intersectionality.html> (letzter Abruf am 18.3.2024)
- Vasudevan, A. (2017), *The autonomous city: a history of urban squatting*, London: Verso.
- Wilcke, H./Lambert, L. (2015), Die Politik des O-Platzes. (Un-)Sichtbare Kämpfe einer Geflüchtetenbewegung, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 1(2), <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/06.wilcke,lambert--oplatz-kämpfe-geflüchtete-bewegung.html> (letzter Abruf am 18.3.2024).
- Zajak, S./Haunss, S. (2021), The Politics of Alliances. The Making and Breaking of Social Movement Coalitions. Introduction to the Special Issue, in: *Social Movement Studies* 21(1-2), DOI: 10.1080/14742837.2021.1973890 (letzter Abruf am 18.3.2024).

Catarina Gomes de Matos¹

Von der Mitte der Gesellschaft und ihren Rändern: Protestbewegungen und die Produktion von Migration in der postmigrantischen Gesellschaft

Rechter Aktivismus, Kämpfe um die soziale Frage und (post-)migrantische Bewegungen – entlang dieser Beispiele wird der Frage nachgegangen, wie die Protest- und Bewegungsforschung zu einem besseren Verständnis der postmigrantischen Gesellschaft beitragen kann. Die Beispiele zeigen, dass die (zum Teil räumlich-sozialen) Aushandlungsprozesse über Migration mit darüber entscheiden, was als gesellschaftliches Zentrum, gesellschaftlicher Rand und gesellschaftliches Außen verstanden wird. Der Text plädiert für eine Sichtweise, die plurale Lebensrealitäten berücksichtigt sowie die Komplexität und Fragmentierung von Bewegungsräumen anerkennt.

1 Protestforschung in der postmigrantischen Gesellschaft

Migration ist historisch und aktuell ein Faktum und steht als konstitutive Kraft im Zentrum moderner Gesellschaften (Yıldız 2013a: 27f.; Glathe/Gorriahn 2022: 10; Müller u.a. 2023: 41). Trotzdem werden bestimmte Themen – beispielsweise Integration, Rassismus oder die Lebensbedingungen von Geflüchteten – in gesellschaftlichen Debatten als vermeintlich „migrantisch“ problematisiert und dabei am gesellschaftlichen Rand oder sogar außergesellschaftlich verortet. Ein zentrales Moment postmigrantischer Forschung ist, einen produktiven Umgang mit diesen widersprüchlichen Perspektiven auf das Verhältnis von Migration und Gesellschaft zu finden. Dabei stehen Forscher:innen vor der Herausforderung, scheinbar gegensätzliche Ziele miteinander zu vereinen (Foroutan 2018): Auf der einen Seite soll eine dichotome Unterteilung in migrantisch und nicht-migrantisch überwunden werden; auf der anderen Seite ist den machtvollen Differenzierungen und Kategorisierungen Rechnung zu tragen, die in der Thematisierung

1 Ich danke Aisha Salih, Elisa Kornherr, Jan Kordes, Janika Kuge, Robert Pütz und den Herausgeber:innen für kritisches Feedback und inspirierende Diskussionen.

von sozialen Fragen mit dem Bezug auf Migration fortlaufend (re-)produziert, aber auch in Frage gestellt und verändert werden. Der vorliegende Text geht der Frage nach, welche Implikationen diese Sichtweise für die geographische Protest- und Bewegungsforschung hat. Er diskutiert zu diesem Zweck, welche sozialen Kämpfe in den Blick genommen und wie diese in der Forschung adressiert werden können, um zu einem besseren Verständnis der postmigrantischen Gesellschaft beizutragen.

Mein Beitrag schließt an die von Espahangizi u.a. (2016: 14) formulierte Forderung an, in der Forschung sowohl die diskriminierenden, rassistischen Strukturen und Bewegungen zu thematisieren, die zur Spaltung der Gesellschaft beitragen, als auch die vielfältigen gegenhegemonialen Realitäten in migrantischen und antirassistischen Kämpfen zu berücksichtigen, in denen rassistische Ausschlüsse zurückgewiesen werden. Dazu starte ich einen Suchprozess, in dem ich drei verschiedene Protestbewegungen in den Blick nehme, die unterschiedliche Zugänge zu einer Analyse von Gesellschaft bieten. Ziel ist es, die mit diesen Bewegungen verbundenen Prozesse der Vergemeinschaftung nachzuzeichnen, in denen verhandelt wird, was gesellschaftliches Zentrum, gesellschaftlicher Rand und das Außen von Gesellschaft ist. Besonderes Augenmerk gilt dabei Prozessen, in denen durch die Konstruktion spezifischer Räume Migration als soziale Tatsache produziert und verhandelt wird.

Als erstes beschäftige ich mich mit rechten Protestbewegungen in Deutschland nach 1945 und frage nach den damit verbundenen Prozessen der Fragmentierung in der postmigrantischen Gesellschaft. Dazu richte ich den Blick auf Vorstellungen über Migration, die in Diskursen und Praktiken von rechten Bewegungen wie PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) aufgerufen werden, sowie nach den Raumkonstruktionen, die dabei (re-)produziert werden. Ich diskutiere darüber hinaus, wie gesellschaftliche Diskurse *über* rechte Bewegungen zu einer differenzierenden Darstellung unterschiedlicher Regionen in Deutschland beitragen. Damit skizziere ich, wie Fragmentierung und Ausgrenzung einerseits und eine vermeintliche gesellschaftliche Mitte andererseits entstehen. Zweitens richte ich den Blick auf soziale Kämpfe in Deutschland, die vorgeben, allgemeingesellschaftliche soziale Fragen – etwa die Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums oder die Durchsetzung von Arbeitsrechten – anzusprechen. Dabei fokussiere ich Prozesse der Sichtbarmachung und Unsichtbarmachung in Narrativen über diese Protestbewegungen. Dass die hegemoniale Geschichte gesellschaftlicher Kämpfe meist als weiß-deutsche Geschichte erscheint und alternative Positionen und Lebensrealitäten aus der gesellschaftlichen Mitte gedrängt werden, hat multiple Ursachen. Anschließend

an die eingangs formulierte Forderung an postmigrantische Forschung frage ich einerseits nach den Machtverhältnissen, die zu dieser hegemonialen Sichtweise führen. Andererseits gebe ich – im Sinne einer Gegengenzählung – einen Einblick, wie transnationale Beziehungen und spezifisch migrantische Erfahrungen soziale Kämpfe in Deutschland prägen und geprägt haben. In einem dritten Schritt rücken Proteste in den Blick, die sich explizit und kritisch mit machtgeladenen gesellschaftlichen Strukturen auseinandersetzen, die durch Prozesse der Fragmentierung, Migrantisierung und Unsichtbarmachung entstanden sind. Am Beispiel der Kämpfe von Geflüchteten argumentiere ich, dass damit zentrale gesamtgesellschaftliche Themen verhandelt werden, diese aber gleichzeitig häufig gesellschaftlich an den Rand gedrängt werden. Außerdem frage ich danach, welche Rolle von diesen Bewegungen genutzte Protestorte bei der politischen Artikulation von gegenhegemonialen Positionen spielen können.

Insgesamt fokussiert der Text Bewegungen und Diskurse in Deutschland. Die sozialen und politischen aktuellen sowie historischen Kontexte von Protestbewegungen sind international vielfältig (vgl. beispielsweise Mareš 2015). Der punktuelle Bezug zu Beispielen aus anderen Teilen der Welt soll auf ergänzende Perspektiven aufmerksam machen.

2 Migrantisierung und Fragmentierung der postmigrantischen Gesellschaft in rechten Protestbewegungen

In der Protest- und Bewegungsforschung werden rechte Aktivitäten seit den 1990er Jahren als soziale Bewegungen diskutiert (vgl. Bude 1993; Häusler/Schedler 2016; Schedler 2016). Der Hauptfokus der Forschung lag jedoch lange Zeit auf emanzipatorischen oder bürgerlichen Protestbewegungen (Leggewie 1998). Erst mit dem (erneuten) Erstarken rechtspopulistischer Akteur:innen in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre wurden rechte Protestereignisse wie PEGIDA stärker thematisiert und beispielsweise deren Verschränkung mit Institutionen oder mit der Querdenker-Bewegung untersucht (Häusler/Virchow 2016; Rucht 2017; Volk 2021). Ich halte es im Rahmen einer postmigrantischen Wende der (geographischen) Bewegungsforschung für sinnvoll, rechten Aktivismus zu fokussieren, da hier gesellschaftliche Diskurse über Migration aufgegriffen und geprägt werden.

Ausgangspunkt jeder Auseinandersetzung mit rechten Bewegungen ist die Anerkennung, dass es nie eine Abwesenheit von rechten Gedanken und rechter Gewalt in der deutschen Gesellschaft gab und dass auch die bewegungsförmige Organisation im rechten Milieu auf eine lange Tradition zurückblickt (Leggewie 1998; Mullis/Miggelbrink 2022). Dabei ist eine heterogene Bewegungsfamilie aus

Gruppen und Organisationen entstanden, die „langfristig und bundesweit Forderungen, wie die radikale Einschränkung der Einwanderung und Zielsetzungen, wie die Schaffung einer ethnisch homogenen Gesellschaft in einer großen Zahl von Demonstrationen und Kundgebungen artikuliert“ (Häusler/Schedler 2016: 13) und sich damit an Aushandlungen über das gesellschaftliche Verständnis von Migration beteiligt. Zwei Strömungen haben sich dabei insbesondere hervor getan – die *Neue Rechte* und jüngere rechtspopulistische Bewegungen.

Als neurechte Bewegung wird eine Welle rechter Organisierung bezeichnet, die in den 1970er Jahren entstand, ihre Hochphase in den 1990er Jahren hatte und teilweise paramilitärische beziehungsweise terroristische Züge annahm. Diese außerparlamentarische Organisierung der Rechten sah sich als Gegenbewegung zur 68er-Bewegung und übernahm teilweise deren Proteststrategien. Die zentrale Protestform war jedoch nicht die Großdemonstration, sondern der sogenannte Mob – eine wenig formalisierte, stark gewaltbereite Form der kollektiven politischen Artikulation (Leggewie 1998). Diese richtete sich in besonderem Maße gegen Geflüchtete und Migrant:innen, nicht nur im Rahmen der pogromartigen Gewaltexzesse in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen,² sondern auch an vielen anderen Orten. Ihren gesamtgesellschaftlichen Widerhall fanden diese Proteste in der schweigenden bis aktiven Zustimmung der Mehrheitsgesellschaft sowie in Verschärfungen des Asylrechts auf politischer Ebene (Espahangizi u.a. 2016; Müller u.a. 2023).

Vor allem ab Mitte der 2000er Jahre veränderte sich die rechte Bewegungslandschaft. Zentral für diese Zeit, die als Renaissance der Neuen Rechten beschrieben wird, war die Entstehung neuer sozialer Bewegung von rechts. Prominente Beispiele sind die *Identitäre Bewegung* und PEGIDA (Salzborn 2017). Im Rahmen dieser Bewegungen gelang und gelingt es Rechtsextremen, ihre Positionen über Personen, die als Migrant:innen oder Geflüchtete adressiert werden, durch den „in hohem Maße anschlussfähigen rechten Populismus“ (Mullis/Miggelbrink 2021:

2 Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen sind zu Synonymen für pogromartige rassistische Gewalt in den frühen 1990er Jahren in Deutschland geworden. In Hoyerswerda verübten Neonazis 1991 mehrere rassistisch motivierte Übergriffe auf Geflüchtete und Migrant:innen. Die gewaltsamen Ausschreitungen richteten sich unter anderem gegen die Bewohner:innen eines Wohnheims für vietnamesische und mosambikanische Vertragsarbeiter:innen und eines Wohnheims für Geflüchtete. In Rostock-Lichtenhagen griffen Neonazis 1992 unter anderem ein Wohnheim für ehemalige Vertragsarbeiter:innen aus Vietnam an. Rassistische Gewalttaten fanden zu dieser Zeit u.a. auch in Solingen, Mölln, Eberswalde und Hünxe statt.

189) bis weit in den gesellschaftlichen Mainstream hineinzutragen, wodurch sie eine Normalisierung erfahren.

Das Aufkommen rechter Proteste wird häufig mit dem Anstieg des Ausländer:innenanteils oder dem vermeintlichen „Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern“ (Leggewie 1998: 135) in Verbindung gebracht. Rechte Bewegungen werden demnach als Reaktion auf das vermeintlich „Andere“ oder „Fremde“ diskutiert. In Anlehnung an Bojadžijev (2008) ist diese Sichtweise zu kritisieren und stattdessen die Frage zu stellen, welche Konstruktionsprozesse dazu führen, dass Personen, Gruppen, Eigenschaften oder Themen als „anders“ oder „fremd“ markiert werden.

Eine zentrale Rahmenideologie rechter Bewegungen ist die Vorstellung der grundsätzlichen Ungleichwertigkeit von Menschen. Solche Ungleichwertigkeit-ideologien legitimieren die Einteilung und Hierarchisierung von Menschen. Sie finden ihren Ausdruck in Einstellungen und Handlungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, in denen beispielsweise Eingewanderte, Geflüchtete, Muslim:innen, Personen jüdischen Glaubens oder Langzeitarbeitslose als „andere“ oder „fremde“ soziale Gruppen konstruiert werden und diese Konstruktion mit einem Ungleichheitsdiskurs verbunden wird, durch den sie als schlechter oder als nicht zur Gesellschaft zugehörig definiert werden (Zick u.a. 2012; Küpper 2016; Quent 2016). Die Diskurse über *völkischen Nationalismus*, *Ethnopluralismus* und die konstruierte *Gefahr des Bevölkerungsaustauschs* sind wichtige ideologische Elemente in diesem Kontext und funktionieren, wie in den folgenden Abschnitten gezeigt wird, insbesondere über spezifisch räumliche Adressierungen.

Im völkischen Nationalismus werden Bevölkerung und Raum in spezifischer Weise zusammengedacht. Grundlegend ist nicht die Vorstellung, dass die (zufällig) auf einem Staatsgebiet befindlichen Individuen als bürgerliche Rechtssubjekte adressiert werden und gemeinsam das Staatsvolk bilden. Vielmehr wird das Staatsvolk als eine kollektive und ethnisch oder kulturell homogene Gruppe imaginiert, die an seinen Siedlungsraum – das Staatsgebiet – im Sinne einer Heimatregion gebunden ist (Salzborn 2017). „Volk“ ist also eine essentialisierende Kategorie, die nach innen stark homogenisierend und identitätsstiftend sowie nach außen hierarchisierend im Sinne einer ethnischen Trennung wirkt. Die räumlich-soziale Konstruktion einer völkischen Nation³ erscheint in diesem Zusammenhang als Gemeinschaftsutopie, die durch die Konstruktion und den

3 Teile der extremen Rechten – beispielsweise der NSU – lehnen den Nationenbegriff sogar gänzlich ab.

Ausschluss – häufig übermächtiger und bedrohlich wirkender – „Anderer“ stabilisiert wird (Schipper 2011). Dabei oszillieren die Diskurse zwischen teilweise widersprüchlich erscheinenden biologistischen und kulturalistischen Logiken (Bojadžijev 2008). In diesen Konstruktionen wird die allgemeinere Ideologie der Ungleichheit mit dem Thema der Migration verknüpft. Im Zuge von Identitäts- und Alteritätsdispositionen wird das Bild einer homogenen kollektiven Gemeinschaft vermittelt – beispielsweise über die Selbstbeschreibung als „Jugend ohne Migrationshintergrund“⁴ – während vermeintlich Zugewanderte und ihre Nachkommen als „Andere“ oder „Fremde“ außerhalb der eigenen Nation verortet werden.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, dass solche ideologischen Elemente nicht primär auf tatsächliche rechtliche Zugehörigkeiten zu einem Staat Bezug nehmen und nicht zwingend auf Migration als empirisches Phänomen physischer Mobilität über Staatsgrenzen hinweg verweisen. Vielmehr werden *People of Colour* immer wieder als Migrant:innen adressiert, auch dann, wenn sie nie migriert sind, während Menschen mit Migrationserfahrung, die als weiß und westlich gelesen werden, häufig nicht als Migrant:innen markiert werden (Glathe/Gorriahn 2022: 10). Insofern geht es eher darum, dass ausgehend von kollektiv-nationalen Selbstentwürfen Differenzkonstruktionen geschaffen werden, in denen Personen als „migrantisch“ und gleichzeitig als „anders“ oder „fremd“ gelten. Dabei „erscheint eine (weiße) sesshafte Nation als Zentrum“, der „fremde Minderheiten am Rande der Gesellschaft“ gegenübergestellt werden (ebd.: 9; vgl. auch Bayer 2015: 219; Hess 2015). Hilfreich ist hier der Begriff der *Migrantisierung*, der den Fokus von der Person und ihrer (vermeintlichen) Wanderungsbewegung auf den gesellschaftlichen Prozess des *Othering* verschiebt (Blank/Gomes de Matos 2023). Differenzkonstruktionen sind vielfältig intersektional (Salzborn 2017; Mullis/Zschocke 2020: 117) und erfolgen auch religionsbezogen, wobei insbesondere der Islam als invasives „Anderes“ dargestellt wird (Attia u.a. 2014).

Die Vorstellung eines Ethnopluralismus ist vor allem in der Neuen Rechten ein zentrales Merkmal rechter Bewegungsideologie und wird beispielsweise von der Identitären Bewegung aufgegriffen. In dieser Ideologie wird die Ungleichheit von Menschen primär ethnisch-kulturalistisch und nicht mehr explizit biologistisch-rassistisch begründet. An die Stelle der Vernichtungsideologie des Nationalsozialismus tritt in dieser Ideologie eine Segmentierungsvorstellung. Dabei wird die Ansicht vertreten, dass „konsequente räumliche Separierung und geopolitisch[e]

4 Vgl. zum Beispiel den Bericht des Innenministeriums NRW (2018).

Trennung von Menschen nach ethnisch-kulturalistischen Kriterien“ (Salzborn 2017: 39) notwendig ist. Die darin aufgerufenen Vorstellungen lassen sich einem „differentiellen Rassismus“ (Foroutan 2021) zuordnen – d.h. sie gehen von einer grundsätzlichen Verschiedenheit unterschiedlicher Kulturen aus, die, da sie nicht miteinander vereinbar sind, territorial getrennt werden müssten. Menschen werden dabei diskursstrategisch als Teil einer Bevölkerungsgruppe – und nicht in ihrer Subjektivität und Individualität – gedacht. Vor diesem Hintergrund wird Migration abgelehnt und die Figur des „Fremden“ aufgegriffen, um Teile der Bevölkerung außerhalb des deutschen Staatsterritoriums zu verorten. In der Folge fordern rechte Bewegungen eine Änderung der staatlichen Migrationspolitik. Die Identitäre Bewegung ruft bei ihren Protestaktionen beispielsweise zur „Remigration“ auf;⁵ damit ist ein Prozess gemeint, bei dem die Menschen mit Migrationsgeschichte in die Länder einwandern (sollen), aus denen ihre Eltern oder Großeltern vor vielen Jahrzehnten ausgewandert sind. Die von der Identitären Bewegung vor dem Hintergrund eines völkischen Nationalismus definierten „Fremden“ sollen durch eine solche „Umkehr“ der Migration räumlich „wieder“ von der vermeintlich deutschen Bevölkerung getrennt werden.⁶

Darüber hinaus problematisieren rechte Bewegungen – nicht nur in Deutschland, sondern aktuell beispielsweise auch in Italien (Hindrichs 2023) – Migrationsbewegungen mittels des Narrativs der „Gefahr eines Bevölkerungsaustauschs“. Dieser Ideologie folgend, die insbesondere im Kontext der Migrationsbewegun-

5 Über die Verwendung des Begriffs Remigration durch die Identitäre Bewegung – hier während einer Protestveranstaltung – hat beispielsweise der SWR (Fritzmann 2023) berichtet.

6 Nach der Fertigstellung des vorliegenden Textes wurden Berichte über das sogenannte Potsdamer Treffen öffentlich, auf dem im November 2023 rechte Akteure Strategien der Vertreibung von migrantisierten und anderen unerwünschten Personen diskutierten (Bensmann u.a. 2024). An dem Treffen nahmen u.a. Mitglieder der Identitären Bewegung, der AfD und der CDU teil. Im Zentrum der vorgestellten Vertreibungsstrategien steht der Begriff Remigration, der zumindest in Nuancen mit einer Bedeutungsverschiebung verbunden ist. Expliziter als zuvor wird auch die Vertreibung von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit einbezogen. Zur Ausreise gedrängt werden sollen Asylbewerber:innen, Ausländer:innen mit Bleiberecht und sogenannte „nicht assimilierte“ Staatsbürger:innen sowie beispielsweise auch Personen, die sich für Geflüchtete einsetzen. Diskutiert wird in diesem Kontext der Entzug von Staatsangehörigkeiten. Durch die medialen und politischen Debatten im Anschluss an die Correctiv-Berichte über das Treffen wurde der Begriff Remigration gesellschaftsübergreifend diskutiert. Die Medienberichte über die Konferenz lösten deutschlandweit Proteste gegen rechts aus.

gen im Jahr 2015 an Bedeutung gewonnen hat, bestehe die Gefahr, dass die „einheimische“ Bevölkerung in Europa und insbesondere in Deutschland durch eine gezielte Einwanderungspolitik und eine höhere Geburtenrate von Migrant:innen ersetzt werde (beziehungsweise in stärker verschwörungstheoretischen Varianten: strategisch ersetzt werden solle). Das ideologische Element greift auf rassistische und fremdenfeindliche Stereotype ebenso wie auf Vorstellungen von Fremdheit und Andersartigkeit zurück, um zu erklären, dass die „einheimische“ Bevölkerung durch eine angebliche „Überfremdung“ der Kultur und Identität bedroht ist (Salzborn 2017). Eine solche Perspektive hat ernsthafte Auswirkungen auf die Gesellschaft. Sie trägt zur Spaltung und Polarisierung bei und schürt Ressentiments gegenüber Menschen, die zuvor und/oder im gleichen Zuge migrantisiert werden. So wird durch dieses Narrativ beispielsweise auch rassistische Gewalt als vermeintlich notwendige Maßnahme zum Schutze weißer Menschen begründet (Mullis/Miggelbrink 2021: 191).

Dass rechte Einstellungen durchaus kein Alleinstellungsmerkmal der extremen Rechten sind, zeigen nicht nur großangelegte sozialwissenschaftliche Studien (insbesondere die seit vielen Jahren durchgeführten *Mitte-Studien* und die Studien zu *Deutschen Zuständen*, aktuell beispielsweise Zick/Küpper 2021; Decker u.a. 2022), sondern auch die vielfach dokumentierten Alltagserfahrungen von Personen, die Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung erfahren (Lamroubal 2021). Dabei wird deutlich, dass rechte Einstellungen in weiten Teilen der Gesellschaft zu finden sind und dass diese – trotz einer generell zunehmend liberalen Einstellung der Bevölkerung gegenüber vielfältigen Lebensweisen sowie einer allgegenwärtigen kapitalistischen Inwertsetzung von Vielfalt und Differenz – beispielsweise in den Bereichen Fremdenfeindlichkeit und Ablehnung von Muslim:innen und Geflüchteten weiter zunimmt (Mullis/Zschocke 2020). Die Ergebnisse dieser Studien lassen sich auch als Ausdruck einer „umfassende[n] Verwurzelung rechtsextremer und rassistischer Weltanschauungen, Strukturen und Gewaltformen in staatlichen Institutionen [...] und in der Gesellschaft“ (Gomolla u.a. 2018: 14) verstehen. Die Verbindungen zwischen der als demokratisch imaginierten Mitte und der extremen Rechten verlaufen dabei in beide Richtungen: So greifen einerseits rechte Bewegungen ideologische Begriffe und Bilder wie beispielsweise „Überfremdung“ auf, die in vielfältigen Variationen in medialen und politischen Diskursen auch jenseits der gesellschaftlichen Ränder produziert wurden (Hess 2015). Andererseits ist „Die Mitte [...] nicht nur stille Unterstützerin, [sie vollzieht] was organisierte Rechte [...] einfordern“ (Höfel/Schmidt 2018: 196f.) – so können neue restriktivere Migrationspolitiken in den 1990er Jahren und Mitte der 2010er Jahre jeweils auch als eine Reakti-

on auf zu diesen Zeiten expandierenden Anti-Flüchtlingsproteste interpretiert werden. Trotz dieser strukturellen und ideologischen Verknüpfungen wurden rechtsextreme und rechtspopulistische Bewegungen bis in die 2000er Jahren meist als außerhalb des gesellschaftlichen Mainstreams stehend verortet. Eine der räumlichen Strategien, rechte Bewegungen außerhalb des gesellschaftlichen Mainstreams zu verorten, ist die Konstruktion des „braunen Ostens“. Der Begriff bezieht sich auf die Konstruktion von Ostdeutschland als eine Region, in der rechtsextreme und rechtspopulistische Tendenzen besonders stark ausgeprägt seien. Dabei werden Aspekte wie die wirtschaftliche Transformation nach der Wiedervereinigung und sozialstrukturelle Merkmale, beispielsweise hohe Arbeitslosenzahlen, als Ursachen für die räumliche Konzentration rechtsextremer Einstellungen angeführt (Lessenich 2013; Quent 2016). Die „Andersheit“ des Ostens wird hier einer „unmarkierten westdeutschen Allgemeinheit“ (Heft 2018: 357) gegenübergestellt. Rechte Einstellungen und Bewegungen werden so nicht mehr als gesamtgesellschaftliches Problem anerkannt, sondern räumlich wie gesellschaftlich an den Rand gedrängt.

Die Darstellungen als Problem am rechten Rand und als ostdeutsches Phänomen sind irreführend und gefährlich. Vielmehr sollte von einem Problem und einer Verantwortung der Mitte gesprochen werden. Wenn Migration in öffentlichen Debatten als Bedrohung der nationalen Identität, der öffentlichen Sicherheit und der wohlfahrtsstaatlichen Systeme problematisiert und entsprechende ordnungspolitische Maßnahmen ausgerufen werden, werden gesellschaftliche Schließungsdynamiken vorangetrieben, die rechten Aktivist:innen zuspitzen und gleichzeitig von diesen befeuert werden. So wirkt beispielsweise die Überschneidung von dominanten gesellschaftlichen Diskursen mit rechtsextremen Ideologien teilweise als Legitimation rechter Gewalt (Glathe/Gorriahn 2022; Pickel u.a. 2023). Vor diesem Hintergrund lassen sich rechte Bewegungen vielmehr als Projekte verstehen, die in vielfältiger Weise mit der Dominanzgesellschaft verbunden sind und dabei stetig versuchen, zentrale gesellschaftliche Räume zu besetzen.

3 Mehr als deutsch-national – (transnationale) gesellschaftliche Kämpfe um Grundbedürfnisse

Während in rechten Bewegungen explizit bestimmte Vorstellungen von Migration manifestiert werden und die Verknüpfung mit der Frage nach der postmigrantischen Gesellschaft eindeutig ist, ist dies im zweiten Beispiel weniger explizit und hat viel mit Fragen nach (Un-)Sichtbarkeiten und Geschichtserzählung(en) zu tun. Hierbei greifen unterschiedliche Formen der Exklusion ineinander.

Gewerkschaftsarbeit, Arbeitskämpfe und Kämpfe um Wohnraum in Deutschland erscheinen in historischen Narrativen meist als Produkt weißer und deutscher Aktivist:innen. Dies ist vielfach kritisiert worden (Karakayali 2000; Schwenken 2006; Bojadžijev 2008). Tatsächlich gibt und gab es zahlreiche Ausschlüsse von nicht-weißen, nicht-deutschen Personen in sozialen Kämpfen. So sind und waren beispielsweise besonders sichtbare Sprech- und Entscheidungspositionen häufig unterrepräsentativ mit Migrant:innen besetzt. Carstensen u.a. (2022) zeigen dies anhand von offiziellen Positionen in Gewerkschaften. Für das Verhältnis von Gastarbeiter:innen und Gewerkschaften zeigt sich in diesem Zusammenhang ein ambivalentes Bild. Auf der einen Seite kamen viele Arbeiter:innen mit Erfahrungen gewerkschaftlicher Organisation aus ihren Herkunftsländern und das generelle Interesse an einer Beteiligung an Gewerkschaften war hoch. Gleichzeitig fühlten sich viele Migrant:innen in den deutschen Gewerkschaften nicht repräsentiert – in der Gewerkschaftspolitik wurde zumindest in Teilen von einer Rückkehr der Gastarbeiter:innen ausgegangen, die Interessen der „deutschen“ Arbeiter:innen standen meist unter der Prämisse des *Inländerprimats* im Vordergrund und spezifische Probleme der Gastarbeiter:innen wurden häufig nicht adressiert (Bojadžijev 2008; Goeke 2014; siehe weiterführend für den internationalen Kontext Tietje 2017: 23ff.). Die Aushandlung der sozialen Frage ist also von rassistischen Diskriminierungen durchzogen und Migrant:innen wurden in diesem Kontext häufig nicht als politische Subjekte anerkannt. Solche Ausschlüsse sind *einer* der Gründe, dass Migrant:innen in der Geschichte der sozialen Kämpfe weniger präsent sind.

Hinzu kommt, dass Migrant:innen in besonderem Maße staatlicher Beobachtung und Repressionen ausgesetzt sind und waren, was teilweise zur Folge hat, dass Widerstand weniger sichtbar organisiert wurde und öffentliche Orte gemieden wurden. So erlaubten die bis 1973 geltenden restriktiven Ausländergesetze unter anderem die Abschiebung aus Deutschland zur Sanktion von politischen Aktivitäten. Politische migrantische Arbeiter:innenvereine reagierten darauf mit Selbstschutzmaßnahmen. Beispielsweise versuchten sie, durch die Umwandlung in Kulturvereine weniger aufzufallen (Türkmen 2015: 132). Auch für aktuelle Proteste zeigt Thompson (2021) auf, dass als migrantisch gelesene Aktivitäten verstärkten und spezifisch rassistischen Formen des Polizierens unterworfen sind. So werden beispielsweise bei Demonstrationen verstärkt Kontrollen durchgeführt und strengere Auflagen ausgesprochen. Dies erschwert migrantischen Kämpfen die sichtbare Artikulation von Dissens auf der Straße und an öffentlichen Orten. Rassistische Formen des Polizierens können insbesondere dann zu einer Vermeidung von Öffentlichkeit führen, wenn die Aktivist:innen durch Polizeikontrollen

ihre Aufenthalte riskieren und eine Ausweisung fürchten müssen – etwa im Falle von illegalisierten Migrant:innen. Auch prekäre Lebensverhältnisse tragen dazu bei, dass eine Beteiligung an Protestaktivitäten und politischer Organisation erschwert ist (Huke in diesem Band). Wer also sichtbar zentrale Positionen in den Prozessen der Aushandlung um die soziale Frage einnimmt, ist auch eine Frage von Ungleichheitsverhältnissen und Privilegien.

Trotz all dieser rassistischen Ausschlüsse gibt und gab es stets eine Beteiligung von Aktivist:innen mit Migrationserfahrung, die lange Zeit weder in den Erzählungen der Migrationsgeschichte Deutschlands noch in den Geschichtsnarrativen sozialer Kämpfe abgebildet war. Diese Unsichtbarkeit ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass auch bei der Repräsentation sozialer Kämpfe in den letzten Jahrzehnten – etwa in Zeitzeugengesprächen (Carstensen u.a. 2022) oder Archiven sozialer Bewegungen (Goetze 2014) – überwiegend weiße deutsche Stimmen zu Wort gekommen sind und migrantische Proteste weniger thematisiert wurden. Dadurch wurden nicht nur Akteur:innen und Konstellationen, sondern auch die transkulturellen und -nationalen, mehrheimischen und hybriden Alltagspraktiken (Hill/Yıldız 2018), die soziale Kämpfe prägen und geprägt haben, übersehen. Eine Aufarbeitung dieser Leerstelle wird seit einigen Jahren vorangetrieben (u.a. Goetze 2014; Carstensen u.a. 2022; Bojadžijev 2008; Hunn 2005).

Mit dem Konzept des *transnationalen Aktivismus* wird in Teilen der Protest- und Bewegungsforschung eine Perspektive eingenommen, die transnationale Verbindungen sozialer Bewegungen und die Rolle transnationaler Akteur:innen in den Fokus nimmt (Keck/Sikkink 1998; Tarrow 2005; Schwenken 2006; kritisch: Pfister 2016). Diese Perspektive wurde insbesondere in Auseinandersetzung mit der globalisierungskritischen Bewegung und den Protesten für Umwelt- und Menschenrechte entwickelt, sie kann aber auch für die postmigrantischer Protestforschung fruchtbar gemacht werden. Indem ökonomische, politische und kulturelle Beziehungen in den Blick genommen werden, die Menschen, Netzwerke und Organisationen über staatliche Grenzen hinwegverbinden, lassen sich methodische Nationalismen überwinden. Gleichzeitig kann die konstitutive Kraft von Migration in Kämpfen um soziale Fragen thematisiert werden, ohne essentialisierende Zuschreibungen zu reproduzieren (Schwenken 2006: 56).

Die Geschichte sozialer Kämpfe in Deutschland lässt sich so auch als eine Geschichte der Transnationalisierung erzählen: Karakayali (2000) und Jakobsen (2022) argumentieren, dass in den Mietstreiks und Arbeitskämpfen der 1970er Jahre in Frankfurt nicht nur Radiosendungen ausländischer Journalist:innen eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung für die Proteste spielten, sondern dass die Aktivist:innen auch von Gewerkschafter:innen unterstützt wurden, die eigens

aus Italien anreisen. Türkmen (2015: 134) berichtet zudem von multinationalen Betriebszeitungen, mit denen über die Staatsgrenzen hinaus über die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Gastarbeiter:innen in Deutschland sowie deren Protestaktivitäten informiert wurde. Slobodian (2008) weist auf den Einfluss hin, den asiatische und afrikanische Studierende, die Anfang der 1960er Jahre für ihr Studium nach Deutschland kamen, auf die Studierendenproteste der 1960er Jahre hatten. Diese hatten bereits vor den Massenprotesten Aktionen organisiert, mit denen sie sich gegen die kolonialen Machtverhältnisse und autoritären Regime in ihren Herkunftsländern richteten. Schwenken (2006: 131ff.; ergänzend: Kordes 2019) benennt als wichtigen Faktor für die seit Jahrzehnten bestehende Organisation philippinischer (Pflege-)Arbeiter:innen deren transnationales Selbstverständnis, mit dem sowohl auf Verbindungen zwischen philippinischen Diasporen in unterschiedlichen europäischen Staaten wie auch auf Beziehungen zwischen Europa und den Philippinen Bezug genommen wird. Çağlar (2019) argumentiert, dass sowohl Proteste im Kontext der Finanzkrise als auch solche, die Bezugnehmend auf die Fluchtbewegungen ab 2015 entstanden sind von transnationalen Verwobenheiten und globalen Prozessen der Exklusion geprägt und motiviert sind. Die Proteste lassen sich vor diesem Hintergrund als Kämpfe für eine Moralökonomie verstehen, deren ähnlicher, transformativer Charakter in den Prozessen des Gemeinschaffens liegt (ebd.: 14ff). All diese Beispiele rücken solidarische Formen der Zusammenarbeit, transnationale Mobilisierung und neue Formen transnationaler Information und Kommunikation, die als „transnationale Räume des Widerstands“ (Steinhilper 2017: 80) aktiviert werden können, in den Vordergrund. Gleichzeitig erlaubt eine solche Perspektive eine Annäherung an die hybriden und mehrheimischen Lebensrealitäten vieler Aktivist:innen.

Abschließend ist die Frage aufzuwerfen, was eigentlich als gesellschaftlicher Protest anerkannt wird, und welche Kämpfe als gesamtgesellschaftlich gelten. So wurde beispielsweise die Anwesenheit von Rom:nja auf dem Occupy-Camp in Frankfurt im öffentlichen Diskurs nicht als Protestaktivität diskutiert, sondern den Beteiligten das Ziel der politischen Einflussnahme mit Bezug auf ihre „ethnische Zugehörigkeit“ und ihre „Bedürftigkeit“ abgesprochen, auch wenn deren Teilnahme am Protestcamp durchaus in einem weiteren Verständnis als politischer Akt verstanden werden kann (Künkel 2018: 292). Eine weitere Form der Nicht-Anerkennung in diesem Zusammenhang kann unter dem bereits eingeführten Begriff der Migrantisierung gefasst werden. Dabei werden bestimmte Proteste medial und politisch eben nicht als Aushandlungen allgemeiner gesellschaftlicher Belange wahrgenommen, sondern als Kämpfe um partikulare

Anliegen einer vermeintlichen Randgruppe von „Migrant:innen“ verhandelt. In Anlehnung an Hess (2015: 51) kann von einem Prozess der „Abspaltung“ von der bundesdeutschen Geschichte gesprochen werden, bei der bestimmte Themen und Akteur:innen einer Minderheitengeschichte zugeordnet werden. In dieser Weise markierte Proteste werden aus der Mitte der Gesellschaft verbannt und am gesellschaftlichen Rand verortet.

4 (Post-)Migrantische Kämpfe aus der Mitte der Gesellschaft und Orte der Repräsentation

Als Antwort auf solche Prozesse der Abspaltung haben (post-)migrantische Akteur:innen im Kunst- und Kulturbereich sowie in sozialen Kämpfen Strategien der Aneignung entwickelt, in denen unter anderem über die Begriffe *postmigrantisch* oder *migrantisch* Identitäten strukturiert werden und Subjektivierung angeeignet wird. Die hegemoniale Sichtweise auf Migration als Problem, kulturalistische Differenzenerfahrung oder Integrationsparadigma wird damit aufgebrochen und (post-)migrantische Aktivist:innen fordern eine Anerkennung ihrer Position in der Mitte der Gesellschaft (Hess 2015; Yıldız 2013a). (Post-)migrantische Kämpfe sind in diesem Zusammenhang immer auch eine Forderung nach der Anerkennung der migrantischen Realität, die faktisch im Einwanderungsland Deutschland schon längst existiert. Diese Anerkennung und die materiellen und rechtlichen Ansprüche auf Gleichheit, jenseits einer (vermeintlichen) Herkunft, gehen Hand in Hand (Foroutan 2018: 21).

Gleichzeitig machen (post-)migrantische Proteste darauf aufmerksam, dass Menschen mit Migrationsgeschichte, Personen, die ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland leben, oder migrantisierte Deutsche (z.B. Schwarze Deutsche) von den Problemen, die in sozialen Kämpfen adressiert werden – beispielsweise in den Bereichen Wohnen, Grundsicherung, Arbeitsrechte, Bildung und (Bewegungs-)Freiheit – auf spezifische Weise betroffen sein können. So gestalten sich etwa Arbeitsbedingungen unterschiedlich, abhängig davon, ob die Arbeitenden die deutsche Staatsangehörigkeit haben oder nicht. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum spitzt sich im Rahmen ausschließender Wohnungsmärkte für Menschen zu, die rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sind. Bewegungsfreiheit ist abhängig von der Staatsangehörigkeit und dem Aufenthaltsstatus. Entsprechend argumentiert Huke in seinem Beitrag in diesem Band, die soziale Frage ließe sich, wie es auch im Call zu diesem Sammelband hieß, nur im Plural stellen: als soziale Fragen in einer entlang unterschiedlicher, sich teilweise überlappender *Achsen der Ungleichheit* gespaltenen Gesellschaft

(Huke und Bescherer u.a. in diesem Band). Vor diesem Hintergrund kann in (post-)migrantischen Kämpfen auf ähnliche Lebenssituationen und Problemlagen verwiesen werden. Einend ist dann die Erfahrung, „als *andere* wahrgenommen [zu] werden“ (Lamroubal 2021: 174) sowie auf spezifische Weise von rassistischen Strukturen und Diskursen betroffen zu sein. Antirassistische und (post-)migrantische Organisationen richten sich folglich zum Teil auch an Personen der zweiten und dritten Generation sowie migrantisierte Deutsche ohne Migrationsgeschichte, die als vermeintliche „Andere“ adressiert werden und deshalb Rassismus erfahren.

Die Selbstorganisation von geflüchteten Menschen ist eines unter vielen verschiedenen Beispielen für solche Proteste. Sie hat in den letzten anderthalb Jahrzehnten in Europa deutlich zugenommen, wobei Konjunkturen in den Jahren ab 2012 sowie ab 2015 zu erkennen sind. Ein zentrales Anliegen der Aktivist:innen ist meist die Auseinandersetzung mit Migrationsregimen und Grenzpolitiken, wobei das Ziel verfolgt wird, globale Bewegungsfreiheit durch lokale und untereinander vernetzte Proteste zu erkämpfen. Mit diesen Protesten beeinflussen die Aktivist:innen die Durchlässigkeit von Grenzen und schaffen so Möglichkeitsräume für Migrationsbewegungen (Dadusc u.a. 2019: 522). Gleichzeitig geht es aber auch darum, „hier bleiben und hier ein normales Leben führen zu können“ (Mayer 2019: 155), also um Grundrechte sowie soziale und politische Rechte. Dadusc u.a. (2019) argumentieren in diesem Zusammenhang, dass migrantische Kämpfe die komplexen Dynamiken der Produktion von *Citizenship* und Grenzen adressieren, welche als „tools not simply to exclude, but to control and govern the movements and lives of migrants and non-migrants alike“ (ebd.: 522) verstanden werden. Darüber hinaus greifen Aktivist:innen in ihren Protesten weitere Themen auf, die schon lange Teil gesellschaftlicher Aushandlungen im Zusammenhang mit der sozialen Frage sind – beispielsweise Wohnen (Steinhilper 2017). So wird insgesamt ein breites Spektrum an Themen wie Teilhabe, Machtverhältnisse und gesellschaftliche Ausschlüsse thematisiert, die sich als Kernthemen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in der Mitte der Gesellschaft verorten lassen könnten. Eine postmigrantische Perspektive kann daher betonen, dass es sich hier um zentrale gesellschaftskonstituierende Akte handelt, die nicht nur das Leben von migrantisierten Personen oder Menschen mit Migrationserfahrungen prägen, sondern das aller Gesellschaftsmitglieder.

Inwiefern es Aktivist:innen dabei jedoch gelingt, ihre Anliegen als zentrale gesellschaftliche Themen einzubringen, ist von vielerlei Faktoren abhängig – unter anderem von dominierenden Vorstellungen von Migration. Eine Rolle spielen aber auch bestimmte räumliche Aspekte. So bieten beispielsweise Städte einen

besonderen Kontext für politische Artikulationen. Sie sind Orte, an denen sich Konflikte in besonderem Maße kristallisieren (Çağlar 2019), die Aktivist:innen besonders gute Bedingungen für die Vernetzung und Organisation bieten (Gukelberger 2019: 5) und die in besonderem Maße als Bühne für die öffentliche Artikulation von Dissens fungieren (Gestring u.a. 2014: 8). Über die Konzepte der Bürger:innenschaft (z.B. in der *Solidarity City*) und neuer Eigentumsformen (z.B. *Commons*) können darüber hinaus neue Arten der politischen Gemeinschaft auf städtischer Ebene erkämpft und erschaffen werden, die jenseits von nationalstaatlichen Definitionen von Zugehörigkeit Teilhabe ermöglichen und Grundbedürfnisse erfüllen können (Holston 2019: 29; Kuge 2019: 67) Auch die Aneignung zentral gelegener, öffentlicher Orte als Protestcamps – wie zum Beispiel der *O-Platz* in Berlin – kann eine wichtige Rolle bei der Organisation von Protesten spielen. Solche Protestorte wirken sowohl als Gegenstand machtvoller Diskurse als auch als „Spaces of Citizenship“ (Leitner u.a. 2008; Janoschka/ Sequera 2012). Darüber hinaus fungieren sie – wie Ataç und Steinhilper (in diesem Band) am Beispiel von Geflüchtetenprotesten in Wien und Berlin zeigen – gleichzeitig als politischer Handlungs- und Reproduktionsraum und können so zur Bildung und Stabilisierung von Protestbündnissen beitragen.

5 Fazit: Protestforschung aus der Perspektive der Migration denken

Eine Forschung zu Protestbewegungen, die eine geographische mit einer postmigrantischen Perspektive verbindet, kann sich nicht auf lineare Erzählungen und Argumentationen stützen. Vielmehr müssen die unterschiedlichen, miteinander verschränkten und teils gegensätzlichen Formen der Aushandlung über Migration in den Blick genommen werden. Die Beispiele in diesem Text zeigen, dass dabei weniger von einem einheitlichen Verständnis von Bewegungsraum gesprochen werden kann. Vielmehr adressieren unterschiedliche Protestakteur:innen verschiedene gesellschaftliche Fragen und greifen dabei auf diverse räumliche Konstruktionen zurück, um ihre Vorstellung von gesellschaftlicher Mitte, Peripherien und Außergesellschaftlichem durchzusetzen. Protest- und Bewegungsforschung kann in diesem Zusammenhang beispielsweise räumlich-soziale Konstruktionen wie den völkischen Nationalismus in den Blick nehmen, mit denen rechte Protestbewegungen zu einer Migrantisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen und Themen beitragen und die in der Folge zu einer Fragmentierung der postmigrantischen Gesellschaft führen. Gleichzeitig ermöglicht eine postmigrantische Forschung aber auch, (post-)migrantische Proteste als Kämpfe um

Grundbedürfnisse aus der Mitte der Gesellschaft zu verstehen. Dabei geht es nicht darum, bestehende Machtverhältnisse zu verkennen, sondern durch ein radikales Umdenken neue Formen des Sehens zu erlernen. Neue Sichtweisen einzunehmen sei möglich, wenn die postmigrantische, durch Diversität geprägte Migrationsgesellschaft zentral gesetzt würde, betont Yıldız. Dafür sei es jedoch notwendig, dass man sich von der einfachen, „ethnisierenden und kulturalisierenden Logik grundsätzlich verabschiedet und die üblichen Vorstellungen bzw. Mythen eines ‚interkulturellen Diskurses‘ entlang ethnisch-nationaler Herkunft in Frage stellt“ (Yıldız 2013b: 144). Ein Fokus auf transnationale Beziehungen, Protestorte oder die Verflechtung zwischen verschiedenen Protesten (Çağlar 2019; Tschernokoshewa 2015: 79) sind hilfreiche Ansätze für die Annäherung an komplexe und fragmentierte Bewegungsräume. So kann – beispielsweise mit der Ergänzung der Bewegungsgeschichte durch neue, plurale Geschichtsnarrative – wissenschaftliche Forschung auch einen Beitrag zur (transformativen) Co-Konstitution von Gesellschaft leisten.

Literatur

- Attia, I./Häusler, A./Shooman, Y. (2014), *Antimuslimischer Rassismus am rechten Rand*, 2. korrigierte Auflage, Münster: Unrast.
- Bayer, N. (2015), Migration und die museale Wissenskammer. Von Evidenzen, blinden Flecken und Verhältnissetzungen, in: Yıldız, E./Hill, M. (Hg.), *Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaften*, Bielefeld: transcript, S. 207–224.
- Bensmann, M./Daniels, J. v./Dowideit, A./Keller, G. (2024), Geheimplan gegen Deutschland, in: *Correctiv* v. 10.1.2024, <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen> (letzter Abruf am 20.3.2024).
- Blank, M./Gomes de Matos, C. (2023), Migration, in: Nöthen, E./Schreiber, V. (Hg.), *Transformative Geographische Bildung*, Heidelberg: Springer Spektrum, S. 57–62.
- Bojadžijev, M. (2008), *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bude, H. (1993), Eine abgewehrte soziale Bewegung? Der jugendliche Rechtspopulismus in der neuen Bundesrepublik, in: *Merkur* 47(530), S. 444–449.
- Çağlar, A. (2019), Neoliberalismus und Streitpolitik in der Stadt. Einleitung zu diesem Band, in: Çağlar, A. (Hg.), *Urbaner Protest. Revolte in der neoliberalen Stadt*, Wien: Passagen, S. 11–24.
- Carstensen, A. L./Hess, S./Riedner, L./Schwenken, H. (2022), *Solidarität – Kooperation – Konflikt. Migrantische Organisationen und Gewerkschaften in den 1970er/1980er Jahren*, Hamburg: VSA.

- Dadusc, D./Grazioli, M./Martínez, M. A. (2019), Introduction: Citizenship as Inhabitation? Migrant Housing Squats versus Institutional Accommodation, in: *Citizenship Studies* 23(6), S. 521–539.
- Decker, O./Kiess, J./Heller, A./Brähler, E. (Hg.) (2022), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neuen Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Espahangizi, K./Hess, S./Karakayali, J./Kasperek, B./Pagano, S./Rodatz, M./Tsianos, V. S. (2016), *Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft. Zur Einleitung*, in: *Movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 2(1), S. 9–23.
- Foroutan, N. (2021), *Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft*, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/antirassismus-2020/316760/rassismus-in-der-postmigrantischen-gesellschaft/> (letzter Abruf am 7.8.2023).
- (2018), Die postmigrantische Perspektive: Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften, in: Hill, M./Yıldız, E. (Hg.), *Postmigrantische Visionen*, Bielefeld: transcript, S. 15–27.
- Fritzmann, T. (2023), „Identitäre Bewegung“ hetzt in Stuttgart gegen Migranten, in: *Südwestdeutscher Rundfunk Aktuell* v. 24.7.2023, <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/identitaere-bewegung-hetzt-in-stuttgart-untertuerkheim-gegen-migranten-100.html> (letzter Abruf am 20.3.2024).
- Gestring, N./Ruhne, R./Wehrheim, J. (2014), Einleitung, in: Gestring, N./Ruhne, R./Wehrheim, J. (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen*, Wiesbaden: Springer, S. 7–21.
- Glathe, J./Gorriahn, L. (2022), Demokratie und Migration. Konflikte um Migration und Grenzziehungen in der Demokratie, in: Glathe, J./Gorriahn L. (Hg.), *Demokratie und Migration. Konflikte um Migration und Grenzziehungen in der Demokratie*, Baden-Baden: Nomos, S. 9–25.
- Goeke, S. (2014), The Multinational Working Class? Political Activism and Labour Migration in West Germany During the 1960s and 1970s, in: *Journal of Contemporary History* 49(1), S. 160–182.
- Gomolla, M./Kollender, E./Menk, M. (2018), Einleitung, in: Gomolla, M./Kollender, E./Menk, M. (Hg.), *Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 9–26.
- Gukelberger, S. (2019), Urbane Protestkulturen und Ethnographie. Einführende Bemerkungen, in: *Sociologus* 69(1), S. 1–18.
- Häusler, A./Schedler, J. (2016), Neue Formen einer flüchtlingsfeindlichen sozialen Bewegung von rechts, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 29(2), S. 11–20.
- Häusler, A./Virchow, F. (Hg.) (2016), *Neue soziale Bewegungen von rechts. Zukunftsängste. Abstieg der Mitte. Ressentiments*, Hamburg: VSA.
- Heft, K. (2018), Brauner Osten – Überlegungen zu einem populären Deutungsmuster ostdeutscher Andersheit, in: *Feministische Studien* 36(2), S. 357–366.

- Hess, S. (2015), Politiken der Unsichtbarmachung. Eine Kritik der Wissens- und Bilderproduktion zu Migration, in: Yıldız, E./Hill, M. (Hg.), *Nach der Migration. Postmigrantisches Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft*, Bielefeld: transcript, S. 49–64.
- Hill, M./Yıldız, E. (2018), Einleitung in: Hill, M./Yıldız, E. (Hg.), *Postmigrantisches Visionen: Erfahrungen – Ideen – Reflexionen*, Bielefeld: transcript, S. 7–10.
- Hindrichs, B. (2023), Replacement: Wer hat Angst vor dem großen Austausch?, in: *Krautreporter* v. 19.1.2023, <https://krautreporter.de/4732-the-great-replacement-who-has-fear-of-the-great-exchange> (letzter Abruf am 20.3.2024).
- Höfel, K./Schmidt, J. (2018), Möglichkeiten zur Prävention und Intervention gegen rechte Orientierungen im Kontext von Bildung und Erziehung, in: Gomolla, M./Kollender, E./Menk, M. (Hg.), *Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 196–211.
- Holston, J. (2019), Metropolitane Rebellionen und die Stadt als Gemeingut, in: Çağlar, A. (Hg.), *Urbaner Protest. Revolte in der neoliberalen Stadt*, Wien: Passagen, S. 25–59.
- Hunn, K. (2005), „Nächstes Jahr kehren wir zurück...“ *Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik*, Göttingen: Wallstein.
- Innenministerium NRW (2018), *Identitäre Bewegung Deutschland e.V.*, https://www.im.nrw/sites/default/files/documents/2018-07/jb2017_text_nrw_ibd.pdf (letzter Abruf am 31.10.2023).
- Jakobsen, S. (2022), Redefining Urban Citizenship: Italian Migrants and Housing Occupations in 1970s Frankfurt am Main, in: *Contemporary European History*, S. 1–17, doi:10.1017/S0960777322000662 (letzter Abruf am 22.2.2024).
- Janoschka, M./Sequera, J. (2012), Zur symbolischen Rückeroberung und Politisierung des öffentlichen Raums: Eine Analyse der Raumpolitiken des movimiento 15-M, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 42(1), S. 151–162.
- Karakayali, S. (2000), *Across Bockenheimer Landstraße*, http://www.copypriot.com/diskus/2_00/a.htm (letzter Abruf am 6.8.2023).
- Keck, M. E./Sikkink, K. (1998), *Activists beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics*, Cornell: Cornell University Press.
- Kordes, J. (2019), Anwerbeprogramme in der Pflege: Migrationspolitiken als räumliche Bearbeitungsweise der Krise sozialer Reproduktion, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 49(4), S. 551–567.
- Kuge, J. (2019), Uncovering Sanctuary Cities. Between Policy, Practice and Politics, in: Bauder, H./Darling, J. (Hg.), *Rescaling Migration, Citizenship, and Rights*, Manchester: University Press, S. 50–76.
- Künkel, J. (2018), Die städtische Produktion von „Armutsmigration“: Soziale Kämpfe um prekäres Wohnen in Frankfurt am Main, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 48(2), S. 283–298.
- Küpper, B. (2016), Ideologien der Ungleichwertigkeit und das Syndrom „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“, in: *Schriften zur Demokratie* 42, S. 21–35.

- Lamroubal, S. (2021), Alltagsrassismus: weit mehr als nur die Frage nach der Herkunft, in: Zick, A./Küpper, B. (Hg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn: Dietz, S. 173–180.
- Leggewie, C. (1998), Neo-Kapitalismus und Neue Rechte. Sozialstrukturelle Voraussetzungen radikaler rechter Bewegungen, in: Hellmann, K.-U./Koopmans, R. (Hg.), *Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Leitner, H./Sheppard, E./Sziarto, K. M. (2008), The Spatialities of Contentious Politics, in: *Transactions of the Institute of British Geographers* 33(2), S. 157–172.
- Lessenich, S. (2013), Brauner Osten? Rechtsextremismus als deutsch-deutscher Einsatz und Effekt, in: Schmincke, I./Siri, J. (2013), *NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse*, Bielefeld: transcript, S. 135–144.
- Mareš, M. (2015), Die extreme Rechte in Europa: Strukturen, Ideologien, Strategien, in: Decker, F./Henningsen, B./Jakobsen, K. (Hg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Baden-Baden: Nomos, S. 47–58.
- Mayer, M. (2019), Chancen und Grenzen der solidarischen Stadt, in: Çağlar, A. (Hg.), *Urbaner Protest. Revolte in der neoliberalen Stadt*, Wien: Passagen, S. 143–170.
- Müller, A.-L./Peşşen, M./Kubiak, D./Brahm, E./Gencal, K./Pabst, R. (2023), Rassistisch motivierte Anschläge und ihre sozialräumliche Wirkmächtigkeit: Zur Konstitution von Räumen der Migrationsgesellschaft, in: Villa, P.-I. (Hg.), *Polarisierte Welten. Verhandlungen des 41. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2022*, https://publikationen.sozioologie.de/index.php/kongressband_2022/article/view/1658/1842 (letzter Abruf am 12.4.2024).
- Mullis, D./Miggelbrink, J. (2021), Rechtsextremismusforschung in der deutschsprachigen Humangeographie, in: *Geographische Zeitschrift* 109(4), S. 184–207.
- (Hg.) (2022), *Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftung – eine Einleitung*, Bielefeld: transcript.
- Mullis, D./Zschocke, P. (2020), Ursachen der Regression: Ökonomische Abstiegsängste oder Cultural Backlash? Die falsche Frage! Überlegungen anhand empirischer Eindrücke aus Frankfurt am Main und Leipzig, in: Book, C./Huke, N./Tiedemann, N./Tietje, O. (Hg.), *Autoritärer Populismus*, Münster: Westfälisches Dampfboot Verlag, S. 132–149.
- Pfister, J. (2016), Diesseits des Transnationalen – Die Verräumlichung widerständiger Praktiken von der Alterglobalisierungsbewegung bis Occupy, in: Backhaus, K. H./Roth-Isigkeit, D. (Hg.), *Praktiken der Kritik*, Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 157–183.
- Pickel, G./Schneider, V./Decker, O. (2023), Rechtsextremismus als Endpunkt von Radikalisierung – und Vorurteile in der Bevölkerung als Brückenkonstrukte, in: Pickel, S./Pickel, G./Decker, O./Fritsche, I./Kiefer, M./Lütze, F. M./Spielhaus, R./Uslucan, H.-H. (Hg.), *Gesellschaftliche Ausgangsbedingungen für Radikalisierung und Co-Radikalisierung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 179–216.

- Quent, M. (2016), Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern, in: Frindte, W./Geschke, D./Haußecker, N./Schmidtke, F. (Hg.), *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“*. *Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen*, Wiesbaden: Springer VS, S. 99–117.
- Rucht, D. (2017), Rechtspopulismus als soziale Bewegung, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30(2), S. 34–50.
- Salzborn, S. (2017), *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*, Weinheim: Beltz Juventa.
- Schedler, J. (2016), Die extreme Rechte als soziale Bewegung. Theoretische Verortung, methodologische Anmerkungen und empirische Erkenntnisse, in: Virchow, F./Langebach, M./Häusler, A. (Hg.), *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden: Springer VS, S. 285–324.
- Schipper, S. (2011), 'Volk', 'Nation' und 'Europa', in: Dzudzek, I./Reuber, P./Strüver, A. (Hg.), *Die Politik räumlicher Repräsentationen: Beispiele aus der empirischen Forschung*, S. 43–72.
- Schwenken, H. (2006), *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union*, Bielefeld: transcript.
- Slobodian, Q. (2008), Dissident Guests: Afro-Asian Students and Transnational Activism in the West German Protest Movement, in: Pojmann, W. (Hg.), *Migration and Activism in Europe since 1945*, New York: Palgrave, S. 33–56.
- Steinhilper, E. (2017), Politisiert in der Migration, vernetzt in der Stadt: Transnationaler politischer Protest von Geflüchteten in Berlin, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30(3), S. 77–87.
- Tarrow, S. (2005), *The New Transnational Activism*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Thompson, V. E. (2021), Schwarz-feministische Kritik der Polizei, in: Nobrega, O. S./Quent, M./Zipf, J. (Hg.), *Rassismus. Macht. Vergessen. Von München über den NSU bis Hanau symbolische und materielle Kämpfe entlang rechten Terrors*, Bielefeld: transcript, S. 109–124.
- Tietje, O. (2017), „Wir nahmen uns das Wort.“ *Migrantische Akteur_innen in Almería, Spanien: Zwischen Subalternisierung und Handlungsmacht*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Tschernokoshewa, E. (2015), Die Hybridität von Minderheiten. Vom Störfaktor zum Trendsetter, in: Yıldız, E./Hill, M. (Hg.), *Nach der Migration. Postmigrantische Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft*, Bielefeld: transcript: S. 75–87.
- Türkmen, C. (2015), The Fabric of Communities in Struggle. Moralische Ökonomie, Alltagswissen & Migration in den Kämpfen um die soziale Stadt, in: *sub|urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 3(3), S. 125–136.
- Volk, S. (2021), Die rechtspopulistische PEGIDA in der Covid-19-Pandemie, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34(2), S. 235–248.

- Yıldız, E. (2013a), *Die weltoffene Stadt. Wie Migration Globalisierung zum urbanen Alltag macht*, Bielefeld: transcript.
- (2013b), Postmigrantisches Verortungspraktiken: Ethnische Mythen irritieren, in: Mecheril, P./Thomas-Olalde, O./Melter, C./Arens, S./Romaner, E. (Hg.), *Migrationsforschung als Kritik? Spielräume kritischer Migrationsforschung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 139–153.
- Zick, A./Hövermann, A./Krause, D. (2012), Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, in: Heitmeyer, W. (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 10*, Berlin: Suhrkamp, S. 64–86.
- Zick, A./Küpper, B. (2021), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn: Dietz.

Jenny Künkel

Mietenpolitik – hartnäckiger Kampf um eine breite Basis

Ein Interview mit Nina Bach und Rabea Berfelde für die Berliner Kampagne Deutsche Wohnen & Co enteignen

Die Berliner Kampagne *Deutsche Wohnen & Co enteignen* entstand im Jahr 2018. Ihr Ziel war ein Volksentscheid zur Enteignung großer Immobilienkonzerne. Um nicht nur Mietsteigerungen zu begrenzen, sondern Wohnen auch zu demokratisieren, forderte die Initiative ein Berliner Gesetz zur Vergesellschaftung, das den noch nie angewendeten Artikel 15 des Grundgesetzes konkretisieren sollte. Damit sollen die Wohnungsbestände aller gewinnorientierten Unternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin in Gemeineigentum überführt werden.

Bisherige Schritte auf dem Weg zum Ziel der Initiative umfassten zunächst die Einreichung von 77.000 Unterschriften für den Antrag auf Einleitung des Verfahrens im Juni 2019. Das waren fast vier Mal so viele wie benötigt. Nach ungewöhnlich langer rechtlicher Prüfung gab der zuständige Innensenat im September 2020 die zweite Phase der Unterschriftensammlung mit Start im Februar des Folgejahres frei. Trotz Pandemie sammelten die mittlerweile mehrere 100 Aktivist:innen binnen vier Monaten 360.000 Unterschriften (mehr als doppelt so viele wie nötig).

Dafür waren sie auf Demonstrationen und medial präsent, führten Haustürgespräche und kooperierten mit Mietervereinen, Gewerkschaften und Politiker:innen (vor allem von der Partei DIE LINKE). Aufmerksamkeit für das Kampagnenthema brachte zudem ein Bundesverfassungsgerichtsurteil, das im März 2021 den Berliner Mietendeckel für verfassungswidrig erklärte. Im Mai fusionierte *Deutsche Wohnen* mit *Vonovia* zum größten Immobilienkonzern Europas. Vor diesem Hintergrund und angesichts steigender Mieten erhielt das Volksbegehren im September 59,1 % Ja-Stimmen.

Nach der Wahl brachte die Koalition aus skeptischen Sozialdemokrat:innen, ambivalenten Grünen und unterstützender Linkspartei das Vergesellschaftungsgesetz nicht direkt auf den Weg, sondern setzte eine Kommission ein. Trotz Kritik an der Verzögerung und Verlagerung der Frage auf ein rechtliches Terrain benannte *Deutsche Wohnen & Co enteignen* dafür Expert:innen. Dies zahlte

sich aus: Schon der Zwischenbericht bestätigte im Dezember 2022 zentrale Annahmen der Initiative – Vergesellschaftung sei auf Landesebene bei Entschädigung unterhalb des Marktwerts möglich. Die Erfolge der ersten Jahre sind also beachtlich, wenngleich der Weg zuletzt steiniger wurde: Bei der wiederholten Abgeordnetenhauswahl im März 2023, zu der die Initiative aufrief, Vergesellschaftungsgegner:innen abzuwählen, gewann mangels Wahlbeteiligung vor allem die CDU Stimmen. Obgleich der Abschlussbericht im Juni 2023 noch einmal klarstellte, dass die Mehrheit der Expert:innen eine Vergesellschaftung für rechtlich möglich hält, ist eine Umsetzung des Volksentscheids durch den aktuell regierenden schwarz-roten Senat nicht in Sicht. Denn der Senat will zunächst ein Rahmengesetz verabschieden. Dieses soll erst nach einer Zweijahresfrist für eine verfassungsrechtliche Prüfung in Kraft treten und die Basis für ein Umsetzungsgesetz legen. Die Kampagne, die einen zweiten Volksentscheid, in dem die Berliner:innen gleich über ein Vergesellschaftungsgesetz abstimmen, plant, wird angesichts solcher Verzögerungstaktiken einen langen Atem brauchen.

Wir sprachen mit der Initiative, um zu erfahren, wie in einem heterogenen Raum eine breite Basis mobilisierbar ist, welche Schwierigkeiten dabei auftreten, und wie sie umgangen werden können.

Jenny Künkel (JK): Trotz starkem Gegenwind aus Immobilienlobby und Politik konnte eure Initiative außergewöhnlich viele Wähler:innen hinter sich vereinen und prägt bis heute den wohnungspolitischen Diskurs – verratet ihr uns die Geheimnisse eures Erfolgs?

Nina Bach (NB): Als Kampagne Deutsche Wohnen & Co enteignen fordern wir, die Wohnungsbestände von Immobilienkonzernen, die mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin besitzen, zu vergesellschaften. Das ist natürlich eine recht radikale Forderung, die den Wohnungsmarkt in Berlin ganz grundsätzlich neugestalten würde. Dass diese radikale Forderung so viel Zuspruch bei den Berliner:innen erhalten hat, liegt zum einen daran, dass wir mit Bezug auf Artikel 15 des Grundgesetzes darstellen konnten, dass unsere Forderung rechtlich möglich ist und es eine konkrete Umsetzungsperspektive gibt. In der Kampagne haben wir sehr viel daran gearbeitet, die Utopie einer gemeinwohlorientierten Wohnraumversorgung in Berlin möglichst plastisch auszuarbeiten. Wir schlagen ja nicht nur vor, dass die Wohnungsbestände vergesellschaftet werden, sondern auch, dass diese dann in einer Anstalt öffentlichen Rechts (kurz AöR) gemeinwohlorientiert und unter demokratischer Beteiligung der Mieter:innen und der Berliner Stadtgesellschaft verwaltet werden. Die rechtliche Plausibilität und dass wir konkrete Konzepte

und Lösungsvorschläge für die Wohnungskrise in Berlin haben, das ist sicherlich ein großer Teil unseres Erfolgsrezepts.

Gleichzeitig gehört zu unserem Erfolg aber sicher auch, dass es uns gelungen ist, die große utopische Idee und das abstrakte rechtliche Instrument der Vergesellschaftung in den vielen direkten Gesprächen mit Berliner Mieter:innen konkret runterzubereiten und verständlich zu machen. Dies gelang nicht zuletzt dadurch, dass wir immer einen Bezug zu den persönlichen Problemen und Erfahrungen der Mieter:innen auf dem Berliner Wohnungsmarkt hergestellt haben. Auf diese Vermittlungsarbeit haben wir in der Kampagne viel Wert gelegt, da Themen wie Vergesellschaftung und eine AöR natürlich erst mal überhaupt nicht leicht zugänglich und verständlich sind.

Rabea Berfelde (RB): Beim Thema der Gespräche, die an Haustüren und auf der Straße, bei Kiezfesten oder sonstigen Veranstaltungen stattfanden, kann ich sehr gut einhaken. Dass wir so viele direkte Gespräche führen konnten, die diese Vermittlung zwischen der Vergesellschaftungsforderung und den Problemen der Mieter:innen ermöglicht haben, lag auch daran, dass wir sehr viel Arbeit in den Aufbau möglichst dezentraler Strukturen gesteckt haben. Bevor die zweite Sammelphase im Februar 2020 begann, haben wir uns sehr viele Gedanken gemacht, wie wir eine Struktur schaffen können, die diese große Aufgabe, also die Sammlung von 170.000 unterstützenden Unterschriften in vier Monaten, stemmen könnte. Wir haben uns überlegt, dass wir eine möglichst dezentrale Struktur brauchen, wo Leute niedrigschwellig in die Sammlung der Unterschriften und die sonstige politische Kampagnenarbeit eingebunden werden. Deswegen haben wir begonnen, in allen Berliner Bezirken unsere Kiezteams zu gründen und die verbleibende Zeit bis zum Beginn der Unterschriftensammlung im Februar 2021 dafür genutzt, für die Mitarbeit in der Kampagne und in den Kiezteams zu werben. Die Idee einer möglichst dezentralen Struktur ist voll aufgegangen und ist zusammen mit den persönlichen (Haustür-)Gesprächen sicherlich ein weiteres Erfolgsrezept unserer Kampagne.

JK: Gab es Strategien, die weniger gut funktioniert haben?

NB: Wir haben ja den Volksentscheid auf Berliner Ebene als Form für unsere politische Praxis gewählt. Das Mittel des Volksentscheids birgt viele Vorteile: Leute sind es gewohnt, bei einer Wahl ihre Stimme abzugeben, es handelt sich also um ein eher niedrigschwelliges Instrument. In Berlin gab es auch schon andere erfolgreiche Volksentscheide, wie beispielsweise den Volksentscheid gegen die Bebauung des Tempelhofer Felds, der vielen Berliner:innen bekannt war. Aus aktivistischer Perspektive ist ein Volksentscheid aber auch recht fordernd und

die Kampagnenlogik folgt einem hohen Tempo. Unser Ziel war immer, unsere politischen Strukturen möglichst nachhaltig zu gestalten und darauf zu achten, dass sich diese längerfristig selbst tragen. Mit unseren eigenen aktivistischen Strukturen hat das gut funktioniert und die Arbeitsgruppen und Kiezteams der Kampagne sind immer noch aktiv – natürlich sind diese nicht mehr so groß wie zu Hochzeiten der Sammel- und Wahlkampfphase, aber dennoch sind viele immer noch sehr motiviert dabei. Auch durch die Haustürgespräche und im Kontakt mit Mieter:innen haben wir versucht, lokale Strukturen aufzubauen, die sich möglichst selbst tragen. Wir haben beispielsweise WhatsApp-Gruppen angelegt, damit sich die Mieter:innen in einer Siedlung vernetzen können. Das hohe Tempo der Kampagnenlogik hat es aber auch erschwert, mit solchen organisierenden Ansätzen zu arbeiten, und so haben sich viele dieser Strukturen nicht wirklich verstetigt. Deswegen wollen wir in der Kampagne in der Zukunft wieder verstärkt Arbeit in die Mieter:innenselbstorganisation stecken.

RB: Man muss auch sagen, dass ein Volksentscheid in der allgemeinen Wahrnehmung eine direkte Umsetzung bei einem positiven Votum verspricht. Nach der Wahl hat die damalige Rot-Rot-Grüne-Koalition ja zunächst eine Expert:innenkommission eingesetzt, was sicherlich als Verzögerungstaktik gelten kann. Und mit der neuen Koalition aus CDU und SPD, die sich nach der Wiederholungswahl im Februar 2023 gebildet hat, wird es auch keine Umsetzung unseres Volksentscheids geben. Wie beugt man also Politikverdrossenheit vor? Und wie vermittelt man, dass es sich weiterhin lohnt, sich für die Vergesellschaftung einzusetzen? Wie holt man die Leute ins Boot, die für die Vergesellschaftung gestimmt haben, und welche politischen Handlungsformen bietet man ihnen jetzt an? Das sind alles schwierige Fragen, denen wir uns als Kampagne nun stellen müssen.

JK: Ihr zielt mit Haustürgesprächen oder zum Beispiel der Repräsentation diverser Menschen in Mobilisierungsvideos auf die Ansprache einer breiten Basis. Wie klappt das?

RB: Wie gesagt halten wir Haustürgespräche für elementar für den Kampagnenerfolg und die Vermittlung von politischen Inhalten. Wenn wir in der Berliner Außenbezirken unterwegs waren, haben die Menschen dort auch immer wieder erzählt, dass in ihren Vierteln keine anderen politischen Organisationen oder Parteien präsent sind. Außer uns hat niemand mal bei ihnen an die Tür geklopft und sich für die unmittelbaren Probleme vor Ort interessiert.

Haustürgespräche sind aber gleichzeitig auch ein recht hochschwelliges Format. Schließlich muss man es sich auch erstmal zutrauen, mit so vielen Menschen ein direktes Gespräch zu führen. Zudem war nicht nur der organisatorische

Aufwand hoch, sondern auch diese Form, mit Mieter:innen in Kontakt zu treten, für viele von uns neu. Deswegen haben wir diese Haustürgesprächsaktionen sehr gut vorbereitet. Zum einen haben wir uns immer zuvor angeschaut, was das für Orte und Siedlungen sind, in die wir da gehen – gerade auch, wenn es Stadtviertel waren, die wir selbst nicht gut kannten. Welche Eigentumsstrukturen gibt es vor Ort? Von welchen Problemen wurde schon berichtet? Darüber hinaus haben wir dann vor allem interne Weiterbildungsformate zur Gesprächsführung und zum Argumentationstraining angeboten. Es gab natürlich einen Gesprächsleitfaden und die Ansprache wurde bei jeder Aktion direkt vor Ort geübt. Zudem gab es immer eine kollektive Auswertung der Gespräche.

NB: Ich finde, dass die Ansprache einer breiten Basis in den von Rabea beschriebenen Gesprächen verhältnismäßig gut geklappt hat. Der Erfolg des Volksentscheides zeigt das ja letztlich, denn immerhin haben bei der Abstimmung über eine Million Menschen dafür gestimmt. Dabei sind wir selbstverständlich nicht frei von den Schwierigkeiten, mit denen sich linke Projekte immer wieder konfrontiert sehen, wenn sie möglichst viele und diverse Menschen mobilisieren wollen: Deutsche Wohnen & Co enteignen (DWe) ist vermutlich heterogener als andere linke Kampagnen der letzten Jahre. Bei uns arbeiten Leute, die seit Jahrzehnten Teil der stadtpolitischen Szene sind, mit Menschen zusammen, die zum allerersten Mal politisch aktiv werden. Dennoch decken die Aktiven in unserer Kampagne natürlich nicht den Querschnitt der Berliner Stadtgesellschaft ab. Wir haben viel darüber nachgedacht, wie wir damit umgehen und Lösungsansätze erprobt. Wir haben zum Beispiel eine Arbeitsgruppe namens *Right To The City For All* gegründet, in der sich unter anderem Menschen innerhalb der Kampagne organisiert haben, die selbst zum Beispiel aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft gar nicht abstimmen durften. In der Kampagnenarbeit, sowohl beim Unterschriftensammeln als auch später im Wahlkampf, war der Versuch immer da, die Strukturen der Aktiven zu verbreitern. Das erwähnte Kampagnentempo raubt Zeit, um nachhaltige Beziehungen aufzubauen und Leute zu ermächtigen, politisch aktiv zu werden. Ich denke, dass wir gemessen an dieser Herausforderung, beidem gerecht zu werden, mit DWe doch viele sehr unterschiedliche Menschen erreichen und einbeziehen konnten, und gleichzeitig bleibt das sicher eine der Fragen, die wir uns weiter stellen müssen und werden.

JK: Als die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Februar 2023 wegen Wahlfehlern wiederholt werden musste, wart ihr wieder in den Bezirken. Habt ihr eure Ansprache verändert, um zum Beispiel Gruppen zu erreichen, die bisher schwer zu überzeugen waren?

RB: Bei dieser Neuwahl haben wir ja eine Art Abwahlkampf gemacht. Wir wollten den Berliner:innen vermitteln, dass sie jetzt noch einmal die Möglichkeit haben, die Politiker:innen abzuwählen, die die Umsetzung des Volksentscheids verhindern und auch sonst keine gute Mietenpolitik machen. Die Neuwahl hat die Ansprache insofern erschwert, als unser Narrativ und die politische Empfehlung, eine mietenpolitisch sinnvolle Wahl zu treffen, die wir nicht an eine konkrete Wahlempfehlung gekoppelt haben, sehr viel abstrakter war als das sehr konkrete Angebot, bei einem Volksentscheid mit Ja oder Nein zu stimmen. Zudem stellte uns die Hinhalteraktik des Senats, der den Volksentscheid nicht gleich umsetzte, vor Herausforderungen: Wir mussten die eigenen Leute erneut mobilisieren und Mieter:innen in den Haustürgesprächen die Verantwortlichen dafür benennen, warum wir, nachdem wir durch den Volksentscheid eine konkrete Durchsetzungsperspektive versprochen hatten, nun erneut vor ihren Türen standen.

JK: Eure öffentlichen Forderungen haben in der Vergangenheit immer unterschiedliche Herrschaftsachsen berücksichtigt, zum Beispiel Ausschlüsse von Migrant:innen bei Wahlen kritisiert. Wie erlangt ihr dafür Sensibilisierung und Konsens in eurer praktischen Arbeit?

RB: Das stimmt, dass wir inzwischen die Vergesellschaftungsforderungen auch nutzen, um beispielsweise auf eine rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und im Wahlrecht hinzuweisen. Man muss dazu aber auch sagen, dass wir am Anfang der Kampagne mit einer Forderung gestartet sind: Wir wollen die großen Immobilienkonzerne enteignen, denn diese sind eine zentrale Ursache der Wohnungskrise in Berlin. Mit der Zeit haben wir dann angefangen, in unserer Analyse und in unseren politischen Forderungen unterschiedliche Herrschaftsachsen zu berücksichtigen. Natürlich wurde das zunächst in unseren Arbeitsgruppen und auf unserem großen Plenum diskutiert, manches auch kontrovers. So ist das in einer großen, basisdemokratischen Kampagne. Wir haben uns dann gemeinsam entschieden, eine englischsprachige AG, die *Right To The City For All*, zu gründen, die während der Sammelphase den Ausschluss von Wahlen anhand von Nationalität kritisiert hat. Gleichzeitig gab es auch innerhalb der Kampagne mit Blick auf die eigenen Strukturen immer wieder Formate, mit denen wir versucht haben, auch nach innen diesbezüglich Sensibilität zu schaffen. So wurden beispielsweise Anti-Rassismus-Trainings organisiert und es hat sich eine eigene Awareness-Struktur gegründet. Und die erleichtert dann natürlich wiederum, solche Fragen bei strategischen Entscheidungen mit einzubeziehen.

JK: Wie geht ihr damit um, wenn mögliche Unterstützer:innen, zum Beispiel in Haustürgesprächen, nur die Interessen ihrer eigenen Gruppe vertreten haben wollen oder gar exkludierende Ansichten gegenüber Dritten äußern?

NB: Grundsätzlich haben wir an den Haustüren erst mal das Gespräch mit Mieter:innen gesucht und dabei auch viel zugehört. In vielen Situationen haben wir dann versucht, ausschließenden Narrativen von Mieter:innen unsere Analyse des Wohnungsmarktes entgegen zu setzen und zu erklären, warum die Mietenkrise uns als Mieter:innen vor allem verbindet und nicht trennt. Nicht selten knüpfen die Ressentiments von Mieter:innen auch an den von ihnen konkret erlebten Problemen in ihrer Siedlung oder in ihrem Kiez an. Da haben wir dann versucht zu erklären, warum wir glauben, dass eine Vergesellschaftung viele dieser Probleme lösen beziehungsweise zumindest entschärfen würde. Gleichzeitig muss man sich aber natürlich auch immer bewusst machen, dass man Personen mit lang gehegten zum Beispiel rassistischen Einstellungen nicht in einem 15-minütigen Gespräch vom Gegenteil überzeugen wird. Dann ist es wichtig, diesbezüglich auch zu widersprechen, was wir in solchen Situationen auch gemacht haben. Natürlich gab es auch mal Situationen, wo wir ein Gespräch aus diesen Gründen abgebrochen haben oder uns die Tür wieder vor der Nase zugeschlagen wurde. Aber diese Frustrationsmomente und die Ambivalenz bis zu einem gewissen Grad auch auszuhalten, ist vielleicht etwas, das man bei dieser Art von politischer Arbeit lernt und lernen muss.

JK: Bei euch kommt ein heterogenes Spektrum zusammen – von Mieter:innen jeglicher Couleur, über Gewerkschafter:innen bis zur linken Szene. Wie kommuniziert ihr über Unterschiede hinweg?

RB: Um die politische Arbeit miteinander zu erleichtern, haben wir eine arbeitsteilige Struktur in der Kampagne. Wir arbeiten ja in verschiedenen kleineren AGs und den Kiezteams zu konkreteren inhaltlichen und organisatorischen Fragen. Dass diese Gruppen dann eher kleiner sind als ein Gesamtplenum mit 50+ Teilnehmenden, erleichtert natürlich die Teilhabe und die politische Diskussion und Zusammenarbeit.

NB: Diskussionen, bei denen dann eher mal Unterschiede zu Tage treten, gibt es natürlich auch. Die finden aber eher in einem größeren Rahmen, auf den Gesamtplena und auf dezidierten Strategiewochenenden, statt. Hier kann man natürlich versuchen, bestimmten Gesprächsdynamiken – etwa, dass sich die Immergleichen mit den immergleichen Positionen melden – entgegenzuwirken, indem man beispielsweise die Themen in kleineren Runden vorbespricht, sich Zeit für die Diskussionen lässt, so dass viele Stimmen gehört werden, und indem

man explizit andere Aktive zur Teilnahme an der Debatte ermutigt. In einer Kampagne mit einer Dynamik, wie es bei DWe der Fall war, und einer damit einhergehenden Professionalisierung, sind das vielleicht eher die Fragen, die wir uns immer wieder stellen müssen: Wie schaffen wir trotz des hohen Kampagnentempos, der Arbeitsteilung und der Professionalisierung eine möglichst breite Beteiligung an unterschiedlichen Stellen der Kampagne? Natürlich verfügen nicht alle Aktiven der Kampagne über die gleichen zeitlichen Ressourcen. Dies birgt die Gefahr einer stärkeren Professionalisierung bei denjenigen, die mehr Zeit in die Kampagnenarbeit investieren können. Damit es nicht zu einer Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit, also strategischer und aktivistisch-organisatorischer Arbeit kommt, ist es uns sehr wichtig, immer wieder Räume für strategischen Austausch zu schaffen und viel Zeit für Diskussion zu geben. Aktuell arbeiten wir zum Beispiel mit dem Format der Barcamps. Barcamps sind ein Format, das dezidiert für strategische Diskussionen gedacht ist. Das Besondere daran ist, dass Diskussionsthemen frei vorgeschlagen werden können und jeder spontan einen Thementisch anbieten kann.

JK: Viel Austausch, Barcamps – solche Ansätze leben von Nähe. Was hat die Pandemie für die Kommunikation bedeutet?

RB: Wir haben die Plena und Treffen dann über Zoom organisiert, was definitiv Vor- und Nachteile hatte. Für manche erleichtert das digitale Format die Teilhabe, man kann von zu Hause aus und nach dem Arbeitstag einfach dabei sein, während man sich vielleicht noch schnell ein Abendessen kocht. Auch sozial kann das für Menschen ein niedrigschwelligeres Angebot sein, weil man vielleicht leichter erst mal 'reinschnuppern' kann. Für andere, nicht so Technikaffine, ist das sicherlich eine zusätzliche Hürde. Zudem war es uns von Anfang an wichtig, neben den digitalen Formaten, Orte des sozialen Ankommens in der Kampagne zu schaffen. Da haben anfangs Formate wie Spaziergänge draußen nach einem Zoom-Plenum und dann später natürlich die zahlreichen gemeinsamen Aktionen und das ein oder andere Feierabendgetränk, sicherlich geholfen, um ein geteiltes politisches Sozialleben in der Kampagne zu etablieren.

JK: Bisher wart ihr als Kampagne natürlich stark auf ein Thema, das Wohnen, fokussiert. Wie würdet ihr das in breitere Versuche, die soziale(n) Frage(n) zu stellen, einordnen?

NB: Wir haben uns unter anderem dem Thema Wohnen zugewendet, weil es hier natürlich ein großes Mobilisierungspotential gibt. Mit dem Vorschlag der Vergesellschaftung von Wohnraum haben wir dabei aber natürlich auch die

soziale Frage gestellt, wem in dieser Stadt eigentlich was gehört. Die Mietenkrise ist ja für die Berliner:innen sehr konkret: die Mieter:innen in dieser Stadt spüren ganz alltäglich, dass die Eigentumsverhältnisse auf dem Wohnungsmarkt für ihr Leben hier zentral sind.

RB: Bevor wir mit dem Volksentscheid 2018 begonnen haben, war ja bereits stadtweit bekannt, dass die großen Immobilienkonzerne in Berlin die Wohnungskrise erheblich verursachen. Es gab auch bereits zahlreiche Mieter:inneninitiativen, die sich bereits gegen die *Deutsche Wohnen*, *Vonovia* und Co gewehrt haben. Unsere Vergesellschaftungsforderung konnte also an diesen Bewegungszyklus anknüpfen.

JK: Wo seht ihr für die Zukunft Verknüpfungen zu weiteren sozialen Fragen?

RB: Die steigenden Nebenkosten belasten die Haushalte gegenwärtig stark und dies wird voraussichtlich in nächster Zeit so bleiben. Hier ergeben sich also Verbindungen zu Forderungen nach Energiesicherheit, die wir dringend unterstützen sollten. Gleichzeitig wird der Umbau des Wohnungssektors aufgrund der Klimakrise ein notwendiger Bestandteil einer sozialökologischen Transformation sein. Die derzeitige Eigentümer:innenstruktur auf dem Berliner Wohnungsmarkt verhindert allerdings eine dringend notwendige und großflächige energetische Modernisierung von Bestandsgebäuden.

NB: Dazu kommt, dass wir ja auch konkrete Vorstellungen dazu entwickelt haben, wie der Wohnraum nach einer Vergesellschaftung demokratisch verwaltet und gestaltet werden soll. Hieraus ergeben sich viele Überlegungen und Ideen zu politischen Mitbestimmung- und Partizipationsmöglichkeiten. Diese betreffen insbesondere auch jene Teile der Berliner Stadtgesellschaft, die aktuell aufgrund verschiedenster Formen sozialer Ungleichheit und Diskriminierung von solchen Möglichkeiten formal oder faktisch ausgeschlossen sind. Damit verbinden wir natürlich auch die Vorstellung und Hoffnung, dass wir damit, zumindest in dem für Menschen so zentralen Bereich des Wohnens und der Gestaltung der Nachbar:innenschaft, die soziale Teilhabe in dieser Stadt für viele Berliner:innen erweitern.

Das Interview wurde Ende Juni 2023 geführt.

Elettra Griesi

Die migrantische Protestbewegung in Berlin nach der Räumung des Oranienplatzes

Ein Interview mit Napuli Paul Langa, Turgay Ula, Muhammed Lamin Jadama

Am Beispiel von europäischen und zugleich Berliner migrantischen Protestbewegungen, die ab dem Jahr 2012 entstanden und bis heute bestehen, fragt das nachfolgende Interview, wie die Akteur:innen situationsbedingt diverse Strategien der Raumbesetzungen aushandelten, die alle den Wunsch der Sichtbarmachung der Proteste verfolg(t)en. Ihre Forderungen, die sich im Laufe der Jahre mit den sich verändernden politischen, sozialen, aber auch ökonomischen Bedingungen wandelten, reichten von der Abschaffung der Lager für Geflüchtete und der Residenzpflicht über das Recht auf Teilhabe und Selbstbestimmung bis hin zur Beendigung aller Abschiebungen und zum bedingungslosen Bleiberecht. Trotz des lokalen Charakters erweisen sich die Forderungen als transnational, da sie ein gesamtgesellschaftliches Ziel verfolgen und über einzelne Proteste hinausweisen: Die meisten am Protest Beteiligten verließen ihre Heimat im Globalen Süden im Jahr 2011 aufgrund von Revolutionen und nachfolgenden Konflikten oder Militärinterventionen. Als Leidtragende der Globalisierungspolitik und des Abbaus von Wohlfahrtsstaatsstrukturen, war ihr Schicksal exemplarisch für die Folgen der neoliberalen Umstrukturierung. Ihre Ziele, mit der Isolation zu brechen und Teilhabe einzufordern, deckten sich mit den Zielen zahlreicher gegenwärtiger Protestbewegungen, während ihre soziale Frage im Rahmen von globalen Transformationsprozessen transnationale Dimensionen aufwies.

Der Oranienplatz (abgekürzt O-Platz) in Berlin wurde am 6. Oktober 2012 durch eine Gruppe von Sans Papier und Geflüchteten besetzt, die im September 2012 einen Protestmarsch von Würzburg nach Berlin gestartet hatte. Die Heterogenität der Gruppe brachte vielfältige Motive für die Platzbesetzung mit sich. Einige wollten aus den Lagern rauskommen und ihre Isolation aufbrechen, andere kämpften für ihre Bewegungsfreiheit. Jedoch war für die meisten der Selbstmord des iranischen Asylbewerbers Mohammed Rahsepar infolge seines Abschiebebefehls der Anlass für die Besetzung des Oranienplatzes. Obgleich die ursprüngliche Idee darin bestand, den Mariannenplatz zu besetzen, fiel

die Entscheidung letztlich auf den Oranienplatz, da dieser Ort historisch als Protestort galt, an dem seit vielen Jahren zahlreiche Demonstrationen und politische Aktionen stattfanden. Die Besetzung des Oranienplatzes bedeutete für die Bewegung nicht nur, mit den Unsichtbarkeitszuständen zu brechen, sondern auch, die Diskriminierung und Isolation sichtbar zu machen. Erst im Dezember 2012 wurde dann die Gerhart-Hauptmann-Schule in der Ohlauer Straße besetzt, um geschützte Schlafplätze für Sans Papier und Geflüchtete jenseits des öffentlichen Raums zu gewinnen und ein soziales Zentrum aufzubauen. Durch die gewählte Strategie der Sichtbarmachung und politische Aktionen, die die Aktivist:innen durchführten, gelang es der Protestbewegung, in die Medien zu kommen und politischen Druck auszuüben. Während die Gerhart-Hauptmann-Schule vorrangig als feste Zufluchtsmöglichkeit und als sozialer Treffpunkt genutzt wurde, wurde der Oranienplatz zunehmend für die Organisation von regelmäßigen Plena und Workshops sowie Kundgebungen und punktuellen Aktionen wie kleineren Demos genutzt. Weitere dezentrale Aktionen fanden in Form von bundesweiten Mobilisierungstouren, Demonstrationen mit bis zu 7.000 Teilnehmer:innen sowie z.B. dem Abhalten eines Tribunals auf dem Mariannenplatz statt. Die Protestbewegung war deutlich durch ihre Heterogenität gekennzeichnet: Zahlreiche Gruppen wie der *International Women* Space*, die *African Refugees Union*, *Tchad Youth, come together*, *My Right is Your Right* etc. gruppierten sich rund um den Oranienplatz und die Gerhart-Hauptmann-Schule, die als zentrale Protestorte verstanden wurden. Sie teilten alle die gleichen Strategien, um Druck auszuüben, ihre Ziele waren jedoch, wie eingangs erwähnt, oft unterschiedlich: Die einen wollten die Isolation in den Lagern durchbrechen, andere kämpften für einen Abschiebestopp und Bewegungsfreiheit, wieder andere für das Recht auf eine Bleibe und auf Arbeit. Diese Heterogenität wurde von staatlichen Institutionen aufgegriffen und zur Zersplitterung der Bewegung genutzt. Den Geflüchteten wurden Angebote gemacht, die nur die Bedürfnisse einiger berücksichtigten (wie im Folgenden gezeigt wird) und die zum Ende der Besetzung beitrugen. Die Spaltung innerhalb der Protestbewegung wurde seit dem Sommer 2013 immer stärker und erreichte während der dreimonatigen Verhandlungen mit dem Berliner Senat Anfang 2014 ihren Höhepunkt. Als Innensenator Frank Henkel und die Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann die Räumung des Oranienplatzes androhten, marschierten die Protestierenden in die Bezirksverordnetenversammlung in Kreuzberg ein. In der Folge kam es zu Verhandlungen mit Dilek Kolat, der Senatorin für Arbeit, Frauen und Integration, und es wurde ein „Einigungspapier Oranienplatz“ ausgehandelt. Viele, die am Protest beteiligt waren, sahen darin eine Chance, ein geregelt

Dasein zu bekommen, ihre Forderungen umzusetzen und ihre Lebenssituation zu verbessern: Denn ihnen wurden Unterkünfte und ein Abschiebestopp versprochen. In der Öffentlichkeit wurden diverse Framings und Narrative eingesetzt, um einerseits die geplante Räumung des Oranienplatzes zu rechtfertigen, und um andererseits die am Protest beteiligten Gruppen gegeneinander auszuspielen. So wurde beispielsweise in der Presse häufig berichtet, dass die hygienischen Standards auf dem Oranienplatz sehr niedrig seien und die Menschen dort in Promiskuität lebten, mit den Händen äßen und Krankheiten verbreiteten. Dementsprechend wurde immer wieder die Notwendigkeit unterstrichen, den Platz aus hygienischen Gründen räumen zu müssen, um die Verbreitung von Seuchen zu vermeiden. Gleichzeitig wurden die deutschen Unterstützer:innen der Bewegung als instrumentalisierend dargestellt: Angeblich nutzten sie Geflüchtete und Sans Papier zur Austragung ihrer persönlichen Konflikte mit dem Staat aus. Beide Strategien beeinflussten die öffentliche Meinung stark. Der öffentliche Druck und die Angebote von Bezirk und Stadt spalteten schließlich die Verhandlungsgruppe: Einige Geflüchtete wurden dazu bewegt, sich an der Räumung des Oranienplatzes im April 2014 zu beteiligen, indem sie ihre Behausungen selbst abbauten. Andere gingen zur Gerhart-Hauptmann-Schule und setzten den Protest dort fort. Die aufenthaltsrechtlichen Zusagen sowie die Unterstützung des Zugangs zum Arbeitsmarkt, zu Bildungseinrichtungen etc., die mit dem Innensenator ausgehandelt worden waren, wurden am Ende nicht erfüllt. Im Juni 2014 kam es stattdessen zu einer Androhung der Räumung der besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule, woraufhin Geflüchtete das Dach der Schule besetzten. Unter dem Motto „You can’t evict a movement“ entstanden Demonstrationen, Flyer, Songtexte, Plakate und Solidarität auf der Straße. Da der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg das Gebiet rund um die Ohlauer Straße tagelang sperren ließ, war die Gerhart-Hauptmann-Schule zunehmend isoliert, und der Bezirk forderte die Besetzer:innen auf, die Schule bis zum 1.11.2014 zu verlassen, bevor diese am 19.3.2015 tatsächlich geräumt wurde. Der Protest war aber lange nicht beendet und auch der Oranienplatz wurde weiterhin für Protestaktionen benutzt.

Das Interview fragt, wie die Bewegung ihren Protest nach den Räumungen fortsetzte, und zeigt, wie vielschichtig sich der Einsatz von Raum als Proteststrategie gestalten kann. Um dies herauszufinden und möglichst tiefe Einblicke zu bekommen, haben wir drei der zahlreichen Aktivist:innen eingeladen, die von Beginn an der Oranienplatz-Bewegung teilgenommen haben und bis heute aktiv sind.

Napuli Paul Langa wurde im Sudan geboren. Sie studierte im Sudan und in Uganda Kunst und Entwicklungsforschung. Später arbeitete sie bei der *Sudanese Organisation for Non-Violence and Development (SONAD)*. Sie beteiligte sich an den Aktivitäten der selbstverwalteten Flüchtlingsorganisation *First*. Als politische Aktivistin beschäftigt sie sich vor allem mit Genderfragen.

Turgay Ula ist Aktivist, Schriftsteller und Journalist. Im Alter von 23 Jahren wurde er der Beteiligung an der bewaffneten Befreiung eines politischen Gefangenen beschuldigt und verbrachte 15 Jahre in türkischer Haft. Er beteiligte sich im Gefängnis an Widerstandsaktionen wie etwa Hungerstreiks und floh im Jahr 2011 nach Deutschland, wo er sich weiterhin als Aktivist an verschiedenen Protesten beteiligt, vor allem zu Flüchtlingsfragen.

Muhammed Lamin Jadama ist Filmemacher und Fotograf. Zudem bietet er Stadtführungen in Berlin-Kreuzberg aus der Perspektive eines politischen Aktivistens, Streetworkers und Kiezexperten an. Er war an dem preisgekrönten Film „NAPPS – Memoiren eines Unsichtbaren“ beteiligt. Geboren und aufgewachsen in Senegambia, im heutigen Gambia, lebt er seit 2008 in Europa und kam im Oktober 2011 nach Berlin, wo er seinen Aktivismus mit der Kamera fortsetzte.

Die Drei bezeichnen sich alle als politisierte und politisch aktive Menschen und haben ein tiefes Verständnis für Protestbewegungen und Proteste im Allgemeinen. Mit Ihnen möchten wir uns in diesem Interview vor allem auf zwei Fragen konzentrieren, die Protesträume in ihrem Mittelpunkt haben: Können Räume als Instrumente des Protests genutzt werden? Und können sie zum Erfolg oder zum Scheitern von Protesten beitragen?

Elettra Griesi (EG): Hallo Napuli, Hallo Turgay, Hallo Muhammed. Ich möchte mit unserem heutigen Gespräch erörtern, was nach der Räumung des Oranienplatzes und der Gerhart-Hauptmann-Schule aus dem Protest geworden ist. Zum Einstieg möchte ich euch einladen, euch vorzustellen: Warum seid ihr in die Protestbewegung eingestiegen? Warum habt ihr euch so viele Jahre engagiert? Und was macht ihr heute?

Napuli P. Langa (NL): Okay. Warum habe ich beschlossen mitzumachen? Ich habe mich entschlossen mitzumachen, weil *ich* das Problem war, ich selbst. Du kennst all die Hürden der Geflüchteten, und ich war eine davon. Und außerdem bin ich eine Kämpferin und setze mich für Menschenrechte ein. Wie Mahatma Gandhi sagt: „Sei die Veränderung, die du in der Welt sehen willst.“ Daher hatte ich das Gefühl, dass ich mich für Geflüchtete einsetzen sollte. Ich war in Braunschweig für den Asylantrag, in der „Wüste“, also im Lager. Dort verbrachte ich einen Monat. Ich hatte mehr Mitleid mit anderen Menschen

als mit mir selbst, da ich sah, wie die Leute dort behandelt wurden. Das Lager war voller Aggressivität, voller Enttäuschung, voller Depressionen, weil die Menschen wie Tiere behandelt wurden. Das konnte ich nicht ertragen. Wenn Asylbewerber:innen das Lager verließen, wurden sie kontrolliert. Die Behörden mussten immer genau wissen, wo sie hingingen. Oder sie befanden sich im Lager und wurden wirklich wie Tiere im Zoo behandelt. Genau das habe ich gesehen. Und ich dachte mir: So kann das nicht weitergehen. Insgesamt war ich einen Monat dort, und in diesem Monat suchte ich nach Leuten, um eine Gruppe zu bilden und für die Rechte aller zu kämpfen. Es fand sich eine Gruppe von engagierten Menschen zusammen und sie wurde groß. Und dann beschlossen wir, uns an den Protestmarsch anzuschließen und von Braunschweig nach Berlin zu laufen, 28 Tage lang nach Berlin zu marschieren. Ursprünglich war nicht geplant, dass wir lange bleiben würden, aber dann machten wir eine Demonstration nach der anderen. Manche sagen, es waren 5.000 Menschen an Bord, andere sagen, es waren 7.000. Die Zahl könnte auch dazwischen liegen, aber in jedem Fall waren wir viele. Dennoch gab es keine Antwort der Regierung, keine Reaktion, und die Zeitungen waren auch nicht wirklich an unserem Protest interessiert. Wir empfanden es als Provokation, denn wir waren schließlich nicht umsonst nach Berlin gekommen. Wir dachten: „Wir sind hier, weil wir Probleme haben, und ihr seht uns an, als ob wir nichtig wären? Nein, so nicht!“ Daher haben wir entschieden, zu bleiben und den Oranienplatz zu besetzen. Wir sagten: „Wir bleiben jetzt!“ Wir wussten nicht wie lange, aber zumindest solange die Reaktion ausblieb, wollten wir nicht gehen. Wir wollten dem Schweigen ein Ende setzen. Wir haben dementsprechend unser Bestes getan, um uns selbst und anderen zumindest grundlegende Rechte zu verschaffen. Das ist der Grund für mein Engagement. Und als wir anfangen, zu kämpfen, kam eine Reaktion der Regierung. Wir blieben lange, und erst nach fast drei Jahren wurde der Oranienplatz geräumt. Als Reaktion drauf haben einige von uns die Bäume und das Dach der Gerhart-Hauptmann-Schule neun bzw. fünf Tage lang besetzt. Unsere Botschaft war: „Ihr könnt nicht einfach so kommen und der Bewegung ins Gesicht schlagen!“ Ich habe fünf Tage lang im Baum gewohnt, aber dann kam die Polizei und hat mich von dort zwangsweise heruntergeholt. Aber dass jemand kommt und mich dort herunterholt, bedeutet nicht, dass ich aufhöre. Ich sage immer: „Die Bewegung ist wie ein Fluss.“ Weißt du, wenn der Regen kommt, wird er zunehmen, er wird sich verändern und alle trinken daraus. Aber das bedeutet nicht, dass, wenn die Trockenzeit kommt, der Fluss schmutzig wird und kein Wasser mehr bieten kann. Weißt du, in sich selbst ist er immer frisch. Wenn die Bewegung geschwächt wird, bedeutet das nicht, dass sie beendet ist.

Die Bewegung ist nur geschwächt, sie kann aber reaktiviert werden. Es gibt Zeiten, in denen alles, sogar der Fluss, nicht fließt.

EG: Vielen Dank für diesen sehr detaillierten Einblick. Und was machst du heute?

NL: Blacks and Whites Together for Human Rights ist der Name der Organisation, die ich im Jahr 2015 gegründet habe. Nachdem ich gesehen habe, dass es am Oranienplatz so nicht weitergehen würde wie bisher, war das meine Art der Fortsetzung des Protests. Als die Regierung im Jahr 2014 den Protest unterdrückte und der O-Platz geräumt wurde, bildeten sich einige neue Gruppen. Zum Beispiel haben nach der Räumung Jennifer Kamau und drei weitere Leute aus der Frauenbewegung *Women in Exile* den *International Women* Space* offiziell gegründet. Beide Organisationen waren von vorneherein bei der Oranienplatz-Bewegung dabei. Und dann gab es noch Bino und Muhammed mit dem Radio. Turgay gründete eine Art Café. Das war alles nach der Räumung. Ich sah das und sagte mir: „Warum gründe ich nicht einen Verein?“ Wenn wir diesen Ort, den Oranienplatz, nicht mehr haben, haben wir wenigstens einen Verein und können zumindest weitermachen. So ging meine Geschichte weiter.

EG: Danke, Napuli. Aber bevor wir dieses Thema vertiefen, möchte ich einen Schritt zurückgehen und von dir, Turgay, erfahren, wie du zum Protest am Oranienplatz gekommen bist.

Turgay Ula (TU): Um das zu erzählen, gehe ich nochmal ein paar Jahre zurück: 2011 war ich in Griechenland, als ich angefangen habe, gegen die europäische Asylpolitik aktiv zu werden. Dort habe ich einen Hungerstreik durchgeführt. Dann bin ich nach Deutschland gekommen und ich war dort erst mal im Flüchtlingslager. Das erste Lager, in dem ich war, war wie ein Gefängnis für mich. So hat es sich angefühlt. Das Essen war schlecht, das Sicherheitspersonal und die Hausmeister waren zum Teil rassistisch. Und irgendwann hat sich sogar jemand erhängt. Das war ein wichtiger Moment, ein Umbruch in meinem Leben. Es war in Würzburg. Eigentlich war es dieses Ereignis, das uns, die Geflüchteten und Asylbewerber:innen, politisiert hat. Wir hatten zuvor schon lokale Proteste organisiert, aber durch dieses Ereignis, dass Mohammad Rahsepar gestorben ist, haben wir verstanden, dass kleine lokale Proteste nicht mehr ausreichen und wir diese vergrößern müssen. Also haben wir weitere Geflüchtete kontaktiert. Wir sind von Bayern nach Berlin marschiert, wie Napuli es gerade beschrieben hat, und haben gegen die Gesetze protestiert, gegen die Residenzpflicht, die Abschiebung, die Essenspakete, bis wir dann den Oranienplatz besetzten. Wir hatten damals keine Rechte, durften uns nicht frei bewegen und mussten immer im

Lager bleiben. Wir hatten keine Chance, mit der Gesellschaft in Kontakt zu treten. Wir waren isoliert. Diesbezüglich haben wir Forderungen formuliert und das Hauptargument zielte auf die Isolation. Der erste Text, den ich geschrieben habe, hatte die Isolation zum Thema. Das war in Osnabrück.

EG: Napoli hat uns schon viel von der Besetzung des Oranienplatzes und deren Ende, das eigentlich nur der Beginn einer Protestbewegung war, erzählt. Wie ging es bei dir weiter?

TU: Wir, eine Gruppe von Geflüchteten, geben heute eine Zeitung heraus und betreiben das *Karanfil*, ein Café. Das *Karanfil* ist der neue Ort unseres Widerstands. Nach der Räumung des Oranienplatzes haben wir einen Ort gesucht, wo wir uns treffen können, um mit unserem Protest weiterzumachen. Damals betrieb eine Freundin das *Karanfil*. Sie war krank und konnte das Café nicht mehr weiterbetreiben. Dann haben wir uns entschieden, den Protest dort fortzusetzen.

EG: Und was macht ihr im *Karanfil* genau?

TU: Die Geflüchteten treffen sich dort und organisieren sich. Auch die LGBT-Community und viele Antikapitalist:innen und Antifaschist:innen. Die organisieren sich zum Beispiel gegen überbezahlte Mieten und zu anderen Themen – gegen Krieg, alle Themen sind miteinander verbunden. Der Krieg zum Beispiel ist verbunden mit der Flüchtlingsfrage und der Ausbeutung. Das ist alles miteinander verbunden. Und all diese Themen werden im *Karanfil* diskutiert.

EG: Muhammed, wie war deine Situation, bevor du dich der Oranienplatz-Bewegung angeschlossen hast? Was war deine Motivation?

Muhammed L. Jadama (MJ): Vielen Dank für diese Frage. Was meine Motivation für das Engagement in der Bewegung des Oranienplatzes war? Ich war ein Flüchtling. Ich kam als Flüchtling nach Deutschland. So nennt man uns. Ich will mich nicht als Flüchtling bezeichnen, aber aufgrund der europäischen Asylpolitik – ich war ein Afrikaner aus der Sahara, der hier nach Europa kam – war ich ein Flüchtling. Es war eine Art Wendepunkt für mich hier anzukommen: Die Erwartungen, die ich hatte, bevor ich nach Europa kam, entsprachen nicht der Realität. Ich musste mich also aktivieren und lernen, wie man sich in die Gesellschaft integriert, aber es war für mich auch wichtig zu lernen, wie man sein eigenes Wissen und die eigenen Erfahrungen mit anderen Menschen teilt. Bis heute kommen die Menschen nach Europa und die meisten von ihnen sagen, sie erleben immer noch dieselben Dinge. Die Geschichte wiederholt sich immer wieder, weil es an besserer Bildung, Bewusstsein und realitätsnahen Vorstel-

lungen von Europa mangelt. Das hat mich motiviert, und motiviert mich auch heute noch sehr, an der Oranienplatz-Bewegung teilzunehmen: Ich wollte meine Geschichte mit anderen teilen. Ich denke, dass es ganz wichtig war, sich dort zu treffen und diesen Moment gemeinsam zu erleben. Dadurch konnten wir aus unseren Erfahrungen lernen, und wir können und müssen diese Erfahrungen an die nächste Generation weitergeben. Ich konnte dadurch Menschen über den Migrationsprozess berichten, bevor sie nach Europa kommen. Ich konnte sie darüber informieren, wie das System der europäischen Asylpolitik ist, das – wie ich es schon beschrieben habe – einen Missstand darstellt. Wir sehen eine Menge unmenschlicher Bedingungen und auch Machtspiele, vor allem mit Menschen, die von außerhalb Europas kommen.

EG: Du bist Fotograf und Filmemacher und hast die Oranienplatz-Bewegung über lange Zeit dokumentiert – wie kam es dazu?

MJ: Ich habe einige Projekte gemacht, bevor ich nach Berlin kam. Ich war in Italien und habe mit einigen Organisationen zusammengearbeitet, und das erste Projekt, das ich dort gemacht habe, hieß *Cittá in Movimento*, bei dem ich meine Fotografiekenntnisse mit anderen Migrant:innen geteilt habe. Das war also sozusagen mein erstes Projekt, das ich dort gemacht habe. Als ich dann nach Berlin kam, dachte ich, dass es sehr, sehr wichtig sein könnte, die Bewegung zu dokumentieren. Damals hatte ich meine eigene Kamera, und ich hatte Erfahrung, menschliches Handeln durch Fotografie und Videos zu dokumentieren. Diese Fähigkeiten habe ich eingesetzt, um Demonstrationen zu dokumentieren. Wenn man sich unser Bildungsniveau und unser Leseverständnis anschaut, sieht man, dass die meisten Menschen weder lesen noch schreiben können. Deshalb dachte ich, dass die journalistische Art und Weise, Informationen zu vermitteln, also Artikel zu schreiben, wahrscheinlich nicht sehr hilfreich sein würde, denn wenn die Menschen nicht lesen können, wird das keinen großen Einfluss auf ihr Leben haben. Ich dachte, ich könnte mit Bildern mehr sagen. Durch Fotos wollte ich also eine Art Bewusstsein schaffen und Informationen vermitteln, vor allem für die Menschen, die in derselben Situation waren wie ich. Es war mein Ziel, diese Protesterfahrung mit Menschen zu teilen, vor allem mit denen, die nicht am Oranienplatz-Protest teilgenommen haben. Und das mache ich auch jetzt noch, Bewegungsaktivitäten dokumentieren, weil ich sehe, dass dies eine große Rolle für die Geflüchteten spielt. Einige von ihnen sprechen mich an: „Hast du ein Foto von mir, auf dem ich an einem öffentlichen Ort spreche oder wo ich mich mit politischen Themen befasse?“ Ich kann sagen: „Hey, na klar!“ Sie brauchen diese Fotos oft für die Behörden, weil die wissen wollen, seit wann sie hier sind,

zum Beispiel. Diese Art von Beweisen hat schon vielen Menschen geholfen. Ich möchte hier keine Namen nennen, aber viele haben mir gesagt, dass sie damit erfolgreich waren. Wir müssen oft die Behörden davon überzeugen, dass wir nicht untätig sind, sondern dass wir für etwas nützlich sind.

Aber die Oranienplatz-Besetzung hat auch zu einer weiteren Entwicklung geführt: Ich bin bis heute beim Freien Radio aktiv. Diese Idee habe ich mit der Unterstützung einiger Freunde umgesetzt, die, wie du weißt, hier ein Studio einrichten konnten. Das *WeAreBornFree – Empowerment Radio* sendet in unserer Sprache, um andere Migrant:innen zu unterstützen, aber auch, um Informationen zu verbreiten, die ihnen das Asylverfahren erleichtern können. Diese Idee kommt meinen Zielen sehr nah, denn, wie ich schon sagte, viele der Geflüchtete können nicht lesen und schreiben, aber wenn sie ein Audio hören, kann ihnen das helfen.

EG: Ok, danke. Ihr habt jeweils erzählt – und hier teilt ihr eine Erfahrung, von der viele andere auch berichtet haben –, dass der Oranienplatz und später die Gerhart-Hauptmann-Schule viele Funktionen für den Refugee-Protest hatten und so zu politischen Orten wurden: Der Platz und die Schule waren natürlich Protestorte, aber sie waren zugleich auch Orte der Solidarität und des Teilens, wo man andere Leute treffen und Erfahrungen austauschen konnte. Lasst uns vor diesem Hintergrund nochmal in das Jahr 2014 zurückkehren, als erst der Oranienplatz und dann die Gerhart-Hauptmann-Schule geräumt wurden. Was hat es für die Bewegung bedeutet, diese zentralen Orte zu verlieren und was hat das für dich bedeutet?

TU: Der O-Platz war der Mittelpunkt für uns, wo immer auch Aktionen stattfanden. Wir haben dort die Flüchtlingsfragen immer aktuell diskutiert und von da aus in die Gesellschaft getragen. Deswegen war der O-Platz für uns so wichtig. Unsere Forderung war, dass die Gerhart-Hauptmann-Schule ein autonomes Flüchtlingszentrum wird. Und der O-Platz auch. Der war ja de facto schon ein autonomer Ort, ein Bezugsort für uns alle. Aber natürlich wurde die Bewegung durch den Verlust des O-Platzes und den der Schule schwächer und spaltete sich.

EG: Welche Auswirkungen hatte das aus deiner Sicht?

TU: Die Oranienplatz-Bewegung ist kleiner geworden. Nach der Spaltung haben viele Leute einen anderen Job gefunden und sind woanders hingegangen. Aber die Bewegung lebt heute trotzdem weiter. Es gibt zum Beispiel das *WeAreBornFree – Empowerment Radio* von Muhammed und Bino, das immer aktiv ist. Am O-Platz dürfen wir regelmäßig kleine Aktionen organisieren und haben es auch schon gemacht: ein Festival, Musik und so etwas, Kundgebungen. Die

Bewegung ist nicht gestorben, aber sie ist auch nicht mehr so militant wie damals. Nicht nur die Protestbewegung, sondern auch die gesellschaftliche Atmosphäre hat sich geändert. Zum Beispiel gab es damals nur 200.000 Geflüchtete in Deutschland und die Gesellschaft unterstützte uns. Jetzt sind es drei Millionen Geflüchtete und Asylbewerber:innen und die Unterstützung hat abgenommen. Die Geflüchteten kommen ins Karanfil, und am O-Platz geht es auch weiter, aber damals waren es 500 aktive Geflüchtete. Jetzt machen nur noch die politisierten Menschen weiter: Napuli, Patrick, ich oder Muhammed. Aber nicht mehr alle.

EG: Die Gruppe ist also kleiner geworden, ich verstehe. Und daran schließt sich eine weitere Frage an. In der Zeitschrift *Movements* aus dem Jahr 2015 lese ich über die Oranienplatz-Bewegung: „Neue Arten und Formen des Protests sind entstanden und werden ständig neu geschaffen.“ Nach der Räumung des O-Platzes und der Schule wurden neue Besetzungs-/Widerstandsversuche durchgeführt – um einige zu nennen: der Protest an der Gedächtniskirche, die Besetzung des Fernsehturms, die Besetzung der Thomas-Kirche am Mariannenplatz, die Besetzung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) am Wittenbergplatz. Turgay, du hast mir vor einigen Monaten erzählt, seit der Räumung seid ihr „überall präsent“. Was bedeutet das?

TU: Nach der Räumung haben wir verschiedene Aktionen gemacht, auch Besetzungen, aber diese waren nicht mehr so groß und bedeutend wie damals. Ja, wir haben die Thomaskirche am Mariannenplatz besetzt. Ich war dabei und insgesamt waren es acht Menschen vom O-Platz dabei. Wir sind einfach reinspaziert. Da fand eine religiöse Zeremonie statt. Die Pfarrerin hat die Gläubigen gefragt: „Was wollen Sie von Gott bekommen?“ Ich bin aufgestanden und hab gesagt: „Wir sind Geflüchtete vom O-Platz. Wir wünschen uns von euch einen Ort für den Protest.“ (lacht) Dann habe ich gemerkt, dass sie ein bisschen Angst bekommen hat, und ich habe sie beruhigt und gesagt: „Sie brauchen keine Angst vor uns zu haben.“ Und da antwortete sie: „Ok, ihr seid unsere Gäste.“ Wir waren sieben Tage lang da und haben in der Kirche geschlafen. Und dann haben sie uns einen anderen Ort zur Verfügung gestellt. Hier in der Nähe. Ein Gebäude der Kirche. Ein Teil von uns hat dann ein paar Jahre dort gewohnt. Sie haben den Geflüchteten ein Bahnticket und Essen gegeben. Aber dann haben wir damals auch noch das Dach in der Gürtelstraße in Friedrichshain besetzt. Das war eine ganz schwierige Aktion. Es gingen ganz viele Nachrichten durch die Presse. Wir wurden dort aber isoliert und uns wurde gedroht, dass wir kein Essen mehr bekommen würden. Wir haben auch den Sitz einer Gewerkschaft am Wittenbergplatz besetzt. Wir wollten die Flüchtlingsfrage öffentlich machen. Warum bei einer Gewerkschaft?

Weil die Gewerkschaft für die Arbeiterbewegung verantwortlich ist. Und eine unserer Forderungen war es, arbeiten zu dürfen. Wir brauchten einen Job, wir wollten arbeiten. Aber am Ende haben sie die Polizei gerufen, weil wir den Ort nicht verlassen haben. Wir haben gesagt, wir wollen eine verantwortliche Person vom Senat oder vom Parlament sprechen, der DGB kann das organisieren, weil sie Kontakte haben. Sie wollten das aber nicht machen und riefen die Polizei, die uns mit Gewalt geräumt hat.

EG: Das bedeutet, vorher auf dem Oranienplatz war alles an einem Ort gebündelt und ihr hattet eine große Sichtbarkeit, weil ihr eine große Gruppe wart. Der ganze Platz war besetzt. Und jetzt habt ihr mehrere kleinere öffentliche Orte besetzt, die Kirche, das Dach des Hostels und den Sitz des DGBs, einerseits um Sichtbarkeit zu bekommen und andererseits, um ganz praktisch für grundlegende Bedürfnisse zu kämpfen – in der Kirche für Schlafplätze, bei der Besetzung des DGB-Hauses ging es um Arbeit. Neben diesen Aktionen habt ihr euch aber auch wieder am Oranienplatz getroffen. Warum?

TU: Ja, ja! Das war nach wie vor unser Zentrum, der O-Platz. Alles ging von dort aus. Als wir zum ersten Mal nach Berlin gelaufen sind, war der O-Platz unser Ausgangspunkt. Vom O-Platz aus haben wir alle anderen Aktionen geplant. Der Oranienplatz ist immer noch wichtig für uns. Eigentlich ist er auch nach der Räumung für die Protestbewegungen immer ein zentraler Ort geblieben. Wir dürfen dort immer noch ohne Anmeldung kleinere Aktivitäten durchführen. Diesbezüglich gibt es ein Papier des Bezirksamtes.

EG: Muhammed, das WeAreBornFree – Empowerment Radio, über das du vorhin gesprochen hast, dient als Plattform zur Stärkung von Flüchtlingsfrauen, Kindern und LGBTIQ-Personen. Es wird als politische Strategie genutzt, um gegen Sexismus, Homophobie und Nationalismus zu kämpfen. Es dient auch als Netzwerk, um diejenigen, die durch Straßenproteste nicht erreicht werden können, zu sensibilisieren. Es geht um Sichtbarmachung. Für dich ist der schon vielfach angesprochene Aspekt der Sichtbarkeit natürlich zentral. Deshalb möchte ich diesen gerne mit dir diskutieren und in Erfahrung bringen, ob Sichtbarkeit nach der Räumung weiterhin eine Rolle spielte.

MJ: Meiner Meinung nach war es am Oranienplatz sehr, sehr wichtig, den öffentlichen Raum zu nutzen und zu lernen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu ziehen. Wir wissen, dass jede Aktion ein Fundament oder eine Basis braucht, von der aus man seine Energie und seine Kraft schöpfen kann, um dann weiterzumachen. Wir haben durch den O-Platz eine neue Erfahrung

gemacht, die das Gefühl gibt: Wir sind hier, wir existieren und wir können gehört werden. Wir haben gelernt, wie man sich ermächtigt und sichtbar wird. Meiner Meinung nach hat allein diese Basis schon viel bewirkt. Deshalb sind, wie du schon sagst, nach der Räumung und parallel zum Oranienplatz all diese Orte entstanden, weil die Menschen die Bewegung erweitern und an mehreren Orten gehört und gesehen werden wollten. Und ich denke, genau das ist passiert. Einige Zeit nach der Räumung, als wir hier in unser Studio kamen, hatten wir keine Ahnung, wie ein Radio funktioniert aber wir wussten, wir werden es schaffen, weil wir gehört werden wollen. Wie man sich Sichtbarkeit verschafft, lernten wir durch die Besetzung vom Oranienplatz. Die Leute fingen nach der Räumung an, zu erkennen, wie wichtig Sichtbarkeit ist und diese produktiv zu machen.

EG: Okay, ich verstehe. Der Oranienplatz war also eine Art Plattform, um zu lernen, wie man sich organisiert. Und wenn ich dich richtig verstehe, wussten die Leute nach der Räumung durch ihre Erfahrungen mit den Oranienplatz, wie sie sich Sichtbarkeit verschaffen konnten, auch wenn die neuen Orte kleiner und weniger sichtbar waren, wie zum Beispiel bei der Besetzung des DGBs oder der Thomaskirche.

MJ: Ja, sicher, natürlich. Es waren nur ein paar Leute in der Thomaskirche, aber sie blieben dort für ein paar Wochen oder Monate. Ich weiß es nicht mehr genau. Ich war zwei- oder dreimal dort. Für mich war es sehr ermutigend, die Menschen aus der Oranienplatz-Bewegung dort zu sehen, dass sie in einen anderen Teil der Stadt ziehen und die Proteste in der gleichen Form, nur im kleineren Format, fortsetzen. Ich denke also, dass einige von uns ohne die vorangegangene Oranienplatz-Besetzung nicht die Anregung, die Energie oder den Mut gehabt hätten, um bewusst zu sagen: „Okay, lasst uns weitermachen, auch wenn wir weniger sind, denn unsere Probleme sind die Gleichen geblieben, und wir müssen weiterhin sichtbar bleiben.“

EG: Muhammed, erzähl uns doch genauer, inwiefern die Räumung des Oranienplatzes auch eine Reorganisation mit sich gebracht?

MJ: Die Stärke vom Oranienplatz war, dass es zunächst eine gemeinsame Basis gegeben hat: Die Menschen kamen aus verschiedenen Ländern, mit unterschiedlichen Erfahrungen. Aber der O-Platz hat alle vereint und jeder hat sich im Oranienplatz wiedererkannt. Und dann wurde ja leider der Oranienplatz geräumt, aber es gibt die Bewegung immer noch, und sie lebt von den gesammelten Erfahrungen, die wir gemeinsam gemacht haben. Und ja, sie hat sich umorganisiert, auch räumlich: Ein Beispiel ist die Gruppe Women in Exile oder

der International Women* Space. Wir sind hier am Oranienplatz als Freifunk entstanden, aber heute nicht mehr als eine einzige Gruppe unterwegs. Einige von uns haben keinen expliziten Ort zum Arbeiten, aber sie kooperieren mit anderen Aktivistengruppen, für die sie Workshops geben. All diese Menschen vom Oranienplatz haben etwas erlebt, etwas gelernt. Und diese Erfahrung wollen sie mit der Gesellschaft teilen. Sie wollen ihr Wissen weitergeben, an Student:innen, die ihre Bachelorarbeit schreiben, an Journalist:innen und an Menschen, die sich mit Migration beschäftigen. Und ich denke, das Wissen, das sich die meisten von uns Geflüchteten in die Gesellschaft, in der wir leben, einbringen, ist eine Art alltägliche Fortsetzung des Oranienplatz-Protests – das ist die eigentliche Reorganisierung der Bewegung.

EG: Napoli, soweit ich weiß, hatte der Oranienplatz für dich eine ganz besondere Bedeutung. Du warst eine der ersten Frauen, die an der Besetzung teilnahm, und die letzte, die den Oranienplatz verließ. Ich würde gerne mehr erfahren über deine Gefühle und deine Wahrnehmung der neuen besetzten beziehungsweise genutzten Protesträume.

NL: Die neuen Besetzungs- und Protesträume bedeuteten für mich nach wie vor, sich einen Ort anzueignen und sich konsequent und solidarisch für die eigenen Rechte und die Rechte anderer einzusetzen. Ich war selbst einer dieser Orte: Ich saß draußen, ich schlief draußen, ich kämpfte draußen, ich war sichtbar vom 6. Oktober 2012 bis 2014 und bis heute kämpfe ich an unterschiedlichen Orten für die Rechte der Geflüchteten. Das ist der Esprit, den ich habe. Wir kämpfen weiter für die ausgegrenzten Menschen auf der ganzen Welt. Als Aktivistin möchte ich nicht sehen, wie Kinder leiden, wie schwangere Frauen leiden, wie alte Menschen leiden, wie behinderte Menschen leiden. Die Regierungen, ob in Europa oder in Afrika, machen die Menschen arm, und deshalb kämpfen wir.

EG: Kommen wir noch einmal genauer zum Thema Nachbarschaft: Die Beziehungen zur Nachbarschaft haben sich zum Teil konfliktreich gestaltet. Sie waren im Alltag zuweilen durch paternalistische Ansätze oder Machtgefälle charakterisiert. Trotzdem bekam die Protestbewegung vor aber auch nach der Räumung des O-Platzes und der Gerhart-Hauptmann-Schule viel Unterstützung seitens nachbarschaftlicher Netzwerke. Turgay, ich würde gerne deine Meinung darüber hören: Welche Rolle hat die Unterstützung der Nachbarschaft für den Protest bis heute gehabt?

TU: Ganz am Anfang des Protests gab es große Unterstützung von der Gesellschaft, weil wir jeden Abend im deutschen Fernsehen waren. Sie haben gesehen,

woher wir kamen und was wir wollten. Teile der Gesellschaft haben verstanden, was ein Lager ist, was für eine Isolation das bedeutet, was Ausbeutung und Krieg sind. Aber als die Bewegung kleiner wurde, nahm auch die Unterstützung deutlich ab. Die Stimmung hat sich geändert. Wir waren zwar immer noch sichtbar, aber natürlich nicht mehr so wie vorher. Weniger Leute wussten von uns und die Unterstützung wurde dementsprechend weniger und unbedeutender. Und heute gibt es in der Gesellschaft zunehmend Angst vor den Geflüchteten. Durch den Krieg in der Ukraine gibt es in Deutschland inzwischen drei Millionen Geflüchtete. Die Gesellschaft denkt, sie hat keinen Platz mehr, die Leute verlieren ihre Jobs, es wird alles immer teurer. Sie denkt, das sei die Schuld der Geflüchteten. Und deswegen gehen die Zustimmungswerte für die Rechten gerade hoch. Das ist eine neue Realität.

EG: Die Besetzung und Nutzung der neuen Protesträume wurden also nicht immer und nicht von allen begrüßt. Dabei beziehe ich mich insbesondere auf den Druck, der von Institutionen, aber auch teilweise von der Nachbarschaft ausgeübt wurde. Ich denke da z.B. an die Hostel-Besetzung in der Gürtelstraße in Friedrichshain, die 2014 stattgefunden hat. Muhammed, du warst immer dabei und hast den Protest verfolgt und dokumentiert. Woran denkst du, wenn ich das Wort Konflikt nenne?

MJ: Meiner Erfahrung nach gibt es immer Konflikte. Schau dir die Struktur des Oranienplatzes an. Sie brachte einige negative Geschichten mit sich, die zwischen den Besetzer:innen selbst, aber auch zwischen ihnen und einigen der Nachbar:innen stattfanden. Wie ich schon sagte, der Oranienplatz war wie ein Tisch, an dem wir zusammen saßen. Wir haben Vieles geteilt. Aber unter dem Tisch, neben dem Tisch, gab es immer viele Fraktionen, viele Unterschiede. Als Außenstehender war man manchmal nicht in der Lage, das zu erkennen. Und all diese Dinge auf den Tisch zu bringen, war meiner Meinung nach immer eine Herausforderung, weil die Geflüchteten aus verschiedenen Teilen der Welt kamen und sehr unterschiedlich waren. Jeder hatte seine eigenen Erfahrungen, es gab religiöse Unterschiede, geschlechtsspezifische Unterschiede und Sprachunterschiede. All das zu erkennen und miteinander zu vereinbaren, war wichtig für uns als Gruppe und zugleich immer wieder eine große Herausforderung. Das führte manchmal zu Konflikten. Dies hat unglücklicherweise unsere Bewegung geschwächt. Aber auch in der Nachbarschaft waren natürlich einige mit der Situation überfordert. Wenn man den Kontext betrachtet, dann hatten die Menschen, die in den meisten dieser Viertel, in denen wir protestierten, lebten, einen anderen kulturellen Hintergrund und eine andere Art der Verständigung. Das

ist der Grund, warum es manchmal zu Konflikten kam – um den Oranienplatz herum, aber auch an anderen Orten. Ich würde nicht sagen, dass die Einheimischen nicht mit dem Protest zurechtkamen. Einige hatten ein Verständnis dafür. Der Erfolg der Oranienplatz-Besetzung und der verschiedenen anschließenden Besetzungen speist sich aus der Unterstützung durch Nachbarschaftsinitiativen und verschiedene Aktivistengruppen, die in der Nähe der besetzten Orte ansässig waren. Aber ja, manchmal entstanden Konflikte, weil es an so vielen Dingen mangelte. Wir waren viel zu lange auf engem Raum zusammen, so dass die Leute manchmal ausgerastet sind. Und das wurde zum Beispiel zu einem Problem für die Einheimischen.

EG: Das von dir angesprochene Thema der Intersektionalität würde ich gerne weiterverfolgen: Napoli, kannst du uns noch mehr davon erzählen, wie ihr in der sehr vielfältigen Oranienplatz-Bewegung mit intersektionalen Erfahrungen von Macht und Ausgrenzung umgegangen seid?

NL: Intersektionalität führt irgendwie auch immer zu Trennungen. Das ist eine grundlegende Sache. Man muss sich dessen bewusst sein und diese Spaltungen, die aufgrund der Vielfalt entstehen, in etwas Gutes verwandeln. Was ich also zu deiner Frage sagen möchte: Es gab während der Oranienplatz-Besetzung Spaltungen, die aufgrund intersektionaler Machtgefälle entstanden. Das hat zunächst mit unterschiedlichen politischen Ansätzen zu tun. Die Iraner beispielsweise, die lange Zeit im Krieg waren, wissen, wie man demonstriert. Sie haben eine eigene Art zu kämpfen. Im Sudan findet der längste Bürgerkrieg der Welt statt, und zwar seit 1955 bis heute. Die Sudanesen haben also auch eine eigene Art zu denken, eine eigene Art zu kämpfen, eine eigene Art Revolution zu machen. Diese beiden Gruppen kamen mit ihren starken Persönlichkeiten zusammen und hatten deshalb Probleme miteinander. Als es dann zum Versuch kam, gemeinsame Strategien zu entwickeln, hat sich der Oranienplatz-Protest entzweit.

EG: Würdest du sagen, dass diese Spaltungen auch die Besetzungsversuche nach der Räumung beeinflusst haben?

NL: Ich glaube nicht. Die Oranienplatz-Bewegung war für die nachkommenden Bewegungen eine Inspiration. Die neuen Besetzungen wurden ja nicht nur von den Oranienplatz-Leuten durchgeführt, sondern es kamen auch neue Akteure hinzu. Die Spaltungen des Oranienplatzes haben die nachkommenden Besetzungen nicht beeinflusst. Der Oranienplatz war vielmehr ein positiver Motivationsfaktor, der andere Menschen dazu brachte, aktiv zu werden, und der Aspekt der Spaltung rückte in den Hintergrund.

EG: Dann kommen wir zum letzten Teil des Interviews: Ihr habt bereits verschiedene Vernetzungen angesprochen, die aus der Oranienplatz-Bewegung hervorgegangen sind. Lasst uns darüber genauer sprechen: Nachdem sich die Bewegung in kleinere Gruppen aufgespalten hat, in welcher Weise haben sich diese Gruppen mit anderen Projekten in Berlin vernetzt? Welche Unterstützung haben die Gruppen gefunden?

MJ: Es wurden viele Verbindungen von Seiten unserer selbstorganisierten Gruppen zu größeren Organisationen aufgebaut, die uns sehr unterstützen. Für uns hier im Radio kann ich sagen, dass wir gute Beziehungen zu den Berliner Freien Radios haben. Sie helfen uns, indem sie uns einen Raum zur Verfügung stellen, in dem wir live auf Sendung gehen können. Und ja, wir machen manchmal ein paar Projekte mit verschiedenen Organisationen, auch auf globaler Ebene, aber das sind eher kurzfristige Kooperationen, die wir machen.

EG: Sind neben dieser lokalen Unterstützung, die Muhammed beispielhaft genannt hat, auch transnational, europaweit Vernetzungen und gemeinsame Proteste entstanden, die euren Slogan „Unser Widerstand ist überall, der O-Platz ist überall“ widerspiegeln?

NL: Es ist wahr, dass wir überall sind, wir kämpfen in Solidarität mit anderen Protesten in Europa und darüber hinaus. Die Bewegung hat mehrere internationale Touren organisiert, um anderen Geflüchteten in anderen Ländern zuzuhören und eine Bestandsaufnahme gemeinsamer Probleme zu machen, z.B. Abschiebep Praxis, Dublin-Fälle, die häufig vorkommen, Flüchtlingsbeschränkungen, Frontex-Praktiken usw. Aber im Allgemeinen waren die dezentralen Aktionen oder Aktivitäten immer begrenzt, weil die Geflüchteten sich nicht bewegen konnten oder die Grenzen überschreiten durften. Und trotzdem haben wir es geschafft, ein Netzwerk aufzubauen. 2017 gab es zum Beispiel eine dritte transnationale Tour, die das Netzwerk gemeinsam auf lokaler und transnationaler Ebene organisiert hat. Diese Aktivitäten haben uns mit allen in Kontakt gebracht. Wir haben jetzt Netzwerke nach Italien, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Spanien, Griechenland, den Niederlanden und so weiter aufgebaut. Im Moment gibt es keine laufenden Aktionen, aber bis zur Pandemie haben wir regelmäßig Ideen und Strategien ausgetauscht.

EG: In der Zeitschrift *Movements* (2015) las ich Folgendes: „Ich habe Angst, dass, wenn unser Kampf unterbrochen wird, wenn wir verstreut sind, wenn wir keine Adresse haben wie die besetzte Schule oder das Camp am Oranienplatz, das repressive System uns auffrisst.“ Heute weiß ich durch eure Erzählungen, dass die

Bewegung punktuell an verschiedenen Orten existiert und trotz der räumlichen Zerstreuung noch aktiv ist. Und der Oranienplatz hat nach wie vor den Charakter eines Wahrzeichens. Er ist ein Bezugspunkt für die Organisation verschiedener Aktivitäten der Geflüchteten. So fand z.B. der Jahrestag der Protestbewegung am 6. Oktober 2022 auf dem O-Platz statt, aber auch andere, für den Protest relevante Aktionen finden auf dem O-Platz statt, wie z.B. die Aktionstage *O-Platz lebt*, die zwischen dem 16. und 18. Juni 2023 stattgefunden haben. Aber welche Rolle spielt er für die heutigen Flüchtlingsproteste?

NL: Lass mich dich etwas fragen. Die Bewegung in Amerika von Martin Luther King, wo ist diese Bewegung heute? Gibt es heute die gleiche Botschaft wie damals? Die Botschaft ist bis heute dieselbe, und die Botschaft allein ist die Bewegung. Wo ist sie jetzt? Sie ist irgendwo. Es ist nicht so, dass wir sie täglich verbreiten, aber sie ist überall. Manchmal, wenn man in einer schwierigen Situation ist, erinnert man sich an all das. Man erinnert sich an Mahatma Gandhi, an die Revolution. Man erinnert sich an Nelson Mandela. Man erinnert sich an all das. Was denkst du, was das ist? Das sind die Bewegungen. Eines Tages, wenn ich nicht mehr auf dieser Welt bin, werden die Leute sagen: „Es gab eine Frau, die hat fünf Tage lang auf einem Baum gewohnt.“ Diese Geschichte, die sich am Oranienplatz abspielte, wird Menschen inspirieren. Dabei geht es nicht um mich persönlich. Sondern um das, was wir durch unsere Taten und durch die Orte, an denen wir gekämpft haben, weitergeben. Die Oranienplatz-Bewegung lebt weiter, auch wenn wir nicht mehr da sind, und sie inspiriert andere Proteste, die an anderen Orten entstehen werden. Das ist ihre Rolle.

TU: Die Menschen, die damals am O-Platz dabei waren, sind zum Teil nicht mehr in Berlin. Sie sind jetzt zum Beispiel in München. Und da machen sie weiter und kämpfen gegen die deutschen Flüchtlingsgesetze. Der Oranienplatz bleibt für all die punktuellen Kämpfe ein Bezugspunkt und eine Orientierung. Und auch nicht nur für die Flüchtlingsbewegung, sondern auch für alle anderen Bewegungen. Für die LGBT-Bewegung, die kurdische Bewegung. Alle fangen da an. Nachdem unsere Protestbewegung, dort entstanden ist, ist der Platz ein öffentlicher Widerstandsraum geworden und viele Protestaktivitäten spielen sich dort ab.

EG: Die Flüchtlingsbewegung am Oranienplatz und der Oranienplatz selbst bleiben also Vorbild und Inspirationsquelle für weitere Proteste?

MJ: Ja.

Das Interview wurde im September 2023 geführt.

II.

Bewegung trotz Marginalisierung

*Gisela Mackenroth*¹

Ausschweifende Zusammenhänge?

Die soziale Frage durch feministische Streikinitiativen gestellt

Seit 2015 rezipieren feministische Initiativen in lokalen Kontexten und transnationalen Netzwerken die Idee des feministischen Streiks. Anhand qualitativer Interviews und teilnehmender Beobachtungen rekonstruiert der Artikel für das europäische Bewegungsfeld, wie feministische Initiativen dabei eine soziale Frage aufwerfen und so in feministischen Anliegen eine klassenpolitische Perspektive (wieder) betonen. Anschließend befragt der Artikel eine daraus hervorgehende Bewegungspraxis mit radikaldemokratischen Theorieansätzen auf ihre Solidaritätsbeziehungen. So diskutiert der Artikel, inwiefern es feministischen Initiativen gelingt, den strategischen Impuls des feministischen Streiks, verschiedene soziale Kämpfe zu verbinden, und seinen Anspruch, politische Teilhabe und Sichtbarkeit auszuweiten, umzusetzen.

1 Einleitung – der feministische Streik als Sichtbarkeitsstrategie

Ausgehend von den argentinischen Protesten gegen Femizide riefen unter dem Slogan *Ni una Menos* (Keine mehr) seit 2015 Aktivist:innen in Lateinamerika wiederholt zum feministischen Streik auf. Die daraus entstandene feministische Bewegung will Strukturen patriarchaler Gewalt in verschiedenen Kontexten – in der Familie, in Arbeitsverhältnissen oder auf Migrationsrouten – sichtbar machen und angreifen. Der in alternativen Gemeinschaftsentwürfen, in Strukturen alltäglicher Hilfe sowie in unmittelbaren Protesten entwickelte Widerstand gegen intersektional wirkende patriarchale und rassistische Gewalt war – so die strategische Idee – Ausgangspunkt dafür, verschiedene soziale Kämpfe miteinander in Beziehung zu setzen (Gago 2018).

1 An dieser Stelle bedanke ich mich bei Jenny Künkel für das aufmerksame Lektorat und wichtige inhaltliche Impulse. Außerdem bedanke ich mich bei Fulko Meyer für die Transkription der französischsprachigen Interviews.

Bewegungsgeschichtlich war und ist die Idee des feministischen Streiks auch eine Forderung nach politischer Teilhabe: Exemplarisch forderten Silvia Federici und Mariarosa Dalla Costa in den 1970er Jahren, produktive Arbeit und bezahlte wie unbezahlte reproduktive Sorgearbeit in gemeinsamen Arbeitskämpfen zu verbinden und so das Subjekt von Klassen- bzw. Arbeitskämpfen auszuweiten. Die damit entwickelte Forderung nach Teilhabe strebte danach, die „unablässige informelle Organisierung der Frauen“ als Grundlage von Arbeiter:innenkämpfen (Dalla Costa 2022 [1971]: 47) anzuerkennen.

Auch im europäischen Bewegungsfeld – und hierauf wird sich der Artikel fokussieren – ist die Idee des feministischen Streiks in den vergangenen Jahren aufgegriffen worden. Dabei findet sich sowohl der jüngere Anspruch wieder, verschiedene soziale Kämpfe mit einer feministischen Perspektive zu verbinden, als auch die ältere Forderung, politische Teilhabe in sozialen Bewegungen zu öffnen: 2018 riefen in Spanien feministische Gruppen gemeinsam mit Gewerkschaften zu einem feministischen Streik auf, in dem neben produktiver Arbeit auch bezahlte wie unbezahlte reproduktive Arbeit stundenweise ausgesetzt wurde. Vorbereitet wurde dieser Streik in Spanien in Bewegungsstrukturen, die aus den Protesten gegen die Finanzkrise 2008ff. (Lorey 2018) hervorgegangen sind, sowie durch aktivistische Forschungsprozesse, die vielgestaltige Situationen der Prekarisierung aus den Bedingungen bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit heraus verstanden und zum Ausgangspunkt für die Organisierung einer feministischen Streikbewegung machten.²

Sowohl die mit dem feministischen Streik formulierte Forderung, politische Teilhabe in und mit sozialen Bewegungen auszuweiten, als auch der strategische Impuls, dafür verschiedene soziale Kämpfe zu verbinden, lässt sich durch die folgende jüngere Diskussion von Solidarität gesellschaftstheoretisch verstehen: Ausgehend von der Frage nach politischer und sozialer Teilhabe und ihren Grenzen wurden in den vergangenen Jahren (wieder) Schließungsmechanismen nationalstaatlicher Solidargemeinschaften (Bude 2019) sowie exkludierende Solidaritätsbehauptungen wohlfahrtsstaatlicher Arrangements (Lessenich 2019; 2023) kritisch diskutiert. Möglichkeiten diese Grenzen zu verschieben, werden auch jenseits institutioneller Politik verhandelt. Anhand des ideengeschichtlichen Vergleichs revolutionärer Prozesse argumentiert Bini Adamczak beispielsweise:

2 Für die aktivistische Erforschung intersektional verwobener Situationen der Prekarität und für die damit verbundene Suche nach politischen Handlungsweisen wurde der Text des Kollektivs Precarias a la Deriva „Was ist Dein Streik?“ (2014) vielfach rezipiert.

Solidaritätsbeziehungen sind weniger *Ergebnisse* sozialer Transformation. Vielmehr werden sie *in* sozialen Transformationen entwickelt. In Protesten aufgebaute „Beziehungsweisen“ (Adamczak 2018) hätten gerade dann das Potential, politische und soziale Ordnungen zu stören, wenn sie zwischen jenen, die durch Ordnungen von Öffentlichkeit und Privatheit, arbeitsteilige Hierarchien oder sozialräumliche Segregation voneinander getrennt sind, solidarische Verbindungen setzen. Das eingangs skizzierte strategische Anliegen des feministischen Streiks, gegenüber einer von rassistischen, kapitalistischen und patriarchalen Machtbeziehungen strukturierten Ausbeutung transversal verbundene Kämpfe aufzubauen, interpretiert Bini Adamczak als gesellschaftstheoretisch fundierten Anspruch. Isabell Lorey (2020) konkretisiert mit einer demokratietheoretischen Einordnung der europaweiten Proteste gegen die Finanzkrise ab 2008 Adamczaks Perspektive: Als Solidaritätsbeziehungen bezeichnet sie in den Krisenprotesten entwickelte Strukturen der Fürsorge und Empathie. Aus ihnen heraus hätten die Proteste eine „Weise miteinander zu leben“ (ebd.: 14) erarbeitet, mit der es gelungen sei, individuelle Erfahrungen von Prekarisierung zu gemeinsamen Deutungen und Protestformen weiterzuentwickeln. Derlei Prozesse der Selbstorganisation hätten verschiedene Teile sozialer Bewegungen zueinander in Beziehung gesetzt und so neue Orte politischer Verständigung erschlossen, die Ausschlüsse demokratischer Ordnungen herausfordern würden (ebd.: 145ff.). An diese Debatte knüpfe ich in der folgenden Analyse begrifflich an.

Mein Artikel fragt, inwiefern sich der Anspruch des feministischen Streiks, klassenpolitische Kämpfe verstärkt mit den eigenen, feministischen Kämpfen zu verknüpfen, in der Praxis realisiert. Dafür untersuche ich, wie feministische Initiativen in Europa die Idee des feministischen Streiks lokal und transnational rezipieren und weiterentwickeln. Empirische Grundlage dafür sind qualitative Interviews mit Aktivist:innen feministischer Streikinitiativen aus europäischen Ländern sowie teilnehmende Beobachtungen von Protestveranstaltungen in Italien und Frankreich und von Prozessen transnationaler Vernetzung im Zeitraum zwischen 2021 und 2023.³ Meine Analyse knüpft an die skizzierte Überlegung an, dass politische Teilhabe in Kämpfen um Solidaritätsbeziehungen und deren Öffnungen für neue Themen und Gruppen erarbeitet wird. Ausgehend davon entwickle ich folgenden Analyseweg: Zunächst komme ich auf die angesprochene gesellschaftstheoretische Debatte zum Begriff der Solidarität zurück und beziehe sie auf die Analyse sozialer Bewegungen (2). Dann skizziere ich das Feld

3 Die empirische Arbeit wurde im Rahmen des BMBF-geförderten Forschungsprojekts Move (FKZ 01UG2110) durchgeführt.

feministischer Streikbewegungen in Europa (3). In meiner empirischen Analyse fasse ich zunächst zusammen, wie feministische Bewegungen gegenwärtig eine soziale Frage stellen (4). Anschließend diskutiere ich die durch die feministischen Streikinitiativen aufgeworfene soziale Frage als – potentiell intersektionale – Bewegungspraxis, indem ich einerseits Bündnis- und andererseits Konfliktstrategien der feministischen Streikinitiativen rekonstruiere (5-8).

2 Solidaritätsbeziehungen als Ausgangspunkt von Gesellschaftskritik und sozialer Transformation

Wie lässt sich der gesellschaftstheoretische Entwurf von Solidarität für die empirische Analyse sozialer Bewegungen weiter konkretisieren? Adamczak und Lorey – das hatte ich einleitend zusammengefasst – entwerfen jeweils Solidaritätsbeziehungen, die Differenzen bzw. Getrenntes miteinander in Beziehung setzen. Diese Beziehungen entwickeln einen Widerspruch zu den existierenden sozialen und politischen Ordnungen der Sichtbarkeit und der Möglichkeit bzw. Beschränkung politischen Handelns. Im Moment der Öffnung, in dem Solidarität zum „ausschweifenden Zusammenhang“ (Adamczak 2021) werde, können aus derlei Solidaritätsbeziehungen heraus Gesellschaftskritik und Entwürfe sozialer Veränderung hervorgehen. Adamczak und Lorey teilen damit das durch postkoloniale feministische Theorien formulierte Anliegen, Differenzen als Ausgangspunkt für die Arbeit an gemeinsamen Problemsichten zu verstehen und Solidaritätsbeziehungen weniger in Identität, sondern vielmehr in Pluralität zu begründen. Um auch in sozialen Bewegungen fortwirkende strukturelle Machtbeziehungen zu überwinden, nimmt Solidarität so vor allem in „punktuellen Allianzen“ ihren Ausgang (Mohanty 2003: 47ff.) – d.h. der Bereitschaft, einander über Konflikte hinweg zu verstehen (hooks 1986: 137f.).

Doch wie kann ein solches Verständnis füreinander erarbeitet werden? Einige Autor:innen betonten diesbezüglich reflexive Prozesse in Solidarität. Für Jodi Dean (1995) etwa entsteht Verständnis, ähnlich wie für hooks, aus der Reflexion bestehender Beziehungsweisen: Hierfür entwirft Dean Situationen kommunikativer Aushandlung und wechselseitigen Lernens, die unterschiedliche Erfahrungen sozialer Probleme gegenüber bestehenden Strukturen der Anerkennung und Repräsentation – Welche Stimmen sind vernehmbar? Wer kann politisch handeln und wird als handlungsfähig anerkannt? – sichtbar machen. Voraussetzungen der Zugehörigkeit sowie normative und identitätsbezogene Erwartungen in Solidargemeinschaften könnten reflektiert und ihr historischer Kontext offengelegt werden (ebd.: 127ff.).

Die reflexiven Momente einer differenzbasierten, pluralen Solidarität lassen sich mit Judith Butlers (2018) Interpretation politischer Versammlungen auf Adamczaks und Loreys Solidaritätsbegriff beziehen. Adamczak und Lorey fokussieren weniger auf die in kommunikativer Aushandlung hergestellten Beziehungen. Ihre Solidaritätsbegriffe gehen vielmehr von jenen Beziehungen aus, die durch gemeinsamen Protest und Widerstand sowie durch situative oder auch in Strukturen verstetigte wechselseitige Hilfe und Sorge, d.h. auf mikropolitischer Ebene, hergestellt werden. Anders als Jodi Dean, die emotionale und reflexive Aspekte von Solidarität einander gegenüberstellt (Dean 1995: 115), argumentiert nun Butler, dass beide, reflexive und emotionale bzw. sorgende Momente, miteinander verbunden und somit gleichermaßen Teil von Differenzen überbrückender Solidarität sind: Butler deutet eine etwa durch sozialstaatliche Arrangements immer ungleicher verteilte Prekarität als gesellschaftliche Negierung einer tatsächlich bestehenden wechselseitigen Abhängigkeit. Sozialen Protesten ginge es demgegenüber nicht darum, für eine geschlossene Identität und deren Anerkennung zu kämpfen, sondern aus einer reklamierten Identität heraus Interdependenzen zu anderen aufzuzeigen und verhandelbar zu machen (Butler 2018: 96). Aus der gesellschaftstheoretischen Analyse von Versammlungen im öffentlichen Raum heraus entwickelt Butler folgende Verbindung reflexiver und sorgender Beziehungsweisen: Einerseits reflektierten solidarische Allianzen ungleich verteilte Prekarität, indem sie die existenzielle Feststellung von Interdependenz auf jeweilige wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse bezögen (ebd.: 157). Andererseits basiere diese Reflexion und damit der bewegungsseitige Erkenntnisprozess selbst auf einer geteilten (Sorge-)Praxis. Gegenüber bestehenden Trennungen bauen solidarische Allianzen somit jenseits staatlicher Strukturen Infrastrukturen auf, d.h. ein „Geflecht aus Umwelt, Sozialbeziehungen, Unterstützungs- und Versorgungsstrukturen“ (ebd.: 175). Wechselseitige Sorge antworte damit auf auf Vereinzelung basierender und auf individuelle Verantwortung zurückgeworfene Erfahrungen von Prekarisierung. Mit der dabei zwischen unterschiedlichen Lebenssituationen entwickelten Interdependenz werde die wechselseitige Sorge zur politischen Erfahrung. An diesem Punkt entsteht für Butler eine Pluralität, mit der solidarische Allianzen zu „unbequemen Bündnissen“ (ebd.: 96) würden. D.h. Unterschiedlichkeit und Konflikt würden in einem solidarischen, sorgenden Zusammenhang verhandelt, woraus sich schließlich reflexiv politische Forderungen nach institutionellen Interdependenzen, also makropolitische Anliegen entwickeln könnten. Anknüpfend an Butler formulieren Lea Susemichel und Jens Kastner eine solche im Spannungsfeld zwischen Fürsorge und politischer Aushandlung gelagerte Beziehungsweise als „unbedingte Solidarität“ (Kastner/

Susemichel 2021) aus. Mit Audre Lorde heben sie dabei das reflexive Potential negativer, konflikthafter und potentiell Beziehungen sprengender Gefühle – wie solcher der Wut – hervor (ebd.: 39). Wenn Sorgebeziehungen durch Gefühle von Wut, Ärger oder Ohnmacht konflikthaft würden, so die Argumentation von Kastner und Susemichel, könnten selbstkritische Reflektionsprozesse entstehen: In diesen Momenten der Dissonanz könnten jene aus postkolonialer Perspektive aufgeworfenen Fragen bezüglich fortbestehender Machtbeziehungen und Ordnungen der (Un-)Sichtbarkeit in konkrete Solidaritäten transformiert werden (ebd.: 37f.). Indem derlei Konflikte in Beziehungen der Sorge und Verantwortlichkeit füreinander eingebunden seien, bestehe das Potential, Tendenzen identitätsbezogener und damit auf Homogenität hinauslaufende Schließungen von Solidarität in differenzbasierte Beziehungsweisen, bzw. mit Butler: Pluralität, zu überführen (Kastner/Susemichel 2021: 32ff.). Um also Gesellschaftskritik seitens sozialer Bewegungen und deren Vorstellungen von sozialer Transformation mit der hier zusammengeführten radikaldemokratischen Konzeption von Solidaritätsbeziehungen zu analysieren, gilt es sorgende bzw. emotionale und reflexive Beziehungsweisen gleichermaßen zu berücksichtigen und ihre Funktionsweisen sowie ihr Wechselverhältnis zu untersuchen.

In der nachvollzogenen Debatte erarbeiten die Autor:innen dieses Wechselverhältnis für eine Bewegungspraxis, indem sie die Frage nach Räumen der Solidarität stellen: So sind es für Adamczak letztlich sozialräumliche Ordnungen von Handlungsfähigkeit und (Un-)Sichtbarkeit, die Trennungen reproduzieren. Und es sei genau die Veränderung dieser Ordnungen, aus der heraus Solidaritätsbeziehungen entwickelt würden: „[H]ierarchisierte Arbeiterinnen [treten] zu ‘Basisgruppen’ zusammen, in den Stadtvierteln die einander unbekanntes Mieterinnen zu ‘Aktionsgruppen’ [...]. Aus Rivalinnen werden Genossinnen, aus Vereinzelt Verbündete.“ (Adamczak 2018: 262f.) Derlei Raumproduktionen sozialer Bewegungen nimmt auch Isabell Lorey (2020) in den Blick, um zu zeigen, wie Strukturen wechselseitiger Fürsorge und politischer Handlungsfähigkeit zusammenwirken: So könne etwa die Besetzung eines öffentlichen Platzes auch alltägliche Bedürfnisse stillen oder schlicht Schutz vor Gewalt- und Diskriminierung liefern und zugleich Ort politischer Debatten, Aushandlung und Konflikte sein. Gerade durch ihre Raumproduktionen, indem Proteste soziale Funktionen öffentlicher Räume offenlegen, stören, erstreiten oder neu schaffen, können für Lorey soziale Proteste zu Kämpfen um Demokratie werden. Nach Judith Butlers (2018) Argumentation werden Praktiken wechselseitiger Hilfe und des geteilten Alltags gerade in ihrer Räumlichkeit zum Ausgangspunkt dafür, politische Artikulation für jene zu erarbeiten, die bisher von dieser ausgeschlossen waren: Für politische Versammlungen

sei z.B. die Straße „nicht nur die Basis oder die Plattform politischer Forderungen, sondern auch ein infrastrukturelles Gut“ (ebd.: 167), um solidarische Allianzen zu erarbeiten. Politische Versammlungen nutzten und veränderten in öffentlichen Räumen angelegte Infrastrukturen. Gegenüber einer sozialräumlich als privat und eigenverantwortlich erlebten Prekarität versuchten sie, so das gesellschaftstheoretisch formulierte Potential, bestehende soziale Interdependenzen offenzulegen. Diese Arbeit an solidarischen Allianzen setze – und hier decken sich Butlers und Adamczaks Raumbezüge – jene voneinander getrennten Räume neu in Beziehung, in denen sich gesellschaftliche Machtverhältnisse als sozialräumliche Ordnung von Handlungsmöglichkeiten (re-)produzieren, um neue Möglichkeiten politischen Handelns und Sprechens zu entwickeln.

Der hier erarbeitete Solidaritätsbegriff, der Solidarität zu sozialer Transformation in Beziehung setzt und damit in Solidaritätsbeziehungen – nicht zuletzt via Raum, Reflexion und Affekt – erarbeitete Spielräume politischer Teilhabe aufzeigt, wird begrifflicher Rahmen für meine empirische Analyse sein. Zugleich möchte ich mit der empirischen Analyse die dargestellten gesellschaftstheoretischen Konzeptionen von Solidarität weiterdiskutieren: Diese gehen jeweils von Protestmomenten aus, in denen in und für relativ kurze(r) Zeit große Sichtbarkeit erlangt wurde – etwa während des *Arabischen Frühlings* oder der *Occupy-Bewegung* (Butler 2018: 7ff.) sowie nach der Finanzkrise von 2008 oder seit den feministischen Protesten in Lateinamerika ab 2015 und Spanien 2018 (Lorey 2020: 144ff.). Mit meiner empirischen Arbeit möchte ich demgegenüber den Blick auf eine alltägliche Bewegungspraxis richten, in der sich die Idee des feministischen Streiks gegenwärtig als Bewegungsstruktur verstetigt. Hiermit geraten zahlreiche lokale Initiativen in den Blick. Sie lassen sich zwar zum Teil aus dem genannten Kontext jüngerer sozialer Proteste verstehen. In der zähen Alltagspraxis von Bewegungen wird jedoch deutlich, wie sich die radikaldemokratisch entworfene Solidarität in jeweiligen lokalen Bewegungszusammenhängen darstellt und mit welchen Herausforderungen sie konfrontiert ist. Die jeweils durch Adamczak, Butler und Lorey entwickelte mikropolitische Perspektive auf Solidaritätsbeziehungen möchte ich damit empirisch weiterverfolgen und so zur deren weiterer Diskussion beitragen.

3 Der feministische Streik in Europa

Meine empirische Arbeit geht dem eingangs skizzierten Impuls des feministischen Streiks in Europa nach. Grundlage sind elf qualitative Interviews mit Aktivist:innen feministischer Streikinitiativen u.a. aus Frankreich, Italien,

der Schweiz, Spanien, Deutschland, Belgien und Luxemburg. Als Netzwerk E.A.S.T. hatten feministische Aktivist:innen – insbesondere aus Osteuropa – während der Covid-19-Pandemie begonnen, verschiedene lokale Kämpfe von Sorgearbeiter:innen transnational zusammenzuschließen. Im Zeitraum zwischen 2021 und 2023 habe ich diese transnationale Vernetzung während verschiedener digitaler Zusammenkünfte sowie punktueller Treffen vor Ort im Modus teilnehmender Beobachtung begleitet. In die Analyse fließen außerdem teilnehmende Beobachtungen von Protestveranstaltungen in Italien und Frankreich im November 2021 ein.

Dieser Forschungsprozess berücksichtigt damit folgende Entwicklungen im europäischen Bewegungsfeld, die exemplarisch nachvollziehbar machen, wie die Idee des feministischen Streiks feministische Anliegen und Kämpfe gegenwärtig prägt bzw. wie, andersherum, diese ihrerseits die Idee des feministischen Streiks weiter ausformulieren: Erstens analysierte ich, wie, das Beispiel des spanischen Streiks aufgreifend, auch in der Schweiz 2019 und 2023 eine breite, von Gewerkschaften mitgetragene Mobilisierung zu stundenweisen Arbeitsniederlegungen, verbunden mit zahlreichen Protestaktionen, gelang. Mit dem spanischen Vorbild knüpften die feministischen Streikgruppen in der Schweiz landesweit an den dortigen Frauenstreik von 1991 als Vorbild und als Bewegungsstruktur neu an. Exemplarisch werden hier Lohnarbeit und unbezahlte Reproduktionsarbeit zum Mittelpunkt feministischer Kämpfe. Zweitens betrachtete ich das 2016 ins Leben gerufene italienische Netzwerk *Non una di Meno*, das sich ebenfalls auf die erwähnten lateinamerikanischen und spanischen Proteste und Streiks bezog, als es mit regelmäßigen Protesten rund um 25. November, dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, aufzeigte, dass patriarchale und rassistische Gewalt in der Ausbeutung von reproduktiver Arbeit reproduziert werden (Non una di Meno 2017). Drittens formierten sich 2016 als *Strajk Kobiet* (Frauenstreik) in Polen Proteste gegen eine Verschärfung des Abtreibungsrechts und die Justizreform. Initiiert durch polnische Migrant:innen und vernetzt durch die *Facebook*-Gruppe *Dziewuchy* (Mädchen) wurden diese Proteste europaweit beantwortet (siehe hierzu auch Ramme in diesem Band). Mit dem polnischen *Strajk Kobiet* sind im Bewegungsfeld exemplarisch feministische Interventionen gegen autoritäre und rechte Politik hervorgehoben. Autoritäre und rechtspopulistische Momente greifen feministische Proteste auch in neoliberalen Reformprozessen an. Exemplarisch dafür analysierte ich, viertens, Frankreich: 2018 hat das Netzwerk *Nous Toutes* (wir alle/all wir Frauen), den transnationalen Impuls des *Hashtags #metoo* in Frankreich aufgreifend, konkrete Strategien gegen sexistische Gewalt formuliert (de Haas 2021) und ausgehend von Paris durch zahlreiche

weitere Ortsgruppen frankreichweit Proteststrukturen gegen diese aufgebaut. Daran anschließend, und schließlich in kritischer Auseinandersetzung mit *Nous Toutes* begannen einige Initiativen die international sichtbaren feministischen Streikbewegungen zu diskutieren und daraus eigene lokale Handlungsfelder abzuleiten. Diese feministischen Initiativen intervenierten schließlich in soziale Proteste – etwa gegen die Reform der Arbeitslosen- und Rentenversicherung. In bewegungsübergreifenden Bündnissen organisierten sie ab 2020 Protest gegen die nicht zuletzt durch das *Sécurité Globale* (Polizeigesetz für umfassende Sicherheit) verschärfte französische Sicherheits- und Migrationspolitik und kritisierten in gesellschaftspolitischen Debatten islamfeindliche Ressentiments. Die Idee des feministischen Streiks wird also europaweit in jeweiligen lokalen Rahmenbedingungen und Problemfeldern zu politischen Orientierungs- und Handlungsweisen konkretisiert. Im Folgenden beginne ich mit der empirischen Analyse, indem ich transnational vergleichend herausarbeite, wie die feministischen Streikinitiativen dabei eine soziale Frage aufwerfen.

4 Die soziale Frage öffnen

[I]n unserem Kollektiv gibt es viele Aktivist:innen, die [...] hineingetragen haben, was zuvor in Italien, Spanien, Argentinien, Chile [...] passiert ist. [...] Wir eignen uns dies an, um zu sagen [...]: ‘Wir halten nicht nur das kapitalistische System an, sondern auch das Patriarchat.’ [...] Wir sind in Verbindung [...] mit der Welt der Klassenkämpfe. Aber wir fügen die Dimension des Rassismus und des Sexismus hinzu. (Aktivistin, *Collecti.e.f 8 maars*, Belgien, Juli 2021)⁴

Der feministische Streik war – hier spiegelt die belgische Aktivistin exemplarisch die im vorangegangenen Abschnitt angeführten Beispiele – für die untersuchten Streikinitiativen transnational geteilter Ausgangspunkt, lokale feministische Kämpfe neu zueinander in Beziehung zu setzen und als Teil klassenpolitischer Kämpfe zu verstehen: Langjährige feministische Anliegen – Kämpfe gegen patriarchale Gewalt, körperliche Selbstbestimmung und reproduktive Gerechtigkeit – bezogen die Streikinitiativen dabei in erster Linie auf die Frage nach bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit. Dies beschreibt eine Aktivistin für das Luxemburger Bewegungsfeld als thematische Verschiebung: „Vorher [gab es] [...] keine zentrale Thematik. Wir haben dann angefangen mit Sorgearbeit als Prinzip der Unterdrückung, als das zentrale Thema, was in all diese anderen Be-

⁴ Die Interviews habe ich auf Deutsch, Englisch und Französisch geführt. Die Interviewsequenzen sind für diesen Text ins Deutsche übersetzt.

reiche übergeht“ (Aktivistin 3, *La Plateforme Journée Internationale des Femmes* (JIF), Luxemburg, Juli 2021). Unter dem Eindruck der Covid-19-Pandemie formulierten das Luxemburger Netzwerk wie auch die anderen interviewten Streikinitiativen die Frage von Sorgearbeit als Ausgangspunkt einer feministischen Deutung sozialer Probleme weiter aus. Die durch verlängerte Schichten, intensivierete Arbeit, ein höheres Ansteckungsrisiko sowie Grenzsicherungen zugespitzte Prekarisierung von Sorgearbeiter:innen während der Pandemie war für viele Streikinitiativen Anlass, eine feministische Bewegungspraxis zu entwickeln, die sich über gewohnte aktivistische Kontexte hinausbewegt. Dies konkretisiert sich in zwei Handlungsfeldern: Erstens involvierten sich die Streikinitiativen mit feministischen Perspektiven in soziale Proteste, um dortige Problemsichten mitzudefinieren. Besonders umfassend lässt sich dies, wie bereits angesprochen, am Beispiel jener *Nous-Toutes*-Initiativen⁵ nachvollziehen, die sich stark auf die Idee des feministischen Streiks beziehen. Sie begannen in Proteste gegen sozialpolitische Reformen zu intervenieren, verbunden mit der Kritik, dass eine dortige, auf Lohnarbeit fokussierte, klassenpolitische Engführung der sozialen Frage eine tatsächliche Heterogenität von Protestbündnissen überschreibe: „In [französischen Bewegungen] [...] gibt es eine starke Illusion des Universalismus.[...] Es gibt immer nur einen Weg und dieser Weg berücksichtigt nicht die Diversität der Menschen [...] und er steht im Widerspruch zu einer intersektionalen Perspektive“ (Aktivistin 1, *Nous Toutes*, Südostfrankreich, Mai 2021). Demgegenüber formulierten die feministischen Initiativen den Anspruch, soziale Probleme – hier die Folgen sozialstaatlicher Reformen – gerade aus einer Heterogenität von Erfahrungen heraus zu verstehen – „wenn man überlegt, wer von den rechten Reformen in Frankreich besonders betroffen ist, sind es immer Frauen, sexuelle und geschlechtliche Minderheiten, *people of colour*, arme Menschen. [...] Die Gesetze müssten von den Rändern her gedacht werden“ (ebd.). Daraus folgten seitens der *Nous-Toutes*-Initiativen meist konfliktvolle Interventionen in eine inhaltliche Selbstverständigung sozialer Protestbündnisse – „zu Beginn wurde jede feministische Forderung abgelehnt“ (ebd.). Zudem versuchten sie partikuläre Perspektiven in öffentlichen Protesten sichtbar zu machen – „dann haben wir versucht, in den gegenwärtigen sozialen Kämpfen [...] einen feministischen Block aufzubauen.“ (Aktivistin, *Nous Toutes*, Südfrankreich, Juli 2021). Dieser intervenierenden, konfliktvollen Praxis gingen zweitens Prozesse der Organisation und Selbstorganisation voraus, die versuchten, eine Deutung sozialer Probleme

5 Die Initiativen haben diese Benennung teilweise sprachlich leicht variiert oder erweitert. Zur Anonymisierung verwende ich fortlaufend den Namen *Nous Toutes*.

aus konkreten Erfahrungen, d.h. ausgehend von konkreten Arbeitszusammenhängen oder sozialräumlichen Kontexten zu erarbeiten. Konkret begleiteten die französischen Streikinitiativen punktuell Arbeitskämpfe um Sorge-, Haus- und Reinigungsarbeit – gerade solche, die an den Rändern gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht und in Bereichen geführt werden, in denen formelle und informelle Beschäftigungsstrukturen dazu tendieren, ineinander überzugehen. Solidarische Aktionen der feministischen Initiativen zielten darauf, die Arbeitskämpfe (im folgenden Beispiel jene von Reinigungskräften) gegen rechtliche und polizeiliche Repressionen zu schützen und finanziell sowie durch Öffentlichkeit zu stärken:

Wir waren präsent an den Streikposten, vor dem Kommissariat, weil es vorkam, dass manche Arbeiter:innen [...] festgenommen wurden. Es ging auch darum, die Streikkasse zu füllen. Wir haben dafür Dokumentarfilmabende organisiert, um öffentliche Unterstützung zu organisieren. [...] Und wir haben ruppigere Sachen gemacht [...]. Wir sind in [Name Betrieb] eingebrochen, um die Gäste [...] über Unteraufträge usw. zu informieren. (Aktivistin, Nous Toutes, Südfrankreich, Juli 2021)

Auch die anderen Streikinitiativen gingen vermehrt von konkreten sozialen Problemen und Kämpfen aus. Neben dem unmittelbaren Bezug auf betriebliche Kämpfe setzten sie in Nachbarschaften und urbanen öffentlichen Räumen an, um quasi von unten eine Gesellschaftskritik etwa an den Bedingungen bezahlter und unbezahlter reproduktiver Arbeit zu entwickeln. Ein Beispiel hierfür ist die *Kämpferische Mittagspause*, die das polnisch-deutsche Kollektiv *Dziewuchy Berlin* 2019 angestoßen hatte. In privaten bzw. semiprivaten (Arbeits-)Räumen gemachte Erfahrungen will sie in den öffentlichen Raum tragen und zueinander in Verbindung setzen:

Man sollte sich einen Stuhl nehmen mit einer Schrift auf den Rücken 'Ich streike' und sich irgendwo im öffentlichen Raum oder auch der eigenen Küche eine Stunde, fünf Minuten, egal, bisschen Zeit für sich nehmen, weil das haben wir nicht [...] als Aktivist:innen, als Mütter, als keine Ahnung was [...]. Es sollte ein bisschen unangenehm sein für die Öffentlichkeit, für die Straßen. (Aktivistin, Dziewuchy Berlin, Deutschland, April 2021)

Ausgehend von vermeintlich privaten Erfahrungen und damit verbundenen Gefühlen von Wut, Enttäuschung, Erschöpfung oder von auch entwickelten Wünschen nach Veränderung stößt die Pause emanzipative Prozesse an. Diese will die Aktionsform durch die Gleichzeitigkeit und durch eine wechselseitige Sichtbarkeit im Stadtraum und in sozialen Medien in eine politische Öffentlichkeit tragen.

Die hier exemplarisch nachvollzogene Strategie, aus vereinzelt erfahrender Prekarität und damit verbundenen Emotionen feministische Öffentlichkeiten zu

entwickeln, konkretisiert sich in der transnational vergleichenden Betrachtung weiter: Die Streikinitiativen entwickelten in der Gesamtschau verschiedene Austauschformate – z.B. Informationsstände in Nachbarschaften oder Workshops und Stammtische –, in denen die Beteiligten konkrete Erfahrungen sowie praktische und analytische Wissensbestände, etwa in Situationen der Arbeitslosigkeit oder (künftiger) Altersarmut, teilten. Die französischen Initiativen formulierten aus diesen aktivistischen Öffentlichkeiten heraus eine feministische Kritik an jüngeren sozialstaatlichen Reformen – etwa von Renten- und Arbeitslosenversicherung. Auf Grundlage dieser gemeinsamen feministischen Deutungsarbeit entwickelten sie über potentielle Konflikte hinweg eigene bewegungsinterne und -übergreifende Bündnisse weiter – z.B. für eine Kundgebung zum 8. März 2019: „[E]s gab eine offene Bühne mit Redner:innen [...]: Frauen der *gilets jaunes*, Frauen des Kollektivs *rosa*, das ist ein feministisches Kollektiv afrikanischer Frauen [...] – wir haben die Leute versammelt, die das Wort ergreifen wollten.“ (Aktivistin, Nous Toutes, Südfrankreich, Juli 2021)

Die soziale Frage stellt sich für die Aktivist:innen also letztlich sowohl als Anspruch an die (eigene) Bewegungspraxis, verschiedene Erfahrungen zu inkludieren, wie auch als Anspruch an bewegungsübergreifende soziale Proteste, dies ebenfalls zu tun. Um in einer sozialen Frage intersektionale Verflechtungen abzubilden, gelte es, diese von unten und von den Rändern her zu stellen, d.h. aus konkreten Situationen der Prekarität und durch eine Bewegungspraxis, die etablierte feministische Bewegungszusammenhänge überschreitet. Damit stellt sich die Frage, wie die hier nachvollzogenen, in lokalen Kämpfen erarbeiteten Bewegungsstrategien sowie damit verbundene Problemsichten in einen breiten feministischen Bewegungszusammenhang einfließen. Inwiefern gelingt es also, aus der hier skizzierten Bewegungspraxis in feministischen Bewegungen eine intersektionale Deutung sozialer Probleme zu entwickeln, die auch Gruppen einbezieht, die sich primär zu Herrschaftsverhältnissen jenseits des Geschlechterverhältnisses organisieren? D.h., mit dem zuvor entwickelten Solidaritätsbegriff weiterformuliert: Inwiefern gelingt es, Solidaritätsbeziehungen zu erarbeiten, die Differenzen und Konflikt zu demokratischer Teilhabe führen können?

5 Bündnisse

Da die Idee des feministischen Streiks, wie bereits gezeigt, klassenpolitische Perspektiven im europäischen feministischen Bewegungsfeld (wieder) gestärkt hat, bestand in lokalen und nationalen Bündnissen grundsätzlich Bedarf, Selbstverständnisse, politische Anliegen und Strategien zu reformulieren. Dies brachte

– wie ich im Folgenden zeige – konfliktvolle Aushandlungsprozesse mit sich. Exemplarisch diskutiere ich drei Konstellationen, die zeigen, inwieweit in lokalen bzw. translokalen Bündnissen intersektionale Deutungen sozialer Probleme entwickelt werden können: Am Beispiel des Luxemburger Bewegungsfeldes betrachte ich stark institutionalisierte Bewegungsstrukturen rund um den 8. März. Mit dem Beispiel des Schweizerischen feministischen Streiktags am 14. Juni 2019 fokussiere ich eine breite feministische Mobilisierung, die verschiedene Generationen und sozialräumliche Kontexte feministischer Praxis abdeckte. Am Beispiel des Netzwerks E.A.S.T. beleuchte ich eine Arbeit an gemeinsamen Problemsichten in der Vermittlung lokaler und transnationaler Ebenen.

In Luxemburg wurden feministische Veranstaltungen zum 8. März traditionell in Kooperation mit Parteien und Gewerkschaften durch die Vereinsstrukturen einer öffentlich geförderten feministischen Bibliothek organisiert. Sie waren also verhältnismäßig eng in institutionelle politische Strukturen eingebunden. Eine jüngere Generation feministischer Aktivist:innen brachte in diese Strukturen die Idee des feministischen Streiks ein, die sie durch internationalen Wissenstransfer kennengelernt hatten, und rückte damit Fragen sozialer Ungleichheit in den Mittelpunkt. Eine damit verbundene kritische Auseinandersetzung mit dem (feministischen) lokalen Bewegungsfeld vollzieht eine interviewte Aktivist:in exemplarisch im biographischen Rückblick nach:

Als ich aus dem Ausland zurückkehrte [...] wurde mir bewusst, dass wirklich nichts und niemand aktiv versucht, die schon lange bestehenden [sozialen] Probleme anzugehen. [...] Ich habe dann andere Leute gefunden, denen es ähnlich ging, [...] die auch dazu bereit sind, die Art und Weise, wie in Luxemburg Dinge geregelt werden, herauszufordern. (Aktivistin 3, Plattform JIF, Luxemburg, Juli 2021)

Die Hinwendung zu sozial- und klassenpolitischen Fragen am 8. März erarbeitete die jüngere Generation in einem fortlaufenden bewegungsinternen Aushandlungsprozess, durch den sie sukzessiv neue Protestformen zum 8. März etablierte, die sich von einem bürgerlichen Selbstverständnis der bestehenden feministischen Bewegung abgrenzten. Durch den langsamen Prozess vermied sie – zugunsten einer breiten in bestehende Netzwerke eingebundenen Streikbewegung – einen Bruch im Bewegungsfeld: „Die Jahre zuvor gab es immer am Sonntag [nach dem 8. März] ein feministisches kulturelles Fest. [...] Dort gab es dann Champagner. [...] Wir haben uns damit nicht identifiziert. [...] Dann gab es [mit den bisherigen Organisator:innen] Konflikte“ (Aktivistin 1, Plattform JIF, Luxemburg, Juli 2021). In diesen Konflikten setzten die Aktivist:innen darauf, durch Kompromisse Verbindungen im Bewegungsfeld zu erhalten. Im konkreten Fall hatten die Aktivist:innen zwar in Abgrenzung zu den jährlichen Feierlichkeiten

eine neue Demonstrationsroute entwickelt. Mit ihr suchte der feministische Protest gegenüber den vorherigen Jahren gezielt den Stadtraum und darin weniger privilegierte Orte auf. Am Ende des Protestzugs luden die Aktivist:innen zur traditionellen gemeinsamen Feier in einem soziokulturellen Zentrum ein, die die verschiedenen feministischen Bewegungskontexte verband: „[...] Die Idee war dann, dass wir trotzdem irgendeinen Teil vom Streiktag zusammen verbringen wollten, [...] dass wir das nicht trennen wollten“ (ebd.).

Auch in der Schweizer feministischen Bewegung forderte die Idee des feministischen Streiks dazu heraus, ein Selbstverständnis bewegungsintern neu auszuhandeln. So erzählt eine Aktivistin von einer landesweiten Versammlung und Arbeit an einem gemeinsamen Statement: „[Z]um Beispiel wurde gefragt am Anfang: ‘Sprechen wir von Kapitalismus oder nicht?’ [...] Und dann wurde das rausgestrichen, [...] dann gab es viele Voten, dass man wieder Kapitalismus reinnimmt.“ (Aktivistin 2, Schweizer Streikinitiative, April 2021) Parallel zu derlei bewegungsinternen Aushandlungen knüpfte die Schweizer Bewegung an den dortigen Frauenstreik von 1991 als Bewegungsstruktur und Beispiel breiter Mobilisierung an. Dieser Bezug ermöglichte es, zwischen verschiedenen lokalen feministischen Initiativen einen translokalen Zusammenhang aufzubauen, der insbesondere auch ländliche und urbane feministische Kontexte verband. Er wurde schließlich in einer gemeinsamen Kartierung von Aktionen festgehalten. Die Karte dokumentierte verschiedene ältere lokale Initiativen, die mit dem neuen Streikaufruf reaktiviert wurden, ebenso neuere feministische Kämpfe in Erziehungs- und Pflegearbeit sowie in Bildungseinrichtungen. Sie ging dabei über jene Initiativen hinaus, die an der unmittelbaren, langfristigen Vorbereitung des Streiktags beteiligt gewesen waren. Der hiermit entwickelte translokale Zusammenhang wirkte zum einen als Korrektiv gegenüber bestehenden vor allem urbanen Problemdefinitionen und Selbstverständnissen der feministischen Bewegung: „[D]as war für uns ein neues Thema, wie prekär eigentlich Frauen auf Bauernhöfen leben und wieviel Gratisarbeit sie machen.“ (Aktivistin 2, Schweizer Streikinitiative, April 2021) Zum anderen ermöglichte er einen Spielraum für unterschiedliche Deutungen des feministischen Streiktags am 14. Juni 2019. So war es zwar den lokalen Streikkollektiven „wichtig zu sagen, ‘es ist ein Streik, es ist keine Demonstration, es ist ein Kampfmittel‘“ (Aktivistin 1, Schweizer Streikinitiative, April 2021). Zugleich blieb genau dieses Selbstverständnis während der breiten Mobilisierung am Aktionstag deutungs offen: „Ganz viele sind streiken gegangen und meinten die Demo. Aber es war eben auch so eine große Demo. Viele waren wahrscheinlich das erste Mal im Leben überhaupt auf einer Demo.“ (Aktivistin 2, Schweizer Streikinitiative, April 2021) Diese

pragmatische Parallelführung unterschiedlicher Verständnisse des Streiktages am 14. Juni 2019 sicherte die breite Mobilisierung gegen Potentiale der Spaltung. Solche Spaltungstendenzen machen die interviewten Aktivistinnen vor allem im öffentlichen, medialen Diskurs aus. Ihnen setzte die Streikbewegung eine Differenzen überbrückende Loyalität entgegen: „Und dann kamen auch die Medien: ‘Was sagt ihr dazu? Distanziert ihr euch?’ Und da war dann die Antwort der Person, die bei uns Medien gemacht hat: ‘Ja, Frauen sind wütend und kämpfen auf ihre Weise. Wir sind viele und unterschiedlich‘“ (ebd.). Der hier vor allem auf einer emotionalen Ebene formulierte Zusammenhang eröffnete den feministischen Initiativen schließlich während der gemeinsamen Aktionen politische Handlungsspielräume: „Es gab eine Stimmung in der Stadt, das kann man nicht beschreiben, wenn man es nicht erlebt hat, [...] die ganze Stadt war so ein safe space, [...] es war so ein Moment: Ok. Andere Zustände sind möglich.“ (ebd.). Der durch Adamczak (2021) formulierte Horizont eines ausschweifenden Zusammenhangs, nämlich, dass in ihm Vorstellungen sozialer Transformation entwickelt und ggf. greifbar werden, findet sich in diesem Moment der Verbundenheit, mit der sich die Beteiligten den öffentlichen Raum für ihre politische Artikulation aneigneten, wieder. Zugleich zeigt sich im empirischen Fall die Brüchigkeit dieser Erfahrung: „[U]m 12 Uhr war das Programm fertig, und dann ist es wieder gekippt, dann war es wieder ein männerdominierter Raum“ (ebd.).

Zur Frage nach Aushandlungen von Konflikten und der Etablierung einer klassenpolitischen Perspektive im Bewegungsfeld ergibt sich hier folgendes Bild: Das zu Beginn der Analyse in verschiedenen lokalen Streikinitiativen formulierte Verständnis einer sozialen Frage, die sich lokal im Verhältnis von produktiver und reproduktiver Arbeit, zwischen Wohn- und Arbeitsorten stellt, wurde in der schweizerischen Mobilisierung für einen feministischen Streik in einen translokalen Zusammenhang überführt. In diesem erlebten die Aktivist:innen punktuell politische Handlungsspielräume und somit eine Stärkung lokaler Kämpfe. Klassenpolitische Deutungen feministischer Kämpfe, die lokal in den jeweiligen Streikinitiativen entwickelt worden waren, wurden dabei sichtbar, aber letztlich in der vor allem pragmatisch und emotional konstituierten Beziehungsweise nur punktuell ausgehandelt und reflektiert: Gerade die intersektionale Verbindung blieb flüchtig, weil sie durch eine nur temporäre Raumeignung und daran geknüpfte Affekte erreicht wurde.

Der translokalen Vernetzung in der Schweiz möchte ich nun das Beispiel des transnationalen Netzwerks E.A.S.T. vergleichend gegenüberstellen: Das zum Zeitpunkt der Erhebung vor allem von Italien und Osteuropa sowie Südosteuropa ausgehend entwickelte Netzwerk E.A.S.T. erarbeitete ebenfalls eine translokale,

in diesem Fall aber transnationale Vernetzung zwischen lokalen sozialen Protesten und feministischen Initiativen. Ausgangspunkt dafür war zunächst eine Kritik transnationaler Macht- und Ausbeutungsverhältnisse:

Wir fanden, wir sollten von jenen Orten ausgehen, die eben nicht im Zentrum Westeuropas liegen, von jenen Orten, an denen eine transnationale Ausbeutung von Sorgearbeit beginnt, von denen viele Migrant:innen herkommen, wohin gegenwärtig Produktion ausgelagert wird, und wo sich zugleich eben auch eine feministische Bewegung formiert. (Aktivistin, E.A.S.T., Italien, November 2021)

Mit dieser Stoßrichtung begann E.A.S.T. zunächst in Webinaren, gemeinsamen Broschüren, Aktionstagen und öffentlichen Statements lokale Kämpfe von Sorgearbeiter:innen zu vernetzen, um durch strategische Wissenstransfers und öffentliche Sichtbarkeit ihre lokale Verhandlungsmacht zu stärken. Unter dem Eindruck einer während der Pandemie nochmals verschärften Ausbeutung von reproduktiver Arbeit, so stellt die interviewte Aktivistin fest, seien zunächst grundsätzliche Diskussionen und Interessenkonflikte zwischen lokalen Anliegen gegenüber einer pragmatischen Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen, in den Hintergrund gerückt. Dies veranschaulicht sie am Beispiel von zuweilen informell in privaten Haushalten geleisteter Reproduktionsarbeit:

Es gab in Frankreich marokkanische Haushälter:innen, denen es ähnlich erging wie rumänischen Arbeiter:innen in Österreich oder Italien, denn ganz Europa stützt sich auf Haus- und Sorgearbeit, die durch Migrant:innen aus Osteuropa und Afrika geleistet wird. In dieser Situation und ebenso in der Logistikbranche bestand transnational ein gemeinsames Framing. (ebd.)

Angesichts dieses Pragmatismus' gelang es E.A.S.T., in kurzer Zeit eine europaweite Vernetzung aufzubauen, die insbesondere einen wechselseitigen strategischen Austausch und punktuelle Solidarierungen leistet, aber auch kontinuierlich über lokale Probleme informiert. Ähnlich wie im Fall der Schweizer Streikbewegung gelingt ein translokaler bzw. hier transnationaler solidarischer Zusammenhang gerade auch in Momenten emotionaler Verbundenheit. Dieser hat sich exemplarisch mit einem Aufruf zu einem gemeinsamen Aktionstag gegen den Austritt der Türkei aus der *Istanbul-Konvention* entwickelt. Die interviewte Aktivistin rekapituliert den Aktionstag aus der Perspektive von Non una di Meno: „[Non una di Meno] hatte eine schwere Zeit während der Pandemie. [...] Nach der Pandemie waren wir auf lokaler Ebene weniger verwurzelt, weil wir lange Zeit im Lockdown waren“ (ebd.). In der Situation habe die transnationale Vernetzung sie als lokale Initiative gestärkt. Dies gelang, ähnlich wie im Fall des Schweizer Streiktags 2019, gerade durch die mit dem transnationalen Protest erlebte lokale und transnationale emotionale Verbundenheit: „Als wir am ersten Juli [dem Ak-

tionstag] wieder auf der Straße und mit den anderen Menschen in der Türkei und in anderen Ländern verbunden waren: [...] Ich denke, das war sehr ermutigend“ (ebd.). Der transnationale Protesttag entwickelte somit also nicht nur eine einseitige Solidarität mit der türkischen queer-feministischen Bewegung, sondern stärkte auch die italienische Bewegung. In der hiermit erlebten wechselseitigen Stärkung entwickelt die lokale Non-una-di-Meno-Initiative eine transnational orientierte Deutung, in der sie den türkischen Austritt aus der Istanbul-Konvention in Beziehung zu transnational bestehender nationalistischer und autoritärer Politik setzt: „Wir luden zu einer [...] Pressekonferenz ein, [...] bei der wir Bilder von Erdogan, Orban, dem Papst oder auch rechten italienischen Politikern ausdrückten. [...] Während dieser Pressekonferenz malten wir pinke Farbe unter unsere Füße und liefen mit ihr auf diesen Bildern autoritärer Faschisten herum“ (ebd.). Indem die Initiative mit der transnationalen emotionalen Verbundenheit eben auch einen gemeinsamen gesellschaftspolitischen Kontext verschiedener lokaler politischer Entwicklungen reflektiert, lässt sich der Protest anknüpfend an Judith Butler (2018) als Erfahrung von Interdependenz und so als Moment gleichberechtigter Solidarität verstehen. Ähnlich wie im Fall des Schweizer Streiktags 2019 bleibt jedoch die Verstetigung von derlei Solidarstrukturen und deren Konfliktfähigkeit offen. Langfristig formuliert die Aktivistin für E.A.S.T. die Herausforderung, Konflikte zwischen verschiedenen lokalen aktivistischen Traditionen sowie zwischen auf transnationaler Ebene widerstreitenden lokalen Interessen auszutragen, um gemeinsame Problemsichten zu vertiefen:

Ich denke was für EAST wichtig ist, ist, dass wir wachsen möchten und zugleich auch eine gemeinsamen Sprache entwickeln wollen, die von anderen jenseits aktivistischer Kreise verstanden wird. Wenn wir zu Arbeiter:innen, Frauen, Migrant:innen, zu Menschen in prekären Lebensverhältnissen und nicht nur zu Aktivist:innen sprechen wollen, [...] ist es wichtig, beide Prozesse parallel laufen zu lassen, also Organizing weiterzuführen [...] und] die Diskussionen und Themen zu vertiefen, die feministische Gruppen manchmal spalten. Wenn wir diese Diskussion nicht haben, kann das unsere Initiative zum Erliegen bringen. (ebd.)

Der intersektionale Anspruch des Netzwerks könne bzw. müsse durch folgende Diskussionen über den bereits etablierten pragmatischen Zusammenhang hinausgehend vertieft werden: Zunächst gelte es, Interessenkonflikte zwischen verschiedenen lokalen (Arbeits-)Kämpfen auszutragen. So sei beispielsweise zu reflektieren, dass deren Verhandlungsmacht auch durch Migrationsprozesse bedingt sei. Lokal sei Verhandlungsmacht auch durch Grenzregime, konkret prekäre Aufenthaltsbedingungen und Ausschlüsse von demokratischer Teilhabe bedingt bzw. ungleich verteilt. Transnational gelte es, durch Lohnunterschiede

aufkommende Konkurrenzverhältnisse zu reflektieren. Darüber hinaus, betreffen auch sie Diskussionen um sprachlich (re-)produzierte Ausschlüsse feministischer Bewegungen – was die Aktivistin in der Unterscheidung von „männlicher Gewalt“ und „patriarchaler Gewalt“ veranschaulicht: „Für uns [die lokale Non una di Meno Initiative] ist es sehr verbreitet, von ‘männlicher Gewalt’ zu sprechen, während in anderen Ländern dies als transfeindlich betrachtet wird und von ‘patriarchaler Gewalt’ gesprochen wird“ (ebd.). Mit derlei Differenzen ging das Netzwerk bisher pragmatisch um, womit es ihm gelang, Brüche zu vermeiden – in diesem konkreten Fall, indem es sich dem letzteren Begriff anschloss, in anderen Fällen durch die Verwendung mehrerer Formulierungen.

Die bis hierhin nachvollzogenen Beispiele entwickeln zunächst vor allem einen pragmatischen Zusammenhang, der unterschiedliche Selbstverständnisse parallel führt und darauf zielt, lokale Organisationen und Kämpfe zu stärken: Im Fall von E.A.S.T. bedeutete dies, dass sich Sorgearbeiter:innen zunächst vor allem zu praktischen und strategischen Fragen vernetzen. Durch die Luxemburger Plattformen *Journée Internationale des Femmes* wurden pragmatisch Unterschiede und Gemeinsamkeiten in teils (räumlich und inhaltlich) getrennten und teils gemeinsamen Aktionen aneinandergereiht. Im Fall der Schweizer Streikbewegung zeigte sich die Verbindung heterogener Kämpfe zunächst in der Geschlossenheit gegenüber medialen Spaltungsversuchen von außen. Hier wurde deutlich, dass der pragmatische Zusammenhang vor allem aus der Abgrenzung von einem Gegner formuliert wird und weniger auf einer gemeinsamen Probleminterpretation bzw. geteilten Vorstellungen von sozialer Transformation basiert. Ansätze eines solchen Zusammenhangs entwickeln die Streikinitiativen durch räumliche Aneignungen, die politische Handlungsspielräume ermöglichen. Dies habe ich anhand des feministischen Streiktags 2019 in der Schweiz und des transnationalen Protests von E.A.S.T. gegen den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention exemplarisch nachvollzogen. Gemeinsame Problemsichten und Vorstellungen sozialer Transformation wurden hier vor allem durch einen emotionalen Zusammenhang getragen, der als solcher jedoch flüchtig konstituiert ist. Dies wirft die Frage auf, ob die Streikinitiativen über einen losen Zusammenhalt hinaus politische Solidaritätsbeziehungen entwickeln. Für Letzteres, so möchte ich anknüpfend an Dean (1995) argumentieren, bedarf es Möglichkeiten des Konflikts und des Streits. Erst mit ihnen werden Selbstverständnisse, Voraussetzungen der Zugehörigkeit und Machtverhältnisse unter den Aktivist:innen, die einer gemeinsamen Problem-sicht entgegenstehen können, verhandelbar. Das Beispiel des Netzwerks E.A.S.T. macht deutlich, dass eine solche Aushandlung eines solidarischen Zusammenhangs verschiedene – inhaltlich und ggf. auch räumlich sehr weit entfernte – Kontexte

feministischer Praxis miteinander vermitteln muss, wenn intersektional zwischen heterogenen Formen der Prekarisierung Solidaritätsbeziehungen aufgebaut werden sollen. Auf der einen Seite beruht ein solcher Anspruch der Intersektionalität auf einer (ggf. akademisch orientierten) feministischen Selbstverständigung. Diese läuft Gefahr, konkrete lokale Erfahrungen zu überschreiben. Auf der anderen Seite steht die Organisation eines pragmatischen Zusammenschlusses verschiedener (lokaler) (Arbeits-)Kämpfe. Sie läuft ohne die Aushandlung von Interessenkonflikten Gefahr, bei einer Addierung lokaler Forderungen und Problemsichten zu verharren. Anschließend an hooks und Adamczak formuliert, sind für deren Zusammenführung zunächst Voraussetzungen zu schaffen, d.h. Beziehungen aufzubauen, die in Widerspruch zu bewegungsintern fortbestehenden Machtverhältnissen und entsprechenden Identitätskonzepten und Ausschlüssen treten (hooks 1986; Adamczak 2018). Im Folgenden frage ich daher, wie genau die Initiativen aus den verschiedenen konkreten Erfahrungen heraus eine gemeinsame Probleminterpretation und schließlich eine intersektionale soziale Frage erarbeiten. Dazu beleuchte ich zunächst Konfrontationen der Streikinitiativen mit bewegungsinternen und -übergreifenden Bruchlinien, um anschließend daraus hervorgehende Konfliktstrategien als radikaldemokratische Praxis zu diskutieren.

6 Bruchlinien

Gegenwärtige Bruchlinien machen die interviewten Streikinitiativen zunächst in bewegungsgeschichtlich angelegten rassistischen und kulturalisierenden Ausschlüssen aus. Diese würden gegenwärtig in gesamtgesellschaftlich und politisch aufgebauten Feindbildern sowie klassistischen Abwertungen und Kriminalisierungen reproduziert und kulminierten schließlich darin, dass auch feministische Bewegungskontexte die Perspektiven von Migrant:innen, Muslima, Transpersonen und Sexarbeiter:innen oft an den Rand drängten. Gerade wenn sich solche Ausschlüsse mit starker Prekarisierung und Armut verknüpften, entwickelte die feministische Praxis blinde Flecken. Die durch die Streikinitiativen wahrgenommenen Dynamiken der Marginalisierung formuliert eine französische Aktivistin für feministische und bewegungsübergreifende Bündnisse weiter aus: Bestehende Bündnisse tendierten dazu, Differenzen durch einen vermeintlichen Konsens zu überschreiben: „[M]anche von uns sagen: ‘wir müssen einen Weg finden zusammenzuarbeiten, es gibt ein größeres Ziel’, deshalb sollten wir nicht über Sexarbeit, Transpersonen [...] und natürlich – das Hauptthema in Frankreich – nicht über das ‘Kopftuch’ sprechen: Themen, die uns spalten würden“ (Aktivistin 1, Nous Toutes, Südostfrankreich, Mai 2021). Diese Vermeidung

von Konflikten, so die weitere Kritik der Aktivist:innen, münde jedoch darin, als partikular respektive als spaltend verstandene Anliegen zu übergehen. Aufbauend auf der rekonstruierten klassenpolitischen Perspektive, die die Initiativen durch die Idee des feministischen Streiks erarbeiten, führen die französischen *Nous-Toutes*-Initiativen diese Kritik in zweifacher Hinsicht weiter: Bewegungsintern werfen sie vor allem stark institutionalisierten feministischen Protesten um den 8. März herum vor, klassenpolitische Fragen, die sich auch in jenen nach sexueller Selbstbestimmung und reproduktiver Gerechtigkeit oder im Kampf gegen patriarchale Gewalt fänden, zu übergehen. Bewegungsübergreifenden Protesten werfen sie vor, heterogene Erfahrungen von Prekarisierung und Armut, d.h. darin gelagerte rassistische und patriarchale bzw. sexistische Machtbeziehungen zugunsten einer universalen Problembeschreibung zu übergehen. Die Bündnisse „leisteten“ es sich, „keine Meinung“ (ebd.) zu Anliegen von Minderheiten bzw. marginalisierten Gruppen zu haben. Zugunsten eines vermeintlichen Konsenses würden sie Widersprüche in sozialen Bewegungen überschreiben. Demgegenüber formuliert die zuvor zitierte französische Aktivistin exemplarisch den Anspruch, bisher im Bewegungsfeld marginalisierte Perspektiven und etablierte Bewegungsstrukturen in eine – ggf. konflikthafte – Beziehung zu setzen: „Wir sollten damit beginnen, eine Linie zu ziehen [...] vom Rand zur großen Mitte, die keine Meinung zu diesen Dingen hat“ (ebd.).

Dieser Anspruch führt zu zwei strategischen Ansätzen, Solidaritätsbeziehungen dort zu erarbeiten, wo sie bisher verweigert wurden: Erstens greifen die Streikinitiativen Ordnungen der Repräsentation und Sichtbarkeit im Bewegungsfeld und speziell in Protestsituationen an. Zweitens adressieren sie die skizzierten Spaltungen in Prozessen der Organisierung. Für beide Ansatzpunkte frage ich, inwiefern es gelingt, gegenüber den skizzierten bewegungsinternen Machtbeziehungen und Ausschlüssen symmetrische Solidaritätsbeziehungen zu erarbeiten und damit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, eine intersektional ausgerichtete soziale Frage zu stellen.

7 Vielstimmigkeit

Zunächst versuchten die Streikinitiativen Ordnungen der Repräsentation in Demonstrationen zu reflektieren und Barrieren der Zugänglichkeit abzubauen, sodass im öffentlich sichtbaren Protest auch jene Forderungen und Anliegen sichtbar wurden, die bisher Protestbündnisse und Bewegungsstrukturen rund um den 8. März marginalisiert hatten – was im Folgenden exemplarisch eine französische Aktivistin rekapituliert:

Wir versuchen die Menschen, die man am wenigsten sieht und die in besonderer Weise diskriminiert sind – Menschen ohne Papiere oder Muslime oder Schwarze Menschen oder Araber:innen oder jene, die als solche gelesen werden – am Kopf des Demonstrationszuges laufen zu lassen [...] in Räumen, in denen sie sich wohlfühlen. (Aktivistin 1, Nous Toutes, Nordfrankreich, Juli 2021)

Voraussetzung eines solchen bewegungsinternen Prozesses der Neuordnung und Öffnung, dies spricht die Interviewte zuletzt an, waren sorgende Beziehungsweisen. Mit ihnen ließen sich die Demonstrationen – anschließend an Judith Butler – als Infrastruktur verstehen, um politische Sichtbarkeit zu schaffen. Dieser Perspektive weiter folgend, könnte man in den beschriebenen Prozessen der Neuordnung von Protest das Potential vermuten, auch Solidaritätsbeziehungen zu entwickeln, aus denen über Differenzen hinweg gemeinsame Problemsichten und Forderungen hervorgehen. Gerade, wenn die Streikinitiativen jedoch Solidaritätsbeziehungen über tiefe Konfliktlinien hinweg aufbauen und diesbezügliche interne Machtbeziehungen reflektieren, kommen die im Bewegungsfeld aufgebauten Solidaritätsbeziehungen jedoch nicht zu diesem Punkt: Solidarität – so formuliert es die belgische Aktivistin exemplarisch für die Involvierung antirassistischer Gruppen in feministischen Protest – bedeutet für die Streikinitiativen, „[...] sich einmal nicht in den Vordergrund zu stellen“, sondern vielmehr strukturellen gesellschaftlichen Machtverhältnissen mit der eigenen Bewegungspraxis pragmatisch entgegenzutreten: „Beispielsweise übernehmen wir die Sicherheit während der ganzen Demonstrationen. Wir unterstützen die Logistik dieser Gruppen. Wir unterstützen die Wortbeiträge“ (Aktivistin, Collecti.e.f 8 maars, Belgien, Juli 2021). Indem die Streikinitiativen politische Sichtbarkeit dort ermöglichen, wo sie bisher verstellt war, gelingt es ihnen, vor allem einen vielstimmigen politischen Protest aufzubauen und frühere Repräsentationsordnungen und bewegungsinterne Marginalisierungen zu hinterfragen. Hier nähern sich die Streikinitiativen einer intersektionalen Praxis an. Sie führen diese Vielstimmigkeit jedoch nicht in möglicherweise konflikthaftern Prozessen zu ausgehandelten gemeinsamen Problemsichten und Gesellschaftsentwürfen.

Einem solchen Horizont differenzbasierter Solidarität nähert sich das polnisch-deutsche Kollektiv Dziewuchy Berlin mit der Aktion des *Global Scream* (März 2019) etwas weiter an, indem es mit dem Aufruf zum einminütigen Schrei explizit eine von Konflikten geprägte lokale Bewegungslandschaft adressiert: Zum 8. März 2019 mündeten verschiedene lokale Konfliktlinien in einer Aufspaltung der feministischen Bewegung in mehrere Demonstrationen. Demgegenüber wollte die Protestpraktik des *Global Scream* einen emotionalen Zusammenhang schaffen. Der oben dargestellten Öffnung von Repräsentationsordnungen fügt

die hiermit erzeugte Vielstimmigkeit damit einen weiteren strategischen Aspekt hinzu: Das Kollektiv zielte darauf, mit dem gemeinsamen Schrei über bestehende Konflikte hinweg, die sich am 8. März auch in einer räumlichen Distanz niederschlugen, eine breite und zugleich heterogene (und eben nicht vorrangig mit sich selbst beschäftigte) feministische Bewegung sichtbar zu machen – zumindest als kurzen Moment der gemeinsamen Wut: „Auch wenn diese beiden Märsche woanders sind. [...] die haben sich nicht gehört, aber wenigstens haben sie etwas gemeinsam gemacht. [...] Jede hat eigene Gründe, um diese Minute lang zu schreien“ (Aktivistin, Dziewuchy Berlin, Deutschland, April 2021). Zusätzlich hoffte Dziewuchy Berlin – und hier nähert sich die Protestpraktik potentiell einer differenzbasierten Solidarität – dass der Moment gleichzeitiger und füreinander sichtbarer Wut (über die gesellschaftlichen Verhältnisse oder auch in der feministischen Bewegung übereinander) einen Impuls dafür geben könnte, widerstreitende Problemsichten auszuhandeln und zu einem solidarischen Protest zusammenzuführen.

Der gemeinsame Protest – dies gilt für die beschriebenen Neuordnungen feministischer Proteste wie auch für die mit dem Global Scream angestoßene Situation geteilte Wut – bleibt ein Moment gemeinsamer stadträumlicher Sichtbarkeit oder Emotion. Ihm gelingt es, Marginalisierungen und Ausschlüsse anzuerkennen, ihnen Vielstimmigkeit entgegenzusetzen und repräsentative Ordnungen punktuell herauszufordern. Gerade das Beispiel Dziewuchy gibt den Impuls dafür, ein wechselseitiges Verständnis voneinander und eine produktive Aushandlung von Differenzen zu beginnen. Wie aber könnte es dazu kommen, dass aus Vielstimmigkeit heraus Ausschlüsse und Konfliktlinien bearbeitet und Voraussetzungen dafür geschaffen werden, aus der Parallelität von Erfahrungen eine tatsächlich intersektional verwobene Problemsicht zu entwickeln?

8 Organisation an Bruchlinien

Ansätze dafür finden sich, wie ich im Folgenden weiterargumentieren möchte, weniger im Moment der Versammlung und des Protests, sondern im Bewegungsalltag, d.h. langfristigen, etwa in Prozessen der Organisation und Vernetzung erarbeiteten Beziehungen. Solche haben einige der untersuchten *Nous-Toutes*-Initiativen in der bewegungsinternen Arbeit gegen Islamfeindlichkeit sehr weit geführt: Die Initiativen reagierten dabei, wie bereits angesprochen, auf zwei Dynamiken. Zunächst reflektierten die Initiativen, dass die Innen- und Sicherheitspolitik in Frankreich nach und nach den Islam zum zentralen gesellschaftlichen und politischen Feindbild aufgebaut habe: „[E]s wurde, denke ich, wirklich forciert, einen

nationalen Feind im Inneren zu haben, dem man für alles die Schuld geben kann“ (Aktivistin 1, *Nous Toutes*, Südostfrankreich, Mai 2021). Die Aktivist:innen beobachteten, dass dieses Feindbild auch in feministischen Kontexten Anschluss fand, was bisherige Abgrenzungen, etwa gegen rechte Gruppierungen, aufweichte: „Es gibt immer wieder die Notwendigkeit zu erklären, warum Islamfeindlichkeit in Frankreich sehr präsent ist und warum es tatsächlich auch eine feministische Frage ist. Das hat man gesehen, als ein faschistisches Frauenkollektiv, *Némésis*, begann in der Stadt aktiv zu werden“ (Aktivistin 2, *Nous Toutes*, Nordfrankreich, Juli 2021). Die hier zitierte *Nous-Toutes*-Initiative begann daraufhin, über das Kollektiv zu informieren. Sie traf damit auf Unverständnis in lokalen Netzwerken, da einige feministische Gruppen von rechts geschürte islamfeindliche Ressentiments als solche nicht erkannten bzw. einige Denkweisen teilten: „[W]ir sind in dem Stadium, wo es nötig ist, zu erklären, warum es wirklich wichtig [...] ist, sich gegen Islamfeindlichkeit einzusetzen“ (ebd.). Diese Situation motivierte diese und andere *Nous-Toutes*-Initiativen zu einem fortlaufenden Informationsaustausch und bewegungsinternen Lernprozess in Form von Workshops, Broschüren und gezielter landesweiter Vernetzung. Im Kontext dieses bewegungsinternen Konflikts und Lernprozesses zur Frage von Islamfeindlichkeit reagierte eine *Nous-Toutes*-Initiative auf eine lokale Selbstorganisation von Muslima gegen Bekleidungsordnungen in Schwimmbädern. Die *Nous-Toutes*-Initiative unterstützte deren Anliegen, indem sie sich Protesten, offenen Briefen sowie Aktionen zivilen Ungehorsams anschloss bzw. diese gemeinsam mit der muslimischen Gruppe erarbeitete. Aus diesen fortlaufenden Momenten gemeinsamer Sichtbarkeit und öffentlicher Solidarisierung der *Nous-Toutes*-Initiative mit dem Anliegen der muslimischen Gruppe ist schließlich eine Solidaritätsbeziehung gewachsen, die wechselseitige Aushandlungen ermöglichte. Durch die Arbeit an gemeinsamen Aktionen blicken die Aktivist:innen auf einen gemeinsamen Prozess zurück, in dem sie über Differenzen hinweg eine gemeinsame Deutung entwickelt haben. Dabei hat sich einerseits die (laizistisch geprägte) feministische Perspektive und andererseits die Problemdefinition der muslimischen Aktivist:innen verändert, und es wurde ein gemeinsames emanzipatives Ziel – die Forderung nach körperlicher Selbstbestimmung – formuliert: „Es ist eine Frage der gesellschaftlichen Kontrolle von Körpern, und dies ist nicht in Ordnung. Egal wie, ob aus religiösen Gründen oder nicht, wir wollen uns kleiden, wie wir es wollen. Ob oben ohne oder eine den Körper vollständig bedeckende Badekleidung – es muss beides möglich sein.“ (Aktivistin 1, *Nous Toutes*, Südostfrankreich, Mai 2021) Die hier erarbeitete Solidaritätsbeziehung hat schließlich in zweierlei Hinsicht bestehende Grenzziehungen feministischer Bewegungen überschritten und für Differenzen

bzw. Konflikt geöffnet: Einerseits wurde die *Nous-Toutes*-Initiative Teil eines lokalen Betroffennetzwerks gegen Islamfeindlichkeit. Andererseits ermöglichten die langfristige gemeinsame Protestpraxis und die damit verbundene Aushandlung einer geteilten feministischen Problemsicht der *Nous-Toutes*-Initiative, die Gruppe muslimischer Frauen im lokalen feministischen Bündnis zu etablieren. Hiermit ist es gelungen, bestehende Zuschreibungen von Handlungs(un)fähigkeit im Bewegungsfeld anzugreifen. In der Folge wurde die muslimische Gruppe jenseits unmittelbar eigener Anliegen aktiver Teil bewegungsinterner Aushandlungen. Die *Nous-Toutes*-Aktivist:innen beobachten folgende Veränderung im feministischen Bündnis: „Sie sind da, und sie können für sich sprechen. [...] Und irgendwelche Vorstellungen, [...] dass sie, nur weil sie Hijab tragen, nicht Feminist:innen sein können, dass sie deshalb nicht für die Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch oder für den Zugang aller zu Verhütung sein können – sie sind da und können unmittelbar das Gegenteil beweisen.“ (Aktivistin 1, *Nous Toutes*, Südostfrankreich, Mai 2021) Das Beispiel konkretisiert Potentiale konflikthafter Öffnung bestehender Bewegungsstrukturen, indem es die Arbeit an Solidaritätsbeziehungen gegenüber Ausschlüssen in mehreren Schritten nachvollziehbar macht: Zunächst zeigt es, dass Vielstimmigkeit im gemeinsamen Protest einen zumindest punktuellen Widerspruch gegen Ausschlüsse bedeutet. Darüberhinausgehend hebt das Beispiel hervor, dass Ausschlüsse feministischer bzw. sozialer Bewegungen gerade durch langfristige Arbeitsprozesse angegriffen werden können. Jenseits etablierter Bewegungsstrukturen und indem sie diese verlassen, erarbeiteten die Aktivist:innen Situationen, in denen es gelang, unterschiedliche widerstreitende Erfahrungen zu vermitteln bzw. produktiv darüber zu streiten. Unter diesen Bedingungen gelang es, über Differenzen hinweg in Solidaritätsbeziehungen gemeinsame Problemsichten zu entwickeln.

9 Schlussfolgerung

Mit der empirischen Analyse lokaler Rezeptionen des feministischen Streiks habe ich nachvollzogen, dass feministische Initiativen ausgehend von einer Kritik an Bedingungen der Sorgearbeit gegenwärtig eine soziale Frage aufwerfen bzw. mitdefinieren. Dabei formulieren sie vor allem an die eigene Bewegungspraxis, aber auch an andere bewegungsübergreifende soziale Proteste den Anspruch, soziale Probleme weniger auf der Basis etablierter Wissensbestände existierender sozialer Bewegungen zu definieren. Vielmehr gelte es, sie aus konkreten und heterogenen Erfahrungen von Prekarität und sozialer Ungleichheit heraus – also von unten und von den Rändern aus – zu formulieren, um intersektional verschränkte

Machbeziehungen in Situationen der Prekarität abzubilden. Hiermit findet sich die einleitend erwähnte, mit dem feministischen Streik verbundene Forderung wieder, politische Teilhabe gerade auch in sozialen Bewegungen auszuweiten. Mit diesem Anspruch entwickeln die Streikinitiativen eine Bewegungspraxis, die jene Arbeits- und Lebensverhältnisse adressiert, die bisher an den Rändern feministischer Bewegungen lagen oder explizit durch feministische Bewegungsstrukturen marginalisiert oder ausgeschlossen wurden. Diese intersektionale klassenpolitische Perspektive prägt als Mobilisierung für einen feministischen Streik gegenwärtige feministische Proteste. Zwischen verschiedenen feministischen Streikinitiativen und Kämpfen von Sorgearbeiter:innen ergibt sich jedoch ein vor allem pragmatischer Zusammenhang. In ihm sind in folgender Weise Momente der Solidarität nachvollziehbar: Zunächst existieren unmittelbare situative Solidarisierungen mit jeweiligen Kämpfen. Dabei unterstützen die Streikinitiativen und Initiativen von Sorgearbeiter:innen jeweilige konkrete Protestanliegen und lokale Kämpfe der anderen oder schließen sich gegenüber erlebter Repression zusammen. Sowohl in größeren gemeinsamen Protesten – der feministische Streiktag 2019 in der Schweiz und der Aktionstag von E.A.S.T. zur Istanbul-Konvention waren dafür exemplarisch –, als auch durch gemeinsame Aktionsformen – hier war der Global Scream ein Beispiel – erarbeiten die Streikinitiativen einen emotionalen Zusammenhang. In ihm artikulieren sie unterschiedliche Anliegen und Kämpfe gemeinsam. Dies gelingt ihnen vor allem durch protestförmige Raumaneignungen. Diese und der damit verbundene emotionale Zusammenhang bleiben jedoch momenthaft – ebenso darin erlebte Handlungsspielräume und entwickelte Ideen einer sozialen Transformation. Dabei gerät eine konflikthafte Aushandlung von gemeinsamen Problemsichten und Selbstverständnissen gerade auch entlang der Kategorie Klasse in den Hintergrund. Die Streikinitiativen tendieren dazu, Widersprüche zwischen und Konflikte um klassenpolitische(n) Fragen zugunsten pragmatischer Zusammenschlüsse auszuklammern. Konkrete Erfahrungen von Prekarität sind vielmehr für die Streikinitiativen Ausgangspunkt für die Etablierung und Ausweitung von Bündnissen. Das Netzwerk E.A.S.T. reflektiert diese Leerstelle als Spannung bzw. Distanz zwischen feministischen Reflexionsprozessen und praktischer Organisation.

Konflikte um bewegungsinterne Annahmen von Zugehörigkeit, Ausschlüsse und politische Handlungsfähigkeit führen die feministischen Streikinitiativen vorrangig entlang von Bruchlinien, die aus rassistischen und kulturalisierenden Ressentiments im Bewegungsfeld hervorgehen und feministische Problemsichten in Fragen sexueller und körperlicher Selbstbestimmung, reproduktiver Gerechtigkeit oder patriarchaler Gewalt prägen. Eine intersektionale Praxis führen die

feministischen Streikinitiativen hier punktuell weiter: Zunächst hinterfragen sie bestehende repräsentative Ordnungen im Bewegungsfeld, indem sie politische Sprecher:innenpositionen und Möglichkeiten der Sichtbarkeit neu verteilen und in Beziehung zueinander setzen. Gegenüber bisherigen Ausschlüssen und Marginalisierungen schaffen sie damit einen Moment der Solidarität, der Machtverhältnisse im Bewegungsfeld punktuell hinterfragt. In der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und bewegungsinternen islamfeindlichen Denkweisen haben die französischen Streikinitiativen darüber hinausgehend eine Solidaritätsbeziehung erarbeitet, die wechselseitig Selbstverständnisse und Problemsichten über Differenzen hinweg aushandeln konnte. Die gemeinsame Organisierung der *Nous-Toutes*-Initiativen mit muslimischen Gruppen forderte beide Seiten – zuweilen konflikthaft – heraus, um schließlich Anliegen der muslimischen Gruppe mit einem feministischen Framing zu vermitteln und zu einer gemeinsamen Problemsicht zu gelangen. Die hiermit erarbeitete Solidaritätsbeziehung ermöglichte es anschließend der *Nous-Toutes*-Initiative und der muslimischen Gruppe, im lokalen feministischen Bündnis eine Position aufzubauen, aus der heraus sie gemeinsam zu bestehenden Ressentiments und Ausschlüssen in Konflikt gehen und so Problemsichten im feministischen Bündnis durch intersektionale Perspektiven mitdefinieren konnten. Für klassenpolitische feministische Kämpfe, die sich aus einer Kritik an Bedingungen von Sorgearbeit entwickeln, kann dieses Beispiel strategische Impulse für eine intersektional gestellte soziale Frage liefern: Zunächst fordert es auf, klassistische Ausschlüsse im Bewegungsfeld und Leerstellen feministischer Deutungen entlang der Kategorie Klasse als Konflikt im Bewegungsfeld zu verstehen, anstatt feministischer Praxis lediglich eine klassenpolitische Arbeit hinzuzufügen. Damit ändert sich potentiell der Status jener vielgestaltigen Beispiele der Organisierung von und Solidarisierung mit (Arbeits-)kämpfen um Sorgearbeit. In diesen Prozessen gilt es, konkrete Erfahrungen von Prekarität und Problemsichten feministischer Bewegungen miteinander konflikthaft zu vermitteln, um schließlich Solidaritätsbeziehungen zu entwickeln, die in feministischen Bewegungszusammenhängen klassenpolitische Leerstellen angreifen können.

Literatur

- Adamczak, B. (2018), *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*, Berlin: Suhrkamp.
- (2021), Vielsamkeit eines ausschweifenden Zusammenhangs, in: Kastner, J./Susemichel, L. (Hg.), *Unbedingte Solidarität*, Münster: Unrast, S. 13–48.

- Bude, H. (2019), *Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee*, München: Hanser.
- Butler, J. (2018), *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung*, Berlin: Suhrkamp.
- Dalla Costa, Mariarosa (2022) [1971], *Frauen und der Umsturz der Gesellschaft*, Münster: Unrast.
- Dean, Jodi (1995), Reflexive Solidarity, in: *Constellations* 2(1), S. 114–140.
- De Haas, C. (2021), *En finir avec les violences sexistes et sexuelles. Manuel d'action*, Paris: Robert Laffont.
- Gago, V. (2018), #NosotrasParamos. Notizen zu einer politischen Theorie des feministischen Streiks, in: Gago, V./Gutiérrez Aguillar, R./Draper, S./Menéndez Díaz, M./Montanelli, M./Bardet, M./Rolnik, S. (Hg.), *8M – Der große feministische Streik. Konstellationen des 8. März*, Wien u.a.: transversal texts, S. 25–42.
- hooks, b. (1986), Political Solidarity between Women, in: *Feminist Review* 23(1), S. 125–138.
- Kastner, J./Sussemichel, L. (2021), Unbedingte Solidarität, in: Dies. (Hg.), *Unbedingte Solidarität*, Münster: Unrast, S. 13–48.
- Lessenich, S. (2019), *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*, Ditzingen: Reclam.
- (2023), Transnationale Solidarität – drei Thesen (Gespräch mit Steve Striehler), in: Striehler, S./Haag, C./Ravagli, M. E./Reutlinger, C. (Hg.), *Solidarität heute. Modeerscheinung oder nachhaltiger Gesellschaftswandel?*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 71–88.
- Lorey, I. (2018), 8M – Der große feministische Streik. Vorwort, in: Gago, V./Gutiérrez Aguillar, R./Draper, S./Menéndez Díaz, M./Montanelli, M./Bardet, M./Rolnik, S. (Hrsg.), *8M – Der große feministische Streik. Konstellationen des 8. März*, Wien u.a.: transversal texts, S. 9–24.
- (2020), *Demokratie im Präsens. Eine Theorie der politischen Gegenwart*, Berlin: Suhrkamp.
- Mohanty, C. T. (2003), *Feminism without Borders. Decolonizing Theory, Practicing Solidarity*, Durham/London: Duke University Press.
- Non una di Meno (2017), *Il piano femminista contra la violenza maschile sulle donne e tutte le forme di violenza di genere*, https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://nonunadimeno.files.wordpress.com/2017/11/abbiamo_un_piano.pdf&ved=2ahUKEwjErr6BgPCFAxX7XfEDHR8bChgQFnoECBUQAQ&usg=AOvVaw2jCXjL2IWFLrooxAxcKBSp (letzter Abruf am 2.5.2024).
- Precarias a la Deriva (2014), *Was ist dein Streik?*, Wien u.a.: transversal texts.

Katharina Schmidt

Raum für Obdach- und Wohnungslosigkeit Von mutmaßlicher Raum- und Ortlosigkeit und gesellschaftlichen Platzzuweisungen

Obdach- und Wohnungslosigkeit, als sichtbarste Phänomene städtischer Armut, werden bis heute vor allem mit der Straße und dem öffentlichen Raum in Verbindung gebracht. Gleichzeitig werden wohnungs- und obdachlose Menschen als raumlos definiert, weil ihnen etwas Grundlegendes fehlt – der so genannte reguläre Wohnraum.

Welche Konsequenzen dieses Spannungsfeld zwischen Platzzuweisung und vermeintlicher Raumlosigkeit für die Auseinandersetzung mit der Thematik hat und wie darin komplexe Ein- und Ausschlüsse wirken, greift der Beitrag am Beispiel dreier aktueller stadt- und gesellschaftspolitischer Dynamiken auf. Mit Blick auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, die Vereinnahmung von Fürsorgepolitiken von rechts sowie die politische Selbstvertretung wohnungsloser Menschen in Deutschland werden vermeintlich eindeutige und fixierende Vorstellungen, Zuschreibungen und Verortungen zum Thema Obdach- und Wohnungslosigkeit differenzierend und verkomplizierend aufgeworfen.

1 Einleitung

Wenn die Wohnungsfrage in den letzten Jahren als „die soziale Frage der Gegenwart“ (Hannemann 2022: 26) bezeichnet wird, dann impliziert das prinzipiell auch die Thematik der Obdach- und Wohnungslosigkeit. Trotz der EU-Resolution zur Beendigung der Obdachlosigkeit bis 2030 (Europäisches Parlament 2020) und der prominenten Platzierung der Thematik im Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2021, scheint es in Deutschland bisher kaum Raum für eine theoretisch und inhaltlich vielseitige und profunde Auseinandersetzung mit Obdach- und Wohnungslosigkeit zu geben. Im Gegensatz zu zahlreichen differenzierten Arbeiten, Studien und politischen Debatten zur Wohnungsfrage, Wohnen und zur Wohnraumentwicklung in Deutschland, liegt derzeit keine

vergleichbare und konsistente sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung zum Thema der Obdach- und Wohnungslosigkeit vor. Zwar gibt es durchaus unterschiedliche Disziplinen, die unterschiedliche Dimensionen der Thematik bearbeiten und politische Bündnisse, soziale Träger und Initiativen, welche immer wieder eine öffentliche Debatte anstoßen (BAG W 2021; AGFW 2022; Sowa 2022, Borstel u.a. 2023), dennoch wird die Thematik von Wissenschaft, Medien, Politik und Gesellschaft häufig außerhalb städtischer, gesellschaftlicher und politischer Realität platziert.

Warum jedoch Obdach- und Wohnungslosigkeit ein grundlegend sozial-räumliches Phänomen ist, das Teil urbaner Verhältnisse ist und für das es nicht nur aktuell notwendig ist, akademisch, aber auch gesellschaftlich und politisch mehr Platz zu schaffen, möchte dieser Beitrag im Folgenden aufzeigen. Kritische Perspektiven auf Solidarität, Fürsorge und Kontrolle sowie politische Selbstvertretung spielen darin eine zentrale Rolle.

Räumliche Dimensionen der Obdach- und Wohnungslosigkeit sind bereits in der Begrifflichkeit selbst eingeschrieben, allerdings in negativer Form. Menschen, die als obdach- und wohnungslos, *homeless* oder *houseless*, *sin techo*, *sem teto* oder *sans-abri* kategorisiert werden, haben gemeinsam, dass sie über ein defizitäres Verhältnis zu einem meist privaten Raum definiert werden: einem Zuhause, einer Adresse, einer Wohnung, einem Haus. Dieses Fehlen eines sogenannten regulären Wohnortes impliziert einen Mangel an Raum, und obdach- und wohnungslosen Menschen wird so eine gewisse Raumlosigkeit bzw. *Placelessness* als Grundlage ihres Daseins unterstellt (Amster 2008). Entgegen diesem Verständnis wird das Phänomen der Obdach- und Wohnungslosigkeit aber gleichzeitig auch dezidiert mit dem öffentlichen Raum assoziiert. Meist wird dabei die Thematik automatisch in Bezug zur Straße gesetzt, und obdach- und wohnungslosen Menschen werden dieser zugewiesen.

Aus dem Zusammenspiel dieser beiden Dimensionen heraus ergibt sich ein Spannungsfeld, das sowohl physisch-materielle als auch sozial-imaginative Räume der Ortlosigkeit und Platzzuweisung umfasst und gesellschaftlich, politisch, planerisch und persönlich den Umgang mit Obdach- und Wohnungslosigkeit in Städten prägt. Städte und städtische Gesellschaften sind seit Jahrhunderten grundlegend an der (Re-)Produktion von Obdach- und Wohnungslosigkeit beteiligt. In der Konsequenz sind sie stets damit beschäftigt, einen Umgang mit Menschen zu finden, die sie als urbane Andere einerseits von städtischer Zugehörigkeit ausschließen und andererseits dezidiert am unteren Ende der sozialen Hierarchie verorten. Räumliche Praktiken wie beispielsweise Ausgrenzung, Hospitalisierung, Verdrängung, Ausweisung, Inhaftierung, Rückführung, Platzverweis,

Beherbergung, Wegsehen, Räumungen etc. sind Ausdruck dieses Umgangs, die historisch, aber auch aktuell, Anwendung finden.

Auffällig ist dabei, dass eine Sichtweise, die obdach- und wohnungslose Menschen als raumproduzierende Akteur:innen versteht, in diesen zwei gegenpoligen Dimensionen außen vor bleibt, auch wenn vor allem internationale Debatten u.a. im Rahmen der *Geographies of Homelessness*, versuchen, diese immer wieder in den Fokus zu rücken (DeVerteuil u.a. 2009; Cloke u.a. 2010).

Forschungen aus dem Feld der *Geographies of Homelessness* zeigen auch für Deutschland auf, dass Obdach- und Wohnungslosigkeit durch verschiedene existierende und eingeübte Politiken und Praktiken immer wieder reproduziert wird. Geographien der Fürsorge (z.B. Versorgungs- und Unterbringungsangebote) und Geographien der Kontrolle (z.B. Platzverweise, *Defensive Architecture*) sind darin zentrale Mechanismen, in die obdach- und wohnungslose Menschen aufgrund ihrer Situation quasi automatisch eingebunden sind (Marquardt 2016b; Schmidt 2017; Boß 2022; Karatas 2023). Entgegen den Tendenzen der Verallgemeinerung von Erfahrungen von und Betroffenheit durch Obdach- und Wohnungslosigkeit wird aktuell immer stärker deutlich gemacht, dass unterschiedliche Menschen in Situation der Obdach- und Wohnungslosigkeit auch unterschiedlich von diesen Politiken und Praktiken betroffen sind und eben je nach Kontext, Person oder Situation Konsequenzen nach sich ziehen (Schmidt 2022; Finzi 2023).

Im Anschluss an diese aktuellen Debatten möchte ich beispielhaft einige Dynamiken herausstellen, die in den letzten Jahren Bewegung in dieses Spannungsfeld der Verortungen von Obdach- und Wohnungslosigkeit gebracht haben. Die folgenden Beispiele thematisieren, wie globale sowie lokale Entwicklungen und Ereignisse immer im Dialog mit bestimmten Politiken und Praktiken, aber auch im Verhältnis zu konkreten Akteur:innen stehen und wie diese Dimensionen von produzierter *Placelessness* und konstaterter Platzzuweisung beeinflussen. Dabei wird deutlich, dass Spannungsverhältnisse entstehen, die widersprüchlich und komplex sind, und dass dichotome, normative generalisierende Vorstellungen von Fürsorge als immer gut und hilfreich und Kontrolle als immer schlecht und unterdrückend so nicht haltbar sind. Aktuelle Raumproduktionen der Obdach- und Wohnungslosigkeit zeigen vielmehr auf, dass sowohl die vermeintliche *Placelessness* als auch die konkreten Platzzuweisungen intersektional zu verstehen sind.

2 Pandemischer Wandel – neue Bewegungen, neue Solidaritäten?

Mit der Covid-19-Pandemie hat gerade das Thema der Obdachlosigkeit besondere Aufmerksamkeit erhalten und in der Öffentlichkeit Raum eingenommen. Wäh-

rend alle Menschen dazu angehalten waren, drinnen zu bleiben, fiel besonders deutlich auf, dass es für eine bestimmte städtische Bewohner:innengruppe dieses „Drinnen“ nicht gab und ein geschütztes Zuhausebleiben keine Option war. Obdach- und wohnungslose Menschen fanden sich während der Lockdowns entweder mehr oder weniger allein in öffentlichen Räumen oder zusammen mit vielen Menschen in Einrichtungen untergebracht wieder. Während einerseits obdach- und wohnungslose Menschen aufgrund ihrer häufig prekären gesundheitlichen, aber auch marginalisierten sozialen und ökonomischen Situation als Hochrisikogruppe eingestuft waren und besonderen Schutz und Fürsorge erfahren sollten, gab es andererseits Situationen, die obdach- und wohnungslose Menschen besonderer Kontrolle aussetzten. Teilweise mussten Menschen im Rahmen von verordneter Gruppenquarantäne in Einrichtungen bleiben und in einigen Fällen wurden ordnungsrechtliche Strafen wegen Verstößen gegen Corona-Auflagen verhängt, die von obdachlosen Menschen zum Teil nicht erfüllbar waren, wie z.B. das Einhalten der Ausgangssperren (Rosenke/Lotties 2021).

Die Tatsache, dass Angebote der zivilgesellschaftlichen, aber auch städtischen Fürsorge (städtische Einrichtungen, Anlaufstellen der Versorgung etc.) gerade zu Beginn der Pandemie zum Teil gar nicht oder nur sehr eingeschränkt verfügbar waren (aufgrund von Distanzregelungen, reduzierten Belegungszahlen, langen Bearbeitungszeiten, Personalausfall etc.) sowie den Menschen ökonomische Einnahmequellen aus dem öffentlichen Alltag fehlten (keine Pfandflaschen im Park, keine Spenden im Vorbeigehen), verdeutlicht die prekäre Situation von obdachlosen Menschen in der Stadt.

Die Pandemie und der politische und praktische Umgang damit produzierten eine konkrete Raumlosigkeit der Fürsorge. Diese Ausgangslage wurde von den Menschen selbst, aber auch von sozialen Trägern, Initiativen und Stadtbewohner:innen als bedrohlich erkannt und in Medien und globalen Kampagnen wie dem *Housing Rights Day* thematisiert. Dabei wurde deutlich, dass diese bedrohliche Lage unterschiedliche Wirkung für unterschiedliche Menschen in Situation der Obdach- und Wohnungslosigkeit hervorrief. Menschen, die nicht in irgendeiner Form in städtische Strukturen eingebunden waren, Menschen, die illegalisiert auf der Straße lebten, Menschen mit psychologischen und anderen gesundheitlichen Versorgungsbedürfnissen oder Menschen, die Informationen aufgrund sprachlicher Barrieren nicht erreicht haben fanden sich im öffentlichen Raum wieder (Busch-Geertsema/Henke 2020; Heinrich u.a. 2022; Heinzlmann u.a. 2023).

Neben diesen negativen Effekten der Unzugänglichkeit und Unerreichbarkeit von Räumen der Fürsorge sowie Aspekten der sozialen Distanzierung

gegenüber obdach- und wohnungslosen Menschen aus Angst vor Ansteckung entwickelten sich jedoch auch Strategien, Akte und Angebote der Solidarität. Diese reichten von nachbarschaftlicher Versorgung über Spendenkampagnen bis hin zur Bildung von Gruppen, die lokal Hotelunterbringungen organisierten. Dabei justierten sich in vielen Städten gerade aufgrund der unzureichenden städtischen Angebote die Geographien der Fürsorge neu und auch Praktiken, die zuvor undenkbar (z.B. Hotel- und Einzelunterbringung gerade auch für nicht-deutsche EU-Bürger:innen) oder kriminalisiert (Gabenzäune) worden waren, wurden nun als solidarische, legitime und notwendige Leistungen anerkannt (Strassenblues e.V. 2022; Gabenzaun o.J.). Gerade Gabenzäune repräsentierten eine Art des Aktivismus, der nicht notwendigerweise von sozialen Bewegungen angestoßen und organisiert sein musste, sondern alltäglich die Möglichkeit bot, sich solidarisch zu zeigen und zu handeln, und zwar direkt vor der Haustür. Laut den Organisator:innen des Gabenzaun-Engagements ist dabei die Idee, dass „Anwohner:innen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass ‘ihr’ Gabenzaun die Menschen* versorgt, die in ihrer direkten Umgebung Bedarf haben“ (Gabenzaun o.J.). Dabei wird hier die Zielgruppe nicht auf Menschen in Situation der Obdach- und Wohnungslosigkeit beschränkt, auch wenn die Idee der Gabenzäune aus der Obdachlosenhilfe kommt (Hamburger Gabenzaun e.V. o.J.), die nun von einer viel breiteren und diverseren Gruppe von Menschen in unterschiedlichen Städten aufgegriffen wurde. Mit einer digitalen Karte, Materialien, Anleitungen und Informationen in unterschiedlichsten Sprachen wurden zu Zeiten der Pandemie Zäune in Städten zu Orten der Solidarität umfunktioniert. Sie dienten damit nicht, wie so oft in diesem Kontext, der Ausgrenzung, sondern der Fürsorge. Ob diese Gabenzäune für obdach- und wohnungslose Menschen tatsächlich hilfreich waren, und ob das, was am Zaun hing, wirklich ein Bedürfnis von Menschen auf der Straße befriedigen konnte, bleibt offen. Luisa Schneider verweist jedoch auf die Anerkennung dieser Solidarität durch obdachlose Menschen, die dies als Zeichen, nicht vergessen, sondern mitgedacht zu werden, verstanden – auch wenn damit keine strukturellen Veränderungen einhergingen (Schneider 2020).

Die Pandemie machte die Bedeutung und das Ausmaß der Situationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland offensichtlich. Obdach- und wohnungslose Menschen stießen in dieser Ausnahmesituation, neben Ablehnung und Ausgrenzung, auch auf besondere Solidarität und Empathie in der Bevölkerung. Dadurch zeigte sich in den Städten deutlich, dass obdach- und wohnungslose Menschen entgegen der herrschenden Vorstellung der Raumlosigkeit und Nicht-Zugehörigkeit durchaus Teil von Nachbarschaften, Netzwerken und Orten sind.

Aber auch jenseits der Stadtteilebene eröffnete die pandemische Realität Möglichkeitsräume im Umgang mit der Thematik der Obdach- und Wohnungslosigkeit. Zum einen betrifft das die Politik, die u.a. aus den positiven Erfahrungen der Unterbringung von obdach- und wohnungslosen Menschen in Hotels etc. nun vermehrt auch in Deutschland *Housing First*-Ansätze aufgreift, oder eben auch die während der Pandemie verabschiedete EU-Resolution, Obdachlosigkeit bis 2030 in Europa zu beenden. Zum anderen zeigt sich ein gesteigertes Interesse an der Thematik auch im Kontext der Forschung. Seit der Pandemie bzw. auch gerade im Bezug zur Pandemie wurden Studien und Forschungsprojekte finanziert, welche Situationen, Dynamiken und Prozesse der Obdach- und Wohnungslosigkeit dezidiert untersuchen und die komplexen und vielseitigen Aspekte der Thematik beleuchten (Busch-Geertsema/Henke 2020; Heinrich u.a. 2022; Heinzlmann u.a. 2023).

Aus heutiger Perspektive hat die Pandemie damit durchaus dazu beigetragen, das Thema der Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland und Europa stärker zu politisieren und in gesellschaftliche Aushandlung zu bringen. Dennoch kann hier auf keine positive Bilanz verwiesen werden. Trotz (temporärer) Solidarität hat die Pandemie auch zu einer strukturellen Verschärfung von Obdach- und Wohnungslosigkeit beigetragen. Mietschulden, unsichere Wohnverhältnisse und Zwangsräumungen waren und sind Mechanismen, die durch pandemische Verhältnisse (Kurzarbeit, Arbeitsverlust, Care-Überlastung, Kostensteigerungen, Gewalt) zugenommen haben und u.a. gerade Menschen in prekären Wohnverhältnissen (arme, alte, alleinerziehende oder auch junge Menschen) erst in Gefahr der Obdach- und Wohnungslosigkeit bringen (Busch-Geertsema/Henke 2020; BAG W 2021).

3 Fürsorge von rechts

Wer sich in Deutschland aus welchem Grund in welcher Situation der Obdach- und Wohnungslosigkeit befindet, hat sich in den letzten Jahrzehnten stark ausdifferenziert. Forschung und Praxis verweisen immer wieder darauf, dass die lange anhaltende und noch nie eindeutig zutreffende Vorstellung des alleinstehenden, älteren, weißen Mannes, der alleine „Platte“ macht, als Sinnbild für Obdach- und Wohnungslosigkeit überkommen ist. Mittlerweile finden sich immer mehr junge Menschen, Familien, Arbeiter:innen, Rentner:innen, EU-Bürger:innen, Alleinerziehende, geflüchtete Menschen, Frauen, Transpersonen, queere Menschen, arme Menschen u.v.m. in irgendeiner Form der Obdach- und Wohnungslosigkeit oder sind davon bedroht (Schmidt 2022; Steckelberg/Eifler 2023).

Im Zusammenhang der Umsetzung von EU-Freizügigkeitsregularien sowie mit der spätestens seit 2015 zunehmenden Ankunft von geflüchteten Menschen in deutschen Städten und Kommunen, fand sich die Obdach- und Wohnungslosenhilfe als wichtige Akteurin in migrationspolitischen Diskussionen und Zuständigkeiten wieder. Dabei etablierten sich in der Praxis Ein- und Ausschlüsse, die eine Situation der Konkurrenz zwischen obdach- und wohnungslosen Menschen unterschiedlicher Nationalität, aber auch gerade zwischen obdach- und wohnungslosen und geflüchteten Menschen hervorbrachte. Unterschiedliche Ansprüche auf Hilfe und Unterkunft sowie politische und mediale Diskussionen darüber, für wen welche Räume der Obdach- und Wohnungslosenhilfe zugänglich sein sollen, oder eben auch nicht, führten zu einer Debatte über ungleiche Hilfe und trugen zu einem Ausspielen unterschiedlicher Gruppen und Menschen in Situation der Obdach- und Wohnungslosigkeit bei (Reichenbach 2012; Haj Ahmad 2020). In diesem Kontext wurde von Menschen, die sich schon länger in Situationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland befinden, eine selektive gesellschaftliche Solidarität wahrgenommen. Besonders das Ausmaß der Solidarität und Mobilisierung für geflüchtete Menschen, verursachte bei vielen obdach- und wohnungslosen Menschen eine Art Missgunst, da diese einen solchen Einsatz und politische Lobbyarbeit für die Thematik der Obdach- und Wohnungslosigkeit seit Langem vermissen (Bachner 2015; Schmäuser 2018).

Dass Solidarität mit Menschen in Situationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit nicht nur selektiv, sondern auch entlang von klassistischen und rassistischen Diskursen der Zugehörigkeit verläuft, ist nichts Neues. Schon im Mittelalter wurden sogenannte stadtfremde Arme in andere Städte gebracht (Sachße/Tennstedt 1980); im 18. Jahrhundert wurden besonders Juden und Jüdinnen sowie Sinti:zze und Rom:nja als Bettler:innen verfolgt (John 1988); u.a. in den 1990er Jahren wurden Menschen von Polizeistreifen in die Zuständigkeit anderer Kommunen gefahren und dort abgesetzt (Mahs 2013), und aktuell werden Zugtickets „nach Hause“ als Hilfen zur Rückführung vor allem an EU-Bürger:innen verteilt (Schmidt 2017; Haj Ahmad 2020). Zugehörigkeit nimmt damit auch eine räumliche Dimension an, die sowohl eine soziale als auch eine geographische Herkunft umfasst, die auch darüber entscheidet, welche Politiken, Praktiken und Räume der Fürsorge oder Kontrolle zur Verfügung stehen bzw. eingesetzt werden, die dann Menschen unterschiedlich betreffen.

Vor dem Hintergrund globaler arbeits- und migrationspolitischer Dynamiken und deren Auswirkungen auf Möglichkeiten und Ansprüche der Unterbringung in deutschen Kommunen und Städten gewinnt gerade diese Dimension der Herkunft wieder zunehmend an Bedeutung. Gestützt auf entsprechende Regelungen

im Sozialsystem Deutschlands greifen Städte und Kommunen vermehrt auf die Leistungsberechtigung als Kriterium zurück und unterscheiden zwischen denen, die Anspruch und damit Zugang zu Räumen der städtischen Fürsorge bekommen, und denen, welche von diesen Räumen und Möglichkeiten ausgeschlossen werden und beispielsweise lediglich Erfrierungsschutz erhalten. In der Praxis spiegelt sich diese Leistungsberechtigung entlang von Nationalität und Aufenthaltserlaubnis wider, sodass die Begrenzung auf den Erfrierungsschutz derzeit vor allem nicht-deutsche EU-Bürger:innen betrifft (Güntner/Harner 2021).

Lucius Teidelbaum verweist darauf, dass Diskussionen um Leistungsberechtigungen etc. einen Sozialdarwinismus widerspiegeln, der menschenfeindlich ist und zudem rechte Diskurse bedient (Teidelbaum 2013). Paradoxaerweise zeigt sich das aktuell nicht nur in rechter Gewalt gegenüber obdachlosen Menschen, sondern auch in einer Vereinnahmung der Thematik der Obdach- und Wohnungslosenhilfe durch rechte und rechtsextreme Parteien, Gruppen und Initiativen. Sowohl Teidelbaum (2023) als auch Simon (2020) verweisen auf die Fokussierung und Instrumentalisierung deutscher obdach- und wohnungsloser Menschen durch eine Wohnungslosenhilfe von rechts, die sich beispielsweise in Anlehnung an NS-Vokabular „Deutsche Winterhilfe“ nennt oder die sich in der Gründung von Vereinen widerspiegelt, die ganz im Sinne einer Ausgrenzung stadtfremder Armer ausschließlich „stadteigene“ Bedürftige unterstützt (Teidelbaum 2018). Solche Fürsorgepolitiken und -praktiken von rechts suggerieren eine notwendige Bevorzugung der Gruppe der „deutschen obdach- und wohnungslosen Menschen“ und spielen diese gegenüber anderen Menschen in Situationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit entlang von Kategorien des Weißseins, der Nationalität, des Glaubens und der Sexualität aus (Simon 2020; Teidelbaum 2023).

Vermeintlich solidarische Räume und Aktionen der Fürsorge dienen hier explizit als Räume der Ausgrenzung, die zudem Hierarchien und Platzzuweisungen unter obdach- und wohnungslosen Menschen auf der Straße und im Hilfesystem verschärfen, die bereits vorherrschen und umkämpft sind.

Wie verbreitet und normalisiert diese selektive Solidarität sich auch in nicht explizit rechts positionierten Vereinen abbildet, zeigt das Beispiel des Vereins *Schau nicht weg e.V.* in Hamburg, der u.a. am Hamburger Hauptbahnhof Sach- und Lebensmittelspenden verteilt. Diese Praxis geriet im September 2023 in die Schlagzeilen, nachdem gerade der Ort der Fürsorge – ein Vorplatz des Hauptbahnhofs – kritisiert wurde und polizeilich gegen die Aneignung des Raumes durch den Verein vorgegangen wurde. Schnell solidarisierten sich Menschen und Gruppen in Hamburg mit dem Verein gegen diese Vertreibung von Hilfe für obdach- und wohnungslose Menschen durch städtische Behörden. Die Fan-

gruppe *Sankt Pauli Ultras* rief über soziale Medien sogar zur „Solidarität mit der Obdachlosenhilfe“ (St. Pauli 24 2023) durch Spenden für den Verein auf. Kurze Zeit später widerriefen die Ultras jedoch ihre Solidaritätsbekundung. Der Facebook-Auftritt des Vereins bediene rechte Hetze und spiele deutsche obdach- und wohnungslose Menschen gegen geflüchtete Menschen aus. Auch andere zivilgesellschaftliche, kirchliche und städtische Träger schlossen sich dieser Kritik am Verein an und ergänzten diese durch sozialarbeiterische Perspektiven (Wellmann-Meyer/Schiller 2023). Dieser Konflikt zeigt auf, dass es neben der wiederkehrenden Aushandlung der Verdrängung und Kriminalisierung von obdach- und wohnungslosen Menschen an Bahnhöfen, es vor allem um die Raumnahme des Vereins sowohl konkret vor Ort als auch in der Obdach- und Wohnungslosenhilfe geht. Dabei wird deutlich, dass es über die häufige Kritik an Kontrollpolitiken und -praktiken wie der Verdrängung hinaus auch darum gehen muss, Fürsorgepolitiken und -praktiken der Obdach- und Wohnungslosenhilfe in den Blick zu nehmen und kritisch zu hinterfragen. Vor dem Hintergrund rechter Fürsorgeaktivitäten im Obdach- und Wohnungslosenhilfesystem, der Kriminalisierung von unterschiedlichen Menschen in Situationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit und der selektiven Solidaritäten ihnen gegenüber muss gerade auch die Linke sich darüber im Klaren sein, dass nicht nur die Solidarität mit obdach- und wohnungslosen Menschen, sondern auch die „Abschaffung von Obdachlosigkeit nicht Caritas, sondern Antifa“ (Jünschke 2023b) ist.

4 Selbstorganisation, Widerstand und Intervention

Menschen in Situationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit handeln politisch, z.B. durch alltägliche Mikropolitiken des Überlebens (z.B. wo kann ich mich wann aufhalten, mit wem kommuniziere ich was, wo schlafe ich), gegenüber anderen Menschen, gegenüber Behörden und Institutionen oder organisiert in Initiativen und Gruppen. Neben unterschiedlichen Einstellungen und Biografien eint viele Menschen der politische Kampf um Wohnraum und gegen gesellschaftliche Vorurteile, ob allein im Alltag oder kollektiv in Netzwerken, Vereinen oder Stiftungen. Über die Jahrhunderte manifestierte sich dies in Deutschland z.B. durch die Verwendung von Zinken und Geheimsprachen sowie die widerständige Gruppierung *Kochemer Netz*, die im 18. Jahrhundert eine Bettler:innen-Universität in Fürth gründete (Sachße/Tennstedt 1980; John 1988), die Vagabund:innenbewegung in den 1920er Jahren (Gog 2009) und Berber:innentreffen und -proteste in den 1980er Jahren (Klee 1981; Breitenreicher 1982). Aktuell finden in unterschiedlichen Städten immer wieder Besetzungen

und Demonstrationen von kleineren Gruppen statt, die sich lokal gegen wohnraumpolitische, aber auch kontroll- und sozialpolitische Entwicklungen wehren, so z.B. das OMZ (Obdachlose mit Zukunft) in Köln (Kippe 2023) und die Initiative *Leerstand Hab-ich-saath* in Berlin (Wahmkow 2021), oder Demonstrationen wie die der Initiative *Solidarische Straße* in Hamburg (Wiggers 2023).

Aktuell gibt es mindestens vier verschiedene Netzwerke, die sich für die politische Selbstvertretung von obdach- und wohnungslosen Menschen in Deutschland einsetzen und auch miteinander in Verbindung stehen. Dazu gehören die *BBI – Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen in Deutschland e.V.*, die *Wohnungslosenstiftung*, die *Union für Obdachlosenrechte* (UFO Berlin) und der Verein *Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V.* Hier organisieren obdach- und wohnungslose sowie ehemals obdach- und wohnungslose Menschen selbst, neben politischen Protesten und politischer Lobbyarbeit, die Vernetzung unter obdach- und wohnungslosen Menschen.

Die *Selbstvertretung wohnungsloser Menschen* veranstaltet bereits seit 2016 jährlich ein Sommercamp, das als bundesweites Wohnungslosentreffen der Vernetzung, dem Austausch, der Bildung, Organisation und politischen Arbeit von und für obdach- und wohnungslose Menschen dient, und an dem in Präsenz meist um die 120 Menschen teilgenommen haben (Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V. o.J.b). Das Wohnungslosentreffen schafft einen Raum, in dem Positionen, Statements und Ziele erarbeitet werden, aber auch Themen, Probleme und Konflikte angesprochen werden können. Dezentrale Regionalgruppen organisieren Veranstaltungen, intervenieren in lokalpolitische Debatten, erinnern an verstorbene obdach- und wohnungslose Menschen, halten Mahnwachen ab, beteiligen sich an lokalen Netzwerken, berichten über die Arbeit und Positionen von obdach- und wohnungslosen Menschen im Verein und versuchen andere obdach- und wohnungslose Menschen zu erreichen und zu bewegen (Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V. o.J.a).

Eine Intervention, an der sich die Selbstvertretung beteiligt hat, stellt der Protest gegen Zählungen von obdach- und wohnungslosen Menschen in Berlin dar. Nach dem Vorbild sogenannter *Nächte der Solidarität*, wie sie auch in New York und Paris stattfanden, wurden Menschen in Situationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit im öffentlichen Raum Berlins aufgesucht und gezählt. In einer groß angelegten Aktion in Kooperation zwischen sozialen Landesverbänden, zivilgesellschaftlichen Gruppen, Senatsverwaltung, Wissenschaft und Ehrenamtlichen durchstreiften an zwei Nächten Ende Januar 2020 über 2.500 Menschen in Teams die Stadt und zählten und befragten Menschen, die sie im öffentlichen Raum antrafen und als obdachlos identifizierten (Licht/Grothe

2020; Licht 2023). Die offizielle Intention des Events, Informationen darüber zu sammeln, wer in Berlin, warum und wo auf der Straße lebt, um u.a. eine bessere Unterbringung und Versorgung der Menschen zu gewährleisten, wurde stark kritisiert und in Frage gestellt. Unter anderem die *Selbstvertretung wohnungsloser Menschen* mobilisierte mit einem öffentlichen 12-Punkte-Statement unter dem Motto „Wohnungen statt Zählungen“ gegen dieses Vorgehen und organisierte zur Zeit der Zählung eine Mahnwache vor dem Roten Rathaus in Berlin. In ihrem Statement macht die Selbstvertretung deutlich, dass das Event inhaltlich und praktisch obdach- und wohnungslosen Menschen eine Existenz auf der Straße zuschreibt und jegliche strukturelle Fragestellungen nach Wohnraum und Unterbringung vernachlässigt. Abgesehen vom ethisch-moralisch als würdelos eingeordneten Vorgehen, nachts von fremden Menschen in Gruppen auf der Straße angesprochen und gezählt zu werden, verweist die Selbstvertretung auf das Ignorieren unterschiedlicher Situationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit. So seien explizit z.B. Parks, Dachböden, Keller, Wälder etc. ausgelassen worden (Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V. 2020). Da sie über die angekündigte *Nacht der Solidarität* informiert waren, entzogen sich viele Menschen auch der Zählung, indem sie sich strategisch andere Orte der Übernachtung jenseits der Straße organisierten. Auch damit erklärt sich die deutlich niedrigere Zahl der gezählten Personen als vorab angenommen (Ringelstein 2020). Die gewonnenen Daten reproduzieren demnach einen Straßenfokus, der dem Ziel, neue Bedarfe und Situationen zu ermitteln, nicht gerecht wurde. Viele der erhobenen Orte sind bekannte Treffpunkte. Stattdessen, so wird befürchtet, könnten die Informationen über die Menschen dazu genutzt werden, um „verschiedene Teilgruppen obdachloser Menschen gegeneinander“ auszuspielen (Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V. 2020, o. S.). Auf Basis der Daten wurde von einer Tageszeitung dann auch eine Karte veröffentlicht, welche eingefärbte Hotspots der Obdachlosigkeit in der Stadt visualisiert, ebenso wie weitere Ergebnisse, die Auskunft über die Herkunft, das Geschlecht oder Alter der befragten Menschen offenlegen (Ringelstein 2020). Hier zeigt sich, wie in der Intention der Verbesserung der Hilfen Daten der Kontrolle produziert werden. Neben der Tatsache, dass generell die Bereitstellung von verräumlichten Informationen über obdachlose Menschen gerade hinsichtlich des historischen Kontextes in Deutschland sensibel zu verstehen ist, kann diese auch heute im Zuge von gewalttätigen Übergriffen eine Gefahr für Leib und Leben darstellen. Mit Blick auf die Komplexität von Zählungen in diesem Kontext im Allgemeinen (Marquardt 2016a) und der geschichtlichen Dimension, die damit einhergeht im Speziellen, sei darauf verwiesen, dass durch

die Nationalsozialist:innen in den 1930er Jahren eine *Wanderfürsorge* eingeführt wurde, welche kontrollierte, wer, wann, wo aufzufinden war. Dieses Vorgehen ermöglichte später ein organisiertes Abschieben der sogenannten „Asozialen“ in Konzentrations- und/oder Arbeitslager (Ayaß 2007).

Zählungen in Verbindung mit Verortungen von obdach- und wohnungslosen Menschen in Deutschland stehen damit in einer Tradition, welche sich im Widerspruch zur Intention und Organisation der *Nacht der Solidarität* befindet. Im Kontext einer solchen komplexen Ausgangssituation stellt sich die Frage, wie eine Zählung, bei der Freiwillige dazu aufgefordert werden, die Stadt nach obdachlosen Menschen zu durchsuchen, als Solidarität verstanden werden kann?

Neben weiteren Faktoren scheint diese Frage zusammen mit der öffentlichen Kritik an der Durchführung des Projektes von Seiten obdach- und wohnungsloser Menschen selbst und deren politischen Netzwerken Wirkung entfaltet zu haben. Dem Aufruf zur zweiten *Nacht der Solidarität* kamen zu wenige Freiwillige nach und die erneute Zählung musste abgesagt werden.

5 (K)Ein Raum für Obdach- und Wohnungslosigkeit?

Das Ziel jeder Auseinandersetzung mit Obdach- und Wohnungslosigkeit in Verbindung mit Raum sollte zunächst einmal die Bereitstellung von angemessenem Wohnraum sein. Solange dieser nicht strukturell, zugänglich und vielseitigen Bedürfnissen entsprechend vorhanden ist, wird es immer irgendeine Form der Obdach- und Wohnungslosigkeit geben. Bis dahin gilt es jedoch, Raum für Obdach- und Wohnungslosigkeit als Thema und als vielfältige Realität, die Teil städtischer Normalität nicht nur in Deutschland ist, zu schaffen. Diese Normalität gilt es grundlegend zu politisieren, zu kritisieren und zu verändern.

Neben den erwähnten Beispielen gehören zu dieser Normalität auch Debatten, Diskussionen und Bedürfnisse, welche eine konkrete Zurverfügungstellung von (Wohn-)Raum umfassen, wie *Housing First*-Politiken und deren aktuelle Realisierung in Deutschland (Busch-Geertsema 2011; Sellner/Hauprich 2023), das Schaffen queerer Räume und Räume für Transpersonen in der Obdach- und Wohnungslosenhilfe (Hniopek/Thiele 2019; Steckelberg/Eifler 2023) sowie die Ausweitung des Fokus auf Frauenhäuser (Kuschinski 2023). Die letzten beiden Aspekte stehen auch häufig im Kontext des Wohnungsverlustes durch physische und psychische Gewalt. Ebenso müssen Gefängnisse als Orte in den Blick genommen werden, die entweder Obdach- und Wohnungslosigkeit bei Entlassung produzieren oder obdach- und wohnungslose Menschen temporär fixieren. Letzteres, weil sie für räumliche Praktiken wie Busfahren oder lediglich

am falschen Ort räumlich präsent zu sein kriminalisiert werden (Jünschke 2023a; Müller 2023). Während aktuell Bewegung in Debatten um *Housing First* gerät, fehlt es den anderen Themen und Aspekten durchaus noch an breiter öffentlicher Aufmerksamkeit sowie an Forschung und solidarischem und aktivistischem Engagement über einzelne Initiativen (wie z.B. (queer-)feministische Gruppen oder den Freiheitsfonds, der Ersatzstrafe durch Bezahlen von Strafgeldern verhindert) hinaus.

Die Beispiele zeigen jedoch deutlich, dass obdach- und wohnungslose Menschen selbst weder ortlos bzw. raumlos sind noch assoziativ bestimmten Positionen zuzuordnen sind. Unterschiedliche Situationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit bringen unterschiedliche Positionierungen in der Stadt aber auch innerhalb der Obdach- und Wohnungslosenhilfe hervor und gehen mit Politiken und Praktiken der Fürsorge und Kontrolle einher. Machtvolle Differenzen und Differenzierungen nach *race, class, gender, sexuality, nationality, dis/ability* innerhalb der zugeschriebenen Kategorie der Obdach- und Wohnungslosigkeit eröffnen unterschiedliche Räume und Möglichkeiten der Aushandlung. Pandemie, rechte Hilfe und Selbstvertretung zeigen diese komplexen Spannungsfelder auf, welche die eingeübten Platzzuweisungen und räumlichen Strategien hinterfragen und verkomplizieren.

Es gibt viel Raum zwischen Nirgendwo und Straße und es gibt viele Menschen in Deutschland und anderswo, die sich in einer konkreten Situation der Obdach- und Wohnungslosigkeit in diesem Dazwischen befinden. In Lagern, in Übergangswohnungen, in prekären oder ausbeuterischen Wohnverhältnissen, in Einrichtungen der Jugendhilfe, in Containern, in Camps, in Schrebergärten, in Zelten, in Hotels, im Wald etc.

Nichtsdestotrotz bleibt die Straße ein wichtiger Referenzpunkt für das Thema der Obdach- und Wohnungslosigkeit nicht nur als Wohn- oder Aufenthaltsort, sondern auch als Ort des Widerstandes, des Aufeinandertreffens, der Solidarität und der Mobilisierung. Um das Thema in Zukunft differenziert und intersektional bearbeiten zu können, bedarf es einer stärkeren Auseinandersetzung mit diesen unterschiedlichen Räumen darüber, wie sie von unterschiedlichen Menschen bewohnt werden (müssen) und wie sie in Fürsorge und Kontrollpolitiken eingebunden sind. Für all diese Räume gilt es Platz zu schaffen in Politik, Praxis, Wissenschaft und Gesellschaft, um Bewegung in festgefahrene Debatten und Imaginationen über Obdach- und Wohnungslosigkeit zu bringen.

Literatur

- AGFW (Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V.) (2022), *Eckpunkte für einen Aktionsplan zur Überwindung der Obdach- und Wohnungslosigkeit in Hamburg bis 2030. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg*, https://www.agfw-hamburg.de/download/AGFW-Eckpunkte_Aktionsplan-Ueberwindung-Wohnungslosigkeit.pdf (letzter Abruf am 10.1.2023).
- Amster, R. (2008), *Lost in Space. The Criminalization, Globalization, and Urban Ecology of Homelessness*, El Paso: LFB Scholarly Publishing LLC.
- Ayaß, W. (2007), *Wohnungslose im Nationalsozialismus. Begleitheft zur Wanderausstellung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.*, Bielefeld: BAG Wohnungslosenhilfe.
- Bachner, F. (2015), Schlafplatzmangel in Berlin. Flüchtlinge und Obdachlose stehen in Konkurrenz, in: *Tagesspiegel* v. 29.10.2015, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/fluechtlinge-und-obdachlose-stehen-in-konkurrenz-5198308.html> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- BAG W (2021), *Statistikbericht 2021. Zu Lebenslagen wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen in Deutschland – Lebenslagenbericht*, https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/STA/STA_Statistikbericht_2021.pdf (letzter Abruf am 23.3.2024).
- Borstel, D./Brückmann, J./Nübold, L./Pütter, B./Sonnenberg, T. (Hg.) (2023), *Handbuch Wohnungs- und Obdachlosigkeit*, Wiesbaden: Springer VS.
- Boß, D. (2022), Geographien der Verdrängung. Obdachlosigkeit zwischen neoliberaler Stadtentwicklung und gruppeninternen Verdrängungsmechanismen, in: Sowa, F. (Hg.), *Figurationen der Wohnungsnot. Kontinuität und Wandel sozialer Praktiken, Sinnzusammenhänge und Strukturen*, Weinheim: Juventa, S. 381–402.
- Breitenreicher, H. J. (1982), Hamburg – Pik As, in: Künstlerhaus Bethanien (Hg.), *Wohnsitz: Nirgendwo. Vom Leben und vom Überleben auf der Straße*, Berlin: Fröhlich & Kaufmann, S. 446–459.
- Busch-Geertsema, V. (2011), „Housing First“. Ein vielversprechender Ansatz zur Überwindung von Wohnungslosigkeit, in: *Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 31(1-2), S. 39–54.
- Busch-Geertsema, V./Henke, J. (2020), *Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Wohnungsnotfallhilfen. Kurzexpertise als Ergänzung zum Forschungsbericht „Entstehung, Verlauf und Struktur von Wohnungslosigkeit und Strategien zu ihrer Vermeidung und Behebung“*, https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/fb-566-auswirkungen-covid-19-auf-wohnungsnotfallhilfen.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Cloke, P. J./May, J./Johnsen, S. (2010), *Swept Up Lives? Re-envisioning the Homeless City*, Chichester/West Sussex/Malden MA: Wiley-Blackwell.
- DeVerteuil, G./May, J./Mahs, J. (2009), Complexity Not Collapse: Recasting the Geographies of Homelessness in a ‘Punitive’ Age, in: *Progress in Human Geography* 33(5), S. 646–666.

- Europäisches Parlament (2020), *EU soll Obdachlosigkeit bis 2030 beseitigen*, <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20201120IPR92124/eu-soll-obdachlosigkeit-bis-2030-beseitigen> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Finzi, J. A. (2023), *Wohnungsnot, Geschlecht und Gesundheit. Eine Analyse Von Teilhabe und Stigmatisierung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Gabenzaun (o.J.), *act together in solidarity*, <https://gabenzaun.de> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Gog, G. (2009), Was will die Bruderschaft der Vagabunden?, in: Zimpel, H./Fähnders, W. (Hg.), *Die Epoche der Vagabunden. Texte und Bilder 1900–1945*, Essen: Klartext, S. 217–224.
- Güntner, S./Harner, R. (2021), Wohnen, Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe, in: *Soziale Passagen* 13(2), S. 235–252.
- Haj Ahmad, M. T. (2020), *Von Ein- und Ausschlüssen in Europa*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Hamburger Gabenzaun e.V. (o.J.), *Ehrenamtliche Obdach- & Wohnungslosenhilfe*, <https://www.hamburger-gabenzaun.de> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Hannemann, C. (2022), Wie sich Wohnen ständig wandelt – eine wohnsoziologische Darlegung, in: Hannemann, C./Hilti, N./Reutlinger, C. (Hg.), *Wohnen. Zwölf Schlüsselthemen sozialräumlicher Wohnforschung*, Stuttgart: Fraunhofer IRB Verlag, S. 26–48.
- Heinrich, M./Heinzelmann, F./Sowa, F. (2022), Zuhause bleiben? Über Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Alltags- und Bewältigungsstrategien wohnungsloser Menschen, in: Aghamiri, K./Streck, R./Rießen, A. (Hg.), *Alltag und Soziale Arbeit in der Corona-Pandemie. Einblicke in Perspektiven der Adressat*innen*, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 246–256.
- Heinzelmann, F./Heinrich, M./Sowa, F. (2023), Wohnungs- und Obdachlosigkeit während der Pandemie, in: Borstel, D./Brückmann, J./Nübold, L./Pütter, B./Sonnenberg, T. (Hg.), *Handbuch Wohnungs- und Obdachlosigkeit*, Wiesbaden: Springer VS, https://link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-658-35279-0_36-1 (letzter Abruf am 12.4.2024).
- Hniopek, A./Thiele, J. (2019), „Wer die Realität erkennt, hinkt hinterher!“. LGBTIQ* – ein unabdingbares Que(e)rchnittsthema für die Wohnungslosenhilfe!, in: *wohnungslos* 61(1), S. 6–9.
- John, W. (1988), ... *ohne festen Wohnsitz. Ursache und Geschichte der Nichtseßhaftigkeit und der Möglichkeiten der Hilfe*, Bielefeld: VSH Verlag Soziale Hilfe.
- Jünschke, K. (2023a), *Gefangen & Wohnungslos. Gespräche mit Obdachlosen in Haft*, Köln: Weissmann Verlag.
- (2023b), *Gefangen & wohnungslos*, E-Mail v. 3.9.2023, E-Mail-Liste [forschung wohnungslosigkeit].
- Karatas, D. (2023), *Matter(s) of Health and Care: Wie wird in der Stadt Hamburg Sorge getragen für die gesundheitliche Versorgung von wohnungslosen Frauen? Masterarbeit*, Hamburg: HCU.

- Kippe, R. (2023), *OMZ*, <https://www.wohnungsnot.koeln/mein-omz> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Klee, E. (1981), Berber rebellieren. „Gemeinsam sind wir unausstehlich, in: *Die Zeit* v. 26.6.1981, <https://www.zeit.de/1981/27/berber-rebellieren> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Kuschinski, E. (2023), Wohnungsnot und die Befreiung aus Gewaltverhältnissen. Zur Wohnraumversorgung von Frauenhausbewohnerinnen* in Hamburg, in: Grubbauer, M./Metzger, J. (Hg.), *Wohnen in Hamburg. Akteure, Instrumente und Konfliktfelder*, Bielefeld: transcript, S. 355–369.
- Licht, K. P. (2023), Die Nacht der Solidarität, in: Borstel, D./Brückmann, J./Nübold, L./Pütter, B./Sonnenberg, T. (Hg.), *Handbuch Wohnungs- und Obdachlosigkeit*, Wiesbaden: Springer VS, https://link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-658-35279-0_36-1 (letzter Abruf am 12.4.2024).
- Licht, K.P./Grothe, C. (2020), *Die erste Straßenzählung obdachloser Menschen in Berlin. Bericht über die Vorbereitung und Durchführung des Vorhabens*, <https://zeitdersolidaritaet.de/ergebnisse/erste-zahlenmaessige-erfassung-und-befragung-2020/> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Mahs, J. (2013), *Down and Out in Los Angeles and Berlin. The Sociospatial Exclusion of Homeless People*, Philadelphia: Temple University Press.
- Marquardt, N. (2016a), Counting the Countless: Statistics on Homelessness and the Spatial Ontology of Political Numbers, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 34(2), S. 301–318.
- (2016b), Learning to Feel at Home. Governing Homelessness and the Politics of Affect, in: *Emotion, Space and Society* 19(2), S. 29–36.
- Müller, M. (2023), Wohnungslosigkeit und Kriminalisierung, in: Borstel, D./Brückmann, J./Nübold, L./Pütter, B./Sonnenberg, T. (Hg.), *Handbuch Wohnungs- und Obdachlosigkeit*, Wiesbaden: Springer VS, https://link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-658-35279-0_36-1 (letzter Abruf am 12.4.2024).
- Reichenbach, M. T. (2012), „Die Polen essen uns die Suppe weg!“ Rassismuserfahrungen obdachloser Menschen aus den neuen EU-Staaten in der niedrigschwelligen Wohnungshilfe Berlin, in: *wohnungslos* 54(2), S. 65–68.
- Ringelstein, R. (2020), Update Ergebnis der Obdachlosenzählung in Berlin: Warum die Zahl so weit unter den Schätzungen liegt, in: *Tagesspiegel* v. 7.2.2020, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/warum-die-zahl-so-weit-unter-den-schatzungen-liegt-4142206.html> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Rosenke, W./Lotties, S. (2021), Corona und die Auswirkungen auf Menschen in Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit und auf das Hilfesystem*. Eine Online-Erhebung der BAG Wohnungshilfe, in: *wohnungslos* 63(1), S. 20–24.
- Sachße, C./Tennstedt, F. (1980), *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Bd. 1: Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Schmidt, K. (2017), *Ordinary Homeless Cities? Geographien der Obdach- und Wohnungslosigkeit in Rio de Janeiro und Hamburg*, Dissertationsschrift, Universität Hamburg.

- (2022), (Kon)Figurationen der Obdach- und Wohnungslosigkeit aus intersektionaler Perspektive, in: Sowa, F. (Hg.), *Figurationen der Wohnungsnot. Kontinuität und Wandel sozialer Praktiken, Sinnzusammenhänge und Strukturen*, Weinheim: Juventa, S. 464–482.
- Schmüser, C. (2018), Doch, auch deutsche Wohnungslose haben ein Anrecht auf Unterbringung. Faktencheck, in: *Correctiv* v. 20.12.2018, <https://correctiv.org/faktencheck/2018/12/20/doch-auch-deutsche-wohnungslose-haben-ein-anrecht-auf-unterbringung-2/> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Schneider, L. (2020), *They Call it (Social) Physical Distancing. Elders, Unhoused People and Grassroots Support in Leipzig, Germany*, https://pure.mpg.de/rest/items/item_3237262/component/file_3407244/content (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V. (o.J.a), *Homepage der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen e.V.*, <https://wohnungslosentreffen.org> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- (o.J.b), *Wohnungslosentreffen*, <https://wohnungslosentreffen.org/kategorie/aaa-wolo-treffen-org/wohnungslosentreffen> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- (2020), *Wohnungen statt Zählungen! Aufruf zur Kundgebung in Berlin*, <http://www.wohnungslosentreffen.de/blog/208-2020-02-29-aufruf-zur-kundgebung-in-berlin.html> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Sellner, N./Hauptprich, K. (2023), Housing First, in: Borstel, D./Brückmann, J./Nübold, L./Pütter, B./Sonnenberg, T. (Hg.), *Handbuch Wohnungs- und Obdachlosigkeit*, Wiesbaden: Springer VS, https://link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-658-35279-0_36-1 (letzter Abruf am 12.4.2024).
- Simon, T. (2020), Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Feld der Wohnungslosen und ihrer Hilfen, in: *wohnungslos* 62(2), S. 46–49.
- Sowa, F. (Hg.) (2022), *Figurationen der Wohnungsnot. Kontinuität und Wandel sozialer Praktiken, Sinnzusammenhänge und Strukturen*, Weinheim: Juventa.
- Steckelberg, C./Eifler, N. (2023), LSBTIQ+ und Wohnungslosigkeit – queere Perspektiven in Forschung und Praxis, in: Borstel, D./Brückmann, J./Nübold, L./Pütter, B./Sonnenberg, T. (Hg.), *Handbuch Wohnungs- und Obdachlosigkeit*, Wiesbaden: Springer VS, https://link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-658-35279-0_36-1 (letzter Abruf am 12.4.2024).
- St. Pauli 24 (2023), „Rechte Hetze“: *Ultrà Sankt Pauli distanziert sich von Verein für Obdachlosenhilfe* v. 26.9.2023, <https://stpauli24.mopo.de/2023/09/26/rechte-hetze-ultra-sankt-pauli-distanziert-sich-von-organisation.html> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Strassenblues e.V. (2022), *#hotelsforhomeless. Jedem Obdachlosen ein Hotelzimmer*, <https://strassenblues.de/page/hotelsforhomeless> (letzter Abruf am 10.1.2023).
- Teidelbaum, L. (2013), *Obdachlosenhass und Sozialdarwinismus*, Münster: Unrast Verlag.
- (2018), *Ein Herz für (deutsche) Obdachlose?*, <https://www.der-rechte-rand.de/archive/2868/kein-herz-obdachlose> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- (2023), Obdachlosigkeit als Thema der extremen Rechten in der Bundesrepublik, in: Borstel, D./Brückmann, J./Nübold, L./Pütter, B./Sonnenberg, T. (Hg.), *Handbuch*

- Wohnungs- und Obdachlosigkeit*, Wiesbaden: Springer VS, https://link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-658-35279-0_36-1 (letzter Abruf am 12.4.2024).
- Wahmkow, J. (2021), Wohnungslose erkämpfen Haus, in: *die tageszeitung* v. 19.12.2021, <https://taz.de/Erfolgreiche-Besetzung-in-Berlin/!5822941> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Wellmann-Meyer, J./Schiller, K. (2023), Entscheidung: Hilfsverein für Obdachlose zieht jetzt doch um, in: *Hamburger Abendblatt* v. 27.9.2023, <https://www.abendblatt.de/hamburg/politik/article239674421/Verein-fuer-Obdachlose-hart-kritisiert-Geben-Rechte-Ton-an.html> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Wiggers, L. (2023), 250 Menschen demonstrieren gegen die Vertreibung von Obdachlosen, in: *Hinz&Kunzt* v. 19.6.2023, <https://www.hinzundkunzt.de/250-menschen-demonstrieren-gegen-die-vertreibung-von-obdachlosen> (letzter Abruf am 7.12.2023).

Nikolai Huke

Die soziale Frage in demokratiefernen Räumen stellen Politische Initiativen im Kontext von Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende

In Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende in Deutschland trifft multiple Prekarität auf Subalternität: Bewohner:innen werden einer spezifischen Verletzlichkeit und Unsicherheit ausgesetzt. Gleichzeitig hindern ihre Lebensumstände sie daran, Alltagsproblemen politisch Ausdruck zu verleihen. Als physisch-soziale Räume wirken Erstaufnahmeeinrichtungen exkludierend, isolierend und entmächtigend. Im Artikel wird auf der Grundlage von 16 qualitativen problemzentrierten Interviews mit Bewohner:innen gezeigt, wie unter diesen Umständen politisches Engagement dennoch stattfinden kann, welche Form es annimmt und mit welchen Effekten es verbunden ist.

1 Einleitung

Charakteristisch für Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende in Deutschland ist, dass sie Bewohner:innen einer spezifischen Verletzlichkeit und Unsicherheit aussetzen (Huke 2021a, 2023). Gleichzeitig hindern sie die Bewohner:innen daran, ihren Alltagsproblemen politisch Ausdruck zu verleihen: Sie wirken exkludierend, sozial isolierend und entmächtigend. Erfahrungen von Asylsuchenden werden durch die in ihnen herrschenden Lebensumstände desartikuliert, während gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse normalisiert werden (Huke 2021b, 2022). Multiple Prekarität (Birke 2022), so könnte man sagen, trifft in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf (staatlich produzierte) Subalternität (Huke 2021c). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie unter diesen Umständen politisches Engagement dennoch stattfinden kann, welche Form es annimmt und mit welchen Effekten es verbunden ist.

Um dieser Frage nachzugehen, nimmt der Beitrag Erstaufnahmeeinrichtungen aus multiskalärer Perspektive in den Blick: Mit Blick auf globale soziale Ungleichheitsstrukturen sind sie Grenz- und Übergangsräume der „Externalisierungsgesellschaft“ (Lessenich 2016). Innerhalb Deutschlands stellen sie eine

räumlich abgegrenzte (und häufig geographisch relativ isolierte) Zwischenwelt dar, die nicht nur demokratiefremd ist, sondern in der sich auch Zeitlichkeit und die sozialen Lebensbedingungen grundlegend vom Alltag jenseits der Unterkünfte unterscheiden. Die Raumordnung in den Unterkünften selbst ist schließlich einerseits von Kontrollstrategien (z.B. weitreichende Befugnisse für Securitys) durchzogen. Andererseits ist sie durch räumliche Enge und mit dieser einhergehende Konflikte gekennzeichnet.

Empirische Grundlage des Artikels sind qualitative problemzentrierte Interviews im Rahmen des Forschungsprojekts „Gefährdetes Leben. Alltag und Protest in Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie“ (2020-2022). Im Projekt wurden 16 Bewohner:innen von Sammelunterkünften zu ihrem Alltag und politischem Engagement während der ersten und zweiten Welle der Corona-Pandemie in Deutschland befragt. Für den vorliegenden Beitrag wurden alle Zitate ins Deutsche übersetzt.

Die Argumentation ist im Folgenden in drei Schritte gegliedert: Im ersten Schritt wird herausgearbeitet, wie sich die soziale Frage im Kontext von Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende stellt, das heißt, welchen alltäglichen sozialen Problemen die Bewohner:innen gegenüberstehen und in welchem Verhältnis diese zu kapitalistischen Ungleichheitsstrukturen stehen. Im zweiten Schritt wird dargelegt, wie Erstaufnahmeeinrichtungen als „physisch-soziale[r] Raum“ (Kronauer 2008) die politische Artikulation sozialer Fragen durch Bewohner:innen unwahrscheinlich machen, also eine spezifische Form der politischen „Desartikulation“ (Sott 2017) oder Subalternität (Huke 2021b) produzieren. Der dritte Schritt untersucht, wie politische Initiativen im Kontext von Erstaufnahmeeinrichtungen die politische Sprachlosigkeit und öffentliche Unsichtbarkeit der Bewohner:innen und ihrer sozialen Belange durchbrechen und wie sich dadurch der „physisch-soziale Raum“ (Kronauer 2008) der Erstaufnahmeeinrichtung verändert. Das Fazit resümiert Schlussfolgerungen für die politische Artikulation sozialer Fragen.

2 Multiple Prekarität an der Grenze der Externalisierungsgesellschaft. Die soziale Frage am Beispiel der Lebenslagen von Asylsuchenden

Die meisten von uns [...] arbeiten nicht, aber wir sind sehr vertraut damit, was es bedeutet, ausgegrenzt, diskriminiert, ausgebeutet, missbraucht und brutalisiert zu werden, besonders in einer Gesellschaft die auf weißer Vorherrschaft gründet.

Together We Are Bremen 2021

Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland – insbesondere die Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende – sind Übergangs- und Grenzzonen (Mortland 1987). Die dort untergebrachten Menschen befinden sich zwar geographisch in Deutschland. Ihr Alltag vollzieht sich jedoch zeitlich, räumlich und sozial relativ getrennt von der restlichen Bevölkerung (Eule u.a. 2019; Huke 2021a). Die soziale Frage nimmt dadurch einen spezifischen Charakter an: Lebensumstände der Asylsuchenden sind durch staatliche Strategien der Migrationskontrolle und –abwehr geprägt, die darauf abzielen, unerwünschte Migrant:innen abzuschrecken und bereits in Deutschland angekommene Menschen zu vergrämen (Huke 2019).

Als Übergangs- und Grenzzonen sind Erstaufnahmeeinrichtungen *erstens* staatliche Kontroll- und Managementstrukturen im Kontext einer – in ihrem Ausmaß an dystopische Science-Fiction-Szenarien erinnernden (Georgi 2017) – globalen sozialen Ungleichheit, die zentral über Grenzregime aufrechterhalten wird. Grenzregime – inklusive der Erstaufnahmeeinrichtungen in Deutschland – produzieren dadurch global stratifizierte Zonen der Vulnerabilität: Lebenschancen und Erfahrungen von Armut und Prekarität unterscheiden sich je nach nationalem Kontext deutlich (Brand/Wissen 2017; Lessenich 2016). Grenzregime entscheiden dadurch mit darüber, wer die Chance auf einen Zugang zur global relativ privilegierten „Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) in Deutschland erhält – und wem diese verwehrt bleibt. Durch ihre Präsenz in Deutschland machen Asylsuchende soziale Fragen sichtbar, die im Alltag in Deutschland üblicherweise aus dem individuellen und kollektiven Bewusstsein externalisiert werden (Huke 2021d; Lessenich 2016). Beispiele hierfür sind Krieg, Armut, Hunger oder politische Verfolgung, die Gewalt und/oder soziale Deprivation zur Folge hat. Ein Teil dieser Fluchtursachen entsteht oder verstärkt sich durch die negativen Effekte der in Deutschland und anderen kapitalistischen Zentren vorherrschenden „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017; Buckel/Kopp

2022). Die soziale Frage in den Herkunftsländern ist daher eng mit der sozialen Frage in Deutschland verknüpft (Bendix 2018b): Beispiel hierfür sind Umweltzerstörung, Ressourcenknappheit oder ausbeuterische und lebensbedrohliche Beschäftigungsbedingungen im globalen Süden infolge der Produktion und des Exports von Waren für den Konsum im globalen Norden. Spricht man über die soziale Frage im Kontext von Asylsuchenden, so hat dies also in der Folge immer eine globale Dimension. Wenn in Erstaufnahmeeinrichtungen und Asylverfahren verhandelt wird, ob Menschen einen legalen Aufenthaltstitel in Deutschland erwerben können, wird damit auch die globale soziale Frage mitverhandelt: Es geht um die (trotz verallgemeinerter Prekarität) im globalen Vergleich relativ gesicherten Lebensverhältnissen für viele hier (wenn auch nicht für alle) und die Armut und begrenzten Lebenschancen für die meisten dort.

Erstaufnahmeeinrichtungen sind *zweitens* innerhalb Deutschlands Instrumente, die für die Asylsuchenden von der restlichen Bevölkerung relativ getrennte Lebensumstände hervorbringen. Exemplarisch sichtbar wird dies in den Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) die noch deutlich unterhalb des Existenzminimums nach dem Sozialgesetzbuch II (dem früheren Hartz IV) liegen (Flüchtlingsrat Thüringen 2021). Bewohner:innen von Erstaufnahmeeinrichtungen haben nur einen eingeschränkten Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen, Arbeitsmarkt, Rechtsberatung, Gesundheitsversorgung oder politischer Teilhabe (Muy 2020). Folgen können Armut oder Arbeitsverhältnisse sein, in denen Arbeitsrechte durch Informalität und Machtungleichgewichte de facto außer Kraft gesetzt werden (Huke 2023). Die soziale Frage ist für die Bewohner:innen der Erstaufnahmeeinrichtungen dadurch eine andere als für Menschen jenseits der Einrichtungen: Sie ist in hohem Maße durch migrationsrechtliche Regulierung – und damit einhergehende bürokratische Praktiken – überdeterminiert.

Drittens ist die soziale Frage für Asylsuchende durch den Alltag in den Erstaufnahmeeinrichtungen selbst geprägt: Multiple Prekarität – etwa in Bezug auf Aufenthaltsstatus, sozioökonomische Situation, Stressbelastung und psychische Gesundheit – ist hier Normalzustand. Eingeschränkt sind Privatsphäre (z.B. durch weitreichende Befugnisse privater Securitys) und körperliche Unversehrtheit (z.B. durch unzureichenden Schutz vor sexualisierter Gewalt) (Dinkelaker/Schwenken 2020; Huke 2021a). „Wir sagen immer, dass wir Deutschland betreten, wenn wir das Lager verlassen. Im Lager [...] ist es ganz anders“ (Asylsuchender, 2.12.2020), beschreibt ein Interviewpartner treffend entsprechende Erfahrungen.

Am Beispiel der Situation von Asylsuchenden wird sichtbar, dass die soziale Frage untrennbar mit Fragen von globalen Hierarchien, Migration, Rassismus oder Aufenthaltsstatus verknüpft ist. Für die Analyse der sozialen Frage bietet

sich dadurch konzeptionell ein Fokus auf Formen multipler Prekarität an, also darauf, wie unterschiedliche soziale Problemlagen (z.B. Wohnen, Arbeit, Armut, Gesundheit) miteinander verwoben sind (Birke 2022; Wimbauer/Motakef 2021). Die soziale Frage, so lässt sich vor diesem Hintergrund konstatieren, existiert gewissermaßen nur im Plural: Als soziale Fragen in einer entlang unterschiedlicher, sich teilweise überlappender „Achsen der Ungleichheit“ (Klinger u.a. 2007), gespaltenen Gesellschaft (Bescherer u.a. in diesem Band). Die soziale Frage lässt sich vor diesem Hintergrund empirisch und auch analytisch-rekonstruktiv nicht – oder nur sehr begrenzt – von anderen Ungleichheitsverhältnissen isolieren (Buckel/Oberndorfer 2018).

3 Erstaufnahmeeinrichtungen als demokratieferne Räume Wie die Raumordnung des Asylsystems Subalternität produziert

Manchmal entscheide ich mich einfach, stumm zu bleiben [...], weil wenn du etwas sagst, bedeutet es nichts. Niemand wird dir glauben.

Asylsuchender, 11. Dezember 2020

Erstaufnahmeeinrichtungen bringen als Element umfassenderer Migrationskontroll- und Grenzregime nicht nur multiple Prekarität und dadurch spezifische soziale Fragen hervor, sie erschweren es Asylsuchenden gleichzeitig, ihnen politisch Ausdruck zu verleihen (Huke 2021c, 2021d). Die Möglichkeitsbedingungen des Thematisierens Sozialer Fragen in Erstaufnahmeeinrichtungen sind andere als in weiten Teilen der sie umgebenden Gesellschaft. Charakteristisch für die Lebenssituation der Asylsuchenden ist eine spezifische Form der Subalternität, durch die ihre Erfahrungen in gesellschaftspolitischen Debatten öffentlich häufig unsichtbar (beziehungsweise ungehört) bleiben (Huke 2021b; La Rosa/Frank 2017). Die Entstehungsbedingungen dieser Subalternität lassen sich auf den im vorherigen Kapitel skizzierten drei Maßstabsebenen – global, national und lokal – verorten.

Grenzen, so lässt sich *erstens* feststellen, regeln immer auch, wer öffentlich die Möglichkeit und das Recht hat, zu erscheinen (Butler 2011): Da diejenigen, die die negativen Effekte der „Externalisierungsgesellschaft“ (Lessenich 2016) im globalen Süden zu spüren bekommen, im wörtlichen Sinne *ausgegrenzt* bleiben, werden ihre Erfahrungen und ihre sozialen Fragen in der Öffentlichkeit in Deutschland (und anderen Ländern des globalen Nordens) kaum hörbar (Huke 2021b; La Rosa/Frank 2017). Erstaufnahmeeinrichtungen sorgen als Grenzräume

dafür, dass das auch nach Ankunft der Asylsuchenden so bleibt: Sie konstituieren (sowohl physisch, als auch sozial) eine Zwischenwelt, in der Asylsuchende gewissermaßen weder hier noch dort sind (Mortland 1987). Solange sie sich in dieser Zwischenwelt befinden, werden Asylsuchende nur begrenzt als Teil der Bevölkerung anerkannt, der legitimer Weise das Recht hat, (soziale) Forderungen zu stellen (Gardi u.a. 2019: 474). Die Erfahrung, anspruchsberechtigt zu sein, die eine wichtige Grundlage für die Artikulation politischer Forderungen darstellt, machen Asylsuchende dadurch nur in seltenen Fällen (Huke 2021c: 151; Huke 2022). Als Zwischenwelt sind Erstaufnahmeeinrichtungen Orte, an denen man hofft, nur kurz verweilen zu müssen. Dabei scheint es häufig nur begrenzt lohnenswert, den eigenen Alltag in der Erstaufnahmeeinrichtung über die Artikulation politischer Forderungen verändern zu wollen. Diese bewirken in der Regel (wenn überhaupt) eher mittel- oder langfristige als kurzfristige Veränderungen (Huke 2021c: 134f.).

Durch ihre geographische Lage, aber auch durch räumliche Barrieren (z.B. Zäune) sind Erstaufnahmeeinrichtungen *zweitens* innerhalb Deutschlands abgegrenzte und isolierte Orte, an denen der Kontakt zur umgebenden Gesellschaft begrenzt ist. „Die Menschen [jenseits der Einrichtung, N.H.]“, stellt ein Interviewpartner sehr pointiert fest, „wissen nicht wirklich was innerhalb von *Alcatraz* [gemeint ist das Zentrum für Ankunft, Entscheidung, Rückführung (*AnkER-Zentrum*), N.H.] passiert. Es ist eine Insel in [der Stadt]“ (Asylsuchender, 2. Dezember 2020). Teilweise liegen Erstaufnahmeeinrichtungen abseits von Siedlungen im Wald, was – in Kombination mit der sozioökonomischen Prekarität vieler Asylsuchender, die es beispielsweise erschwert, Bustickets zu kaufen – einen sehr weitreichenden gesellschaftlichen Ausschluss zur Folge hat: „Zur Stadt sind es zu Fuß ungefähr dreißig, vierzig Minuten. Die Möglichkeit, den Bus oft zu benutzen, hat man eigentlich nicht [...], man bekommt fünfzig Euro für zwei Wochen [für alles, was man zum Leben braucht, N.H.]. [...] Das heißt: alle laufen durch den Wald in die Stadt“ (Asylsuchende, 18. Januar 2020). Bereits als physische Orte ‘dämmen’ Erstaufnahmeeinrichtungen dadurch die Artikulation der sozialen Frage durch Asylsuchende ein: Soweit Proteste innerhalb der isoliert liegenden und häufig eingezäunten Einrichtungen stattfinden, bleiben sie jenseits der Einrichtungen weitgehend unsichtbar (Huke 2021b).

Die geographische Isolation wirkt darüber hinaus sozial isolierend, mit politischen Konsequenzen: Kontakte zu bereits länger in Deutschland lebenden Teilen der Bevölkerung werden systematisch erschwert. Durch die daraus resultierende Spaltungslinie zwischen Erstaufnahmeeinrichtungen und der sie umgebenden Gesellschaft stehen den Asylsuchenden für eine politische Artikulation erfor-

derliche Handlungsressourcen, Unterstützungsstrukturen und Systemwissen nur eingeschränkt zur Verfügung. Hinzu kommen bei Asylsuchenden mit begrenzten Deutschkenntnissen Sprachbarrieren bei der öffentlichen Artikulation politischer Forderungen¹ und die Angst, im Falle politischer Proteste im Rahmen des eigenen Asylverfahrens sanktioniert zu werden (Huke 2021b):

Wir hörten immer wieder von Vorfällen, dass junge Frauen im Camp, während sie geduscht haben, von den Securities belästigt wurden. Die Duschkabinen hatten keine Tür, sondern nur einen Plastikvorhang und während die jungen Frauen geduscht haben, haben die Securities da einfach reingeguckt. Die Frauen hatten Angst sich zu beschweren [...]. Flüchtlinge [...] sind sowieso massiv von der Angst geprägt, dass [...] alles, was sie sagen und machen gegen sie verwendet werden kann. Die, die wir gefragt haben [...], haben gesagt: Wir können uns nicht darüber beschweren, nicht, dass es unserem Asylverfahren schadet. (Asylsuchender, 29. Januar 2021)

Der Alltag in den Erstaufnahmeeinrichtungen selbst wirkt schließlich *drittens* ebenfalls politisch desartikulierend (Bhimji 2020: 31; Huke 2021c, 2021d): Die räumliche Enge – etwa in geteilten Mehrbettzimmern oder Fluren – begünstigt Konflikte unter Bewohner:innen und erschwert Solidarität. Sprachbarrieren unter Bewohner:innen verhindern den kollektiven Austausch über Lebensumstände. Zudem entsteht durch die je individuelle Zeitlichkeit der Asylverfahren – trotz geteilter Lebensumstände – nur begrenzt eine geteilte Erfahrung. Ungleichbehandlung – im Vergleich zur umgebenden Gesellschaft – erscheint in den Erstaufnahmeeinrichtungen als alltägliche Normalität. Ohnmachtserfahrungen – etwa gegenüber Security-Gewalt – wirken ebenfalls einer Artikulation politischer Forderungen entgegen (Huke 2022).² In der Folge erleben sich viele Asylsuchende trotz ihres gewissermaßen kollektiven Wohnumfelds in Sammelunterkünften als isoliert. So berichtet ein Interviewpartner:

In dem Camp leben unterschiedliche Menschen aus unterschiedlichsten Ländern. Afghanistan, China, Türkei, Russland, Afrika, Irak, Syrien und, und, und. Die Sprachen sind sehr unterschiedlich, die Verständigung unter Bewohnern ist auch nicht so fließend, jeder spricht seine eigene Sprache. Dazu kommt noch der Fakt, dass jeder seine eigenen Probleme hat, Kummer, Angst und Stress. (Asylsuchender, 12. Februar 2021)

-
- 1 Sprachbarrieren können in politischen Initiativen über Sprachkenntnisse anderer Aktiver kompensiert werden, wodurch die Problematik an Bedeutung verliert.
 - 2 Ein weiteres Beispiel, das zeigt, wie demokratiefern die Räume der Erstaufnahmeeinrichtungen sind, sind Hausordnungen in einzelnen Einrichtungen, die es auf dem gesamten Gelände der Einrichtung untersagen, sich politisch zu betätigen (Pro Asyl 2022).

Physische Nähe erzeugt also selbst bei geteilten Lebensbedingungen nicht notwendig auch eine soziale Nähe, sondern kann auch mit sozialer Distanz einhergehen oder diese sogar hervorrufen.

Die multiple Prekarität der Asylsuchenden, so wird vor diesem Hintergrund sichtbar, hat einen politisch demobilisierenden (beziehungsweise desartikulierenden) Effekt. Sie geht mit einer Form der „Subalternität“ (Green 2002; Spivak 2008) einher, durch die Erfahrungen und Forderungen der Asylsuchenden gesellschaftlich ungehört und weitgehend unsichtbar bleiben. Subalternität umfasst dabei sowohl ein *Gramscianisches Moment* – vereinzelnde Lebensumstände, Fragmentierung und soziale Isolation laufen politischer Mobilisierung zuwider –, als auch ein *Spivak'sches* – dort wo Asylsuchende versuchen, sich hörbar zu machen, finden sie kein Gehör (Huke 2021b). Sie wird auch durch die Raumordnung des Asylsystems koproduziert (z.B. die isolierte Lage der Unterkünfte oder Belastungsfaktoren durch den Raum der Erstaufnahmeeinrichtungen selbst). Für die Frage nach der politischen Artikulation sozialer Fragen zeigt sich hier ein spannendes Phänomen: Wenn Lebensumstände sozioökonomisch prekärer sind, steigt zwar eigentlich der Druck, sie politisch in Frage zu stellen – also der sozialen Frage Ausdruck zu verleihen. Gleichzeitig wird es jedoch durch die Effekte der mit den Lebensumständen verbundenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse erschwert – und dadurch unwahrscheinlicher –, dass alltägliche Erfahrungen in politische Forderungen übersetzt werden.

4 Politische Initiativen im Kontext von Erstaufnahmeeinrichtungen

Innerhalb und außerhalb vom Lager [...]: wir stehen zusammen, wir kämpfen gemeinsam.

Together We Are Bremen 2020

Trotz der für politisches Engagement widrigen Umstände entstanden und entstehen in Deutschland seit den 1990er Jahren immer wieder politische Initiativen in und um Erstaufnahmeeinrichtungen (Bhimji 2020, 2021; Odugbesan/Schwartz 2020; Perolini 2020). Politisches Engagement hat dabei unterschiedliche Facetten: Beispiele hierfür sind Initiativen wie *Women in Exile*, die u.a. in einer Bustour unterschiedliche Einrichtungen besuchten und über die dortigen Lebensumstände informierten, *Refugee Struggle for Freedom*, die in verschiedenen bayerischen Unterkünften aktiv sind, sowie *Together we are Bremen*, in der sich unter anderem Bewohner:innen der Bremer Erstaufnahmeeinrichtung in der Lindenstraße organisieren. Jenseits der Initiativen kommt es immer wieder zu

punktuellen Protesten, etwa spontanen Kundgebungen von Bewohner:innen und Auseinandersetzungen in Erstaufnahmeeinrichtungen. Zuletzt ließ sich dies insbesondere im Zuge der Corona-Pandemie beobachten, als Asylsuchende die gesundheitsgefährdenden Lebensumstände und die Folgen von Massenquarantänen thematisierten.³ Engagement umfasst darüber hinaus eher „infra-politische“ (Karakayali 2017) Momente des individuellen und kollektiven Füreinander-Sorge-Tragens im Alltag, durch das die vereinzelnden Lebensumstände zumindest punktuell aufgebrochen werden (Huke 2021b, 2023).

Ein *erster* Effekt der Initiativen ist, dass sie globale soziale Fragen artikulieren, die an der Situation der Asylsuchenden in besonderem Maße sichtbar werden – gewissermaßen durch die körperliche Präsenz des zuvor Externalisierten. Ein Beispiel hierfür ist der Slogan „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“, der „auf globale Verknüpfungen und neokoloniale Ausbeutungsstrukturen“ (Bendix 2018a: 159) verweist. Reichtum in Deutschland wird dabei von Initiativen in ein Verhältnis zu Armut und Ausbeutung in den Herkunftsländern gesetzt, wobei häufig eine Verbindungslinie zum Kolonialismus gezogen wird. Teil hiervon ist unter anderem auch eine Kritik an Waffenexporten der deutschen Rüstungsindustrie in Kriegs- und Konfliktgebiete (ebd.: 160f.). Die soziale Frage wird so als globale Problematik sichtbar.

Zweitens wird durch politische Organisation die räumliche Isolation der Erstaufnahmeeinrichtungen durchbrochen, wodurch, um im oben genannten Bild der Einrichtungen als *Insel* zu bleiben, gewissermaßen Brücken gebaut werden, die Einrichtungen mit der sie umgebenden Gesellschaft verbinden. Hierzu zählen sowohl physische Begegnungen (z.B. bei Treffen, Demonstrationen oder Kundgebungen) als auch digitale Kommunikationsräume (z.B. WhatsApp-Gruppen) und öffentliche Proteste (z.B. Kundgebungen oder Demonstrationen). Dabei sind bestehende Initiativen ein wichtiger Faktor dafür, dass spontane politische Organisationsprozesse in Erstaufnahmeeinrichtungen erfolgreich verlaufen: Sie stellen nicht nur personelle und finanzielle Ressourcen, sondern auch Erfahrungswissen (z.B. die Unterstützung bei der Organisation von Treffen und Protesten oder Kontakte zu Medien) zur Verfügung (Huke 2021d). „Sogar, wenn wir uns an einem weit entfernten Ort treffen“, berichtet ein Interviewpartner, „finanzieren sie unser Essen, unseren Transport, und diese ganzen Dinge“ (Asylsuchender, 11. Dezember 2020). Dadurch sei es möglich, stellt eine andere Interviewpartnerin fest, „Dinge zu tun, die wir alleine nicht tun können. Weil sie eine Person für

3 Vgl. zu den gesundheitlichen Folgen der Corona-Pandemie und des staatlichen Umgangs mit ihr in Erstaufnahmeeinrichtungen u.a. Bozorgmehr u.a. (2020).

sich nicht tun kann. Wir können nicht ohne Together we are Bremen und sie können nicht ohne uns. Es ist eine Form der Kollaboration, des Teamworks. [...] Zusammen können wir unsere Ziele erreichen“ (Asylsuchende, 13. November 2020). Zentral für die Initiativen ist darüber hinaus eine Form der emotionalen Ermächtigung der Asylsuchenden, wie ein Interviewpartner skizziert:

Vorher hatte ich Angst. Wenn ich etwas sage, das den Behörden nicht gefällt, [...] können sie mich nach Italien abschieben oder in mein Herkunftsland zurückschicken. Diese Gruppe gab mir so viel Sicherheit zu sprechen und sagte mir: ‘Dir wird nichts passieren.’ [...] Ich bekam so viel Selbstvertrauen, als ich die ganzen Videos von Leuten [anderen Aktiven der Gruppe, N.H.] sah, die aufstehen, um zu sagen, welche Probleme sie im Leben haben [...] und wie viel Rassismus sie in unterschiedlichen Lagern erleben. (Asylsuchender, 12. November 2020)

Asylsuchenden wird es dadurch erleichtert (und in vielen Fällen überhaupt erst ermöglicht), ihre alltäglichen Probleme politisch zu artikulieren (Opheys 2021: 6). Die sonst in der Regel gesellschaftlich weitgehend unsichtbare multiple Prekarität der Asylsuchenden wird dadurch zu einem Teil öffentlicher Aushandlungsprozesse: „Für mich ist das [politische Selbstorganisation als Gruppe, N.H.] einfach eine Art, sich selbst gegenüber der Regierung auszudrücken, [...] das zu tun, was richtig ist. [...] Fast immer, wenn wir eine Kundgebung haben, [...] sprechen wir darüber, was in den Lagern los ist“ (Asylsuchender, 11. Dezember 2020). Die „Stimme“ (Asylsuchender, 12. November 2020) der Asylsuchenden kann in der Folge „durch diese Gruppe gehört werden“ (ebd.), womit ihre subalterne Position abgeschwächt wird.⁴ Die Probleme der Asylsuchenden werden infolge der öffentlichen politischen Aktionen „vielen Menschen bekannt“ (ebd.). Asylsuchende werden darüber zu einem sichtbaren Teil der die Erstaufnahmeeinrichtungen umgebenden Stadt bzw. Gesellschaft.⁵

Innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtungen entstehen durch politische Organisationsprozesse schließlich *drittens* neue Formen der Kollektivität und Solidarität, wodurch Lebensumstände zumindest punktuell weniger vereinzelt erlebt werden (Siim/Meret 2021): „Ich bin dann von Tür zu Tür gegangen, um mit ihnen [den Frauen in der Erstaufnahmeeinrichtung, N.H.] zu sprechen. Und ich sah, dass sie Angst hatten. [...] Ich sprach weiter mit ihnen und ging von

4 Isolierende und ohnmächtig machende Lebensumstände bestehen dennoch weiter fort. Ein Beispiel hierfür sind Sprachbarrieren und -grenzen, die auch in politischen Organisationsprozessen wirken.

5 Die Bremer Initiative *Together We Are Bremen* trägt dieser Dynamik programmatisch in ihrem Namen Rechnung.

Tür zu Tür. Und am Ende des Tages gab es Leute, die ich überzeugen konnte“ (Asylsuchende, 13. November 2020). Zuvor desartikulierte manifeste Unzufriedenheiten der Bewohner:innen werden infolge sichtbarer Proteste und der Präsenz politisch Aktiver innerhalb der Unterkünfte zumindest teilweise artikulierbar. Alltagspraktisch leisten die Initiativen Sorgearbeit, etwa indem sie Bewohner:innen kostenlos Essen und andere für Grundbedürfnisse benötigte Waren zur Verfügung stellen (Huke 2024; Perolini 2020: 215).

Darüber hinaus verändern sich die Beteiligten selbst infolge ihres Engagements, wie eine Interviewpartnerin ausführte: „Persönlich bin ich entspannter geworden. [...] Sogar, wenn ich nicht direkt profitiere [von Aktionen der Initiative, N.H.], aber Menschen um mich herum: Sie zu sehen, wie sie ein Lächeln im Gesicht haben und zu sehen, dass wegen eines Schritts, den ich gemacht habe, wenigstens etwas Kleines erreicht wurde. Aus diesem Grund geht es mir wirklich okay“ (Asylsuchende, 13. November 2020). Indem sie die Isolation der Erstaufnahmeeinrichtungen durchbrechen, verändern die politischen Initiativen die Raumordnung des Asylsystems. Räume der Solidarität – ob digital oder in Präsenz – durchkreuzen die Trennungsdiskursive der Migrationskontrollpolitik. In der Folge werden zuvor durch die Subalternität der Asylsuchenden unsichtbar gemachte Formen der multiplen Prekarität, denen Asylsuchende ausgesetzt sind, sichtbar. Subalternität, so zeigen sie, ist kein unentrinnbares Schicksal, sondern kann durch politische Organisationsprozesse zumindest punktuell abgeschwächt werden.

5 Fazit

Migrationskontrollpolitik und ihre Trennungsdiskursive, so zeigt das Beispiel der Situation von Asylsuchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen, gehen nicht nur mit spezifischen Formen multipler Prekarität einher. Sie erschweren es auch, mit dieser multiplen Prekarität verknüpfte Erfahrungen zu artikulieren, produzieren also Subalternität. Politische Organisationsprozesse bieten vor diesem Hintergrund die Chance, gesellschaftlich verdrängte Dimensionen der sozialen Frage öffentlich sichtbar zu machen (vgl. Tabelle 1 auf der nächsten Seite).

Organisationsprozesse machen zuvor – nicht zuletzt durch das Migrationskontrollregime – externalisierte globale und transnationale Dimensionen der sozialen Frage sichtbar. Darüber hinaus durchbrechen sie die physische und soziale Isolation der Asylsuchenden – und die damit einhergehende gesellschaftliche Unsichtbarkeit ihrer alltäglichen Probleme. Schließlich verändern sie den Alltag in den Unterkünften selbst, da durch sie neue Formen der wechselseitigen

Tabelle 1: Prekarität, Subalternität und politische Organisation in Erstaufnahme-einrichtungen

<i>Maßstabsebene</i>	<i>Multiple Prekarität</i>	<i>Subalternität</i>	<i>Effekte politischer Initiativen</i>
Global	Erfahrungen mit Entrechtung, Armut, Krieg und Verfolgung im Herkunftsland, z.T. als Effekt imperialer Lebensweise u.a. in Deutschland	Habitualisierte Externalisierung globaler sozialer Ungleichheit setzt sich auch im Umgang mit Asylsuchenden fort (finden kein Gehör)	Externalisierte globale soziale Fragen werden sichtbar („Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.“)
Deutschland	Sozialleistungen unterhalb des Existenzminimums, Ausschluss von Arbeits- und Wohnungsmarkt, begrenzter Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung	Räumliche Isolation, fehlende Sprachkenntnisse, eigene (fragmentierte) Zeitlichkeit, Normalität von Ungleichbehandlung erschweren politische Artikulation	Verbindungslinien zwischen Erstaufnahmeeinrichtungen und Restgesellschaft (Together we are Bremen)
Erstaufnahme-einrichtung	Kaum Privatsphäre, Mehrbettzimmer, Stress und psychische Belastung, Gewalt	unterschiedliche Sprachen, hoher individueller Problemdruck (z.B. Traumata) und Stress in Unterkünften, der zu Konflikten unter Bewohner:innen führt, erschweren die politische Organisation	Ermächtigung, neue Formen kollektiver Solidarität

Quelle: Eigene Darstellung

Bezugnahme der Bewohner:innen untereinander entstehen, wodurch individuelle Probleme als kollektiv geteilt erfahrbar und damit auch politisch artikulierbar werden.

Die Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die multiple Prekarität und Subalternität in den Erstaufnahmeeinrichtungen zur Folge haben, werden dadurch jedoch nur punktuell und temporär herausgefordert: Globale Ungleichheit,

Ausschlussmechanismen des Asyl- und Migrationsregimes sowie durch vielfältige soziale Problemlagen gekennzeichnete alltägliche Lebensbedingungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben trotz des Engagements der Initiativen bestehen. Die soziale Frage in demokratiefernen Räumen zu stellen, so zeigt sich hieran, beinhaltet eine doppelte Herausforderung: Einerseits müssen politisch desartikulierte soziale Problemlagen überhaupt erst artikuliert und damit politisch sichtbar gemacht werden. Andererseits, so die ungleich schwierigere Aufgabe, müssen ausgehend von diesen Problemlagen Veränderungen politisch durchgesetzt werden – was angesichts der in der Regel stark eingeschränkten Machtressourcen derjenigen, die durch gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse Prekarität und Subalternität ausgesetzt werden, sowohl einer Herkulesaufgabe wie auch einer Sisyphusarbeit gleichkommt.

Literatur

- Bendix, D. (2018a), Der globale Süden ist hier! Wie Refugee-Aktivismus den Zusammenhang von Flucht und 'Entwicklung' aufzeigt, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Borderregime Studies* 4(1), S. 157–165.
- (2018b), *Jenseits von Externalisierung und Integration. Refugee-Aktivismus und postkoloniale Dezentrierung der Kritik globaler Ungleichheit*, <https://www.fsv.uni-jena.de/fsvmedia/soziologie/arbeitsbereiche/ab-arbeits-industrie-und-wirtschaftssoziologie/kolleg-postwachstum/working-paper/wp-3-18-bendix.pdf> (letzter Abruf am 29.11.2023).
- Bhimji, F. (2020), *Border regimes, racialisation processes and resistance in Germany. An ethnographic study of protest and solidarity*, Cham: Springer.
- (2021), Voices from the Lagers in Germany, in: *Intersections* 7(3), S. 241–258.
- Birke, P. (2022), *Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland*, Wien/Berlin: Mandelbaum.
- Bozorgmehr, K./Hintermeier, M./Razum, O./Mohsenpour, A./Biddle, L. R./Oertelt-Prigione, S./Spallek, J./Tallarek, M./Jahn, R. (2020), *SARS-CoV-2 in Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete: Epidemiologische und normativ-rechtliche Aspekte*, https://www.public-health-covid19.de/images/2020/Ergebnisse/FactSheet_PHNetwork-Covid19_Aufnahmeeinrichtungen_v1_inkl_ANNEX.pdf (letzter Abruf am 29.11.2023).
- Brand, U./Wissen, M. (2017), *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München: oekom.
- Buckel, S./Kopp, J. (2022), *Fluchtursachen. Das Recht, nicht geben zu müssen, und die Politik Europas*, Berlin: Bertz + Fischer.
- Buckel, S./Oberndorfer, L. (2018), Dirty Capitalism, *Krisis. Journal for Contemporary Philosophy* 38(2), S. 41–44.

- Butler, J. (2011), *Bodies in Alliance and the Politics of the Street*, <https://transversal.at/transversal/1011/butler/en> (letzter Abruf 29.11.2023).
- Dinkelaker, S./Schwenken, H. (2020), Fragmentierter Schutz an der Schnittstelle von gewaltförmigen Geschlechterverhältnissen und restriktiven Asyl- und Aufenthaltspolitiken, in: *Bürger & Staat* 70(3), S. 160–166.
- Eule, T. G./Borrelli, L. M./Lindberg, A./Wyss, A. (2019), *Migrants Before the Law. Contested Migration Control in Europe*, Cham: Palgrave Macmillan.
- Flüchtlingsrat Thüringen (2021): *Welche sozialen Leistungen erhalten Flüchtlinge?*, <https://www.fluechtlingsrat-thr.de/themen/basiswissen/welche-sozialen-leistungen-erhalten-fluechtlinge> (letzter Abruf 7.6.2023).
- Gardi, N./Lingen-Ali, U./Mecheril, P. (2019), Politische Bildung unter Bedingungen von Flucht und globaler Ungleichheit, in: Arslan, E./Bozay, K. (Hg.), *Symbolische Ordnung und Flüchtlingsbewegungen in der Einwanderungsgesellschaft*, Wiesbaden: Springer VS, S. 467–476.
- Georgi, F. (2017), Autoritärer Festungskapitalismus. Fünf Thesen zur Migrationspolitik in Europa und den USA, in: *Prager Frühling* 27(4), <https://www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1343.autorit%C3%A4rer-festungskapitalismus.html> (letzter Abruf am 7.12.2023).
- Green, M. (2002), Gramsci Cannot Speak: Presentations and Interpretations of Gramsci's Concept of the Subaltern, *Rethinking Marxism* 14(3), S. 1–24.
- Huke, N. (2019), Teilhabe trotz staatlicher Ausgrenzungspolitik, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 32(3), S. 394–407.
- (2021a), „Bedeutet unser Leben nichts?“ *Erfahrungen von Asylsuchenden in Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie in Deutschland*, https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/210809_PA_Lager.pdf (letzter Abruf am 9.2.2023).
- (2021b), Die Erfahrung der 'Anderen'. Wie Flüchtlingshilfe und autoritärer Populismus auf Risse im Habitus der Externalisierung reagieren, in: Dinkelaker, S./Huke, N./Tietje, O. (Hg.), *Nach der „Willkommenskultur“. Geflüchtete zwischen umkämpfter Teilhabe und zivilgesellschaftlicher Solidarität*, Bielefeld: transcript, S. 137–164.
- (2021c), *Ohnmacht in der Demokratie. Das gebrochene Versprechen politischer Teilhabe*, Bielefeld: transcript.
- (2021d), „So, jetzt sind wir hier.“ Wie Momente der (Selbst-)Ermächtigung von Geflüchteten subkulturellen Aktivismus und ehrenamtliches Engagement herausfordern, in: Dinkelaker, S./Huke, N./Tietje, O. (Hg.), *Nach der „Willkommenskultur“. Geflüchtete zwischen umkämpfter Teilhabe und zivilgesellschaftlicher Solidarität*, Bielefeld: transcript, S. 223–244.
- (2022), „Ich habe nicht die Macht, das zu ändern.“ Ohnmachts- und fehlende Anspruchsberechtigungerfahrungen als Erklärungsmodell für politische Ungleichheit, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 52(3), S. 531–550.
- (2023), „Sie haben uns komplett vergessen.“ Sorglosigkeit und Füreinander-Sorge-Tragen in Flüchtlingsunterkünften während der Corona-Pandemie, in: *femina politica* 32(1), S. 54–69.

- (2024), Die Ausbildungsduldung im Spannungsfeld von Arbeitskraftausbeutung und Abschiebeorientierung, in: Carstensen, A. L./Huke, N./Riedner, L./Birke, P. (Hg.), *Geteilte Arbeitswelten. Konflikte um Migration und Arbeit*, Weinheim, S. 100–116.
- Karakayali, S. (2017), 'Infra-Politik' der Willkommensgesellschaft, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30(3), S. 16–24.
- Klinger, C./Knapp, G./Sauer, B. (2007), *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*, Frankfurt/New York: Campus.
- Kronauer, M. (2008), *Ausgrenzung und physisch-sozialer Raum*, in: Anhorn, R./Bettinger, F./Stehr, J. (Hg.), *Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 181–198.
- La Rosa, S./Frank, M. (2017), Wo und wie finden flüchtende und geflüchtete Menschen Gehör? Über Subalternität in Europa und die Herausforderungen demokratischer Autorität, in: *Zeitschrift für Flüchtlingsforschung* 1(1), S. 41–71.
- Lessenich, S. (2016), *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, München: Hanser.
- Mortland, C. A. (1987), Transforming Refugees In Refugee Camps, in: *Urban Anthropology and Studies of Cultural Systems and World Economic Development* 16 (3/4), S. 75–404.
- Muy, S. (2020), Verwertung ≤ Entrechtung. Ein Blick auf die Debatte um Migration und Arbeit in Sozial.Geschichte Online nach dem „Migrationspaket“ vom 7. Juni 2019, *Sozial. Geschichte Online* 26(1) S. 71–89.
- Odugbesan, A./Schwierz, H. (2020), Refugee struggles in Germany between universal and particular claims, in: Pioch, R./Toens, K. (Hg.), *Innovation und Legitimation in der Migrationspolitik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 149–168.
- Opheys, C. (2021), *Sichtbarkeit von geflüchteten Frauen und ihren Initiativen?! Die Bedeutung einer intersektionalen Erwachsenenbildung*, https://www.pedocs.de/volltexte/2021/22753/pdf/Erwachsenenbildung_43_2021_Opheys_Sichtbarkeit_von_gefluechteten.pdf (letzter Abruf am 1.6.2023).
- Perolini, M. (2020), Abolish all camps in times of corona: the struggle against shared accommodation for refugees in Berlin, in: *Interface* 12(1), S. 213–224.
- Pro Asyl (2022), *Erfolgreiche Klage gegen Hausordnung in Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete. Zimmer sind grundrechtlich geschützte Wohnungen*, <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/erfolgreiche-klage-gegen-hausordnung-in-erstaufnahmeeinrichtungen-fuer-gefluechtete-zimmer-sind-grundrechtlich-geschuetzte-wohnungen/> (letzter Abruf am 8.6.2023).
- Siim, B./Meret, S. (2021), Patterns of Reflective Solidarity and Migrant Resistance in Copenhagen and Berlin, in: *Critical Sociology* 47(2), S. 219–233.
- Sott, S.H. (2017), *Desartikulation statt Transitional Justice? Subalterne Perspektiven in der kolumbianischen Vergangenheitsbewältigung*, Bielefeld: transcript.
- Spivak, G.C. (2008), Can the Subaltern Speak?, in: Steyerl, H./Joskowicz, A./Nowotny, S. (Hg.), *Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien/Berlin: Turia + Kant, S. 17–118.

- Together We Are Bremen (2020), *Innerhalb und außerhalb vom Lager Lindenstraße: wir stehen zusammen, wir kämpfen gemeinsam*, <https://togetherwearebremen.org/innerhalb-und-auserhalb-vom-lager-lindenstrase-wir-stehen-zusammen-wir-kampfen-gemeinsam/> (letzter Abruf am: 8.6.2023).
- (2021), *1. Mai 2021 in Bremen: Gemeinsam gegen Ausbeutung und Unterdrückung*, <https://togetherwearebremen.org/1-mai-2021-in-bremen-gemeinsam-gegen-ausbeutung-und-unterdruckung/> (letzter Abruf am 7.6.2023).
- Wimbauer, C./Motakef, M. (2021), Prekäre Arbeit, prekäre Anerkennung, prekäre Lebensverhältnisse – Zur erweiterten Analyse vergeschlechtlichter Ungleichheiten in pandemischen Zeiten, in: Hoffmann, R./Knabe, A./Schmitt, C. (Hg.), *Ungleichheit, Individualisierung, Lebenslauf*, Wiesbaden: Springer, S. 165–186.

Gisela Mackenroth

Collagen, Instant-Theater, Performance – queer-feministische Protestkunst im öffentlichen Raum

Ein Interview mit Tina Keserović, Anna Krenz und Hannah

In diesem Gespräch widmen wir uns kreativen und künstlerischen Protestformen queer-feministischer Bewegungen. Deren Relevanz lässt sich anhand von zwei Entwicklungen nachvollziehen: Der Hashtag MeToo, der darauf abzielte, sexistische Gewalt im Kunst- und Kulturbetrieb öffentlich anzugreifen, war für Künstler:innen und Kulturschaffende ein Anstoß, sich darüber hinausgehend mit ihren künstlerischen Ausdrucksformen in queer-feministische Bewegungen bzw. queer-feministischen Protest einzubringen. Bei der transnational verfolgten Idee des feministischen Streiks haben feministische Initiativen auf kreative Methoden zurückgegriffen, um diese Idee praktisch zu konkretisieren und damit den Streik als Aktionsform jenseits klassischer betrieblicher Zusammenhänge zugänglich zu machen. Exemplarisch hierfür ist die Performance „Un Violador en Tu Camino“ (Ein Vergewaltiger auf deinem Weg) des chilenischen Kollektivs *LasTesis* (die Thesen), das in einer Kombination von empowerndem Sprechgesang und tänzerischer Anklage gegen Polizeigewalt protestiert hat. Nach ihrer ersten Aufführung vor einem Polizeikommissariat 2019 wurde die Performance weltweit ikonisch für feministischen Protest. Ein anderes Beispiel sind die „deriva“ (das Abdriften) des spanischen Kollektivs *Precarias a la deriva* (Abdriftende Prekäre) seit 2002. Diese aktivistischen Forschungen im Quartier zu prekärer Arbeit eigneten sich situationistische Methoden und das „männliche“ Flanieren an (Tirler 2018). Kreative und künstlerische Handlungsweisen tragen in den genannten Fällen dazu bei, eine gesellschaftspolitische Deutung vermeintlich privater und vereinzelter Situationen der Ausbeutung und Unterdrückung zu erarbeiten. Streetart und Collagen, Plakatkunst und Grafik, künstlerische Dokumentationen, aktivistisches Theater und Performances sind also mit der jüngsten Welle feministischen Protests mehr denn je Teil feministischer Bewegungen geworden: Mit aktivistischer Kunst intervenieren queer-feministische Initiativen in öffentliche Räume, fordern hegemoniale Erinnerungskulturen heraus, stärken eine öffentliche und mediale Sichtbarkeit

queer-feministischer Anliegen und Formen kritisch Selbstverständnisse und Strategien der Bewegung mit.

Im Gespräch mit drei Künstlerinnen aus Kroatien, Polen und Frankreich möchten wir aktuelle Beispiele dieser Entwicklung vorstellen und miteinander in Dialog bringen. Dabei arbeiten wir unterschiedliche Erfahrungen heraus, die jeweils zu aktivistischer Kunst motivieren: Zum einen sind es erlebte Grenzziehungen und Ausschlüsse im Kulturbetrieb, zum anderen ist es das Anliegen, politische Handlungs- und Reflexionsmöglichkeiten sozialer Bewegungen auszuweiten.

Wir beginnen mit einer Vorstellung der Interviewten:

Hannah ist Teil des Kollektivs *Collages Féministes Marseille*. Das Marseiller Kollektiv ist exemplarisch für eine frankreichweite Praxis (*Collages Féminicides Paris 2021*). Die Collage-Kollektive bringen mit schwarzer Farbe, Papier und Leim politische Parolen, Aufzählungen von Femiziden, auf wenige Worte kondensierte Berichte von patriarchaler Gewalt und solidarische Ermutigungen von Opfern in öffentliche Räume. Sie zielen darauf ab, vermeintlich private patriarchale und sexistische Gewalt öffentlich zu machen und mit anderen sozialen Kämpfen, etwa solchen gegen Rassismus oder Armut zu verbinden.

Anna Krenz gründete 2016 das polnisch-berlinerische Kollektiv *Dziewuchy Berlin* (polnisch: Mädchen) mit. Damit trägt sie den feministischen Protest gegen eine Verschärfung des Abtreibungsrechts über die Grenzen Polens hinaus. Um polnische Migrant:innen zu repräsentieren, kombiniert das Kollektiv Protestaktionen mit Methoden der Performancekunst. Mit Aktionen wie dem „Global Scream“, einem einminütigen kollektiven Schrei während feministischer Demonstrationen, sowie spontanem Kurztheater vor der Kulisse in roter Farbe getränkter weißer Spitzenvorhänge hat sich *Dziewuchy Berlin* als prägende Stimme polnischer Migrant:innen in der Berliner Bewegungslandschaft etabliert.

Tina Keserović ist Schauspieler:in und war nach ihrem Studium in München mehrere Jahre Teil verschiedener Ensembles deutscher Theater. Im Gespräch erzählt sie, wie sie sich nach der Reflexion eigener Diskriminierungserfahrungen und nach einem weiteren Studienabschnitt in Sarajevo aus dem institutionellen Theaterbetrieb herausbewegt und begonnen hat, ihre künstlerische Arbeit auf sozialen Protest zu beziehen. Die Projekte ihres Duos *TYNA* setzen an der Stärkung von politischer Selbstorganisation im Kontext nationalistischer und patriarchaler Dynamiken in und außerhalb von Südosteuropa an. Mit ähnlicher Stoßrichtung, patriarchale und rassistische Machtstrukturen zu unterwandern, hat *Tina Keserović* von 2017 bis 2019 das Theaterfestival in Zadar aus dem touristischen Zentrum in die marginalisierten Nachbarschaften der Stadt gebracht.

Im Gespräch erzählen die drei Aktivistinnen und Künstlerinnen von ihren Arbeitsweisen. Wir diskutieren, ihre Wirkung im öffentlichen Raum und ihre Funktion für feministischen und antirassistischen Protest. Im transnationalen Austausch vergleichen wir die lokalen und translokalen Bedingungen ihrer Arbeit. Dieser Erfahrungsaustausch liefert Impulse zu grundsätzlichen Fragen politischer Teilhabe: Wie gelingt es, bewegungsintern und gesamtgesellschaftlich Leerstellen politischer Repräsentation sichtbar zu machen und zu füllen? Und wie können bis dato fehlende Sprecher:innenpositionen aufgebaut werden?

Gisela Mackenroth (GM): Lasst uns zu Beginn nachvollziehen, wie ihr die Schnittstelle zwischen Kunst und Aktivismus jeweils für euch erarbeitet habt – kurz gesagt, wie also alles begann: Anna wie kam es dazu, dass du das queerfeministische Kollektiv Dziejuchy Berlin gegründet hast? An welchen Punkt kamen während deiner bzw. dann eurer politischen Arbeit künstlerische Strategien ins Spiel.

Anna Krenz (AK): Vielleicht fange ich ganz von vorne an. Es war eine sehr ungewöhnliche Zeit im Winter 2015. Die konservative Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) hatte die Wahlen gewonnen und es vollzog sich ein Machtwechsel. In den demokratischen Kreisen in Polen und im Ausland konnte man viele Emotionen, eine spezielle Energie und ein Gefühl von Gemeinschaft spüren. Es kamen Wut und der Eifer auf, für Freiheit zu kämpfen. Für einige Monate habe ich mich der Berliner Ortsgruppe der polnischen Bürger:innenbewegung KOD (Komitee zur Verteidigung der Demokratie) angeschlossen. In dieser Zeit organisierten wir einige Demonstrationen in Solidarität mit Polen.

Für eine dieser ersten Demonstrationen schlug ich ein Happening vor, denn ich wollte nicht eine weitere Demonstration mit Redner:innen veranstalten. Keine:r in unserer Gruppe war ein:e Schauspieler:in, somit war die Idee eine Herausforderung. Deshalb war das am Vorabend gezeichnete Skript einfach. Ich habe es gezeichnet. Einige Figuren habe ich sogar ausgeschnitten, um zu zeigen, wer was zu tun hat und wer sich zu welchem Zeitpunkt wohin bewegt. Nicht nur die Performance hat schließlich so stattgefunden, wie ich sie vorgezeichnet hatte. Auch die Menschen, die zu der Demonstration bzw. Performance als „Publikum“ kamen, haben als „unterstützende Darsteller:innen“ eine aktive Rolle eingenommen. Ich habe wirkliche Emotionen in ihren Gesichtern gesehen und das war der Wendepunkt: Am Ende der Protestveranstaltung bzw. des Happenings haben sich die Menschen ermutigt gefühlt. Sie konnten mit einem Gefühl der Hoffnung nach Hause gehen. Das war der Moment, in dem ich realisierte, dass Kunst auf der Straße sinnvoll ist und dass sie sehr stark gebraucht wird.

GM: Und wie bist du zum Feminismus gekommen?

AK: Ich lebe seit 2003 in Berlin. Während meiner künstlerischen Arbeit habe ich mich sehr viel mit politischen und sozialen Problemen beschäftigt – auch mit Feminismus. Im April 2004 habe ich in unserer Kreuzberger Galerie ZERO eine Veranstaltung zu polnischem Feminismus organisiert: „Import – Export. Polnische Frauen zu Beginn des 21. Jahrhunderts“. Das war kurz bevor Polen der Europäischen Union beigetreten ist. Zu diesem Zeitpunkt war Polen und waren polnische Frauen für einen kurzen Moment interessant für Berlin. Einige Jahre später, vom Frühjahr 2016 an, waren sie es wieder.

Mit all der Energie, die im Frühjahr 2016 aufkam, trat ich am 1. April 2016 einer von Warschauer Aktivist:innen gegründeten Facebook-Gruppe namens „Dziewuchy Dziewuchom“ (Mädels für Mädels) bei. Die Gruppe war eine Reaktion auf das skandalöse Statement des Premierministers Beata Szydło, der ein Abtreibungsverbot in Polen unterstützte. Die Menschen waren wirklich wütend. In dieser Gruppe organisierten wir uns, um Demonstrationen und Aktionen zu veranstalten. Am nächsten Tag eröffnete ich einen Berliner Ableger von Dziewuchy, um die Planung in dieser Stadt zu ermöglichen. Auch in vielen polnischen Städten und im Ausland wurden weitere Dziewuchy-Gruppen gegründet. Polnischer Aktivismus beruht auf Facebook, was seine Schwachstellen, aber auch seine Qualitäten hat. Obwohl ich in Berlin lebte, konnte ich mich aktiv an der aktivistischen Arbeit in Polen beteiligen. Der erste polnische Solidaritätsprotest, den ich in Berlin mitorganisiert habe, fand im April 2016 unter dem Motto „Reclaim the Choice“ („Die Wahl zurückerobern“) statt. So hat es begonnen.

GM: Die „Collages Féministes“ prägen den gegenwärtigen feministischen Protest mit ästhetischen Interventionen in zahlreichen Städten. Hannah, mit welchen Collagen habt ihr in Marseille begonnen?

Hannah (H): Unsere erste Collage bezog sich wahrscheinlich auf einen Femizid, denn zu Beginn haben wir uns auf dieses Thema konzentriert. Wenige Monate später haben wir jedoch damit begonnen, uns thematisch zu öffnen: Wir beschäftigten uns mit allem, was mit Feminismus, LGBTQIA+, Rassismus und Ungleichheit zu tun hat. Ich war zu dem Zeitpunkt noch nicht Teil der Collage-Gruppen, aber es kamen schnell Probleme auf, wie etwa die Transfeindlichkeit einer der Schöpfer:innen der Collagen. Deshalb war es uns wichtig, deutlich zu machen, dass wir nicht transfeindlich sind, sondern Verbündete von LGBTQIA+-Gemeinschaften. Diese Diskussionen führten dazu, dass wir uns thematisch öffneten, denn viele verschiedene Gruppen erleben Diskriminierung. Wir wollten auch über ihre Probleme sprechen. Im Collage-Kollektiv sind wir

nicht nur Frauen. Es sind auch LGBTQIA+-Personen, nicht binäre Menschen, People of Color, Menschen unterschiedlicher Religionen und Menschen mit verschiedenen sozialen Hintergründen mit dabei.

GM: Nach deinem Schauspielstudium in Deutschland warst Du, Tina, an verschiedenen Theaterprojekten beteiligt. Diese Projekte zu Flucht, Migration, Rassismus und rechtsextremen Terror hatten bereits einen politischen Anspruch. Deine jüngere künstlerische Arbeit in Sarajevo, Zadar und Zagreb ist nicht mehr auf Theater im engeren Sinne beschränkt. Was hat dich motiviert, deine künstlerische Arbeit enger mit sozialem Protest verbinden?

Tina Keserović (TK): Meine Familie ist von Jugoslawien nach Österreich immigriert. Um der menschenfeindlichen, ausgrenzenden Umgebung zu entkommen, in der ich in Österreich aufgewachsen bin, wollte ich Schauspielerin werden. Ich verstand das Sprechtheater als ein Genre, das unbequeme Fragen stellt; die Bühne als einen Ort, wo man gesellschaftliche Fragen verhandelt, die unmittelbar meine Realität betreffen. Diesbezüglich waren meine Eltern prägend für mich. Sie vermittelten mir, dass es Aufgabe der Kunst sei, das Kollektivbewusstsein für Klassenfragen zu schärfen und den Blick auf ein ausgewogenes Zusammenleben von Mensch und Natur zu richten. Als mein Wunsch in Erfüllung ging und ich Schauspielerin geworden war, musste ich realisieren, dass das Theater, das ich mir als eine sichere Triebkraft für die Gestaltung einer gerechten Gesellschaft vorstellte, alles andere als sicher und komfortabel war. Je länger und tiefer ich in die klassischen Theaterräume eingebunden war, desto stärker war mein Bedürfnis, wegzugehen. Mit der Zeit und im Austausch mit den wenigen anderen Kolleg:innen, die auch keinen deutschen Hintergrund haben, verstand ich, dass Theater und jene Menschen, die damit zu tun haben, natürlich nicht davor gefeit sind, strukturellen oder offenen Rassismus zu reproduzieren. Ich brauchte lange, um diesen Umstand überhaupt zu begreifen, weil ich mir erstens dieses utopische Bild vom Theater als Heranwachsende selbst geschaffen hatte, und zweitens, weil der kreative Sektor ja durchaus fremde Kulturen in seine Arbeit einbindet. Sehr schwer und nur zwischen den Zeilen konnte ich Unterdrückung unter Kunstschaffenden erkennen. Erst im Nachhinein begriff ich, dass, wenn Themen des Andersseins verhandelt oder dargestellt werden, dies meist in paternalistischer Art und Weise geschieht. Medien wie Theater und Film schaffen so stereotypisierte Bilder, die wiederum der Entmenschlichung des Fremden dienen und so ökonomische Ausbeutung ermöglichen. Um diese Struktur zu verdeutlichen, möchte ich hier ein Beispiel aus meiner Schauspielschule anführen. Während der vierjährigen Ausbildung wurde ich von einem Lehrenden immer wieder

exotisiert. Es fielen viele lieb gemeinte und humorvolle Beschreibungen meiner südosteuropäischen Identität. Ich bekam von ihm sogar einen Spitznamen, der auf meine Herkunft anspielte und mein Geschlecht degradierte: Balkan-Schlampe. Damals, von seiner Seite durchaus mir zugeneigt und neckisch gemeint, fand ich das überhaupt nicht schlimm und nahm diesen Spitznamen von ihm an. Auch wurden meine komödiantischen Darstellungen auf der Bühne, wenn sie stereotyp „balkanisch“ waren, freudig von allen aufgenommen und auch von einem Lehrer als gut bewertet. Sie hatten wohl Unterhaltungswert. Als ich mich aber einmal für eine Prüfung im Sprechunterricht in einem politischen Text mit dem Jugoslawienkrieg auseinandersetzte, wurde ich von genau diesem Lehrer dafür gerügt. Mir wurde nahegelegt, „den Balkan“ als Thema in meinem künstlerischen Werdegang an dieser Schule ab sofort auszulassen, da ich ja Schauspielerin werden soll und keine Balkan-Expertin. Heute ist für mich das paternalistische Muster der Exotisierung und Verniedlichung meiner Identität klar zu erkennen. Jüngeren Menschen mit weniger Erfahrung fällt es nicht gleich ein, das Verhalten älterer, erfahrener Lehrender anzuzweifeln. Jedoch führen Erlebnisse wie diese durchaus zu einem Gefühl des Nicht-Dazugehörens.

GM: Wie bist du mit dieser Erkenntnis dann praktisch umgegangen?

TK: Meine Reaktion auf oder auch mein Protest gegen diese institutionelle Ausgrenzung war die Migration zurück in die ehemalige Heimat. Ich habe in Sarajevo als Gaststudentin Schauspiel studiert. Dort fand ich zwar institutionelles Chaos am Theater und dysfunktionale Bildungsstätten angesichts wirtschaftlicher Schwäche vor. In der kreativen Szene erlebte ich aber auch eine Gemeinschaft mit großem sozialem Einfluss und beeindruckendem Mut. Diese Situation hat Geschichte: Sarajevo, damals eine Stadt mit circa 450.000 Einwohner:innen, feierte während der Kriegsjahre 50 Theaterpremier pro Saison. Die bekannteste Inszenierung dieser Zeit war Samuel Becketts „Warten auf Godot“ unter der Regie von Susan Sontag. Allen war klar, dass mit Godot Bill Clinton und die Intervention sowie die Verteidigung durch die Vereinten Nationen gemeint waren. Diese Stadt bewies damals, dass Kunst nicht nur Mittel des Protests sein kann, sondern ein lauter Ruf des Überlebenswillens und somit für die seelische Unversehrtheit unabdingbar ist.

Die Atmosphäre des Mangels in allen Lebensaspekten aufgrund von fehlender Infrastruktur sowie eines korrupten Regierungssystems durch den Daytoner Friedensvertrag, das Improvisieren ist bis heute geblieben. Deshalb durchlief ich meine zweite künstlerische Ausbildung nicht nur an der Universität der darstellenden Künste, sondern vor allem in der dortigen freien Szene sowie den Protesten der

Zivilgesellschaft. Aufgrund der existenziellen Fragen, die ein Leben in Bosnien und Herzegowina mit sich bringt, wird Kunst automatisch mit sozialem Protest verknüpft, viel improvisiert und genreübergreifend gearbeitet.

Dies bereitete mich auch auf meine Zeit in Kroatien als künstlerische Leiterin eines zeitgenössischen Theaterfestivals in Zadar vor. Kroatien wird von einer rechtskonservativen Partei regiert, die der katholischen Kirche sehr viel Einfluss gibt. Auch hier führte mich die Mangelsituation dazu, Kunst als Protest zu praktizieren. Als Frau zu erleben und zu beobachten, wie Menschen ihr Bestimmungsrecht über den eigenen Körper verwehrt wird, um Normen zu erfüllen, die der Erhaltung von patriarchalen, chauvinistischen und nationalistischen Strukturen dienen, wiegt schwer. Es wäre für mich unhaltbar gewesen, als Kulturschaffende diese Schwierigkeiten nicht in den Produktionen deutlich zu thematisieren.

GM: Vielen Dank für diesen Einblick in die Bedingungen eurer queer-feministischen und antirassistischen Arbeit. Ich würde einige Aspekte, die ihr erwähnt habt, gerne aufgreifen – etwa eure Perspektive auf den öffentlichen Raum, aber auch die Herausforderung, Ausschlüsse von bzw. in sozialen Protestbewegungen anzugehen. Lasst uns dafür zunächst über eure Arbeitsweisen sprechen. – Hannah, wie gehen die „Collages Féministes“ vor?

H: Im Kollektiv debattieren wir, was wir mit unseren Collagen ansprechen wollen. Wir schlagen zunächst eine Formulierung vor. Dieser stimmen wir zu oder wir formulieren sie um, sodass sie möglichst verständlich ist. Wir stellen dabei außerdem sicher, dass sie LGBTQIA+-freundlich und nicht rassistisch ist. Nach dieser Diskussion malen wir die Sätze. Dafür kommen wir manchmal zusammen. Manchmal fertigen wir jeweils unterschiedliche Sätze alleine an. Wir einigen uns auf eine Zeit und einen Ort, um uns zu treffen und die Collage zu produzieren. Meistens rühren wir dann auch den Leim. Anschließend suchen wir nach Wänden, die gut sichtbar und glatt sind und die nicht Teil von Kirchen oder gemauerten Flussufern sind. Sobald wir eine geeignete Wand gefunden haben, tragen wir den Leim an der Wand auf, kleben das Papier darauf und streichen anschließend eine weitere Schicht Leim darüber. Zum Abschluss glätten wir die Oberfläche, um sicherzustellen, dass es schwierig ist, die Collage zu entfernen. Mit der Zeit fällt die Collage dann ganz von allein herab.

GM: Trotzdem ist es illegal? Hast Du Angst erwischt zu werden?

H: Ganz offensichtlich machen wir etwas Illegales und das ist beängstigend. Persönlich habe ich keine allzu große Angst, weil ich in einem Bereich arbeite, in dem eine Verhaftung keine großen Probleme verursachen würde. Aber Menschen

wie Lehrer:innen in öffentlichen Schulen hätten größere Probleme, wenn sie erwischt würden. Wenn ich die Collagen anbringe, bin ich meistens einerseits etwas ängstlich und andererseits aufgeregt. Ich fühle mich ein bisschen wie eine Superheldin. Wenn die Collage-Aktion vorbei ist, bin ich erschöpft, aber ich habe das Gefühl, etwas Gutes getan zu haben, um die Gesellschaft ein wenig zu verändern.

GM: Wie Hannah bereits anhand der Collages veranschaulicht hat, interveniert ihr alle mit euren Projekten in öffentliche Räume – sowohl prestigereiche Plätze von nationaler und historischer Bedeutung als auch alltägliche nachbarschaftliche Räume, betriebsame Verkehrswege oder Einkaufsstrassen. Warum widmet ihr euch dem öffentlichen Raum?

TK: Mein Anreiz, mit künstlerischen Aktionen oder auch Stücken nach draußen zu gehen, kommt daher, dass sich meine Themenschwerpunkte eigentlich an Menschen richten, die eben nicht von der rassistischen und frauenfeindlichen Ordnung, in der wir leben, profitieren. Zwar ist es wichtig, auch privilegierte Menschen, die sich eine Theaterkarte leisten können, zu informieren und deren Empathiefähigkeit durch Kunst zu fördern. Gerade aber durch meine langjährige Praxis am Theater weiß ich, dass sich diese Aufgabe vor allem als eine Frau mit migrantischem Hintergrund nur müßig ertragen lässt, da man entweder falsch oder gar nicht verstanden wird. Öfter fühlt man sich, und da geht es nicht nur mir so, als wäre man belächelte:r bzw. bemitleidete:r Artist:in in einem Minderheiten-Zirkus. Anders verhält es sich im öffentlichen Raum. Hier geschieht keine Auslese. Alle können stehen bleiben und gucken oder eben weggehen. Bei Performancekunst bietet es sich natürlich besonders an, diese draußen aufzuführen, weil sie mit begrenzten Mitteln arbeitet und dadurch mitunter lebendiger und authentischer wirkt.

H: Wir setzen am öffentlichen Raum an, weil so jeder unsere Collagen sehen kann – von dem bzw. der jungen feministischen Aktivist:in bis zum alten sexistischen Mann. Wir erreichen so eine breite Öffentlichkeit und hoffen, dass die Menschen beginnen, sich selbst Fragen zu stellen, wenn sie unsere Collagen sehen. Beispielsweise könnte es sein, dass sie beginnen im Internet zu recherchieren, was das Wort *adelphité* (Geschwisterlichkeit) bedeutet oder warum wir über ein spezifisches Ereignis sprechen. In einigen Collagen haben wir die Vorwürfe von sexuellen Übergriffen und Anschuldigung der Vergewaltigung gegen Gerald Darmanin thematisiert: „Imagine ton violeur devient ministre.“ / „Stell Dir vor, Dein Vergewaltiger wird Minister.“ Selbst wenn die Person, die die Collagen liest, uns nicht zustimmt, könnte sie trotzdem seine bzw. ihre Sichtweisen in Frage

stellen. Manche unserer Collagen beinhalten solidarische, unterstützende Botschaften von uns. Sie könnten jenen Menschen helfen, die sich nach einem sexuellen Übergriff alleingelassen fühlen. Auf einer von uns sehr häufig angefertigten Collage steht: „On te crois!“ / „Wir glauben Dir!“ Wir wollen Frauen, denen man nach einem sexuellen Übergriff oder während eines Gerichtsprozesses nach einer Vergewaltigung nicht glaubt, zeigen, dass wir ihnen glauben, dass sie dieses Trauma erlebt haben. Das Justizsystem in Frankreich tendiert dazu, den Opfern zu misstrauen. Ein anderes Mal haben wir eine Collage entwickelt mit dem Satz: „Une vulve c'est beau.“ / „Eine Vulva ist schön.“ Eine Frau sagte daraufhin zu uns, dass sie zu alt dafür sei und dass sexuelle Erfahrungen für sie vorbei wären. Wir sind mit ihr ins Gespräch gekommen und haben argumentiert, dass alt sein nicht bedeuten muss, dass es ihr nicht erlaubt ist, Sex zu haben. Die Begegnung war wirklich interessant, weil alte Frauen gesellschaftlich ausgeschlossen werden. Sie können keine Kinder bekommen und es entsteht der Eindruck, dass sie dann für die Gesellschaft nicht mehr interessant sind.

AK: Ich habe Architektur studiert, deshalb widme ich sowohl dem öffentlichen als auch dem privaten Raum viel Aufmerksamkeit. Für jede Aktion – ob Demonstration oder Performance – schaffe ich eine spezifische visuelle Identität sowie themenbezogene Grafiken und Poster. Jeder Protest ist anders und jeder erfordert ein anderes Setting. Die Stadt, also Straßen und öffentliche Räume, dienen als Bühne für Proteste. Für mich sind Proteste „Spektakel“ bzw. „Schauspiele“ mit einem Drehbuch und einer Dramaturgie, mit Bühne, Bühnenbild und Kostümen. Diese Konstellation findet sich gerade im Stadtraum wieder. In ihm befinden sich zudem die Darsteller:innen – keine wirklichen Darsteller:innen, sondern Aktivist:innen, Sprecher:innen und Musiker:innen. Manchmal füge ich diesem „Schauspiel“ sozialen Protests spezifische Performances hinzu. Diese werden dann – so würde ich es bezeichnen – zu Instant-Theater. Für die hiermit aufkommende Unmittelbarkeit zwischen dem Protest als Schauspiel bzw. Spektakel und meiner Performance sind öffentliche Räume entscheidend.

GM: Wie kann man sich eure Arbeit, Tina und Anna, im bzw. mit dem öffentlichen Raum konkret vorstellen?

TK: In Zadar, bei dem Theaterfestival, das ich 2017 bis 2019 geleitet habe, war es mein größtes Anliegen, unsere Events nicht auf der von Tourist:innen überlaufenen Halbinsel zu zeigen, sondern auch außerhalb des Zentrums. Es ist mir gelungen, nur zwei der zehn Events im Zentrum zu veranstalten. Die aufwändigste Produktion war eine theatral-musikalische „Bronx-Party“ in einem alten Plattenbau, der in einem heruntergekommenen Stadtteil liegt. In Zadar

wird er informell als „Bronx“ bezeichnet. Aufwändig war dieses Projekt gerade auch weil die Verwaltung die Veranstaltung zunächst untersagen wollte. Die Gründe dafür waren politischer Natur. Auf dem Gelände hatten Unbekannte ein übergroßes Hakenkreuz an die Wand getaggt. Das wollten wir übermalen. Außerdem hatten die Wohneinheiten dringenden Sanierungsbedarf, dem die Stadtverwaltung einfach nicht nachgekommen ist. Dafür hätte unsere Veranstaltung Aufmerksamkeit geschaffen. Ein berühmter linksaktivistischer bosnischer Rapper sollte auftreten und die Community, also die Nachbarschaft, aktiv mit eingebunden werden. Zwei Tage vor Beginn hatte ich noch immer keine Veranstaltungserlaubnis erhalten. Ich habe mich daraufhin entschieden, ein Risiko einzugehen und die Veranstaltung trotzdem durchzuführen. Bei der Polizei habe ich eine Versammlung angemeldet und bin zwar etwas verängstigt, aber mit Tatendrang, weiter den Vorbereitungen nachgegangen. Die Bronx-Party war ein voller Erfolg. Die Nachbarschaft hatte sich selbst ins Geschehen miteingebracht und beim Auf- und Abbau mitgeholfen. Die Kinder dieser Siedlungen sind nachhaltig von dieser Veranstaltung geprägt worden. Das kann ich daran festmachen, dass nun immer, wenn ein neues Hakenkreuz-Tag auftaucht, es sofort übermalt wird und sogar mit Nachrichten wie „Nicht in meiner Bronx!“ versehen wird. Ebenso sind abends keine aggressiven Fußballfans mehr mit ihren Motorrädern auf dem großen Platz vor den Häusern, sondern vor allem spielende Kinder und grillende Eltern. Ein Bewohner bedankte sich, indem er sagte, er nehme ansonsten eine politische Stagnation in Kroatien wahr. Dementsprechend war es für ihn gleichermaßen tragisch wie erfreulich, dass eine „Zurückgezogene“ sich diesem Anliegen angenommen hat, nach dem Krieg erstmalig ein kulturelles Angebot für die Kinder im Stadtteil zu schaffen. Ich erwähne dieses Beispiel gerne, weil es zeigt, dass es direkt Früchte trägt, wenn man Kulturangebote dahin bringt, wo sie nicht erwartet werden.

AK: Ein Beispiel für die Bedeutung öffentlicher Räume ist der berühmte *Schwarze Protest*. Damals waren wir alle wütend auf das polnische Parlament, das den Gesetzesentwurf für die Liberalisierung des Abtreibungsrechts abgelehnt und stattdessen für ein Abtreibungsverbot gestimmt hatte. Wochenlange Demonstrationen haben im September 2016 in Polen zum Frauen*streik oder auch Schwarzen Protest geführt, den wir am 3. Oktober 2016 auch in Berlin organisiert haben. Zuerst planten wir eine Demonstration auf der Warschauer Brücke, weil wir uns auch physisch auf Warschau beziehen wollten. Nach nur einer Woche waren mehr als 2.000 Menschen an unserem Protest interessiert. Deshalb mussten wir den Protest an einen anderen Ort verlegen. Da ich in der Nähe wohnte, erinnerte ich mich an die Treppen zwischen der S-Bahn und der U-Bahnstation

Warschauer Straße. Die Konstruktion dieser Treppen ist räumlich unheimlich inspirierend, es ist ein fantastischer, beengter öffentlicher Raum. Zudem ist es eine perfekte Bühne. Nun waren wir Regisseur:innen und Schauspieler:innen, wir hatten das Drehbuch und das Publikum. Alle waren schwarz gekleidet. Das ergab eine schöne theatralische Szenerie.

Von da an demonstrierten wir an Orten, die sich auf Polen bezogen – etwa vor dem polnischen Institut oder vor der polnischen Botschaft. Aber wir demonstrieren auch an Orten, die für die feministische Bewegung in Berlin wichtig sind. Gerade wenn wir Solidaritätsfotos nach Polen schicken wollen, sind wir an sehr bekannten Orten wie dem Brandenburger Tor, die ein unmissverständliches Hintergrundmotiv abgeben.

GM: Als wir im Vorfeld gesprochen haben, hast du mir erzählt, dass ihr, Dziewuchy Berlin, nicht nur die öffentliche Bedeutung von Räumen nutzt, sondern auch versucht, vergessene Orte in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Debatten zu rücken ...

AK: Ja, es gibt andere Orte, die eine weniger offensichtliche Bedeutung für unser Anliegen haben, wie das „Denkmal des polnischen Soldaten und deutschen Antifaschisten“ im Volkspark Friedrichshain. Ich habe es als Ort ausgewählt, wegen seiner Form, Bedeutung und wegen seiner Umgebung. Das Denkmal wurde von den polnischen Bildhauer:innen Zofia Wolska und Tadeusz Łodziana und den deutschen Bildhauern Arnd Wittig und Günther Merkel geschaffen. Nach dem Urteil des polnischen Verfassungsgerichts unter Julia Przyłębska, das Abtreibungen auf Grund fetaler Defekte für verfassungswidrig erklärte, organisierten wir im Oktober 2020 die sogenannten „Bloody Weeks“ („Blutigen Wochen“). Dies war eigentlich gedacht als eine Protestwoche, aber wir endeten mit fast neun Protestwochen, vom 20. Oktober bis zum 13. Dezember 2020. Da wir uns zu dem Zeitpunkt auf Grund der Covid-19-Pandemie im Lockdown befanden, boten wir eine Vielzahl von Protestformen an, die über Distanzen hinweg funktionierten: Briefe schreiben, Online-Aktionen, Gedichtlesungen über Smartphones. Wir organisierten aber auch Versammlungen vor Ort: klassische Demonstrationen und Protestmärsche, Technoparaden oder sogenanntes Instant-Theater. Am 1. November 2020, Allerheiligen, bereitete ich ein Theaterstück vor, das auf dem Drama „Dziady“ des berühmten polnischen (oder litauischen) Dichters Adam Mickiewicz beruhte. Ich inszenierte es mit feminisierten Figuren und einem feminisierten Prometheus von Goethe. Wir riefen die Geister von historischen Frauen wie etwa Jagnieszka, Rosa Luxemburg und Maria Janion an, uns dabei zu helfen, diesen ganzen Mist zu bekämpfen. Ich vermischte polnische und

deutsche Literatur der *Sturm und Drang*-Epoche mit gegenwärtigen Themen wie dem Abtreibungsverbot und den Rechten polnischer Frauen. An diesem Abend wurde das Denkmal nicht nur zu einer echten Bühne für ein echtes Schauspiel, sondern wir veränderten auch seine Bedeutung: Während wir den Ort analysierten, schien uns der Name des Denkmals etwas einseitig. Die Helden sind zwei männliche Figuren: der polnische Soldat und der deutsche Antifaschist. Wieder wird keine Frau erwähnt. Deshalb entschied ich mich während der Vorbereitung des Theaters dafür, den Namen des Denkmals etwas zu erweitern und im Sinne einer inklusiveren Form zu verändern: „Denkmal derjenigen, die für deine und unsere Freiheit gekämpft haben“.

GM: Hannah und Anna, ihr nutzt beide alltägliche Materialien – Papier, Farbe, Leim, Spitzentextilien sind für euch essentiell. Was bedeuten diese Materialien für euch? Wie arbeitet ihr damit?

H: Wir nutzen alltägliche Materialien, weil sie leicht zugänglich und bezahlbar sind. Zudem beschädigen sie nicht die Wände. Jede:r kann diese Materialien kaufen und dasselbe tun wie wir. Wir schreiben unsere Sätze mit schwarzer Farbe auf weißes Papier und leimen sie mit Pinseln an die Wand. Für besondere Anlässe, zu denen dies passt, etwa die *Pride*, fügen wir Farben hinzu. Diese Taktik hat schon immer existiert. Wir haben dies nicht erfunden. Ich weiß nicht ganz genau, wie es begann, aber es war schon immer ein guter Weg, um Wut oder eine Meinung über die Gesellschaft auszudrücken.

AK: Über mehrere Jahre hinweg habe ich mit Textilien gearbeitet, insbesondere Spitzenvorhängen. Ich habe viele Banner anlässlich von Demonstrationen für Frauenrechte hergestellt, weil Spitze ein sehr feminines Material ist. Es bedeckt das Private, aber durch Spitze hindurch geblickt, kann man die Welt anders sehen. Spitzenvorhänge sind zudem ein „passives“ Material. Sie hängen einfach in den Fenstern in der Privatheit einer Wohnung. Auf der Straße allerdings wird dieses Material Teil des öffentlichen Raums. Es schafft Wände und Strukturen. Spitze ist ein Kontrast zum in urbaner Architektur und an öffentlichen Plätzen verwendeten Beton. Ich mag diesen Kontrast, weil er uns dazu inspiriert, Perspektiven zu ändern. Im Juni 2020 habe ich beispielsweise eine Installation wiederbelebt, die ich 2004 für das Projekt „Polnische Ehefrau“ angefertigt hatte. Mit ihr hatte ich einen Pop-up-Raum für Kunst und Protest geschaffen. Spitzenvorhänge hatten damals als Wände fungierend eine würfelförmige räumliche Struktur geschaffen, die zwei Meter hoch, lang und tief war. Heute dient diese Struktur als *Botschaft der Polinnen** den Aktionen von Dziewuchy Berlin. Die Botschaft der Polinnen* ist zugleich ein metaphorischer und wirklicher Raum, der sich auf

die zweifache Bedeutung des Wortes im Deutschen bezieht. Ein anderes Beispiel für derlei Bedeutungsverschiebungen: Ich habe oft rote und weiße Farben als Referenz an die polnische Flagge benutzt. Dies hat sich nun geändert. Während der Proteste symbolisiert die rote Farbe Blut. Für einige Demonstrationen habe ich weiße Unterröcke vorbereitet, deren Enden ich rot angemalt habe – wieder die polnische Flagge, aber auch das Blut all der leidenden Frauen in Polen. Sie wurden symbolisches und wiedererkennbares Element für meine Kunst, Dziewuchy Berlin und unsere Kämpfe.

GM: Mit eurem Protest oder auch euren aktivistischen Performances bewegt ihr euch, Anna und Tina, über ein exklusives Kunstpublikum hinausgehend, in Richtung einer breiteren Öffentlichkeit. Wie verändert diese Stoßrichtung eure Performances?

AK: Indem ich politische Kunst auf der Straße mache, erreiche ich ein breiteres Publikum, ein Publikum, das nicht unbedingt mit der Welt des Kunstbetriebs verbunden ist. Dabei kann ich einen Unterschied in den Reaktionen erkennen: Die Kunst auf der Straße hat wirklich eine Wirkung auf die Menschen. Sie ruft Emotionen hervor, denn wir haben alle einen gemeinsamen Grund. Für mich als Künstlerin ist dies der Zweck von Kunst: eine Erfahrung anbieten, d.h. eine emotionale Rührung, vielleicht sogar Aufregung schaffen und die Ermutigung weiterzukämpfen.

TK: Ehrlich gesagt erkenne ich so etwas wie ein an Kunst interessiertes Publikum nicht an. Potenziell sind alle Menschen an Kunst interessiert. Es liegt an den Kunstschaffenden, Kunst auch für alle zugänglich zu gestalten. Für mich bedeutet das, im Arbeitsprozess nach Mitteln und Formen zu suchen, die keine Kenntnisse über Codes aus der hochkulturellen Szene voraussetzen. Deswegen bediene ich mich mittlerweile vieler verschiedener Disziplinen beim Schaffen eines Projekts. Mein Hauptkriterium ist inzwischen, ob das Stück, die Performance oder das Konzert auch relevant für die breitere Öffentlichkeit ist. Darunter verstehe ich die Mehrheitsgesellschaft auf dieser Welt und zwar jene, die unter Kapitalismus leidet. Das ist mein Geschmacksfilter, wenn man so will. Wenn eine Idee mit diesem Schmerz korrespondiert und Verantwortlichkeit und Respekt gegenüber den Opfern dieses Systems zeigt, ist sie für mich wertvoll genug, um ihr künstlerisch auf den Grund zu gehen.

GM: Gerade bei dir, Anna, klingt ein partizipatives, kooperatives Vorgehen an, bei dem sich Performance und Demonstration vermischen. Wie können wir uns diesen Prozess vorstellen?

AK: Stimmt, oft sind unsere Demonstrationen performativ. Zu Beginn unseres Gesprächs habe ich dieses Instant-Theater genannt. Oft entwickle ich meine Ideen in der letzten Minute, denn Aktivismus besteht aus unmittelbaren Reaktionen auf Ereignisse und ich bekomme die besten Ideen in der Nacht vor einer Veranstaltung. Weil wir sehr wenig Zeit haben, um zu proben und niemand einen Text wenige Minuten vor der Veranstaltung lesen würde, erstelle ich oft Zeichnungen, eine Art Storyboard, mit dem die „Darsteller:innen“ sich an ihre „Rollen“ erinnern können. Wenn ich genügend Leute in der Gruppe habe, dann plane ich eine Performance für so viele, wie ich habe. Doch nicht jede:r möchte gerne auf der Bühne stehen. Da Aktivismus in der Freizeit stattfindet, kommt es vor, dass manche aus der Gruppe spontan nicht auftauchen. Dann muss ich Leute finden, die die von mir geschaffenen Rollen spielen – meistens sind dies Personen aus dem Publikum. Dies ist einige Male passiert.

GM: Verändern die Teilnehmenden auch deine Kunst?

AK: Ein Beispiel für die Interaktion zwischen meiner Kunst und sozialen Bewegungen – mit all ihren Potenzialen und Herausforderungen – war das Projekt #IchStreike. Das war eine Idee für den deutschen Frauen*streik 2019 und eine Antwort auf verschiedene Probleme: Wie kann man streiken, wenn der Berliner Senat uns in dem Jahr das wunderbare Geschenk eines Feiertags am 8. März gegeben hat? Wie kann man streiken, wenn ein Generalstreik in Deutschland verboten ist? Welchem Protestzug sollen wir uns anschließen? Denn es war nicht sinnvoll noch eine dritte Demonstration zu organisieren. #IchStreike war eine dezentrale Aktion, die an jedem Ort und zu jeder Tageszeit stattfinden konnte. Die Idee war, sich schwarz zu kleiden, und im öffentlichen Raum auf einen Stuhl zu setzen, auf dessen Rückseite die Notiz „Ich Streike“ stand. Vorzugsweise sollte die Aktion an einem unbequemen und unerwarteten Ort stattfinden. Und man sollte sie genießen, d.h. ein Buch lesen, etwas trinken, mit Freund:innen reden. Doch am Ende sah die Aktion in Berlin nicht so aus, wie ich sie mir ausgemalt hatte. Ich bin sehr streng mit meinen Konzepten. Vor meinem inneren Auge und auf den Zeichnungen, die ich präsentierte, sah ich die Aktion als reine Performance auf der Straße. Derweil haben die Organisator:innen des Frauen*streiks in Berlin eine zentrale Aktion auf einem öffentlichen Platz veranstaltet, mit Reden, Essen und Spielen für Kinder. In Berlin ging meine Idee also vollkommen verloren. Dies lehrte mich, dass meine radikalen künstlerischen Visionen neu definiert und an die „Darsteller:innen“ und ihre Bedürfnisse angepasst werden müssen. Es war eine große Lektion in Sachen Demut, auch wenn in anderen Städten Menschen die Aktion wie geplant durchführten.

GM: Gab es eine Situation, in der es dir besonders gut gelang, die Protestsituation zu stärken?

AK: Ich glaube, die größte Genugtuung, die ich sowohl als Künstlerin als auch als Aktivistin erfahren habe war der „Global Scream“, ein einminütiger Schrei am 8. März 2019. Ich habe diese Idee zusätzlich zur Aktion #IchStreike im bundesweiten Frauenstreik-Netzwerk vorgeschlagen. Damit wollte ich die zwei großen Protestzüge (die Allianz internationalistischer Feminist:innen und den Frauen*kampftag) vereinen. 2017 ist es uns, also Dziewuchy Berlin, gelungen, beide Gruppen zusammenzubringen, aber zwei Jahre später war dies aussichtslos. Wir wollten, wenn auch an unterschiedlichen Orten, trotzdem etwas gemeinsam tun. Der „Global Scream“, auf Deutsch „AufschreiGlobal“ (mit der Referenz zu Anne Wizoreks Hashtag #Aufschrei), war eine solche Möglichkeit: Jede:r von uns kann seine Emotionen herausschreien, ob es Wut, Trauer oder Genuss ist. Diese Stimmen überlagern sich eine Minute und schaffen einen kraftvollen Schrei von Frauen. Diese Idee wurde also vom Frauen*streik in ganz Deutschland aufgegriffen und als gemeinsame zentrale Performance geplant. Allein in Berlin haben 25.000 Teilnehmer:innen beider Protestzüge um 17 Uhr an unterschiedlichen Orten gleichzeitig geschrien. Ich werde dieses Gefühl niemals vergessen. Seitdem führen wir den Global Scream jedes Jahr am internationalen Frauentag, aber auch zu anderen Anlässen durch. Es ist eine performative Aktion, die Emotionen freilässt und Stärke aufbaut.

GM: Tina, mit dem Kollektiv TYNA hast du – vielleicht ähnlich wie Anna – daran gearbeitet, Protest- und Widerstandssymbole in der feministischen Bewegung zu entwickeln und zu stärken. Wie seid ihr vorgegangen?

TK: Es begann alles mit dieser Geste des – im Vergleich zum „Stinkefinger“ – umgekehrten Mittelfingers. Zusammen mit Martyna Miller, mit der ich gemeinsam das Kollektiv TYNA bin, haben wir beschlossen, eine gründliche Recherche über diese Geste durchzuführen. Denn ich verwendete sie damals sehr häufig und Martyna, die aus Polen kommt, kannte sie gar nicht. Diese Geste wird sehr viel im Balkanraum verwendet, vor allem von Frauen. Als Martyna mich bat, sie zu erklären, tat ich mich schwer. Leider konnte ich ihr nur emotional erklären, was ich damit meine, denn ich habe die Geste als Kind intuitiv von meiner Oma und anderen weiblichen Verwandten aufgeschnappt. Ich versuchte es ihr durch eine Situation zu verdeutlichen. Ich meinte, dass man diese Geste benutzt, wenn man jemandem erzählt, dass einem beinahe etwas Schlimmes zugestoßen ist, man dies aber durch Geschick verhindern konnte – zum Beispiel indem man einen potenziellen Täter ausgetrickst hat. Was wir festmachen

konnten ist, dass diese Geste folgende Logik verwendet: „Reaktion vor der Tat“ und „Widerstandswissen teilen“. Gegenüber dem aggressiven, penetrierenden Stinkefinger schien uns der umgekehrte Mittelfinger verspielter und schlauer. Später haben wir durch unsere Recherche herausgefunden, dass die Geste ein Erkennungszeichen unter arabischen Dissidenten war. Langsam verstanden wir die Logik hinter dieser Geste besser und entschlossen uns dazu, in diesem Sinne Werkzeuge des alltäglichen Widerstands zu sammeln und zu kreieren. Zielgruppe sind dabei Personen, die unter den Strukturen des Patriarchats oder Sexismus leiden.

GM: Wie sammelt ihr solche Werkzeuge mit Sexismusbetroffenen?

TK: In einem unserer ersten Workshops hierzu befassten wir uns mit alltäglichen sexistischen Übergriffen auf offener Straße, die sogenannten Cat Calls. Uns fiel auf, dass cis-Männer weltweit, von Land zu Land leicht unterschiedliche, aber doch gemeinsame Codes erlernen, egal welcher Kultur sie entstammen. Jeder Junge lernt und sieht von älteren Männern, wie man Frauen auf offener Straße „Zuneigung“ zeigt. Jeder weiß um das Hinterherpfeifen, das Tiernamen zurufen, das Tierlaute von sich geben. Sie sprechen also aus einer gemeinsamen, erlernten Sprache und Kultur heraus. Die Antwort der angesprochenen bzw. angegriffenen Frauen aber bleibt stets individuell oder sie bedient sich des nicht selbst gewählten Stinkefingers und dieser hat dieselbe destruktive Energie wie die Tätersprache. Deshalb führt eine Antwort meist ins Nichts und die Angegriffene bleibt attackiert zurück. Wir stellten uns vor wie es wäre, wenn Frauen adäquate und authentische Antworten bereithielten und sich damit verteidigen würden. Wenn auch sie aus einer Kultur heraus antworten könnten. Unter dem Symbol des PRC-Fingers und seiner Logik versuchten wir eine solche Antwort-Kultur zu kreieren. Unsere Formel war „Reaktion vor der Tat“: Jemand versucht jemanden anzugreifen oder auf sexueller Ebene zu belästigen. Die Person, die angegriffen werden soll und die Opferrolle annehmen soll, ist aber auf diese Situation vorbereitet und reagiert im Vorhinein – etwa indem sie den Kontext der Situation umwirft. Diese Möglichkeit des frühen Erkennens ist gegeben, denn oft wissen wir intuitiv was folgt, erkennen Muster von Misshandlung und verstehen die Codes von sich anbahnenden Gefahrensituationen. Wir glauben, dass es möglich ist, unser Gehirn so zu schulen, dass wir den oder die Täter:in irritieren können. So hart und unvorstellbar das auch klingt, kann Humor hierbei auch hilfreich sein, um Spannung und Druck zu lösen. So eröffnet man nämlich Raum, in dem es beiden Positionen, dem Täter und dem Opfer, möglich wird, die Situation des Missbrauchs zu verlassen. Auf

den Workshops haben wir daher konkrete Situationen, die wir bereits mit dem umgekehrten Mittelfinger und der damit verbundenen Strategie versucht haben zu unterwandern bzw. kreativ zu irritieren, ausgetauscht. Ich glaube stark daran, dass das Teilen solcher Erfahrungen und Erkenntnisse hilfreich sein kann, um eine authentische weibliche und queere Widerstandskultur zu kreieren, die in ihrer Herangehensweise Machtpositionen verdreht. Mit Methoden wie diesen sammeln wir Geschichten, Erfahrungen, Erinnerungen, emotionales Wissen und Eindrücke und kreieren damit ein Archiv. Wir hoffen, dass wir jenen die Werkzeuge in die Hand geben, die den Kreis der patriarchalen Gewalt verlassen wollen oder müssen.

GM: Das ist eine interessante Frage, die ich zum Abschluss unseres Gesprächs aufgreifen möchte: Wie wirken eure Interventionen nach? – Hannah, oft werden eure Collagen ja erst später entdeckt? Bekommt ihr trotzdem eine Rückmeldung? Inwiefern merkt ihr, dass eure Collagen gesellschaftlichen Einfluss haben?

H: Insgesamt sind die Rückmeldungen gut, wobei manche unserer Collagen auf etwas weniger Enthusiasmus stoßen – üblicherweise betrifft das diejenigen, die sich auf Männer beziehen. Ich denke jedoch, die Collagen sind inzwischen in Marseille akzeptiert, auch wenn einige weiterhin zerstört werden. Meistens passiert dies in Stadtteilen mit wohlhabenden Bewohner:innen. Es kam auch zu Debatten, wir wurden von einem der Bürgermeister von Marseille eingeladen, um beispielsweise über das *Spiken* von Getränken, also K.O.-Tropfen in Getränken zu sprechen. Das Rathaus von Marseille nutzte eine unserer Grafiken für seine eigenen Zwecke. Sie entwickelten ein Poster zum Thema Gewalt gegen Frauen. Auf dem Poster stand mit dem grafischen Stil der Collagen, also schwarzer Farbe auf weißem Papier, angebracht an einer Wand: „stop aux violences faites aux femmes“ / „Stoppt Gewalt gegen Frauen“. Sie ergänzten die Nummern die wir anrufen sollen, wenn wir gewalttätige Situationen erleben oder beobachten.

Zudem tauschen wir uns manchmal zwischen den Collage-Gruppen aus, aber es gibt keine Gruppe mit besonders viel Rückmeldungen. Wir haben unmittelbare Rückmeldungen, wenn wir die Collagen ankleben. Meistens ist dies ziemlich gut, weil Marseille eine kulturell sehr plurale Stadt ist.

GM: Anna, wie werdet ihr mit eurer Arbeit wahrgenommen – in sozialen Bewegungen, im öffentlichen Diskurs oder auch von institutioneller Politik?

AK: Ich würde sagen, in Berlin werden wir für unseren künstlerischen Anspruch bei Protesten anerkannt. Üblicherweise bekommen wir positive Rückmeldungen von anderen Aktivist:innen und dem Publikum. Daran kann ich

sehen, dass diese Form von Aktivismus gebraucht wird. Weniger Rückmeldung bekommen wir von den Medien. Mainstream-Medien decken feministische Proteste im Allgemeinen nicht ab. Die Gründe dafür sind wahrscheinlich komplex: Berlin ist die Stadt der Proteste, dort gibt es jeden Tag mehrere. Feminismus ist nicht Teil des Mainstreams, feministische Gruppen bleiben in ihrer Blase. Die Medien schreiben über die Proteste in Polen, nicht über diejenigen in Berlin. Und von uns Migrant:innen weiß hingegen keiner etwas. Aber wir haben trotzdem eine Wirkung auf institutionelle Politik und Debatten auf kommunaler Ebene. Als Beispiel würde ich gerne nochmal auf unsere Aktionen am „Denkmal des polnischen Soldaten und deutschen Antifaschisten“ zurückkommen. Über Jahre hinweg gab es eine intensive Debatte in Berlin über das geplante Denkmal für die polnischen Opfer des nationalsozialistischen Regimes. Diese Debatte ist sehr aufgeheizt. Sie findet jedoch, wie üblich, hinter den verschlossenen Türen akademischer und politischer Kreise statt. Im Herbst 2020, als wir die „Bloody Weeks“ organisiert haben, veröffentlichte der Bundestag plötzlich ein ganzes Konzept für das Denkmal, mit Vorschlägen für mögliche Orte, inklusive „unseres“ Denkmals, das so „belebt“ werden sollte. Dies ist eine häufige Erfahrung von uns: Politik, das große Geld und exklusive Kreise entscheiden, während wir praktisch tätig sind. In diesem Fall haben wir einen lebendigen Ort des Gedenkens geschaffen. Traurigerweise wurde dies von den hochrangigen Entscheidungsträger:innen außen vor gelassen, denn Frauen, LGBTQIA+-Menschen und Migrant:innen werden typischerweise ignoriert. Aber ich habe daraufhin gedacht: Ich werde nicht aufgeben. Im September 2022 habe ich gemeinsam mit Ewa Maria Slaska ein großes „herstory“ Projekt organisiert: „Der fehlende Teil der Geschichte. Irena Bobowska, die vergessene Heldin“. Einer der Veranstaltungsorte war „unser“ Denkmal im Volkspark Friedrichshain. Das Projekt umfasste eine Ausstellung, ein Buch, eine Lesung und vieles mehr. Wir thematisierten jene Antifaschist:innen, die verglichen mit Sophie Scholl oder Anne Frank weniger bekannt sind: Irena Bobowska war eine junge Frau im Rollstuhl, die ihr Leben sehr jung, im Alter von 22 Jahren durch Enthauptung in Berlin-Plötzensee verloren hat. Wir haben Irena Bobowska einen Platz im öffentlichen Raum verschafft, jetzt kämpfen wir für ein ständiges Gedenken an sie. Das ist sehr hart in Berlin, aber wir geben nicht auf.

Literatur

Collages Féminicides Paris (2021), *Notre colère sur vos murs*, Paris: Denoël.

Tirler, J. (2018), Precarias a la deriva, in: *Krisis. Journal for contemporary philosophy* 39(2), S. 130–133.

Das Gespräch wurde im Juli 2023 geführt.

Übersetzung aus dem Englischen von Gisela Mackenroth.

III.

Translokale und transnationale Mobilisierung

Stefanie Hürtgen

Lokale Kämpfe – globales Kapital?

Klassenherrschaft, (Lohn-)Arbeit und multiskalare kapitalistische Raumproduktion

Der Aufsatz diskutiert, wie wir Arbeitskämpfe und den kapitalistischen Klassenwiderspruch räumlich analysieren können. Ausgangspunkt ist die *Labour Geography*, die darauf besteht, Arbeiter:innen als eigensinnige Raumproduzent:innen zu begreifen. Aber was heißt das, wenn kapitalistische Herrschaft trotz der Kämpfe fortbesteht? Der Aufsatz kritisiert gängige Dichotomien von lokal gebundener Arbeit und globalem Kapital und unterstreicht, dass diese räumlichen Ebenen (Scales) zusammengedacht werden müssen. Entlang von drei theoretischen Konzepten (Glokalisierung, transnationaler Raum der Lohnarbeit und relationales Klassenverhältnis) sowie anhand anschaulicher konkreter Beispiele wird gezeigt, dass das Ringen um die räumliche Erweiterung von emanzipativem Arbeiter:innen-Handeln auf einen sozialökologischen Arbeitsbegriff aufbauen muss.

1 Einleitung

Andrew Herod (1997) hat die *Labour Geography* begründet. Das ist eine Intervention, die in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzen ist. Herod grenzt sich gleich doppelt und scharf von der bis dato vorherrschenden sozial- und wirtschaftsgeographischen Diskussion ab, einmal vom neoklassischen Mainstream, aber zweitens auch von linken marxistischen Ansätzen der *Radical Geography*. Denn beide, so seine fundamentale Kritik, würden Arbeiter:innen in ihren Theorien als passives Objekt auffassen: als Kosten- und Inputfaktoren hier und als pures Anhängsel und Objekt von Staats- und Kapitalinteressen dort. Auf diese Weise, so führt Herod sehr richtig aus, würde die kapitalistisch-machtförmige Struktur der Gesellschaft, die Arbeiter:innen den ökonomischen Platz „unten“ zuweist, theoretisch nochmals gedoppelt und verfestigt. Hiergegen dürfe die Herrschaft von Staat und Kapital nicht dazu führen, „capital as actor, and workers as reactors“ anzusehen (Herod 2001: 30). Arbeiter:innen seien vielmehr als eigensinnige und eigenständige Raumproduzent:innen zu

begreifen und analytisch ernst zu nehmen. Nur dann könne Raum tatsächlich als umkämpfte soziale Praxis verstanden werden.

Wie aber können wir uns soziale Raumproduktion durch Arbeiter:innen, durch Arbeitskämpfe vorstellen? Ganz allgemein gesprochen bedeutet es, die kapitalistische *Class-Race-Gender*-Ordnung auch von den Arbeiter:innen, den Alltagsubjekten her zu denken. Das ist allerdings ein voraussetzungsvolles Unterfangen. Denn einerseits ist es falsch, Arbeitskämpfe einfach „abzufeiern“, d.h. isoliert von fortbestehenden restriktiven kapitalistischen Strukturen zu betrachten. Andererseits können Arbeiter:innenhandeln und Arbeitskämpfe nicht aus kapitalistischen Strukturen „abgeleitet“ werden: (Lohn-)Arbeiter:innen¹ sind keine „Umschaltstellen“, in denen (theoretisch identifizierte) vermeintlich objektive Strukturen in Verhaltensweisen transformiert werden (Holzkamp 1979: 14).² Im Folgenden will ich genauer darlegen, dass und wie wir Arbeiter:innen als Raumproduzierende in kapitalistischen Herrschaftsstrukturen verstehen können, und auch *warum* wir das tun sollten. Entlang von grundlegenden theoretischen Reflexionen (zu den räumlichen Formen kapitalistischer Herrschaft, zum Arbeitsbegriff u.a.), sowie auch anhand von veranschaulichenden konkreten Beispielen will ich diskutieren, auf welche Weise (Lohn-)Arbeiter:innenhandeln räumlich verfasst ist. Dabei argumentiere ich, dass die Überschreitung der kapitalistischen Formen nicht nur eine Machtfrage, sondern wesentlich auch eine inhaltliche Frage ist: nämlich ob es gelingt, aus den Kämpfen heraus eine andere, auf gesellschaftlicher Sinnhaftigkeit und sozialökologischer Nachhaltigkeit von Produktion und Reproduktion basierende Vergesellschaftung voranzutreiben.

2 Die soziale Frage ist räumlich: Glokalisierung von Arbeit und Leben

Folgen wir einschlägigen Debatten der kritischen Geographie (vgl. Belina/Michel 2007), dann manifestiert sich politökonomische Ungleichheit wesentlich als spezifische Ausgestaltung der sozialräumlichen *Scales* kapitalistischer Gesellschaf-

-
- 1 Ich schreibe von „(Lohn-)Arbeit“ und mitunter auch von „(Lohn-)Arbeiter:innen“, um die kapitalistische, direkt profitorientierte Form der Produktion von Waren und Dienstleistungen zu bezeichnen und gleichzeitig darauf aufmerksam zu machen, dass Arbeit in ihrem lebendigen und sozialen Charakter immer auch darüber hinausgeht. Wie genau wird hoffentlich im Beitrag noch deutlicher werden.
 - 2 Ein weit verbreitetes Beispiel für die Ableitung von Handeln aus Strukturen rankt sich um die sogenannte Verelendung: Die Arbeiter:innen würden (noch) nicht kämpfen, weil es ihnen (noch) zu gut gehe.

ten.³ Der Begriff der Scales ist im Weiteren zentral. Scales können verstanden werden als umkämpfte Reichweiten sozialen Handelns in hierarchisch-ungleichen Strukturzusammenhängen (Herod 2010). Das können Reichweiten in unmittelbar praktischem Sinne sein (wird ein Streik beispielsweise lokal oder national geführt), aber auch Reichweiten in (normativ-)institutionalisiertem Sinne (beispielsweise die zumeist nationale Verankerung von Arbeitsrechten). *Scale* reflektiert somit die Tatsache, dass „[s]ocial production of space is inextricably tied to the production of power“ (Ahmed 2012: 1063). Scales sind räumliche Dimensionen sozialen Handelns in ungleich strukturierten, vermachteten Verhältnissen.

Das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters und der Aufbau eines globalisierten, neoliberalisierten Kapitalismus verändert die Kräfteverhältnisse zwischen Staat, Kapital und Arbeit grundlegend und also auch die skalaren Raumdimensionen kapitalistischer Vergesellschaftung. Um die aktuellen sozialräumlichen Konfigurationen und Dynamiken zu verstehen, ist wiederum der Begriff der *Glokalisierung* zentral (Swyngedouw 1997a; zum Folgenden ausführlich Hürtgen 2015, 2021a). *Glokalisierung* bedeutet, dass die Fragmentierung, ja *Aufsprennung* nationaler, regionaler und lokaler Arbeits- und Lebenszusammengänge Bestandteil und Form der aktuellen neoliberalisierten Globalisierung ist. Ein klassisches Beispiel für diese Dynamik sind Arbeits- und Sozialrechte. Diese werden seit Langem auch im Globalen Norden aufgeweicht („dereguliert“), indem sie eine Lokalisierung, eine Flexibilisierung „hinunter“ zu den Regionen und Betrieben erfahren. Schon seit geraumer Zeit wird in Deutschland deshalb von der Verbetrieblung beispielsweise der Tarifvertragslandschaft gesprochen. Das *Downscaling* sozialpolitischer Absicherung ist dabei die Kehrseite einer sowohl inhaltlichen wie räumlichen Verallgemeinerung von Kapitalanlegerinteressen. Nicht nur jedes Land, sondern auch jede Region, Stadt, jeder Betrieb, jede Abteilung sollen sich hiernach attraktiv für jene aufstellen, die eventuell hier – oder aber auch anderswo – ihr Kapital profitabel anlegen bzw. projektförmig organisierte (Staats-)Mittel entsprechend lukrativ investieren wollen. Entsprechend wird über tarifvertragliche Ausnahmeregelungen, sozialpolitische Zugeständnisse in Pakts zur Wettbewerbs- und Standortsicherung, über arbeitspolitische Sonderbestimmungen (wie in Sonderwirtschaftszonen), aber auch über den Abbau sozialer Infrastruktur in Form ihrer Privatisierung (d.h. Öffnung für Kapitalanleger) die sozialräumliche Zerklüftung vorangetrieben. Ungleichheit, das heißt, der eigene,

3 Weitere raumtheoretische Kategorien sind beispielsweise Orte, Netzwerke und Territorien (Jessop u.a. 2008); auch diese sind für den vorliegenden Beitrag relevant, allerdings weniger grundlegend-theoretisch.

partikulare Vorteil in Bezug auf die Anlegerinteressen wird als konstitutiv für ökonomische „Entwicklung“ angesehen, oder kurz: Sozialräumliche Fragmentierung ist Bestandteil und Form gegenwärtiger neoliberaler Globalisierung.

Für Arbeitskämpfe ist diese Dynamik zentral. Auf allen Scales wird nicht nur Ungleichheit, sondern damit auch Konkurrenz vorangetrieben. Denn die andere Seite der Fragmentierung ist das *Upscaling*, die inhaltliche und räumliche Verallgemeinerung („Globalisierung“) der Profit- und Verwertungslogik: Nicht nur das Geld- und Finanzkapital, auch die kapitalistische Produktionsorganisation sind längst länder- und kontinenteübergreifend verfasst (in Form globaler Produktionsnetzwerke, Coe/Yeung 2015).⁴ Dies ist allerdings nur möglich, weil auch Staatspolitiken und Staatsapparate sich supranationalisieren. Beispiele sind die Europäische Union oder der Internationale Währungsfonds. Diese nationalen und supranationalen Staatsapparate machen sich eine Politik der möglichst attraktiven Standortangebote für Kapitalanleger zu eigen und forcieren entsprechend auch politisch, und eben auf allen Scales, eine multiskalare konkurrenzuelle Wettbewerbsstaatlichkeit. Ein Beispiel für die nationale Ebene ist Ungarn, das unter der Ägide von Orban äußerst rigide Arbeitsgesetzänderungen durchgesetzt hat, insbesondere einen ausgeprägten Niedriglohn und extrem lange und flexible Arbeitszeiten für den *Blue Collar*-Bereich. Proteste hiergegen waren nicht erfolgreich. Mit diesen gegenüber anderen europäischen Ländern besonders „attraktiven“ Möglichkeiten geringer sozialer Kosten und kaum vorhandener ökologischer Regulierung wurde Ungarn zum bevorzugten Produktionsstandort der europäischen Automobilindustrie und will dies nun auch für die globale Batterieproduktion werden (Czirfusz 2023).

Doch sozialräumliche Fragmentierung findet auch regional zwischen Standorten oder auch vor Ort in den Betrieben, Produktionshallen und Abteilungen statt. Hier ist die permanente (Neu-)Aufspaltung der Lohnarbeitsprozesse zentral. Formen sind beispielsweise die Auslagerung einzelner Arbeitsbereiche an Subunternehmen, die wiederum ihrerseits Arbeitsprozesse auslagern, Subfirmen gründen usw. Betriebliche und produktionsseitige Fragmentierung findet aber auch in Form einer internen Vermarktlichung der Unternehmen statt, z.B. durch die Organisation der einzelnen Bereiche als *Cost Center* oder *Business Units*, die gegeneinander um hohen Output und geringe Kosten konkurrieren. Eine umfassende Aufspaltung der Arbeitsbedingungen nicht nur zwischen Standorten

⁴ Mit „Produktion“ ist hier die profitorientierte, kapitalistische Form der Arbeitsorganisation gemeint, die ihrerseits keineswegs nur industriell-materielle Dinge, sondern z.B. auch Dienstleistungen umfasst (vgl. Heinrich 2005: 41f.).

verschiedener Kontinente, Länder und Regionen, sondern auch vor Ort, im Betrieb, ist die Folge – und entsprechend die wachsende Prekarisierung von (Lohn-)Arbeit (Jordhus-Lier 2014; Hürtgen 2021b). Es ist umgekehrt diese Aufspaltung, die es Unternehmen erlaubt, den Kosten- und Effizienzdruck zu erhöhen, und vor allem, sich gegenüber der kaum noch absehbaren (globalen) Marktentwicklung so flexibel wie möglich aufzustellen. Es geht darum, mit dem Markt zu „atmen“, wie es gern auch genannt wird: die Ausrichtung der Produktion kurzfristig neuen Trends anpassen, die Produktion entsprechend schnell hochfahren oder auch Bereiche abstoßen, (prekäre) Arbeiter:innen vorübergehend (massenhaft) einstellen oder umgekehrt entlassen, Abteilungen outsourcen und/oder verlagern usw. Diese Aufspaltung der (Lohn-)Arbeitsprozesse und der Arbeitsbedingungen ist die Kehrseite der raumübergreifenden („globalen“) kapitalistischen Verwertungskalküle und Produktionsorganisation. Der Begriff Glokalisierung bezeichnet eben diese Logik der räumlichen Ausweitung *und* inhaltlichen Verallgemeinerung profitlogischer Kostenkalküle auf der Grundlage und in der Form sozialräumlicher Fragmentierung, d.h. der vielfachen räumlichen und inhaltlichen Aufspaltung sozialreproduktiver Existenzbedingungen der (Lohn-)Arbeiter:innen.

Betrachten wir diesen Prozess mit Blick auf Arbeitskämpfe, so sind eine Folge mittlerweile auch in Deutschland die wachsende Zahl „kleinteiliger“, örtlicher Streiks und Auseinandersetzungen. Ein aktuelles Beispiel sind die zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen wechselnden Warnstreiks bei den Flughafendienstleistern in den Jahren 2022 und 2023 (z.B. von Gepäckabfertiger:innen, Fracht- oder Busfahrer:innen, Bodenverkehrsdiensten, diversen Kundendiensten u.a.).⁵ Auf die Kritik der vermeintlichen „Erpressung“ der Arbeitgeber durch diese Streiks antwortet der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di Frank Werneke zu Recht:

Flughäfen sind ja ein schönes Beispiel dafür, wie über Jahre, Jahrzehnte versucht wurde, über Teile und Herrsche Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die Flughäfen sind in zig Untergesellschaften aufgeteilt worden und eigentlich hoheitliche Aufgaben wie die Luftsicherheit sind privatisiert worden, alles mit der Perspektive, Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zu verschlechtern [...]. Und die Arbeitgeber haben die Situation geschaffen, dass am Flughafen quasi jeden Tag irgendwo bei irgendwem ein Tarifvertrag ausläuft, weil sie eben die Flughäfen zersplittert und zergliedert haben. Das ist selbstgewähltes Leid. (Werneke 2023: 10:08ff.)

5 Auch Dienstleistungen sind längst transnational organisiert, wie das Beispiel der Firma *Gate Gourmet* zeigt, die sich im Internet als „global provider of airline catering solutions and provisioning services“ anpreist, und dabei immer wieder wegen besonders schlechter Arbeitsbedingungen und Union Busting, aber auch wegen Streiks von sich reden macht (Labournet 2023).

3 Vom Lokalen zum Globalen? Relationales Klassenverhältnis und Raum

Aber selbstverständlich ist das Leid vor allem auf Arbeiter:innenseite zu finden: Quer durch die Betriebe, Regionen und Länder sind auch in den ehemaligen Wohlfahrtsstaaten nicht-reproduktionssichernde (Lohn-)Arbeitsbedingungen konstitutiv für ökonomische „Entwicklung“ geworden: Nicht existenzsichernde Löhne, prekäre Anstellungsverhältnisse wie Befristung und Leiharbeit, permanente Sondereinsätze angesichts der extrem knappen Personaldecke⁶ und stark ausgeweitete sowie flexibilisierte, kaum noch planbare Arbeitszeiten (Rutivca Andrijasevic [2021] spricht von *just-in-time-labour*) markieren die sozial wie leiblich-psychisch hochgradig erschöpfenden Arbeits- und Lebensbedingungen ebenso wie die Verteuerung oder Brachlegung sozialer Infrastruktur, erschwerte Zugänge zu sozialen Einrichtungen usw. Unterhalb der Oberfläche diskursiv hochgehaltener Normalität, wonach es „uns“ im Norden doch noch ganz gut gehe, ist die Prekarisierung faktisch selbst weithin normalisiert.

Im überwiegenden Teil der kritischen Geographie herrscht große Einigkeit darüber, dass das Downscaling der Arbeiter:innen-Anliegen wieder zurückge-

6 In den öffentlichen Debatten werden die verbreitet erschöpfenden Arbeitsbedingungen gern als Resultat von Personalmangel bzw. Fachkräftemangel thematisiert. Das Problem scheint eines des Marktes zu sein: man finde halt nicht genügend Arbeitskräfte dort. Ausgeblendet werden so die deutlichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen *davor*, die zu dem führen, was die Beschäftigten selbst „Berufsfucht“ nennen: Seitens der Unternehmen wurde im Zuge der Politik der „Verschlankung“ so massiv Personal abgebaut (und oft noch die Arbeitszeit verlängert und Löhne gesenkt), dass die (Lohn-)Arbeiter:innen nur noch im dauerhaften Sondereinsatz und über die Grenze ihrer langfristigen psychischen, physischen und sozialen Regeneration den Betrieb eines Unternehmens, eines Krankenhauses oder einer Sozialeinrichtung aufrechterhalten können. Viele versuchen deshalb möglichst rasch, aus der „Problembbranche“ wieder herauszukommen. Für den Pflegebereich beispielsweise stehen aktuell geschätzt 200.000 Personen zur Verfügung, die dort arbeiten würden, wenn die Bedingungen besser wären (Auffenberg u.a. 2022). Allerdings setzen Unternehmen und Regierungen auf Arbeitskräfte aus fernen Ländern. Für Italien schreibt Dominik Straub (2023), hier seien die Löhne in vielen Branchen derart tief und die Arbeitsbedingungen derart schlecht, dass „nur noch Einwander:innen aus armen Ländern bereit sind, zu derartigen Konditionen zu arbeiten. Notfalls schwarz, ohne Rechte.“ Konkret benennt Straub die Landwirtschaft, das Transportwesen, das Gesundheitswesen, den Tourismussektor und die Fischerei. Das Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“ spricht sich gegen transkontinentale Fachkräfte-Anwerbung, beispielsweise die Organisation von Pflegekräften aus den Philippinen oder Namibia nach Deutschland aus (Krankenhaus statt Fabrik 2023).

drängt werden müsse zugunsten einer neuerlichen räumlichen Ausweitung der gesellschaftlichen Verankerung ihrer Reproduktionsinteressen, ihrem räumlichen (Wieder-)Erklimmen oder Upscaling hin zur übergreifenden, transnationalen Organisation. David Harvey (1995) und andere sprechen in diesem Sinne von „militantem Partikularismus“: Lokale, spezifische Erfahrungen und Anliegen (beispielsweise dem Druck des Managements zu widerstehen, Einkommen zu kürzen oder an Wochenenden „normal“ durchzuarbeiten, um den Standort „zu retten“) müssten über die sozialräumlichen Grenzen hinaus verallgemeinert und also auch in einer abstrakteren Form, d.h. relativ losgelöst von der je eigenen unmittelbaren Erfahrung, miteinander verbunden werden. Eine zentrale Frage in dieser Debatte ist, ob bzw. wie dies möglich ist, wenn die lokalen Erfahrungen doch jeweils ungleich verfasst sind (z.B. Featherstone 2005; Ahmed 2012; Russell 2019).

Diese Debatte ist wichtig, hat aber auch eine auffällige Engführung. Denn ihr theoretischer Ausgangspunkt ist, Arbeiter:innenhandeln als lokal, allenfalls regional aufzufassen (dessen Horizont dann ausgeweitet werden soll). Diese prinzipiell lokal zu bestimmende Verankerung von Arbeiter:inneninteressen, Arbeitshandeln und -kämpfen durchzieht nahezu die gesamte kritische Geographie. Und sie scheint auf den ersten Blick auch einleuchtend: „Labour power has to go home every night“ argumentiert David Harvey (1989: 19)⁷ und nicht zuletzt die feministische Geographie bekräftigt die Bedeutung der lokalen Reproduktionsbedingungen wie Wohnen, Familienbeziehungen, Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen usw. (McDowell 2001).⁸ Dieser lokalen Verankerung von Arbeiter:inneninteressen und -kämpfen wird dann nicht selten die globale, raumübergreifende Kapitallogik gegenübergestellt. Die Kapitalseite erscheint als räumlich relativ ungebunden agierender sozialer Akteur.⁹

Diese Darstellung besticht durch ihre vermeintliche Klarheit, steht allerdings in einem auffälligen Widerspruch zu einer der grundlegenden Annahmen der Scale-Debatte: dass Scales überhaupt nur in ihrer Gesamtheit, als Ensemble zu

7 Hier stellt sich allerdings die Frage, ob Arbeiter:innen und ihre Arbeitskraft wirklich abends nach Hause gehen; viele übernachten als pendelnde Migrant:innen in vom Unternehmen bereitgestellten Wohnheimen oder werden – wie während der Corona-Pandemie – gezwungen, in der Fabrik zu nächtigen (u.a. bei Foxconn in China oder in der südostasiatischen Textilindustrie).

8 „Because labour has to go home every night, it is at the local scale that [it confronts capital] with the issue of social reproduction.“ (Helms/Cumbers 2006: 69)

9 „[S]pace is the domain where capital searches for the most profitable sites of accumulation and place is that of labor where meaningful and enduring social relationships are constructed.“ (Peck 1996: 233)

denken sind. Scales sind keine voneinander abgetrennten Scheiben, auf denen sich unterschiedliche Akteure „ansiedeln“, nach dem Motto: Arbeiter:innen hier – Kapital dort. Vielmehr sind Scales immer schon „scalar spatial configurations“ (Swyngedouw 1997b: 169; Hvh. SH), sie sind eine relationale und umkämpfte Gesamtheit.¹⁰ Umgekehrt ist in dem gedanklichen Auseinanderreißen der Scales eine eigentümliche Fetischisierung angelegt, wo „das Lokale“ oder auch „das Nationale“ plötzlich etwas Positives verkörpern: das Nahe, Heimelige und Reproduktive, während „das Globale“ für eine destruktive kapitalistische Ökonomie steht (vgl. die Kritik von Bernd Belina [2006] an entsprechenden Gegenüberstellungen bei Gibson-Graham [2002]). Auch in der Labour Geography und der hier verbreiteten Gegenüberstellung von *Capital Spatial Fix* und *Labour's Spatial Fix* sehen wir diese Gefahr der Fetischisierung durch das Auseinanderreißen der Scales. Arbeiter:innen scheinen dann Scales gleichsam zu „erobern“, sie im Kampf gegen das Kapital zu „besiedeln“.¹¹

Dagegen gilt es festzuhalten: Das Klassenverhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist ein relationales. Trotz der massiven Machtungleichheiten bleibt es eine soziale Beziehung, ein soziales Verhältnis, das die Beteiligten *wechselseitig* eingehen. Kapital und Arbeit sind keine losgelösten Entitäten, keine für sich trainierenden Rugby-Mannschaften oder Heereseinheiten, die bestimmte Scales besetzt halten, um dann irgendwann im Kampf aufeinander zuzustürmen. Denn Scales sind keine befreiten Zonen, keine autonomen Inseln im Meer kapitalistischer Vergesellschaftung. Einerseits setzen Arbeiter:innen der strukturellen Gewalt von Staat und Kapital ihre eigenen (Re-)Produktionslogiken entgegen (Hürtgen 2022a). Andererseits ist den Arbeiter:innen der Klassenwiderspruch nicht äußerlich, sondern er ist etwas, „das individuell und kollektiv durch uns hindurchverläuft“, wie John Holloway (2002: 166), ein Hauptvertreter des sogenannten *Open Marxism*, formuliert. Solange Kapitalismus fortbesteht, nicht gänzlich, d.h. global überwunden ist, wird er immer auch von den Arbeiter:innen (mit) reproduziert. Sie agieren in ihren Kämpfen „in-against-and-beyond“

10 „Starting any geographical analysis from a given geographical scale (local, regional, national) is deeply antagonistic. ... [t]he theoretical and political priority, therefore, never resides in a particular geographical scale, but rather in the process through which particular scales become (re)constituted.“ (Swyngedouw 1997b: 169; vgl. auch Swyngedouw 2000: 68f.)

11 Das Auseinanderreißen der Scales befördert so eine stark empirische und auf Einzelfallstudien ausgerichtete Darstellung von Arbeitskämpfen als *Success Stories*, was in einem großen Missverhältnis zu den autoritär-neoliberalistischen gesellschaftlichen Rollbacks insgesamt steht (Peck 2018).

kapitalistischer Herrschaftslogik (Holloway 2010: 247). Eine relationale Klassenperspektive bedeutet, Arbeiter:innen-Raumproduktion als notwendig widersprüchliche anzusehen.

Kapital und Arbeit als Verhältnis ist also nicht nur sozial, sondern eben auch räumlich nicht auseinanderzureißen. Die Gegenüberstellung von lokalen Arbeits- und globalen Kapitalinteressen führt in die Irre, so überzeugend das Bild des Abends-nach-Hause-Gehen-Müssens auf den ersten Blick auch scheint. Richtig ist: Kapitalistisch zu verwertende Arbeitskraft ist an konkret-leibliche Subjekte gebunden und diese benötigen eine ebensolche konkret-leibliche, in diesem Sinne verortete soziale Reproduktion. Gute bzw. schlechte Lebensbedingungen sind solche, die von dem leiblich und damit räumlich begrenzten Subjekt erfahrbar sind.¹²

Allerdings: Arbeitskraft *reproduziert* sich nicht nur, sie *produziert* auch! Zu Recht kritisiert z.B. Raju Das (2012), dass ein Großteil der kritischen (Labour) Geographie den kapitalistischen (Lohn-)Arbeitsprozess ausblendet und (Lohn-)Arbeiter:innen auf ihre Position als Verkäufer:innen und Reproduzent:innen ihrer Arbeitskraft außerhalb der kapitalistischen Produktionsorganisation reduziert. Was aber ist mit ihrer Rolle als (Lohn-)Arbeitende, als Arbeitskraft *verausgabende*?

In der Tat werden, wie ich im folgenden Kapitel zeigen will, Arbeiter:innen als a priori globale, transnationale Akteure sichtbar, wenn wir uns dem kapitalistischen Arbeitsprozess zuwenden. Trotz ihrer Subalternisierung,¹³ Ausbeutung und Unterdrückung sind Arbeiter:innen, in einer sozialräumlich relationalen Klassenperspektive, konfliktorische Mitproduzent:innen aller Scales, auch der kontinentalen und globalen, d.h. der globalisierten Produktionsverhältnisse insgesamt. Sie sind ebensowenig einfach „lokale“ Akteure wie die Kapitalseite einfach „global“ agiert. Vielmehr verläuft die soziale Auseinandersetzung immer multiskalar. In anderen Worten: Wenn Scales als relationales Ensemble und als räumliche Dimensionen des relationalen Klassenverhältnisses nur aufeinander

12 Dennoch ist auch Reproduktion nicht einfach lokal verfasst. Zur eigenen Erholung und Regeneration werden beispielsweise Waren konsumiert und auf diese Weise ein (versachlichtes) Verhältnis zu den Produzent:innen anderer Orte hergestellt.

13 Ich benutze im Folgenden öfter den Begriff der Subalternisierung, Subalternität, Arbeiter:innen als Subalterne usw. Angesprochen ist damit eine zentrale, klassenpolitische Dimension von Macht und Herrschaft. Diese umfasst in kapitalistischen Gesellschaften sowohl die insgesamt ungleiche Eigentumsordnung (Eigentum ist auf der Seite weniger Kapitalist:innen und dem Staat konzentriert) wie auch die damit zusammenhängende machtpolitisch oft brutale Unterwerfung, aber auch (Selbst-)Unterordnung von Arbeiter:innen unter die Logik von Kapitalreproduktion und Profitsteigerung.

bezogen hervorgebracht werden, dann bedeutet dies, dass auch Subalternisierte, in diesem Fall Arbeiter:innen, als (Re-)Produzent:innen der Gesamtheit der skalaren Konfigurationen aufgefasst werden müssen. Sie sind eben nicht nur lokal Handelnde, wie ich an einigen Beispielen weiter unten zeigen werde, sondern umgekehrt: Ihre Subalternität besteht wesentlich auch darin, dass sie die über das Lokale hinausweisende räumliche Verallgemeinerung eigener Interessen und Anliegen entweder nicht erringen können oder aber nicht einmal als ihr eigenes Anliegen im Kopf haben, d.h. erringen wollen.

Ein solcher Begriff von Arbeiter:innen als a priori glokalen Akteur:innen (d.h. als Reproduzent:innen aller Scales) erlaubt dann im Weiteren eine kritische Betrachtung der widersprüchlichen Formen von Arbeitskämpfen und ihrer räumlichen Begrenzungen sowie die Frage nach einem allgemeinen sozialökologischen Arbeitsbegriff als inhaltliche Dimension dieser Arbeitskämpfe.

4 Multiskalarität, Klassenverhältnis und (Lohn-)Arbeit

Um mit dieser Argumentation zu beginnen, müssen wir nochmals auf das relationale Klassenverhältnis und die Bedeutung des kapitalistischen (Lohn-)Arbeitsprozesses zurückkommen. Beginnen wir mit der Kapitalseite: Auch Kapital ist auf örtlich konkrete Bedingungen seiner Reproduktion angewiesen. Das gilt nicht nur für die sozialpolitisch gebaute Umwelt, die Harvey betont (von Fabrikhallen über Straßen- und Internetnetze bis zu Steuer- und Anreizsystemen). Es gilt vor allem für den unmittelbaren Produktionsprozess. Kapitalmehrerung, also der Reproduktionskreislauf des Kapitals hin zu Mehrwert bzw. Profit, ist ohne Investition in die Arbeitskraft von Arbeiter:innen nicht möglich. Damit ist das Kapital unhintergebar an konkret-leibliche Subjekte und also an einen konkret verorteten Arbeitsplatz gebunden – egal ob sich Arbeiter:innen (kollektiv oder einzeln) in einer Fabrik, im Homeoffice oder mit Laptop in Zug und Flugzeug befinden.

Vor allem aber zeigt der Blick auf Arbeiter:innen als **Verausgabende ihrer Arbeitskraft** im (Lohn-)Arbeitsprozess, dass und wie auch von ihrer Seite tagtäglich multiskalare soziale Relationen (mit) hergestellt werden. Über lokale, regionale und globale Grenzen hinweg konstituieren sie den kapitalistischen Arbeits- und Verwertungsprozess mit, und dies auf zweierlei Weise: Erstens beziehen sie sich als (Lohn-)Arbeiter:innen, d.h. in ihren Arbeitsergebnissen, Zwischenprodukten und Produktionsmitteln aufeinander. (Lohn-)Arbeit findet, auch wenn sie kapitalistisch fremdorganisiert ist, immer subjektiv, aber nie einzeln, sondern notwendig kooperativ statt. Der Computer vor Ort muss laufen (und wehe, wenn „der IT-

Fritze“ nicht zu greifen ist), die Vorlage der Kollegin muss passen, das Teil für die Weiterverarbeitung muss rechtzeitig da sein, das Material der anderen Abteilung muss halten, was es verspricht usw. Angesichts der Tatsache, dass Produktion und Dienstleistung heute nahezu durchgängig transnational, in einem weit gespannten Netz transnationalisierter Hersteller- und Zuliefererfirmen organisiert ist, haben diese kooperativen Bezugnahmen aufeinander selbst multiskalaren Charakter; sie finden mitnichten nur lokal statt: Die Motoren oder Türen aus den Werken Südosteuropas müssen rechtzeitig eintreffen und passen, ebenso die Elektronikkomponenten aus Fernost, die gepulsten Shrimps aus Nordafrika. Das nach Indien, Irland oder Portugal verlagerte *Callcenter* der Abteilung muss sich mit den „hiesigen“ Abläufen abstimmen, die oftmals in *Shared Service Centern* konzentrierte und ihrerseits ausgelagerte Personalabteilung muss sich mit den Arbeiter:innen ganz unterschiedlicher Standorte koordinieren usw. Selbstredend ist es die Kapitalseite, die diese vielfältigen Koordinierungsprozesse herrschaftlich zu überwachen und in seinem Sinne zu optimieren sucht. Aber (Lohn-)Arbeit bleibt an ein eigenwilliges Subjekt gebunden, das sich aktiv entschließen muss, seine verkaufte Arbeitskraft auch in konkret-aktive, kreative „lebendige Arbeit“ zu verwandeln, wie Karl Marx formuliert, d.h. in wirkliche verausgabte Tätigkeit. Als lebendige Arbeit aber setzt sich (Lohn-)Arbeit permanent mit ihren ökologischen wie sozialkooperativen Bedingungen auseinander, und dies keineswegs nur vor Ort, am selben Fließband, in derselben Abteilung oder am selben Standort. Wer das meint, hat noch nie die typischen Flüche über die neue beispielsweise fernöstliche Zulieferer-Firma, die schwierige Kommunikation mit dem neuen Standort in z.B. Irland oder die ständig abstürzende Unternehmenssoftware der neuen IT-Abteilung in Polen gehört.

Zweitens ist (Lohn-)Arbeit nicht nur lebendige, sozial-stoffliche, sondern auch abstrakte Arbeit. (Lohn-)Arbeit wird in der kapitalistischen Verwertungslogik *abstraktifiziert*, d.h. in der Art der Gestaltung des Produktionsprozesses als profitable Warenproduktion auf Effizienz und Output getrimmt. Dabei wird sie von den einzelnen Arbeiter:innen abgetrennt und im Verkauf der von den Arbeiter:innen produzierten Waren auf dem (nationalen, kontinentalen oder globalen) Markt mit unzähligen anderen Waren und dahinterliegenden konkreten Arbeiten gleichgesetzt. Wie schon eben gesagt: Selbstredend ist dieses herrschaftliche und ausbeuterische Geschäft der Abstraktifizierung von Arbeit, d.h. der profitlogischen Organisation des Produktions- und Verkaufsprozesses, wesentlich Angelegenheit der Kapitalseite. Allerdings bleibt die im Arbeitsprozess auf Effizienz und Output ausgerichtete und dann im Verkauf vollends abstraktifizierte (Lohn-)Arbeit trotzdem die praktisch-tätige Verausgabung von Hirn,

Energie, Nerven und Muskeln von Arbeiter:innen. Der nah- und fernräumliche Verkauf der Waren ist also nur als Relation, in einer sozialräumlichen Verbundenheit zu der vorher praktizierten Arbeit zu denken. Mehr noch: Nur wenn dieser Verkauf gelingt, die eigene Arbeitskraft sich damit als „variables Kapital“ (Marx) bewährt hat, wird weiter im Sinne der Verwertung in sie investiert und folglich ein Lohn ausgezahlt. Um es zusammenzufassen: Das Kapital-Arbeit-Verhältnis ist insgesamt räumlich, und zwar multiskalar verfasst. Es gibt keine Reproduktion des Kapitals ohne eine immer auch konkret-örtliche Arbeitskraftverausgabung und (Lohn-)Arbeit muss sich im Verkauf der Waren auf dem (globalen) Markt als abstraktifizierte, als nichts als für die Plusmacherei verausgabte Arbeit erweisen, damit der im Verkauf der von ihr hergestellten Waren erzielte Erlös zu einem Teil als Lohn zu ihr zurückkehren kann.

5 Arbeitskämpfe in multiskalarer Perspektive und restriktive Handlungsorientierungen im transnationalen Raum der (Lohn-)Arbeit

Was hilft uns nun dieser Blick auf die wechselseitige soziale und räumliche Konstitution des Kapital-Arbeits-Verhältnisses beim Begreifen von Arbeiter:innenhandeln und Arbeitskämpfen? Die Antwort lautet, dass die hier vorgeschlagene glokale analytische Perspektive ein wichtiges Instrument für die Betrachtung entsprechender Auseinandersetzungen darstellt. Sie erlaubt es, Arbeitskämpfe in ihrer jeweiligen sozialräumlichen Reichweite, zugleich aber auch in ihrer (Selbst-)Begrenzung und also Widersprüchlichkeit sichtbar zu machen. Denn die Frage in Bezug auf Arbeitskämpfe ist ja nicht, ob es sie gibt oder nicht (natürlich gibt es sie, in Permanenz), sondern welche auch sozialräumliche Qualität sie haben und was das für eine kritische politische und wissenschaftliche Positionierung zu ihnen bedeutet. Wie eingangs schon betont: Weder gilt es, Arbeitskämpfe einfach „abzufeiern“,¹⁴ d.h. isoliert von der fortbestehenden Class-Race-Gender-Order zu betrachten, noch plädiere ich dafür, zu einer möglichst „objektiven Strukturbeobachtung“ zurückzukehren, wo das (Arbeits-)Subjekt als Reproduzent:in dieser Strukturen faktisch keine Rolle spielt.

14 Ohne eine kritisch-räumliche Analyse der Widersprüchlichkeiten der Arbeitskämpfe drohen zudem vormalige Begeisterungen über beispielsweise den Arabischen Frühling 2011ff., Streiks in Italien, die Krankenhausbewegung in Berlin oder die jüngsten Tarifaueinandersetzungen in Deutschland rasch zu erlöschen, sobald die repressive Seite der Auseinandersetzung stärker Oberhand gewinnt. Verlorene Kämpfe erhalten kaum Aufmerksamkeit (Birke/Henninger 2010).

Die multiskalare und relationale (Klassen-)Perspektive erlaubt es demgegenüber, die globale kapitalistische Raumproduktion als sowohl umkämpft, aber auch auf all ihren Scales von Arbeiter:innen aktiv (mit-)reproduzierte zu denken. Ohne das zwar subalternisierte (vom Lohneinkommen abhängige usw.), nichtsdestoweniger aber aktive Mittun der Arbeiter:innen würde das Kapital-Arbeit-Verhältnis in seiner globalen sozialräumlichen Form nicht bestehen. Das bedeutet auch: Arbeiter:innen-Raumproduktion und Arbeitskämpfe können nicht einfach als ein Upscaling vom Lokalen zum Globalen gedacht werden. Vielmehr macht die globale Perspektive sichtbar, dass in vermeintlich „lokalen“ oder auch „nationalen“ Auseinandersetzungen beständig die übergreifenden Scales von den Arbeiter:innen mit(re-)produziert werden. Anders formuliert: Es gibt seit Langem einen transnationalen Raum der (Lohn-)Arbeit, dieser muss nicht hergestellt, er muss *verändert* werden (Hürtgen 2015). Dazu drei Beispiele: Ein erstes, klassisches Beispiel für das Mitproduzieren von Scales sind Standortauseinandersetzungen. Wie oben geschrieben sind (Teil-)Verlagerungen gängige Praxis der transnational flexiblen Produktionsorganisation, inklusive des entsprechenden Drucks, die Kosten zu senken und die Flexibilisierung zu erhöhen und so die Verlagerung abzuwenden. Während es vielleicht (mit den typischen Zugeständnissen in Richtung Flexibilisierung, Intensivierung und Prekarisierung von Lohnarbeit) gelingen mag, den Standort, d.h. den je eigenen Arbeitsplatz „zu retten“, wird die wesentlich profitlogische konkurrenzuelle Beziehung zu den Kolleg:innen anderer Regionen, Länder und Kontinente aktiv mitreproduziert. Es ist nicht nur die Staats- und Kapitaleseite, die die übergreifende Scale als „competitive relation“ (Peck 1996: 252) konstruiert. In der Verteidigung des eigenen Standortes befeuern Arbeiter:innen oft genug noch den konkurrenzuellen Vergleich, denn die Zugeständnisse *hier* sind Kostendruck-Argumente *dort*. In ihrer lokal begrenzten Aktion der Standortverteidigung (re-)produzieren die Arbeiter:innen also die übergreifende Scale eines konkurrenzuellen Vergleichs durchaus mit. Ihr solidarischer Zusammenhalt bleibt demgegenüber sozialräumlich partikular, eben das ist inhaltlich und räumlich Ausdruck ihrer Subalternität als Arbeiter:innen. Als Subalternisierte, d.h. der Kapital- und Profitlogik trotz allem insgesamt Untergeordnete, verbleiben sie auf einem partikularen, lokalen Niveau der Arbeitsplatzverteidigung und negieren so zumindest praktisch, oft genug aber auch gedanklich, ein ähnlich gelagertes Interesse ihrer Kolleg:innen anderer Standorte.

Mehr noch: Die Subalternisierung unter die inhaltlich und räumlich verallgemeinerte Konkurrenzlogik untergräbt letztlich auch diese partikulare Standortsolidarität, denn Zugeständnisse in Form von (weiteren) Auslagerungen,

Tarifabweichungen, verschlechterten Arbeitsbedingungen usw. verstärken die Fragmentierung und damit die Prekarisierung auch der Arbeiter:innen vor Ort (Hürtgen 2021b; 2022b).

Ein weiteres Beispiel für das faktische, subalternisierte Mit(re-)produzieren übergreifender Scales ist der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst von April 2023, der nach einer bemerkenswert breiten Welle von Warnstreiks zustande kam. Weil die ärmeren und überschuldeten Kommunen die Lohnerhöhungen absehbar nicht einfach zahlen können, droht der Tarifabschluss dort – weil eben keine Thematisierung und letztlich Veränderung der Modi des kommunalen Finanzausgleichs stattgefunden hat – zu (weiterem) Abbau sozialer Infrastruktur zu führen (Fratzscher 2023).

Ein letztes Beispiel für die multiskalare Raum(re-)produktion von Arbeiter:innenseite durch die (Selbst-)Begrenzung der Reichweite von Auseinandersetzungen sind die Proteste in Frankreich zur dortigen Rentenreform. Im Jahr 2023 gab es in Frankreich über Monate breit getragene Straßenproteste, begleitet von Streiks wesentlich in den noch relativ gesicherten Energie- und Transportsektoren. Umfragen bestätigten wiederholt, dass 70 % der Gesamtbevölkerung und 97 % der Arbeiter:innen die Heraufsetzung des Rentenalters bei gleichzeitiger Erhöhung der Beitragsjahre ablehnen. Dass und wie Präsident Macron das Gesetz trotzdem durchsetzte und was diese Entwicklungen insgesamt für die Frage der Demokratie bedeuten, kann hier nicht diskutiert werden. Wichtig an dieser Stelle ist: Während in Frankreich „das ganze Land“ inklusive einer Koalition aus allen großen Gewerkschaften versuchte, sich dem neuerlichen neoliberalen Reformschritt zu widersetzen,¹⁵ behandelten die Gewerkschaftsverbände aller anderen europäischen Länder diese Auseinandersetzungen als nicht ihre Angelegenheit. Mehr noch: Sie widersprechen auch nicht (wahrnehmbar) dem beispielsweise in der deutschen Öffentlichkeit vorherrschenden Tenor, wonach die Aufregung über die Heraufsetzung des Rentenalters von 62 auf 64 Jahre überzogen erscheint, denn in Deutschland sei man schließlich bereits bei 67 Jahren angekommen.

Doch indem sich auch die „starken“ deutschen Gewerkschaften dazu nicht solidarisch-kritisch äußern oder gar aktiv werden, konstituieren sie die national-übergreifende, europäische Scale (mit). Denn sie schreiben sich in eine Dynamik der wettbewerbsstaatlichen Europäisierung ein, in der der raumzeitlich ungleiche nationale Sozialstaatsabbau konstitutiv ist und als *Nationalisierung sozialer Konflikte* wirkt (Erne 2015, vgl. auch Bieling/Schulten 2001; Hürtgen 2019).

15 Einen guten Überblick über vorangegangene soziale „Reformen“ gibt Syrovatka (2016).

Auch die Negation von Relationen, auch das Abspalten von sozialräumlichen Zusammenhängen ist – das wissen wir aus der feministischen Debatte – soziale Raumproduktion. Das geräuschvolle Stillhalten beispielsweise der deutschen Gewerkschaften stellt insofern nicht nur die konkurrenzuelle europäische Integrationsweise mit her, sondern durchaus auch die Niederlage von Kämpfen, in diesem Fall in Frankreich. Was wiederum weitere Folgen für die deutschen Einschnitte ins Rentensystem haben wird.¹⁶

Das zeigt auch: Wenn wir auf diese Weise Scale wieder mit Machtbeziehungen zusammenbringen, müssen wir analytisch danach unterscheiden, ob das Nichtführen einer offensiven Auseinandersetzung beispielsweise auf der europäischen oder globalen Ebene allein auf ungleiche Machtressourcen und entsprechende praktische Begrenzungen zurückzuführen ist – oder ob es nicht doch auch programmatischen und damit auch ideologischen Charakter hat. Es macht einen fundamentalen Unterschied, ob die in Standortauseinandersetzungen oder nationale Kürzungspolitiken verwickelten Arbeiter:innen sich zumindest diskursiv um eine Zurückweisung auf Kapital- und Konkurrenzlogiken bemühen und nach Möglichkeiten koordinierter Kämpfe wenigstens suchen, oder ob sie umgekehrt ihre jeweilige sozialräumlich partikulare Vorgehensweise noch im Sinne herrschender konkurrenzeller, rassistischer und sexistischer Logiken legitimieren. In der Tat sind beispielsweise Standortauseinandersetzungen oft von solchen Argumentationsfiguren xenophober Kulturalisierung der anderen Kolleg:innen begleitet. Das sexistische und rassistische Framing besteht dann typischerweise darin, den Kolleg:innen anderer Kontinente, Länder, Regionen, Standorte und Abteilungen eine geringere Arbeitsfähigkeit bzw. Arbeitswilligkeit zu „bescheinigen“ und die je eigene Arbeitskraft als effizient, modern und qualifiziert, flexibel einsetzbar und motiviert herauszuheben – also die kapitalistischen Konkurrenz- und Unterordnungslogiken selbst zu affirmieren (ausführlich: Hürtgen 2014, 2020). Eine solche *restrictive agency* kann allerdings umgekehrt nicht allein diskursiv, d.h. durch andere Sprechweisen, sondern letztlich nur durch Aufhebung der entsprechenden ungleich fremdbestimmten Verhältnisse überwunden werden (ebd.).

16 Hier ist nicht genug Raum, um genauer darauf einzugehen, dass die transnationale Ebene von Arbeitskämpfen ein hochgradig widersprüchliches Bild abgibt. Einerseits entstehen neue Verknüpfungen und Kämpfe, beispielsweise bei Ryanair (Butollo 2019), andererseits sind dies nach wie vor nur Ansätze, nationale und betriebliche Standortkorporatismen werden fortgesetzt.

6 Sozialökologischer Arbeitsbegriff und Kampf um soziale Rechte

Wenn die skalaren Herrschaftsordnungen in ihrer Gesamtheit so schwierig zu verändern sind – warum befassen wir uns dann überhaupt noch mit (Lohn-)Arbeit und Arbeitskämpfen, warum wechseln wir nicht einfach das Terrain, beispielsweise in Richtung Kämpfe um Nachhaltigkeit oder bessere städtische Lebensbedingungen? Hier scheint es doch in der letzten Zeit einige Erfolge zu geben.

Die Labour Geography hat immer wieder betont, dass Arbeitskämpfe mit städtischen und regionalen Kämpfen zusammengebracht werden müssen (z.B. Cumbers 2015). Das ist richtig und wichtig, denn auch die Arbeiter:innen- und Gewerkschaftsbewegung bzw. ihre männlich-patriarchalen Anteile haben lange Zeit einen Blick auf Arbeiter:innen als betriebliche „Arbeitsmaschinen“ gepflegt und tun dies teilweise heute noch (Hien 2014: 5). Dagegen gilt es, die sexistische Aufspaltung in kapitalistische Lohnarbeit und („private“) Reproduktions- und Sorgearbeit zu überwinden. In diesem Sinne sind Kämpfe um bessere Wohnbedingungen, nachhaltige Mobilität oder gute medizinische Infrastruktur immer auch Arbeitskämpfe, denn sie markieren entscheidende Bedingungen der sozial-leiblichen Reproduktion und damit der gesellschaftlichen Existenzbedingungen von Arbeiter:innen und ihrer lebendigen Arbeitskraft.

Allerdings sind auch Kämpfe um die unmittelbare Organisation der kapitalistischen (Lohn-)Arbeit und die damit verbundenen Arbeitsbedingungen ihrerseits als Kämpfe für ein gutes (städtisches) Leben anzusehen. (Lohn-)Arbeiter:innen reproduzieren sich nicht nur, sie produzieren auch, und beides hängt zusammen (s.o.). Ein Blick auf Auseinandersetzungen beispielsweise um verkürzte Arbeitszeit, mehr Personal oder mehr Einkommen zeigt rasch, dass diese sogenannten betrieblichen Kämpfe die konkrete Lebensweise der (Lohn-)Arbeiter:innen als leiblich-soziale sowie räumliche Wesen insgesamt berühren. Zudem beeinflussen sie auch ihr gesellschaftliches Dasein als politische Akteure: Angesichts der um sich greifenden Erschöpfung in der Arbeitswelt durch die oben beschriebenen Formen der Fragmentierung, Prekarisierung, Intensivierung und Flexibilisierung der (Lohn-)Arbeit stellt sich derzeit beispielsweise für viele die Frage, ob es ihnen noch gelingt, sich in Prozesse kollektiver Organisierung und Auseinandersetzung einzubringen, entsprechende Verbindlichkeiten und Energien an den Tag zu legen. Auch deshalb kann (Lohn-)Arbeit nicht von, sagen wir, stadtpolitischen Kämpfen abgespalten werden.

Vor allem aber kann ein Nachdenken über eine andere, sozial und ökologisch nachhaltige Weise des Arbeitens und Produzierens die (Lohn-)Arbeit als herrschende soziale Form nicht nur der Unterdrückung, sondern auch der Reich-

tumsproduktion (in Form von Waren) gedanklich nicht einfach beiseitelassen. „Halbinseln“ einer anderen, solidarischen Form des Arbeitens und Lebens innerhalb und gegen die herrschende kapitalistische Produktionsweise abzutrotzen ist wichtig und richtig (Habermann 2009). Allerdings beruhen diese selbst zu weiten Teilen auf fortgesetzter Warenförmigkeit der Ökonomie und also der strukturell rücksichtslosen Vernutzung von Natur und (Lohn-)Arbeit anderswo. Es stellt sich also die Frage, in welcher Weise (Lohn-)Arbeiter:innen als Verausgabende ihrer Arbeitskraft, d.h. auch im kapitalistischen Lohnarbeitsprozess selbst, ein (tägliches) widersprüchliches Ringen, ein „In-against-and-beyond“ praktizieren, an das eine sozialökologische Transformation anknüpfen kann – und muss, will sie die kapitalistische Form in Frage stellen.

In der Tat ist die relationale Klassenperspektive auch eine inhaltliche, ist der kapitalistische Klassenwiderspruch ein sozialökologischer (Hürtgen 2022c). Denn, wie oben ausgeführt: (Lohn-)Arbeiter:innen sind als unmittelbare Warenproduzent:innen im kapitalistischen Produktionsprozess notwendig als Subjekte anwesend. Die lebendige Arbeitskraft, die sie verausgaben, ist nicht abzutrennen von ihrer leiblich-sozialen Verletzbarkeit, aber auch nicht von ihnen als schöpferische, kreative Wesen, die sich in jedem Moment ihrer Arbeitstätigkeit den sozial-materialen Gehalt ihrer (im Gesamt fremdbestimmten) Arbeitsaufgabe aneignen und in eine immer auch eigensinnige, subjektive tätige Praxis transformieren müssen.¹⁷ Entsprechend und notwendigerweise setzen sie sich ständig mit der („natürlichen“) Stofflichkeit wie auch dem Inhalt der zu verrichtenden Arbeitstätigkeit auseinander. Sie sind gerade keine puren Anhängsel der Wert- und Profitlogik, gerade keine Maschinen, sondern diejenigen, die die Gebrauchswerte hervorbringen und sich also mit den entsprechenden Arbeitsschritten, Materialien, Funktionsweisen, Sinnhaftigkeiten usw. aktiv befassen (müssen). Der Doppelcharakter kapitalistischer (Lohn-)Arbeit als stofflich-konkreter (dabei immer auch: sozialer) Arbeits- und zugleich aber effizienz- und profitlogischer Verwertungsprozess geht durch die (Lohn-)Arbeiter:innen selbst hindurch.

Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen und insgesamt um die Verankerung wirksamer sozialer Rechte sind in diesem Sinne nicht allein Kämpfe um den sozial-leiblichen Schutz der Arbeiter:innen, sondern auch Kämpfe um den Charakter der (Lohn-)Arbeit in ihrer sozialen und gesellschaftlichen Qualität

17 Die *Labour Process Theory* spricht vom Transformationsproblem: gemietete, aber noch brachliegende Arbeitskraft, das heißt das Vermögen zu arbeiten, muss sich in aktive, tätige lebendige Arbeit verwandeln, und das kann nur das Arbeitssubjekt selbst vollziehen.

(Castel 1996; Hürtgen 2017; 2022a). Das wird in den jüngsten sogenannten Sorge-Kämpfen (Artus u.a. 2017) besonders deutlich: Der Slogan der Berliner Krankenhausbewegung „Mehr von uns ist besser für alle“ bezieht sich nicht allein auf die unmittelbar eigene Erschöpfung durch Personalmangel – sondern auch und damit zusammenhängend darauf, nicht mehr gut pflegen und versorgen zu können, aus Zeitnot Patient:innen vernachlässigen oder auch sterben lassen zu müssen. Was hier besonders sichtbar wird, nämlich dass die Verausgabung von (Lohn-)Arbeit mit einer Auseinandersetzung um ihre gesellschaftliche Sinnhaftigkeit verbunden ist, gilt aber nicht nur für die Care-Ökonomie und auch nicht nur für den (ehemals) öffentlichen Dienst wie Bahn,¹⁸ Post,¹⁹ Luftfahrt usw., sondern auch im Industrie- und Produktionsbereich (Hürtgen 2017). Auch als Subalterne setzen sich die (Lohn-)Arbeiter:innen mit der inhaltlichen Seite ihrer Arbeit auseinander. Wirksame soziale Rechte sind dabei zentral, denn wie oben geschildert geht es in der kapitalistischen Produktionsorganisation nicht um Arbeitsinhalte, sondern um Profit, was sich entsprechend als permanenter Effizienzdruck, Personalknappheit und enorme Flexibilisierung der (Lohn-)Arbeit niederschlägt. Um also der subjektiven Orientierung auf den gesellschaftlichen, sozial-inhaltlichen Sinn ihrer Arbeit auch im Kontext als (Lohn-)Arbeit Geltung verschaffen zu können, müssen erstens solche Bedingungen von (Lohn-)Arbeit gegen ihre profitlogische Organisation durchgesetzt werden, die verantwortungs-

18 In Griechenland gab es im Februar 2023 ein großes Zugunglück mit 57 Toten und noch mehr Verletzten. Die Regierung behauptet, das Unglück sei auf „menschliches Versagen“ zurückzuführen; dagegen sagen nicht nur Gewerkschafter:innen, sondern breite Teile der Bevölkerung, dass die Ursachen massive Einsparungen – durch die Privatisierung der öffentlichen Dienste im Zuge der sog. Euro-Krise – und mangelnde technische und personale Ausstattung der Bahn sowie Korruption bei der Mittelvergabe im Bausektor seien. Auf Demonstrationen wurden entsprechende Slogans skandiert, z.B. „Privatisierung tötet“, oder „Unsere Toten – Eure Gewinne“ (Perrigreur 2023).

19 Angesichts der im Jahr 2022 durchgesetzten Umstrukturierungen bei der *Deutschen Post* schildert ein Zusteller und Betriebsratsmitglied die enorme Arbeitsverdichtung durch immer wieder neu aufgeteilte und zugleich vergrößerte Zustellbezirke. Es könnten keine persönlichen Kundenbeziehungen mehr aufgebaut werden; die ständige, mitunter tägliche Neuplanung der Zustellung unterminiere jede Alltagsroutine. Er resümiert: „Der Arbeitgeber plant so, dass wir unsere Arbeit nicht mehr richtig schaffen können. Wir stehen dann vor der Wahl: entweder damit klarkommen, schlechte Arbeit zu leisten und eine Scheiß-Egal-Mentalität entwickeln, oder [uns] langfristig kaputt zu arbeiten. Das [Erste, SH] schaffen viele [aber] nicht und entscheiden sich am Ende für Letzteres, weil die Identifikation mit dem Job dann doch noch sehr hoch ist.“ (Plogshagen 2023: 9) Die Parallelen zum Pflegebereich sind unverkennbar.

volles, inhaltliches Arbeitshandeln überhaupt ermöglichen, ja: denkbar machen. Eine viel zu knappe Personaldecke, mangelnde technische Ausstattung, Ermüdung durch viel zu lange Arbeitszeiten oder ständig wechselnde, kaum mehr vorhersehbare Aufgaben verhindern gute gesellschaftliche Arbeitsergebnisse. Oder aber diese können nur noch um den Preis realisiert werden, „sich selbst kaputt zu machen“, wie der Zusteller in Fußnote 19 sagt (und auch hierfür ist das Krankenhaus, wo sich die Beschäftigten die „Hacken abrennen“, ein Paradebeispiel). Soziale Rechte sind also nötig zur Schaffung von solchen Arbeitsbedingungen, die arbeitsinhaltliches, sozial und gesellschaftlich verantwortungsvolles Arbeiten erlauben. Und sie machen dort, wo diese Bedingungen profitlogisch unterminiert werden, (alltags-)politische Interventionen seitens der Arbeiter:innen nötig und möglich: Versammlungen können einberufen, Erfahrungsaustausch organisiert, Streiks oder andere Kampfmaßnahmen besprochen und konkret vorbereitet werden – auch das haben wir in der Krankenhausbewegung exemplarisch gesehen. Selbstredend stellt sich dabei immer auch die Frage, was überhaupt hergestellt, gearbeitet werden soll – viele warenförmigen Produkte und Dienstleitungen sind in ihrem gesellschaftlichen Sinn höchst fragwürdig.

Aber das (alltags-)politische Ringen um eine nichtkapitalistische, sozial (und ökologisch) verantwortungsvolle und sorgende Ausrichtung von Arbeit und Produktion findet nicht allein jenseits kapitalistischer Lohnarbeit statt, sondern, wie gezeigt, auch in ihrem Herzen selbst. Es ist ein widersprüchliches, zugleich von der Verwertungslogik und also von vielen Rückschlägen und Frustrationen durchzogenes Ringen, ein „In-Against“. Dieses gilt es wahrzunehmen und mit den („reproduktiven“) Kämpfen außerhalb der (Lohn-)Arbeit zusammenzuführen, um ein „Beyond“ der kapitalistischen Logik voranzubringen. Die räumlichen Dimensionierungen der entsprechenden Auseinandersetzungen um einen qualitativen und sozialökologischen Begriff von Arbeit und (Re-)Produktion sind dabei Teil der inhaltlichen Auseinandersetzungen. Nur mit einer Neuetaблиerung wirkungsvoller sozialer Rechte auf allen Scales, inklusive der globalen, können sich (Lohn-)Arbeiter:innen global, das heißt mit Bezug auf das Ensemble der sozialräumlichen Reichweiten unserer Vergesellschaftung, als sozial-ökologisch sinnhaft und verantwortlich Arbeitende konstituieren und ein Überschreiten kapitalistischer Logiken (mit) vorantreiben.

Literatur

Ahmed, W. (2012), From Militant Particularism to Anti-Neoliberalism? The Anti-Enron Movement in India, in: *Antipode* 44(4), S. 1059–1080.

- Andrijasevic, R. (2021), 'Just-in-Time Labour': Time-Based Management in the Age of On-Demand Manufacturing. In: Andrijasevic, R./Chen, J./Gregg, M./Steinberg, M. (Hg.), *Media and Management*, Minneapolis MN: University of Minnesota Press, S. 31–63.
- Artus, I./Birke, P./Kerber-Clasen, S./Menz, W. (2017), *Sorge-Kämpfe. Auseinandersetzungen um Arbeit in sozialen Dienstleistungen*, Hamburg: VSA.
- Auffenberg, J./Becka, D./Evans, M./Kokott, N./Schleicher, S./Braun, E. (2022), *Ich pflege wieder, wenn ...' – Potenzialanalyse zur Berufsrückkehr und Arbeitszeitaufstockung von Pflegefachkräften*, Bremen, <https://www.arbeitnehmerkammer.de/downloads.html#dlpflege.dlwissenschaftlichestudien> (letzter Abruf am 23.3.2024).
- Belina, B. (2006), Besprechung von Andrew Herod & Melissa W. Wright (Hg.), *Geographies of Power*, Oxford 2002, in: *Geographische Revue* 8(1), S. 70–75.
- Belina, B./Michel, B. (2007), *Raumproduktionen: Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bieling, H./Schulten, T. (2001), *Competitive restructuring and industrial relations within the European Union: Corporatist involvement and beyond?* WSI-Discussion Paper, https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/23422/ssoar-2001-bieling_et_al-competitive_restructuring_and_industrial_relations.pdf;sequence=1 (letzter Abruf am 4.11.2023).
- Birke, P./Henninger, M. (2010), Continuum of Struggle – Continuum of Defeat?, in: *Sozial. Geschichte Online* 2, S. 173–180.
- Butollo, F. (2019), Die Hölle friert zu. Machtressourcen und Organizing bei Ryanair, in: Ludwig, C./Simon, H./Wagner, A. (Hg.), *Entgrenzte Arbeit, (un-)begrenzte Solidarität. Bedingungen und Strategien gewerkschaftlichen Handelns im flexiblen Kapitalismus*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 176–195.
- Castel, R. (1996), Work and Usefulness to the World, in: *International Labour Review* 135(6), S. 615–622.
- Coe, N. M., & Yeung, H. W. C. (2015). *Global production networks: Theorizing economic development in an interconnected world*. Oxford University Press.
- Cumbers, A. (2015), Constructing a Global Commons In, Against and Beyond the State, in: *Space and Polity* 19(1), S. 62–75.
- Czirfusz, M. (2023). *The battery boom in Hungary: Companies of the value chain, outlook for workers and trade unions*. Budapest: Friedrich-Ebert-Stiftung Office Budapest.
- Das, R. J. (2012), From Labor Geography to Class Geography: Reasserting the Marxist Theory of Class, in: *Human Geography* 5(1), S. 19–35.
- Erne, R. (2015), A Supranational Regime that Nationalizes Social Conflict: Explaining European Trade Unions' Difficulties in Politicizing European Economic Governance, in: *Labor History* 56(3), S. 345–368.
- Featherstone, D. (2005), Towards the Relational Construction of Militant Particularisms: Or Why the Geographies of Past Struggles Matter for Resistance to Neoliberal Globalisation, in: *Antipode* 37(2), S. 250–271.

- Fratzscher, M. (2023), „Wir werden große Arbeitskämpfe erleben“. Tarifaabschluss im öffentlichen Dienst: Kommunen wie Beschäftigten ist wenig geholfen. Interview von David Maiwald, in: *Junge Welt* v. 29.4.2023, S. 3.
- Gibson-Graham, J. K. (2002), Beyond Global vs. Local: Economic Politics Outside the Binary Frame, in: Herod, A./Wright, M. (Hg.), *Geographies of Power: Placing Scale*, Oxford: Blackwell, S. 25–60.
- Habermann, F. (2009), *Halbinseln gegen den Strom: Anders leben und wirtschaften im Alltag*, Königstein im Taunus: Ulrike Helmer.
- Harvey, D. (1989), *The Urban Experience*, Oxford: Blackwell.
- (1995), Militant Particularism and Global Ambition: The Conceptual Politics of Place, Space, and Environment in the Work of Raymond Williams, in: *Social Text* No. 42 S. 69–98.
- Heinrich, M. (2005), *Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung*, 3. Aufl., Stuttgart: Schmetterling.
- Helms, G./Cumbers A. (2006), Regulating the New Urban Poor: Local Labour Market Control in an Old Industrial City, in: *Space & Polity* 10(1), S. 67–86.
- Herod, A. (1997), From a Geography of Labor to a Labor Geography: Labor's Spatial Fix and the Geography of Capitalism, in: *Antipode* 29(1), S. 1–31.
- (2001), *Labor Geographies: Workers and the Landscapes of Capitalism*, New York: Guilford Press.
- (2010), *Scale*, London/New York: Routledge.
- Hien, W. (2014), Leiblichkeit – eine ebenso elementare wie schwierige Kategorie einer kritischen Theorie des Subjekts, in: *Grundrisse* 51(3), S. 4–15.
- Holloway, J. (2002), *Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- (2010), *Crack Capitalism*, New York: Pluto Press.
- Holzkamp, K. (1979), Zur kritisch-psychologischen Theorie der Subjektivität I, in: *Forum Kritische Psychologie* 4(1), S. 10–54.
- Hürtgen, S. (2014), Labour as a Transnational Actor, and Labour's National Diversity as a Systematic Frame of Contemporary Competitive Transnationality, in: *Capital & Class* 38(1), S. 211–223.
- (2015), Globale Produktion und lokale Fragmentierung. Bedingungen gewerkschaftlicher Solidarität, in: Bormann, S./Jungehülzig, J./Bian, S./Hartung, M./Schubert, F. (Hg.), *Last call for solidarity*, Hamburg: VSA, S. 70–84.
- (2017), Der subjektive gesellschaftliche Sinnbezug auf die eigene (Lohn-) Arbeit. Grundlage von Ansprüchen auf Gestaltung von Arbeit und Gesellschaft, in: Aulenbacher, B./Dammayr, M./Dörre, K./Menz, W./Riegraf, B./Wolf, H. (Hg.), *Leistung und Gerechtigkeit. Das umstrittene Versprechen des Kapitalismus*, Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 210–227.
- (2019), The Competitive Architecture of European Integration: European Labour Division, Locational Competition and the Precarization of work and life, in: Schmalz,

- S./Sommer B. (Hg.), *Confronting Crisis and Precariousness: Organised Labour and Social Unrest in the European Union*, London: Roman & Littlefield, S. 33–52.
- (2020), Labour-process-related Racism in Transnational European Production: Fragmenting Work Meets Xenophobic Culturalisation among Workers, in: *Global Labour Journal* 11(1), S. 18–33.
 - (2021a), Globale Produktion und Dauerkrise in der Arbeitswelt, in: Wissenschaftlicher Beirat von Attac (Hg.), *Das Chaos verstehen: Zeitdiagnosen aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac*, Hamburg: VSA, S. 117–133.
 - (2021b), Precarization of Work and Employment in the Light of Competitive Europeanization and the Fragmented and Flexible Regime of European Production, in: *Capital & Class* 45(1), S. 71–91.
 - (2022a), Gesellschaftliche Arbeit und soziale Demokratie: Der alltagspolitische Diskurs zu ‘Systemrelevanz’ als Auseinandersetzung um eine sozialökologische Politik der Arbeit, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 52(1), S. 97–115.
 - (2022b), Globale Produktion, Dauerkrise in der Arbeitswelt und strukturell erschöpfte Subjekte, in Burghardt D./Krebs, M. (Hg.), *Verletzungspotenziale. Kritische Studien zu Vulnerabilität im Neoliberalismus*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 111–128.
 - (2022c), Ökologie als Klassenkampf? Arbeit, Subjekt und Politiken der Erschöpfung, in: Bruschi, V./Zeiler, M. (Hg.), *Das Klima des Kapitals: Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Ökonomiekritik*, Berlin: Dietz, S. 93–107.
- Jessop, B./Brenner N./Jones M. (2008), Theorizing Sociospatial Relations, in: *Environment and planning D: society and space* 26(3), S. 389–401.
- Jordhus-Lier, D. (2014), Fragmentation Revisited: Flexibility, Differentiation and Solidarity in Hotels, in: Underthun, D./Underthun, A. (Hg.), *A Hospitable World? Organising Work and Workers in Hotels and Tourist Resorts*, London: Routledge, S. 39–51.
- Labournet (2023), Schon wieder Gate Gourmet! Nach teurer Niederlage um Arbeitsbedingungen nun Schikanen gegen Betriebsräte bei Gate Gourmet Frankfurt, <https://www.labournet.de/?p=198867> (letzter Abruf 29.4.2023).
- McDowell, L. (2001), Linking Scales: or How Research About Gender and Organizations Raises New Issues for Economic Geography, in: *Journal of Economic Geography* 1(2), S. 227–250.
- Peck, J. (2018), Pluralizing Labor Geography, in: Clark, G. L./Feldman, M. P./ Gertler, M. S./Wójcik, D. (Hg.), *The New Oxford Handbook of Economic Geography*, Oxford: Oxford University Press, S. 465–484.
- (1996), *Workplace. The Social Regulation of Labor Markets*, New York: Guilford Press.
- Perriguer, E. (2023), Griechische Tragödie, in: *Le Monde diplomatique* v. 11.5.2023, S. 21.
- Plogshagen, F. (2023), ... oder sich langfristig kaputt zu arbeiten. Interview mit Felix Plogshagen, Zusteller, Vertrauensperson und Betriebsratsmitglied in einer westdeutschen Stadt, in: *Express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit* 61(2), S. 9.

- Russell, B. (2019), Beyond the Local Trap: New Municipalism and the Rise of the Fearless Cities, in: *Antipode* 51(3), S. 989–1010.
- Straub, D. (2023), Meloni hofft auf Migration, in: *Frankfurter Rundschau* v. 21.7.23, S. 6.
- Swyngedouw, E. (1997a), Neither global nor local: „Glocalization“ and the politics of scale, in: Cox, K. (Hg.), *Spaces of globalization. Perspectives on Economic Change*, New York: Longman, S. 137–166.
- (1997b), Excluding the Other: The Production of Scale and Scaled Politics, in: Lee, R./Wills, J. (Hg.), *Geographies of Economies*, London: Arnold, S. 167–176.
- (2000), Elite Power, Global Forces and the Political Economy of ‘Glocal’ Development, in: Clark, G./Gertler M./Feldman M. (Hg.), *The Oxford Handbook of Economic Geography*, New York: Oxford University Press, S. 541–558.
- Syrovatka, F. (2016), Nuit Debout: Frankreich gerät in Bewegung! in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 46(2), S. 317–323.
- Werneke, F. (2023), Tarif für öffentlichen Dienst. Kompromisse bei Laufzeit und unteren Einkommen. Interview v. Sylvia Engels, *Deutschlandfunk*, 24.4.2023, <https://www.deutschlandfunk.de/abschluss-tarifverhandlungen-interview-frank-werneke-vorsitzender-ver-di-dlf-f3f6892c-100.html> (letzter Abruf am 1.8.2023).

Stefan Schmalz

Globalisierung und gewerkschaftliche Machtressourcen: Neue Ansätze des transnationalen Organizing

Es ist zu einem Gemeinplatz geworden, dass die Globalisierung die Gewerkschaftsbewegung geschwächt habe. Allerdings sind dadurch auch neue Formen der transnationalen Organisierung entstanden. Im Artikel werden solche Keimformen transnationaler Gewerkschaftsmacht mit der Hilfe von Politische Ökonomie-Ansätzen und eines Machtressourcenansatzes diskutiert. Im Zentrum stehen hier die Global Union Federations. Diesen Gewerkschaftsorganisationen ist es durch transnationales Organizing gelungen, verschiedene räumliche Ebenen (Scales) zu verknüpfen und neue Machtressourcen zu erschließen.

1 Einleitung

Es ist zu einem Gemeinplatz geworden, dass die Globalisierung die Gewerkschaftsbewegung geschwächt habe. Die Globalisierung von Handel, Investitionen und der Finanzmärkte, so ein gängiges Argument, habe zu einem „Race to the Bottom“ (Tonelson 2002) bei den Arbeitsstandards geführt. Dieser globale Standortwettbewerb habe dazu beigetragen, dass weltweit um die niedrigsten Produktionskosten konkurriert werde und somit niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten und prekäre Beschäftigung gefördert würden. Ferner haben transnationale Konzerne (TNK) die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit stark verändert: Heute kontrollieren TNK globale Produktionsnetzwerke, die einen großen Teil des Welthandels umfassen. Outsourcing, Offshoring und Standortverlagerungen haben die Arbeiter:innenbewegung in ihren organisatorischen Hochburgen im Industriesektor geschwächt. Folglich haben Gewerkschaften an Stärke verloren, gerade in vielen Hochlohnländern ist die Mitgliederzahl stetig gesunken (Van der Linden 2015).

Allerdings sind mit der Globalisierung des Kapitalismus auch neue Formen des Arbeiter:innen-Internationalismus und der transnationalen Organisierung entstanden, um die Macht der multinationalen Konzerne einzuhegen. Diese neuen Ansätze umfassen die Zusammenarbeit mit transnationalen sozialen Be-

wegungen, globale gewerkschaftliche Kampagnen oder auch Versuche, entlang globaler Wertschöpfungsketten zu organisieren. Solche **strategischen Innovationen** haben zu Diskussionen über einen *New Labor Internationalism* geführt, „to distinguish trade unions’ contemporary efforts at cross-national cooperation from practices that prevailed before and during the Cold War“ (Brookes 2019: 5f.). Dieser *New Labor Internationalism* ist **weniger staatsorientiert** und wendet sich direkt gegen Konzerne und Arbeitgeber:innen.¹ Solche neuen Formen eines transnationalen *Organizing* wurden in verschiedenen wissenschaftlichen Abhandlungen untersucht (Evans 2010). Allerdings gab es auch Stimmen, die einen „false optimism of global labor studies“ (Burawoy 2010) kritisierten, denn aus einer globalen Perspektive befindet sich die Gewerkschaftsbewegung weiterhin in der Defensive.

Im Folgenden werden solche Keimformen transnationaler Gewerkschaftsmacht diskutiert. Dabei wird weniger auf die Entstehung neuer Arbeiter:innenbewegungen im globalen Süden hingewiesen, wie dies Beverly Silver (2005) in ihrer Studie *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870* getan hat, sondern es werden hier vor allem transnationale Gewerkschaftsakteur:innen dargestellt. Im Zentrum stehen hier die *Global Union Federations* (GUFs), die zu zentralen Akteurinnen eines transnationalen *Organizing* geworden sind. Auch wenn sie bereits im späten 19. oder frühen 20. Jahrhundert gegründet wurden, haben verschiedene GUFs im Rahmen des Globalisierungsschubs nach dem Kalten Krieg Mitglieder gewonnen und neue Kapazitäten aufgebaut, sodass sie heute TNK organisieren, Gewerkschaften im globalen Süden unterstützen und *International Framework Agreements* (IFAs) mit Konzernen aushandeln konnten (Croucher/Cotton 2009; Fichter/McCallum 2015; Brookes 2019; Ford/Gillan 2021). Eine Analyse dieser Organisationsprozesse ist gerade aus einer räumlichen Perspektive lohnend: Die Globalisierung hat die Macht der fordistischen, nationalstaatlich orientierten Industriegewerkschaften im globalen Norden zunächst geschwächt, indem sie lokales und nationalstaatlich orientiertes Gewerkschaftshandeln relativiert. Die Strategien der GUFs können demgegenüber als ein Ergebnis von Lernprozessen gelten, verschiedene räumliche Ebenen (*Scales*)

1 Es gibt auch Formen eines weniger staatsorientierten Labor Internationalism, die historisch weiter zurückreichen. Darunter zählt etwa die *Internationale Arbeiter:innen-Assoziation*, die ein Zusammenschluss anarcho-syndikalistischer Gewerkschaften ist und in den 1920er Jahren in einigen Ländern starke Mitgliedsorganisationen wie die spanische *Confederación Nacional del Trabajo* und die italienische *Unione Sindacale Italiana* hatte.

miteinander zu verknüpfen und damit neue Machtressourcen zu erschließen, so das zentrale Argument dieses Artikels.

Für den Artikel wurde deshalb folgender Aufbau gewählt:² Zunächst werden Globalisierungstheorien aus der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) mit dem Machtressourcenansatz in Verbindung gebracht, um die Schwächung der Gewerkschaften seit den 1990er Jahren zu erklären. Im zweiten Schritt wird die Entwicklung der GUFs und ihrer latenten Machtressourcen in den Bereichen Organisationsmacht, institutioneller Macht und gesellschaftlicher Macht dargestellt. Als Beispiel werden zwei Formen des erfolgreichen Organizing dargestellt, die als eventbasiertes und netzwerkorientiertes Organizing beschrieben werden.³ Beide Formen zeichnen sich dadurch aus, dass sie durch Kampagnen transnationale Räume erschließen. Zum Abschluss werden diese neuen Keimformen transnationaler Gewerkschaftsmacht diskutiert: Handelt es sich lediglich um eine Randerscheinung oder einen vielversprechenden Ansatz gewerkschaftlicher Erneuerung?

2 Politische Ökonomie der Globalisierung und Machtressourcenansatz

Seit den 1980er Jahren hat die Globalisierung die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit verschoben. Der neoliberale „Erdrutsch“ (Hobsbawm 2000: 403) wurde maßgeblich von neuen transnationalisierten Unternehmen, neoliberalen Regierungen (u.a. die Regierungen Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA) sowie verschiedenen Global-Governance-Institutionen (*Internationaler Währungsfonds*, *Weltbank* und *Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT)/World Trade Organization (WTO)*) vorangetrieben. Verschiedene Wissenschaftler:innen haben herausgearbeitet, dass sich seitdem die Raumordnung des globalen Kapitalismus verändert hat (Sassen 1991; Harvey 2002) und die nationale Regulierungsebene geschwächt wurde. Auf diese Weise

-
- 2 Der Artikel baut auf eine englischsprachige Publikation (Schmalz u.a. 2021) und einem Vortrag zum Thema „Globalisierung und gewerkschaftliche Machtressourcen“ auf, den ich am 30.4.2022 auf der Konferenz „Gewerkschaften und Machtressourcen in der großen Transformation“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena gehalten habe. Ich bin dankbar für die Unterstützung von Benny Ostaschinski bei der Erstellung des Manuskripts.
 - 3 Unter Organizing wird dabei nicht nur die bloße Mitgliedergewinnung verstanden, sondern der Aufbau von Handlungsmacht und Selbstorganisation der Beschäftigten auf der lokalen Ebene (Feller/Conrow 2017: 6).

wurden Klassenkompromisse auf nationaler Ebene aufgekündigt, nationales Arbeitsrecht untergraben und Gewerkschaften unter Druck gesetzt. Die veränderten räumlichen Hierarchien bei der Regulierung von Arbeit lassen sich an dem verdeutlichen, was Stephen Gill (1998) als „New Constitutionalism“ bezeichnet hat: Mit der Gründung der WTO 1995 und der Implementierung von regionalen und bilateralen Freihandels- und Investitionsabkommen wie dem *North American Free Trade Agreement* (NAFTA) 1994 wurden neue supranationale Regeln etabliert. Diese trugen zu einer Vermarktlichung (Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung) und Schwächung von Arbeitsstandards auf der nationalen Ebene bei. Hierbei spielten TNK eine Schlüsselrolle, die sich für supranationale Regeln wie *Investor-state dispute settlement mechanisms* einsetzten, die Unternehmen gegenüber Staaten und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen systematisch begünstigen (Schneiderman 2000). Die Liberalisierung von Handel und Investitionen machte zudem Standortverlagerungen in Niedriglohnländer einfacher und baute somit zusätzlichen Druck auf Gewerkschaftsgliederungen bei lokalen Standorten von Produktionsunternehmen in Hochlohnländern auf. Diese Asymmetrien zwischen Kapital und Arbeit wurden durch weitere Aspekte des Globalisierungsprozesses verstärkt: Die Deregulierung des Finanzsektors trug etwa dazu bei, dass die Shareholder-Value-Orientierung oft Rationalisierungsdruck auf betrieblicher Ebene ausübte und den Handlungsspielraum von Gewerkschaften und Betriebsräten einengte (Massa-Wirth 2007).

Wie können diese Veränderungen in der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit besser verstanden werden? Einen Ansatzpunkt hierfür bildet der Machtressourcenansatz. Dem Ansatz zufolge können Lohnabhängige kollektiv Machtressourcen mobilisieren und hierdurch das asymmetrische Kapital-Arbeits-Verhältnis korrigieren. Diese *strukturelle Macht* der Lohnabhängigen bezieht sich auf deren Stellung im Wirtschaftssystem (Wright 2000; Silver 2005: 30ff.). Ihr zugerechnet werden Produktions- und Marktmacht. Über die Mobilisierung von *Produktionsmacht* – beispielsweise durch Streiks – wird in den Produktionsprozess eingegriffen, es werden Kosten für Unternehmer:innen verursacht und Zugeständnisse erzwungen (Brinkmann u.a. 2008: 27). *Marktmacht* wiederum ergibt sich aus der Struktur des Arbeitsmarktes. Sie resultiert beispielsweise aus dem „Besitz seltener Qualifikationen, [...] geringer Arbeitslosigkeit“ und der „Fähigkeit, sich vollständig vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen und von anderen Einkommensquellen zu leben“ (Silver 2005: 30ff.). *Organisationsmacht* wird von kollektiven Akteur:innen mobilisiert. Hierzu zählen Gewerkschaften, Betriebsgruppen und auch politische Parteien, wobei die Gewerkschaften historisch eine Schlüsselrolle bei der Interessenvertretung von Lohnabhängigen wahrnehmen.

Ein zentrales Kriterium für eine hohe Organisationsmacht ist die Mitgliederzahl, aber auch andere Faktoren wie Infrastrukturressourcen oder eine aktive Mitgliederbeteiligung sind von Bedeutung (Lévesque/Murray 2010; Schmalz/Dörre 2014). *Institutionelle Macht* ist das Resultat von Kämpfen und Aushandlungsprozessen, in denen strukturelle Macht und Organisationsmacht mobilisiert wurden. Institutionen können als soziale Basiskompromisse über ökonomische Konjunkturen und Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse hinweg Bestand haben (Brinkmann u.a. 2008: 25; Dörre 2010: 876). Institutionelle Macht kann in diesem Sinn in Verfassungsregelungen, Gesetzen oder den etablierten Institutionen der industriellen Beziehungen verankert sein. *Gesellschaftliche Macht* resultiert aus tragfähigen Kooperationszusammenhängen mit anderen sozialen Gruppen und Organisationen sowie der Unterstützung der Gesellschaft für gewerkschaftliche Forderungen (Schmalz/Dörre 2014). Es existieren zwei Subtypen gesellschaftlicher Macht: *Kooperationsmacht* wird über Netzwerke zu anderen gesellschaftlichen Akteur:innen, über gemeinsame Mobilisierungen, Kampagnen und Aktionen entfaltet. *Diskursmacht* baut auf die Meinungsführerschaft zu gewerkschaftlich relevanten Themen in öffentlichen Debatten, mit der beispielsweise Gerechtigkeitsnormen beeinflusst werden können.

Der Globalisierungsprozess hat die gewerkschaftlichen Machtressourcen auf nationaler Ebene maßgeblich verändert (Schmalz/Webster 2024): Die strukturelle Macht der Lohnabhängigen ist am deutlichsten gesunken. Die Marktmacht wurde durch die Erschließung neuer Märkte in Ostasien, in Indien und den ehemaligen Ostblockländern geschwächt. Durch die Liberalisierung kam es zu einem „Great Doubling“ (Freeman 2010) der Lohnabhängigen; ihre Anzahl auf dem Weltmarkt verdoppelte sich von 1,46 auf 2,93 Milliarden Menschen. Auch die Produktionsmacht der Beschäftigten wurde geschwächt. Neben der Shareholder-Value-Orientierung löste vor allem die Weltmarktkonkurrenz einen „Race to the Bottom“ (Tonelson 2002) bei den Arbeits- und Sozialstandards aus. Durch diese Situation veränderte sich auch die institutionelle Macht: Nicht nur supranationale Regelwerke griffen in die nationale Gesetzgebung ein. Auch institutionelle Machtressourcen auf betrieblicher Ebene (Mitbestimmung) wurden durch den zunehmenden Wettbewerbsdruck geschliffen. Dieser Umbruch äußerte sich auch in der gesellschaftlichen Macht: Die Diskursmacht wurde durch vermeintliche Sachzwänge eingeengt. Der von Margaret Thatcher 1980 eingeführte Slogan „There is no Alternative“ (TINA) wurde in den darauffolgenden Jahrzehnten transnational zur Rhetorik neoliberaler Regierungsweisen. Viele Gewerkschaften haben sich diesem TINA-Prinzip untergeordnet, indem sie zeitweise Privatisierungen oder Arbeitsmarkderegulierungen mittrugen. All dies

führte zu einer Schwächung der gewerkschaftlichen Organisationsmacht: Die kontinuierlichen Mitgliederverluste trugen zu einem Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrads in den wichtigsten Industrieländern bei, während sich in dem aufstrebenden Industriestandort China mit seinem mächtigen, autoritären Parteistaat keine unabhängigen Gewerkschaften entwickelten. Weltweit belief sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad im Jahr 2014 nur noch auf etwa 7 % (Van der Linden 2016: 203). Folglich führte die politische Ökonomie der Globalisierung zu einer Schwächung gewerkschaftlicher Machtressourcen. Damit verbundene strategische Probleme zeigen sich in der Beziehung unterschiedlicher Scales gewerkschaftlichen Handelns. Gewerkschaftliche Machtressourcen waren vor allem auf der nationalen Ebene mobilisierbar und wurden durch den Globalisierungsprozess geschwächt. Gleichzeitig existierten zunächst keine transnationalen gewerkschaftlichen Akteur:innen oder supranationale Institutionen, die Arbeitsstandards wirksam durchsetzen konnten: Das Narrativ des unvermeidlichen Niedergangs der Arbeiter:innenbewegung war geboren.

3 Der Aufstieg neuer Akteur:innen: Die Neugründung der Global Union Federations

Die Erzählung eines gewerkschaftlichen Niedergangs in Zeiten der Globalisierung wurde jedoch von verschiedenen Wissenschaftler:innen in Frage gestellt (Silver 2005; Huke u.a. 2015; Schmalz/Webster 2024). So haben etwa Arbeitsgeograph:innen betont, dass die organisierte Arbeiter:innenschaft auch eine räumliche Akteurin ist und dass sie nicht nur ihre eigene Geschichte macht, sondern auch „their own geographies, though likewise not under the conditions of their own choosing“ (Herod 2003: 113). In anderen Worten: Gewerkschaften agieren zwar in einem institutionellen Umfeld, das Kapitalinteressen begünstigt und stehen mit TNK mächtigen Akteuren gegenüber, aber sie verändern durch ihr Handeln gleichzeitig auch die globale politische Ökonomie. Es existieren viele Beispiele, bei denen es gewerkschaftlichen Akteur:innen gelungen ist, Beschäftigte entlang von transnationalen Wertschöpfungsketten zu organisieren oder verbindliche Arbeitsstandards mit transnationalen Konzernen oder für Handelsabkommen auszuhandeln (Riisgaard 2009; Helfen/Fichter 2013; McCallum 2013; Bieler u.a. 2015). Hierbei ist es meist zentral, dass Gewerkschaften unterschiedliche Scales – insbesondere die lokale und globale Ebene – zusammenbringen. Diese Strategien hängen jedoch oft von den jeweiligen Wirtschaftssektoren wie Transport und Logistik, Industrieproduktion oder Bauwesen ab, wo sie unterschiedliche „Konfigurationen von Machtressourcen“ (Lehndorff

u.a. 2017: 15) vorfinden. Diese Konfigurationen können für kollektives Handeln mobilisiert werden: Beispielsweise können enge Fristen in der Bauindustrie zu einer hohen strukturellen Lohnabhängigenmacht führen, da Arbeitsniederlegungen kostspielig sind und die Unternehmen in vielen Fällen die große Zahl protestierender Arbeitnehmer:innen nicht schnell ersetzen können.

Eine der bemerkenswerten Veränderungen bei der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Umfeld der Globalisierung ist die Entstehung von GUFs in den 1990er Jahren als transnationale Akteurinnen. Auch wenn die GUFs kein neues Phänomen sind und einige von ihnen bereits im späten 19. Jahrhundert (*International Transport Workers' Federation* (ITF), 1896) oder zu Beginn des 20. Jahrhunderts (*Public Services International* (PSI), 1907) gegründet wurden, kam es erst in den 1990er Jahren zu einem „paradigm shift in GUF activities from ‘cautious lobbying’ [...] in international organizations and institutions (World Bank, IMF, WTO) to engaging transnational corporations directly“ (Fichter/McCallum 2015: 69). Dieser Umbruch erfolgte aus verschiedenen Gründen: Erstens haben sich die GUFs, die lange Zeit westliche Organisationen mit Sitz in der EU waren, nach dem Ende des Kalten Krieges rasch globalisiert. Sie gewannen viele neue Mitglieder und wurden damit in ihrer Organisation globaler (Croucher/Cotton 2009: 39ff.). Die GUFs konnten insbesondere in Weltregionen neue Mitglieder gewinnen, in denen es zuvor keine unabhängigen Gewerkschaften gab (postsowjetische Staaten) oder in denen Gewerkschaften mit Repression konfrontiert waren (Naher Osten). Zweitens trug der Aufstieg transnationaler Unternehmen dazu bei, dass die Gewerkschaften neue Strategien entwickelten, um der zunehmenden Globalisierung des Kapitals entgegenzutreten. Die GUFs begannen nun, ihr Recht als globale Gewerkschaftsorganisationen einzufordern, mit den TNK über Arbeitsstandards und Löhne zu verhandeln (Fichter/McCallum 2015: 6). Dies wurde durch eine dritte strategische Änderung ermöglicht. In den 1990er Jahren trennten die *International Confederation of Free Trade Unions* (ICFTU) und später die *International Trade Union Confederation* (ITUC) und die GUFs ihre Zuständigkeiten und Arbeitsbereiche klar voneinander. Die ICFTU/ITUC operiert seitdem als Organisation, die die nationalen Gewerkschaftsdachverbände vertritt und sich auf die Lobbyarbeit für soziale Anliegen und Arbeitsnormen in internationalen Organisationen konzentriert. Die GUFs hingegen organisieren nun die Einzelgewerkschaften und fokussieren auf transnationale Kampagnen und Verhandlungen mit TNK (Fairbrother/Hammer 2005: 414).

Konkret lassen sich derzeit drei wichtige Handlungsfelder der GUFs beobachten: Erstens verhandeln die GUFs International Framework Agreements (IFAs) mit TNK (Haipeter u.a. 2023). Diese Vereinbarungen legen einheitliche

Arbeits- und Sozialstandards für ein Unternehmen fest, unabhängig davon, wo es auf der Welt tätig ist. Die IFAs zielen insbesondere auf die Stärkung sozialer Rechte in Niedriglohnländern mit einer schwachen Arbeitsgesetzgebung. Sie sind eine Keimform globaler Arbeitsbeziehungen, die privatwirtschaftlich organisiert sind (zwischen Konzernen und GUFs) und sich auf die Kernarbeitsnormen der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) beziehen. Seitdem das erste IFA im Jahr 1988 zwischen der *International Union of Foodworkers* und *Danone* unterzeichnet wurde, hat die Zahl solcher Abkommen erheblich zugenommen. Heute existieren mehr als 300 IFAs. Die IFAs sind eine schwache Form supranationaler institutioneller Macht, da ihre Durchsetzung letztlich von lokalem Gewerkschaftshandeln abhängt (Sydow u.a. 2014).

Das zweite Handlungsfeld folgt der gewerkschaftlichen „Einflusslogik“ (Schmitter/Streeck 1999: 30) und basiert auf der Kooperation mit der ITUC. Es geht darum, Verstöße gegen die ILO-Kernarbeitsnormen in Kampagnen anzuprangern und so das nationale Arbeitsrecht in einzelnen Ländern zu verändern. Die GUFs weisen den Arbeitgeber:innen und dem Staat die Schuld für derartige Missstände zu und üben internationalen Druck aus. In jüngster Zeit gab es verschiedene Beispiele für solche Kampagnen, wie die internationalen Aktivitäten gegen den Staatsstreich in Myanmar 2021, an denen mehrere Gewerkschaften wie die *UNI Global Union* beteiligt waren, oder die Kampagne gegen Arbeitsrechtsverletzungen auf den Baustellen bei der Fußballweltmeisterschaft 2022 in Katar, bei der die *Building and Wood Workers' International* (BWI) die zentrale Rolle spielte. Die Kampagnen basieren auf der gesellschaftlichen Macht der GUFs: Sie bauen Koalitionsmacht in der Zusammenarbeit mit Labor-NGOs und sozialen Bewegungen auf und mobilisieren Unterstützung im Kampf gegen soziale Missstände (Diskursmacht).

Das dritte Handlungsfeld ist die transnationale Organisierung und das Engagement in lokalen Kämpfen gemeinsam mit den GUF-Mitgliedsorganisationen (McCallum 2013; Schmalz u.a. 2021). In vielen Fällen unterstützen die GUFs lokale Kämpfe mit Ressourcen, Personal und Kampagnenaktivitäten. Diese Auseinandersetzungen richten sich in der Regel gegen unternehmerisches Fehlverhalten und gegen schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne. Im Rahmen des Projekts „Trade Unions and Transformation“⁴⁴ konnten mehrere erfolgreiche, von

4 Das Projekt *Trade Unions in Transformation* wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert und umfasste in der ersten Förderphase 26 Fallstudien zu Prozessen gewerkschaftlicher Erneuerung weltweit. Etwa elf Studien bezogen sich auf die Arbeit verschiedener GUFs wie ITF, BWI oder UNI Global Union: vgl. <https://www.fes.de/>

den GUFs unterstützte Kämpfe analysiert werden, wie etwa der von der ITF unterstützte Kampf der türkischen Gewerkschaft der Straßentransportarbeiter:innen (TÜMTİS) gegen die transnationalen Logistikunternehmen *DHL* und *UPS* (Birelma 2018; Fichter u.a. 2018). Die transnationale Organisation basiert auf unterschiedlichen Machtressourcen, insbesondere auch der Organisationsmacht der GUFs.

Zusammengefasst ist die Wandlung der GUFs eine Reaktion auf den neoliberalen Globalisierungsprozess. Die GUFs wählten neue Handlungsrepertoires in einem sich wandelnden globalen Umfeld. Anders als nationale Mitgliedsgewerkschaften verfügen sie über keinerlei strukturelle Macht. Sie verkörpern vielmehr eine Form von schwacher supranationaler Organisationsmacht, können aber koordinierend wirken und so die Machtressourcen ihrer Mitgliedsorganisationen mobilisieren. Hinzu kommt ihre Fähigkeit, rudimentäre supranationale institutionelle Macht durch IFAs aufzubauen. Ihre eigentliche Stärke besteht allerdings darin, dass sie transnationale Akteurinnen sind und auf diese Weise unterschiedliche räumliche Ebenen des Gewerkschaftshandelns miteinander verbinden. Ford/Gillan (2021) beschreiben die Lohnabhängigenmacht der GUFs darum auch als multi-skalar „both in the sense that conflict can play out on multiple scales simultaneously and in the sense that actors can act strategically to shift their engagement with other actors to different scales“ (ebd.: 4; vgl. auch Brookes 2013). Dabei kombinieren sie in globalen Kampagnen „different kinds of power resources simultaneously at different scales“ (Ford/Gillan 2021: 4). Dies kann durch Engagement in supranationalen Institutionen (supranationale institutionelle Macht), durch internationale Kampagnen (gesellschaftliche Macht), die Mobilisierung von lokalen Gewerkschaftsgliederungen (strukturelle und Organisationsmacht) und damit verbunden der Nutzung der nationalen Gesetzgebung (institutionelle Macht) geschehen.

4 Zwei Formen des transnationalen Organizing

Wie die GUFs jedoch Lohnabhängigenmacht aufbauen und strategisch nutzen, unterscheidet sich in einzelnen Kampagnen recht weitgehend. Es existieren verschiedene „pathways of transnational activism“ (Zajak 2017), die auf branchenspezifischen „Konfigurationen von Machtressourcen“ (Lehndorff u.a. 2017: 15)

themenportal-gewerkschaften-und-gute-arbeit/gewerkschaften-international/trade-unions-in-transformation. Der Autor war Mitglied des internationalen Steering-Committees des Projekts.

aufsetzen. Dabei lassen sich idealtypisch zwei unterschiedliche Formen des Organizing unterscheiden, die jeweils unterschiedliche Machtressourcen mobilisieren. So haben etwa die BWI und die ITF branchenspezifische Organizing-Strategien entwickelt. Diese können als eventbasiertes und netzwerkorientiertes Organizing beschrieben werden.

Die BWI hat mehr als 356 Mitglieder in 127 Staaten (2017). Sie ist aus einem Zusammenschluss der *International Federation of Building and Wood Workers* (IFBWW) und der *World Federation of Building and Wood Workers* (WFBW) im Jahr 2005 hervorgegangen. Die globale Baubranche wird heute von verschiedenen TNK wie *Skansa* oder *Vinci* dominiert und ist stark von der Arbeitsmigration aus Niedriglohnländern abhängig. In den 2010er Jahren entwickelte die BWI eine neue punktuelle Organizing-Strategie für die globale Bauwirtschaft. Eines der Hauptbetätigungsfelder sind Organizing-Kampagnen bei internationalen Sportgroßereignissen wie den *Olympischen Spielen* und der *FIFA-Fußballweltmeisterschaft*. Für diese Veranstaltungen sind enorme Bautätigkeiten erforderlich, an denen zehntausende von Arbeitskräften beteiligt sind. Die damit einhergehenden Investitionen wälzen oftmals die Infrastruktur von größeren Metropolregionen um und haben meist einen milliardenschweren Umfang. Darüber hinaus ziehen derartige Mega-Sportveranstaltungen die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich. Dies führt zu einer speziellen Konfiguration von Machtressourcen: Kurz vor solchen Ereignissen steigt die strukturelle Macht der Bauarbeiter:innen für einen kurzen Zeitraum deutlich an, da die Fristen für die Fertigstellung der Bauwerke sehr eng sind. Ferner verfügen die lokalen Gewerkschaften über eine hohe Diskursmacht, da die internationale Zivilgesellschaft auf Verletzungen von Arbeitnehmer:innenrechten schnell aufmerksam wird und sensibel reagiert.

Seit den 2000er Jahren haben die BWI und andere GUFs erkannt, dass Mega-Sportveranstaltungen wie die *FIFA-Fußballweltmeisterschaft* und die *Olympischen Spiele* nicht nur große Investitionen von TNK in Stadien und Verkehrsinfrastruktur bedingen, sondern auch zur wirtschaftlichen Öffnung von Volkswirtschaften beitragen können. Die Gastgeber:innenländer sind dazu verpflichtet, den Investor:innen rechtliche Garantien wie Steuerbefreiungen für die umfangreichen Investitionen zu gewähren, müssen gleichzeitig aber keine Arbeitsstandards garantieren. Die BWI hat seit den *Olympischen Spielen 2004* in Athen kontinuierlich Kampagnen durchgeführt, um Arbeitsbedingungen im Vorfeld solcher Mega-Events zu verbessern und die Arbeiter:innen im Bausektor zu organisieren (Schmalz u.a. 2021). Im Vorfeld der *Olympischen Spiele in Athen 2004* koordinierten die GUFs zusammen mit verschiedenen NGOs erstmals eine „Play-Fair-Kampagne“, um internationale Arbeitsrechte für die Produktion von

Sportartikeln und die Arbeit auf den Baustellen und in den Stadien durchzusetzen (Timms 2012). Bei den Olympischen Spielen 2012 in London führte eine ähnliche Kampagne erneut zu positiven Ergebnissen wie etwa einer Vereinbarung zwischen den britischen Gewerkschaften und dem Organisationskomitee der Olympischen Spiele. Dieses Abkommen zielte unter anderem darauf, die Arbeitsbedingungen von Subunternehmer:innen zu beeinflussen. Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft (WM) 2010 in Südafrika gelang es durch die *Decent Work Towards and Beyond 2010 Campaign*, dass die FIFA die Gewerkschaften bei der Inspektion der Baustellen einband. Durch die Kampagne wurden Probleme bei den Arbeitsbedingungen in die Öffentlichkeit gebracht. Die WM in Südafrika wurde durch eine erfolgreiche Organizing-Kampagne begleitet, bei der zwischen 2006 und 2009 die Mitgliederzahlen in der Baubranche um insgesamt 39 % gesteigert werden konnten. Im Rahmen dessen wurde auch ein landesweiter Streik in der Branche durchgeführt, der zu einer Lohnsteigerung von 12 % beitrug. Ähnliche spektakuläre Erfolge konnten bei der FIFA-Fußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien erreicht werden: Hier wurden durch die umfangreichen Investitionen von über 8,3 Milliarden Reais in Stadien, Flughäfen und U-Bahn-Infrastruktur zeitweise über 330.000 zusätzliche Jobs vor der WM geschaffen; eine ähnliche Anzahl entstand im Vorfeld der Olympiade 2016 in Rio de Janeiro (Rombaldi 2017). Diese massiven Baumaßnahmen schufen ein günstiges Umfeld für Streiks, und die BWI brachte verschiedene Gewerkschaften zusammen, um im Rahmen einer Kampagne an zwölf WM-Austragungsorten Tarifverträge auszuhandeln, zwischen 2011 und 2014 kam es zu insgesamt 28 Streikaktionen. Die BWI hatte hier eine Funktion als Organisationsplattform für die (zersplitterten) lokalen Gewerkschaften; die Erfolge waren 2016 jedoch nicht mehr in gleicher Weise für die Olympischen Spiele in Rio de Janeiro wiederholbar, da die zwei örtlichen Baugewerkschaften (*Sitraicp and Sintraconst*) verfeindet waren und keine koordinierten Streik- und Organizing-Aktionen umsetzen konnten (Rombaldi 2017: 10f.). Problematischere Rahmenbedingungen fand die BWI bei den beiden Folge-WMs vor: In Russland 2018 erhielt die BWI keine Unterstützung von den russischen Staatsgewerkschaften, sodass es zu keiner wirksamen Kampagne kam. Bei der WM in Katar (2023) blieb es wiederum bei einer internationalen Kampagne für Arbeitsrechte, bei der die BWI zusammen mit der ITUC die Regierung in Katar unter Druck setzte und Reformen im nationalen Arbeitsrecht forcierte. Auch wenn hier einige Erfolge wie eine Implementierung von Mindestlöhnen erzielt wurden, kam es in Katar zu weitgehenden Verstößen gegen Arbeitsrechte. Presseberichte sprechen von bis zu 6.500 Toten auf den lokalen Baustellen im Jahrzehnt vor der WM 2023 (The Guardian 2021). Dies zeigt

relativ deutlich die Grenzen der neuen eventbasierten Organizing-Strategie der BWI: Während die Diskurs-, Organisations- und strukturelle Macht besonders erfolgreich durch die Kampagnen in Brasilien und Südafrika entfaltet wurden, wo lokale Gewerkschaften ihre zeitweilige hohe strukturelle Macht durch Streiks nutzten und ihre Organisationsmacht ausbauten, konnte in Ländern, in denen keine stabile gewerkschaftliche Organisationsmacht existierte, fast ausschließlich auf Diskursmacht gesetzt werden: Zwar gelang es, in Katar durch eine Kampagne das Arbeitsrecht zu reformieren und so die lokale institutionelle Macht zu stärken, aber die Durchsetzung der neuen Gesetzgebung blieb äußerst beschränkt.

Die netzwerkbasierte Organizing-Strategie der ITF baut auf eine andere Tradition, die historisch weit zurückreicht, denn die ITF hatte im Laufe ihrer Geschichte seit ihrer Gründung im Jahr 1896 immer wieder transnationale Solidaritätsnetzwerke von Transportarbeiter:innen geschaffen. So engagierte sich die ITF beispielsweise bereits bei der Unterstützung des antifaschistischen (Arbeiter:innen-)Widerstands in den 1930er und 1940er Jahren in Deutschland. Heute hat die ITF mehr als 700 Mitgliedsgewerkschaften in über 150 Ländern (2018). Die Transport- und Logistikbranche ist heute eine Leitbranche des flexiblen globalen Kapitalismus und eine Voraussetzung für die Just-in-Time-Produktion. Sie ist zudem für den internationalen Personenverkehr unerlässlich, der in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen hat. Die ITF engagiert sich daher nicht nur in den lokalen Kämpfen der Verkehrsgewerkschaften, sondern war seit den 1990er Jahren auch bei der Organisation erster transnationaler Gewerkschaftsnetzwerke im Verkehrssektor erfolgreich (zur Seeschifffahrt: Lillie 2005). Eine besondere Dynamik hat die Organizing-Aktivität der ITF in der Luftfahrtbranche erlangt. Diese Branche ist in den vergangenen Jahrzehnten rasant gewachsen, es haben sich verschiedene große Passagier-Airlines herausgebildet, die teils in strategischen Allianzen den Markt dominieren. Die ITF begann in der Luftfahrtbranche strategische Kampagnen aufzusetzen, um wichtige Fluggesellschaften gewerkschaftlich zu organisieren. Ermöglicht wurde dies nicht nur durch die hohe strukturelle Macht der Mitarbeiter:innen der Airlines, da die Flugbranche äußerst anfällig für Streiks ist, sondern auch dadurch, dass die hohe Mobilität der Beschäftigten in der Branche (wie von Flugbegleiter:innen oder Pilot:innen) transnationales Organizing erleichterten.

Zwei Beispiele sind hier erwähnenswert: Die lateinamerikanische Airline *LATAM* und die irische *Ryanair*, die beide durch niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und Union-Busting-Praktiken aufgefallen waren, wurden (zumindest zeitweise) erfolgreich organisiert. Eine Vorreiterrolle spielte das *ITF LATAM Union Network* (Red Sindical Latam ITF), das stark genug war, um

LATAM Airlines, die größte Fluggesellschaft Südamerikas, zu weitreichenden Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten zu zwingen (Feller/Conrow 2017). Im Jahr 2018 bot LATAM Passagierdienste in 24 Ländern und Frachtdienste in 29 Ländern an. Der Umsatz von LATAM belief sich auf rund 9,6 Milliarden US-Dollar, das Unternehmen beschäftigte etwa 47.000 Mitarbeiter:innen. Das LATAM-Netzwerk wurde 2006 ins Leben gerufen und umfasst heute 36 Gewerkschaften in sieben lateinamerikanischen Staaten. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft bei LATAM hatte sich im Jahrzehnt nach der Gründung verdreifacht. Das Netzwerk war erfolgreich dabei, Lernprozesse zwischen den Einzelgewerkschaften anzustoßen und lokale Auseinandersetzungen zu unterstützen. Ein Beispiel hierfür war die Auseinandersetzung der peruanischen Mechaniker:innen- und Techniker:innen-Gewerkschaft *Sitalanpe* für höhere Löhne im Jahr 2014, die durch das Netzwerk vorbereitet und durch andere LATAM-Gewerkschaften international mittels einer Kampagne unterstützt wurde; zudem verhinderte ITF den Einsatz von Streikbrecher:innen aus dem Ausland. Die Techniker:innen-Gewerkschaft setzte eine Lohnerhöhung von rund 50 % und feste Arbeitsverträge für alle Beschäftigten durch. Der Kampf der peruanischen Mechaniker:innen zeigte, dass es trotz der großen strukturellen Macht (angedrohte Arbeitsniederlegungen und -unterbrechungen) und der gesellschaftlichen Macht (internationale Kampagne) eine wesentliche Voraussetzung war, lokale Organisationsmacht aufzubauen und dabei die Konkurrenzlogik verschiedener Standorte zu durchbrechen. Das LATAM-Netzwerk wurde später zu einer Blaupause für weitere Gewerkschaftsnetzwerke: Insbesondere die Organisation von Ryanair folgte einem vergleichbaren netzwerkbasierten Organizing-Ansatz (Müller/Kilroy 2019; Boewe u.a. 2021). Der Umsatz der Airline belief sich 2018 auf 7,1 Milliarden US-Dollar, Ryanair verfügt über die weltweit größte Flotte im Low-Cost-Segment. Gleichzeitig machte das Unternehmen mit 1,7 Milliarden US-Dollar äußerst hohe Profite, was primär auf niedrigen Löhnen und Betriebskosten beruhte (Wilke u.a. 2016). Bei dem Billigflieger erhielten alle Beschäftigten irische Arbeitsverträge, die Regelungen wie eine fehlende Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ermöglichten – was in Deutschland zum Beispiel illegal ist. Die ITF spielte – zusammen mit ihrer europäischen Gliederung ETF – bei der Koordination von Arbeitskämpfen gegen Ryanair in mehreren europäischen Ländern in den Jahren 2017 und 2018 eine Schlüsselrolle: Sie betrieb eine umfangreiche Social-Media-Kampagne unter dem Hashtag *cabincrewunited*. Innerhalb von nur drei Monaten erreichte sie einen Großteil der Beschäftigten und ermöglichte so eine europaweite Vernetzung der Streikaktivitäten. In Deutschland konnte ver.di nach einer umfangreichen Organizing-Kampagne mit mehreren Streiks 2019

einen Tarifvertrag durchsetzen; auch in Großbritannien, Italien und Portugal unterzeichnete Ryanair ähnliche Verträge mit den Gewerkschaften, da, so Jeremy Anderson, Chef der strategischen Rechercheabteilung der ITF, „die Cabin Crew bei Ryanair das Potenzial für eine transnationale Klassenidentität hat – vielleicht mehr als jede andere Belegschaft in Europa“ (Boewe 2018). Allerdings zeigte die Pandemie auch die Grenzen des netzwerkbasierten Organizing-Modells von ITF: Die Krise der Luftfahrtbranche führte 2020 erneut zu Sozialdumping bei Ryanair (z.B. Kürzung von tariflichen Standards). Im Fall von LATAM kam es zur Unternehmensinsolvenz, die mit massiven Entlassungen und Lohnkürzungen einherging. Auch hat Ryanair mit *Malta Air* eine Tochter gegründet, um tarifliche Standards auszuhebeln; die Airline wird jedoch mittlerweile ebenfalls gewerkschaftlich organisiert.

Zusammengefasst: Der netzwerkbasierte Organisationsansatz von ITF war bei der Organisation von Fluggesellschaften erfolgreich, da er die lokale, nationale und regionale/supranationale Ebene zusammenführte und dadurch den internationalen Standortwettbewerb entschärfte und grenzüberschreitende Solidarität schuf. Dieser Ansatz stieß allerdings während der pandemiebedingten Krise der Luftfahrtbranche auch an Grenzen.⁵

5 Schlussfolgerung: Transnationales Gewerkschaftshandeln

Lange Zeit galt es als Tatsache, dass die Gewerkschaften strategisch dem Globalisierungsprozess und den damit veränderten Raumebenen wenig entgegenzusetzen haben. Die Schwächung der nationalen Ebene und der dort angesiedelten Machtressourcen erschwerten es den Gewerkschaften, geeignete Konzepte gegen Liberalisierung, Finanzialisierung und weltweite Standortkonkurrenz zu entwickeln. Doch mittlerweile haben sich Gewerkschaften selbst als transnationale Akteurinnen etabliert. Dabei sind insbesondere die GUFs (Global Union Federations) zu wichtigen Akteurinnen bei der transnationalen Organisation von Beschäftigten geworden. Ihnen ist es gelungen, verschiedene Formen der Verknüpfung lokaler Kämpfe mit globalem Gewerkschaftshandeln zu entwickeln.

Am Beispiel der BWI und der ITF wurden in diesem Artikel zwei Ansätze des transnationalen Organizing untersucht: Die BWI hat eine eventbasierte Form

5 Ein Punkt, der weiterer strategischer Orientierung bedarf, ist die ökologische Transformation der Luftverkehrsbranche: Ein positiver umweltpolitischer Effekt der Kampagnen ist sicherlich, dass es Dumpinglöhne als einen zentralen Pfeiler des klimaschädlichen Geschäftsmodells der Billigflieger untergräbt.

des Organizing entwickelt, die sich auf Mega-Sportevents wie die FIFA-Fußball-WM oder die Olympischen Spiele konzentriert. Die massiven Investitionen in den Sportstätten und der Verkehrsinfrastruktur öffnen dabei ein Gelegenheitsfenster für lokale Arbeitskämpfe um Löhne und Arbeitsbedingungen, die sich auf die gesamte Baubranche in einer Metropolregion auswirken können. Denn unmittelbar vor den sportlichen Großereignissen erfährt die strukturelle und Diskursmacht der Lohnabhängigen aufgrund der engen Fristen und der erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit einen Schub. Die BWI hat daher transnationale Kampagnen zur Stärkung der Organisationsprozesse auf den Baustellen gestartet und auf diese Weise erfolgreich lokale Akteur:innen für gewerkschaftliche Aktionen zusammengebracht. Die ITF wiederum hat einen netzwerkorientierten Organizing-Ansatz entwickelt, der die Verkehrsgewerkschaften in transnationalen Unternehmen oder in branchenweiten Netzwerken zusammenführt und die Anfälligkeit hochflexibler globaler Produktions- und Verkehrsnetze gegenüber Streikaktionen ausnutzt. Am Beispiel der Fluggesellschaften LATAM und Ryanair wurde gezeigt, dass die hohe strukturelle Macht der Beschäftigten und der transnationale Charakter des Sektors mit seiner mobilen Belegschaft (Organisationsmacht) eine Grundlage für eine transnationale Organisation bieten. Das ITF hat daher supranationale Strukturen wie das LATAM-Gewerkschaftsnetzwerk geschaffen, um transnationale Kampagnen durchführen und die lokalen Kämpfe der Mitgliedsorganisationen zu unterstützen und zu koordinieren.

Beide Organisationsformen zeigen, wie die GUFs erfolgreich unterschiedliche Raumebenen zusammenführen und so durch eine „Globalisierung von unten“ die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit verschieben können. Die GUFs und die neuen Formen des transnationalen Organizing sind allerdings lediglich als Keimformen einer neuen gewerkschaftlichen Organisationsmacht zu begreifen; die neuen Machtressourcen bleiben fragil und in anderen Sektoren wie der Industrieproduktion gestalten sich ähnliche transnationale Organisationsversuche als sehr viel komplexer. Eine umfangreiche Erneuerung der Gewerkschaften wird durch die neuen Transnationalisierungsansätze nicht angestoßen werden, da ihre Strategien nur punktuell wirken und nationale Gewerkschaftsorganisationen weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Dennoch sollten derartige Herangehensweisen als ein vielversprechendes Experimentierfeld gewerkschaftlicher Arbeit im 21. Jahrhundert angesehen werden.

Literatur

- Bieler, A./Erne, R./Golden, D./Helle, I./Kjeldstadli, K./Matos, T.M./Stan, S. (Hg.) (2015), *Labour and Transnational Action in Times of Crisis*, London/New York: Rowman & Littlefield.
- Birelma, A. (2018), When Local Class Unionism Meets International Solidarity: A Case of Union Revitalization in Turkey, in: *Global Labour Journal* 9(2), S. 215–230.
- Boewe, J. (2018), *Enjoy Your Fight!*, <https://www.freitag.de/autoren/joern-boewe/enjoy-your-fight> (letzter Abruf am 04.03.2024).
- Boewe, J./Butollo, F./Schulzen, J. (2021), *Organizing Ryanair. Die transnationale Gewerkschaftskampagne bei Europas Billigfluglinie Nummer eins*, <https://www.rosalux.de/publikation/id/43815/organizing-ryanair> (letzter Abruf am 04.03.2024).
- Brinkmann, U./Choi, H-L./Detje, R./Dörre, K./Karakayali, S./Schmalstieg, C. (2008), *Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms*, Wiesbaden: Springer.
- Brookes, M. (2013), Varieties of Power in Transnational Labor Alliances: An Analysis of Workers' Structural, Institutional, and Coalitional Power in the Global Economy, in: *Labor Studies Journal* 38(3), S. 181–200.
- (2019), *The New Politics of Transnational Labor: Why Some Alliances Succeed*, Ithaca: Cornell University Press.
- Burawoy, M. (2010), From Polanyi to Pollyanna: The False Optimism of Global Labour Studies, in: *Global Labour Journal* 1(2), S. 301–313.
- Croucher, R./Cotton, E. (2009), *Global Unions, Global Business: Global Union Federations and International Business*, Middlesex: Middlesex University Press.
- Dörre, K. (2010), Überbetriebliche Regulierung von Arbeitsbeziehungen, in: Böhle, F./Voß, G.G./Wachtler, G. (Hg.), *Handbuch Arbeitssoziologie*, Wiesbaden: Springer, S. 619–681.
- Evans, P. (2010), Is it Labor's Turn to Globalize? Twenty-first Century Opportunities and Strategic Responses, in: *Global Labour Journal* 1(3), S. 352–379.
- Fairbrother, P./Hammer, N. (2005), Global Unions: Past Efforts and Future Prospects, in: *Relations Industrielles/Industrial Relations* 60(3), S. 405–431.
- Feller, D./Conrow, T. (2017), *The Power of Aviation Unions in South America: The ITF Latam Union Network*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Fichter, M./Ludwig, C./Schmalz, S./Schulz, B./Steinfeldt, H. (2018), *The Transformation of Organised Labor. Mobilising Power Resources to Confront 21st Century Capitalism*, <https://library.fes.de/pdf-files/iez/14589.pdf> (letzter Abruf am 04.03.2024).
- Fichter, M./McCallum, J. K. (2015), Implementing Global Framework Agreements: The Limits of Social Partnership, in: *Global Networks* 15(s1), S. 65–85.
- Ford, M./Gillan, M. (2021), Power Resources and Supranational Mechanisms: The Global Unions and the OECD Guidelines, in: *European Journal of Industrial Relations* 27(3), S. 307–325.

- Freeman, R. (2010), *What Really Ails Europe (and America): The Doubling of the Global Workforce*, <https://www.theglobalist.com/what-really-ails-europe-and-america-the-doubling-of-the-global-workforce> (letzter Abruf am 04.03.2024).
- Gill, S. (1998), European Governance & New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe, in: *New Political Economy* 3(1), S. 5–26.
- Haipeter, T./Helfen, M./Kirsch, A./Rosenbohm, S. (Hg.) (2023), *Soziale Standards in globalen Lieferketten: internationale Richtlinien, unternehmerische Verantwortung und die Stimme der Beschäftigten*, Bielefeld: transcript.
- Harvey, D. (2002), *Spaces of Capital: Towards a Critical Geography*, Abingdon: Routledge.
- Helfen, M./Fichter, M. (2013), Building Transnational Union Networks across Global Production Networks: Conceptualising a New Arena of Labour-Management Relations, in: *British Journal of Industrial Relations* 51(3), S. 553–576.
- Herod, A. (2003), Workers, Space, and Labor Geography, in: *International Labor and Working-Class History* 64, S. 112–138.
- Hobsbawm, E. (2000), *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*, London: Michael Joseph.
- Huke, N./Clua-Losada, M./Bailey, D.J. (2015), Disrupting the European crisis: A Critical Political Economy of Contestation, Subversion and Escape, in: *New Political Economy* 20(5), S. 725–751.
- Lehndorff, S./Dribbusch, H./Schulten, T. (2017), *Rough Waters: European Trade Unions in a Time of Crises*, Brussels: Etui.
- Lévesque, C./Murray, G. (2010), Understanding Union Power: Resources and Capabilities for Renewing Union Capacity, in: *Transfer* 16(3), S. 333–350.
- Lillie, N. (2005), Union Networks and Global Unionism in Maritime Shipping, in: *Relations Industrielles / Industrial Relations* 60(1), S. 88–111.
- Massa-Wirth, H. (2007), *Zugeständnisse für Arbeitsplätze? Konzessionäre Beschäftigungsvereinbarungen im Vergleich Deutschland – USA*, Berlin: Edition Sigma.
- McCallum, J. K. (2013), *Global Unions, Local Power: The New Spirit of Transnational Labor Organizing*, Ithaca: Cornell University Press.
- Müller, D./Kilroy, J. (2019), Streikmonitor: Arbeitskonflikte im Jahr 2018, in: *Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung* 116, S. 123–137.
- Riisgaard, L. (2009), Global Value Chains, Labor Organization and Private Social Standards: Lessons from East African Cut Flower Industries, in: *World Development* 37(2), S. 326–340.
- Rombaldi, M. (2017), *Trade Unions in Transformation. Mega Sporting Events in Brazil: Trade Unions' Innovative Strategies for the Construction Industry*, <https://library.fes.de/pdf-files/iez/14146.pdf> (letzter Abruf am 04.03.2024).
- Sassen, S. (1991), *The Global City. New York, London, Tokyo*, New York u.a.: Princeton University Press.

- Schmalz, S./Conrow, T./Feller, D./Rombaldi, M. (2021), Two Forms of Transnational Organizing: Mapping the Strategies of Global Union Federations, in: *Tempo Social* 33(3), S. 143–162.
- Schmalz, S./Dörre, K. (2014), Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens, in: *Industrielle Beziehungen* 21(3), S. 217–237.
- Schmalz, S./Webster, E. (2024), Union Resources. The Power Resources Approach, in: Gall, G. (Hg.), *The Handbook of the Past, Present, and Future of Labor Unions*, Newcastle: Agenda Publishing, im Druck.
- Schmitter, P. C./Streeck, W. (1999), *The Organization of Business Interests: Studying the Associative Action of Business in Advanced Industrial Societies*, <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/43739/1/268682569.pdf> (letzter Abruf am 04.03.2024).
- Schneiderman, D. (2000), Investment Rules and the New Constitutionalism, in: *Law & Social Inquiry* 25(3), S. 757–787.
- Silver, B. (2005), *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin: Assoziation A.
- Sydow, J./Helfen, M./Sayim, K.Z./Stavis, D. (2014), Implementation of Global Framework Agreements: Towards a Multi-organizational Practice Perspective, in: *Transfer* 20(4), S. 489–503.
- The Guardian (2021), *Revealed: 6,500 Migrant Workers have Died in Qatar since World Cup Awarded*, <https://www.theguardian.com/global-development/2021/feb/23/revealed-migrant-worker-deaths-qatar-fifa-world-cup-2022> (letzter Abruf am 04.03.2024).
- Timms, J. (2012), The Olympics as a Platform for Protest: A Case Study of the London 2012 ‘Ethical’ Games and the Play Fair Campaign for Workers’ Rights, in: *Leisure Studies* 31(3), S. 355–372.
- Tonelson, A. (2002), *The Race to the Bottom: Why a Worldwide Worker Surplus and Uncontrolled Free Trade are Sinking American Living Standards*, Boulder/Oxford: Westview Press.
- Van der Linden, M. (2015), The Crisis of the World’s Old Labor Movements, in: Bieler, A./Erne, R./Golden, D./Helle, I./Kjeldstadli, K./Matos, T./Stan, S. (Hg.), *Labour and Transnational Action in Times of Crisis*, London/New York: Rowman & Littlefield, S. 175–190.
- (2016), Global Labour: A Not-so-grand Finale and Perhaps a New Beginning, in: *Global Labour Journal* 7(2), S. 201–210.
- Wilke, P./Schmid, K./Gröning, S. (2016), *Branchenanalyse Luftverkehr. Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitsbedingungen*, https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-006380/p_study_hbs_326.pdf (letzter Abruf am 04.03.2024).
- Wright, E. O. (2000), Working-class Power, Capitalist-class interests and Class Compromise, in: *The American Journal of Sociology* 105(4), S. 957–1002.
- Zajak, S. (2017), Rethinking Pathways of Transnational Activism, in: *Global Society* 31(1), S. 125–143.

Hans-Christian Stephan

Transnationale Arbeiter:innenvernetzung bei Amazon

We have to overcome the idea, that this struggle can be won on a local base.

Christian Krähling, Mitbegründer der Amazon Workers International

Die Transnationalisierung des Kapitals in Form von Globalen Produktionsnetzwerken (GPN) stellt nationale Belegschaften vor Herausforderungen. Denn mit seinem globalen Logistiknetzwerk schwächt Amazon gewerkschaftliche Handlungsmacht. Jedoch gibt es seitens gewerkschaftlicher Akteure zwei Fallbeispiele, in denen durch transnationale Vernetzung angestrebt wird, die Chancen der gewerkschaftlichen Interessensdurchsetzung zu verbessern. Die Untersuchung dieser Projekte, die sich bezüglich des Grades an Einbeziehung von Betriebsaktiven in Entscheidungen unterscheiden lassen, ist Gegenstand dieses Beitrags. Durch die Analyse sollen Hindernisse und Chancen des heutigen Arbeiter:innen-internationalismus aufgezeigt werden.

1 Einleitung: Transnationale Vernetzung von oben und von unten

Kaum ein Unternehmen steht so sehr für den digitalen Kapitalismus und dessen neue Strategien der Ausbeutung wie der Onlinehändler *Amazon*. Der Konzern ist auf allen Kontinenten mit Onlineshops und logistischen Infrastrukturen präsent. Doch Amazons Produktionsregime bleibt nicht unhinterfragt von Seiten seiner globalen Belegschaft. Überall im *Globalen Produktionsnetzwerk* (GPN) plopten in den letzten Jahren Kämpfe von Arbeiter:innen auf. Hinsichtlich der Organisationsformen der kämpfenden Arbeiter:innen zeigt sich eine große Heterogenität (zu Europa: Boewe/Schulten 2020; zu den USA: Stephan 2021). Teilweise gingen diese Kämpfe von etablierten Gewerkschaften aus (z.B. in Deutschland von *ver.di*), bei denen bezahlte Angestellte statt einfacher Mitglieder in der Organisation und Strategieplanung die entscheidende Rolle spielen, weswegen ich von *Hauptamtsgewerkschaften* spreche. In anderen Fällen organisierten *Basisgewerkschaften*, wie die polnische *Inicjatywa Pracownicza* (IP) oder die französischen *Solidaires*,

die Arbeiter:innen. Basisgewerkschaften haben den Selbstanspruch an einen hohen Grad an Mitgliederpartizipation und keinen oder wenigen Hauptamtstellen. Die Kämpfe verblieben hinsichtlich ihrer Strategien und Forderungen bisher vor allem auf der lokalen oder nationalen Ebene, obwohl die Belegschaften gerade in der Europäischen Union (EU) für denselben Markt arbeiten. Da Amazon jedoch während der Streiks in Deutschland die Kund:innen von den polnischen Standorten aus beliefern kann, sind nationale Streiks in ihrer Wirkmächtigkeit begrenzt und Belegschaften machtlos gegenüber der Fähigkeit des Konzerns, Warenvolumen transnational zu verschieben.

Als Reaktion darauf zeigen sich seitens der Gewerkschaften dezente Bestrebungen, die über die nationalen Grenzen hinausweisen. Mit der *Amazon Alliance* von *UNI Global* (UG), einem weltweiten Bündnis von Dienstleistungsgewerkschaften, und dem Betriebsaktiven-Netzwerk *Amazon Workers International* (AWI) haben sich zwei Netzwerke gebildet, in denen Hauptamtliche und/oder Betriebsaktive regelmäßig miteinander kooperieren. In meiner Studie zu diesen Netzwerken interessiert mich, *erstens*, was die Ermöglichungsbedingungen dieser Vernetzung sind, *zweitens*, welchen konkreten Nutzen sie für die Arbeiter:innen haben, aber auch, *drittens*, wo Grenzen und Hindernisse in der transnationalen Vernetzung liegen. Zwar bezieht sich die vorliegende Studie allein auf Amazon, dennoch will sie einen allgemeinen Beitrag für praktische Fragen der transnationalen Organisierung von unten leisten.

Mein Forschungsdesign orientiert sich an der *organischen-öffentlichen Soziologie*, d.h. einer Soziologie, die im engen Austausch mit Öffentlichkeiten Wissen produziert, was für dieselben in ihren Auseinandersetzungen von Nutzen ist (Burawoy 2012). Gerade für Fragen gewerkschaftlicher Erneuerung, im Kontext von Globalisierung und einer Schwächung gewerkschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit, ist der Nutzen einer öffentlich-soziologischen Forschung hervorgehoben worden (Urban 2017; Brook/Darlington 2013).

Dieser Aufsatz ist im engen Austausch mit Aktiven in der transnationalen Amazon-Vernetzung entstanden, in der ich mich selbst seit acht Jahren politisch engagiere. Der Forschungsprozess und dessen Ergebnisse sollen Aktive in der transnationalen Vernetzung bei ihren strategischen Entscheidungen unterstützen. Wie andere soziale Bewegungsforscher:innen bin ich also selbst Aktivist in der Bewegung, die ich beforsehe, und somit notwendigerweise parteiisch gegenüber meinem Forschungsgegenstand. Zugleich ermöglicht mir meine Bewegungsnähe einen Feldzugang, der Außenstehenden nicht möglich wäre. So fehlen Außenstehenden die engen Vertrauensbeziehungen zu den Aktivist:innen oder das Verständnis von Handlungsabläufen in der Bewegung (siehe auch: Eversberg u.a.

2017). Gleichzeitig ist bei der organischen-öffentlichen Soziologie zu beachten, dass auch sie wissenschaftlichen Kriterien folgt, die die *professionelle Soziologie* setzt. Auch ihre Resultate müssen vor der wissenschaftlichen Gemeinschaft Bestand haben (Aulenbacher u.a. 2017).

Um die drei genannten Fragen zu beantworten, führte ich im Juni und Juli 2023 vier leitfadengestützte Interviews mit Aktiven in der transnationalen Arbeiter:innenvernetzung bei Amazon. Ausgangspunkt für das Design meiner Leitfäden war das Analyseraster, das Jörg Nowak (2016) in einer Studie im Auftrag der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* entwickelt hat, um transnationale Arbeiter:innenorganisation im deutschen Kontext zu untersuchen. Ausgehend von der Feststellung, dass es „offensichtlich aktuell kein verbindliches oder weitverbreitetes Modell revolutionärer Organisation von ArbeiterInnen“ (Nowak 2016: 6) gibt, analysierte Nowak anhand von drei Fragekomplexen transnational agierende Arbeiter:innennetzwerke. Erstens fragte er nach den entscheidenden Akteuren der transnationalen Organisation. Dies können neben Gewerkschaften unter anderem betrieblich aktive Arbeiter:innen und NGOs sein. Zweitens beschäftigte ihn die Ebene der transnationalen Organisation. So können Netzwerke bestimmte Teile eines Konzerns oder die gesamte Wertschöpfungskette umspannen, aber auch verschiedene geographische Räume (einzelne Kontinente, aneinandergrenzende Regionen) miteinschließen. Drittens stellte er die Frage nach den Zielen der Organisation: Geht es *nur* um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder haben die Netzwerke eine weitergehende gesellschaftspolitische Perspektive?

Ich sprach mit einem hauptamtlichen Vertreter von UG (zitiert als: UGH) sowie mit drei in der AWI aktiven Arbeiter:innen aus Deutschland (zitiert als: AWI 1-3). Während AWI 1 seit 2015 bei der AWI arbeitet, ist AWI 2 seit zwei Jahren im Unternehmen und AWI 3 seit 2019. AWI 2 sowie AWI 3 engagieren sich im lokalen Vertrauensleutekörper und AWI 1 sowie AWI 2 sind Betriebsratsmitglieder. Mit ihnen sprach ich über die Geschichte der AWI, individuelle und strategische Motivationen zur transnationalen Vernetzungsarbeit sowie dabei auftretende Probleme. Neben meinen eigenen Interviews beziehe ich mich auf ein Interview mit dem bereits verstorbenen AWI-Mitbegründer, Betriebsrat und Vertrauensleutesprecher Christian Krähling (*10. Dezember 1977, † 10. Dezember 2020) aus Bad Hersfeld. Das Interview gab er der *Transnational Social Strike Platform* im Herbst 2019 (Krähling 2019). Denn seine Gedanken zum Arbeiter:inneninternationalismus an der Basis spielten bei der Gründung der AWI eine sehr wichtige Rolle. Ich zitiere das Interview als CK.

Die Aussagen in den Interviews setze ich in Dialog mit meinen eigenen Erfahrungen, die ich in dem Netzwerk in den vergangenen acht Jahren gemacht habe,

wobei ich selbst aktiv an strategischen Debatten innerhalb der AWI teilgenommen habe. Da die politische Arbeit der AWI einen geographischen Schwerpunkt in der Vernetzung von deutschen und polnischen Arbeiter:innen hat, fokussiert sich der Beitrag auf diese Länder.

Im Folgenden werde ich *erstens* die transnationale Dimension des Kampfes bei Amazon verdeutlichen, indem ich die Integration der polnischen Standorte in das europäische Netzwerk Amazons beleuchte. Hierbei werde ich darauf eingehen, wie die besondere Stellung der polnischen Standorte die lokalen Kampfdynamiken beeinflusst. Dann werde ich *zweitens* die Arbeit der *Amazon Allianz* von UG darstellen, ehe ich mich *drittens* der AWI zuwende. Dabei zeige ich, wie die Integration der polnischen Standorte in Amazons Logistiknetzwerk durch transnationale gewerkschaftliche Vernetzungsstrategien beantwortet wurde. Abschließend diskutiere ich die unterschiedlichen Organisationsweisen sowie Möglichkeiten der besseren Kooperation zwischen UG und AWI.

2 Die transnationale Dimension des Arbeitskampfes bei Amazon

After all, our work is the same as in Germany. We send parcels to the German market, no liberal economist can make us believe that we are less productive, so people are asking more and more bravely: where these differences come from? There are people who leave Poland, but more and more people want to live here without feeling that they are being robbed by their bosses every day. *IP 2019: 21*

In ihrer Studie zu Produktionsregimen in mitteleuropäischen Warenlagern vergleichen Dörflinger u.a. (2020) Standorte des Unternehmens *LogisticInc.* in Deutschland, Belgien und den Niederlanden. Dabei kommen sie zum Schluss, dass sich die Produktionsregime in den verschiedenen Ländern unterscheiden, weil es verschiedene institutionelle und politökonomische Rahmenbedingungen in den Räumen gibt, in denen das Unternehmen sich ansiedelt.

Dass Akteure wie Gewerkschaften an einzelnen Netzwerkpunkten innerhalb eines GPN mit besonderen lokalen Umständen konfrontiert werden, in die sie eingebettet sind, wird auch im Forschungsansatz der GPN-Analyse diskutiert (Henderson u.a. 2002; Coe/Yeung 2015). Zugleich können kollektive Akteure wie Gewerkschaften auf verschiedenen Ebenen des Netzwerkes – lokal, national, transnational – operieren, um die Interessen ihrer Mitglieder durchzusetzen,

und das Netzwerk zu gestalten. Die dialektische Beziehung zwischen lokaler und transnationaler Ebene interessiert mich in dieser Studie.

Amazon selbst kann als ein GPN mit verschiedenen Netzwerkpunkten verstanden werden, wobei sich die institutionellen Rahmenbedingungen an den Punkten unterscheiden, was wiederum strategische Entscheidungen der lokalen Gewerkschaften beeinflusst. Dies lässt sich anhand der Netzwerkeinbettung der polnischen Standorte in das Amazon-Netzwerk zeigen. Mit dem Ziel, weltweit immer mehr Kund:innen in kurzer Zeit beliefern zu können, baut Amazon sein GPN seit der Gründung 1994 in Seattle immer weiter aus. Amazon verfügt heute in über 20 Ländern und auf allen Kontinenten über Warenlager. Die Bestellung bei Amazon ist in noch mehr Ländern möglich (zum Verlauf von Amazons transnationaler Expansion: Apicella 2022). Durch den Freihandel in der EU werden die Waren nicht immer aus dem Land der Bestellung an die Kund:innen geliefert, sondern auch aus anderen Ländern, in denen der Artikel bzw. die Artikelkombination vorrätig ist. Hellblaue LKWs – oft mit der Aufschrift *Amazon Prime* – fahren die Pakete über Europas Autobahnen. Meistens von Ost nach West, weil Amazon in Westeuropa höhere Profite macht. Insofern kann man sagen, dass die Arbeiter:innen in der EU in einem einzigen Netzwerk arbeiten. Die Bedingungen der Arbeit sind indessen unterschiedlich. So gibt es verschiedene Typen von Amazon-Warenlagern, die sich u.a. in ihrer Funktion (beispielsweise kleinere Paketverteilstation/*Delivery-Station*) versus größere Warenlager/*Fulfillment Center*) oder dem Grad der Robotisierung unterscheiden. Zwischen den Regionen gibt es weiterhin Unterschiede aufgrund des Lohnniveaus, der staatlichen Arbeitsschutzgesetzgebung und des institutionalisierten Gewerkschaftswesens, die die Bedingungen der Organisation jeweils beeinflussen.

Im Frühjahr 2013 streikten die Arbeiter:innen an den Fulfillment Center in Leipzig und Bad Hersfeld. Es handelte sich um die ersten offiziellen Gewerkschaftsstreiks im Amazon-Netzwerk überhaupt. Seitdem pfeifen die Vertrauensleute ungefähr einmal im Monat die Kolleg:innen zum Streik raus. Im Jahr 2014 eröffnete Amazon sein erstes Fulfillment Center im polnischen Poznań, das nahe an der Grenze zu Deutschland liegt. Amazon konnte dabei auf EU-Subventionen zurückgreifen (Boewe/Schulten 2019: 25). Damals lagen die Löhne in Polen bei rund drei Euro pro Stunde, genauer 12,50 – 13 Polnische Złoty (PLN), während sie in Leipzig zu dieser Zeit bei rund 11 Euro lagen.¹ Sowohl in den deutschen als auch den polnischen Regionen handelt es sich um Löhne,

1 Diesbezüglich sei angemerkt, dass Amazon in Deutschland keine Einheitslöhne zahlt und es innerhalb Deutschlands ein Ost-West-Gefälle gibt.

die am oberen Ende der für den Sektor typischen Löhne liegen und in Polen mit im Landesvergleich attraktiven Sozialleistungen flankiert werden. Jedoch sind in Polen längere Arbeitszeiten möglich als in Deutschland. Die Arbeiter:innen arbeiten in 10,5-Stunden-Schichten. Aufgrund des höheren Grades an Robotisierung ist der Standort in Poznań auch arbeitsproduktiver als etwa in Leipzig. Daher sind die polnischen Standorte für den Konzern profitabler als die alten Standorte in Deutschland (Amazon Workers and Supporters 2018; Chelstowska/Owczarek 2018).

Nicht nur hinsichtlich der Kapitalprofitabilität lohnt sich für Amazon die Expansion nach Polen. Auf beiden Seiten der Grenzen verweigert Amazon größtenteils den Dialog mit Gewerkschaften und geht teilweise gegen Gewerkschaftsaktivist:innen vor.² Während in Deutschland seit 2013 regelmäßig Streiktage stattfinden, kam es in Polen bis heute zu keinem legalen Streik. Das liegt an den hohen Hürden: Der IP müsste es gelingen, landesweit, d.h. an allen mittlerweile 13 Standorten, 50 Prozent der Beschäftigten dafür zu mobilisieren, in einer Urabstimmung für einen Streik zu stimmen. Sie scheiterte zuletzt Anfang 2023 mit einer erneuten Urabstimmung, wobei die landesweite Streikabstimmung positive Effekte auf den gewerkschaftlichen Organisationsgrad hatte (IP 2023). Allerdings kam es 2015 zu wilden Streiks, als sich polnische Arbeiter:innen weigerten, an einem Streiktag in Deutschland als Streikbrecher:innen eingesetzt zu werden (Boewe/Schulten 2019: 23), und im November 2020, als Beschäftigte einen Weihnachtsbonus von 2000 PLN forderten (IP 2020).

Im Fall von Amazons Polen-Strategie kann mit Silver (2003) von einem *Spatial Fix* gesprochen werden, womit Silver in Anschluss an den Geographen David Harvey Strategien der räumlichen Kapitalverlagerung beschreibt, mit denen ein Unternehmen auf Schwachstellen in der Kapitalverwertung und auf Kämpfe der Belegschaften reagiert. Amazon verschiebt Kapital gen Osten, wo es zum einen aufgrund der niedrigen Löhne und der moderneren Technik profitabler angelegt werden kann, und wo zum anderen aufgrund des repressiven Arbeitsrechts die Möglichkeiten von gewerkschaftlichem Widerstand stärker beschränkt sind. Damit kann das Unternehmen Schwachstellen der Kapitalverwertung „reparieren“ (*to fix*). Dies geschieht vor dem Hintergrund eines zunehmenden, weltweiten

2 Eine Fallstudie zu Amazons *Smart Union Busting* in Deutschland findet sich in Schulten 2022, Kapitel 8. Amazon setzt allerdings auch weniger verdeckte Strategien ein. Internationale Aufmerksamkeit erhielt etwa die Entlassung, der mittlerweile wieder eingestellten Gewerkschaftsaktivistin Magda Malinowska aus Poznan (IP 2021).

Konkurrenzkampfes zwischen Regionen um die Kapitalinvestitionen von Logistikunternehmen (Danyluk 2019). Diese locken, teils unter Zuhilfenahme von Fördermitteln von Staaten(verbänden) für strukturschwache Regionen, wie bereits am polnischen Beispiel gezeigt, mit Infrastrukturprojekten und Subventionen Logistikunternehmen an. Diese Standortkonkurrenz nutzt Amazon für seine Expansionsstrategie aus.

Doch diese Expansionsstrategie blieb Gewerkschaftsaktivist:innen nicht verborgen und sie zogen ihrerseits strategische Schlüsse. Chelstowska und Owczarek (2018: 90) stellen in ihrer Analyse der Strategien polnischer Gewerkschaften bei Amazon fest, dass sowohl *Solidarność*, eine Gewerkschaft, die dem Typus der Hauptamtsgewerkschaft entspricht, als auch IP, bei der es sich um eine Basisgewerkschaft handelt, trotz ihrer unterschiedlichen, strategischen Ausrichtung transnationale Bündnisse anstreben. Dabei hoffen sie auf Solidarisierungen aus anderen Ländern zur Stärkung ihrer regionalen Gewerkschaftsarbeit. Während *Solidarność* Teil der Amazon Alliance von UG ist, rief die IP 2015 mit deutschen Kolleg:innen das AWI-Netzwerk ins Leben. In den folgenden Abschnitten werde ich beide transnationalen Organisationsversuche genauer betrachten, ehe ich sie im Anschluss miteinander vergleichen werde. Es wird deutlich, dass sich die Netzwerke hinsichtlich der zentralen Akteure, Ressourcen, Ebenen und Ziele unterscheiden.

3 Die Amazon Alliance von UNI Global und *Make Amazon Pay*

Die Amazon Allianz von UG stellt ein Beispiel für das transnationale Agieren einer *global union federation* (GUF) dar. Bei GUFs handelt es sich um Bündnisse von Gewerkschaften auf der supranationalen Ebene, die durch die Zusammenschlüsse auf die Herausforderungen der Globalisierung wie den Bedeutungsgewinn von transnationalen Konzernen und die weltweite Ausdifferenzierung der Wertschöpfungsketten reagieren (Ford/Gillan 2015; Schmalz u.a. 2021: 143f.). Sie repräsentieren die Arbeiter:innen nicht direkt, sondern vermittelt über ihre Gewerkschaften, und existieren in verschiedenen Branchen. Im Handelssektor ist UG die entscheidende GUF. In der Amazon Allianz von UG machen Gewerkschaften aus vielen Ländern mit, in denen Amazon vertreten ist. Allerdings sind nicht alle Gewerkschaften, die im Amazon Netzwerk agieren, Mitglied, weil sie eben nicht Teil von UG sind. Derzeit fehlen etwa Gewerkschaften aus Japan, den Philippinen, der Türkei, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Gerade im letzten Fall hat dies UGH zufolge mit den Repressionen gegen Gewerkschaften zu tun. Diese haben, wie es typisch innerhalb von GUFs

ist, in Bezug auf Amazon abhängig von der konkreten Situation im Land unterschiedliche Ziele. In ihrer Literaturübersicht zu GUFs arbeiten Ford und Gillan (2015) verschiedene strategische Mittel der GUFs heraus, mit denen diese ausgehend von den unterschiedlichen Voraussetzungen in den jeweiligen Ländern versuchen, die Interessen von Arbeiter:innen durchzusetzen. Im Folgenden stelle ich dar, wie diese Mittel im konkreten Fall der Amazon-Strategie von UG zum Tragen kommen.

Wissensproduktion und -verbreitung über verschiedene Arten von Medien: UG produziert diverse Broschüren über das Agieren von Amazon und verbreitet diese über ihre Informationskanäle. Zuletzt wurde auf der Homepage etwa ein kritischer Bericht über den Einsatz von Überwachungstechnologien im Konzern veröffentlicht (UG 2023). Ein Wissenstransfer findet darüber hinaus auf den halbjährlichen Treffen der Amazon Allianz statt, auf die ich später noch eingehen werde.

Teilnahme an globalen Initiativen und globalen Institutionen: Ein zentrales strategisches Mittel in der Auseinandersetzung mit Amazon ist die Unterstützung der *Make Amazon Pay*-Kampagne. Diese wurde 2020 von der *Progressiven Internationalen* initiiert.³ Von Anfang an dabei war neben UG auch die AWI. Der Fokus der Kampagne liegt auf der Organisation von globalen Protesten am *Black Friday*.⁴ UG unterstützt sie mit personellen und finanziellen Ressourcen. Insgesamt sind 80 Organisationen an der Kampagne beteiligt, die sich hinter einen gemeinsamen Katalog stellen, in dem Forderungen verschiedener Organisationen aufgelistet sind. Neben Gewerkschaften beteiligen sich an der Kampagne Organisationen, die Amazons Agieren etwa in Bezug auf die Umwelt, Steuervermeidung oder den Umgang mit Verbraucherdaten kritisieren. Durch weltweit an verschiedenen Orten koordinierte Protestaktionen, die mit einem einheitlichen Branding agieren, soll am Black Friday globale Aufmerksamkeit erzeugt werden. Diese Aktionen unterscheiden sich je nach Situation in den Ländern. So fanden in Deutschland im Rahmen der zehnjährigen Tarifeinverständigung bundesweit

3 Bei der Progressiven Internationalen handelt es sich um ein weltweites Netzwerk von linken Politiker:innen, Aktivist:innen und Intellektuellen, was 2018 ausgehend von DIEM 25 in Europa und der Sanders-Bewegung in den USA gegründet wurde.

4 Der Black Friday ist in den USA der Freitag nach *Thanksgiving*. Er markiert den Beginn der Weihnachtseinkäufe. Auch in Deutschland gewann er in den letzten Jahren, möglicherweise unter dem Einfluss von Amazon, an Bedeutung. Aus Sicht der Amazon-Arbeiter:innen markiert er auch den Beginn der *Peak Season*, die aufgrund des gestiegenen Warenumschlages in den Warenlagern in der Regel die stressigste Zeit im Jahr darstellt. Er gilt als der Tag mit dem höchsten Bestellvolumen.

koordinierte Streiks an den organisierten Standorten statt. Im Interview hebt UGH außerdem hervor, dass 400 Politiker:innen an jenem Tag einen Protestbrief an die Unternehmensführung schickten, in dem die Forderungen aus der Bewegung zusammengeführt wurden.⁵

Ressource für die lokalen Gewerkschaften: UG versucht die Gewerkschaften vor Ort bei ihren Aktionen zu unterstützen. So organisierte UG im Juli 2023 eine Solidaritätskampagne für den Streik der US-Drehbuchautor:innen, die teilweise für Produktionen von Amazon Prime schreiben. Im Rahmen von Streiktagen kam es zu Solidaritätsbekundungen europäischer Amazon-Arbeiter:innen mit ihren US-amerikanischen Kolleg:innen. Auf Anfrage stellt UG den Mitgliedsgewerkschaften ihre Kanäle in den sozialen Medien zur Verfügung, damit diese ihre Kämpfe international bekannter machen und somit den Druck auf Amazon erhöhen können.

Organizingprojekte in unerschlossenen Regionen: Normalerweise halten sich die GUFs aus der Gewerkschaftsarbeit vor Ort heraus und überlassen hier den nationalen Mitgliedsgewerkschaften die Initiative. Nach der Einschätzung von UGH waren jedoch in Indien die traditionellen Gewerkschaften nicht in der Lage, das Organizing bei Amazon zu übernehmen. Daher startete die GUF in Kooperation mit lokalen NGOs in der Nähe von Delhi ein *Workers Center*, von dem nun unter dem Namen *Amazon India Workers Association* Organizingbemühungen ausgehen. Der Erfolg dieser Organizing-Kampagne kann allerdings noch nicht bewertet werden.

Aufbau von Beschäftigten-Netzwerken: UGs Aktivitäten in Bezug auf Amazon werden in der Amazon Alliance koordiniert. Hier kommen, wie erwähnt, normalerweise Vertreter:innen der Mitgliedsgewerkschaften von UG zusammen, die in die Auseinandersetzungen involviert sind. Ausnahmsweise werden jedoch auch Vertreter:innen von Nicht-Mitgliedsgewerkschaften wie der *Amazon Labour Union* eingeladen, die im April 2022 in New York die erste Gewerkschaftswahl in einem US-amerikanischen Amazon-Standort gewann (Stephan 2022). Die Treffen werden für den Informationsaustausch sowie die Koordinierung von Streikaktivitäten über die Grenzen hinweg genutzt (siehe auch: Boewe/Schulten 2019: 37ff.). Die IP nimmt nicht an den Treffen der Amazon Alliance teil, weil sie nicht Mitglied der UG ist. Stattdessen nimmt die *Solidarność* teil, obwohl die IP die mitgliederstärkere Gewerkschaft bei Amazon Polen ist.

An der Nichtteilnahme der IP äußern die Interviewten AWI-Aktiven Kritik, denn sie wird als ein Ausschluss gedeutet. AWI 1 berichtet in diesem Kontext

5 Ein Dossier zum Black Friday 2023 findet sich auf [Labournet.de](http://labournet.de) (2023).

von einem UG-Treffen, das in den 2010er Jahren in Poznań stattfand, und zu dem die IP nicht eingeladen war, obwohl sie dort sogar am stärksten organisiert ist. Ein Treffen zwischen Arbeiter:innen und Vertreter:innen der IP an dem Wochenende musste außerhalb des offiziellen UG-Treffens stattfinden. AWI 2 beschreibt den Unterschied des Austausches bei UG und AWI:

[W]enn man jetzt als Beispiel unsere polnischen Kollegen nimmt, mit denen wir ja in engem Austausch stehen und auch viel, viel von lernen gegenseitig, [...die] fallen [...] nicht mit unter diese kommerziellen Dächer [gemeint sind GUFs wie die UG, Anm. HS] und wären somit ja eigentlich dann [...] nicht mit eingebunden in irgendwelche Arbeitskämpfe oder Informationen. Und das ist aus meiner Sicht [...] ein Frevel. Das geht gar nicht, weil letzten Endes sind ja nun mal Kolleginnen und Kollegen, so, und die kann man nicht und darf man nicht außen vor lassen. (AWI 2)

Mit der Bezeichnung „kommerzielle Dächer“ nimmt AWI 2 Bezug auf die Unterscheidung von *business unionism* und *rank-and-file-unionism*, die in der linken US-amerikanischen Gewerkschaftsforschung gängig ist (Moody 2018; siehe auch: Kelly 1998: 61). Nicht zuletzt geht es darum, dass *business unions*, die in UG organisiert sind, weniger auf Mitgliederpartizipation als auf die Aktivität von Hauptamtlichen setzen, weshalb ich von Hauptamts- und Basisgewerkschaften spreche.

Die von AWI 2 geäußerte Zuordnung der UG zum *business unionism* basiert auf der Teilnahme an einem Treffen der *Amazon Alliance*. Obwohl er das Zusammenkommen mit Kolleg:innen von anderen Kontinenten als sehr bereichernd einschätzt, kritisiert er die hohen Redeanteile von Hauptamtlichen und insbesondere deren „Selbstbeweihräucherung“. Berichte von Erfolgen nahmen ihm zufolge zu viel Platz ein. Er wünscht sich, dass mehr Austausch zwischen den Betriebsaktiven stattfindet.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die UG in der Auseinandersetzung mit Amazon vor allem als Unterstützungsnetzwerk für die regionalen Kämpfe fungiert, die unter unterschiedlichen Bedingungen mit diversen Strategien und Zielen geführt werden. Insbesondere die mediale Verstärkung der lokalen Kämpfe und die Make-Amazon-Pay-Kampagne wird von den Interviewten positiv wahrgenommen. Allerdings problematisieren sie, dass über das Netzwerk zu wenig Austausch zwischen den lokalen Betriebsaktiven entsteht, was sich dafür AWI auf die Fahne geschrieben hat.

4 Chancen und Probleme der transnationalen Arbeiter:innen-Basisvernetzung

Nachdem ich im letzten Abschnitt die Arbeit einer GUF analysiert habe, in der sich vor allem Hauptamtsgewerkschaften vernetzen, wende ich mich nun einem von Betriebsaktiven und ehrenamtlichen Unterstützer:innen getragenen, selbstorganisierten Netzwerk zu. Zunächst werde ich die Entstehung und Organisation des Netzwerks beschreiben (4.1), ehe ich mich mit den Problemen des Netzwerkes befasse (4.2).

4.1 Entstehung und Organisation

CK sieht die Gründung des Netzwerkes, das seit 2019 AWI heißt, im Kontext der oben beschriebenen Spatial Fixes Amazons. Als 2014 öffentlich wurde, dass Amazon nach Polen expandiert, kam es ihm zu Folge zu tragischen Szenen am Bad Hersfelder Standort:

The effect of Amazon's expansion to Poland on our capacity to organize was that a lot of the workers were anxious about Amazon leaving Germany and losing their jobs. When the first warehouse opened up in Poland it was all over the news in Germany. I saw people crying at the parking lot of the warehouse after they heard about it on the radio. We had a hard time that year organizing new members, but we didn't lose any. [...] The next year [...] we received an Email from Polish Amazon workers who started to organize and heard about our struggle. They wanted to exchange experiences [...]. We invited them to come to Bad Hersfeld, where we had our first meeting. During this meeting we realized that we have the same problems that Amazon treats us the same way but also how they use the different labor laws of our countries against us all. I think this was the most relevant moment of the alliance.

Die Amazon-Arbeiter:innen vernetzten sich in Reaktion auf Amazons Expansion gen Polen bereits zu einem frühen Zeitpunkt der Streikbewegung. Dabei war es die IP, die die ver.di-Kolleg:innen kontaktierte. Weiterhin schreibt AWI 1 dem Netzwerk *Transnationals Information Exchange* (TIE) eine wichtige Rolle für die Vernetzung zu.⁶ Der bereits erwähnte wilde Streik der polnischen Arbeiter:innen, die sich weigerten, als Streikbrecher:innen eingesetzt zu werden, ist ein früher Ausdruck eines transnationalen Bewusstseins in der grenzüberschreitenden Auseinandersetzung.

6 Bei TIE handelt es sich um eine Organisation, die versucht auf einer transnationalen Ebene Arbeiter:innen zusammenzubringen. Sie sammelte vor allem Erfahrungen in der Vernetzung von *H&M*-Beschäftigten in Deutschland mit ihren Kolleg:innen in indischen *Sweatshops* (vgl. López/Fütterer 2019).

Seit 2015 fanden ein bis zwei transnationale Arbeiter:innentreffen pro Jahr in Deutschland, Polen, Spanien, Frankreich und in der Schweiz statt. An den Treffen nahmen zwischen 15 und 50 Betriebsaktive und Unterstützer:innen teil. Zuletzt hat sich die Zahl bei circa 25 eingependelt. Außerdem nehmen ehrenamtliche Dolmetscher:innen an den Treffen teil, die zwischen Englisch als Arbeitssprache und den Landessprachen der Teilnehmenden übersetzen. Die Teilnehmenden kommen mittlerweile nicht mehr nur aus Polen und Deutschland. Regelmäßig nehmen Kolleg:innen aus Frankreich teil. In unterschiedlicher Häufigkeit, mit stark unterschiedlicher Delegationsgröße und teilweise per Videoschaltung kamen zudem Arbeiter:innen aus den USA, Kanada, Spanien, der Slowakei, Italien und der Türkei dazu. Sprachbarrieren werden dabei von den Befragten nicht als Problem benannt, obwohl viele Teilnehmende keine Fremdsprache beherrschen. Bei der Organisation der Treffen (Räume, Übersetzung, Übernachtungsmöglichkeiten, Reisekosten usw.) spielen ehrenamtliche Unterstützer:innen eine zentrale Rolle. Die Interviewten sind zufrieden mit der Zahl und Zusammensetzung der Teilnehmenden – abgesehen davon, dass sie sich wünschen, dass noch mehr Arbeiter:innen dabei wären. Allerdings verweist AWI 1 auch darauf, dass mehr Teilnehmende die Abläufe der Treffen verkomplizieren könnten.

Bei den teilnehmenden Arbeiter:innen ist auffällig, dass es sich selten – eine Ausnahme stellt ver.di dar – um Mitglieder von Hauptamtsgewerkschaften handelt, sondern um Vertreter von Basisgewerkschaften. Neben der IP und Solidaires nahmen etwa *Amazonians United* (USA), *DGD-Sen* (Türkei) oder die spanische *Confederación General del Trabajo* (CGT) teil.⁷ Insbesondere betriebsaktiven Arbeiter:innen, die sich nicht über UG vernetzen, bietet das Netzwerk auf diese Weise eine Vernetzungschance.

Der von CK angesprochene Austausch nimmt bei den Treffen nach wie vor viel Raum ein. Themen sind der Einsatz von Technik, Managementstrategien von Amazon auf lokaler und nationaler Ebene und Arbeitskämpferfahrungen an den jeweiligen Standorten. Beim Treffen in Berlin im Frühjahr 2023 fand ein Video-Call zwischen Arbeiter:innen aus Brieselang bei Berlin und Barcelona statt. Während ersterer Standort kurz zuvor geschlossen wurde, stand bei letzterem die Schließung unmittelbar bevor. AWI 3 hebt hervor, dass gerade die Berichte von

7 Zur basisdemokratischen Strategie von *Amazonians United* siehe das Interview mit Aktivist:innen aus der mittlerweile gespaltenen Ortsgruppe in Chicago, DCH1 Amazonians United (2020). Zur Strategie der DGD-SEN führte das *Streikslibündnis Leipzig* ein Interview mit Beteiligten an Protesten beim Amazon-Serviceleistungenleister *Ceva-Logistics* (Streikslibündnis 2022).

den Kämpfen in anderen Ländern, die häufig unter erschwerten Bedingungen stattfinden, die Arbeiter:innen am eigenen Standort stark motivieren würden.

Außerdem werden auf den Treffen Flugblätter und Aktionen für die nächsten Monate besprochen. Die Durchführung von Aktionen organisiert ein Exekutivkomitee, das sich unregelmäßig zwischen den Versammlungen trifft. Dieses Komitee übernimmt auch die alltägliche Arbeit des Netzwerks wie z.B. die Betreuung der Social-Media-Accounts, die Beantwortung von Medienanfragen, die Teilnahme an Bündnisprozessen, etwa im Kontext der Planung von den Make-Amazon-Pay-Protesten sowie die weitere Vernetzung mit Arbeiter:innen aus anderen Ländern. So nahm im November 2022 eine Delegation der AWI an einem Kongress von türkischen Basisgewerkschaften in Istanbul teil.

Neben dem Austausch und der konkreten Planung von Aktionen schreiben die Arbeiter:innen den AWI-Treffen, wie oben bereits angedeutet, eine wichtige Motivationsfunktion zu:

Und dieses Netzwerken und soziale Zusammen[kommen] und so weiter, das befeuert und motiviert einen jedes Mal, wieder weiter zu machen und nicht deprimiert zu werden von dem täglichen Kack, wo man ständig einen auf den Deckel kriegt, dass man quasi mehr oder weniger das Allerletzte ist und nur alleine da steht, sag ich jetzt mal, ne, so überspitzt natürlich [...] Aber ja, dass wir eigentlich eine große Gemeinschaft sind und nicht nur einer betroffen ist, sondern verdammt viele und verdammt viele aber auch willens sind, dagegen was zu tun oder auch zu unterstützen et cetera. (AWI 2)

Und:

Die größte Sache ist, dass man da eben Kraft sammelt, weiterzumachen, weil es so viele Jahre dauert. Man muss sich ja auch bei der Familie oder Freundeskreis, die verstehen das ja größtenteils nicht, dass man da so viel Zeit investiert oder oder oder. Und wo dann immer gesagt wird: 'Na, wenn es da so viele Probleme gibt, warum bleibst du in der Firma?' Und dass da auch nicht verstanden wird, das ändert sich ja nicht, wenn ich jetzt gehe, dadurch wird ja da die Arbeit nicht besser. (AWI 1)

Die AWI-Aktiven sind in Deutschland immer gleichzeitig aktive Betriebsräte und/oder Vertrauensleute von ver.di. Sie stehen einem Management gegenüber, das mitunter stark abweisend gegenüber Gewerkschaften ist. Teilweise ist die Zahl der Gewerkschaftsaktiven in den Betrieben gering, was die Arbeit noch einmal zermürend macht. Unter diesen Voraussetzungen stößt das gewerkschaftliche Engagement bei den Kolleg:innen oder im familiären Umkreis auf Unverständnis. Die Treffen der AWI sind vor diesem Hintergrund ein Ort, an dem sich Betriebsaktive Kraft geben, um dennoch weiterzumachen. Die Arbeiter:innen bekommen auf den Treffen das Gefühl, dass sie Teil einer größeren,

transnationalen Gemeinschaft sind. Über die Jahre des Zusammenkommens sind transnationale „Freundschaften“ (AWI 2) entstanden.

4.2 Probleme der transnationalen Arbeiter:innenvernetzung

Der letztgenannte Aspekt, die Gefühle der Isoliertheit und Erschöpfung der AWI-Aktiven, verweisen auf grundlegende Probleme und Hindernisse transnationaler Arbeiter:innenvernetzungen, denen ich mich nun zuwende. Hierbei handelt es sich um Mängel hinsichtlich der Geld- und Zeitressourcen, der lokalen Verankerung und des Aufstellens gemeinsamer Forderungen.

Mangelnde Geld- und Zeitressourcen für transnationale Arbeit: Ein großes Problem nicht nur hinsichtlich der Treffen, sondern auch insgesamt bei AWI-Aktivitäten sehen die Befragten in der geringen Teilnahme von Arbeiter:innen. So waren zwar bei den letzten zwei AWI-Treffen Aktive von acht deutschen Standorten anwesend. Die Delegationen waren aber nie größer als zwei Personen pro Betrieb. Die Gründe liegen nach Meinung der Interviewten nicht speziell an der AWI, sondern den begrenzten Zeit- und Geldressourcen der meisten Amazon-Arbeiter:innen, die häufig im „Niedriglohnssektor“ (AWI 2) tätig sind. Sie haben „nicht die Möglichkeit [...] zu sagen [...] ich reise durch die Welt oder ich tingle durch die Welt“ (ebd.). Vor allem den Arbeiter:innen von anderen Kontinenten wie den USA oder Japan fehlen nicht nur die finanziellen Mittel für Flugtickets nach Europa, sondern sie haben aufgrund der nationalen Arbeitszeitregelungen auch Probleme, frei zu bekommen. AWI 1 schlägt vor, dass die Treffen besser auf Streiktage abgestimmt werden, damit zumindest die teilnehmenden Arbeiter:innen von den streikenden Standorten in Deutschland keinen Urlaubstag opfern müssen.

Hinsichtlich des Geldes beklagt AWI 2, dass es von UG und ver.di kein Geld für AWI-Aktivitäten gibt, räumt aber ein, dass es den Gewerkschaften generell an Geld mangelt. Für ihn ist es ein großes Problem, dass die AWI bisher kein nachhaltiges Finanzierungskonzept gefunden hat, außer immer wieder Anträge bei gewerkschaftsnahen Stiftungen zu stellen, was viel Zeit kostet und mit Unsicherheit verbunden ist.

Mangelnde lokale Verankerung der AWI: Die geringe Partizipation an den Treffen trägt in der Folge dazu bei, dass der AWI die lokale Verankerung an deutschen Standorten fehlt. Dies wiederum führt dazu, dass strategische Überlegungen aus den transnationalen Treffen nicht lokal umgesetzt werden, weil die Aktiven vor Ort fehlen. So werden etwa gemeinsame Flugblätter nicht verteilt oder geplante Aktionen nicht durchgeführt, weil die AWI-Aktiven vor Ort

keine Kapazitäten dafür haben. Die mangelnde Verankerung ist vor allem an jenen Standorten ein Problem, an denen ver.di ohnehin nur wenige Mitglieder hat – wie etwa am Standort von AWI 1. Die ver.di-Minderheit im dortigen Betriebsrat trägt auch dazu bei, dass das Wissen über Amazons Strategie, das auf den halbjährlichen Treffen generiert wird, nicht lokal vermittelt und für Betriebsratsarbeit genutzt wird.

Mangel an gemeinsamen Forderungen: Wie bereits erwähnt, ist der Informationsaustausch über die Lage an den Standorten aus Sicht der Interviewten der Schwerpunkt der AWI-Treffen. AWI 3 beklagt jedoch, dass hierüber die Planung von konkreten Aktionen zu kurz kommen würde. Auch AWI 1 berichtet, dass Kolleg:innen von den Treffen enttäuscht seien, weil die praktischen Resultate zu gering seien. Dies verweist auf einen Aspekt, der CK als wichtig für die Zukunft der AWI hervorgehoben hat:

The biggest challenge is to gain more power and to organize a majority of the Amazon workers worldwide. We have to overcome the idea, that this struggle can be won on a local base. Every single Amazon worker knows that big achievements can only be made with pressure on a transnational level. So, we have to create a common vision first, which I think is happening at the moment. From this vision we have to form an organizational framework and build our strategy along common demands, which should be acceptable for the local organizations. From the other side, the local organizations have to be more flexible and think bigger. (CK)

CK wünscht sich, dass die Treffen der AWI der Ort sind, auf denen, ausgehend von gemeinsamen Forderungen, Strategien und Taktiken entwickelt werden. Dies findet derzeit zu wenig statt.

Allerdings gibt es strukturelle Gründe, warum sich die AWI schwertut, gemeinsame Forderungen zu finden, die der Ausgangspunkt für eine gemeinsame Strategie und gemeinsame Aktionen wären. Ich möchte dies anhand der Debatte um eine einheitliche Lohnforderung konkretisieren.

Auf dem AWI-Treffen in Leipzig im Herbst 2019 wurde eine Diskussion darüber geführt, ob die AWI eine einheitliche Lohnforderung gegenüber Amazon erheben soll. CK skizziert im genannten Interview eine mögliche Kampagne zu diesem Thema mit Streiks, *Walk-Outs*, einem gemeinsamen *Branding* und Flugblattaktionen. Er lässt dabei offen, ob es wirklich um eine einheitliche Lohnhöhe an allen Amazon-Standorten geht oder ob die Forderung lokal spezifiziert werden müsste. Daran anknüpfend argumentiert Apicella (2020) auf der Grundlage ihrer quantitativen Forschungen zur Streikmotivation von Amazon-Arbeiter:innen in Deutschland und Italien, dass Löhne im Unterschied zu Forderungen mit Bezug auf den Arbeitsprozess und die Gängelung durch die Manager:innen keine

entscheidende mobilisierende Wirkung hätten. In Bezug auf diese Länder mag sie Recht haben, aber wie oben gezeigt, spielen die Lohnungleichheiten zumindest für die Perspektive der IP eine wichtige Rolle. Die erwähnten *Wildcat*-Streiks von 2020 bezogen sich auf Prämien und damit auf eine monetäre Forderung. Insofern müsste überprüft werden, inwieweit sich Apicellas These auf Polen übertragen ließe. Vielmehr zeigen sich in Bezug auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen Unterschiede in den Interessen der Arbeiter:innen.

Gemäß Apicella (2020) können Forderungen, die sich auf den Arbeitsprozess beziehen, Ausgangspunkt für gemeinsame transnationale Kämpfe sein. Auch Barthel u.a. (2022) haben gezeigt, dass die Herausbildung widerständiger Subjektivitäten aus der Verletzung eigensinniger Ansprüche im Arbeitsprozess resultiert. Jedoch bin ich vorsichtiger als Apicella bei der Einschätzung geteilter Arbeitserfahrung im Amazon Produktionsregime. Grundsätzlich herrscht zwar im Netzwerk eine einheitliche Konzeption der Produktion, aber sie wird abhängig von lokalen Umständen auf die konkrete lokale Situation angepasst. Ähnlich verhält es sich bei dem Unternehmen LogisticInc. aus der bereits erwähnten Studie von Dörflinger u.a. (2020). In den Untersuchungsländern sind die Arbeitsrechte, Arbeitsschutzbestimmungen und Mitbestimmungsmöglichkeiten von Betriebsräten verschieden.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Gautié u.a. (2020), die in einem Vergleich zwischen fünf Warenlagern in Deutschland und Frankreich herausarbeiten, dass der „Neo-Taylorismus“ (ebd.) aufgrund unterschiedlicher Settings verschieden adaptiert wird.

Oben habe ich erwähnt, dass sich die Arbeitsprozesse an den Standorten etwa nach Funktion im Netzwerk, Grad der Robotisierung oder staatlicher Regulierung unterscheiden. Diese nationalen Differenzen lassen sich an einem scheinbar kleinen Detail illustrieren. AWI 1 erwähnt, dass in Frankreich infolge staatlicher Eingriffe keine so genannten *A-Fächer* mehr existieren. Hierbei handelt es sich um die untersten Fächer in den Regalen. Das Bücken zu diesen Fächern, um Waren zu picken, gilt als besonders schädlich für den Rücken. Da die französischen Kolleg:innen die Forderung nicht mehr stellen mussten, taugte das Thema nach Einschätzung der Teilnehmenden nicht für eine transnationale AWI-Betriebskampagne.

Ein weiteres Beispiel sind die unterschiedlichen Möglichkeiten digitaler Überwachung. In Deutschland haben Betriebsräte aufgrund des nationalen Datenschutzgesetzes Mitspracherechte beim Einsatz von Überwachungstechnologien. So konnte der Betriebsrat in Bad Hersfeld verhindern, dass individuelle Leistungsdaten genutzt werden, um im Arbeitsalltag Druck auf die Beschäftigten

auszuüben (Stephan 2021). Die interviewten Arbeiter:innen verweisen auf Diskussionen auf den AWI-Treffen, in denen deutlich wurde, dass die Möglichkeiten polnischer Manager:innen bezüglich der Überwachung viel weiter gehen als in Deutschland. Die Nutzung individueller Leistungsdaten bei Feedbacks ist in Polen nicht beschränkt. Dies führte dazu, dass die *Stop-Feedback*-Kampagne der IP, die den Druck auf Kolleg:innen in polnischen Standorten thematisierte, nicht auf die transnationale Ebene übertragen wurde, weil man davon ausging, dass diese an deutschen Standorten nicht dasselbe Mobilisierungspotenzial hätte.

Insgesamt erscheint es so, als würden nach Meinung der AWI-Aktiven gemeinsame Forderungen nicht aus der Identifikation mit Problemen an einem anderen Standort folgen, was auch möglich wäre, sondern dadurch, dass man Probleme identifiziert, die wirklich an allen Standorten zugleich auftauchen.

In der Vergangenheit gab es bei der AWI Ansätze, ausgehend von geteilten Erfahrungen und Solidarität Forderungen zu entwickeln und diesen durch praktische Aktionen Nachdruck zu verleihen. Ich möchte hier zwei Beispiele nennen:

1) Im Rahmen der AWI-Treffen 2018 in Poznań und 2019 in Leipzig fanden Aktionen gegen den Einsatz von Leiharbeit bei Amazon statt, der in Polen, der Slowakei und Frankreich eine große Rolle spielte. Zwar wurden in Deutschland zu diesem Zeitpunkt keine Leiharbeiter:innen in den Fulfillment Center eingesetzt, dennoch nahmen diese in Solidarität mit den betroffenen Kolleg:innen teil. Allerdings war Leiharbeit bis 2013 auch in deutschen Fulfillment Center noch verbreitet (Schulten 2022: 264). Es kam zu Kundgebungen vor den Firmensitzen von Leiharbeitsagenturen, die mit Amazon kooperieren. Hierbei wurden Flugblätter verteilt, die das Ende der Leiharbeit als gemeinsame Forderung aufstellten. Nach der COVID-19-Pandemie kam keinem konkreten Thema jemals wieder so eine praxisanleitende Bedeutung zu.

2) Geteilte Erfahrungen im Arbeitsprozess machten die Amazon-Arbeiter:innen insbesondere während der COVID-19-Pandemie. Während große Teile der Bevölkerung in den Lockdown geschickt wurden und *social distance*-Maßnahmen das Leben jenseits der Arbeit einschränkten, ging weltweit die Arbeit in den Amazon-Standorten nicht nur ungehindert weiter, sondern die Arbeitsbelastung nahm zu. In der Folge kam es im Frühjahr 2020 in Europa und den USA zu Protesten von Arbeiter:innen inklusive Streiks. Vor diesem Hintergrund trat die AWI mit einem offenen Brief auf, in dem von Amazon die Verstärkung bestimmter Maßnahmen wie dem Corona-Bonus oder die Aussetzung der Leistungsfeedbacks gefordert wurde. Er wurde von Aktiven aus Deutschland, Polen, Frankreich und den USA unterschrieben (Birke 2022: 295–301). Jedoch konnte die Forderung nach einem Streik im Frühjahr 2020 für diese Forderungen in Deutschland weder

bei ver.di auf Bundesebene noch auf lokaler Ebene durchgesetzt werden. Die ver.di begann im Sommer 2020 wieder mit den Streiks, in denen sie einen Tarifvertrag forderten (Gnisa/Stephan 2020). Dies verweist auf zwei Probleme. Erstens unterscheidet sich der institutionelle Rahmen, was ein gemeinsames strategisches Agieren erschwert. Während die institutionalisierten Handlungsoptionen der ver.di hinsichtlich Streiks auf Tarifverhandlungen beschränkt sind, gibt es in Ländern wie Frankreich oder den USA andere Möglichkeiten des Streiks bzw. von Walkouts, Zweitens gibt es das Problem, dass AWI-Initiativen auf der lokalen Ebene nicht umgesetzt werden.

Es wird deutlich, dass es trotz der offensichtlichen Ähnlichkeiten der Arbeitserfahrungen an allen Standorten im Detail Unterschiede gibt hinsichtlich der Organisierung des Arbeitsprozesses. Das macht es im Konkreten schwerer, transnational mobilisierende Forderungen im Kampf aufzustellen. AWI 2 sieht im Gegensatz zu Forderungen, die sich auf die Arbeitserfahrung beziehen, mehr Potenzial in Forderungen, die sich gegen *union busting* richten. In den letzten Jahren gab es aus verschiedenen Ländern Berichte über Entlassungen von Gewerkschaftsaktiven bei Amazon. Transnational koordinierte Unterstützungskampagnen für betroffene Kolleg:innen würden Druck auf Amazon aufbauen, so der Interviewte.

5 Transnationale Basisvernetzung und ihre Hindernisse

In diesem Beitrag habe ich ausgehend von einer Analyse der Ausbeutung regionaler Unterschiede durch das Amazon-Unternehmensnetzwerk zwei organisatorische Antworten der Arbeiter:innen dargestellt: die grenzübergreifende Organisierung der etablierten Gewerkschaften, die sich in der Amazon Alliance UGs zusammenfinden, und mit AWI ein transnationales Netzwerk aus Betriebsaktiven sowie Basisgewerkschaften beziehungsweise nicht-institutionalisierten Arbeiter:innenbasisgruppen. Ausgehend von den anfangs aufgeworfenen Fragen will ich die beiden Organisationsformen vergleichen, ehe ich Möglichkeiten auslote, die beiden Organisationstypen zu verbinden, um die Macht der Arbeiter:innen in der Auseinandersetzung zu stärken:

Träger:innen der Organisierung: Bei der Amazon Alliance spielen vor allem in den jeweiligen Ländern etablierte Gewerkschaften eine zentrale Rolle. Die UG-Hauptamtlichen sind diesen Gewerkschaften unterstellt. Es hängt jeweils von den nationalen Gewerkschaften ab, inwieweit Hauptamtliche oder Betriebsaktivist:innen über die Strategie der Alliance mitentscheiden dürfen. Die schwache Präsenz von Arbeiter:innen auf den halbjährlichen Treffen wurde

in den Interviews kritisiert. Ein zentrales Projekt der Alliance ist die Make-Amazon-Pay-Kampagne. Über diese spielen auch Aktivist:innen anderer soziale Bewegungen eine Rolle als strategische Bündnispartner:innen der Organisierung. In der AWI sind die zentralen Akteur:innen Betriebsaktive. In ihr vernetzen sich vor allem Basisgewerkschaften. Allerdings wurde zumindest in Bezug auf Deutschland beklagt, dass sich zu wenige Kolleg:innen auf transnationaler Ebene engagieren. Eine wichtige Rolle spielen zudem Unterstützer:innen, die mit der Organisierung von Treffen verbundene Aufgaben übernehmen. Gerade bei der AWI ist die Finanzierung stets prekär. Gewerkschaftsnahen Stiftungen, bei denen immer nur projektbezogene Anträge gestellt werden können, kommt eine zentrale Funktion für die Finanzierung der AWI zu.

Ebene der Organisierung: Beide Netzwerke organisieren vor allem Beschäftigte innerhalb des Amazon-Konzerns. Die AWI ist primär fokussiert auf die Lagerarbeiter:innen in der EU und teilweise den USA. Bei Treffen der Amazon Alliance kommen Hauptamtliche und Arbeiter:innen aus allen Teilen der Welt zusammen. Bei UG-Kampagnen spielen außerdem auch andere Beschäftigtengruppe wie die Drehbuchautor:innen eine Rolle. Bei Make-Amazon-Pay-Aktionen werden auch Arbeiter:innen, die für Amazons Hausmarken etwa in Bangladesch Textilien produzieren, integriert, sowie verschiedene NGOs, die sich kritisch mit Amazons Auswirkungen auf die Gesellschaft befassen. Der Konflikt bei Amazon wird im Rahmen der Black-Friday-Proteste auf die politische Ebene gehoben. Dies passt nicht immer mit dem eher betrieblichen Fokus der AWI zusammen.

Ziel der Organisierung: Die Amazon Alliance hat kein eigenständiges inhaltliches Ziel, sondern sieht ihre Aufgabe in der Unterstützung der Kämpfe der Mitgliedsgewerkschaften vor Ort, die jeweils eigene Ziele haben. Meistens beziehen sich die lokalen Kämpfe auf typische Tarifvertragsforderungen wie Lohnerhöhungen. Im Rahmen von Make Amazon Pay unterstützt UG hingegen auch die Forderungen von NGOs, wobei unklar ist, inwieweit sich die von den Gewerkschaften repräsentierten Basisaktivist:innen die Forderungen zu eigen machen. In ihrer Praxis verfolgt die AWI auch das Ziel, den Austausch von Arbeiter:innen an der Basis zu ermöglichen. Auch wenn einigen Teilnehmenden der Informationsaustausch verglichen mit der Planung von konkreten Aktionen zu viel Raum einnimmt, steht er im Zentrum der Netzwerktreffen. Allerdings kam seitens der Befragten immer wieder der Wunsch nach gemeinsamen Forderungen auf, hinter denen sich die Arbeiter:innen aller Länder vereinen können. Verbindliche, gemeinsame Forderungen konkret festzulegen, gestaltet sich aber in der politischen Praxis tatsächlich für die AWI schwierig, wie gezeigt worden ist.

Aufgrund der unterschiedlichen Organisationskulturen erscheint eine Vereinigung der AWI mit der Amazon Alliance ausgeschlossen. Dennoch stellt der Ausschluss bestimmter Gewerkschaften eine Schwächung der transnationalen Bewegung dar. Die IP als stärkste Gewerkschaft bei Amazon in Polen kann in ihrer Organisationsarbeit etwa nur begrenzt von Ressourcen der Amazon Alliance profitieren. UG verzichtet bei weltweiten Strategien auf die lokalen Machtressourcen von Nicht-Mitglieder-Gewerkschaften sowie auf Impulse von Betriebsaktiven. Es wäre dem weltweiten Kampf zu wünschen, dass es mehr Austauschtreffen zwischen den Aktiven verschiedener Gewerkschaften gibt, entweder auf den offeneren Treffen der AWI oder im Rahmen von Make Amazon Pay. Weiterhin könnte UG selbstorganisierte Initiativen wie die AWI stärker mit den eigenen finanziellen und personellen Ressourcen unterstützen. Dies würde dazu beitragen, dass sich das transnationale Klassenbewusstsein, das sich auf den Treffen der AWI und in den transnationalen Freundschaften zeigt, verbreitert. Mehr aktive Arbeiter:innen auch jenseits der UG-Gewerkschaften könnten so in den Kampf einbezogen werden.

Literatur

- Amazon Workers and Supporters (2018), „Stop Treating Us Like Dogs!“ Workers Organizing Resistance at Amazon in Poland, in: Alimahomed-Wilson, J./Ness, I. (Hg.), *Chokepoints. Logistics Workers Disrupting the Global Supply Chain*, London: Pluto Press, S. 96–109.
- Apicella, S. (2020), Rough Terrains: Wages as Mobilizing Factor in German and Italian Amazon Distribution Centers, in: *Sozial Geschichte Online* 27, S. 81–96.
- (2022), Amazons Kuckucksei: Drei Thesen über die Expansion des Versandgiganten in Osteuropa, in: *Berliner Gazette* vom 4.2.2022, <https://berlingazette.de/de/amazons-kuckucksei-osteuroopa> (letzter Abruf am 23.7.2023).
- Aulenbacher, B./Burawoy, M./Dörre, K./Sittel, J. (2017), Zur Einführung: Soziologie und Öffentlichkeit im Krisendiskurs, in: Aulenbacher, B./Burawoy, M./Sittel, J. (Hg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 11–30.
- Barthel, G./Gnisa, F./Stephan, H.-C. (2022), Eigensinn im marktgesteuerten digitalen Taylorismus. Eine empirische Untersuchung zu Aneignungsweisen im Produktionsmodell von Amazon, in: Heiland, H./Schaupp, S. (Hg.), *Widerstand im Arbeitsprozess*, Bielefeld: transcript, S. 249–276.
- Birke, P. (2022), *Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland*, Wien/Berlin: Mandelbaum Verlag.
- Boewe, J./Schulten, J. (2019), *Der lange Kampf der Amazon-Beschäftigten. Labor des Widerstandes: Gewerkschaftliche Organisation im Onlinehandel*, 2. u. erw. Aufl., <https://>

- www.rosalux.de/publikation/id/8529/der-lange-kampf-der-amazon-beschaeftigten/ (letzter Abruf am 21.3.2024).
- (2020), Amazon Strikes in Europe: Seven Years of Industrial Action, Challenges, and Strategies, in: Alimahomed-Wilson, J./Reese, E. (Hg.), *The Cost of Free Shipping. Amazon in the Global Economy*, London: Pluto Press, S. 200–224.
- Brook, P./Darlington, R. (2013), Partisan, scholarly and active: arguments for an organic public sociology of work, in: *Work, Employment & Society* 27(2), S. 232–243.
- Burawoy, M. (2012), Öffentliche Soziologien: Widersprüche, Dilemmata und Möglichkeiten, in: Unzicker, K./Hessler, G. (Hg.), *Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis. Zum Verhältnis von Sozialforschung, Praxis und Öffentlichkeit*, Wiesbaden: Springer VS, S. 19–40.
- Chelstowska, A./Owczarek, D. (2018), *Amazon in Polen. Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Coe, N.M./Yeung, H.W.-C. (2015), *Global Production Networks. Theorizing Economic Development in an Interconnected World*, Oxford: Oxford University Press.
- Danyluk, M. (2019), Fungible Space. Competition and Volatility in the Global Logistics Network, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 43(1), S. 94–111.
- DCH1 Amazonians United (2020), Amazonians United! An interview with DCH1 (Chicago) Amazonians Untied, in: Alimahomed-Wilson, J./Reese, E. (Hg.), *The Cost of Free Shipping. Amazon in the Global Economy*, London: Pluto Press, S. 265–274.
- Dörflinger, N./Pugliano, V./Vallas, S. P. (2020), Production Regimes and Class Compromise Among European Warehouse Workers, in: *Work and Occupation* 48(2), S. 111–145.
- Eversberg, D./Liebig, S./Schmelzer, M./Treu, N. (2017), Public Sociology in der Bewegungsforschung: Zum Verhältnis von Soziologie, Gesellschaftskritik und sozialen Bewegungen, in: Aulenbacher, B./Burawoy, M./Dörre, K./Sittel, J. (Hg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit Gesellschaft*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 176–188.
- Ford, M./Gillan, M. (2015), The global union federations in international industrial relations: A critical review, in: *Journal of Industrial Relations* 57(3), S. 465–475.
- Gautié, J./Jaehrling, K./Perez, C. (2020), Neo-Taylorism in the Digital Age: Workplace Transformations in French and German Retail Warehouses, in: *Industrial Relation* 75(4), S. 774–795.
- Gnisa, F./Stephan, H.-C. (2020). Bei Amazon zu arbeiten ist lebensgefährlich, in: *Jacobin* v. 8.5.2020, <https://jacobin.de/artikel/corona-amazon-streik-verdi-leipzig> (letzter Abruf am 20.02. 2024).
- Henderson, J./Dicken, P./Hess, M./Coe, N./Yeung, H. W.-C. (2002), Global Production Networks and the analysis of economic development, in: *Reviews of International Political Economy* 9(3), S. 436–464.
- IP, Inicjatywa Pracownicza (2019), Warning Signals for Amazon Struggles in Poland and Beyond, in: Transnational Social Strike Platform (Hg.), *Strike the Giant! Trans-*

- national Organization against Amazon. TSS Journal*, Herbst 2019 S. 18–25, www.transnational-strike.info/2019/11/29/pdf-strike-the-giant-transnational-organization-against-amazon-tss-journal (letzter Abruf am 23.07.2023).
- (2020), “2,000 pln for everyone” – *Polish Amazon workers demand bonus*, www.ozzip.pl/english-news/item/2718-2-000-pln-for-everyone-polish-amazon-workers-demand-bonus (letzter Abruf am 31.07.2023).
- (2021), *Amazon Fires a Protected Inicjatywa Pracownicza ShopSteward. Make Amazon Pay for it!*, <https://www.ozzip.pl/english-news/item/2832-amazon-fires-a-protected-inicjatywa-pracownicza-shop-steward-make-amazon-pay-for-it> (letzter Abruf am 20.02.2024).
- (2023), *Strike Referendum at Amazon Poland – Summary*, www.ozzip.pl/english-news/item/2969-strike-referendum-at-amazon-poland-summary (letzter Abruf am 23.07.2023).
- Kelly, J. (1998), *Rethinking Industrial Relations Mobilisation, Collectivism and Long Waves*, London: Routledge.
- Krähling, C. (2019), Common Strategy to Gain Power and Think Bigger. Interview with Christian Krähling, Ver.di Union, Bad Hersfeld, Germany, in: *Transnational Social Strike Platform* (Hg.), *Strike the Giant! Transnational Organization against Amazon. TSS Journal*, Herbst 2019, S. 12–17, <https://www.transnational-strike.info/2019/11/29/pdf-strike-the-giant-transnational-organization-against-amazon-tss-journal> (letzter Abruf am 23.07.2023).
- Labournet.de (2023), *Black Friday am 24.11.23 kann zum weltweit größten Streik aller Zeiten gegen Amazon werden. Dossier*, <https://www.labournet.de/?p=216423> (letzter Abruf am 22.02.2024).
- López, T./Fütterer, M. (2019), Herausforderungen und Strategien für den Aufbau gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht in der Bekleidungswertschöpfungskette. Erfahrungen aus dem TIE-ExChains-Netzwerk, in: Ludwig C./Simon, H./Wagner A. (Hg.), *Entgrenzte Arbeit, (un)begrenzte Solidarität? Bedingungen und Strategien gewerkschaftlichen Handelns im flexiblen Kapitalismus*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 175–191.
- Moody, K. (2018), The Rank and File Strategy, in: *Jacobin* v. 8.9.2018, <https://jacobin.com/2018/08/unions-socialists-rank-and-file-strategy-kim-moody> (letzter Abruf am 29.08.2023).
- Nowak, J. (2016), *Grenzüberschreitende Solidarität unter Arbeiterinnen. Eine Bestandsaufnahme anhand von vier Fallstudien*, <https://www.rosalux.de/publikation/id/8931/grenzueberschreitende-solidaritaet-unter-arbeiterinnen/> (letzter Abruf am 21.3.2024).
- Schmalz, S./Conrow, T./Feller, D./Rombaldi, M. (2021), *Duas Formas De organização Transnacional: Mapeando As estratégias Das Federações Sindicais Globais*, in: *Tempo Social* 33(2), S. 143–162.
- Schulten, J. (2022), *Im Permanenten Reorganisierungsprozess*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Silver, B. (2003), *Forces of Labour. Workers’ Movement and Globalization since 1870*, Cambridge: Cambridge University Press.

- Stephan, H.-C. (2021), Die „Anhängsel der Maschine“ wehren sich. Zur Anwendung algorithmischer Kontrolle bei Amazon und dem Widerstand dagegen, in: *digital bewegt* v. 30.11.2021, <https://digital-bewegt.org/artikel/algorithmische-kontrolle> (letzter Abruf am 1.8.2023).
- (2022), „Wir arbeiten tatsächlich dort – wir sind eine von Arbeiter:innen geführte Gewerkschaft“. Zur Gewerkschaftsbewegung bei Amazon in den USA, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* v. Mai 2022, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-arbeiten-tatsaechlich-dort-wir-sind-eine-von-arbeiterinnen-gefuehrte-gewerkschaft> (letzter Abruf am 1.8.2023).
- Streiksolibündnis Leipzig (2022), *Verweigern, Widerstehen, Organisieren. Ein Interview mit 3 streikenden Amazon-Arbeitenden in der Türkei*, www.labournet.de/wp-content/uploads/2022/08/tr-amazon-streiksoli.pdf (letzter Abruf am 31.7.2023).
- Transnational Social Strike Platform (Hg.) (2019), *Strike the Giant! Transnational Organization against Amazon*. *TSS Journal*, Herbst 2019, www.transnational-strike.info/2019/11/29/pdf-strike-the-giant-transnational-organization-against-amazon-tss-journal (letzter Abruf am 23.7.2023).
- UG, Uni Global (2023), *Life in the Amazon Panopticon. An International Survey of Amazon Workers*, https://uniglobalunion.org/wp-content/uploads/UNIAMZN_Report-1.pdf (letzter Abruf am 23.7.2023).
- Urban, H.-J. (2017), Digitale Arbeit, Gewerkschaften und öffentliche Soziologie: Überlegungen zu einem inklusiven Forschungsdesign, in: Aulenbacher B./Burawoy M./Dörre K./Sittel J. (Hg.), *Öffentliche Soziologie. Wissenschaft im Dialog mit Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 68–83.

Jennifer Ramme

Die Raumfrage in der zeitgenössischen feministischen Bewegung in Polen: Von der großstädtisch zentrierten Bewegung hin zu translokaler Solidarität

Der Beitrag behandelt Raumfragen im Kontext von feministischen Bewegungen und Mobilisierungen für reproduktive Rechte in Polen. Im Vordergrund steht das Zusammenspiel von Raum und Gender, wobei die diesbezüglichen Entwicklungen und Initiativen feministischer und frauen*politischer Bewegungen seit 2016 bis zur Parlamentswahl 2023 in den Blick genommen werden. Dies beinhaltet sich wandelnde Zentrum-Peripherie-Verhältnisse sowie Unterschiede zwischen den Bewegungssegmenten, die mit der Positionierung in städtischen, kleinstädtischen, ländlichen Räumen einhergehen. Eine der unerwarteten Folgen der frauen*politischen Proteste zwischen 2016 und 2020 war die Mobilisierung von Akteur:innen außerhalb großer urbaner Zentren sowie von Migrant:innen aus Polen im Ausland. Dies hat zur Entstehung einer heterogenen Bewegung beigetragen. Diese Bewegung vernetzt sich zunehmend translokal und viele der beteiligten Akteur:innen reflektieren die räumlichen Dimensionen gesellschafts-politischer Fragen. Zugleich ist sie in geringerem Maße Zentrum-Peripherie-Beziehungen unterworfen.

1 Einleitung

Noch 2004 bezeichnete Monika Ksieniewicz die mangelnde Breitenwirkung und Resonanz auf dem Land und in den Kleinstädten als „Hauptproblem des polnischen Feminismus“ (Ksieniewicz 2004), da dieser ohne die Unterstützung der „Massen“ und ohne Rückhalt in der Bevölkerung **keine politische Wirksamkeit** erlangen könne (ebd.). Es ist bemerkenswert, wie sehr diese Diagnose nach den sogenannten Schwarzen Protesten, dem *Polenweiten Frauenstreik*¹

1 Der Begriff „Frauen“, wie hier im Fall des Polenweiten Frauenstreiks, wird ohne Sternchen verwendet, da dies der originalen polnischen Schreibweise entspricht und der Aufruf zum Streik 2016 an Cis-Frauen gerichtet war bzw. geschlechtliche

(Ogólnopolski Strajk Kobiet) von 2016 und der darauf folgenden Ausbreitung der Bewegung auf kleine Städte an Aktualität verloren hat. In Polen hat sich der Feminismus zu einer landesweiten Bewegung entwickelt, die ihre politische Legitimität insbesondere aus der geographischen Breite und der Mobilisierung von Akteur:innen außerhalb der großen Metropolen bezieht. Aber nicht nur die geographische Ausdehnung ist im Wandel begriffen, sondern auch die Gewichtung von Raumfragen innerhalb der Bewegung. Sowohl durch Positionierungen und in Auseinandersetzungen diverser Bewegungsakteur:innen als auch durch andere Teilnehmer:innen politischer Debatten wird Raum fortwährend thematisiert und auch politisiert.

Dieser Beitrag befasst sich mit der Bedeutung von Raum und räumlicher Positionierung im politischen Feld zeitgenössischer feministischer bzw. Frauen*bewegungen, den verschiedenen Ebenen der Mobilisierung und den sich bewegungsintern verändernden Zentrum-Peripherie-Beziehungen. Die untersuchten Zentrum-Peripherie-Beziehungen sind erstens jene zwischen Warschau und anderen polnischen Großstädten sowie zweitens jene zwischen Großstadt, Kleinstadt und Land.

Berücksichtigt werden die Zeit nach der Systemtransformation und vor dem Frauenstreik von 2016, die Zeit rund um den Frauenstreik bis zu den letzten großen Protestwellen im Herbst/Winter 2021/2022 sowie die Zeit kurz vor und nach den Parlaments- und Regionalwahlen von 2023 und 2024. Mit Blick auf die Frauenbewegung *vor* 2016 zeige ich, dass feministischer Protest vor allem in urbanen Zentren stattgefunden hat bzw. als solcher wahrgenommen wurde. In dieser bewegungsgeschichtlichen Betrachtung rekonstruiere ich, wie in der damit einhergehenden Priorisierung urbaner Bewegungsstrukturen sowohl aktivistische Akteur:innen als auch die Bewegungsforschung selbst Ansätze eines frauen*politischen und feministischen Aktivismus' in ländlichen und kleinstädtischen Kontexten übersehen und zuweilen sogar marginalisiert haben. Anhand der Frauenstreiks ab 2016 untersuche ich anschließend, wie sich demgegenüber gerade außerhalb der Großstädte und in kleinstädtischen Kontexten eine feministische bzw. frauen*politische Bewegungsstruktur entwickelt hat. Mit ihr bzw. durch diese, so die weitere Argumentation meiner Untersuchung, artiku-

Vielfalt in diesem Zusammenhang noch nicht reflektiert wurde. In der polnischen Sprache und aktivistischen Diskursen ist die Verwendung von Sternchen hinter dem Begriff Frauen nicht üblich, wird aber in diesem Beitrag verwendet, wenn es sich nicht um Eigennamen handelt, und darauf verwiesen wird, dass der Begriff in diesem deutschsprachigen Text auch Trans*-, queere und nichtbinäre Personen inkludiert.

lieren Aktivist:innen kleinstädtischer und vereinzelt auch ländlicher Kontexte räumliche Positionierung als Teil intersektionaler Machtbeziehungen – auch im feministischen Bewegungsfeld. Die in den vergangenen Jahren etablierte Bewegungsstruktur in der Peripherie, also jenseits polnischer Metropolen, das wird meine Analyse herausarbeiten, hatte strategische Erfolge: Ihr gelang ein Widerspruch zu jenen Narrativen eines rechten autoritären Populismus, die Zentrum-Peripherie-Beziehungen für sich vereinnahmten und sich vermeintlich auf die Seite der kleinstädtischen Peripherie und deprivierten Landbevölkerung stellen. Derlei Argumentationsmuster, die mit einem (potentiell) starken Rechtsruck zusammenhängen, sind nicht nur Polen, sondern auch in anderen EU-Staaten zu beobachten (vgl. Corradi 2022; Valero 2022; für Deutschland u.a. Dellenbaugh-Losse u.a. 2020; Förtner u.a. 2021; Leser/Pates 2021). Den polnischen Frauenstreik als antiautoritäre soziale Bewegung verstehend, könnten, so möchte ich mit meiner Analyse argumentieren, gerade feministische und frauen*politische Mobilisierungen jenseits polnischer Metropolen auch in anderen Ländern und für Lernprozesse grenzübergreifender Bewegungen als Referenz für die Abwehr eines rechtsautoritären Staatsumbaus dienen. Dies führe ich mit Blick auf die letzten Protestwellen 2021/2022 und die jüngsten Parlamentswahlen weiter aus: Die Abkehr vom autoritären Populismus und die Einleitung staatlicher Redemokratisierungsprozesse fand ihre Vorläufer gerade auf lokaler Ebene. Auf dieser Ebene gelang feministischen und frauen*politischen Gruppen effektiver Widerstand gegen Reformen der PiS-Regierung. Hierbei profitierten die Aktivist:innen, wie ich zeigen werde, jeweils einerseits von lokalen Gelegenheitsstrukturen und sie prägten ihrerseits lokale Prozesse, in denen durch die Öffnung institutioneller Politik für Bürger:innenbeteiligung eine nationale Politik der seinerzeit regierenden Partei *Recht und Gerechtigkeit* (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) punktuell unterlaufen wurde. Gerade jenseits feministischer und frauen*politischer Proteste in Metropolen wird gegenwärtig ein Selbstverständnis der Bewegung geprägt und räumliche Positionierung reflektiert, woraus sich, so ein weiterer Befund, translokale Solidaritätspraxen im Bewegungsfeld entwickeln.

Der Beitrag basiert auf Daten, die ich seit 2007 im Rahmen meiner Dokumentations- und Forschungsarbeit zur Frauen*bewegung und zum Protestgeschehen in Polen gesammelt habe. Dies umfasst teilnehmende Beobachtung an zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen sowie internen lokalen, regionalen wie auch überregionalen Versammlungen vieler der in dem Beitrag genannten Initiativen und Gruppen. Ich konnte auch auf qualitative Interviews zurückgreifen, die ich zunächst im Rahmen eines gesellschaftspolitischen Engagements in der Bewe-

gungsdokumentation und später im Kontext der Forschung für meine Dissertation über mehrere Jahre mit Akteur:innen aus verschiedenen Bewegungssegmenten geführt habe. Ein Teil der empirischen Daten aus teilnehmender Beobachtung von Protestereignissen in Warschau, polnischen Kleinstädten und Berlin sowie Dokumentationen und Interviews, sind im *Social Unrest Archive*² gesammelt. Hinzu kam eine Befragung von knapp 100 Organisatorinnen von Frauenstreiks in den Jahren 2016 bis 2017, die zugleich die erste größere Befragung von Organisatorinnen von Protesten in kleineren Orten in Polen darstellt (Ramme/Snochowska-Gonzalez 2018 und 2020). Weitere Quellen sind u.a. Webseiten und *Social-Media Content*, Medienberichte und Sekundärliteratur. Es handelt sich also um einen sehr umfassenden Datensatz, der über 15 Jahre gesammelt wurde und einen wichtigen Bestand an Hintergrundwissen für die in diesem Beitrag behandelten Themen bereitstellt.

2 Vor dem Polenweiten Frauenstreik von 2016: Großstädte als Zentren feministischer Bewegungen

Bereits in der Zeit des politischen Umbruchs und zu Beginn der 1990er Jahre, als es infolge national-katholischer Bestrebungen, reproduktive Rechte drastisch einzuschränken, zu einer ersten breiteren landesweiten Mobilisierung für Frauenrechte kam, konzentrierten sich Protestveranstaltungen vor allem auf die Hauptstadt Warschau und die größeren polnischen Städte. In den Jahren danach setzte sich dieses Muster fort, auch wenn viele feministische Aktivist:innen, die beispielsweise die 8.-März-Demonstrationen in Warschau organisierten, ursprünglich aus Kleinstädten oder ländlichen Gebieten stammten (Ramme/Snochowska-Gonzalez 2018 und 2020). Jene Aktivist:innen hatten ihrer ländlichen bzw. kleinstädtischen Herkunft den Rücken zugekehrt und setzten ihren aktivistischen Lebensmittelpunkt in den Großstädten, wo auch Protestversammlungen stattfanden. Der kleinstädtische und ländliche Raum hingegen verblieb als Domäne des Katholizismus und Konservatismus inklusive tradierter Geschlechterverhältnisse.

2 Das Social Unrest Archive ist die Bezeichnung für eine private Archivierungs- und Dokumentationsinitiative von sozialen Bewegungen, mit derzeitigem Schwerpunkt auf feministische und LGBTQ*-Bewegungen und Proteste, sowie nicht-gesellschaftskonforme Praktiken und Haltungen. Eine Subsammlung des Archives unter dem Titel *Bunt Kobiet* umfasst unter anderen Fotos und Manifeste von Frauenstreiks und Schwarzen Protesten aus ganz Polen.

Zugleich beschäftigte sich die Forschung zu frauen*politischen und geschlechterdemokratischen Akteur:innen und Praktiken in Polen vor 2016 kaum mit Protestereignissen, da der Fokus entweder auf Literatur und Kunst oder auf der Fähigkeit von NGOs und Politiker:innen lag, legislative und strukturelle Veränderungen auf zentraler, staatlicher Ebene einzuführen. Durch diesen Fokus hat sich, obwohl es bereits in den 1990er und 2000er Jahren frauen*- und gleichstellungspolitische Aktivitäten in kleineren Städten gab, die Forschung überwiegend auf Akteur:innen in Großstädten konzentriert (siehe z.B. Fuchs 2003; Fuszara 2005 oder Keinz 2009). Diese vorherrschende Orientierung auf die Metropolen spiegelte sich lange Zeit auch im von NGOs und Akademiker:innen geprägten Diskurs über die Frauenbewegung in Polen und deren Selbstverständnis wider. Bis zum Frauenstreik am 3. Oktober 2016, auch bekannt als *Schwarzer Montag*, wurden feministische Bewegungen und frauen*politische Proteste von politischen Entscheidungsträger:innen, aber auch von der Forschung hauptsächlich als politische Bewegungen in urbanen Zentren wahrgenommen und als solche beschrieben. Daher wissen wir wenig über (möglicherweise stattgefundenes) feministisches bzw. frauen*politisches Handeln außerhalb der großen urbanen Zentren. Auch medial war Feminismus überwiegend durch Akteurinnen in Warschau repräsentiert.

Dieses Bild einer urban geprägten feministischen Bewegung lässt sich aus der politischen und ökonomischen Beziehung von urbanen Metropolen zu kleinstädtisch bzw. ländlich geprägten Regionen heraus verstehen und schließlich hinterfragen. Laut Recherchen von Barbara Limanowska und Roma Cieśla für das *Fraueninformationszentrum OŚKa* (Ośrodek Informacji Środowisk Kobiecych – OŚKa) existierten Mitte der 2000er Jahre über 300 Frauenorganisationen in Polen, wobei anzumerken ist, dass die Aufzählung z.B. auch katholische Frauenorganisationen umfasste, die keine gleichstellungspolitischen Ziele verfolgten (vgl. Fuszara 2005). In den 1990er und 2000er Jahren konzentrierten sich Organisationen mit explizit frauen*politischen oder feministischen Schwerpunkten vor allem in den Metropolen Warschau, Krakau, Posen, Danzig oder Łódź.

Um das Zusammenwirken von Raum und Geschlecht im Bewegungskontext verständlicher zu machen, gilt es die raumbezogenen Problemlagen einzuordnen. Auch in Polen fungieren urbane Metropolen als Akkumulationsräume, die sich durch kurze Distanzen, die Akkumulation von Ressourcen und die Materialisierung von Machtverhältnissen auszeichnen (Brenner 1999; Taylor/Spicer 2007). Insofern stellen sie das Pendant zu deindustrialisierten Kleinstädten oder ländlichen Regionen dar. Zusätzlich ist Polen durch einen besonders hohen Zentralisierungsgrad gekennzeichnet. Das subnationale Selbstverwaltungsprinzip der

Dreiteilung in Kommunen, Kreise und *Woiwodschaften* (Regionen) ermöglicht zwar, auch infolge von Dezentralisierungsreformen in den 1990er Jahren, ein im osteuropäischen Vergleich relativ hohes Maß an Autonomie – zumindest bis zur rechtsautoritären Machtübernahme und der Einleitung von Maßnahmen der Re-Zentralisierung (Swianiewicz 2024, vgl. auch Aksztejn u.a. 2022). Dennoch befinden sich alle relevanten nationalstaatlichen Institutionen und Entscheidungsträger:innen, einschließlich der überregionalen privaten und staatlichen Medien, in Warschau. Diese Konzentration bewirkt, dass fast alle Wege überregionaler Einflussnahme über Warschau verlaufen, was die Machtverhältnisse zwischen den urbanen Zentren und dem Rest des Landes weiter verschärft. Dieser ungleiche Zugang zu wichtigen politischen Entscheidungsträger:innen und die daraus resultierende Verteilung von Sichtbarkeit und Ressourcen zugunsten von Warschauer Organisationen sowie der Einfluss historisch gewachsener Zentrum-Peripherie-Beziehungen (Zarycki 2009) führten zwischen den frauen*politischen Organisationen wiederholt zu Spannungen und schließlich auch zu Entsolidarisierungen. Dies und die negativen Erfahrungen mit monopolistischen Organisationsformen wie die der Frauenliga im Staatssozialismus verhinderten auch die Etablierung einer landesweiten und weitgehend repräsentativen *Advocacy-Dachorganisation*, vergleichbar z.B. mit dem *Deutschen Frauenrat*. Eine der wenigen überregional ausgerichteten Initiativen war das 2000 in Warschau gegründete *Fraueninformationszentrum OŚKa*, zu dessen Beirat Vertreterinnen von Frauen-NGOs aus mehreren Großstädten gehörten. Die Aufgabe von OŚKa bestand darin, monatlich über gleichstellungspolitische und frauenbewegte Initiativen im ganzen Land zu informieren (Darska 2005) und Akteurinnen sowie NGOs untereinander zu vernetzen. In der Betrachtung der Arbeit von OŚKa zeigen sich Ansätze feministischer und frauen*politischer Bewegungen in ländlichen und kleinstädtischen Kontexten und Beziehungen zwischen ihnen und urbanen feministischen Bewegungen: Das *OŚKa-Bulletin* deckte hiermit unterschiedliche Kreise und Organisationen ab, wie geschlechterdemokratische NGOs, feministische Akademikerinnen, Kunstgruppen, Businessfrauen von *Soroptimist International*, Brustkrebs-Selbsthilfegruppen der *Amazonen* (Amazonki), die ehemalige staatssozialistische *Liga der Frauen* (Liga Kobiet), anarchafeministische Gruppen oder auch Landfrauenkreise (Kola Gospodyń Wiejskich) (Ramme 2016: 258). Während der Zeit des Staatssozialismus waren Landfrauenkreise neben der Liga der Frauen der einzige erlaubte Organisationstyp, der explizit Frauen organisierte und landesweit verbreitet war (Walczewska 1993; Lubik-Reczek/Reczek 2013; für Forschung explizit zu Landfrauenkreisen vgl. u.a. Matysiak 2016; Mencwel u.a. 2014). Viele dieser

Organisationen währten auch nach der Ära des Staatssozialismus fort. Nach der Wende, so Ostaszewska (2014), dienten die Landfrauenkreise vor allem der Pflege des ländlichen kulturellen Brauchtums, wobei die Motive der Akteurinnen vor allem das Bedürfnis nach Kontakt mit anderen Menschen und nach einer Auszeit vom Alltag gewesen seien.

Neben dem 2009 ebenfalls in Warschau begründeten *Frauenkongress* (Desperak 2010) war OŚKa eine der einflussreichsten Organisationen, die in Polen eine Sensibilisierung für frauen- und gleichstellungspolitische Perspektiven über eine sehr unterschiedliche und breite Spanne von Akteursfeldern hinweg bewirkt hat. OŚKa-Konferenzen boten seinerzeit die einzige Plattform, auf der die unterschiedlichsten Gruppen zusammenkamen und sich oft zum ersten Mal trafen und austauschten. Allerdings begegneten sich die Teilnehmer:innen nicht immer auf Augenhöhe, unter anderem da die Veranstaltungen meist von großstädtischen und akademischen Perspektiven und Sprachkulturen geprägt waren. Auch wenn also das Ziel darin bestand, diverse Initiativen von Frauen zusammenzubringen, wurden intersektionale Dimensionen und räumliche Machtverhältnisse meist nur unzureichend berücksichtigt. Deshalb fanden sich etwa Frauen aus ländlichen Regionen, die sich in Landfrauenkreisen organisierten, einerseits kaum auf solchen Veranstaltungen wieder und sie gerieten andererseits in die Rolle passiver Rezipientinnen.

Die Chancen, die sich aus der Vielzahl von Frauenorganisationen ergaben, die in den Landfrauenkreisen organisiert waren oder auch Teil der Frauenliga waren, wurden von den staatsunabhängigen frauen*politischen Akteurinnen der 1990er und 2000er Jahre kaum genutzt. Dies lag u.a. an Vorbehalten gegenüber ehemals mit dem kommunistischen Staatsapparat verflochtenen Organisationen, aber auch an unterschiedlichen frauen*politischen bzw. dezidiert unpolitischen Einstellungen, oder eben auch – wie im Fall der Landfrauenverbände – an der Wirkkraft von Stadt-Land-Dichotomien.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu verstehen, dass in Polen das Verhältnis der Stadtbevölkerung zur Landbevölkerung von Vorurteilen geprägt ist und letztere oft verallgemeinernd als „hinterwäldlerisch“, „primitiv“ abgewertet wird (Bukraba-Rylska 2010). Die Landfrauen wurden also allenfalls als Aufklärungsbedürftige, nicht aber als Personen mit relevanten Perspektiven oder eigener Agenda wahrgenommen. Obgleich sich feministische Organisationen in Großstädten, anders als manche ländliche/kleinstädtische Gruppen, durch explizit gleichstellungspolitische und emanzipatorische Zielsetzungen auszeichnen, hätte das geteilte Bedürfnis, sich als Frauen zu organisieren und sich für Frauen einzusetzen, durchaus Anknüpfungspunkte bieten können: So sieht Ostaszewska

Gemeinsamkeiten darin, dass die Akteurinnen der Landfrauenvereine, ähnlich wie die Organisatorinnen feministischer Proteste in Warschau, durch die Teilnahme an Frauengruppen ein Gefühl von Handlungsfähigkeit und Empowerment erlangen (Ostaszewska 2014: 134).

Zentrum-Peripherie-Dynamiken – zwischen Stadt und Land auf der einen Seite und der Hauptstadt Warschau und dem Rest des Landes auf der anderen Seite – erschwerten weitgehend eine urbane überregionale Zusammenarbeit. Dies zeigte sich auch in der Abkehr von dem Fraueninformationszentrum *OŚKa*, welches in den Interviews, die ich zwischen 2007 und 2010 mit Akteurinnen in polnischen Großstädten führte, als zu dominant und die Erfolge der gesamten Bewegung vereinnahmend bewertet wurde. Abseits von Konflikten zwischen feministischen NGOs aus großen urbanen Agglomerationen, die sich gegenüber Warschauer Organisationen und Aktivistinnen benachteiligt fühlten, wurde räumliche Positionierung als Dimension intersektionaler Machtverhältnisse im polnischen frauen*politischem Umfeld lange Zeit kaum reflektiert. Dies ist umso bemerkenswerter, da Polen besonders stark durch Stadt-Land-Dichotomien und die Politisierung von Raum geprägt ist. Diverse Facetten von Stadt-Land-Dichotomien werden durch das Zusammenwirken von Gender und Raum noch weiter verschärft sowie politisiert. So wurde einerseits die feministische Bewegung lange Zeit mit dem Vorwurf konfrontiert, dass sie sich ausschließlich aus urbanen, intellektuellen Eliten zusammensetzt und somit nicht die Stimme der „normalen“ Bewohnerinnen des Landes sei (Ramme/Snochowska-Gonzalez 2019). Andererseits war es in städtischen und insbesondere liberalen politischen Diskursen, eingeschlossen liberaler feministischer Diskurse, ein gängiges Muster, Landbevölkerungen mit Konservatismus gleichzusetzen und als rückständig zu framen (vgl. Bukraba-Rylska 2011), während einzig Urbanisierung als erstrebenswert galt (vgl. Wieruszewska 2016). Diese diskursiven Muster stehen im Zusammenhang mit historischen Klassenverhältnissen (u.a. zwischen der *Szlachta*³ und den Bäuer:innen) sowie mit den seit der Industrialisierung einsetzenden Stadt-Land-Migrationen, die im Zusammenspiel mit vielen weiteren Faktoren ausgeprägte Zentrum-Peripherie-Verhältnisse hervorbrachten (vgl. Zarycki 2009). Bis heute ist die Zugehörigkeit zur Landbevölkerung mit einem Stigma verbunden (Woźniak 2020), wobei exemplarisch dafür der Begriff „Dorfbewohner“ im allgemeinen Sprachgebrauch als eine Beleidigung funktioniert (Gospodarczyk 2020). Dies führt unter anderen dazu, dass in Städte migrierte Landbewohner:innen sich teils vom Land und der eigenen Herkunft abgrenzen (Woźniak 2020).

3 Der Begriff *Szlachta* bezeichnet den polnischen Adel.

Dass Stadt-Land-Dichotomien, wie sie sowohl von rechten als auch von liberalen Akteur:innen funktionalisiert werden, unterkomplex sind, zeigt sich exemplarisch in unserer vergleichenden Studie zu den Organisatorinnen des Polenweiten Frauenstreiks (2016–2017) und den Organisatorinnen der 8. März-Protteste in Warschau (Ramme/Snochowska-Gonzalez 2018, 2020). So stellte sich heraus, dass viele der großstädtischen Aktivist:innen, die in den Jahren von 2001–2017 bis in Warschau 8.-März-Demonstrationen organisierten, zuvor aus kleineren Ortschaften in die Hauptstadt migriert waren. Dies ist nicht verwunderlich, da sich erstens die Migration in Großstädte mit der Systemtransformation und dem Zusammenbruch vieler Industriezweige vervielfältigte und zweitens Entfaltungsmöglichkeiten insbesondere für Frauen* in kleineren Ortschaften meist beschränkter sind. Zusätzlich stellt in ländlichen Regionen der starke Einfluss der katholischen Kirche oft ein Hindernis für frauen*politisches Engagement dar (Regulska u.a. 2017; Ramme/Snochowska-Gonzalez 2018). Aber auch unter kleineren Gemeinden können Unterschiede ausgemacht werden. So ist die Partizipation von Frauen in Lokalverwaltungen von Gemeinden, die weniger konservativ, weniger eingessenen, d.h. durch Nachkriegsmigrationen geprägt sind, deutlich höher (Brodzińska/Brodziński 2016; Bartkowski 2003). Je konservativer, je weniger divers im Sinne einer innerpolnischen Migration und je kleiner die Ortschaften sind, desto niedriger fällt die politische Partizipation von Frauen aus.

3 Lokale Gegebenheiten, der Polenweite Frauenstreik 2016 und die Bewegung kleiner Städte

In Polen herrschte über viele Jahre eine starke politische Polarisierung und eine Interaktionsdynamik zwischen aufeinander bezogenen Gegenbewegungen, ähnlich wie sie Meyer und Staggenborg am Beispiel der *Pro-* und *Anti-Choice*-Akteur:innen in den USA der 1970er Jahre beschrieben haben (Meyer/Staggenborg 1996). Bezeichnend für die Strukturierung des politischen Handlungsfeldes ist, dass sowohl national-katholische als auch ultrakonservative rechte Bewegungen sowie feministische Bewegungen Einflussmöglichkeiten besaßen und Druck auf den Staat ausüben konnten. Dies änderte sich maßgeblich mit den Präsidentschaftswahlen und Parlamentswahlen von 2015. Nun stellten Akteur:innen aus dem Feld der antifeministischen Gegenbewegungen sogar die Regierung und den Präsidenten, womit sich auf nationaler Ebene keine politischen Gelegenheitsstrukturen (Tarrow 1996; Kitschelt 1999; Meyer 2004) mehr ergaben. Frauenrechtsorganisationen und Aktivist:innen, die sich auf nationale Politik und zentrale staatliche Strukturen konzentrierten, stießen von nun an auf ge-

geschlossene Türen und hatten kaum Möglichkeiten, Entscheidungsträger:innen zu beeinflussen.

Werden die Auseinandersetzungen zwischen feministischen und antifeministischen, aber auch zwischen dem demokratisch-liberalen und nationalistisch-autoritären Lager betrachtet, so wird deutlich, dass das rechte und nationalistische Lager lange Zeit die Diskurse über den Raum geprägt und erfolgreich Zentrum-Peripherie-Verhältnisse politisiert hat, indem sie sich als Anwältinnen der Bevölkerung außerhalb der liberalen Metropolen präsentierten. Der Umstand, dass die politische Bedeutung ländlicher Regionen und kleiner Städte durch die liberalen politischen, akademischen und kulturellen Eliten in den Großstädten unterschätzt wurde, hat nicht zuletzt dazu beigetragen, dass einerseits diese Räume von rechtskonservativen Kräften bespielt werden konnten und andererseits der massive Rechtsruck und die Übernahme der politischen Macht durch die Partei PiS für viele vollkommend überraschend kam.

Nach der rechtsautoritären Machtübernahme verlagerte sich feministische Politik zunehmend auf die Straße, wobei die drohende Verschärfung der Gesetzeslage zu Schwangerschaftsabbrüchen das Fass zum Überlaufen brachte. Ebenso überraschend wie die rechte Machtübernahme war vor diesem Hintergrund die breite Mobilisierung von sogenannten gewöhnlichen Frauen und Bewohner:innen kleinerer Städte, Gemeinden und Dörfer, die im Frauenstreik vom 3. Oktober 2016 ihren Höhepunkt fand. In einer 2017 durchgeführten repräsentativen Befragung von Organisatorinnen Schwarzer Proteste und Frauenstreiks konnten wir u.a. Daten zu frauen- und sozialpolitischem Engagement, räumlich-geographischer Verortung und Migration erheben (Ramme/Snochowska-Gonzalez 2019). Von den ca. 100 befragten Organisatorinnen der Frauenstreiks von 2016 und 2017 lebten 70 % in Ortschaften mit weniger als 500.000 Einwohner:innen. In dieser Gruppe der Befragten gaben 81,16 % an, vor dem Streik 2016 noch nie Veranstaltungen oder Initiativen für Frauen organisiert zu haben, und 30,44 % gaben an, bisher lediglich passive Teilnehmerinnen solcher Initiativen gewesen zu sein (Ramme/Snochowska-Gonzalez 2019). Piotrowski und Muszel, die ein Jahr später ebenfalls Akteurinnen aus Kleinstädten interviewten, beschreiben den Frauenstreik als transformierendes Ereignis, das ihnen Mut gemacht und sie dazu gebracht habe, offene soziale (und nicht nur politische) Aktionen in ihren Städten zu initiieren (Piotrowski/Muszel 2020). In der weiteren Mobilisierung kam es zudem zu einer zusätzlichen Steigerung des peripheren Aktivismus, mit einer Rekordbeteiligung kleiner Städte in der zweiten großen Protestwelle von 2020.

In kleineren Ortschaften oder auf dem Land ist im Allgemeinen die Sichtbarkeit viel größer (Wernio 2020; Ramme 2022). Diese erhöhte Aufmerksamkeit

für lokale Protestereignisse hatte sowohl positive wie auch negative Folgen. In informellen Gesprächen, die ich im Rahmen eines Projekts mit Organisatorinnen von Protesten aus kleineren Ortschaften mit bis zu 20.000 Einwohner:innen zu deren aktueller Lage und den Möglichkeiten regionaler und internationaler Vernetzung führte, wiesen diese darauf hin, dass es ein großer Unterschied sei, ob das Wirkungsfeld eine Kleinstadt mit z.B. 100.00 bis 200.000 oder eine noch kleinere Ortschaften mit ein paar tausend bis zu 20.000 Einwohner:innen ist. Auch habe es eine erhebliche Rolle gespielt, ob sich viele oder nur wenige Personen auf Kundgebungen versammelten und ob der Ort von Parteien regiert wurde, die mit den Protestierenden sympathisierten oder sie bekämpften.

Welche Auswirkungen soziale Kontrolle und gezielte Ausgrenzung haben kann, zeigt das Beispiel einer Kleinstadt mit circa 16.000 Einwohner:innen nahe der deutschen Grenze. Eine Aktivistin, die ursprünglich aus Warschau in die Kleinstadt gezogen war, berichtete mir, wie die Polizei ihr Umfeld verhörte und dabei nach Kontakten zu ihr und nach Warschau (wo der Frauenstreik seinen operativen Sitz hat) fragte. Diese Form der Einschüchterung führte dazu, dass sich die aktivistischen Zusammenhänge in ihrem Umfeld auflösten, da der Kontakt mit ihr gemieden wurde. Letztendlich entschied sich die Aktivistin, in eine Großstadt zu ziehen. Ganz anders das Beispiel einer touristischen Kleinstadt in den Mazuren mit circa 11.000 Einwohner:innen, wo die Lokalregierung 2021 eine der Aktivistinnen der *Mądels Węgorzewo* (Dziewuchy Węgorzewo) mit einer Auszeichnung für „Verdienste der Gemeinde Węgorzewo“ ehrte.

Während die landesweiten Medien sich während der Proteste von 2020 und 2021 vermehrt wieder auf die Großstädte fokussierten, berichteten Lokalzeitungen, Homepages und TV-Sender über die lokalen Ereignisse und im zeitgeschichtlichen Vergleich außergewöhnlichen Mobilisierungen. Von mir interviewte (queer-)feministische Akteur:innen, wie beispielsweise Organisator:innen des *Stubice-Frankfurt Prides*, von denen einige auch zuvor an Protesten gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts beteiligt waren, berichteten, dass sie in Kleinstädten viel mehr Aufmerksamkeit und Wirksamkeit erfuhren, als wenn sie ähnliche Aktivitäten in einer Großstadt durchführen würden (Fiłonowicz 2022; Topolska 2022). Das große Interesse der zahlreichen lokalen Medien und die dadurch erzeugte Sichtbarkeit standen im Kontrast zu den Staatsmedien, die bis zu den Parlamentswahlen 2023 von einer rechtsautoritären Parteienkoalition kontrolliert wurden. Diese stellten oft auch die landesweiten und hochfrequentierten Frauenrechtsproteste entweder als unbedeutend oder als bedrohlich dar.

Mit der Begründung der *Re-Polonisierung* der Medien versuchte die Zentralregierung Macht über die lokalen Medien zu gewinnen. So wurde im Dezember

2020 bekannt, dass der Staatskonzern *Orlen* die Unternehmensgruppe *Polska Press* von der *Verlagsgruppe Passau (VGP)* aufkaufte (Hassel 2020). Zu diesem Zeitpunkt gehörten zu *Polska Press* 20 von 24 Regionalzeitungen, ca. 120 lokale Wochenzeitungen und bis zu 500 Online-Medien mit ca. 17,4 Millionen Abonnent:innen. Auch unternahm die PiS Versuche, die Unterstützung der 1.800 Landfrauenvereine zu gewinnen (Sokołowska 2023). Die Einbindung der sogenannten Peripherie sollte nicht durch die Ermächtigung lokaler Akteur:innen erfolgen, sondern durch eine stärkere Bindung an die Zentralregierung sowie materielle Zuwendungen. Statt also das Ungleichheitsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie aufzuweichen, verfolgte die national-konservative Regierung in Warschau das Ziel, ihre Macht auf Kosten von kommunaler Selbstverwaltung und regionaler Medienvielfalt weiter zu bündeln. Gleichzeitig beklagten oppositionelle Lokalregierungen und insbesondere oppositionell regierte Großstädte, dass die rechte Zentralregierung sie durch die Entziehung finanzieller Zuwendungen bestrafe (Miasto Warszawa 2021; Swianiewicz/Łukomska 2023). So ein Zusammenhang zwischen einer „illiberalen Wende“ und der Zentralisierung staatlicher Macht lässt sich nicht nur in Polen, sondern auch in anderen Kontexten beobachten (Aksztejn u.a. 2022).

4 Die Hinwendung der Bewegung zum Lokalen

In den ersten Jahren der Frauenstreiks und Schwarzen Proteste ab 2016 konzentrierten sich frauen*politische Akteur:innen vor allem auf die Beziehung zwischen Staatsbürgerinnen und zentraler staatlicher Macht. Dabei strebten sie einen nationalen Rechtsrahmen an, der die Gleichstellung bzw. die Rechte der Frauen gewährleistet, sowie die Umsetzung von Gleichstellungspolitikern auf nationaler Ebene. Politische Entscheidungen versuchten sie durch entsprechende *Advocacy-Arbeit* zu beeinflussen. Nachdem das rechtsautoritäre Lager bei den polnischen Regionalwahlen (2018) und den Europawahlen (2019) wiederholt eine Mehrheit der Stimmen erhielt und obendrein 2020 auch die Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden konnte, schien es, als würde der Entwicklung zum Autoritarismus kaum etwas entgegenstehen. Nach der Verkündung des Verfassungsgerichtsurteils zur Verschärfung der Gesetzgebung zu Schwangerschaftsabbrüchen im Januar 2021 folgte bei vielen Aktivist:innen ein Gefühl der Erschöpfung und Niederlage. Viele der Protestgruppen lösten sich auf. Die begrenzten Einflussmöglichkeiten auf nationaler Ebene hatten jedoch auch, wie ich im Folgenden zeigen werde, mancherorts den Effekt, dass einige Gruppen in lokalen Politikfeldern Handlungsspielräume suchten und für sich erschlossen.

Sie lassen sich mit der an Jessop (2009) anknüpfenden Feststellung, dass ein Staat nicht einfach nur als zentrales Machtorgan zu verstehen ist und damit keine vollständige Trennung von der Gesellschaft erreichen kann (Jessop 2009), also permanent im Prozess ist, hinsichtlich ihrer strategischen Erfolge darstellen und diskutieren. Die staatstheoretische Überlegung, dass verschiedene miteinander interagierende und konkurrierende Institutionen und Akteursgruppen, die an staatlichen Prozessen beteiligt sind (Moisio u.a. 2020), nationale Top-Down-Regelungen im Laufe ihrer Umsetzung auf lokaler Ebene torpedieren können, zeigt sich beispielhaft in der Auseinandersetzung zwischen der Zentralregierung, der landesweiten Frauen*bewegung und lokalpolitischen Akteur:innen. Lokaler Widerstand in einzelnen Gemeinden (auch seitens von Behörden) hat die Durchsetzung von Repressionen wie auch die Verdichtung autoritärer Macht vielerorts erschwert.

Sowohl kleine wie auch große Ortschaften mit oppositionellen Lokalregierungen praktizierten bewusst gegenläufige Politiken. So ist etwa die Lokalregierung der Großstadt Wrocław seit Jahren bestrebt, demokratische Prozesse durch starke Bürger:innenbeteiligung zu stärken (Szeptycka 2023). Die Stadt hat viele Maßnahmen ergriffen, um auf lokaler Ebene Frauen- und LGBTQ*-freundliche Gleichstellungspolitiken umzusetzen, die auf nationaler Ebene verhindert wurden. Außerdem hat Wrocław die reproduktive Infrastruktur aufrechterhalten, z.B. durch die Wiederaufnahme der Förderung der *In-vitro-Fertilisation*, die zuvor von der nationalen Regierung eingestellt worden war.

Trotz widriger Umstände lassen sich ähnliche Beispiele der erfolgreichen lokalen Umsetzung von Gleichstellungspolitiken überall im Land finden. Während die Frauenbewegung der Zentral-Regierung regelrecht als „Feind“ galt, stellten frauen*politische Akteur:innen immer wieder fest, dass sie, auch wenn sie auf nationaler Ebene mit ihren Forderungen scheiterten, auf lokaler Ebene durchaus Wirksamkeit erzielen konnten. Auch konnte die relative Überschaubarkeit politischer Baustellen und lokaler Gegnerschaft in kleineren Ortschaften von Vorteil sein.

Der Umstand, dass auch die monatelangen Proteste im Herbst/Winter 2020/2021 erfolglos blieben, trübten ebenso die Stimmung. Umso mehr scheint es bemerkenswert, wie beharrlich viele Akteur:innen auf lokaler Ebene und auch in kleineren Gemeinden an dem Ziel festhielten, sich nicht nur dem Demokratieabbau zu verweigern, sondern auch Alternativen lokal vor Ort umzusetzen.

Die skizzierte Beharrlichkeit lokaler und kleinstädtischer Gruppen und ihre damit verbundenen politischen Erfolge lassen sich in folgender Weise einordnen: Im Gegensatz zu LGBTQ* sind die Themenfelder der Frauenrechte und

Gleichstellung weniger kontrovers, wodurch sich lokalpolitisch viel mehr Handlungsspielraum ergibt. Frauen- und gleichstellungspolitische Themen haben sich dank der breiten Proteste und kulturellen Veränderungen, die damit einhergingen, weitgehend normalisiert. Somit konnten diverse lokale Akteur:innen dieses Themenfeld bespielen, sei es als Teil sozialen Engagements, kultureller Tätigkeiten oder lokaler Politik, ohne gleich (wie oft vor 2016) einen erheblichen Imageschaden durch die Assoziation mit Feminismus zu erfahren. Zudem ist zu betonen, dass sich die Möglichkeit der Einflussnahme auf lokalpolitischer Ebene auch vor den Wahlen von 2023 von Region zu Region und von Ort zu Ort sehr unterschiedlich gestaltete, abhängig davon, ob der Regierung nahestehende rechts-konservative Parteienhänger oder auch eine liberalere Opposition an der Macht war. Oppositionelle Politiker:innen wiederum, sowohl unabhängige wie auch parteigebundene, konnten auf die durch die Lokalbevölkerung vor Ort artikulierten politischen und sozialen Forderungen reagieren und versuchten auch die lokalen Protestereignisse zu nutzen, um eine Wähler:innenschaft zu mobilisieren. Dies führt zurück zur Interdependenz von Raum und sozialer Frage. An die Stelle einer Zentrum-Peripherie-Dichotomie, die Kleinstädte und ländliche Gemeinden und ihre Bewohner:innen oft pauschal als hinterwäldlerisch gegenüber liberalen, weltoffenen, emanzipatorischen Großstädten abwertete, wurden nun zunehmend geschlechterdemokratische und frauen*politische Forderungen aus einer spezifisch lokalen Perspektive artikuliert. Tatsächlich gestalten sich soziale Fragen im Zusammenhang mit Gender lokal sehr unterschiedlich. Die ungleiche gynäkologische Versorgung oder ein fehlender Zugang zu Verhütungsmitteln sind dafür beispielhaft (Dzwonkowska-Godula 2019).

Obwohl der landesweite Frauenstreik mittlerweile als *Stiftung Polenweiter Frauenstreik* (Fundacja Ogólnopolski Strajk Kobiet) formalisiert wurde, einen Stiftungssitz in Warschau hat und Warschau weiterhin ein Zentrum politischen Wirkens darstellt, sind der Verallgemeinerung von Warschauer Perspektiven auf das ganze Land inzwischen Grenzen gesetzt. Diese Perspektiven gelten ebenfalls als eine spezifische, lokale und nicht mehr universale Perspektive des Zentrums. Inzwischen gibt es in der frauen*politischen Bewegung ein ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass verschiedene räumliche Positionierungen mit unterschiedlichen sozialen Problemlagen einhergehen. Der landesweite Frauenstreik ist darum bemüht, seine Legitimität durch diverse Stellungnahmen sowie die Zusammenarbeit mit Aktivist:innen aus kleinen Ortschaften im ganzen Land zu stärken. So hatte die Stiftung des Frauenstreiks Mikroförderungen durch einen *Aktionsfonds* (Fundusz Akcji) eingerichtet (Strajk Kobiet, k. D.) Auf ihrer Internetpräsenz schreibt die Stiftung: „Wir kämpfen für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit,

indem wir in mehr als 150 Städten in Polen mobilisieren – 90 % davon sind Städte mit weniger als 50.000 Einwohnern, was unsere größte Stärke und unser Stolz ist.“ (Strajk Kobiet, k. D.)

In der medialen Darstellung und in der Bewegungsforschung wird die Bewegung für Frauenrechte in Polen häufig mit dem Polenweiten Frauenstreik assoziiert. Dabei ist die Bewegungslandschaft viel diverser. Hinzu kommt, dass sowohl in kleinen Ortschaften als auch in den Großstädten sich eine Vielzahl von Akteur:innen mittlerweile vom Polenweiten Frauenstreik distanziert hat. Im Verlauf der Bewegung stellte sich immer wieder heraus, dass die verfolgten Strategien und Forderungen des Polenweiten Frauenstreiks nicht immer mit lokalpolitischen Positionen vereinbar waren (Ramme 2022).

Letztendlich haben die hinderlichen politischen Gelegenheitsstrukturen auf nationaler Ebene zu einer Pluralisierung politischer Strategien von Bewegungen und zu einer Diversifizierung der Bewegungen selbst geführt. Einerseits sind NGOs in den urbanen Zentren und Warschau daran gehalten, Stimmen und Perspektiven der Peripherien mehr zu beachten und sich auch selbst räumlich zu positionieren. Mit der Hinwendung zum Lokalem hat sich auch das Verständnis vom Staat entsprechend verändert, sodass dieser stärker in seiner Komplexität und nicht nur als Form einer zentralen Macht in der Hauptstadt wahrgenommen wird. Die Aufmerksamkeit, die die Protestaktionen in der Provinz auch seitens der urbanen Zentren erfuhren, führte zu einer politischen Subjektivierung der *Peripherie*, was bedeutet, dass Stimmen und Perspektiven aus der Provinz nunmehr als legitime und abgrenzbare Positionen in sozialpolitischen Auseinandersetzungen gelten. Andererseits bedeutet die Hinwendung zum Lokalen, dass die vormalige Beanspruchung universeller landesweiter Repräsentation seitens des Zentrums, also durch Warschauer Akteur:innen, in der Bewegung hinterfragt wird.

Gegenüber einer vorschnellen Fokussierung auf Kriterien von überregionaler Reichweite und Einflussnahmen auf nationale Politiken, die etwa Kowaleski (2013) gegenüber der Bewegungsforschung kritisch anmerkt, weist die dargestellte Analyse der Frauenstreiks und der Schwarzen Proteste sowie der daraus hervorgehenden Bewegung auf die Bedeutung lokalen Engagements hin. Sozialpolitische Erfolge lassen sich gerade bei der Adressierung lokaler politischer Institutionen sowohl in wie auch außerhalb der Großstädte beobachten, wobei gerade die Erfolge in kleinen Ortschaften in ihrer Gesamtheit für einen politischen Wandel entscheidend sind.

Auch wenn im Rahmen dieses Beitrages nicht im Detail auf die Aktivitäten von Protestgruppen im Ausland eingegangen werden kann, sei der bisherigen

Analyse jedoch erwähnend hinzugefügt, dass ähnliche Prozesse – der Aufbau einer politischen Perspektive jenseits der Bewegung in Warschau und die kritische Auseinandersetzung mit dieser – auch im Ausland zu beobachten waren. An Orten wie Oslo, London, Berlin, Brüssel und Reykjavik trugen die umwälzenden Ereignisse in Polen zur Entstehung von Protestgruppen migrantischer Frauen* bei, die ein eigenes Selbstverständnis gegenüber sowohl der migrantischen polnischen Community als auch der Frauenstreikbewegung in Polen entwickelten (für Großbritannien vgl. Gober/Struzik 2018; für Island vgl. Wojtyńska 2020; für Norwegen vgl. Kochaniewicz 2023). Auch die vielfältigen Berliner Initiativen, von denen *Dziewuchy Berlin*⁴ (Mädels Berlin) die mit Abstand aktivste ist, verfolgen längst eigene Agenden, die inzwischen stärker auf den lokalen Kontext, die Perspektiven migrantischer Frauen* aus Polen sowie auf transnationale feministische Bewegungszusammenhänge ausgerichtet sind.

5 Translokale Solidaritätspraktiken und die Umkehr vom Autoritarismus

Eine der Folgen der politischen Subjektivierung der Peripherie ist die Zunahme translokaler Solidaritätspraktiken. So ließ sich insbesondere bei den Protesten gegen das Verfassungsgerichtsurteil 2021 eine Art lokaler Protest-Tourismus beobachten, der sowohl regional als auch transnational stattfand. Hierbei besuchten Akteur:innen aus nahe liegenden kleineren Ortschaften ihre Proteste gegenseitig. Auch Politiker:innen verschiedener oppositioneller Fraktionen aus unterschiedlichen Orten besuchen regelmäßig Kundgebungen und unterstützen einander. Zum Beispiel sprach die Abgeordnete für den *Sejm*⁵ (2023) Kidawa-Błomska aus Zielona Góra, einer Mittelstadt im Nordwesten Polens, regelmäßig auf Protestveranstaltungen in der umliegenden Region Lubuskie. Dabei nahm sie unter anderem regelmäßig an Ereignissen an der polnisch-deutschen Grenze in Ślubice teil.

Zudem gelingt es lokalen Akteur:innen immer wieder, sich gegenseitig überregional zu unterstützen und zu vernetzen, gemeinsame Austausch- und Handlungsplattformen zu bilden sowie Proteste und Kampagnen zu verbinden.

4 Einblicke in die Arbeit von Dziewuchy Berlin gibt das Interview „Collagen, Instant-Theater, Performance – queer-feministische Protestkunst im öffentlichen Raum“ in diesem Band.

5 Das Parlament besteht aus zwei Kammern – dem Senat und dem Sejm der Republik Polen (*Sejm Rzeczypospolitej Polskiej*).

Neben bereits etablierten landesweiten Organisationen und Netzwerken wie dem Frauenkongress, dem formalisierten Polenweiten Frauenstreik und seit September 2015 auch einem landesweiten *Netzwerk der Bevollmächtigten und Beauftragten für Frauen und Gleichbehandlung* (Ogólnopolska Sieć Pełnomocników i Pełnomocniczek Kobiet i Równego Traktowania) gibt es explizit regionale und kleinstädtische Initiativen, die sich für Frauenrechte einsetzen, wie zum Beispiel der *Ermländisch-Masurische Feministische Konvent* (Warمیńsko-mazurski zjazd feministyczny), der von der Gruppe *Dziewuchy Węgorzewo* (Mädels Węgorzewo) veranstaltet wurde.

Neben feministischen und frauenpolitischen Initiativen gibt es seit einigen Jahren eine neue Entwicklung der Nutzung lokaler politischer Gelegenheitsstrukturen: die Einrichtung von Frauenräten. Bürger:innenräte stellen derzeit in Polen eine der wichtigsten Formen demokratischer Partizipation von Bürger:innen auf lokalpolitischer Ebene dar. Sie haben die Funktion ehrenamtlicher Beratung von Lokalregierungen und verfügen über kein eigenes Budget. In den Frauenräten, die es inzwischen in 50 Gemeinden (Stand vom 15. März 2024) gibt, sind ebenfalls Akteur:innen engagiert, die an der Protestbewegung gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts beteiligt waren. Der erste Frauenrat wurde 2010 in Wrocław gegründet und dort fand auch 2021 das *Forum der Polnischen Frauenräte* statt – ein erstes überregionales Netzwerktreffen dieser Art (Szeptycka 2023). Auf Initiative der Vorsitzenden des Frauenrates von Piaseczno und Vorstandsmitglied des Frauenstreiks, Zosia Szozda aus Zielona Góra, organisierte der Frauenstreik 2023 gemeinsam mit der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* eine Kampagne mit dem Titel „An ihrer Seite. Eine frauenfreundliche Kommunalverwaltung“ („Po jej stronie. Samorząd przyjazny kobietom“). Ziel war es, herauszufinden, wie viele Kommunalverwaltungen frauenfreundlich sind und wie es um die Situation der Frauen in kleineren Städten und Gemeinden bestellt ist (Kasprowicz 2022). Der Polenweite Frauenstreik beschreibt in diesem Zusammenhang lokale Regierungen als Hoffnungsträger für die Wiederherstellung der Demokratie: „Es sind die Frauen und Männer der Lokalverwaltungen, die wertvolle Initiativen von unten aufgreifen und unterstützen, die sich trotz ihrer ständigen Abwertung und Marginalisierung durch die Behörden um ihre kleinen Heimatgemeinden kümmern.“ (Strajk Kobiet o.J.)

Translokale Solidarität ist allerdings nicht nur ein innerpolnisches Phänomen, sondern findet auch zwischen Akteur:innen in deutsch-polnischen Grenzgebieten bzw. Grenzregionen statt. So wurden im Jahr 2020 Frauenmärsche erst in Zgorzelec und dann später auch in der Schwesterstadt Görlitz organisiert. Neben dieser eher sporadischen gemeinsamen Initiative sind die Grenzstädte Słubice

und Frankfurt/Oder Beispiel für eine kontinuierliche grenzüberschreitende aktivistische Zusammenarbeit. Anzumerken ist hier, dass Gruppen aus dem Umland, wie Dziewuchy Berlin, dort immer wieder als Mitorganisatorinnen von Protestaktionen auftraten.

Auch auf deutscher Seite wurden die zahlreichen Proteste in polnischen Nachbarstädten und -regionen wahrgenommen. Dadurch entstand ein gesteigertes Interesse an einem Austausch mit Aktivistinnen und gesellschaftspolitischen Akteur:innen aus Polen. Der *Landesfrauenrat Sachsen e.V.* verfolgt beispielsweise dieses Ziel und realisiert seit 2022 eine deutsch-polnische Projekt, im Rahmen dessen er sich mit Gleichstellungsakteur:innen in den Regionen Sachsen, Niederschlesien und Lebus vernetzt und austauscht. So nahm der Frauenrat u.a. im Oktober 2022 am *14. Polnischen Frauenkongress* in Wrocław teil, organisierte im November 2022 eine deutsch-polnische Konferenz zur Umsetzung der *Europäischen Gleichstellungscharta* in Leipzig und 2023 eine Konferenz zu Grenzüberschreitenden Gleichstellungsstrukturen in Niederschlesien und Sachsen. Diese Zusammenarbeit stellt ein weiteres Beispiel grenzüberschreitender translokaler Vernetzung dar, die abseits der Hauptstädte Berlin und Warschau zwischen regionalen Akteur:innen stattfindet.

Anhand der angeführten Zusammenarbeit in Grenzregionen zeigt sich, dass die translokale Vernetzung gerade in den kleinstädtischen und translokalen Bewegungsstrukturen gut funktioniert hat, die geografisch nahe beieinander liegen und/oder mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind. So ergibt sich das Interesse gleichstellungspolitischer Akteur:innen aus Sachsen von den Strategien der Akteur:innen in der polnischen Region Lebus und Niederschlesien zu lernen, unter anderen dadurch, dass sächsische Akteur:innen ihrerseits auch mit einem Rechtsruck konfrontiert sind. Allerdings haben in der sächsischen Provinz und in kleinen Städten bisher⁶ keine mit Polen vergleichbaren Proteste oder Gegenbewegungen stattgefunden. Während es in Polen gelungen ist, frauenfeindliche Politiker:innen abzuwählen, erfahren viele Regionen in Deutschland die zunehmende Normalisierung rechter, rassistischer, LGBTQ*-, frauen*- und gleichstellungsfeindlicher Politiken.

Schlussendlich sei auf die letzte große überregionale Kampagne vor den Parlamentswahlen 2023 in Polen hingewiesen. Katarzyna Rozenfeld, die Initiatorin der Kampagne *Frauen zu den Wahlen* (Kobiety na Wybory), beschreibt in einem

6 Zumindest bis zur Veröffentlichung der Reportage des investigativen Recherchenetzwerks *Correctiv* (Bensmann u.a. 2024) am 10. Januar 2024 zum geheimen Treffen Rechtsgesinnter.

Medieninterview ihre spezifische Formel als unpolitisch, aufklärend und kostenlos, mit dem Ziel, die Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen 2023 zu erhöhen (Granszewska 2023). Es ist anzunehmen, dass sich die Kampagne sowie das gesellschaftspolitische Engagement frauenpolitischer und demokratischer Akteur:innen auch auf die Wahlbeteiligung von insbesondere jungen Frauen und somit auf die Wahlergebnisse übertragen hat. Bei den Parlamentswahlen am 16. Oktober 2023 gab es eine Rekordbeteiligung von 74,38 %, verglichen mit einer Wahlbeteiligung von rund 50 % bei den Wahlen 2015. Kommentare betonten die im Vergleich zu 2015 hohe Wahlbeteiligung von Kleinstadtbewohner:innen und jungen Frauen (vgl. z.B. TVN24 2023; Pacewicz 2023). Und obwohl die rechtsnationale PiS in ländlichen Gebieten weiterhin die Mehrheit hatte und die liberale Opposition in Großstädten (über 500.000 Einwohner:innen) und mittelgroßen Städten (201.000–500.000 Einwohner:innen) etwa doppelt so viele Stimmen erhielt, waren die Wahlpräferenzen in kleineren Städten mit bis zu 50.000 Einwohner:innen meist zweigeteilt. Insgesamt wurde die Legitimität der Opposition in der Peripherie gestärkt, wodurch das frühere weitgehende Monopol der rechten Parteien und der Kirche gebrochen werden konnte.

Auch konnten einige frauen*politische Akteur:innen Sitze in Sejm und Senat erringen. Anzumerken ist, dass Personen wie Marta Lempart, die an der Spitze des Frauenstreiks standen und durchaus politische Ambitionen hatten, vor den Regionalwahlen 2018 auf eine politische Karriere verzichteten, da sie keine garantierten vorderen Listenplätze in den Großstädten erhielten. Auf kommunaler Ebene und in kleineren Städten erwiesen sich die Machtstrukturen der Oppositionsparteien teilweise durchlässiger.

Es erfolgte hier eine Abkehr vom Autoritarismus und Neokonservatismus, wobei kommunale Selbstverwaltung von vielen zum Hoffnungsträger erwuchs. Die Philosophin Magdalena Środa sieht in der kommunalen Selbstverwaltung sogar einen Ansatz für die Erneuerung der EU und plädiert für eine EU-weite lokale Selbstverwaltung, die das Prinzip der Organisation über Nationalstaaten in Zukunft ersetzen könnte (Środa 2024). Dennoch bleibt auch nach den Parlamentswahlen von 2023 und den Regionalwahlen von 2014 eine Teilung in eher liberale urbane und eher konservative ländliche Räume, sowie den Osten und Westen des Landes bestehen. Dies zeigte sich jüngst auch an den Bauernprotesten von 2023/2024, die nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa aufflammten und zunehmend von einer rechten Agenda beeinflusst wurden bzw. werden. Ob damit rechte Kräfte in Polen wieder an Einfluss gewinnen, bleibt abzuwarten. Die Regionalwahlen im April 2024, bei denen PiS zum Teil Mehrheiten erringen konnte und selbst rechtsextreme Parteien wie die Konföderation punkten konn-

ten, haben bereits gezeigt, dass es weiterhin eine Kluft in den politischen Einstellungen und Wahlpräferenzen zwischen städtischen und ländlichen Räumen gibt. Mit Blick auf weitere Forschung bedeutet dies, dass bei der Betrachtung von Raumfragen auch Unterschiede zwischen kleinen und noch kleineren Städten, sowie ländlichen Regionen stärker reflektiert werden müssen. Bewegungen in Kleinstädten können zwar wichtige Bindeglieder zwischen Stadt und Land darstellen, sie können aber nicht als repräsentativ für die gesamte sogenannte Peripherie gelten.

6 Resümee

In der zeitgenössischen feministischen Bewegung in Polen haben Raumfragen einen besonderen Stellenwert. Bewegungsakteur:innen reflektieren und verhandeln Raum in ihren sozialpolitischen Forderungen, in räumlichen Selbst- und Fremdpositionierungen sowie bei der Entwicklung politischer Strategien. Inzwischen ist Raum eine der am stärksten gewichteten und reflektierten intersektionalen Differenz- und Zugehörigkeitskategorien innerhalb des feministischen Bewegungskontextes in Polen. Dies stellt einen Unterschied zu den Diskursen und Praktiken frauen*politischer und geschlechterdemokratischer Bewegungen und Akteur:innen vor 2016 dar, welche die Machtverhältnisse zwischen den urbanen Zentren und den kleinstädtischen und ländlichen Peripherien kaum kritisch hinterfragten und sogar oft zu Gunsten der urbanen Zentren politisierten. Auch konzentrierten sich Bewegungen und politische Kampagnen häufig auf zentrale Entscheidungsträger:innen auf nationaler Ebene, während lokales Engagement unterbewertet wurde. Die Tatsache, dass politische Akteur:innen, die sich für Frauenrechte einsetzen, heute so viel Wert darauf legen, sich zu verorten und Raum als intersektionalen Marker zu berücksichtigen, steht in direktem Zusammenhang mit der Operationalisierung von Stadt-Land- sowie Zentrum-Peripherie-Verhältnissen durch eine autoritäre, konservative und national-katholische Rechte und der darauffolgenden politischen Selbstermächtigung von Bewegungsakteur:innen kleiner Städte im Kontext der Frauenstreiks von 2016 und 2020/2021. Auch wenn sich die Regierung unter PiS und der Koalition der *Vereinten Rechten* (Zjednoczona Prawica) als Stimme der Peripherie und kleinen Leute gegenüber vermeintlichen großstädtischen Eliten darstellt, zielte die politische Praxis der Regierung darauf ab, lokale politische Macht weitgehend einzuschränken oder unter ihre eigene Agenda zu stellen. Die Monopolisierung und Zentralisierung staatlicher Macht seitens der national-konservativen Regierung einerseits und die Neuorientierung vieler oppositioneller Akteur:innen

auf lokalpolitische Handlungsfelder andererseits hat über längeren Zeitraum dazu beigetragen, dass antiautoritäre und demokratische Kräfte sich außerhalb des Zentrums in jeweiligen lokalen Arrangements etablieren konnten, wenn sich hierfür Möglichkeiten boten. Aufgrund der auf nationaler Ebene weitgehend unzugänglichen politischen Gelegenheitsstrukturen, hatten sich viele Akteur:innen dem lokalen Engagement und der Kommunalpolitik zugewandt – mit dem Ziel, schlimmeren Entwicklungen entgegenzuwirken und/oder zumindest im kleinen Rahmen oder in ihrem direkten Umfeld die gewünschten Veränderungen zu erzielen. Die Mobilisierung von Akteur:innen aus den Kleinstädten und das vielfältige Engagement auf kommunalpolitischer Ebene hat sich vermutlich 2023 auch auf das Wahlverhalten ausgewirkt.

Der Rückblick auf die Frauenstreiks und Schwarzen Proteste ab 2016 zeigt, dass sich seit der rechtsautoritären Machtübernahme von 2015 bis zur Abwahl der Rechten 2023 zwei parallele Entwicklungen vollzogen hatten: einerseits die zunehmende Zentralisierung und Verfestigung eines autoritären rechtskonservativen Machtapparates und andererseits die Entfaltung lokaler demokratischer Praktiken. Die demokratische Opposition befand sich nicht in einem Zustand der Abwehr oder Schockstarre, um erst nach einem Regierungswechsel eine eigene Agenda fortzusetzen. Vielmehr haben die Undurchlässigkeit, Unversöhnlichkeit, Radikalität sowie Rücksichtslosigkeit der regierenden nationalkatholischen Rechten auch im liberalen und linken politischen Spektrum zu einer Abkehr von der Suche nach Kompromissen oder gar der Akzeptanz der katholischen Kirche in Polen im Sinne einer vermeintlichen Realpolitik geführt. Anstatt sich von rechten Politiken und Diskursen treiben zu lassen, haben Akteur:innen lokal diverse Bemühungen unternommen, um die negativen Auswirkungen des Rechtsrucks und des Demokratieabbaus abzufedern. Sie sind dazu übergegangen, wenn möglich auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung zu reagieren und egalitäre politische Visionen im Hier und Jetzt lokal umzusetzen. Dadurch wurden partizipatorische Prozesse und demokratische Alternativen für die Lokalbevölkerung vielerorts direkter erlebbar. Viele der im Rahmen des Frauenstreiks und zwischen 2016 und 2020 begründeten Initiativen verfolgen nun eigene Agenden, die sich im Einklang mit lokalen Problemlagen und Debatten befinden. Dies bezieht sich sowohl auf feministische Gruppen von Migrant:innen aus Polen im Ausland als auch diverse lokale Akteur:innen innerhalb polnischer Staatsgrenzen.

Obwohl Akteur:innen aus kleinen Städten und der Provinz wiederholt an synchronisierten landesweiten Kampagnen und Protestaktionen mit gemeinsamer Agenda teilnehmen, machen sie Verschränkungen zwischen räumlicher

Positionalität mit Gender zum Thema. Dank der Erfahrungen von Sichtbarkeit und Wertschätzung sowie angesichts des Wissens um die Bedeutung der Provinz für landesweite Entwicklungen, agieren kleinstädtische Akteur:innen mit einem neuen Selbstbewusstsein. Sie haben sich längst vom Zentrum emanzipiert. Die Mobilisierung von Akteur:innen in kleinen Städten hat zur Sichtbarkeit zuvor marginalisierter lokaler Perspektiven beigetragen und im weiteren Schritt zu neuen Formen der überregionalen Bewegungspraxis geführt. Diese richtet sich nicht mehr nur an Bewegungen und Problemlagen großer urbaner Zentren oder kreist um Baustellen nationaler Politik. Urbane Zentren gelten nun vielmehr als ein weiterer lokaler Schauplatz. Die veränderten sozialen und politischen Praktiken und die politische Subjektivierung nicht nur eines allgemeinen Subjekts „polnische Frauen“, sondern spezifisch auch von Frauen aus der kleinstädtischen Peripherie führten schließlich zu einer Aufwertung der Peripherie als solcher. Diese Verschiebung und Sensibilisierung für lokale Problemfelder erwies sich als einer der wichtigsten Faktoren in der Abwehr eines weiteren Demokratieabbaus und der Verfestigung zentralisierter autoritärer Herrschaft. Die Hinwendung zum Lokalen und translokale Solidaritätspraktiken scheinen eine interessante Perspektive für die Wiederbelebung demokratischen Handelns jenseits einer Fokussierung auf den Nationalstaat zu sein. Letztlich sind die Entwicklungen in Polen auch im Kontext der europäischen Machtverschiebungen nach rechts von großer Relevanz. Schließlich kennzeichnen starke Polarisierungen zwischen urbanem Zentrum und dem Rest auch die Politikfelder vieler anderer Länder. Somit ist es für die weitere Demokratisierung unabdingbar, nicht nur Stimmen und Problemlagen kleiner Städte, sondern auch ländlicher Räume stärker in den Fokus zu rücken.

Literatur

- Aksztejn, W./Lackowska, M./Krukowska, J./Mikuła, Ł. (2022), The Multiple Faces of Recentralization: A Typology of Central-Local Interactions, in: *Journal of Urban Affairs*, <https://doi.org/10.1080/07352166.2022.2124916> (letzter Abruf am 23.4.2024), S. 1–21.
- Bartkowski, J. (2003), *Tradycja i polityka. Wpływ tradycji kulturowych polskich regionów na współczesne zachowania społeczne i polityczne*, Warszawa: Wydawnictwo Akademickie Żak.
- Bensmann, M./v. Daniels, J./Dowideit, A./Keller, G. (2024), Geheimplan gegen Deutschland, in: *Correctiv* v. 10.1.2024, <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen> (letzter Abruf am 20.3.2024).

- Brenner, N. (1999), Globalisation as Reterritorialisation: The Re-scaling of Urban Governance in the European Union, in: *Urban Studies* 36(3), S. 431–451.
- Brodzińska, K./Brodziński, Z. (2016), Aktywność kobiet wiejskich na rzecz wsparcia lokalnego rozwoju, in: *Problemy Drobnych Gospodarstw Rolnych* 5(2), S. 29–44.
- Bukraba-Rylska, I. (2010), Obraz wsi w debacie publicznej po roku '89, in: *Wieś i Rolnictwo* 3(3), S. 56–72.
- (2011), Polska wieś: w poszukiwaniu brakującego punktu widzenia, in: *Studia komitetu przestrzennego zagospodarowania kraju* 133(1), S. 67–87.
- Corradi, V. (2022), Right-Wing Rural Populisms: Comparative Analysis of Two European Regions, in: *Rural Sociology* 87(1), S. 715–732.
- Darska, B. (2005), Polskie pisma feministyczne i genderowe po 1989 roku: podział i charakterystyka, in: *Media – Kultura – Komunikacja Społeczna* 1(1), S. 18–36.
- Dellenbaugh-Losse, M./Homeyer, J./Leser, J./Pates, R. (2020), Toxische Orte? Faktoren regionaler Anfälligkeit für völkischen Nationalismus, in: Berg, L./Üblacker, J. (Hg.), *Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte*, Bielefeld: transcript, S. 47–82.
- Desperak, I. (2010), Kongres Kobiet, demokracja parytetowa i ruch kobiecy w Polsce, in: *Przegląd Socjologiczny* 59(3), S. 131–147.
- Dzwonkowska-Godula, K. (2019), Zjawisko nierówności społecznych W Obszarze Praw Reprodukcyjnych W Polsce – Wybrane Aspekty, in: *Przegląd Socjologiczny* 68(2), S. 133–157.
- Filonowicz, S. (2022), Queer nad Odrą/FFO Słubice Pride, in: *Social Unrest Archive*, www.youtube.com/watch?v=HaMdtk68j-0 (letzter Abruf am 23.4.2024).
- Förtner, M./Belina, B./Naumann, M. (2021), The revenge of the village? The geography of right-wing populist electoral success, anti-politics, and austerity in Germany, in: *Environment and Planning C: Politics and Space* 39(3), S. 574–596.
- Fuchs, G. (2003), *Die Zivilgesellschaft mitgestalten – Polnische Frauenorganisationen im Demokratisierungsprozess*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Fuszara, M. (2005), Between Feminism and the Catholic Church: The Women's Movement in Poland, in: *Sociologický časopis* 41(6), S. 1057–1075.
- Gober, G./Struzik, J. (2018), Feministyczna transnarodowa diaspora w działaniu. Przypadek #CzarnegoProtestu, in: *Praktyka Teoretyczna* 30(4), S. 129–152.
- Gospodarczyk, M. (2020), Ja-chłopka, ja-miastowa. Doświadczenie migracji ze wsi do miast w pamiętnikarskich relacjach kobiet w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, in: *Studia Humanistyczne* 19(4), S. 81–98.
- Graniszewska, M. (2023), Kobiety poszły na wybory i niech to będzie nowy standard. Interview mit Katarzyna Rozenfeld, in: *Puls Biznesu* v. 6.12.2023, <https://www.pb.pl/kobiety-poszly-na-wybory-i-niech-to-bedzie-nowy-standard-1202564> (letzter Abruf am 12.1.2024).
- Hassel, F. (2020), Verlagsgruppe Passau verkauft Polska Press an Staatskonzern Orlen, in: *Süddeutsche Zeitung* v. 8.12.2020, www.sueddeutsche.de/medien/polska-press-verlagsgruppe-passau-pressefreiheit-1.5140738 (letzter Abruf am 30.12.2021).

- Jessop, B. (2009), The State and Power, in: Clegg, S.R./Haugaard, M. (Hg.), *The SAGE Handbook of Power*, London: SAGE Publications, S. 367–382.
- Kasprowicz, D. (2022), To jest wojna-Samorząd przyjazny kobietom, in: *Reset Obywatelski*, www.youtube.com/live/k5phJ9B9vXQ (letzter Abruf am 23.4.2024).
- Keinz, A. (2009), *Polens Andere. Verhandlungen von Geschlecht und Sexualität in Polen nach 1989*, Bielefeld: transcript.
- Kitschelt, H. (1999), Politische Gelegenheitsstrukturen in Theorien sozialer Bewegungen heute, in: Klein, A./Legrand, H.J./Leif, T. (Hg.), *Neue soziale Bewegungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 144–163.
- Kochaniewicz, A. (2023), 'Enough Is Enough': Strike, Affective Solidarity and Belonging Among Migrant Women from Poland Living in Trondheim, in: Selberg, R./Kolankiewicz, M./Mulinari, D. (Hg.), *Struggles for Reproductive Justice in the Era of Anti-Genderism and Religious Fundamentalism*, Cham: Palgrave Macmillan, S. 39–70.
- Korolczuk, E./Kowalska, B./Ramme, J./Snochowska-Gonzalez, C. (2019) (Hg.), *Bunt Kobiet. Czarne protesty i strajki kobiet*, Gdańsk: Europejskie Centrum Solidarności.
- Ksieniewicz, M. (2004), Specyfika polskiego feminizmu, in: *Kultura i Historia* 4(6), S. 90–100.
- Kowalewski, M. (2013), Organizowanie miejskiego aktywizmu w Polsce: Kongres Ruchów Miejskich, *Przestrzeń Społeczna (Social Space)* 3/2 (6), S. 99–124.
- Leser, J./Pates, R. (2021), *The Wolves are Coming Back. The Politics of Fear in Eastern Germany*, Manchester: Manchester University Press.
- Lubik-Reczek, N./Reczek, R. (2013), Liga Kobiet – organizacja „reprezentująca” interesy kobiet w Polsce Ludowej. Zarys działania, in: *Środkowoeuropejskie Studia Polityczne* 11(4), S. 105–120.
- Matysiak, I. (2016), Koła gospodyń wiejskich we współczesnych społecznościach lokalnych – próba diagnozy, in: Herudziński, T./Swach, P. (Hg.), *Spoločności lokalne wobec wyzwań współczesności*, Warszawa: Wydawnictwo SGGW, S. 268–281.
- Mencwel, J./Milczewska, K./Wiśniewski, J. (2014), *Koła Gospodyń wiejskich nie tylko od kuchni. Raport z badania*, Fundacja Pracownia Badań i Innowacji Społecznych „Stocznia”, <https://stocznia.org.pl/wp-content/uploads/2022/02/KGWnietylko-odkuchniiraport.pdf> (letzter Abruf am 23.4.2024).
- Meyer, D.S./Staggenborg, S. (1996), Movements, Countermovements, and the Structure of Political Opportunity, in: *American Journal of Sociology*, 101(6), S. 1628–1660.
- Meyer, D.S. (2004), Protest and Political Opportunities, in: *Annual Review of Sociology* 30(1), S. 125–145.
- Miasto Warszawa (2021), *Polski Ład to destrukcja samorządowych budżetów – apel samorządowców do rządu*, <https://um.warszawa.pl/-/polski-lad-to-destrukcja-samorzadowych-budzetow-apel-samorzadowcow-do-rzadu> (letzter Abruf am 23.4.2024).
- Moisio, S./Jonas, A.E.G./Koch, N./Lizotte, C./Luukkonen, J. (2020), Changing geographies of the state: themes, challenges and futures, in: Dies. (Hg.), *Handbook on the*

- Changing Geographies of the State: New Spaces of Geopolitics*, Cheltenham: Edward Elgar Publishing, S. 1–28.
- Ostaszewska, A. (2014), Zaangażowanie i aktywność społeczna kobiet na przykładzie kół gospodyń wiejskich oraz grup feministycznych, in: Chimiak, G./Iwińskiej, K. (Hg.), *Krajobraz społecznościowy – Polska 2014*, <https://civitas.edu.pl/wp-content/uploads/2015/03/Krajobraz-spolecznosciowy-Polska-2014.pdf>, S. 113–136 (letzter Abruf am 23.4.2024).
- Pacewicz, P. (2023), To Polki pogoniły Kaczyńskiego. W Sejmie wybranym przez Polaków PiS rządziły z Konfederacją, in: *OKO.Press* v. 17.10.2023, <https://oko.press/to-polki-pogonily-kaczynskiego> (letzter Abruf am 2.12.2023).
- Piotrowski, G./Muszel, M. (2020), „Czarne protesty“ jako wydarzenie transformacyjne praktyk obywatelskich działaczek z małych miast, in: *Civitas. Studia Z Filozofii Polityki* 24(2), S. 131–162.
- Ramme, J. (2016), Symbolic Mothering. Genealogical Narratives as a Peripheralization Practice, *Rocznik Antropologii Historii* Nr. 9, S. 251–269.
- (2022), Der Vielfalt „Frau werden“. Synergien und Unvereinbarkeiten frauenpolitischer Bewegung(en) in Polen, in: Deutsches Polen-Institut (Hg.), *Jahrbuch Polen 2022*, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, S. 121–131.
- Ramme, J./Snochowska-Gonzalez, C. (2018), Solidarity Despite and Because of Diversity. Activists of the Polish Women’s Strike, in: *Praktyka Teoretyczna* 30(4), S. 75–100.
- (2019), Nie/zwykle kobiety. Populizm prawicy, wola ludu a kobiety suweren (Un/Ordinary Women. Right Wing Populism, the People’s Will and the Female Sovereign), in: Koroczuk, E.; Kowalska, B.; Ramme, J.; Snochowska-Gonzalez, C. (Hg.), *Bunt Kobiet. Czarne protesty i strajki kobiet*, Gdańsk: Europejskie Centrum Solidarności, S. 83–117.
- (2020), The Ambivalence of the Ordinary: The Polish Women’s Strike (OSK) and the Women’s March 8th Alliance (PK8M) in a Comparative Perspective, in: Bluhm, K./Pickhan, G./Stypinska, J./Wiercholska A. (Hg.), *Gender and Power in Eastern Europe. Societies and Political Orders in Transition*, Cham: Springer, S. 123–142.
- Regulska, J./Rekosz-Cebula, E./Grabowska, M. (2017), *Miedzy wojtem a proboszczem. Dzialalnosc kobiet w polskich samorzadach lokalnych (1990–2016)*, Warszawa: Instytut Filozofii i Socjologii Polskiej Akademii Nauk.
- Sokołowska, E. (2023), Czy koła gospodyń wiejskich poprą w wyborach Prawo i Sprawiedliwość?, in: *Krytyka Polityczna* v. 13.10.2023, <https://krytykapolityczna.pl/kraj/czy-kola-gospodyn-wiejskich-popra-prawo-i-sprawiedliwosc> (letzter Abruf am 3.4.2023).
- Środa, M. (2024), *Europa jako wspólnota lokalnych samorządów?*, <https://wyborcza.pl/7,75968,30847935,europa-jako-wspolnota-lokalnych-samorzadow.html> (letzter Abruf am 2.4.2024).
- Strajk Kobiet (o.J.), *Po jej stronie*, <https://strajkkobiet.eu/po-jej-stronie> (letzter Abruf am 23.4.2024).

- Suchanow, K. (2020), *To jest wojna. Kobiety, fundamentaliści i nowe średniowiecze*, Warszawa, Agora.
- Swianiewicz, P. (2024), Poland: rolling back of the decentralized system?, in: Avellaneda, C.N./ Bello-Gómez, R.A. (Hg.), *Handbook on Subnational Governments and Governance*, Cheltenham, UK: Edward Elgar Publishing, S. 312–326.
- Swianiewicz, P./Łukomska, J. (2023), Sytuacja finansowa samorządów po III kwartale 2022 roku – stabilizacja czy o krok od katastrofy?, in: *forumldei* v. 18.01.2023, <https://www.batory.org.pl/publikacja/sytuacja-finansowa-samorzadow-po-iii-kwartale-2022-roku-stabilizacja-czy-o-krok-od-katastrofy/> (letzter Abruf am 23.4.2024).
- Szeptycka, A. (2023), Grenzüberschreitende Gleichstellungsstrukturen in Niederschlesien und Sachsen, in: Pankau, A./Pohl, L./Möckel, A./Golschewski, T. (Hg.), *Grenzüberschreitende Gleichstellungsstrukturen in Niederschlesien und Sachsen*, https://landesfrauenrat-sachsen.de/wp-content/uploads/2024/01/Grenzueberschreitende-Gleichstellungsstrukturen_Doku-1.pdf (letzter Abruf am 19.3.2024).
- Tarrow, S.G. (1996), States and Opportunities. The Political Structuring of Social Movements, in: McAdam, D./McCarthy, J.D./Mayer, N.Z. (Hg.), *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 41–61.
- Taylor, S./Spicer, A. (2007), **Time for space: A narrative review of research on organizational spaces**, in: *International Journal of Management Reviews* 9(4), S. 325–346.
- Topolska, M. (2022), **Queer nad Odrą/FFO Słubice Pride**, in: *Social Unrest Archive*, www.youtube.com/watch?v=k5TbpWpYfiQ (letzter Abruf am 23.4.2024).
- TVN24 (2023): *Tak głosowały kobiety w wyborach parlamentarnych*, <https://tvn24.pl/wybory-parlamentarne-2023/wybory-parlamentarne-2023-jak-glosowaly-kobiety-st7392708> (letzter Abruf am 3.12.2023).
- Valero, D.E. (2022), From Brexit to VOX: Populist Policy Narratives about Rurality in Europe and the Populist Challenges for the Rural-Urban Divide, in: *Rural Sociology* 87(1), S. 758–783.
- Walczewska, S. (1993), *Liga Kobiet – jedyna organizacja kobieca w PRL*, „*Pełnym Głosem*” (1/1993), S. 25–29.
- Wernio, M. (2020), Jak protestują małe miasta i wieś? „Ludzie się boją, bo tu każdy każdego zna”, in: *NOIZZ* v. 26.10.2020, <https://noizz.pl/spoleczenstwo/aborcja-protesty-w-malych-miastach-i-na-wsiach-w-polsce-przeciwno-decyzji-tk/w69k4ts> (letzter Abruf am 9.8.2023).
- Wieruszewska, M. (2016), Wieś – miasto. Opozycje, antagonizmy, splątane narracje, in: *Zeszyty Wiejskie* 22(1), S. 53–67.
- Wojtyńska, A. (2020), Black Protests in Iceland. Transnational Flows and Entanglements, in: Loftsdóttir, K./Skaptadóttir, U.D./Hafsteinnsson, S.B. (Hg.), *Mobility and Transnational Iceland. Current Transformation and Global Entanglement*, Reykjavík: University of Iceland Press, S. 247–261.

- Woźniak, A. (2020), Co to znaczy być dzisiaj wieśniakiem? Antropologiczna analiza treści wypowiedzi internautów, *Journal of Urban Ethnology* 18, S. 239–266, <https://doi.org/10.23858/JUE18.2020.013>.
- Zarycki, T. (2009), *Peryferie. Nowe ujęcia zależności centro-peryferyjnych*, Warszawa: Naukowe Scholar.

Peter Bescherer

Sozialökologische Transformation: Den Kohleausstieg organisieren!

Ein Interview mit Lea Fiedler vom Aktionskreis Strukturwandel Leipziger Land

Organizing ist ein strategischer Ansatz sozialer Bewegungen, etwa von Gewerkschaften und Stadtteilinitiativen. Für die Durchsetzungsfähigkeit in sozialen Kämpfen und die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ist demnach eine konsequente Orientierung am Aufbau von Gegenmacht und ihr Einsatz für konkrete Veränderungen entscheidend. Politische Kampagnen sehen in der Regel so aus, dass Aktivist:innen zu Aktionen mobilisieren oder Unterstützer:innen hinter einer Forderung versammeln. Demgegenüber geht es bei *Organizing* darum, aus den Alltagserfahrungen gemeinsame Ziele und Schritte für deren Durchsetzung zu entwickeln. Dabei wird die allmähliche Vergrößerung der Reichweite und des Drucks auf das Gegenüber (Vermieter:innen, Arbeitgeber:innen, Entscheidungsträger:innen etc.) immer mitgedacht. Ohne dass die *Organisierung* für die Einzelnen eine tatsächliche Veränderung bedeutet und sie sich für die Beteiligung und die Kraftanstrengung entscheiden, sind keine grundsätzlichen Erfolge möglich, so die Ausgangsannahme.¹

Wenn wir in unserem Buch die Bedeutung diskutieren, die räumliche Bezüge für soziale Bewegungen haben, wenn sie die soziale Frage stellen, ist *Organizing* mehrfach interessant. Zum einen steht der grundlegende Anspruch auf soziale Bewegung im Vordergrund, also die kollektive gesellschaftsverändernde, aber auch selbstverändernde Praxis; die Perspektive auf Selbstorganisation mit und von „normalen Menschen“ (McAlevey 2019: 27) und nicht der häufig selbstbezogene linke Aktivismus. Zweitens nimmt *Organizing* mit der Ausrichtung an Alltagserfahrungen die soziale Frage – oder besser, weil weniger geleitet von Vorstellungen der Arbeiterfrage des 19. Jahrhunderts: soziale Fragen – in den Blick, also die strukturellen Ungleichheiten und Beschränkungen, die abseits

1 Einschlägig für gewerkschaftliches *Organizing* ist McAlevey 2019, für die deutsche Debatte innerhalb sozialer Bewegungen außerdem Maruschke 2014.

liberal-demokratischer Freiheit und Gleichheit bestehen. Und drittens schließlich ist Organizing mit der Adressierung struktureller Betroffenheiten häufig auf einen bestimmten Raum oder Ort bezogen – den Betrieb, die Nachbarschaft, die Community etc. und teilt damit alle Möglichkeiten und Grenzen dieses Raumbezugs. So kann Organizing durch die Identifikation mit lokalen oder regionalen Identitäten zu politischer Arbeit motivieren, aber möglicherweise auch eine lokalistische oder ausgrenzende Dimension annehmen.

AkSLL, der *Aktionskreis Strukturwandel Leipziger Land*, wurde 2019 gegründet. Die Initiative setzt Organizing-Elemente ein, um südlich der Metropole kritisch in die Transformation der ehemaligen Braunkohleregion zu intervenieren. Die Bewohner:innen der Region erfahren die Folgen von Arbeitsplatzabbau und -umbau vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Wirtschaft und gesellschaftlicher Konflikte um den Klimawandel. Neben der Vorgeschichte, der konkreten Praxis und den Wirkungen der AkSLL-Arbeit verdient Aufmerksamkeit, was es bedeutet, in diesem bestimmten sozialen und geografischen Raum aktivistisch tätig zu sein und wie sich diese Tätigkeit zu den Diskussionen der sozialen Bewegungen über die Möglichkeiten von Organizing in Verbindung setzen lässt.

Gesprächspartnerin Lea Fiedler hat die Initiative mit aufgebaut, sie jedoch nach etwa drei Jahren und einer gemischten Bilanzierung verlassen.

Peter Bescherer (PB): Wie ist AkSLL entstanden? Wie kam es zu dem Projekt und was waren die ersten Schritte?

Lea Fiedler (LF): Es gab 2019 im Konzeptwerk Neue Ökonomie, das ja hier in Leipzig sitzt,² die Überlegung, mit einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz im Leipziger Land politisch aktiv zu werden. Daraufhin wurde damals ein Organizingworkshop durchgeführt, einfach um sich mal mit der Methodik oder Strategie auseinanderzusetzen. Da haben ein paar Menschen vom Konzeptwerk selbst teilgenommen und auch Interessierte aus der Klimabewegung oder anderweitig politisch Aktive. Daraus hat sich dann eine Gruppe gegründet, die zum Thema Strukturwandel arbeiten wollte. Das Strukturstärkungsgesetz³ war

2 Das Konzeptwerk Neue Ökonomie setzt sich für eine Entkopplung von Wirtschaft und Wachstum ein. <https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org>

3 Das Gesetz soll den Kohleausstieg abfedern und die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft unterstützen. Dafür sind für die Kohleregionen bis 2038 Finanzhilfen von bis zu 14 Milliarden Euro durch die Länder und Gemeinden vorgesehen sowie bis 26 Milliarden durch den Bund.

draußen und es war klar, es wird viel passieren in der Region. Wie können wir uns mit den Menschen, die vor Ort leben, für eine bedürfnisorientierte, aber auch sozialökologische Transformation zusammenschließen? Um Anknüpfungspunkte zu finden und Kontakte aufzubauen, ist die Idee einer Veranstaltungsreihe entstanden, die über ein Jahr geht und die sich dem Thema „Strukturwandel gestern und heute“ befasst. Wir haben damit direkt Bezug genommen auf die Erfahrungen, die es in der Region schon gibt, von der Wendezeit bis heute. Die Veranstaltungen haben dann an unterschiedlichen Orten stattgefunden, in Gemeindehäusern, im Rathaus oder auch im Kino, und wurden vorher durch Ansprache auf den Marktplätzen oder durch Flyer in den Briefkästen angekündigt. Das Ganze war so angelegt, dass die Veranstaltungen am Ende immer zu Gesprächsrunden und gemeinsamer Interaktion eingeladen haben. Und die letzten Termine waren workshopartig organisiert. Das heißt, wir haben fast die gesamte Zeit mit den Teilnehmenden erarbeitet, welche Teilbereiche des Strukturwandels es eigentlich gibt, was Strukturwandel für die Menschen genau bedeutet und welche Forderungen sie haben. Das führte dann zu Themen wie ÖPNV oder Begegnungsorte. Was vielleicht noch wichtig ist: Wir wollten nicht ausschließlich Menschen adressieren, die durch diesen Strukturwandel ihre Arbeitsplätze verlieren, die also in der Kohlebranche oder bei MIBRAG⁴ angestellt sind, dafür hätte es ein gewerkschaftliches Organizingprojekt gebraucht. Sondern wir haben immer gesagt, diese gesamte Region ist ohnehin schon strukturschwach und wird jetzt noch weiter geschwächt. Und jetzt gibt es so viel Gelder, die irgendwie eine Veränderung herbeiführen können und es ist wichtig bei der Verteilung des Geldes, die Bedürfnisse vor Ort zu berücksichtigen. Wo kann man sozusagen für eine gerechtere Transformation ansetzen?

PB: Die Prägung der Region durch den Bergbau hat für euch gar nicht so eine große Rolle gespielt?

LF: Es hat schon eine Rolle gespielt, natürlich, weil die Region sich dadurch verändert. Und es spielt auch eine Rolle, dass MIBRAG der Eigentümer von den Tagebauen vor Ort ist. Im Zuge des Strukturwandels, wo ja Gelder an andere Energiesektoren fließen, wie zum Beispiel Wasserstoffwerke, gründet MIBRAG dann Tochterunternehmen, um dadurch die Gewinne abzusichern. Gleichzeitig wollten wir uns nicht allein daran abarbeiten, sondern größere Fragen stellen. Natürlich sind ein paar tausend Leute immer noch in der Kohle dort beschäftigt, aber das macht tatsächlich gar nicht so einen großen Teil der Gesamtbevölkerung

4 1990 als *Vereinigte Mitteldeutsche Braunkohlenwerke AG* entstanden.

in der Region aus. Außerdem gab es einfach auch die Erfahrung, dass vor Ort die Zusammenarbeit von Aktivist:innen mit Arbeiter:innen relativ schwierig war, unter anderem auch, weil es zum Teil rechte Strukturen gab.

PB: Am Anfang von Organizing-Projekten steht häufig die Analyse des Machtpotenzials der Menschen, die organisiert werden sollen und der Punkte, an denen man den Gegner packen kann. Habt ihr dementsprechende Überlegungen angestellt?

LF: Das ist nicht so einfach, weil man erst mal analysieren muss, welche Themen hinter dem Strukturwandel stehen. Der Verlust von Jobs und Arbeit im Kohlektor ist ein Aspekt davon. Aber es geht auch um die schlechte ÖPNV-Anbindung, kaum vorhandene Begegnungsorte, schwach aufgestellte Zivilgesellschaft und demokratische Beteiligung. Das ist dann noch mal breiter als der Niedergang der Industrie. Aber es stellt sich natürlich weiterhin die Frage, was für andere Formen der Energiegewinnung gibt es. Den Leuten, die sich mit uns organisiert haben, ging es letztlich ganz stark um diese Intransparenz der Transformation und um die Frage: Warum gibt es eigentlich kaum Beteiligung und Einbindung der Menschen vor Ort? Daraus ergibt sich die Frage, wen man denn nun hier adressieren muss. Das ganze Geschehen ist krass undurchsichtig und wir mussten viel recherchieren, bevor deutlich wurde, dass es um Gelder geht, die zum Teil vom Bund verteilt werden, zum Teil vom Land, wo zum Teil aber auch feststeht, für welche Sektoren oder Bereiche dieses Strukturwandels die vorgesehen sind. Lokal gibt es dann noch die *Innovationsregion/Transformationsregion Mitteldeutschland*, ein Zusammenschluss wissenschaftlicher Einrichtungen, Unternehmen und Politik, die letztlich als Lobbyakteur unter anderem durch die Erstellung von Studien für einen unternehmerisch gesteuerten Strukturwandel in der Region eintreten. Der Gegner ist also nicht so klar definiert wie etwa ein Wohnungskonzern. Wir haben uns später selbst gefragt, ob wir nicht von Anfang an alles gegen MIBRAG hätten lenken sollen und herausstellen, dass es da kein Interesse an einem ökologischen Wirtschaften, aber auch kein Interesse an einer sozialgerechten Transformation gibt. Dass wir das nicht gemacht haben, hat auch viel damit zu tun, dass wir mit den Themen und Interessen der Gruppe, also der Menschen, die sich mit uns organisiert haben, gegangen sind.

PB: Habt ihr bestimmte Organizing-Techniken angewendet?

LF: Wir haben in der Vorbereitungs- und Startphase ganz viel Ansprachetrainings gemacht und geübt, wie wir mit Menschen in Kontakt kommen können und wie dann auch eine Art von Beziehungsarbeit aussehen kann. Und

wir haben vorab schon analysiert, wen es an Akteuren in der Region gibt. Das haben wir aber dann noch mal gemacht, nachdem die Gruppe sich gegründet hatte und haben eine AG gebildet, die ein Mapping erstellt hat. Wen kennen wir? Wo sind wir vernetzt? Wer hat Informationen? Also Einzelne hatten dann Kontakte zu irgendwelchen Bürgermeistern, die wussten, wie die Verteilung von den Geldern jetzt in der Kommune verläuft, wo wir dann auch Informationen bekommen haben, die man jetzt nicht so leicht in der Recherche gefunden hat. In der Anfangsphase von AkSLL ging es dann darum, sich auf ein Thema zu einigen. Als Kerngruppe ging es uns aber schon auch darum, zu gucken, wie können wir dann dort politisch agieren. Transparenz und Beteiligung war wie gesagt ein Thema. Wir haben die Arbeit an einem Offenen Brief vorangetrieben, der die Unzufriedenheit vor Ort sichtbar macht und die Kritik zuspitzt. Denn es war absehbar, dass mit den Fördergeldern einige Kommunen die Brücken bauen werden, die sie halt schon seit Jahren bauen wollten. Solche Nutzungen der Fördergelder haben aber nichts damit zu tun, was sich wie die Leute wünschen, wenn es um die Förderung oder Veränderung der Strukturen geht. Das andere Thema, das vielen Beteiligten sehr wichtig war, waren Begegnungsorte. Es ist eben nicht weit nach Leipzig und es gibt eine ganz starke Tendenz, dass lokale Kneipen und andere Orte schließen und die Leute nur noch dort wohnen und sonst eine Orientierung nach Leipzig haben. Unsere Frage war also: Was können wir machen? Wir haben Lust, die vorhandenen Begegnungsorte zu bespielen, die es noch gibt. Wie können wir das tun?

PB: Wie habt ihr Mitstreiter:innen gewonnen? Wie habt ihr die Leute angesprochen und welche Erfahrungen habt ihr gemacht?

LF: Die Innovationsregion hat sogenannte Zukunftsforen veranstaltet, wo sie Beteiligung versprochen haben. Das war eine Art Feigenblatt. Es gab zwar einen kleinen Fonds für Projekte, wo man sich bewerben konnte, aber eine tatsächliche Auswirkung auf die Verteilung der Strukturwandelgelder wurde nicht ersichtlich. Also das gab es einmal und nie wieder. Und wir sind da reingegangen und haben quasi Leute abgeworben, bei denen Interesse an dem Thema und eigene Ideen und Vorstellungen erkennbar waren, wie sie in der Region leben wollen. Für die Teilnahme wurden Personen aus der Region, die sich dafür gemeldet hatten, ausgelost. Über den Verein *Pödelwitz bleibt*,⁵ mit dem wir immer wieder

5 Pödelwitz ist ein Dorf südlich von Leipzig, dessen Abriss für den Braunkohleabbau nach einer langen Auseinandersetzung von Klimabewegung und Engagierten vor Ort mit MIBRAG und Landespolitik schließlich 2021 verhindert wurde.

zusammengearbeitet haben, sind wir dann mit jeweils einer Person in diese Zukunftsforen rein und haben das genutzt, um uns zu vernetzen und gezielt Leute zu unseren Treffen einzuladen. Und bei unserer eigenen Veranstaltungsreihe haben wir diejenigen, die ihren Kontakt dagelassen haben, angerufen und persönlich eingeladen, zu den weiteren Veranstaltungen zu kommen. So ist eine Gruppe von Aktiven entstanden. In der Ansprache ging es viel um die Erfahrungen der Menschen. Wir hatten in der Kerngruppe unterschiedliche Hintergründe, aber waren schon alle in der Klimabewegung verortet und haben uns deshalb oft so vorgestellt, dass wir uns mit dem Thema Kohleausstieg beschäftigen und uns interessiert, was jetzt mit der Region passiert, wenn die Kohle nicht mehr abgebaut wird, aber auch was mit diesen Geldern passiert? Und dass wir gern die Perspektive der Menschen vor Ort kennenlernen wollen. Wir haben den Titel der Veranstaltung erwähnt, „Strukturwandel gestern und heute“, und nach den Erfahrungen mit dem Strukturwandel zu Wendezeiten gefragt. Ich habe mich auch als lernende Person klar dargestellt und gesagt, dass ich nicht aus der Region komme und auch in der Familie keine Erfahrungen damit habe. Ich bin westsozialisiert. Natürlich gab es welche, die das blauäugig fanden oder die gesagt haben, eigentlich müsse man dafür kämpfen, dass die Kohle weiter abgebaut wird. Aber mein Eindruck war, dass viele, mit denen wir gesprochen haben, das Gefühl hatten, gehört zu werden, ihre Geschichte erzählen zu können und dafür auch Wertschätzung zu bekommen. Das Thema hat es auch nicht unbedingt leicht gemacht. Viele in der Region sind sehr resigniert. Das ist, glaube ich, auch wichtig zu sagen. Unter anderem wegen der früheren Erfahrungen des Strukturwandels, dem Vorgehen der *Treuhand* Anfang der 1990er Jahre. Allein schon dieser Begriff Strukturwandel ruft bei ganz vielen Menschen unangenehme Assoziationen hervor. Und auch diese Frage – „Kann ich da eigentlich irgendwas bewirken?“ – die ruft eigentlich nur Resignation hervor. Die Annahme ist oft: Schön und gut, dass es jetzt die Gelder gibt, aber es wird eh nicht uns zugutekommen. Wir haben dann erstmal versucht zu sagen, dass wir genau diese Erfahrungen mit in die Diskussion bringen möchten.

PB: Welche Leute habt ihr erreicht? Wie setzt sich die Gruppe zusammen?

LF: Also in der Kerngruppe waren über die letzten Jahre hinweg zwischen drei und fünf Personen, alles Menschen zwischen Anfang 20 und Mitte 30, in Leipzig lebend, Studierende oder bereits mit akademischem Abschluss oder in Ausbildung und bewegungspolitisch organisiert und politisiert. Und die Gruppe vor Ort altersmäßig zwischen 18 und Mitte 70. Ein Großteil war schon auch in anderen Bereichen aktiv, entweder in kirchlichen Einrichtungen, in der Ju-

gendarbeit oder im Sportverein. Die hatten also Erfahrungen mit irgendeiner Art von zivilgesellschaftlichem Engagement. Und von den Älteren waren viele Männer, ein paar Menschen, die nicht schon immer dort wohnen, aber auch ein paar Menschen, die schon immer dort waren. Und nicht divers im Hinblick auf Migrationserfahrung. Ja, und was vielleicht auch noch spannend ist in Bezug auf die Gruppenzusammensetzung, ist, dass alle aus unterschiedlichen Orten kommen. Also das ist, glaube ich, auch nochmal ein wichtiger Punkt, der nicht nur mit dem Thema zu tun hat, sondern auch mit den ländlichen Strukturen. Denn die Beteiligten wohnen nicht in direkter Nachbarschaft und sehen sich im Alltag auch nicht.

PB: Das ist der große Unterschied zu Betrieb oder Nachbarschaft, wo es ja direkte Erfahrungen mit Management oder Vermieter gibt. Wie stellt sich das in eurem Fall dar? Was bedeutet es, Organizing „auf dem Land“ zu machen?

LF: Jede Person, die im Leipziger Land lebt, ist eigentlich von dieser Struktur-schwäche betroffen, sei es im Bereich der Arbeit, sei es im Bereich der Begegnungs-orte, sei es im Bereich des ÖPNV. Und wenn sie es nicht selbst sind, dann ist es ihr Kind oder die Großmutter. Nur ist dieses Thema und ist diese Betroffenheit sehr diffus. Die ist wie beim Wohnen oder Arbeiten auch da, aber die ist sehr viel schwieriger aufzuzeigen. Ich glaube, das war auch einfach eine Schwierigkeit, in diesem Projekt mit so einem breiten Thema reinzugehen. Die ländliche Struktur und die zumeist ortsgebundene Strukturierung von Zivilgesellschaft spielen dabei natürlich eine Rolle, aber auch, dass die Initiative von außen kam. Also wenn ich vor Ort wohne, dann bin ich ja auch sozial vor Ort involviert. Ich teile viel mehr mit den Menschen. Ich bin nachbarschaftlich eingebunden, ich bin mit Leuten im Sportverein. Ich habe also eine ganz andere Ebene, um nochmal andere Menschen anzusprechen. Denn zunächst erreiche ich ja nur die, die interessiert sind an irgendwas, was von außen kommt, die sich da thematisch ansprechen lassen.

PB: Hat der ländliche Kontext praktische Auswirkungen auf den Organisationsprozess?

LF: Wir haben uns einmal im Monat getroffen, immer an unterschiedlichen Orten. Dadurch, dass einzelne Leute auch in anderen Zusammenhängen aktiv waren, konnten wir entweder an diesen Orten, die auch zum Teil Begegnungs-orte sind, die Treffen machen. In anderen Fällen haben wir Räume angefragt. Im *KulturKino zwenkau* waren wir ein paar Mal, dann waren wir öfter in der *Ökokirche Deutzen*, ein paarmal in Bad Lausig auf der *Alten Rollschubbahn* und

ein paarmal in Groitzsch im Gemeindehaus der Kirche. Wegen der Distanzen sind die Leute größtenteils mit dem Auto gekommen. Es haben sich dann aber auch immer mal Fahrgemeinschaften ergeben. Das wurde selbständig organisiert, Fahrgemeinschaften oder eigenständig oder Bahn und Fahrrad, je nachdem wo es war. Die Orte sind eben unterschiedlich gut erreichbar.

PB: Denkst du, dass Organizing in der Stadt besser funktioniert als auf dem Land?

LF: Ich glaube das eigentlich nicht unbedingt, weil es auf dem Land oft klarere Beziehungsstrukturen gibt oder auch nähere Beziehungsstrukturen. Also aus dieser Perspektive glaube ich es nicht unbedingt. Aber mit Perspektive auf die Fragen, an denen sich viele Leute organisieren können, funktioniert es in der Stadt einfacher. Es sei denn du hast irgendeinen Riesenkonzern, der das ganze Dorf aufkaufen will oder – der Klassiker – es soll eine Autobahn gebaut werden, die quer durch die Dörfer gehen soll. Hier kann ich mir vorstellen, dass Organizing auf dem Land auch gut funktionieren könnte und vielleicht sogar an manchen Punkten noch besser funktionieren könnte als in der Stadt. Aber bei so Themen wie Miete oder Arbeit ist es auf dem Land, glaube ich, viel diffuser, viel weitläufiger. Es gibt mehr Wohneigentum und in Bezug auf Arbeit wohnen die Leute ja oft gar nicht dort wo sie arbeiten. Es gibt ja oft starke Pendelbewegung.

PB: An welchen Fragen gab es denn Reibung? Also ich kann mir etwa vorstellen, dass die regionale Identität, wir sind hier eine Braunkohleregion, in der Biografie und vielleicht auch durch die Generationen und für das Selbstverständnis eine große Rolle spielt.

LG: Ich war überrascht. Ich hatte immer gedacht, die Leute haben wirklich ein Problem damit, dass sich alles so stark verändert. Und ich war überrascht davon, dass viele, die stark mit dieser Region verbunden sind, die in irgendwelchen Heimatvereinen sind oder so, auch bei den Veranstaltungen waren und aktiv geworden sind. Die Menschen hatten das eigentlich schon so akzeptiert: Das ist vorbei, das ist das Ende mit der Kohle und diese Zeit ist vorbei. Zum Teil haben sie es auch als eine gute Entscheidung eingeordnet, auch aus einer ökologischen Perspektive.

PB: Und trotzdem war ja eure Ansprache erstmal sehr offen. Strukturwandel, Betroffenheit, historische Erfahrung, das kann ja politisch das gesamte Spektrum abholen.

LF: Genau. Mit Rechten haben wir tatsächlich gar nicht so viel Begegnung gemacht, also natürlich mit rassistischen oder reaktionären Äußerungen bei

unseren Veranstaltungen, aber jetzt nicht mit größeren Strukturen. Ich glaube, das liegt aber auch daran, dass wir nicht so stark nach außen getreten sind. Wir hatten dann eher so ein Problem mit sexistischen Äußerungen oder auch Verhalten. Ich muss aber sagen, dass wir als Kernaktive zu der Gruppe, die dann existiert hat, eine tolle Beziehung hatten und die Leute wirklich gern gekommen sind. Dadurch hatte ich dann auch die Ebene, um etwa zu einem 70-jährigen Herrn, dessen Redeverhalten ich wirklich ein bisschen anstrengend fand, das auch authentisch sagen zu können und dann auch Raum für eine Diskussion zu lassen.

PB: Was macht AkSLL gerade und wie geht es weiter?

LF: Ich habe mich 2022 entschieden, mich rauszuziehen. Ich habe gemerkt, dass die Impulse der Kerngruppe, die zum Teil auf strategischer Überlegung fußen, sind nicht so richtig angenommen worden. Im Gegensatz zu vielen anderen Organizing-Projekten hat sich zwar die Hierarchie oder die Trennung von In- und Outgroup, von Startgruppe und Gesamtgruppe, schon früh aufgelöst. Das hat jedoch auch dazu geführt, dass wir nicht so steuernd in den Prozess reingegangen sind. Wir haben dann aber gemerkt haben, dass die Gruppe eigentlich eher eine Vernetzung als eine kontinuierlich wachsende Organisierung anstrebt und nicht so stark in eine konfrontative Richtung geht, zum Beispiel was die Benennung des politischen Gegners angeht. So wie wir es uns gedacht haben, hat es also nicht funktioniert. Es gibt diese Gruppe trotzdem und die besteht auch weiter, also als Rahmen für Vernetzung. Ich habe nach drei Jahren gemeinsamer Arbeit für mich gemerkt, dass die Leute jetzt selbst ihre Treffen moderieren können, die haben irgendeine Art von Struktur, die sind darin fit, Veranstaltungen zu organisieren. Ich muss im Prinzip jetzt nicht mehr unbedingt dabei sein und starke Impulse setzen. Das war für mich der Punkt, mich rauszuziehen. Zwei Menschen von uns sind immer mal wieder bei den Treffen. Sie sind dann aber Teil der Gruppe und weniger in einer organisierenden Rolle dabei. Derzeit funktioniert AkSLL nur noch als loser Vernetzungszusammenhang, aber arbeitet nicht mehr aktiv unter dem Namen.

PB: Welche Bilanz ziehst du denn im Rückblick?

LF: Das, was ich gerade genannt habe, die gute Beziehungsarbeit, ist gleichzeitig sowas wie die Achillesferse des Projekts gewesen. Wir haben sehr schnell die Bedürfnisse und Themen der Gruppe gehört und sind da viel mitgegangen. Damit ist es auch gelungen, dass die Leute selbst das Plenum mit moderieren und vorbereiten und die Kerngruppe nach einer Zeit in der Gesamtgruppe aufgegangen ist. Und dann ging es los, dass die Leute tolle Snacks mitbringen, es

wird danach noch geschnackt, jeder hat mal eingeladen zum Grillen und so. Ich glaube, das hat sich auch durch unseren Versuch, Persönlichkeit in Plena reinzubringen, so entwickelt. Das sind so Sachen, die dazu geführt haben, dass die Leute eine Zugehörigkeit zu dieser Gruppe so entwickelt haben. Und das ist, glaube ich, ganz gut gelungen. Dadurch hat es aber so einen Austausch- oder Vernetzungscharakter bekommen. Unser Plan, dass sich eine neue Kerngruppe mit Menschen vor Ort bildet, in die wir dann quasi Organizing auch noch mal als Strategie reingeben, um dann gemeinsam mehr zu werden, der ist nicht aufgegangen. Daher haben wir dann versucht, doch wieder Impulse reinzugeben und haben Vorschläge gemacht, wie wir weiter vorgehen können. Es ist dann in einer AG der Gruppe ein Positionspapier entstanden und wir wollten mit kleineren Aktionen Landespolitik und Lokalpolitik, aber auch diese Innovationsregion Mitteldeutschland konfrontieren. Da kam uns aber Corona in die Quere und der Fokus der Organisation hat sich weiter auf Vernetzung verschoben. Um am Organizing-Ansatz festzuhalten, hätten wir mehr Menschen erreichen und stärker den Konflikt suchen müssen. Wir sind de facto wenig sichtbar geworden und haben es nicht geschafft, als Gruppe wahrgenommen zu werden, die eine Relevanz hat und die da mitreden will. Das war natürlich auch immer wieder der Zwiespalt, den wir diskutiert haben. Also was passiert, wenn uns dann angeboten wird, in irgendwelchen Gremien mit drin zu sitzen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir uns als Gruppe trauen, auch nach außen hin anzugreifen, auch Gegner zu benennen. Dieser Schritt hat mir gefehlt und der wäre aus einer strategischen oder politischen Analyse aber schon auch notwendig gewesen. Es ist uns gelungen, in einer Region, die strukturschwach ist – auch strukturschwach in Bezug auf zivilgesellschaftliches Engagement – eine neue Plattform, Vernetzung und letztlich auch Gruppe und Organisation zu schaffen. All dies hat Menschen zusammengeführt, die schon in Bereichen aktiv sind. Es sind dabei aber auch Menschen, die interessiert sind, hinzugekommen. Ich würde sagen, in einem gewissen Maße ist uns etwas geglückt, aber in einem anderen Maße auch nicht.

Das Interview wurde im Frühjahr 2023 geführt.

Literatur

- Maruschke, R. (2014), *Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung*, Münster: Ed. Assemblage.
- McAlevey, J. (2019), *Keine halben Sachen. Machtaufbau durch Organizing*, Hamburg: VSA.

Autor:innen

Ilker Ataç ist Professor am Fachbereich Sozialwesen an der Hochschule Fulda. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen Urban Citizenship und Migrationspolitik, Zivilgesellschaft und Soziale Bewegungen, Politik in der Sozialen Arbeit, Rassismuskritik, irreguläre Migration und Duldung.

Nina Bach ist Politik- und Rechtswissenschaftlerin. Bei *Deutsche Wohnen & Co enteignen* war sie vor allem am Aufbau von lokalen Organizing- und Mobilizingstrukturen beteiligt.

Rabea Berfelde ist Fellow am Centre for Social Critique an der Humboldt-Universität zu Berlin. Rabea Berfelde hat am Goldsmiths College zu Auswirkungen der Finanzialisierung auf städtische Raumproduktion promoviert und ist bei *Deutsche Wohnen & Co enteignen* aktiv.

Peter Bescherer, Dr. ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Privatdozent am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seine Forschungs- und Interessenschwerpunkte liegen in den Bereichen kritische Gesellschaftstheorie, Stadtforschung, soziale Bewegungen und aktivistische Forschung. Mit Anne Burkhardt, Robert Feustel, Gisela Mackenroth und Luzia Sievi (Hrsg.) *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie*, Münster 2021.

Lea Fiedler ist politische Bilderin, Moderatorin und Mediatorin. In den letzten Jahren war sie in verschiedenen Klimagerechtigkeitskontexten organisiert, interessiert sich für bewegungsorientiertes Organizing und ist heute in einem städtischen, wohnungspolitischen Organizing-Projekt aktiv.

Natascha Flückiger studierte Sozialanthropologie und Gender Studies an der Universität Bern. Sie erforschte am Beispiel des Gemeinschaftszentrums Medina auf der Schützenmatte Bern, wie Solidarität lokal durch alltägliche Praktiken hergestellt wird. Neben ihrer eigenen Forschung war sie als wiss. Assistentin in das internationale Forschungsprojekt „Enacting Citizenship and Solidarity from Below“ integriert. Sie arbeitet am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern.

Catarina Gomes de Matos, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Humangeographie an der Goethe-Universität in Frankfurt a.M. Nach einem Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Geographie promovierte sie von 2012 bis 2016 zu urbanen Protesten an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. Sie forscht zu Staatsangehörigkeit in der postmigrantischen Gesellschaft.

Elettra Griesi ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-geförderten Projekt „Äpfel und Blumen. Auswirkungen von Pandemien auf die (Re-)Organisation von Waren-

ketten für Frischeprodukte“ (TU Berlin, Institut für Soziologie). Sie ist Architektin und Sozial- und Kulturanthropologin. Derzeit promoviert sie zum Thema „Soziale Bewegungen und die Aushandlung kollektiver Räume in Dakar (Senegal)“ (FU Berlin, Humangeografie). Arbeitsschwerpunkte: Die Produktion sozial-räumlicher Ungleichheiten, Raumtransformationsprozesse, Flucht und Migration.

Hannah ist seit 2020 aktiv im queer-feministischen Collages-Kollektiv Collages Féministes Marseille. Mit Leim, Farbe und Papier klebt das Kollektiv Parolen, Solidaritätsbekundungen und Dokumentationen im Stadtraum, die sich für Feminismus, Rassismus und LGBTQIA+ und andere Minderheitenrechte einsetzen. Dabei hat Hannah an zahlreichen Aktionen teilgenommen, um für die Rechte von Frauen und Minderheiten zu kämpfen.

Nikolai Huke, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Forschungsprojekts *Arbeitsrechte in prekären Lebenslagen* an der Universität Hamburg. Seine Arbeits- und Interessensgebiete sind Demokratietheorie, soziale Bewegungen, Prekarität, gesellschaftliche Ungleichheit, Migration, Gewerkschaften und europäische Integration.

Stefanie Hürtgen, Dr. habil, ist Associate Professor am Fachbereich Soziologie und Sozialgeographie der Universität Salzburg sowie Permanent Fellow und Sprecherin des Arbeitskreises *Arbeit – Gesellschaft – Natur* am Institut für Sozialforschung in Frankfurt a.M. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Labour Geography, Globalisierung und Europäisierung sowie gesellschaftliche Naturverhältnisse.

Muhammed Lamin Jadama ist Filmemacher und Fotograf. In Berlin-Kreuzberg bietet er Stadtführungen aus der Perspektive eines politischen Aktivistens, Streetworkers und Kiezexperten an. Er war an dem preisgekrönten Film „NAPPS - Memoiren eines Unsichtbaren“ beteiligt. Geboren und aufgewachsen in Senegambia, im heutigen Gambia, lebt er seit 2008 in Europa. Im Oktober 2011 kam er nach Berlin, wo er seinen Aktivismus mit der Kamera fortsetzte.

Tina Keserović ist freischaffende Schauspielerin und konzeptuelle Künstlerin im west- und osteuropäischen Raum. In verschiedenen Netzwerken und hybriden Projekten bedient sie sich theatraler, musikalischer Mittel und der Performance-Kunst. Dabei elaboriert und verarbeitet sie Themenkomplexe, die auch ihre eigene Lebensrealität beeinflusst haben: Migration, Kolonialismus in der südosteuropäischen Region und Sexismus durch Staat und Kirche.

Anna Krenz ist Architektin, Künstlerin und langjährige Aktivistin des polnisch-berlinerischen Kollektivs „Dziewuchy Berlin“ (polnisch: Mädchen). Als Teil des Kollektivs sowie in eigenen Projekten entwickelt Anna Krenz queer-feministischen Protest durch Methoden der Performancekunst. Gegenwärtig erweitert sie in poetischen

und biographischen Performance- und Ausstellungsprojekten zeitgeschichtliches Erinnern um Beispiele polnischer Widerstandskämpferinnen im Nationalsozialismus. Exemplarisch genannt sei die partizipative Ausstellungs- und Veranstaltungsreihe „Fehlende Hälfte der Geschichte. Irena Bobowska, die vergessene Heldin“.

Jenny Künkel ist promovierte Geographin und Postdoc an der Universität Duisburg-Essen. Ihre Schwerpunkte sind kritische Stadtforschung, Marginalisierungsprozesse, Polizieren öffentlicher Räume, Gentrifizierung und Verdrängung sowie städtische soziale Bewegungen. Von ihr ist bereits erschienen *Sex, Drugs & Control – Das Regieren von Sexarbeit in der neoliberalen Stadt*, Münster 2020.

Napuli Paul Langa wurde im Sudan geboren. Sie studierte im Sudan und in Uganda Kunst und Entwicklungsforschung. Später arbeitete sie bei der Sudanese Organisation for Non-Violence and Development (SONAD). Sie beteiligte sich an den Aktivitäten der selbstverwalteten Flüchtlingsorganisation First. Als politische Aktivistin beschäftigt sie sich vor allem mit Genderfragen.

Mouna Maaroufi ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Allgemeine Soziologie der Universität Hamburg. Im Rahmen des internationalen Forschungsprojekt „Enacting Citizenship and Solidarity in Europe from Below“ forscht sie zu solidarischen Initiativen in Berlin und Hamburg und ihren intersektionalen und translokalen Verbindungen. Ihre Forschung beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Migrations- und Arbeitsregimen, mit Rassifizierung und Prekarisierung sowie mit autonomen Arbeitskämpfen, sozialen Kämpfen und Antirassismus.

Gisela Mackenroth hat Soziologie und Humangeographie studiert. Sie war bis Ende 2020 am Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften der Universität Tübingen im Projekt „Populismus und Demokratie in der Stadt“ tätig. Bis 2024 hat Gisela Mackenroth am Institut für Soziologie der Universität Jena im Projekt „Movements of Europe“ transnational vergleichend mit feministischen Streikinitiativen und urbanen Bewegungen zu Solidaritätsbeziehungen und zur Öffnung demokratischer Teilhabe geforscht. Mit Peter Bescherer, Anne Burkhardt, Robert Feustel und Luzia Sievi (Hrsg.) *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie*, Münster 2021.

Jennifer Ramme ist Kulturwissenschaftlerin und forscht zu sozialen Bewegungen, Dissens und Erinnerungskulturen. Sie promovierte an der Europa-Universität Viadrina zu strittigen Geschlechterordnungen und Neuordnungen des Sinnlichen durch feministische und LGBTQ*Bewegungen in Polen. In ihrem Postdoc-Projekt an der Universität Graz befasst sie sich mit intersektionaler Kritik und Frauen*, Schwarzen und queeren Akteur:innen in alternativen Musikkulturen und dissidenten Jugendbewegungen zu Zeiten des späten Staatssozialismus und in den 1990er Jahren. Neben ihrer akademischen Arbeit engagiert sie sich im Kultur- und Bildungsbereich und dokumentiert soziale Bewegungen im Rahmen des *Social Unrest Archive*.

Sarah Schilliger forscht und lehrt am Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung an der Universität Bern. Sie ist in der Leitung des internationalen Forschungsprojekts „Enacting Citizenship and Solidarity from Below“, das in zehn europäischen Städten solidarische Bewegungen und Initiativen in den Bereichen Care, Wohnen und migrantische Rechte untersucht. Arbeitsschwerpunkte: Intersektionale Ungleichheitsforschung, Stadt und Migration, Care, soziale Bewegungen.

Stefan Schmalz, Dr. habil., ist Heisenberg-Forschungsgruppenleiter an der Staatswissenschaftlichen Fakultät und dem Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt und arbeitet zu Globalisierung, Arbeitsbeziehungen und China.

Katharina Schmidt ist promovierte Humangeographin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geographie der Universität Hamburg. Als Teil der Arbeitsgruppe „Kritische Geographien Globaler Ungleichheiten“ beschäftigt sie sich mit feministischen, intersektionalen, kreativen und post-/dekolonialen Perspektiven – vor allem auf Stadt, Geographien der Obdach- und Wohnungslosigkeit, Machtverhältnisse globaler Wissensproduktion sowie visuelle Geographien & Methodologien.

Elias Steinhilper ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Konsens und Konflikt“ am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (De-ZIM) in Berlin. Er ist politischer Soziologe und forscht zu sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichem Engagement in (Post)Migrationsgesellschaften.

Hans-Christian Stephan studierte Philosophie und Soziologie in Leipzig, Athen und Jena. Derzeit promoviert er im Fach Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum zu Gewerkschaftsstrategien im Logistiksektor. Seine Promotion wird finanziell unterstützt durch ein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung.

Turgay Ula ist Aktivist, Schriftsteller und Journalist. Im Alter von 23 Jahren wurde er der Beteiligung an der bewaffneten Befreiung eines politischen Gefangenen beschuldigt und verbrachte 15 Jahre in türkischer Haft. Er beteiligte sich im Gefängnis an Widerstandsaktionen wie etwa Hungerstreiks und floh im Jahr 2011 nach Deutschland, wo er sich weiterhin als Aktivist an verschiedenen Protesten beteiligt, vor allem zu Flüchtlingsfragen.

Raumproduktionen: Theorie & gesellschaftliche Praxis

Herausgegeben von Bernd Belina, Johanna Hoerning, Henrik Lebuhn
und Boris Michel



Band 45
Moritz Rinn
Arbeit am Wohnen
Zur schwierigen Aneignung eines
städtischen Reproduktionsmittels
Herbst 2024 – ca. 450 Seiten – ca. 40,00 €
ISBN 978-3-89691-130-8
auch open access

Band 43
Svenja Keitzel
**Folgenreiche Begegnungen mit
der Polizei**
Rassistische Verhältnisse
raumtheoretisch untersucht
2024 – 306 Seiten – 35,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-096-7
auch open access

Band 42
Sarah Klosterkamp
Geographie und Recht
Gerichtsverfahren und ihre Relevanz
für studying-up power bei der
Kriminalitäts- und
Terrorismusbekämpfung
2023 – 122 Seiten – 20,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-091-2
auch open access

Band 41
Bernd Belina
Gefährliche Abstraktionen
Regieren mittels Kriminalisierung und
Raum – Beiträge 2005–2023
2023 – 378 Seiten – 35,00 €
Print: ISBN 978-3-89691-075-2
Campus-Lizenz: ISBN 978-3-98634-158-9
auch open access

Band 40
Sarah Uhlmann
**Reproduktionskämpfe in der
Stadt**
Eine vergleichende Fallstudie urbaner
sozialer Bewegungen und New York
City, Buenos Aires und Hamburg
2022 – 421 Seiten – 40,00 €
Print: ISBN 978-3-89691-074-5
Campus-Lizenz: ISBN 978-3-98634-074-8

